

ISSN 0939-3013 | € 16,90
ISBN 978-3-7410-0241-0

PER SPEK TIVEN

D **S**perspektivends
Zeitschrift für
Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
Bedrängte Demokratie

40. Jahrgang

2

23

SCHÜREN

perspektiven des demokratischen sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
40. Jahrgang 2023 Heft 2
ISBN 978-3-7410-0241-0 (Print)
ISBN 978-3-7410-0220-5 (eBook)
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V. von Hermann
Adam, Nils Diederich, Helga Grebing (†), Leo Kießler,
Richard Saage und Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Claußen, Martin Gorholt,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Klaus Kost,
Jens Kreibaum, Christian Krell, Hendrik Küpper, Kira
Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer, Andreas M.
Müggenburg, Simon Obenhuber, Roland Popp, Si-
bylle Reinhardt, Lars Rensmann, Moritz Rudolph,
Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Carsten
Schwäbe, Joachim Spangenberg, Stefan Stader,
Gert Weisskirchen

Redaktion dieser Ausgabe: Lina-Marie Eilers,
Hendrik Küpper, Laura Clarissa Loew, Kira Ludwig,
Klaus-Jürgen Scherer, Lukas Marvin Thum

Gestaltung: Erik Schübler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Verantw. Klaus-Jürgen Scherer:
kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55 | D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektivends* und zum Verlagspro-
gramm des Schüren Verlags finden Sie im Internet:
www.schueren-verlag.de

Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis € 16,90, Jahresabo € 30,00 incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im Mitglieds-
beitrag enthalten.

© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht un-
bedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unver-
langt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen.

Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag

Druck: Bookpress, Olsztyn
Printed in Poland

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision
einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft,
deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe
ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale
Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Bedrängte Demokratie

perspektivends 2/23

INHALT

EDITORIAL

4

AKTUELL

Klaus-Jürgen Scherer
Aspekte gereizter Polarisierung

6

SCHWERPUNKT BEDRÄNGTE DEMOKRATIE

Gero Neugebauer
Das deutsche Parteiensystem in
Bewegung

14

Detlef Lehnert
Überblick und Hinweise zu
einigen neueren Demokratie-
und «Polarisierungs»-Studien

27

Robert Misik
Stolz, Respekt, Selbstwert. Über die
Werte der arbeitenden Klassen

39

Armin Pfahl-Traughber
Analysen zu Ideologie und
Strategie der Neuen Rechten

51

Jöran Klatt
Popkultur und Memes
Über die Bildsprache der
Neuen Rechten

66

Burkhard Jellonnek
Zum kulturpolitischen Umgang
mit der AfD

73

Wolfgang Thierse
Aus der Erfahrung der Diktatur
den Umgang mit der Diktatur lernen?

82

THEORIEPERSPEKTIVEN

Richard Saage
Zu Max Adlers Rehabilitierung
der Dialektik

96

Konrad Lindner
Seele – die Seinsform des Subjekts
Hegels Realphilosophie im
dialogischen Kommentar

105

Carsten Kaven
Das Naturverhältnis als res publica
Von der herrschenden in die treue Hand

111

Hagen Weiler
Logischer Sozialismus –
eine Alternative?
Wider das nachhinkende Bewusstsein

127

GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Peter Steinbach
«Heran an den Staat!»
Zur Neuedition von Kurt Schumachers
Dissertation

154

Siegfried Heimann
Rudolf Breitscheid in der
Volksfrontdebatte Mitte der
1930er-Jahre

160

Petra Hoffmann Zschocher
Der Schriftsteller Clemens Meyer und
seine Großeltern, das Künstlerpaar
Gertraud und Otto Möhwald

170

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig / Kira Ludwig
Gewinn oder Niete?
Lotterie in der Forschungsförderung

178

Madita Lachetta
Wissenschaft und Politik im
Spannungsverhältnis der
Wissensgesellschaft

184

Luise Klatte / Charlotte Rathjen
Promovieren an der Armutsgrenze 189

Thekla Mühlpfordt
**Bericht vom 50. Jubiläum der
 Juso-Hochschulgruppen** 193

Dagmar Schlapeit-Beck
«Das Private ist politisch»
 Ausgangspunkt des Feminismus
 bei den Juso-Hochschulgruppen 195

JUNGE PERSPEKTIVEN

Laura Clarissa Loew / Hendrik Küpper
**Überlegungen zur rechtsextremen Be-
 drohung in Deutschland und der Welt** 201

Elisabeth Kaiser
**Verunsicherung und Rechtsruck
 in Krisenzeiten** 204

Helene Franke
Neurechte Aktivistinnen
 Zur Rolle des Geschlechts
 im Rechtsextremismus 209

Johanna Liebe
**Verbindungen und Burschenschaften
 als rechte Elitenkader** 215

Natalie Maurer
**Wie migrationspolitische Debatten die
 Wahlen in Hessen beeinflusst haben
 und der Sozialdemokratie schaden** 218

Jan Hillgruber
**Italiens unscheinbarer Weg
 in die Autokratie** 223

Liliia Sablina
Die extreme Rechte in Russland
 Illiberale Regierung, radikale Gruppie-
 rungen und europäische Netzwerke 227

Julius Reims
Gegen die Leerstelle
 Skizze einer antifaschistischen
 Perspektive auf Nahost 233

BEITRÄGE UND DISKUSSION

Reinhard Hildebrandt /
 Simone Lück-Hildebrandt
**Das aktuelle weltweite politische
 Machtgefüge**
 Befindet sich die EU in einem
 Zangengriff? 238

REZENSIONEN UND BERICHTE

Ulrich Horb
**Wolfgang Thierse und Thomas Meyer
 sprechen über soziale Demokratie** 256

Armin Pfahl-Traughber
**Erik Olin Wright –
 ein moderner Klassiker** 259

Wolfgang Kowalsky
**Felix Syrovatka: Neue Europäische
 Arbeitspolitik** 261

Wolf Wagner
**Der Westen: eine Oschmann'sche
 Erfindung** 262

Lina-Marie Eilers
Sophie Passmann: *Pick Me Girls* 264

Lukas Marvin Thum
**Konferenzbericht 100 Jahre
 Kritische Theorie** 266

Gert Weisskirchen
**Lutz Rathenow: Ein literarischer
 Archäologe** 270

Autorinnen und Autoren 274

EDITORIAL

Dass die *Bedrängte Demokratie* auch in Deutschland im Laufe des Jahres 2023 zu einem herausragenden Thema wurde, lag vor allem an explodierenden Zustimmungszahlen für rechtspopulistische/rechtsextreme Positionen, die völlig aus dem Ruder liefen. Verspätet, aber im europäischen Vergleich, wie man aus dem Europaparlament hört, umso extremistischer, kommt es nun auch in Deutschland durch die AfD zum machtpolitischen Angriff von rechts auf die Demokratie. Die Nazi-Schuld deutscher Geschichte – von Björn Höcke wie von Recep Tayyip Erdoğan als «Schuld kult» denunziert – wird immer weniger als Ausgangspunkt unserer demokratischen Ordnung empfunden. Wird das, was mit amerikanischem Umerziehungsprogramm, stetig wachsendem Wirtschaftswunder und dem politischen Aufbruch nach 68er in einer ziemlich deliberativen Demokratie (Jürgen Habermas) mündete, jetzt rückabgewickelt?

Noch ist es nicht so weit, die sozial-liberal-ökologische Ampel regiert. Und doch müssen wir mit dem Schwerpunkt dieses Heftes *Bedrängte Demokratie* die neuen Herausforderungen für unsere pluralistische, tolerante, offene Demokratie thematisieren, wo die Zahl der Menschen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild zunimmt, wo die allgemeine Unzufriedenheit wächst und das Vertrauen in die Demokratie deutlich schwindet. Die

AfD erlebt in den Umfragen, vor allem in Ostdeutschland, Höchststände und gerade erst wurde Geert Wilders Partei für die Freiheit in den Niederlanden stärkste Partei. Unsicherheiten, Zukunftsängste und Verteilungskonflikte bieten Einfallstore für antidemokratische Positionen und rechtsextreme Ideologien. Die Demokratie, ihre Grundprinzipien, Abläufe und Institutionen werden von vielen zunehmend mit Distanz betrachtet.

Nicht zuletzt ist die Stärke der antidemokratischen Rechten die Schwäche der demokratischen Linken. Was sind Gründe für die aktuell so große Verdrossenheit vieler Menschen? Was treibt sie in so großer Anzahl in die Arme von Menschenfeinden und Demokratiegegnern? Gibt es Auffälligkeiten zwischen Ost und West? Und vor allem: Was können wir tun, um die Ursachen für antidemokratische Einstellungen zu verringern? Helfen da nicht auch Erinnerungen an unsere Diktaturerfahrungen, die mit der SED sind ja noch gar nicht so lange her? Wie können Hoffnung und Gestaltungsoptimismus wiedergewonnen werden, wie können attraktive sozialdemokratische Zukunftserzählungen von einer besseren Welt den schlichten und emotionalisierenden Narrativen der Rechten entgegengesetzt werden?

Mit derartigen Fragen beschäftigte sich unsere diesjährige Tagung der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.*

in Birkenwerder bei Berlin vom 10.–12. Oktober 2023, in bewährter Kooperation mit der Brandenburger Friedrich-Ebert-Stiftung. Zum Auftakt fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zur «distanzierten Mitte» statt, auf der Prof. Dr. Sabine Achour von der FU Berlin die Thesen der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vorstellte, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder vom Vorstand der HDS diese Studie aus Sicht des Forschungsstandes über den Rechtsextremismus einordnete und kommentierte und anschließend der Brandenburger SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Noack, Mitglied des Innenausschusses, aus den praktischen Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der AfD berichtete. Eine von Hendrik Küpper moderierte Paneldiskussion mit Oskar Gergs, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, und mit Annika Pultke, Schülerin und engagiert im Netzwerk Schule ohne Rassismus, zeigte, wie vielfältig in der jüngeren Generation Engagement gegen rechts aussehen kann. Denn es ist einer der erschütterten Befunde, dass die AfD auch verstärkt von der jüngeren Generation gewählt wird, während die Grünen dort einbrechen und die SPD da außerordentlich schwach ist.

Im Schwerpunkt dieses Heftes dokumentieren wir schriftliche Fassungen zentra-

ler Beiträge der Tagung (Dr. Gero Neugebauer, Jöran Klatt, Robert Misik, Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher). Auf der dortigen ordentlichen Mitgliederversammlung der HDS e.V. wurden drei neue Vorstandsmitglieder, die den bisherigen Vorstand ergänzen, hinzugewählt: Prof. Dr. Christian Krell (HSPV NRW Köln und Universität Bonn), Dr. Carsten Schwäbe (FU Berlin) und Stefan Stader (Berlin/Köln).

Wie immer ist diese Halbjahreszeitschrift aus dem intellektuellen Netzwerk der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.* heraus entstanden. Wir finanzieren uns fast ausschließlich über die Vereinsmitgliedschaft, schon deshalb, aber natürlich vor allem mit dem Argument, mitdiskutieren und mitarbeiten zu können, werben wir um neue Mitglieder. Auch in diesem Heft finden sich wieder die autonom gestalteten Seiten der *jungen Perspektiven*. Hendrik Küpper und Laura Clarissa Löw wurden hier diesmal tatkräftig von Lina-Marie Eilers und Lukas Marvin Thum unterstützt. Gerade hier finden sich wieder pointierte Positionen von Jungsozialist:innen, die nicht allen gefallen werden, aber u.E. für den Diskurs enorm wichtig sind.

Kira Ludwig, Klaus-Jürgen Scherer

AKTUELL

Klaus-Jürgen Scherer

Aspekte gereizter Polarisierung

Das aufwühlende Ereignis, das «getriggert sein», wie es heutzutage heißt, führt zu einer Affektpolitik, erschwert rationalen Diskurs, macht konsensorientierte Debatten, in denen gemeinsame und unterschiedliche Sichtweisen mit Bedacht abgewogen werden, seltener. Zu oft treffen diametrale Weltansichten in höchster Emotionalität aufeinander und entzweien gar manche Freundschaft. Im Herbst/Winter 2023 war es angesichts der kriegerischen Eskalation in Nahost wieder einmal so weit, nicht zuletzt angetrieben von den Zuspitzungen und *Fake News* der Internetblasen.

Polarisierender Naher Osten

Auf der einen Seite diejenigen, die sich aus Verantwortung vor der deutschen Geschichte, mitunter vor dem Hintergrund der beschwiegene Schuld in der Familie und der eigenen Gegensozialisation, ein Leben lang gegen die Gefahr von rechts, gegen alten und neuen Antisemitismus engagiert hatten, für die nach dem Holocaust die «Staatsräson» des Existenz-

rechts Israels zum essenziellen Bestandteil bundesdeutscher Demokratie gehört. Auf der anderen Seite jene, oft mit arabisch-türkischem Hintergrund, die immer schon alle Muslime als Opfer sahen, in deren Weltbild man der Demokratie gleichgültig bis abschätzig («Scharia», «Kalifat») gegenübersteht und die anfällig sind für antisemitische Stereotype («schuld sind die Juden»). Sowie auf derselben Seite diejenigen, die – wie das Kollektiv *ruangrupa* der *documenta:15* – in postkolonialer Ideologie Israel zum imperialen Vertreter der USA erklären oder seit ein paar Jahren gleich alles über den Leisten des den globalen Süden unterdrückenden «weißen Mannes» schlagen. Bei vielen Muslimen basiert die kompromisslos-radikale Aggressivität auf persönlichen Verbindungen, auf Solidaritätsgefühlen und auf in ihrer Parallelgesellschaft gelernten Werten. In der akademischen Kulturlinken hat diese zu tun mit einem identitätspolitischen Aktivismus, der sich gegen Vernunft und Aufklärung für «erwacht» hält und sich jedem Diskurs, ob Argumente evidenzbasiert oder rational sind, entzieht. Diese eigentlich unmög-

liche¹ Koalition aus religiös-ethnischem Fundamentalismus und pseudoakademischer Rechthaberei der *woken* Linken aus den Kulturinstitutionen des Westens schreckte auf, ergänzte sie doch den gewissermaßen ewigen Antisemitismus der Rechtsextremisten.

Der Riss ließ sich nicht mehr kitten. Wie ein monströses mittelalterliches Pogrom, so viele Juden wie möglich zu töten, verstörte der barbarische Überfall der Hamas am 7. Oktober mit seinem Vandalismus, den Vergewaltigungen, der Mordlust und Folter, den Geiselnahmen. Nach der israelischen Reaktion, die Hamas inmitten des dicht besiedelten Gazastreifens vernichtend zu schlagen (damit diese die Sicherheit Israels nicht mehr bedrohen kann), wurde den Juden nur noch wenig Empathie zuteil. Auch bei uns war das Bauen von Brücken nicht mehr gefragt: menschenrechtlicher Universalismus, Mitleid mit *jedem* Opfer zu haben, die Existenzangst der Juden wie das Leid in Gaza zu sehen, das «doppelte Trauma»² zu hinterfragen, die wirklichen Täter zu benennen und politische Ziele wie Zweistaatenlösung, Befreiung der Palästinenser vom Terrorregime, Entmachtung rechtsextremer Fundamentalisten in Israel.

Stattdessen prallten die polarisierten Narrative frontal aufeinander: Auf jüdischer Seite der existenzielle Schock, ihre

sichere Heimstatt verloren zu haben und nur wenig Mitgefühl zu erleben und sogar in Deutschland wieder antisemitisch bedrängt zu werden, jetzt auch von der muslimischen Parallelgesellschaft und aus dem kulturlinken akademischen Milieu heraus. Die erschütternde Erfahrung: Der Judenhass ist wieder grenzenlos geworden.

Auf der anderen Seite das weitverbreitete und – jenseits der demokratischen Institutionen laute – postkoloniale und islamistische Framing: «Freiheit für Palästina» (statt Befreiung *von* der Hamas), «gegen Genozid in Palästina» (dabei missbraucht die Hamas Menschen als Schutzschilde), für sofortigen «Frieden» (gäbe es, würde die Hamas jüdische Geiseln freilassen und die Waffen niederlegen), die Hamas als «Befreiungsbewegung» (statt als die Unterdrücker der Bevölkerung in Gaza³), die historisch einseitige Kontextualisierung von den Israelis als weiße «Siedlerkolonialisten» (statt des Narratives der brutalen Rivalität um Land zweier ethnisch-religiös verfeindeter Gruppen, die *beide* über berechnete Ansprüche verfügen).

Sicher sollte Israel in dem durch die Hamas provozierten Krieg mehr tun, um unschuldige palästinensische Zivilisten zu schützen. Doch die Verharmlosung des islamistischen Terrors bleibt die Entschuldigung des Unentschuldbaren.⁴ Die antise-

1 Denken wir nur an die unterwürfige Rolle der Frau im Islam oder besser nicht daran, wie die Hamas die LGBTQ+-Gemeinde behandeln würde.

2 Vgl. Albrecht von Lucke: «Israel – Palästina. Das doppelte Trauma», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/23, S. 5 ff.

3 Tatsächlich ist die Hamas nicht nur eine Terrorarmee, sondern auch eine soziale Bewegung. Das waren die Nationalsozialisten aber auch. Dies macht es schwieriger, zwischen unschuldigen Zivilisten und Hamas-Anhängern bzw. Hamas-Aktivistinnen zu unterscheiden. Man hört, die Kriegsführung der Israelis versuche sich gemäß dem Völkerrecht auf militärische Ziele zu konzentrieren, dennoch sind die zivilen Opferzahlen (zu) hoch. Erinnern wir uns an den Zweiten Weltkrieg. Da galt die Bombardierung und Auslöschung ganzer deutscher Innenstädte mit hohen Opferzahlen als legitimes Mittel die Nazis niederzuringen; man wollte den Durchhaltewilligen des deutschen Volkes brechen, erreichte aber wohl das Gegenteil.

4 In vielen Erklärungen Pro-Palästina wird das Massaker der Hamas, wie in der aus der Kunstszene im ARTFORUM (19.10.2023), sogar verschwiegen.

mitische Radikalisierung, wie sie offenbar jahrelang in muslimischen Parallelgesellschaften gepredigt wurde, und wie sie in der jüngeren Generation an Hochschulen, in Redaktionen und Kultureinrichtungen herangewachsen ist, war auf einmal wieder öffentlich zeigbar. Der fundamentale Unterschied zwischen einer westlichen Demokratie (selbst wenn dort Rechtsradikale in der Regierungsverantwortung sind) und einer Terrororganisation des totalitären «grünen Faschismus»⁵ darf nicht verwischt werden.

Polarisierte Mitte

Wir leben auch sonst nicht mehr in normalen Zeiten. Unsere politische Kultur wandelt sich tiefgreifend: «Schwierig geworden ist es auch, weil Deutschland in den vergangenen zwei Jahren von schweren, unvorhergesehenen äußeren Krisen erschüttert worden ist. Uns stellt das vor Herausforderungen, wie unsere Republik sie in dieser Konzentration und Härte wohl noch nicht erlebt hat.»⁶ Das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrschende Koordinatensystem ist in mancher Hinsicht zusammengebrochen. Kontinuierliches Wachstum, wachsender Wohlstand, nivel-

lierte Mittelstandsgesellschaft, Ausbau sozialer Sicherheit, Glauben an technischen Fortschritt, Zukunftsoptimismus, Friedensordnung, Vertrauen in das staatliche Handeln und die Volksparteien, in universelle westliche Werte und die europäische Demokratie – das sind bzw. waren zentrale Schlüsselbegriffe einer gefährdeten oder bereits untergegangenen Welt.

Dabei hat die Radikalisierung der Ränder derart zugenommen, dass deren Spaltungspotenzial bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Das jedenfalls ist die Kernaussage der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.⁷ Wobei diese Studie die Bedrohung der Demokratie von rechts analysiert und wenig berücksichtigt, dass neue Spielarten des Extremismus auch von links – siehe oben – oder als Querfront wirkmächtig sind. Denn auch vor der aktuellen Zuspitzung bedrängten der politisierte Islamismus, die postkoloniale Kulturlinke, sogenannte «race»-Theorien und radikalisierte «woke» Gender-Aktivist:innen die Demokratie.⁸

Die Mitte-Studie basiert auf sechs Dimensionen: Befürwortung von Diktatur, Nationalchauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.

5 Besonders Bernard-Henri Levy benutzte diese, allerdings nicht unproblematische, Terminologie. Unstrittig ist die Frontstellung gegen die Grundwerte einer modernen Demokratie, die Absolutsetzung und Dogmatisierung der eigenen Positionen, die Absicht einer umfassenden Kontrolle der Gesellschaft im Namen des Islam und die gewaltsame, brutalstmögliche, menschenverachtende Durchsetzung der Ziele.

6 Olaf Scholz: *Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag*, 28.11.2023.

7 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Makros (Hg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023.

8 Vgl. zu Letzterem: Helen Pluckrose / James Lindsay: *Zynische Theorien. Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt*, München 2022. Julian Nida-Rümelin: «Cancel Culture». *Ende der Aufklärung? Ein Plädoyer für eigenständiges Denken*, München 2023. Susan Neiman: *Links ist nicht woke*, Berlin 2023. Der Rechtsextremismus beginnt nicht schon dort, wo der «gesunde Menschenverstand» einer gesellschaftlichen Mehrheit manchen identitären Aktivisteneifer für «verrückt» hält, das Leugnen gravierender Probleme unregelter Migration nicht mehr mitmacht oder sich in der Sprache und in Lebensstilfragen gegen Vorschriften und Verbote wehrt.

Das geschlossenen rechtsextremistische Weltbild verdreifachte sich von 2–3 % auf über 8 %. Dazu kamen noch einmal (vielleicht, anders als in den Medien kommuniziert, die eigentlich alarmierende Zahl!) 20 % in einem ebenfalls deutlich angestiegenen rechten «Graubereich». Der Rechtsruck zeigt sich darin, dass in der Mitte das Abrücken von demokratischen Einstellungen zunimmt. Es ist von demokratiegefährdenden Radikalisierungsprozessen die Rede. Es gibt zahlreiche Narrative der Rechten, die weit in die Mitte hinein verfangen. So stimmen 58 % zu, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt⁹ sei, 63 % meinen, die demokratischen Parteien zerredeten alles und lösten die Probleme nicht.¹⁰

Eine Politik des Gemeinwohls, der gemeinsamen Werte, des Ausgleichs, der handlungsorientierten Kommunikation, des gegenseitigen Lernens, des Kompromisses und Brückenschlags zwischen Weltbildern, Klassen, Milieus und gesellschaftlichen Gruppen gerät in die Defensive. Vernünftige, auf Fakten und Problemanalyse sowie wertorientiertem Diskurs basierende Reformpolitik wird delegitimiert und oft ersetzt durch problematische Sichtweisen: ausgrenzend, verabsolutierend, moralisierend, aufgeregt-radikalisiert, situativ, symbolisch und skandalisierend. Dass die Rechtsextremen und Rechtspopulisten mittlerweile überall in der EU stärkste oder zweitstärkste Kraft sind, dass die Zustimmungswerte sozialdemokratischer Parteien eher nur noch zwischen 15 % und 25 % und nicht mehr bei 35–40 % liegen, dürfen zwei Seiten einer Medaille sein.

Die Stärke der Rechten ist auch die Schwäche der Narrative der Linken, die nicht mehr, was einst ihr besonderes Merkmal war, ein überzeugendes Bild von einer besseren Welt zu zeichnen vermag. Grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen, Protest und widerständiges Verhalten führen wieder zu Wut und Hass von rechts. Die Linke verband Systemkritik immer mit einem Narrativ, das beschrieb, wohin die Reise in die Zukunft des Fortschritts gehen soll. Jetzt hingegen herrscht in den Worten von Axel Honneth «die Entkoppelung der Entrüstung von jeglicher Zukunftsorientierung, des Protests von allen Visionen eines Besseren»¹¹. Anders formuliert: Die Antworten der Rechten sind eine rückwärtsgewandte Hoffnung, die sich auf eine nie da gewesene alte «heile Welt» bezieht.

Klar gibt es den Einfluss der tagesaktuellen Politik. Im Herbst 2023 waren bereits vier von fünf Wahlberechtigten wenig,/gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Ampel-Koalition. Statt 60 % (Anfang 2022) verbanden mit ihr nur noch 30 % (September 2023) einen «Willen zur Erneuerung».¹² Auch die durch das überraschende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gestoppte Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds durch 60 Milliarden ungenutzter Coronagelder dürfte den Eindruck mangelhafter Handlungsfähigkeit der Regierung verstärkt haben.

Zwei Drittel der AfD-Wähler wollen eben deshalb ihre Stimme dieser Partei geben, weil sie «von den anderen Parteien enttäuscht» sind, nur ein Drittel dezidiert wegen der «richtigen», rechten Positionen der

9 Ebenda S. 121.

10 Ebenda S. 117.

11 Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015, S. 15.

12 Allensbach Institut: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 21.9.2023, S. 8.

AfD. Die deutlichen Wanderungsbewegungen in der Hessischen Landtagswahl (8. Oktober 2023) von der SPD zur CDU und AfD wurden zurückgeführt auf die spalterische Dominanz des Migrationsthemas («staatlicher Kontrollverlust»), auf die monatelange Debatte um Zumutungen durch das sog. Heizungsgesetz («staatliche Bevormundung»), auf die als wenig sozial erlebte ökologische Transformation («Zukunfts- und Abstiegsängste»): In der Klimapolitik befürchtet jeder zweite für sich negative Auswirkungen.

Doch tagespolitische Konstellationen sind fluide, können sich relativ rasch wieder ändern. Erinnert sei an die Wende 2021 im Wahlkampf von Olaf Scholz. Doch hinter dem Tagespolitischen zeigt sich ein dramatischer Strukturwandel, der dazu führt, dass der Rechtsextremismus weniger denn je abschreckt, immer weniger isoliert ist. Rechnet man in Bayern die AfD und die Freien Wähler zusammen (Letztere gewannen durch den Skandal um den jugendlichen Antisemitismus von Hubert Aiwanger noch dazu!), so kommt man immerhin auf 30,4% Wählerstimmen, die noch *rechts* von der eher rechts der Mitte angeordneten CSU liegen.

Dass die AfD zunehmend als normale Partei wahrgenommen wird, zeigen Erhebungen zur Frage, ob man die AfD auf keinen Fall wählen würde. 2020 hatten diese Frage noch 74% bejaht. Heute sind es nur noch 55%. Immer mehr Menschen halten die AfD für eine «normale demokratische Partei». Heute sind es laut Allensbach 27 Prozent, im Jahr 2016 waren es noch 17 Prozent. Dabei findet diese Normalisierung zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Partei so weit rechts steht wie noch nie zuvor. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Werte für die AfD weiter steigen werden.

Heute gilt das nach allen Umfragen bisherige maximale Wählerpotenzial von 20-25% als weitgehend ausgeschöpft, doch bei anhaltendem Normalisierungsprozess kann auch dieses weiter zunehmen.

Polarisierung im Osten

Besonders stark ist die AfD in Ostdeutschland, wo sie inzwischen überall mit 32-36% (Momentaufnahme Ende November 2023) auf Platz eins liegt. Zwar hat sie im Osten überdurchschnittliche Erfolge, ist aber kein hauptsächlich ostdeutsches Phänomen; bei der letzten Bundestagswahl kamen zwei von drei Wählerstimmen aus den westdeutschen Bundesländern und nicht aus dem bevölkerungsarmen Osten. Es gelingt der AfD in Ostdeutschland deutlich besser als im Rest des Landes, auch in den vorpolitischen Raum vorzustoßen, in Vereinen und Initiativen vor Ort präsent zu sein. Ostdeutschland fungiert als Kraftzentrum für die besonders rechts stehenden (und meist aus dem Westen kommenden) Vertreter der Partei, aber inzwischen auch für die AfD insgesamt. Hier kann sie sich als stärkste Kraft der Region beständig im Gespräch halten. Hinzu kommt: Jeder einzelne bundesweite Beitrag, der sich mit der Rolle der AfD im Osten befasst, ist für die Partei vor allem eines: eine Erfolgsmeldung.

Der Rechtspopulismus ist also kein ostdeutsches Phänomen, und doch ist Ostdeutschland ein besonderer Fall. Denn im Osten gibt es mehr Menschen, die durch den Zusammenbruch der DDR, durch flächendeckende Arbeitslosigkeit, durch die schnelle und totale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, durch die Entwertung ihrer Biografie usw. viele Lebenskrisen durchgemacht und existenzielle Un-

sicherheiten erlebt haben. Sie haben sich da entweder wieder herausgekämpft oder sehen sich immer noch in einer existenziell fragilen Lage. Sie achten jetzt sehr darauf, das zu verteidigen, was sie besitzen, auch gegen alles, was im öffentlichen Diskurs als Fremdes verhandelt wird. Deshalb sind sie besonders gegen Migration, dagegen, dass die Gesellschaft diverser wird, dass der Staat ihnen diktiert, wie sie leben sollen. So kann die AfD-Wahl im Osten auch ein Affekt gegen den Westen sein, von dem man sich entmündigt, ausgeschlossen, ja kolonialisiert sieht. Auf der Basis dieses Lebensgefühls erklärt sich der Erfolg des Bestsellers des Jahres 2023 von Dirk Oschmann *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*:

Im seit 1989 herrschenden Diskurs heißt «Osten» vor allem Hässlichkeit, Dummheit, Faulheit, heißt Rassismus, Chauvinismus, Rechtsextremismus und Armut, heißt also Scheitern auf der ganzen Linie – um nur die wichtigsten der vom Westen erfolgreich eingeführten Zuschreibungen zu nennen, die er auf diese Weise zugleich elegant aus der Selbstwahrnehmung ausgegliedert hat. «Westen» dagegen heißt (alte) Bundesrepublik, heißt Deutschland im eigentlichen Sinne, heißt Schönheit, Klugheit, Fleiß, heißt Weltoffenheit, Liberalität, Demokratie und Reichtum, heißt Erfolg auf der ganzen Linie – wiederum in der Zuschreibung des Westens, diesmal im Blick auf sich selbst. «Osten» ist immer das, was man nicht haben will, das fremde und falsche andere einer wesentlich niedrigeren Zivilisationsstufe.¹³

Das ist sicher starker Tobak. Wolfgang Thierse kritisiert daran, dass man so das

Erreichte, die Erfolge der letzten Jahrzehnte, verdrängt; diese könnte man besser mit Blick in die andere Richtung, auf die osteuropäischen Länder, erkennen. Und doch liegen diesem Lebensgefühl der Entzignung reale ökonomische Erfahrungen zugrunde. Ein Beispiel: Der steile Anstieg der Bodenpreise führt dazu, dass ländliche Häuser, seit Generationen in ostdeutschem Familienbesitz, kaum mehr weitervererbt werden können, weil man vielfach nicht in der Lage ist, die anderen Familienmitglieder auszubezahlen. Dann kauft der wohlhabende Wessi aus Berlin und verwandelt die Immobilie in einen edlen Zweitwohnsitz – und wundert sich anschließend darüber, dass die Einheimischen ihm ablehnend gegenüberstehen.

Der Soziologe Steffen Mau stellte jüngst den Begriff *veränderungser schöpft* in den Mittelpunkt, um die Stimmungslage auf den Punkt zu bringen, die offensichtlich dem Reformaufbruch zu neuem ökologischen Fortschritt entgegensteht:

Polarisierungsunternehmer wie die AfD bestimmen immer stärker den Diskurs, diktieren die Themen, über die öffentlich verhandelt wird. Mittlerweile gibt es große Teile der Bevölkerung, die sich angesichts des rapiden Wandels überrollt oder abgehängt fühlen. Die Unsicherheit bei vielen ist groß. Wenn dann Liberale oder Progressive kommen und ihnen sagen, sie müssen sich permanent verändern, um sich an die Welt anzupassen, fällt das Angebot der AfD auf fruchtbaren Boden. Sie verspricht Entlastung und gaukelt Sicherheit vor, indem sie sagt: Du kannst bleiben, wie du bist, die Welt muss sich an dich anpassen. Das trifft natürlich de facto nicht zu, aber

13 Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023, S. 121 f.

Teile der Gesellschaft sind veränderungserschöpft, da kommt es an. In Ostdeutschland noch stärker.¹⁴

Ausmaß gereizter Polarisierung

Mit dem Abebben der Bedrohung durch die Coronapandemie wurden auch die über zwei Jahre erbittert geführten Streitfragen des Maskentragens und erst recht der Impfverweigerung nachrangig. Heute kann man darüber, ob, wie häufig und wogegen man sich impfen lässt, entspannt reden, ohne den anderen für einen asozialen *Superspreader* zu halten, oder für jemanden, der von Staat, Wissenschaft und Pharmaindustrie manipuliert wurde. Doch das Muster des Unversöhnlichen und des gegenseitigen Unverständnis ist vorgezeichnet, es verselbstständigte sich und verschwand nicht mehr.

Bis hin zur politischen Kontroverse um die «fehlenden» 60 Mrd. Euro als Folge des Bundesverfassungsurteils vom 15. November 2023 zum Umgang mit der Schuldenbremse. Auch hier prallten zwei entgegengesetzte Meinungen hart aufeinander. Auf der einen Seite diejenigen, die die Schuldenbremse, wie sie ist, verteidigen und dem Grundsatz huldigen, der Staat solle nur ausgeben, was er einnimmt. Und die letztlich eine Sparpolitik, besonders im sozialen Bereich, propagieren, insofern sie auch Einnahmeverbesserungen durch Steuererhöhungen für Reiche ausschließen. Auf der anderen Seite diejenigen, die die Notwendigkeit sehen, die Schuldenbremse auszusetzen und zu reformieren. Die von den Folgen der Coronapandemie über die Jahrhundertflut im Ahrtal bis zur Energiepreisexplosion infolge des russischen An-

griffskrieges gegen die Ukraine auf die besondere Notlage des Staates verweisen. Und die vor allem (so ja auch das Fortschrittsprogramm der Ampel) außerordentliche staatliche Investitionen für notwendig halten, u. a. zur ökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft, zur Modernisierung der maroden Infrastruktur, zum Voranbringen der Energiewende für einen auch in Zukunft wettbewerbsfähigen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort.

Die gereizte Polarisierung ist allüberall. Das gilt auch für den archimedischen Punkt in der Migrationsfrage, ob man grundsätzlich für Schließung *oder* für Öffnung der Gesellschaft ist, wie für die Klimadiskussion. Dort verdüstert sich für die einen die Zukunft immer mehr durch neue wissenschaftliche Untergangsprognosen: selbst wenn alle vereinbarten CO₂-Einsparziele umgesetzt werden, landen wir bei 2,5–2,9 Grad Erderwärmung. Während auf der anderen Seite die Haltung, *die Kirche mal im Dorf zu lassen*, an Zuspruch gewinnt, wo im Klimawandel nur noch *ein* Problem neben anderen (wie den Störungen durch Straßenblockaden der «Letzten Generation») gesehen wird. Auch in den Debatten um die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angreifer kam es zu tiefgreifenden Verwerfungen zwischen denen, die für Friedensinitiativen und Kompromisse eintraten («Putinversther») und denjenigen, die auf ein stärkeres militärisches Engagement und neue Waffenlieferungen setzten («Bellizisten»). Auch die Frage, ob man mit AfD-Wählern zivil umgehen und mit ihnen reden solle *oder* denen nicht einmal die Hand geben dürfe, sie mit Verachtung strafen und isolieren müsse, polarisiert. Auch die sprachpoliti-

14 Steffen Mau in: *Süddeutsche Zeitung* 2./3. September 2023, S. 6.

sche Frage, ob das Gendern durchgesetzt werden soll *oder* bei aller Sprachsensibilität auf diese eigenartigen Sternchen und Doppelpunkte besser verzichtet wird, spaltet häufig. Weitere Beispiele von Diskursen gereizter Polarisierung ließen sich finden, etwa die Gegenüberstellung von Klassenpolitik und Identitätspolitik, die ein Hauptargument der gerade entstehenden Personenkultpartei Sahra Wagenknecht ist.

Grenzen gereizter Polarisierung

Doch *This is not America*. Bei allen Diskursen gereizter Polarisierung gibt es bei uns mehr Allianzen und Schulterschlüsse, es gibt (noch?) kein klares Gegeneinander unterschiedlicher Sozialstrukturgruppen, auch das Land-gegen-Stadt ist weniger stark ausgeprägt als etwa in Frankreich. Es gibt immer noch eine Mehrheit in der Mitte, die nicht den radikalisierten Polen anhängt. Zu dem Fazit, «dass das häufig gezeichnete Bild einer gespaltenen Gesellschaft nicht zutrifft»¹⁵, kam jüngst Steffen Mau (mit Thomas Lux und Linus Westheuser).

Seine soziologische Bestandsaufnahme unterscheidet vier Arenen, in denen jeweils spezifische Spannungsverhältnisse von Konflikt und Konsens dominieren, aber eben kein einfaches Dafür und Dagegen herrsche: In der *Oben-Unten-Arena* überwiegen meritokratische Verteilungsnormen und horizontale Positionskämpfe, die klassenpolitische Mobilisierung dominiert nicht. Die *Innen-Außen-Arena* mit der Migrationspolitik ist demgegenüber spannungsreicher: Regulierung, Begrenzung und Integration

sind die umstrittenen Themen. In der *Wir-Sie-Arena* der Identitätspolitik weist der Zug der Zeit Richtung Liberalisierung, doch Konflikte über Entgrenzungsbefürchtungen («das geht zu weit») bleiben. In der *Heute-Morgen-Arena* der Klimapolitik spricht Mau vom «Klassenkonflikt im Werden»: Über Geschwindigkeit und Tiefe des ökologischen Umbaus dürfte die soziale Frage hier neue Relevanz erlangen.

Wir sehen, eine harmonische Gesellschaft ist dies auch nicht. Das Konzept der «Triggerpunkte» zeigt, dass einzelne Themen (so unsere skizzierten Erfahrungen) großes Erregungspotenzial besitzen können. Triggerpunkte sind neuralgische Stellen, an denen besonders aufgeladene Konflikte aktiviert und affektiv aufgeladen werden können. So kann die Debatte nach wahrgenommenen Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstößen, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen durch die Decke gehen:

Die schwache ideologische Auskonturierung der breiten politischen Mitte und die Bindungsschwäche etablierter Parteien öffnen zugleich aber Räume für neue Formen der Politisierung und der «Affektpolitik». Dabei bieten kontroverse Themen – insbesondere solche, die «triggern» und affektbesetzt sind – Eingriffspunkte, die auch von Polarisierungsunternehmern genutzt werden.¹⁶

Wieweit dies die Gesellschaft wirklich spaltet, werden auch die Wahlen des Jahres 2024 entscheiden. Anlässe zu Diskursen gereizter Polarisierung dürften jedenfalls eher zunehmen. ■

15 Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin 2023, S. 25.

16 Ebenda S. 29.

SCHWERPUNKT BEDRÄNGTE DEMOKRATIE

Gero Neugebauer

Das deutsche Parteiensystem in Bewegung

Vorbemerkung

Gegenstand des Beitrags ist die Situation im deutschen Parteiensystem, im Besonderen wie es sich im Bundestag darstellt. Politikwissenschaftliche Definitionen des Begriffs Parteiensystem, u. a. seiner Struktur – welches Format hat es und ist es fragmentiert – sowie seiner Eigenschaften – wie stark polarisiert und wie stark segmentiert es ist, werden weder vorgestellt noch kommentiert.¹ Da über das Parteiensystem in Bewegung gesprochen wird, soll kurz auf die internen und externen Faktoren hingewiesen werden, die die Entwicklung des Systems bestimmen; auf einige davon wird im Text Bezug genommen.

Zu den internen Faktoren zählen die Anzahl der Parteien und ihre Entwicklung, ihre Stärke und ihre Machtstruktur (dominierende und marginale Parteien), die Exis-

tenz hegemonialer Parteitypen, die Kooperationsstrukturen und -verfahren (Regierung und Opposition) und die ideologische Distanz zwischen den Parteien sowie ihre Haltung zum politischen System.

Externe Faktoren sind neben der staatlichen und ggf. der ethnischen Gliederung (Zentralstaat, Föderation, nationale Minderheiten) das jeweils geltende Recht, d. h. das Staats- und Verfassungsrecht, das Wahl- und das Parteienrecht, die Herrschaftsformen, relevante sozioökonomische Faktoren, die gesellschaftliche Konfliktstruktur sowie internationale Rahmenbedingungen, die nationale Faktoren beeinflussen (z. B. die europäische Integration). Die Interdependenzen zwischen den Faktoren bestimmen wesentlich die Existenz und die Funktionsweise des Systems.

Im Parteiensystem sind nach 1945 und besonders seit 1949 eine Reihe von Parteien mit unterschiedlichen ideologischen

¹ Vgl. zu Parteienseiteneigenschaften und Systemtypen Oskar Niedermayer, Die Verfestigung des pluralistischen Parteiensystems, in: Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021*, Springer VS, Wiesbaden 2023.

Profilen und zu unterschiedlichen Zwecken gegründet worden. Im westdeutschen Teilsystem haben nur wenige von ihnen auf Dauer auch im Bundestag existiert, weshalb dort für eine längere Zeit eine gewisse Kontinuität geherrscht hat.² Im ostdeutschen, von der hegemonialen SED angeführten System der Blockparteien existierten vor der Gründung der DDR drei 1945 bzw. 1946 gegründete Parteien sowie zwei weitere marginale Parteien, deren Gründung von der SED initiiert war und die als eine Art Zielgruppenorganisationen funktionierten. In diesem 1949 auch in der Volkskammer etablierten System haben weder in der Anzahl der Parteien noch in den Beziehungen zwischen ihnen Veränderungen stattgefunden. Das geschah erst im Zusammenhang mit der ersten demokratischen Wahl im März 1990, als das Wahlrecht und das Wahlsystem geändert und neue Parteien gegründet wurden. In der alten Bundesrepublik etablierte sich zwischen 1949 und 1961 bei fortschreitender Akzeptanz der Grundlagen des politischen, sozialen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (Basiskonsens) ein Parteiensystem, in dem das bürgerliche Parteienlager dominierte; in diesem Zeitraum entstand eine strukturelle Asymmetrie zugunsten der CDU/CSU. Nach 1961 begann eine Phase des Abbaus der Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD sowie des Aufstiegs der SPD zur Regierungspartei, begleitet vom Abbau der Polarisierung im Parteiensystem sowie dem vorläufigen Ende der Regierungsführung durch die Union 1969. In der daran anschließenden bis 1982 andauernden Phase der Do-

minanz des sozialdemokratisch geführten Regierungsbündnisses mit der FDP begannen sich vor dem Hintergrund der Krise und der beginnenden Modernisierung des politischen und des gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik die Grünen zu etablieren. Das verhinderte nicht die 1982 beginnende Rekonstruktion der Dominanz des bürgerlichen Parteienlagers im Parteiensystem, das sich bis 1998 trotz der im Zuge der deutschen Vereinigung stattfindenden Herausbildung eines gesamtdeutschen Parteiensystems und einer neuen innerdeutschen Konfliktlinie (Ost-West-Konflikt) bei gleichzeitiger Entwicklung eines ostdeutschen Flügels und zunehmender Fragmentierung und Polarisierung im Parteiensystem stabilisierte. Die rot-grüne Koalition 1998 markierte den Beginn der Phase der vorläufigen Aufhebung der Asymmetrie sowie des Abschmelzens des Ost-West-Gegensatzes bei gleichzeitiger Zunahme der Bedeutung des sozialen und Wertewandels für das Parteiensystem. Das Scheitern der rot-grünen Koalition 2005 leitete den Wechsel der Dominanz der großen Parteien hin zur Union und damit zur strukturellen Asymmetrie ein. Gleichzeitig wurden die Bündnisgrünen stärker und das gesamtdeutsche Parteiensystem durch die Vereinigung von PDS und WASG komplettiert. Diese Entwicklung leitete den Wechsel zu einem stärker pluralistischen System ein, in dem sich durch die Gründung der AfD 2013 eine Partei entlang eines Konflikts über die Frage der europäischen Integration etablierte; die Bedeutung des Konflikts für den Aufstieg der Partei zu einer in Teilen rechtsextremen Partei war danach zweitrangig.

2 1949 waren noch 12 Parteien im BT vertreten, 1953 sank die Zahl auf 7 und 1957 auf 5. Danach blieb sie bis 1980 konstant bei 4, um danach auf 5 und ab 1990 bis 2009 auf 6 zu steigen. Nach 2013 (5) stieg sie 2017 auf 7 und 2021 auf 8 Parteien an.

2009 hatten Union und SPD zusammen rund 57 Prozent der Zweitstimmen erhalten. 2013 waren es mehr als 66 Prozent, davon über 41 Prozent für die Union, 2017 erzielten beide zusammen noch gut 53 und 2021 schließlich weniger als 50 Prozent (Union 24,1 %, SPD 25,7 %) der Zweitstimmen. Die Grünen konnten erst 2021 mit 14,8 Prozent ihr Ergebnis von 2009 (10,7 %) wieder übertreffen (2013: 8,4 %, 2017: 8,9 %). Die FDP, die 2009 mit 14,6 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1949 erhalten hatte, flog 2013 aus dem Bundestag, kehrte 2017 mit einem Ergebnis von knapp elf (10,7 %) Prozent zurück und verbesserte sich 2021 um 0,8 PP. Die AfD verfehlt 2013 knapp die Fünf-Prozent-Hürde (4,7 %), erreichte 2017 12,6 Prozent und erhielt 2021 mehr als zwei PP weniger (10,3 %). Da die LINKE, die 2009 noch knapp 12 Prozent (11,9) gewonnen hatte, 2013 nur 8,6 Prozent erzielte und 2017 über neun Prozent, 2021 mit 4,9 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde verfehlte, dank dreier Direktmandate jedoch noch in den Bundestag kam, blieb zwar die Pluralität des Systems erhalten. Es veränderte sich jedoch seine innere Balance, was sich nach der Auflösung der Fraktion fortsetzen dürfte, wenn neben sechs Parteien in fünf Fraktionen zwei Gruppen und der Vertreter des SSW drei weitere Abgeordnete Parteien das Parteiensystem im Bundestag repräsentieren.

Diese Entwicklung spricht dafür, dass im deutschen Parteiensystem in Zukunft nicht mehr zwei große Volksparteien dominieren werden, sondern es aus einer Reihe von

größeren und kleineren Parteien bestehen wird. Denn das beschleunigte Abschmelzen alter sowie die Herausbildung neuer Milieus durch den ökonomischen und sozialen Wandel einerseits sowie Politikverdrossenheit und sich abschwächende Parteibindungen andererseits führen zum Wandel von Wertorientierungen und Politikpräferenzen, was wiederum ein volatiles Wählerverhalten begünstigt. Die Orientierung der Hauptparteien auf die Mitte der Gesellschaft, die lange Zeit Konzentrationsprozesse im Parteiensystem und den Abbau der Polarisierung begünstigt hat, ist an ihr Ende und das gesamte Parteiensystem umfangreicher geworden und politisch stärker in Bewegung gekommen.

Das wird zum Einem durch einen Blick auf das Gesamtsystem deutlich. Im September 2023 waren auf der Liste der Bundeswahlleiterin 120 Parteien verzeichnet. Seit 2022 hat es 44 neue Anmeldungen gegeben.³ Zur BTW 2021 hatten sich 88 Parteien angemeldet, 54 davon wurden akzeptiert und 47, davon 40 mit Landeslisten, haben dann teilgenommen⁴; die Zahlen dokumentieren die quantitativen Veränderungen im Parteiensystem und dessen pluralistischen Charakter. Geringere Wahlergebnisse – die CDU/CSU erhielt 2021 24,1 Prozent, die SPD 25,7 Prozent der Zweitstimmen, womit beide weit von der als Nachweis für die Bezeichnung «Volkspartei» betrachteten 30-Prozent-Grenze entfernt sind – und sinkende Mitgliederzahlen der großen Parteien bestätigen⁵, dass es im deutschen Parteiensystem keine

3 Vgl. *Der Spiegel* Nr. 43/21.10.2023, S. 32.

4 bundeswahlleiterin.de: <https://is.gd/3hVJrC>.

5 Die SPD hatte 2013 noch rund 474 T. Mitglieder, 2022 waren es nur noch knapp 380 T. In diesem Zeitraum war die Zahl der CDU-Mitglieder von 467 T auf 372 T gesunken, die der CSU von 148 T auf 132 T und die der LINKEN von 64 T auf 57 T. Zugelegt von 61 T (2013) auf 126 T hatten die Grünen, die FDP von 57 T auf 77 T und die AfD von 17 T auf 29 T.

«echte» Volkspartei mehr gibt. Zudem haben sich die großen milieugebundenen Wählerkohorten aufgelöst bzw. von «ihren» Parteien gelöst. Das für Volksparteien typische breite programmatische Angebot wurde in der politischen Praxis nur eingeschränkt umgesetzt und bestimmte Identitätsmerkmale wie das christliche Menschenbild bei der CDU oder der Wert «Soziale Gerechtigkeit» bei der SPD haben an Bedeutung eingebüßt bzw. sind kein Alleinstellungsmerkmal mehr; von «Sozialer Gerechtigkeit» sprechen mehrere Parteien, weshalb es notwendig ist festzustellen, ob die sozial- oder die christdemokratische Gerechtigkeit oder die der LINKEN gemeint ist. Dennoch sprechen CDU und CSU und neuerdings auch wieder die SPD von sich als «Volkspartei»; mehr als einen Anspruch können sie damit nicht behaupten. Und in den Medien widerspiegelt der fortgesetzte Gebrauch des Begriffs m. E. den Unwillen, von großen, mittleren, kleinen und kleinsten Parteien zu schreiben. Nur zur Erinnerung: Weniger Mitglieder bedeuten nicht nur geringere Beiträge, sondern auch geringere soziale Verankerung und Mobilisierungspotenziale sowie verringerte Rekrutierungschancen – und weniger Wähler führen zu geringeren Erstattungen.

Zum anderen zeigt sich das in der politischen Verortung der Parteien durch die wahlberechtigte Bevölkerung. Die beurteilt die Positionen der Parteien auf einer Links-Rechts-Skala. Dieses Urteil verändert sich, bedingt durch wechselnde Stimmungen und Einschätzungen von Parteipolitik und -personal immer wieder; zu abrupten Positionsveränderungen ist es bislang jedoch nicht gekommen. Allerdings fällt eine in

den letzten 30 Jahre nicht aufgetretene Spanne auf: 1994 betrug die Differenz zwischen der PDS als linkem Neuling im gesamtdeutschen System und der CSU als konservativem Gegenpol 5,6 Punkte. 2014 war sie auf 3,9 Punkte abgeschmolzen, um 2023 zwischen der Partei Die Linke und der AfD als Rechtsaußen-Partei auf 6,2 Punkte anzusteigen. Die Positionierungen lassen eine zunehmende Polarisierung erkennen: LINKE, SPD und Grüne bewegen sich leicht nach links, CDU und CSU nach rechts, die FDP steht in der Mitte (sic!): Auf einem Links (0) – Rechts (10) Kontinuum werden die LINKE bei 2,0 platziert, die Grünen bei 3,4, die SPD bei 3,9 und die FDP bei 5,0, rechts davon die CDU bei 5,5, die CSU bei 5,9 und die AfD bei 8,2. Die – leichte – Veränderung der Position der AfD von 8,4 auf 8,2, d. h. vom äußersten rechten Rand in Richtung Mitte, könnte der Verbesserung der Positionen der AfD in Umfragen und ihrer Wahlergebnisse seit 2021 in einigen Bundesländern geschuldet sein, möglicherweise auch der veränderten Selbstverortung der befragten Wahlberechtigten. Die ordneten sich 2017 noch auf der Position 4,0 ein, 2023 jedoch schon auf 4,8⁶, d. h. sie orientieren sich stärker nach rechts.

Auf das Parteiensystem wirken Veränderungen der Anzahl und des Charakters der Parteien ebenso ein wie Entwicklungen innerhalb der Parteien, aus denen sich Rückwirkungen auf den Parteienwettbewerb ergeben. Das besonders dann, wenn Parteien an ihr politisches Ende gelangen, wenn sich in ihnen Kontroversen entwickeln, die zu Ausgründungen einer neuen Partei führen, wenn Zusammenschlüsse die Überle-

6 Vgl. Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland – September 2023, *ARD, Infratest dimap*, S. 7 und 8.

benschancen kleiner und kleinster Parteien sichern sollen oder wenn eine neue Partei entlang eines neuen oder bislang nur unzureichend organisierten Themas oder Konflikts gegründet wird; das kann sowohl durch politische Unternehmer als auch aus zivilgesellschaftlichen Organisationen heraus geschehen. Beispiele für in jüngerer Zeit von politischen Unternehmern gegründete und politisch gescheiterte Parteien sind die Republikaner und die Schill-Partei, für erfolgreiche Gründungen stehen die AfD und die Grünen, Letztere aus diversen zivilgesellschaftlichen Organisationen heraus gegründet.

Die gegenwärtig dominierenden Krisen und durch sie bedingte politische Prozesse ihrer Bewältigung erzeugen innerhalb von Parteien Überlegungen und Schlussfolgerungen, die Fragen politischer Positionen oder politischer Kooperation betreffen, deren Veränderungen sich auf die gegenwärtige Struktur des Parteiensystems beziehen. Das betrifft zum Beispiel Koalitionsvorstellungen. Die bislang gepflegte Vorstellung, in Zukunft könnten die Grünen wie bislang in sechs Bundesländern mit der CDU und ggf. einer dritten Partei eine Koalition auf Bundesebene bilden, wird durch heftige Attacken der Führung der Bundespartei, in Bayern durch die CSU, auf die Grünen mehr und mehr in Zweifel gezogen. Anderes wie die gelegentliche geäußerte Vermutung, ostdeutsche Landesverbände der CDU würden möglicherweise die Linkspartei in Koalitionsüberlegungen einbeziehen, um nicht der AfD «ausgeliefert» zu sein, gehört wegen der unsicheren Zukunft der Linkspartei ins Reich der politischen Fabel. Wenn Abgeordnete der CDU oder parteinahe Gruppierungen wie die «Werte-Union» sich zu grundsätzlichen politischen Orientierungen äußern, die von

der Partei behaupteten Position «in der Mitte der Gesellschaft» abweichen, wird damit die Frage verknüpft, ob nicht mit der AfD eine Zusammenarbeit angestrebt werden sollte. Auseinandersetzungen in einzelnen Politikfeldern wie der Klima- oder der Migrationspolitik oder zur Rolle des Staates in der Sicherheits- oder der Wirtschaftspolitik zwischen Bundes- und Landespolitikern der Union sind oft zugleich solche über künftige mögliche Koalitionspartner, aber auch über Führungsfragen und -personal in der CDU. Stimmen, die für Ausgründungen plädieren, dürften angesichts des Schicksals der ehemals großen konservativen Parteien Italiens, Frankreichs oder der Niederlande nur in abhörsicheren Räumen geäußert werden – und dann verstummen, wenn die Sprache auf unterschiedliche Biografien europäischer konservativer Parteien als auch auf unterschiedliche administrative Strukturen und Regeln des Wahlrechts in Europa kommt.

In der Führung der AfD, die von allen Bundestagsparteien die größte ideologische Distanz zum parlamentarischen System und dessen Basis, die freiheitliche demokratische Grundordnung hält, werden Hoffnungen gepflegt, durch Angebote der CDU in Regierungen erst auf Landes- und dann auf Bundesebene einsteigen zu können. So wurden aus den Landesverbänden in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen Aussagen laut, die Zweifel an der Fortsetzung der Ausgrenzung der AfD durch die Bundes-CDU («Brandmauer») äußerten. Umgekehrt war die AfD lange Zeit kein Objekt der Begierde seitens der CDU oder der CSU. Doch seit der von der CDU und der AfD unterstützten Wahl eines sehr kurzfristig amtierenden Ministerpräsidenten der FDP im Februar 2020 in Thüringen und nach dem Gewinn weniger kommun-

ler Mandate 2023 und animiert durch hohe Zustimmungswerte bei gesamtdeutschen wie bei Umfragen in ostdeutschen Ländern, betreibt die AfD eine Art Imagepflege als bürgerliche und zur Koalition mit der CDU bereite Partei. Das scheint nicht nur in Teilen der CDU zu wirken. So meinte die Marburger Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki, dass sich die Parteien verstärkt Gedanken über die Regierungsbeteiligung der AfD machen müssten: «Über den Punkt, um die AfD herum zu regieren, sind wir längst hinaus». Es gehe nicht mehr, sie «bei solcher Mandatsstärke völlig zu ignorieren». Die Frage sei, ob man versuche, die AfD in der Regierung zu entlarven (? d. Verf.), oder ob andere Parteien deren Programm vorzuziehen sollten – zu dem Preis, ihr eigenes Profil zu schwächen⁷. Nun ja, man kann sarkastisch reagieren⁸ oder aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen. Doch welche AfD hat Frau Borucki im Auge?⁹ Die Entwicklung der AfD zu einer Partei mit völkisch-nationalen und damit auch rassistischen Positionen wird in programmatischen wie in Aussagen führender Vertreter der Partei deutlich. Das Konzept eines an einer «ethnischen Volksgemeinschaft» ausgerichteten Staates ist mit der durch das Grundgesetz definierten demokratischen Ordnung und

ihren Werten nicht vereinbar.¹⁰ Die Einstufung eines zweiten ostdeutschen Landesverbandes der AfD durch den Verfassungsschutz als «gesichert rechtsextremistisch» macht das deutlich; andere LV stehen wie die Gesamtpartei unter Beobachtung des Verfassungsschutzamtes des Bundes und der Ämter in den Ländern¹¹.

Wie erreicht die AfD die Zustimmung? Sie kehrt, simpel formuliert, die Honecker-Parole «Vorwärts immer, rückwärts nimmer» in «Rückwärts immer, vorwärts nimmer» um und erweckt mit der Losung «Wir wollen unser Land zurück» Erinnerungen an Zeiten sozialer Stabilität in der DDR und an Fremde, die dort in Kasernen oder unter Getto ähnlichen Bedingungen hausten und in der Regel unter sich blieben. Nun verschafft sich die AfD eine durch Kritik an der Migrationspolitik sowie an tatsächlich erfahrbaren materiellen Mängeln der Transformations- und Vereinigungspolitik sowie deren sozialen und kulturellen Folgen gespeiste Zustimmung. Diese Zustimmung *würde* durch die Kenntnis der Grenzen, die ihr bei der Umsetzung ihrer Migrationspolitik gesetzt wären, ebenso wie der Inhalte ihrer programmatischen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen erheblich reduziert werden. Doch bislang gelingt es der

7 So im *Deutschlandfunk* in den Informationen am Abend, 11.11.2023 (keine Karnevalsendung), deutschlandfunk.de: <https://is.gd/vHqgIG>, gel. 16.11.2023. Borucki ignoriert z. B. die im Bundestag und in Länderparlamenten übliche Praxis, der AfD Zutritt zu bestimmten Positionen (Vizepräsident) zu verwehren.

8 «Leute, esst Pferdeäpfel! Millionen Fliegen können nicht irren!» Slogan an einem französischen McDonald-Restaurant zur Zeit einer Boykott-Kampagne französischer Landwirte. McDonald weigerte sich, ihnen Rindfleisch abzunehmen, weil die Kunden mit dem genügend vorhandenen US-Fleisch zufrieden wären.

9 Vgl. W. Schröder / B. Weßels: *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*, Otto-Brenner-Stiftung, Arbeitspapier 59, Frankfurt a. M. 2023 (nur online).

10 Vgl. Michaela Heilbronner: «Könnte ein Gericht die AfD verbieten?», in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.11.2023, S. 10.

11 Im Verfassungsschutzbericht 2022 des BfA heißt es: «In Verlautbarungen der Partei und einer Reihe von Funktionsträgern kommen ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis sowie fremden- und minderheitenfeindliche [...] Positionen zum Ausdruck. Innerhalb der AfD gingen extremistische Strömungen zudem gestärkt aus den Vorstandswahlen auf dem Bundesparteitag im Juni 2022 hervor.» verfassungsschutz.de: <https://is.gd/ZfsLdM>, S. 50, gel. 18.11.2023.

AfD, ihre vorwiegend aus den sozial schwächeren Schichten und Gruppen stammenden Wähler darüber im Unklaren zu lassen, was sie diesen programmatisch anzubieten hat – und dass sich durch die Umsetzung in konkrete Politik deren soziale Lage nicht, die aber mancher anderer aus der Mittelschicht schon, verbessern würde. Dass es in der Union und in der FDP mit der AfD vergleichbare Positionen gibt, was manche Zustimmung aus deren Reihen beispielsweise zu Anträgen der AfD in Landesparlamenten erklären könnte, trägt zu der Vorstellung bei, es könnte eine Akzeptanz der AfD als Koalitionspartei geben, was sicher größere Bewegung in die Koalitionspolitik bringen würde.

Bewegung im Parteiensystem zu erzeugen, hofft auch Sahra Wagenknecht infolge der Erweiterung des Parteiensystems durch eine neue Partei, die sie zu gründen beabsichtigt. Die Ausgründung aus der Linkspartei beschert ihr quasi durch die Seitentür den Eintritt in den Bundestag und das Parteiensystem, ohne sich vorher an einer Wahl beteiligt zu haben. Ob die Gründung den angestrebten Erfolg erzielen kann, muss abgewartet werden. Insofern gründen sich alle Einschätzungen auf Aussagen aus dem Gründerkreis und auf in der Regel wenig zuverlässige Informationen aus Umfragen. Das «Bündnis Sahra Wagenknecht» (BSW) soll für sowohl Wähler attraktiv werden, die zu vertreten lange Zeit die LINKE behauptet hat, ohne dafür beispielsweise durch ihre Wahlergebnisse einen ausreichenden Beweis antreten zu können, als auch für Wechsel- und Nichtwähler. Ob sie es schafft, dass sich die Wähler durch eine an tradierte «altlinke» sozialpolitische Vor-

stellungen angelehnte Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, soll heißen der – von der AfD abgelehnten – höheren Besteuerung großer Vermögen und Einkommen sich ihr zuwenden, muss abgewartet werden. Diese von ihr – wie von der AfD – als «normale Menschen» titulierten Wähler könnten dadurch irritiert werden, dass sie mit ihrer Wirtschaftspolitik «der Vernunft», den Begriff verwendet auch der hessische CDU-Ministerpräsidenten Boris Rhein, kleine und mittlere Unternehmen als Repräsentantin ihrer Interessen ansprechen will. Manche werden sich fragen, ob die BSW-Partei eine Politik gegen die Marktmacht der Monopole umsetzen und eine relative Marktfreiheit garantieren kann und wie sich ihre wirtschaftsfreundliche Haltung mit ihren sozialen Versprechen verträgt, die ihr in Gruppen der Unterschicht und unteren Mittelschicht Zustimmung beschern sollen; sie müsste zudem die in diesen Gruppen herrschende Wahlabstinenz überwinden. Schichten übergreifend hofft Sahra Wagenknecht zudem, durch eine populistische, materielle wie kulturelle Vorurteile gegen Fremde bedienende Argumentation, ohne dabei rassistisch aufzutreten, Zustimmung für ihre restriktive Migrationskonzeption zu erreichen – und sich zugleich gegen die AfD abzugrenzen, der sie nicht nur mit ihrer Migrationspolitik, sondern auch mit ihrer Innen- wie ihrer Europapolitik Konkurrenz machen will. Allerdings dürfte sie nicht bei denen Zuspruch finden, die links denken, sondern bei denen, die national denken, die ausgrenzen und nicht integrieren wollen¹². Doch solange die neue Partei nicht existiert und bei Wahlen erfolgreich

12 Vgl. Horst Kahrs: «Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2023.

agiert, lässt sich die Frage nach der Zustimmung aus dem Nichtwählerlager und aus anderen Parteilagern nicht beantworten. Einige Umfragen suggerieren Gewinne aus dem FDP- und vor allem dem AfD-affinen Wählerumfeld sowie dem Nichtwählerlager. Eine bezüglich des Realitätsgehalts der Resultate zuverlässige Umfrage kommt zu anderen Ergebnissen. Die lassen ihr kaum Hoffnung, relevanten Zuspruch aus dem Lager von CDU/CSU und FDP zu erhalten. Auch Anhänger der SPD und der AfD zeigen sich von der BSW-Partei wenig überzeugt; bislang würden nur wenige diese bei der nächsten Wahl wählen. Der Beifang aus dem Lager ehemaliger Wähler der LINKEN ist am größten¹³ – und der aus dem Nichtwählerlager unbekannt.

Stärker als das bayrische Wahlergebnis hat das hessische, für das der Landesverband wie der Bundeskanzler verantwortlich gemacht worden sind, die SPD in Bewegung gebracht – in Richtung der Union. Nach der Koalition in Berlin wird nun auch in Hessen eine Koalition zwischen CDU und SPD arrangiert; in beiden Ländern wurden bzw. werden die Grünen in die Opposition verwiesen. Damit ignoriert die Partei die bisher bei allen Großen Koalitionen gemachte Erfahrung, dass sie von solchen Koalitionen dann nicht profitiert, wenn sie nicht die entscheidende Reformkraft darstellt und die Union sich – wie im Wahlkampf 2021 demonstriert – programmatisch und personell in schlechter Verfassung befindet. Wie jüngst in Berlin negiert die SPD in Hessen diese Bedingungen; dort sind sich SPD und CDU im Bereich Migration und innere Sicherheit sehr nah. Die

Beziehungen innerhalb der Ampelkoalition zwischen der SPD und den Grünen sind aufgrund diverser Kontroversen offensichtlich nicht mehr geeignet, die zu Beginn der Koalition angesichts einer hohen programmatischen Übereinstimmung zwischen SPD und Grünen, zwischen Grünen und FDP war sie dagegen sehr gering, gepflegte Erwartung einer produktiven Zusammenarbeit zu behaupten. Kann das die zögerlich erscheinende Absage an das Angebot von Merz an die SPD erklären, die Grünen aus der Koalition zu entlassen und mit der CDU/CSU zusammenzuarbeiten?

Um den Weg zum Untergang verlassen und den Übergang zum Wiederaufstieg beschreiten zu können, *müsste* die SPD mehrere Erfolgsbedingungen erfüllen. Zu diesen gehört ein unverkennbarer Markenkern, der ihre Identität als besondere Partei kennzeichnet. Diese Identität gründet sich auf ein Leitbild, das Zielvorstellungen der SPD wie «Solidarität, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, innere Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität» miteinander verknüpft. Zwar sollen die jüngsten steuer-, wirtschafts- und finanzpolitischen Ideen aus dem WBH das «linke Profil» der SPD stärken. Zu fragen ist, ob sie nicht eher darauf gerichtet sind, in Hinsicht auf die nächste BTW Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der SPD zu kreieren, um die Kompetenzen des Kanzlers zu betonen? Das könnte wiederum den Verdacht wecken, die SPD würde sich stärker zum Kanzlerwahlverein entwickeln als es Not und ihr guttun würde. Das könnte sie in ihrem Wettbewerb mit den Grünen um solche Wählergruppen schwächen, die sich primär an sozialpoliti-

13 Im jüngsten PB geben 3% aller Befragten, darunter 10% ehemalige Wähler der LINKEN, an, die Partei von Sahra Wagenknecht bei der nächsten Bundestagswahl «auf jeden Fall» wählen zu wollen, 10% wollen das «wahrscheinlich» tun, 22% «wahrscheinlich nicht» und 57% «auf keinen Fall». *Politbarometer* November I, 2023

schen Vorhaben und Entscheidungen orientieren und dort Fortschritte eher bei diesen als bei der SPD sehen.

Die Grünen haben als Koalitionspartei Probleme, deren Lösungen das Parteiensystem in Bewegung bringen könnten, wenn dadurch die Grünen ihre Koalitionen aufgeben und nach neuen Partnerinnen suchen müssten. Auf der Landesebene hat sie Schwierigkeiten mit den Ministerpräsidenten der CDU, die wiederum ihre Probleme mit deren Bundesspitze haben und auf der Bundesebene ist sie Zielscheibe der CDU/CSU, denn die wollen die Grünen aus der Ampelkoalition herauslösen. In der Ampelkoalition sind es primär Probleme mit der FDP wegen unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Lösung von einigen Problemen sowie mit den Teilen der eigenen Partei, die zunehmend Zweifel an der Einhaltung grüner Werte angesichts der Politik der zunehmend pragmatisch agierenden Grünen in der Ampelkoalition haben. Dadurch haben radikal-ökologische sowie pazifistische Positionen innerparteilich an Gewicht und damit auch an Bedeutung für die Entscheidungsfindung verloren. In Hinsicht auf künftige Koalitionsbildungen galt für die Grünen das Prinzip: Alles ist möglich, auch Koalitionen mit der CDU/CSU auf Bundesebene. Übereinstimmungen in der Migrationspolitik, siehe MP Kretschmann und seine Nähe zur Migrationspolitik der Union, oder Kooperationen in Umweltfragen, siehe Autobahnbau in Hessen oder in Energiefragen (Kohleabbau in NRW), demonstrierten Annäherungen und Kompromisse zuungunsten bestehender Differenzen. Die Grünen setzen anscheinend auf eine CDU mit einem nahe der politischen Mitte agierendem politisches Personal; das will im Moment noch keine offenen Konflikte mit der

eher nach rechts orientierten älteren politischen Garde riskieren. Was die Partei gegenwärtig – noch – nicht sehr zu beunruhigen scheint, sind die Absetzbewegungen von zivilgesellschaftlichen und bislang den Grünen zugeneigten Organisationen.

Die von der Linkspartei ausgelöste Bewegung im Parteiensystem des Bundestags durch die Auflösung der Fraktion belässt sie dort mit einem geringeren Status als Gruppe; als Partei bleibt sie weiterhin existent. Grund des Ausgangs ist nicht eine Kontroverse zwischen Parteien im Bundestag oder eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern der Willen einer Person, angesichts mangelnder Unterstützung ihrer Positionen und ihrer Person innerparteiliche Kontroversen auszulösen. Anstatt einen innerparteilich verbindlichen Konsens über die Grundlagen und Zielrichtungen der Politik der Partei herbeizuführen, stritten sich sowohl Partei- und Fraktionsspitze als auch einzelne Strömungen und Personen. Die Partei versäumte es, auf die Veränderungen in der Gesellschaft und damit auf neue Konflikte und Themen zu reagieren. Das wiederum führte zu nachlassendem Interesse der Wählerschaft an der Partei, die nicht in der Lage war, dieser den veränderten Verhältnissen adäquate Angebote anzubieten. Die Situation demobilisierte die Anhängerschaft, veranlasste Funktionäre zu abwartendem Verhalten und bewirkte politische Handlungsunfähigkeit, in deren Folge die Partei mehr und mehr die Unterstützung aus der Gesellschaft verlor. Da davon auszugehen ist, dass es in dieser Legislaturperiode nicht wieder zur Gründung einer Fraktion kommen wird, wird der Ausgang der BTW 2025 – oder jeder davor – entscheidend dafür sein, ob die Partei es schafft, in den Bundestag zurückzukehren und dann wie-

der als Alleinstellungsmerkmal die Außenposition am linken Rand des Systems einzunehmen oder einen neuen Nachbarn zu akzeptieren.¹⁴ Der Parteitag im November 2023 hat entschieden, einen neuen Weg als linke Partei mit sozialen und klimapolitischen Zielen einzuschlagen. Ob dieser Weg Erfolg verspricht, wird im Wahlgebiet West entschieden werden; die Zustimmung im Wahlgebiet Ost dürfte angesichts der geringen Resonanz auf ökologische Positionen der Partei überschaubar bleiben. Das kann dazu führen, dass die neue Partei sich nicht sicher sein kann, bei der kommenden BTW die 5-Prozent-Hürde zu überwinden.

Fazit: Die Richtungen der gegenwärtigen Bewegungen im Parteiensystem sind widersprüchlich. Nach der Einschätzung der sich selbst zunehmend politisch nach rechts bewegendem Bevölkerung bewegen sich die Linkspartei, die Grünen und die SPD von der Mitte weg nach links, während sich CDU und CSU umgekehrt nach rechts und die weit rechts stehende AfD leicht zur Mitte hinbewegen; dort wird die FDP platziert. In Umfragen dagegen finden die Parteien der von Mitte (FDP)-links (Grüne, SPD) Parteien gebildeten Ampelkoalition weniger Zustimmung als die rechten Oppositionsparteien CDU, CSU und AfD; die Linkspartei und andere erhalten weniger als fünf Prozent¹⁵. Die Grünen sind nach den letzten LTW in Berlin und in Hessen aus Länderkoalitionen ausgeschieden; der Sieger CDU hat für die neuen die SPD bevorzugt. Zunehmende Friktionen in der Ampelkoalition lassen Zweifel an der Haltbarkeit wachsen. Einerseits ist der Kanzler

Ziel von Angriffen der Opposition, andererseits erhält und macht er Angebote zur Kooperation – und erhält welche seitens der größten Oppositionsfraktion. Das deutet auf eine Bewegung der SPD nach rechts hin, während die Grünen links liegen gelassen und die FDP als notwendiger Lückenfüller betrachtet wird. Damit verändern sich in der Tendenz die ideologischen Distanzen, wodurch wiederum neue «alte» Beziehungen der Parteien im System möglich sind. Der CDU gelingt es noch, ihr durch Machterwerb und -erhalt geprägtes Profil zu wahren und eine grundlegende Modernisierung auf wenige Landesverbände zu beschränken; innerparteiliche Konflikte sind zu erwarten. Das Profil der Grünen verändert sich durch eine partielle Abkehr von identitätsstiftenden «grünen» Positionen sowie durch Bemühungen, ihre sozialpolitische Kompetenz auszuweiten. Dem setzt die SPD bislang nicht ausreichend genug Widerstand entgegen, wie überhaupt auffällt, dass sie weder auf ältere Reformkonzepte (Sozialstaatskonzept) zurückgreift noch eine Strategie entwickelt, die ihre spezifische Identität stärken und damit ihre Wettbewerbschancen verbessern würde. Durch die Position als führende Regierungspartei sieht sich die Parteiführung zu Loyalität und Verzicht auf öffentliche Kritik verpflichtet. Das wiederum bedingt de facto einen Stillstand in ihren Bemühungen, sich als Partei des gesellschaftlichen Fortschritts zu profilieren. Kein Wunder, dass der Eindruck zunimmt, dass in der Partei Tendenzen zur Bildung von Koalitionen mit den Unionsparteien verstärkt sichtbar

14 Nachdem die jüngsten Ergebnisse einer eher dubiosen «Potenzialanalyse» vorliegen, sieht sich Die Linke im Vorteil gegenüber dem BSW. Vgl. [rosalux.de: https://is.gd/5CpPze](https://is.gd/5CpPze).

15 «Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre», würde die SPD 16%, die Grünen 15% und die FDP 5% erhalten. Die CDU/CSU bekäme 30% und die AfD 21%, Linke 4% und Freie Wähler 3%, die Sonstigen 6%. FGW, Politbarometer November I, 2023 Repräsentative Umfrage – KW 45.

werden; deren Realisierung dürfte den Niedergang einer Partei ohne Reformkonzept beschleunigen. Der selbst verschuldete Ausgang der Partei Die Linke als Fraktion aus dem Parteiensystem im Bundestag als Konsequenz profilschädigender innerparteilicher Kontroversen und ihre Abstufung zu einer parlamentarischen Gruppe reduziert ihre Wahrnehmungs- und ihre Wirkungsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit erheblich. Eine reformunwillige SPD mit diffuser Identität und eine vorerst in der Erinnerung stärker als in der politischen Wirklichkeit präsen- te Linkspartei sind keine Voraussetzungen für ein wirksames linkes Lager im Parteiensystem, in dem statt Bewegung Stillstand herrschen dürfte. Ob und wie die neue Partei BSW sich diesem Lager zugesellen will und wird oder als eine «sowohl – als auch» Partei versucht wird, eine Scharnierfunktion zu besetzen, was auch dazu führen kann, zwischen allen Stühlen zu sitzen, das kann nicht beurteilt werden, solange diese Partei politisch nicht agiert. Von deren Attraktivität ist auch die Stärke der Unterstützung der AfD abhängig, die bislang sowohl vom Auftreten und der Politik der Ampelkoalition als auch der Art und Weise der Oppositionspolitik der CDU/CSU erheblich profitiert, nicht nur, weil deren materielle Leistungsbilanz eher negativ bewertet wird, sondern weil damit zugleich Zweifel am demokratischen System verstärkt und rechtspopulistische Argumentationen gegen die Demokratie und ihre Grundwerte legitimiert werden. Das von der AfD – und gelegentlich von Politikern der Union und der FW – gepflegte rechtspopulistische und immer wieder auch rechtsextremistische Argumentieren beeinträchtigt nicht nur die politische Debattenkultur negativ. Durch rhetorische Gegenwehr allein wird der Ver-

trauensverlust in die demokratischen Institutionen und ihre Repräsentanten nicht verhindert. Eben so wenig würde ein Verbot der Partei dazu beitragen, dass von der AfD repräsentierte und von ihren Wählern geteilte antidemokratische Einstellungen verschwinden. Deshalb sind die demokratischen Parteien verpflichtet, sich ihrer Verantwortung für die parlamentarische Demokratie bewusst zu werden, nicht zuletzt deshalb, weil deren Existenz letzten Endes ihre eigene Existenz garantiert.

These 1: Eine Entwicklung zurück zu einem von zwei Parteien dominierenden System erscheint deshalb ausgeschlossen, weil es neben der einen noch großen Partei drei weitere von mittlerer Größe gibt, von denen die AfD als Koalitionspartner ausgeschlossen bleibt, während SPD und Grüne zurzeit keine Zweier-Koalition bilden können und weitere Parteien Chancen haben, im System aufzusteigen.

These 2: Angesichts der Entwicklung des Parteiensystems in Richtung Mitte-Rechts erscheint eine Bestätigung des gegenwärtigen Formats des Systems nach der kommenden BTW unwahrscheinlich. Dessen gegenwärtige Struktur kann auch angesichts der Wahlrechtsänderung nicht als gesichert betrachtet werden, wenn es trotz des Gewinns von Direktmandaten weder der CSU noch der Linkspartei gelingen sollte, die 5-Prozent Hürde zu überwinden.

These 3: Bewegungen im Parteiensystem sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Parteien im Zuge der Formulierung und Umsetzung ihrer Politik zur Lösung von Problemen gezwungen sein können, ihre Grundwerte zu *überprüfen und die Orientierung daran ggf. zu relativieren*,

wodurch veränderte Positionierungen im System resultieren können.

These 4: Die SPD hat in der Koalition bislang ein Alleinstellungsmerkmal nicht herausgearbeitet, das ihre Identität kennzeichnet: die soziale Gerechtigkeit. Ihre Markierung als Kanzlerpartei reduziert ihre gesellschaftliche Akzeptanz auf die Leistungsfähigkeit des Kanzlers¹⁶. Wenn die Partei SPD es unterlässt, von der SPD-Fraktion in der Regierungskoalition einen deutlichen Bezug auf eine an sozialdemokratischen Werten und Inhalten geprägte Politik zu fordern, und zugleich zulässt, dass sich die SPD in Politikfeldern wie der Migration Positionen aneignet, die ihren Markenkern beschädigen, dann wird sie ihren Niedergang in der Gunst ihrer Anhänger fortsetzen.

These 5: Die CDU wird nicht umhinkommen, sich zu modernisieren, um einerseits als konservative Partei ihre Positionen in neue Politikfelder wie der Klimapolitik einzubringen, andererseits um sich für Bündnisse zu öffnen, die ihr Chancen auf Machtgewinn und -erhalt bieten. Wenn sie sich nach rechts dem Fortschritt feindlich gegenüberstehende Parteien zuwendet, wird sie ihre Identität und damit die Voraussetzung für ihren inneren Zusammenhalt verlieren.

These 6: Die Furcht vor den Folgen eines Identitätsverlusts einerseits und ihr Wunsch nach einem Erfolg ihrer manches Mal sehr pragmatischen Politik andererseits kennzeichnen die Pole des Handelns der Grünen in der Koalition. Wenn es ihr in ihrer verbalen wie non-verbalen Kommuni-

kation nicht gelingt, deutlich zu machen, dass ihr politischer Pragmatismus nicht den Verzicht auf ihre Grundwerte bedeutet und dass das ihr unterstellte Selbstverständnis einer politisch-kulturellen Avantgarde mit gelegentlich arrogantem Beiwerk nicht ihr Auftreten, geschweige denn ihr politisches Handeln bestimmt, dann wird sie es schwer haben, ihr von konservativen Kräften der Union verliehenes Image einer «Anordnungspartei» loszuwerden und eine Schwarz-Grünen Koalition auf Bundesebene zu erreichen.

These 7: Die FDP demonstriert Stagnation statt Fortschritt als Leitmotiv ihrer Politik in der Koalition, um ihre Nähe zur Union und damit ihre Eignung als deren künftige Koalitionspartnerin zu beweisen; dem entspricht ihr Konfrontationskurs mit den Grünen im Kabinett wie ihr gelegentlich oppositionelles Verhalten im Bundestag. Eine eigenständigere Rolle als die eines Pudels an der Leine von Friedrich Merz ist nur dann möglich, wenn sich die FDP mehr in Richtung einer progressiven liberalen Partei bewegt.

These 8: Die Warnung von Marketing-Experten, dass die Änderung eines Logos das Produkt zerstören könnte, war der LINKEN wohl nicht bekannt. Die Ausgründung der BSW zwingt die Partei, Strategien gegen ihren Niedergang zu entwickeln, um ihren Untergang zu vermeiden. Der Versuch, in der Epoche des «Grünen Kapitalismus» als moderne linke radikal-ökologische Partei neue Anhänger zu finden und zugleich mit traditionellen sozialen Themen als klassische linke Partei akzeptiert zu werden,

¹⁶ Im November 2023 beurteilten 51 % die Arbeit von Olaf Scholz «eher schlecht»; die Leistung der SPD wurde mit -0,4 bewertet (Grüne: -0,8, FDP: -0,9). Ebenda (Fn. 15).

kann gelingen, wenn innerparteiliche Konflikte zwischen der einen wie der anderen Linie vermieden werden, wozu ein in der alten LINKEN bislang nicht bekanntes Konfliktmanagement, nämlich die Akzeptanz von Regeln und der Schutz von Meinungen, angewendet werden sollte.

These 9: Die Absicht, eine Partei aus der LINKEN auszugründen, hat viel Medienaufmerksamkeit und damit zugleich unterschiedliche Medienunterstützung erfahren, weshalb die Gründung der Partei «BSW» als unumgänglich betrachtet wird, sollte die Ankündigung nicht nur dazu dienen, Bewegung in das Parteiensystem zu bringen. Kursorische Aussagen über die beabsichtigte Politik, Gerüchte über Personalentscheidungen sowie – in der Regel mit Vorsicht zu betrachtende – Ergebnisse von Umfragen über Wählerpotenziale lassen kein eindeutiges Profil erkennen. Kennzeichnungen als «linksautoritär» oder «linkskonservativ» und Ansagen, die Partei wolle sich sowohl für soziale Belange der Unterschicht als auch der unteren Mittelschicht einsetzen, zugleich aber ökonomische Interessen kleiner und mittlerer Unternehmer vertreten, können als Aussagen über Synthesen bestimmter Werte sowie gegensätzliche Positionierungen auf der sozio-ökonomischen Konfliktachse gewertet werden. Über die Position der Partei BSW im Parteiensystem, über ideologische Differenzen zwischen ihr und anderen, d. h. die Zugehörigkeit der Partei zu dem einen

oder anderen Parteienlager und ihre Koalitionsmöglichkeiten, kann erst etwas ausgesagt werden, wenn sie gegründet worden und politisch aktiv ist.

These 10: Einige der Voraussetzungen für die Stärke der AfD in Umfragen und bei Wahlen beruhen auf den Schwächen – vornehmlich der SPD – in der Koalition, in Mängeln in der Kommunikation der Ziele der Koalitionspolitik und der Wege, diese zu erreichen, andere in der Art der Arbeit der CDU/CSU als Opposition im Bundestag und weitere in den berechtigten wie unberechtigten Enttäuschungen in Teilen der Wählerschaft über materielle wie über immaterielle Leistungen, z. B. im Projekt «Aufbau Ost» oder der Zuwanderungspolitik. Wenn die Bemühungen der demokratischen Parteien Erfolg haben sollen, die AfD als eine Partei zu bekämpfen, die sich innerhalb wie außerhalb der politischen Institutionen bemüht, die Rolle dieser Institutionen und ihrer Bedeutung für die Demokratie zu schmälern, darf mit ihr nicht kooperiert oder sie auf andere Weise politisch legitimiert werden. Um ihren antidemokratischen Charakter aufzeigen und ihre Reichweite einzuschränken, müssen die demokratischen Parteien in ihrer politischen Arbeit die Vorzüge der Demokratie für die Gesellschaft praktisch in Leistungen für die Gesellschaft umsetzen, indem sie kommunikativ und praktisch stärker auf deren Bedürfnisse reagieren und mehr aktive Teilhabe möglich machen. ■

Detlef Lehnert

Überblick und Hinweise zu einigen neueren Demokratie- und «Polarisierungs»-Studien

«Ein Teil der Mitte der Gesellschaft distanziert sich von der Demokratie.»¹ So lautet der erste Satz im «Vorwort der Herausgeberin» Franziska Schröter zur gerade wieder einmal erschienenen neuesten «Mitte»-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), deren Befragungen im Januar/Februar 2023 stattfanden (S. 35). Wenn allerdings u. a. dabei herauskommt: «Am meisten Zustimmung erhält mit 40 % die Aussage «Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben» und bei über 27 % «teils/teils»-Antworten nur 32,5 % dem widersprechen (S. 64–66, Zitat S. 66), ist das eben noch kein «Nationalchauvinismus» wie dort gelistet, auch wenn man damit selbst in einem politischen Mehrebenensystem von der Gemeinde bis zur EU nicht allzu viel anfangen kann – und es passt unter vielen treffsichereren Bereichen wie Neigungen zur «Diktatur», «Verharmlosung des Nationalsozialismus», «Fremdenfeindlichkeit», «Antisemitismus» und «Sozialdarwinismus» offenbar nicht unter die Überschrift «Rechtsextreme Einstellungen 2022/23». Während ein harter Kern rechtsextremer Einstellungsmerkmale über viele Jahrzehnte hinweg stets zu finden war, ist es dennoch beunruhigend, wenn nunmehr bei 16,2 % der Befragten dezidierte «Fremdenfeindlichkeit» anzutreffen ist und weitere 30,3 % der «teils/teils»-Hal-

tung zuzurechnen sind, ferner allein schon gegenüber 2020/21 und Zunahme der Befürwortung von «Diktatur» von 2,2 % auf 6,6 % und zusätzlich 23,3 % statt zuvor 15,5 % der «teils/teils»-Haltungen anzutreffen sind (S. 68 f.).

Dabei ist das knappe Zehntel der Diktaturbefürwortenden unter der jeweils kleinen Minderheit von sich weit rechts oder links Einordnenden nicht sehr überraschend, aber 16,7 % Zustimmung unter den sich nur «eher rechts» Bekennenden doch ein gravierender Befund. Dieser überschneidet sich wohl auch teilweise mit 18 % Diktaturneigungen in der AfD-Anhängerschaft, während höchst erstaunliche 12 % auch in der FDP-Anhängerschaft derart antidemokratisch optieren und neben durchaus erwartungsgemäß 24,1 % mit der Wahlpräferenz AfD auch 15,9 % mit jener der FDP dem Typus «Manifest rechtsextremes Weltbild» zugerechnet werden können, hingegen solche Anteile einschließlich der häufig mit verdächtigten Nichtwählerschaft sonst deutlich unter einem Zehntel liegen (S. 72–75). Durchaus abweichend von Ergebnissen aus weit zurückliegenden Jahrzehnten steigt der Anteil solcher als rechtsextrem eingeordneter Weltansichten von nur 4,4 % der ab 65-Jährigen bis auf 12,3 % der unter 35-Jährigen, und spätestens bei nur noch 0,9 % «Ver-

1 Andreas Zick u. a. (Hg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn 2023, S. 15. Seitenzahlen in diesem und den nächsten beiden Absätzen gleichfalls aus dieser Publikation; fes.de: <https://is.gd/VldJd6>.

harmlosung des Nationalsozialismus» bei solcher älteren und 8,1 % der jüngeren Kohorte (S. 76) werden Probleme der politischen Bildung und neuen Mediennutzung offenkundig. Nach «subjektiver Schichtzugehörigkeit» ist zwar «Unten» mehr Fremdenfeindlichkeit, aber «Oben» mehr NS-Verharmlosung anzutreffen (S. 79). Mit den AfD-Anteilen sowie unterschiedlicher politischer Sozialisation geht einher, dass nicht die 6,3 % als manifest rechtsextrem zugeordneten Weltbilder der überwiegend in Westdeutschland Aufgewachsenen stark auffallend sind, sondern 16,3 % bei den so definierten Ostdeutschen (S. 83).

Dass allerdings gewissermaßen politische Konjunkturen zu berücksichtigen sind, zeigen die Schwankungen mit zunächst von 2018/19 auf von 2020/21 sozusagen einer Beruhigung in allen Kriterien für «Demokratiegefährdende Einstellungen» und dann umso deutlicher erscheinendem Zuwachs auf 2022/23. Werden nur die Jahre 2018/19 und 2022/23 verglichen, bleibt dennoch bei Stabilität allein im Bereich «Völkisch-autoritär-rebellische Einstellungen» ein signifikanter Anstieg in der Anfälligkeit für «Verschwörungsglauben» und «Populismus», wobei sogar eine Verdoppelung in der «Billigung politischer Gewalt» von 6,4 % auf 13,2 % registriert wird, wobei das verstärkt rechts von der Mitte angesiedelt ist (S. 124 u. 126). Während Antisemitismus und «Sexismus» dieser Befragung zufolge auf einen harten Kern von etwas über 15 % begrenzt ist, sieht es im Bereich von «Rassismus» und «Klassismus» unübersichtlicher aus. Der in den USA verbreiteten «White Supremacy»-Ideologie gegenüber «Schwarzen» folgt – ganz oder eher – weniger als ein Zehntel, aber die Pauschalverdächtigung «Sinti und Roma neigen zu Kriminalität» stimmt ei-

niges mehr als ein Viertel zu und sogar mehr als ein Drittel der Behauptung: «Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen.» Während hier bereits ein klassistisches Element der Sozialkonkurrenz hineinspielt, ist es zudem sogar unverständlich, warum das generell auf Statusbeharrung gegenüber zunächst Fremden hin ausdeutbare und von doppelt so vielen Befragten unterstützte als abgelehntes Richtmaß: «Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben», unter «Rassismus» firmiert. Klassismus pauschal gegen «Arme Menschen» («können nicht mit Geld umgehen») erreicht nur 8,8 %, gegen «Bettelnde Obdachlose» sind es 19,8 %, mit 22,9 % etwas mehr Zustimmung erfährt das Verdikt «Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigen zu Faulheit», und mit 34,8 % zu nur 33,9 % Ablehnung bei restlichen gut 31 % «teils/teils»-Haltung sogar eine relative Mehrheit erlangt die Version: «Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben» (S. 160–162). Gerade unter Krisendruck neigt offensichtlich ein beträchtlicher Teil der Befragten zu einer Schuldzuschreibung an Statusniedrigere neben oder anstelle von Forderungen gegenüber eben auch nicht immer durch eigene Leistung stark Privilegierten – auch wenn sich aus dieser Studie noch eine Reihe von Interpretationsnuancen ergänzen ließen.

Expertokratien vs. Populismus statt Demokratie des Grundgesetzes?

Befunde einer gleichfalls jüngst veröffentlichten, im Spätsommer 2022 durchgeführten Studie der FES lassen ebenso aufhorchen: «Bestes Regierungsmodell» für den

«jeweiligen Themenbereich» – was politikwissenschaftlich die «Policies» im Unterschied zum Gesamtprozess der «Politics» und den Rahmenseetzungen der «Polity» sind – nennen 41,1 % direkt-demokratische und 33,4 % wesentlich von «Experten» bestimmte, aber nur 24,5 % repräsentativ-demokratische Entscheidungen. Außer fast schon einmütig die AfD-Anhängerschaft (82 %) favorisieren «Niedriggebildete» mit klarster absoluter Mehrheit von 54,9 % die nicht-diskursive Methode der zumeist Ja/Nein-Stimmzettel-Dezisionen. Über 40 % und so die relativ größte Zustimmung erfährt die Expertenpräferenz in der FDP- und Grünen-Anhängerschaft sowie teilweise damit zusammenhängend bei unter 35-Jährigen und sich Mitte-Links-Verortenden. Eine relative Mehrheit und zugleich wenigstens 35 % Erstnennung findet das repräsentativ-demokratische Modell wohl gemerkt nur noch in der SPD-Anhängerschaft, nicht einmal mehr bei Grünen, «Hochgebildeten» oder insgesamt den so Befragten «oberer Schichten»; dort werden jeweils zwar auch jene 35 % erreicht, aber die expertokratischen Neigungen liegen höher. Die in früheren Jahrzehnten am meisten direkt-demokratisch orientierte Grüne Anhängerschaft zeigt inzwischen die mit 22,6 % niedrigste diesbezügliche Präferenz.²

Nun ist daran sonst keineswegs vieles neuartig. Wenn das abgefragte «Institutionenvertrauen» allein das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit sogar über 70 % ausstattet, während sonst weder Regierung und Parlament oder EU-Kommission noch Gewerkschaften (diese noch am ehesten) und Arbeitgeberverbände oder

Medien auch nur der 50 %-Schwelle nahekommen, ist solches in der Grundtendenz längst bekannt – außerdem wegen des Verfassungsrangs sowie der indirekten demokratischen Legitimation des BVerfG (Art. 93 u. 94 GG) auch für sich genommen nur hinsichtlich der Distanz zur direkt gewählten Volksvertretung Bundestag tendenziell demokratiebelastend. Noch krasser als bei der Polarität Expertise vs. Volksabstimmung ist das Institutionenvertrauen – hier ohne die anders gelagerte Konfliktlinie Gewerkschaften/Arbeitgeber betrachtet – von den Parteipräferenzen abhängig: Das Misstrauen der AfD-Anhängerschaft ist allumfassend so hoch, dass man von politisch-sozialer Anomie jedenfalls im Einstellungsbereich sprechen muss, während die Grünen überall das höchste Vertrauen bekunden, nur sie auch – und zwar sehr klar – mehrheitlich bei den Medien und der EU-Kommission, an deren Spitze wohl gemerkt eine – wenngleich liberale und für Klimafragen zugängliche – CDU-Spitzenpolitikerin steht.

Während es geradewegs Aufgabe der jeweiligen Opposition ist, der Regierung nicht (weitgehend) zu vertrauen, folgt es dem kritischen Befund zur repräsentativen Demokratie, dass allein noch die SPD-Anhängerschaft – und das immerhin mit 56,7 % – neben jener der Grünen der Kerninstitution Bundestag vertraut zum Stand vom Spätsommer 2022. Durchaus im Unterschied zu früheren Jahrzehnten mit restriktiven Verfassungsgerichtsurteilen kommt das rot-grüne Vertrauen in das BVerfG mit 85,7 bis 93,1 % der Einmütigkeit nahe, aber mit um 75 % umfasst dieser fast schon letzte Konsens der Demo-

2 Volker Best u. a.: *Demokratievertrauen in Krisenzeiten*, Bonn 2023; library.fes.de: <https://is.gd/MXdWp1>, S. 22-24.

kraten auch so unterschiedliche Milieus wie CDU/CSU, FDP und Linke. Im AfD-Bereich fällt die Distanz mit umgekehrt nur knapp 25 % Vertrauen in das BVerfG lediglich moderater als sonst den fast einhellig negativeren Werten aus – mit bemerkenswerter Ausnahme der allerdings in Publikumssicht weniger greifbar institutionalisierten Wissenschaft, der entgegen lautstarken Verschwörungsideologien sogar die AfD-Anhängerschaft so allgemein gefragt mehrheitlich eher noch Vertrauen entgegenbringt.³ Wenn nur 3 % wissenschaftsskeptische Grüne registriert werden, liegt dies wohl auch daran, dass deren früherer esoterischer Unterstützungskreis nach rechts abgewandert oder im etablierten Spektrum politisch heimatlos geworden ist.

Wenngleich das geringe Vertrauen in Verfassungsinstitutionen mit Ausnahme des BVerfG weiterhin befremden mag, bieten andere Ergebnisse dieser FES-Studie durchaus Anknüpfungspunkte für das Institutionenhandeln. So machen sich 80,1 % der Befragten große bis sehr große Sorgen zum Stichwort «Klima» und auch 73,5 % zum «Verlust sozialer Sicherheit». Das liefert zugleich einen starken Hinweis, dass nur bei gewährleisteter sozialer Sicherheit auch konkret in Lebensbereiche eingreifende Klimaschutzmaßnahmen auf breitere Akzeptanz rechnen können. Hingegen machten sich zum Befragungszeitpunkt an letzter Rangstelle der Themenliste nur 44,9 % derartige Sorgen hinsichtlich der «Migration». Dieser manchem Alarmismus entgegenstehende Befund, allerdings von 2022 und somit jeweils situationsabhängig, wird durch Antworten auf die Frage

gestützt, dass als «Gründe für Rückgang des gesellschaftlichen Zusammenhalts» zu 87,6 % der «Egoismus», mit 80,1 % die «Social Media» und immerhin mit 73,9 % der «Rechtsextremismus» genannt werden, aber nur mit 50,9 % auch die «Migration». Allerdings wird diese knapp nach «Corona» und vor dem «Klima» mit 84,6 % als starker bis sehr starker innergesellschaftlicher Konflikt wahrgenommen, somit auch von der Mehrzahl jener, die selbst diesbezüglich nicht besorgt antworten (wollten). Im Kontrast zu einigen medialen Darstellungen gilt solcher Eindruck ausgeprägter Polarisierung für Stadt vs. Land, Jung vs. Alt und Ost vs. West mit 24,4 bis 31,6 % in weit aus geringerem Maße, während «Arm vs. Reich» mit beachtlichen 73,8 % als eine vorrangige Spannungslinie erscheint. Die fortwirkende Bedeutung der Verteilungsfragen wird auch von der Polarisierung der Parteienanhängerschaften bekräftigt, wonach bei SPD, Grünen und Linken zu jeweils über 70 % mehr Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen statt Kürzungen oder Schulden befürwortet werden, auch im Anhang von CDU/CSU noch überraschend mit 55 % und sogar bei jenem der AfD noch 45 %, während nur 30,4 % bei der FDP und dort aber 53,7 % Kürzungsgeneigte den wirtschaftsliberalen Gegenpol bilden.⁴

«Mehr Umverteilung wagen» ...

... ist dann auch der programmatische Titel einer weiteren FES-Studie (Martin Güttler u. a., Bonn 2023), die zum geradewegs etwas AfDlerisch formulierten wirtschafts-

3 Ebd., S. 26 u. 29.

4 Ebd., S. 15, 42, 44 u. 47.

populistischen Verdikt «Der Staat hat mehr als genug Geld, kann damit aber nicht umgehen», nach zu erwartenden 84 % Zustimmung in der AfD-Anhängerschaft und nicht sehr überraschenden 65 % bei der FDP auch 55 % der CDU/CSU sowie erstaunliche 53 % bei Linken und noch 34 % der Grünen erreicht, während im Bereich der SPD immerhin nur 26 % dem beipflichten. Wenn nur 40 % der völlig kenntnislosen Aussage widersprechen «Deutschland hat die höchste Vermögensteuer in Europa», während tatsächlich derzeit gar keine Vermögensteuer erhoben wird, spricht das wohl im Zeichen des Verlustes politischer Mindestinformation aus seriösen Medien kaum für die Möglichkeit von irgendwie noch wissens- sowie interessen- und nicht primär vorurteils- und stimmungsbasierter unmittelbarer Demokratie. Wenn aber ein konkreter, die allermeisten Befragten und ihr Umfeld nicht persönlich treffender Vorschlag wie «Sehr hohe Vermögen, z. B. ab 2 Mio. Euro pro Person, zu besteuern ist wichtig, um der wachsenden Ungleichheit in Deutschland entgegenzuwirken» genannt wird, liegt die Zustimmung in der Anhängerschaft von SPD, Grünen über 80 %, sogar bei CDU/CSU und AfD noch über 60 %, nur bei der FDP darunter, aber immer noch mehrheitlich. Beides lässt sich recht mühsam nur so zusammenreimen, dass insgesamt eine Dreiviertelmehrheit zu 74 zu 20 % eine solche Vermögensteuer ab 2 Mio. Euro pro Person befürwortet⁵, aber offenbar mindestens zur Hälfte davon weithin kenntnislos glaubt, dass es sie bereits gibt, weil doch von Medien und Interessenten so viel über den Hochsteuerstaat Deutschland berichtet wird – der so aber eben nur Arbeitsein-

kommen und damit aktuell oder aus dem Umfeld bzw. der Erinnerung ans eigene Erwerbsleben die Befragten betrifft.

Gerade die politische Differenzierung in den Verteilungspräferenzen leitet zu einer anderen Untersuchung über, die kürzlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) auf der Basis von Antworten der Parteien auf konkrete politische Fragen im Bundestagswahlkampf 2021 vorgelegt hat. Entgegen dem nachfolgenden Eindruck aus Debatten um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterschied sich die außenpolitische Programmatik noch wenig und am relativ meisten dadurch, dass nur die Grünen die «Globale Kooperation» statt Nationalinteressen nennenswert favorisierten hätten, was inzwischen umso mehr die Frage aufwirft, für welche Art von Kooperationen das weiter gilt. Nur in der Gesellschaftspolitik bleibt die AfD mit Festhalten an früheren Leitbildern gänzlich isoliert, die CDU/CSU vermied ein klares Profil, während insoweit Grüne, Linke, SPD und FDP im progressiv-offenen Bereich angesiedelt sind. Hingegen positionierten sich CDU/CSU in der Innenpolitik so restriktiv wie die AfD, die FDP und auch die SPD bewegten sich eher im mittleren Bereich, während nur Grüne und Linke sich weit zur «Öffnung» exponierten. Nicht allein in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, wo das genau so zu vermuten ist, sondern auch in der Klimapolitik verlaufen die vermessenen Polaritäten zwischen SPD, Grünen und Linken einerseits und CDU/CSU, FDP und AfD andererseits. Dabei propagiert die AfD nicht nur erwartungsgemäß die weitaus niedrigsten Klimastandards, sondern vertritt einen nicht minder extremen Marktradikalismus, was auch

5 library.fes.de: <https://is.gd/TtIQ51>, S. 14, 16 u. 25f.

ein Spiegelbild der feindseligen Distanz gegenüber den bestehenden Staatsinstitutionen ist.⁶ Das sogenannte «Afd-Paradox» des Wählens gegen die eigenen ökonomischen Interessen löst sich ähnlich wie bei Trumpisten und Brexitern aus einfachen Tätigkeitsbereichen dahin auf, dass Ressentiments nicht selten wirkungsmächtiger als rationale Kalküle sind und den politischen Institutionen ohnehin dort nicht vertraut wurde und wird, die eigenen Belange der Befragten wirklich zu bedienen.

Größeres Erstaunen kann an gleicher DIW-Stelle zunächst der Befund auslösen, dass in sozialpolitischen Positionen angeblich fast so wenig Parteiendifferenzierung wie in der Außenpolitik zu finden war. Da ist dann zur näheren Prüfung auch der Rückgriff auf die herangezogenen Einzelaussagen nötig. Zum elternunabhängigen BAföG kann man Pro- und Contra-Argumente vorbringen, nur steht diese von FDP wie von Grünen und Linken befürwortete Kostenausweitung aus mancher SPD-Sicht – ähnlich wie beim dort nicht abgefragten Elterngeld auch für sehr hohe Einkommen – eben zugleich in einer Spannung zu Verteilungsthemen. Während hier noch legitimerweise unterschiedliches sozialpolitisches Grundverständnis einfließt, wird kaum jemand verstehen können, warum das Nein von SPD und Linken zur weiteren «Abrechnung über Fallpauschalen» (in Krankenhäusern) einen Punktabzug ergibt und die gegenteiligen Antworten von CDU/CSU, FDP und Grünen wirklich dem

Ziel «Stärkerer Sozialstaat» dienen sollen. Einmal skeptisch geworden, ob das renommierte DIW sich hier nicht besser auf die eigene ökonomische Expertise konzentriert haben sollte, ist es dann auch erstaunlich, warum das Nein von SPD und Linken zum Programmpunkt «Aufträge an chinesische Firmen verbieten» (Infrastrukturbereiche betreffend), was bei neutraler Haltung von CDU/CSU aus unterschiedlichen Gründen Afd, FDP und Grüne so befürworten, ausgerechnet in Richtung «Globale Kooperation» gewertet werden soll.⁷ An diesen Beispielen ist zu erkennen, wo man unbedingt in die Herkunft von nicht selten bewertungsabhängigen Zuordnungen mit hineinschauen muss und nicht allein die gern auch einseitig zugespitzten Ergebnisse lesen sollte.

Stattdessen können international vergleichende Studien zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringen, wenn z. B. berücksichtigt wird, dass ebenso bei Befragungen in anderen Ländern zunehmend neben (rechts-)populistischen auch expertokratische Tendenzen in Absetzbewegung vom repräsentativ-demokratischen Mainstream registriert werden.⁸ Eher unbrauchbar sind allerdings interkontinental überdehnte Studien, wo dann ohne Berücksichtigung unterschiedlich beeinflusster Bedeutungszuschreibungen z. B. hinsichtlich der Frage nach «Democracy is preferable to any kind of government» herauskommen soll, dass an der Spitze 76–79% in der Türkei, im Senegal und in Kenia das bejahen, doch in den USA, Großbritannien, Frankreich und

6 Marcel Fratzscher: «Das Afd-Paradox: Die Hauptleidtragenden der Afd-Politik wären ihren eigenen Wähler*innen», in: *DIWaktuell* Nr. 88 v. 21. August 2023; diw.de: <https://is.gd/erVuVy.pdf>, S. 5.

7 Ebd., S. 9.

8 Senja Post: «Zwischen Expertokratie und Wissenschaftspopulismus. Wie die politische Aufladung wissenschaftlicher Expertise polarisiert», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 26–27/2022, S. 28–34, und Adrian Blattner / Jan Voelkel: «Wenn Andersdenkende zu Gegnern werden», in: *ZEIT ONLINE* v. 28.8.2023; zeit.de: <https://is.gd/BW1SPr> mit entsprechenden Belegen.

Deutschland nur 56–60 % und damit weniger sogar als in China mit 62 %.⁹ Da wirken dann offenkundig auch sehr unterschiedliche Kulturen der Affirmation oder der Skepsis mit hinein, denn eines der bekanntesten Zitate zur Demokratie nennt diese im Wissen um die Unvollkommenheit die «schlechteste» Regierungsform – mit Ausnahme der anderen, die jemals praktiziert wurden (Winston Churchill 1947, der auch nicht gerade ein «lupenreiner» Musterdemokrat war).

Die jüngst publizierte, von einem Forschungsteam der TU Dresden um Hans Vorländer durchgeführte europäisch vergleichende Studie kommt summarisch kaum überraschend zu dem Ergebnis, dass sich in der «Mitte» verortende Befragte wenig exponiert äußern gemessen an rechts(außen) sehr weitreichender affektiver Polarisierung – durch Bewertungen von zu den eigenen konträren Meinungen – in Zuwanderungsfragen, während dies beim Klimawandel für «grün und ökologisch» Eingestellte gilt. Die Gleichstellung von Frauen und (getrennt erfasst) der Umgang mit sexuellen Minderheiten bewegt so definiert nur alle «links» und darunter auch sozialdemokratisch Orientierte sonderlich, da können also exponierte rechte Gegenpositionen inzwischen relativ wenig affektiv gegenmobilisieren.¹⁰ Erwähnenswert ist neben der Tatsache, dass weder die Pandemiebekämpfung (weiterhin) derart starke Polaritäten hervorruft noch der Ukrainekrieg (schon) nach eindeutigen Richtungsverteilungen beurteilt wird, das auch eher geringe Maß an Pola-

risierung bei Fragen nach Sozialleistungen. Dabei fällt auf, dass hier bei «grün und ökologisch» Eingestellten fast so geringe Distanz zu Gegenmeinungen auftritt wie im christdemokratisch/konservativen Bereich und sich bei der «Mitte» oder «Nichtwahl» selbst einordnenden Befragten.¹¹

Wenn der Blick schließlich auf deutsche Spezifitäten fällt, sind Rechtsgerichte – über die 10 einbezogenen EU-Länder hinweg aber mehr die Linksgerichteten – und bei diesen insbesondere AfD-Anhänger deutlich schärfer polarisiert als Grüne und noch reduzierter Linke, während in der SPD-, CDU/CSU-, und FDP-Gefolgschaft deutlich weniger Abgrenzung benannt wird. Weder Unterschiede Ost/West noch nach Geschlecht oder Bildungsgrad, auch nur moderat bei hohem Einkommen oder ländlichem Umfeld zeigen insoweit stärkere Polarisierungseffekte, deutlich aber ein Alter 55+ gegenüber (toleranteren bzw. politikdistanzierteren) unter 35-Jährigen. Allerdings können Mittelwerte auch täuschend sein, denn sehr auffällig tritt eine Meinungspolarität *innerhalb* der ostdeutschen Bevölkerung hervor, und zwar in sämtlichen Themenbereichen mindestens doppelt so weit gespreizt wie in Westdeutschland und vielfach höher als im betrachteten europäischen Rahmen. In Deutschland insgesamt betreffen *interne* Differenzen außer erwartungsgemäß die breit gestreute Splittergruppen- und Nichtwählerschaft die Linke und die FDP, die offenbar im Anhang heterogener sind als derjenige von CDU/CSU, SPD oder Grünen.¹²

9 Open Society Barometer: *Can Democracy Deliver?*, September 2023, S. 10; opensocietyfoundations.org: <https://is.gd/d6qA6D>.

10 Maik Herold u. a.: *Polarisierung in Deutschland und Europa*, Dresden 2023; stiftung-mercator.de: <https://is.gd/MjQ0nM>, S. 26, 49, 67 u. 79.

11 Ebd., S. 61, 55 u. 73.

12 Ebd., S. 26, 89, 98 u. 100 f.

Perspektivenwechsel: Doch auch mehr Gemeinsames?

Mit dem Organisationsmotto «More in Common» wird ein zu Polarisierungsdiagnosen gegenläufiges Erkenntnisinteresse angemeldet, jedoch eine an modifizierte «Sinus-Milieus» erinnernde Sechserteilung der Grundhaltungen in Deutschland aus eigenen Studien von 2019 vorausgeschickt:

- Die Offenen (16 Prozent): Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken
- Die Involvierten (17 Prozent): Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Erregenschaften
- Die Etablierten (17 Prozent): Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden
- Die Pragmatischen (16 Prozent): Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen
- Die Enttäuschten (14 Prozent): (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende) Wertschätzung, Gerechtigkeit
- Die Wütenden (19 Prozent): Nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen

Zu den «gesellschaftlichen Stabilisatoren» werden dabei die «Etablierten» und die «Involvierten» gerechnet, während die «gesellschaftlichen Pole» in der Spannung zwischen «Offenen» und «Wütenden» dargestellt sind und das «unsichtbare Drittel» aus «Pragmatischen» und «Enttäuschten» bestehe. Bei der Zustandsbeschreibung für das gegenwärtige Deutschland sind diese Status- und Grundhaltungstypen dann wieder ausgesprochen einig, denn hohe Zustimmung über 50 % mit eher geringen Unterschieden zwischen 43 bis 62 % der sechs Gruppen erlangen von 22 Auswahl-

begriffen nur zwei: einmal wenig überraschend «Bürokratisch», mit Höchstwert bei den vielfältig engagierten und so mit Bürokratie häufiger konfrontierten «Involvierten». Knapp an erster Stelle liegt aber die Lagebeurteilung zu Deutschland als «Gespalten», was die «Wütenden» mit 62 % am häufigsten und die «Etablierten» mit 46 % am wenigsten, aber immer noch signifikant mehr als solche freundlicheren Zuschreibungen wie «Demokratisch» und «Europäisch» nennen. Das Paradoxon, sich über die erst-rangige Wahrnehmung des *Gespaltenseins* über Milieugrenzen hinweg ziemlich *einig* zu sein (eine besondere Art von «agree to disagree»), wird noch dadurch verstärkt, dass die eine innere Spaltung am heftigsten manifestierenden «Wütenden» dann am häufigsten diesen Eindruck artikulieren; sie sind es auch, die mit 39% Stigmatisierung des eigenen Landes als «Unfähig» die Kontrastfolie zum Schlusslicht der Wahrnehmung als «Patriotisch» mit milieübergreifend völlig randständigen 1 % liefern.

Auch wenn die Auswahlregel 4 aus 22 zu Prioritäten drängt und Gemeinplätze begünstigt (als «bürokratisch» gilt Deutschland schon lange), ist es doch erwähnenswert, dass auch von den am meisten dafür als sensibilisiert Erwarteten, nämlich den «Offenen» und den stärker migrantisch besetzten «Pragmatischen», nur marginale 10 % bzw. gar nur 7 % Deutschland das Etikett «Rassistisch» aufkleben wollen – was natürlich die eigene Ablehnung von konkreten rassistischen Verhaltensweisen nicht dementiert. Wenn nach dominanten Spaltungslinien konkreter gefragt wird, steht dann vielmehr die klassische «Zwischen Arm und Reich» mit 64 % – und zwar gruppenübergreifend – weitaus an erster Stelle, nennenswert breit mit 43 % bzw. 42 % und wieder gruppenübergreifend nur

gefolgt von Polaritäten zum Klimaschutz und zu «Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte». Bei der Frage nach den wichtigsten Themen setzen vier Gruppen «Inflation bei Energie- und Lebenshaltungskosten begrenzen» auf den ersten Platz, während die (eher jüngeren) «Pragmatischen» wohl aus Betroffenheit sogar noch davor «Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten» nennen und allein die «Wütenden», dies aber mit großem Abstand, die Orientierung «Einwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen verringern» fordern. Bei der mit insgesamt 25 % eher nur mäßigen Priorisierung «Klimawandel und Umwelt» fällt auf, dass neben erwartungsgemäß den als mehrheitlich grün-affin – oder sonst verwandten Tendenzen in Teilen der SPD und Linken – zu vermutenden «Offenen» fast ebenso die «Involvierten» und sogar die wohl konservativeren «Etablierten» das Thema immerhin auf den zweiten Platz setzen. Hingegen wird es außer bei den sich ohnehin diesbezüglich überwiegend verweigernden «Wütenden» auch unter dem gesellschaftlich «unsichtbaren Drittel» der «Pragmatischen» und «Enttäuschten» nur auf Platz 6 bzw. 7 von 17 angebotenen Themen einsortiert¹³ – ersichtlich weil andere Probleme als zunächst im Alltag drückender wahrgenommen werden und der zeitlich vorrangigen Bewältigung harren.

Auch ein Forschungsteam um den Berliner Soziologen Steffen Mau widerspricht in eigenen Befunden und deren Interpretation weitreichenden Polarisierungsthesen, wie sie von angelsächsischen Kontex-

ten auf Deutschland übertragen wurden: «Allerdings sind nur beim Migrationsthema die Einstellungen wirklich polarisiert, ansonsten gibt es wenige Hinweise auf eine klare Lagerbildung, wie sie in der Literatur und der öffentlichen Diskussion oft unterstellt wird.» Die Pointe dortigen Ansatzes ist es, dass nicht etwa die klassischen sozio-ökonomischen Disparitäten vernachlässigt werden, sondern erweiternd neben den «Oben/Unten-» auch die ebenfalls nicht ganz neuen «Wir/Sie-» und «Innen/Außen-Ungleichheiten» zu berücksichtigen sind, was «in jüngerer Zeit» noch um eine vierte Achse der «Heute-Morgen-Ungleichheit» hinsichtlich der ökologischen «Nachhaltigkeit» zu ergänzen wäre¹⁴ – zumal das Klimaurteil des BVerfG vom 24. März 2021 die Verlagerung der im Pariser Abkommen von 2015 angelegten schärferen Maßnahmen auf primär die nächste Generation dem Bundesgesetzgeber unter Wahrung dessen Ermessensspielraums verbindlich untersagt hat. Knapp gefasst läuft das einige Jahre zurückliegende Befragungsergebnis darauf hinaus, dass sehr kompakte Mehrheiten nicht nur die Einkommensungleichheit für zu groß, sondern auch staatliche Maßnahmen dagegen für erforderlich halten; ebenso ist die bekundete Toleranz für Homo- und auch Transsexualität weiterhin anzutreffen, aber umgekehrt findet die Wertung «zu viele Ausländer» mehrheitliche Zustimmung. Nur letztbezüglich zeigen sich auch deutliche Unterschiede in den Einstellungen nach Bildung und (damit teilweise zusammenhängend) Einkommen.¹⁵

13 Laura-Kristine Krause / Jérémie Gagné: *Zukunft, Demokratie, Miteinander: Was die deutsche Gesellschaft nach einem Jahr Preiskrise umtreibt*; moreincommon.de: <https://is.gd/UKu2K5>, S. 6 f., 12 f. u. 22.

14 Steffen Mau u. a.: «Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität», in: *Berliner Journal für Soziologie* 30 (2020), S. 317–346, Zitate S. 317 f., 323 Anm. 4; <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00420-8>.

15 Ebd., S. 332 u. 335.

Relativ Bessergestellte verteidigen somit als Befragte nicht erheblich häufiger die zunehmend extremen Einkommensunterschiede, einfache Bildung führt umgekehrt nicht zu auffällig höherer Intoleranz gegenüber sexuellen Minderheiten, aber in Zuwanderungsfragen ist das ersichtlich anders. Allerdings lässt sich dies nun wirklich mit Interessen- und Betroffenheitsperspektiven erklären: Warum sollten von Umverteilungsplänen meist gar nicht erfasste «Beserverdiener» etwas dagegen haben, wenn künftig Höchstehkommen etwa wieder bis zu 53% Steuern auf den Spitzenteil ihres Einkommens zahlen müssten wie unter Helmut Kohl auch viele Gutverdiener? Wie könnten Prekäre mit einfacher Bildung von einer bis vor wenigen Generationen teilweise gar strafbewehrten Diskriminierung sexueller Minderheiten profitieren, wenn ggf. auch ihre eigenen Kinder oder solche im persönlichen Umfeld davon getroffen werden? Die Hauptprobleme von Polarisierung fokussieren sich eben nicht zufällig auf einerseits Zuwanderungsfragen, wo dann Verteilungskonflikte um Wohnraum in Ballungszentren nicht nur eingebildet sind, wenn sie auch sehr tendenziös zugeordnet werden, und andererseits jedenfalls dann mit auf die Klimafragen, wenn es um wesentliche Eingriffe ins Privatleben und eigene Kostenübernahme geht.

Einige Schlussfolgerungen

«This is not America», dieses Motto findet sich in einer für Oktober 2023 angekündigten Publikation jenes Forschungsteams um

Steffen Mau.¹⁶ In der Tat gelangten nicht wenige Vorstellungen zur immer stärkeren innergesellschaftlichen Polarisierung über den «Großen Teich» nach Europa, wo sie für das teilweise strukturverwandte Großbritannien zumindest phasenweise mehr empirische Plausibilität beanspruchen können als weithin kontinentaleuropäisch. Wer sich die scharfe Konfrontation gleichermaßen der frühen Bundesrepublik zwischen der Adenauer-CDU und der Schumacher-SPD oder auch der CDU/CSU-Opposition bis zu einem Kanzlerkandidaten F.J. Strauß gegenüber der sozialliberalen Koalition vergegenwärtigt und auch die umgekehrte Konstellation bis zur Alternative Kohl/CDU oder Lafontaine/SPD einbezieht, wird die großkoalitionären Jahre der «asymmetrischen Demobilisierung» unter Kanzlerin Merkel als zunächst das *Gegenteil* von Zwei-Lager-Konstellationen wahrnehmen. Dass links von der SPD und rechts von der CDU/CSU sich Flügelparteien etablierten, war neben der größeren Heterogenität im wiedervereinigten Deutschland mit zusätzlichen Migrationsbewegungen auch sozusagen der «Umarmung» in der «Mitte» geschuldet, was im Gegenzug nachfolgend fast so demokratieproblematische Folgen haben kann wie innere und äußere Feindverhältnisse. Das stärker differenzierte Parteiensystem erzeugt gerade für die angewachsenen Grünen und reduzierter auch für die FDP mehr Offenheit hinsichtlich verschiedener Koalitionen und die indirekte Teilhabe an der über den Bundesrat häufig ohnehin angelegten lägerübergreifenden Kompromisslogik.

Die breitflächiger schärferen Oppositionstöne der letzten zwei Jahre sind daher

16 Steffen Mau u. a.: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Frankfurt a.M. 2023, Zitat S. 17, erscheint nach Manuskriptabschluss und wird als 540-Seiten-Buch eine gesonderte Betrachtung verdienen.

auch jenseits des seit der Finanzmarktkrise sowie den Zuwanderungs- und Corona-Konflikten – und nicht erst seit dem Ukrainekrieg und dem Energie- und Lebensmittel-Preisschock – in laufenden Trends eher die Annäherung an kerneuropäische «Normalität» der Krisenabfolgen noch ohne massive Systembrüche. Ein neues Problem liegt eher darin, dass in der rot-gelb-grünen «Ampel» bis auf einige gesellschaftspolitische Liberalisierungen, der aber nicht gerade weite Bevölkerungskreise hohe Priorität einräumen, kein gemeinsames Verständnis dafür gefunden und dann auch öffentlich vertreten worden ist, was ein Koalitionsvertragsmotto «Mehr Fortschritt wagen» denn für die einzelnen «Policies» und in einem übergreifenden Grundansatz der «Politics» nachvollziehbar bedeuten soll. Wer hinsichtlich der Misstöne besonders im Verhältnis FDP vs. Grüne darauf verweist, dass es schon vor Seehofer vs. Merkel zwischen FDP und CSU zuweilen auch nicht anders war («Gurkentruppe» vs. «Wildsäue»), verkennt die anderen Erwartungen an soziale und ökologische Fortschrittsparteien, die mit zu viel kleinteilig modifizierter Verwaltung des Bestehenden infolge teilweise blockierter größerer Lösungen nicht schon die eigenen potenziellen Anhängerschaften zur Wiederwahl mobilisieren können.

Auf die Eingangsbefunde zurückkommend, besteht auch jenseits eines Alarmismus wohl tatsächlich eine Demokratiegefährdung im wechselseitigen Aufschaukeln von populistischen und expertokratischen Tendenzen. Zumal wo eine politische Landschaft in der öffentlichen Wahrnehmung z. B. stark von der Konkurrenz einer seit den FJS-Zeiten immer auch zuweilen populistisch tönenden (nun Söder-)CSU und rechtspopulistischen bis rechtsradikalen

Kräften (von der Aiwanger-Gruppierung bis zur AfD) dominiert wird, könnten Mitte-Links-Geneigte noch mehr auf die «elitären» Interventionen von Kompetenzträgern wie dem BVerfG und EU-Organen gegenüber sozusagen einem aus Eigensicht zunehmend «falsch wählenden Volk» setzen wollen. Dass solches nicht nur bayerische Politfolklore bleiben muss, zeigt ein Umfrageergebnis des seriösen Instituts Infratest dimap mit 28% CDU/CSU und 22% AfD Ende September 2023, wobei 14% der Stimmen inkl. der zerstrittenen Linkspartei mandatslos bleiben würden und die «Ampel» mit zusammen nur 36% – statt wohl gemerkt 52% bei der Bundestagswahl 2021 – keine Chance für einen weiteren Regierungsauftrag hätte. Umgekehrt sind gerade elitistisch-expertokratische Tendenzen in besonderem Maße geeignet, einen von geschickten Rhetorikern und Demagogen noch weiter aufgestachelten populistischen Furor hervorzurufen.

Allerdings ist die 1949 noch im Schatten der NS-Diktatur und des vorausgegangenen Zerstörungswerks gegen die Weimarer Republik konstituierte parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes, die sich 1990 gesamtdeutsch erweiterte, nicht exklusiv als repräsentative im nationalen Rahmen angelegt. In dem mittels der Ewigkeitsklausel Art. 79 Abs. 3 GG besonders geltungsmächtigen Art. 20 Abs. 2 heißt es bekanntlich: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.» Nur eine restriktive Verfassungsauslegung, die im Kontrast zu einer offensiven hinsichtlich der Individualrechte – und neuerdings immerhin auch zu den «natürlichen Lebensgrundlagen» in «Verantwortung

«... für die künftigen Generationen» gemäß dem Wortlaut von Art. 20a – aus dem Sozialstaatspostulat gem. Art. 20 Abs. 1 und weniger bekannt Art. 28 Abs. 1 («Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes») interpretatorisch vergleichsweise noch zu wenig «gemacht» hat, kann sich unter «Abstimmungen» einzig diejenigen verpflichtend über Länderneugliederung vorstellen (gem. Art. 29 Abs. 2 ff.).

Vielleicht bietet das im «Koalitionsvertrag 2021–2025» weit vorn nach den allgemeinen Bekundungen unter «Lebendige Demokratie» (S. 8) platzierte Bekenntnis zu neuen Partizipationsformen einen Anknüpfungspunkt: «Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben. Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren.» Repräsentativ geloste Bürgerräte auf der Basis von breiter Information und gemeinsamer Debatte mit Empfehlungen, die verpflichtend im Bundestag zu behandeln sind, erscheinen auch jenseits der Kommunal- und Landesebene, wo es ohnehin Volksbegehren und Volksentscheide gibt,

als vorzugswürdig gegenüber der Einsamkeit der Wahlkabine mit Zuspitzungen komplexer Themen auf letztlich Ja/Nein-Alternativen (wo dann häufig das «Nein» gegen Veränderungen durch aus ganz anderer Quelle gespeisten «Frustr» begünstigt wird). Auch sind heutzutage und künftig sämtliche hier angesprochenen Themen, von Klima- und Friedens- über Verteilungs- und Migrations- bis zu Grundrechtsfragen, allein noch zumindest im europäischen Rahmen als Beitrag zu globalen Lösungen angemessen zu bewältigen, wofür in Art. 23 Abs. 1 GG auch eine Verfassungsnorm bereitsteht: «Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im Wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet» Wie sagte doch Willy Brandt in den beiden Schlusssätzen seiner legendären «mehr Demokratie wagen»-Regierungserklärung schon 1969: «Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.» ■

Robert Misik

Stolz, Respekt, Selbstwert

Über die Werte der arbeitenden Klassen

Wahrscheinlich habt Ihr mich eingeladen¹ wegen meines Buches *Die falschen Freunde der einfachen Leute* (edition suhrkamp Berlin 2019), aber möglicherweise spielte auch eine Rolle, dass ich Österreicher bin und wir Österreicher ja seit 1986 gewissermaßen Experten für den Aufstieg des rechten Populismus und Extremismus sind. Damals hatte – manche von Ihnen mögen sich vielleicht noch daran erinnern – ein noch relativ junger Mann namens Jörg Haider den Vorsitz der Freiheitlichen Partei in Österreich übernommen. In den Jahren und Jahrzehnten, die darauf mit allen Auf und Abs folgten, haben wir in Österreich schon diese ganzen Erfahrungen und Malaisen durchgemacht, die Ihr jetzt gerade erst erprobt, von denen man hier jetzt erst lesen kann. Insofern haben wir tatsächlich eine hohe Expertise in dieser Sache.

Ich muss aber in einer Hinsicht enttäuschen. Wir haben wiederum eine relativ schlechte Expertise darin, wie wir diesen rechten Populismus wieder loskriegen. Dieser rechte Populismus mag in all diesen Jahren seit 1986 manchmal stärker, manchmal schwächer gewesen sein, aber eines hat ihn immer ausgezeichnet: Er war quasi das Magnetfeld der österreichischen Politik, auf das hin sich alles bezogen hat,

gegenüber dem sich alles verhalten hat. Er hat, auch wenn er mal schlechter dastand, trotzdem die Themen gesetzt und er war immer das Thema.

Also wie kann man dem rechten Populismus Herr werden? Denn er war eigentlich immer zentral, vergiftete die politischen Diskurse und behinderte letztlich den Rest des politischen Systems grob gesagt am Vorwärtkommen und der Entwicklung neuer Politiken. Schon in den 1990er-Jahren hatten mich als Österreicher fast alle deutschen Zeitungen immer wieder für einen Text über den – worüber ich heute reden will – Aufstieg des rechten Populismus und Extremismus angefragt. Denn dieser ist natürlich neben allem eine Herausforderung für die anderen Parteien, für das politische und demokratische System als Ganzes, und besonders für linke, traditionelle Arbeiterparteien wie die Sozialdemokraten in Österreich und Deutschland, aber auch für progressive Parteien in anderen Ländern. Etwa für die amerikanischen Demokraten, auch wenn sie keine progressive Partei im Sinne der traditionellen Arbeiterparteien darstellen, stellen sich die Herausforderungen genauso, weil auch das Potenzial ihrer Anhänger und Anhängerinnen anfällig ist in Scharen zu den populistischen Parteien überzulaufen, diese zu wäh-

1 Referat auf der Tagung der HDS e.V. «Angriff von Rechtsaußen. Ist unsere Demokratie in Gefahr? Analysen und Gegenstrategien» gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg in Birkenwerder bei Berlin, 12. November 2023.

len. Sie sind anfällig für die Rhetoriken und populären Energien, die von den Populisten und Rechtsextremisten gebraucht werden – und die eigentlich progressive Energien sein sollten. Dabei sind dies relativ simple Narrative, etwa: *Ihr, die Ihr nicht mit goldenen Löffeln im Mund geboren seid; Ihr, die es schwer habt, Ihr werdet auch noch respektlos als altmodisch heruntergemacht; Ihr seid diejenigen, die heute in diesem Mittelklasse-Elitensystem oder Establishment-Politiksystem keine Stimme mehr haben, und wir sind diejenigen, die Eure Stimme sind.* Das sagen die Rechtspopulisten.

Viel mehr müssen sie eigentlich nicht sagen. Alle sagen das auf die gleiche Art und Weise, in der gleichen Sprache. Es ist manchmal verrückter und manchmal weniger verrückt. Etwa wenn ein Milliardär mit orangenen Haaren, der wahrscheinlich jeden Tag auf goldenen Kloschüsseln scheißt, sagt, *ich bin Eure Stimme, die der ganz normalen Leute.* Dann ist das bizarr, aber selbst das funktioniert, wie wir wissen, und das ist natürlich eine besondere Herausforderung für die progressiven Parteien. Denn das sind Energien, die eigentlich sie mobilisieren müssten. Teilweise sind es Wähler, die unsere Parteien wählen sollten, und was ich damit nicht sagen will, und damit verweise ich gleich auf einen großen «Disclaimer»: Das es nur ein Problem der unteren Milieus, der Unterprivilegierten sei, dass die der Kern der populistischen Wählerschaft seien. Das stimmt nicht, es gibt auch andere. Das ist ein beliebter Mythos, dass die rechten Populisten und der rechte Extremismus primär aus diesen Milieus Stimmen gewinnen, doch sie gewinnen natürlich auch aus dem Bereich der bürgerlichen Mittelschicht, also von denjenigen, die einerseits kul-

turell nicht progressiv sind und andererseits Statusangst haben: Angst vor dem Abstieg.

Und wer hat heutzutage nicht Abstiegsangst! Statusangst, das ist die seltsame Angst in einer Gesellschaft, wie sie nahezu jeder haben kann, auf welcher Stufe der sozialen Leiter auch immer. Und dann werden Stimmen natürlich mit Kulturkampf-Thesen, auch aus der bürgerlichen Oberschicht – das, was Heitmeyer die «rohe Bürgerlichkeit» genannt hat – gewonnen. Aber ich will mich hier nicht diesen sogenannten «bürgerlichen» Milieus widmen, sondern, wie ich es nenne, denjenigen, die «unsere» Milieus sein sollten. Denn für diese schlägt ja mein Herz, diese will ich ja zurückhaben. Wobei wir natürlich auch um Arbeitnehmer-Mittellagen kämpfen.

In meinem Buch versuche ich eine Ausgangsanalyse, die für uns alle deutlich ist: Die traditionellen Mitte-Links-Parteien verlieren überall in jenen Gesellschaften, in denen das politische System mit unserem vergleichbar ist. In Gesellschaften mit Verhältniswahlrecht (und nicht mit Mehrheitswahlrecht) stellt sich das Bild ziemlich klar dar. Die Parteien Mitte-Links verlieren in den letzten 20 bis 40 Jahren an Zuspruch und Vertrauen, vor allem eben auch bei ihrer ehemaligen proletarischen Basis, den ganz normalen Leuten, die sich die «einfachen Leute» nennen.

Jetzt mache ich gleich einen kleinen Einschub: Warum verwende ich den Begriff der «einfachen Leute»? Es gibt ja durchaus auch andere Begriffe, die in diesem politisch-populistischen Diskurs gebraucht werden. Sie kennen alle den berühmten «kleinen Mann». Mit diesem Begriff habe ich meine Schwierigkeiten, weil er eine Selbstridikülisierung, ein sich selbst kleiner Machen bedeutet. Das ist falsch.

Ein kleiner Mann hat ja keine Stimme – da ist eigentlich schon ein Teil des populistischen Narrativs diesem Begriff immanent. Beim Begriff der einfachen Leute sehe ich das nicht so. Das ist durchaus ein Begriff, der funktioniert, wenn man mit den Leuten selbst redet. Ich habe das auch im Internet in Umfragen versucht zu ergründen, da ergab sich tatsächlich ein Gesamtbild, nämlich, dass die Leute sagen:

Wir als die einfachen Leute (hier gewissermaßen als stolzer Begriff!) haben es nicht einfach gehabt im Leben. Ich bin nicht schon mit goldenen Löffeln im Mund geboren und im gemachten Bett gelandet, sondern wir mussten jeden Tag aufstehen und mit Disziplin das erreichen, was wir erreichen wollten oder erreichen konnten. Das ist durchaus ein Schlüsselbegriff: *Wir, die einfachen Leute, gegenüber denjenigen, die es leicht oder sozusagen einfach haben, wir können durchaus stolz sein auf das Leben, das wir führen, was wir erreicht haben, dass wir unsere Familien ernähren, dass wir uns den Rücken gerade machen* – und so weiter, man kennt alle diese Begriffe. Diesen Einschub habe ich mir erlaubt, um die erwartbaren Einwände, ob man solche Begriffe überhaupt benutzen darf, halt schon von Anfang an zu adressieren.

Warum haben die progressiven linken Arbeiterparteien und sozialdemokratische Parteien, hat dieses ganze Spektrum progressiver Parteien in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten so massiv verloren? 1998 konntet Ihr in Deutschland ja noch hoffen und die SPD erreichte über 40%. Wie ich mich erinnere, triumphierte man 2021 mit nur noch knapp 26%, jetzt in schlechten Umfragen liegt man bei uns in Österreich bei 20% und Ihr bei 14%. Da braucht man nicht darüber reden, dass

bei allen Wellenbewegungen im Einzelnen man in den letzten Jahrzehnten extrem an Zuspruch und Vertrauen verloren hat.

Einer der Gründe ist natürlich dieser Glaubwürdigkeitsverlust, dass bestimmte gesellschaftliche Milieus tatsächlich nicht mehr das Gefühl haben, überhaupt noch vertreten zu sein. Dadurch bereitet sich eine Anti-System-Stimmung aus, auch eine gereizte Stimmung, es entsteht so die Atmosphäre einer gereizten Gesellschaft. Die neuen Technologien, der Strukturwandel der Öffentlichkeit im Netz, der Diskursformen von Polarisierung belohnt, weil man dadurch Aufmerksamkeit bekommt, wenn laut genug geschrien wird, spielen natürlich eine Rolle. Das will ich aber hier nicht vertiefen. Das wäre ein eigenes Thema. Sondern mein eigentliches Thema ist, dass sich folgendes Grundgefühl ausbreitet: *Für die normalen einfachen Leute wird es immer schwerer, es geht nicht mehr gerecht zu.* Aber damit ist es noch nicht getan. Wenn man genau zuhört, ist da das Motiv der Gereiztheit: *Ja, wir haben es schwer, aber zudem haben wir keine Vertretung mehr, wir kommen nicht einmal mehr vor und es wird uns nicht einmal mehr zugehört. Diejenigen, die eigentlich unsere Vertretung sein sollten, kümmern sich um irgendwas anders.* Und das kann alles Mögliche sein. Das können Kulturkampf-Themen, *dieses ganze identitätspolitische Zeug*, sein. Aber es kann auch sein, dass Politik als etwas erlebt wird, das sich nur noch um die Makrosteuerung der Gesellschaft, so wichtig sie ist, kümmert, also um die Einkommensverteilung, ob es gerechter zugeht, ob Löhne steigen, ob investiert wird – und was alles noch nur auf der Makroebene zu steuern ist. Auch das ist wichtig für diese einfachen Leute. Daraus ergibt sich aber nicht automatisch, dass der Einzelne das Gefühl

hat, ja, das sind meine Leute, sie kümmern sich auch um mich, insbesondere um mich, es gibt eine direkte persönliche Ansprache. Also hat man irgendwie das Gefühl, bei der ganzen Makro-Globaldebatte kommt der/die einzelne nicht mehr vor. *Wir haben keine Vertretung, wir kommen nicht mehr vor, wir haben Probleme, man nimmt diese nicht mehr ernst und wir werden herumgeschubst.* Das sind Erfahrungen, die natürlich mit ökonomischen Veränderungen eingehen: *Wir werden als bloße Nummern behandelt.* Sie erleben sich als ökonomisch austauschbar, was eine schwere narzisstische Kränkung ist mit entsprechenden Gefühlen der Untergrabung von Würde, man wird – vom Abstieg bedroht – nicht einmal mit Respekt behandelt.

Wir hatten in den letzten 30, 40, eigentlich muss man sagen, 50 Jahren schleichenden Strukturwandel und brutale strukturelle und ökonomische Krisen. Wir wissen das alles, auch wenn wir nicht immer alle Details vollständig parat haben. In manchen Regionen, die so etwas wie eine industrielle Monokultur hatten, wurde quasi über Nacht die gesamte industrielle Basis der Gesellschaft ausgerottet. Man braucht nur zu denken an Bergbauregionen in Nordrhein-Westfalen, Bergbauregionen in Großbritannien, Mittelengland, an die Autoindustrie und industrielle Struktur im amerikanischen Mittelwesten, Werftenindustrie im Norden von Deutschland und so weiter. Aber es gab natürlich auch andere Formen des Strukturwandels und der Strukturkrisen, die keine industrielle Monokultur hatten. Da ist zwar nicht alles zusammengebrochen, wohl aber industrielle Leitkomplexe, Unternehmen, die gewissermaßen die Identität einer Region ausmachten, etwa in der Region Nürnberg mit AEG, Triumph, Adler und wie sie alle hie-

ßen. Zentrale Industrien sind dort untergegangen, andere sind nicht untergegangen, neue sind entstanden. Aber trotzdem steckt diesen Gesellschaften das Trauma der Strukturkrise in den Knochen. Ich könnte jetzt auch andere Regionen in Österreich nennen, in Oberösterreich die Region Steyr.

Wenn man heute in diese Regionen fährt und hört, wie die Bürgermeister jährliche Reden zu irgendwelchen ökonomischen Themen halten, kommt in jeder dieser Reden vor: *Wir haben schwere Jahre hinter uns, aber den Strukturwandel haben wir jetzt geschafft* – und alle schauen irgendwie stolz. Aber in diesen Stolz mischt sich im Gesicht auch irgendeine Art von Zweifel, ob das überhaupt stimmt, was man da redet, weil in diesen Städten, in diesen Regionen natürlich ein Trauma zurückgeblieben ist, das den Leuten in den Knochen steckt. Erstens: Diejenigen, die damals aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, haben es natürlich nicht geschafft. Die sind unter teilweise sogar sehr guten Bedingungen aus dem Arbeitsleben ausgeschieden mit durchaus hoher Frühverrentung und ordentlicher sozialer Absicherung, mit Sozialplänen und so weiter, die haben nicht gehungert, waren nicht arm und haben in den Schrebergärten gegessen und mehr Zeit gehabt. So hätte man sagen können Ja, eine eher schöne Art mit 50 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuschneiden. Aber das will natürlich keiner, weil mit dem Erwerbsleben, mit dem, was du tust, dass du früh am Tag aufstehst, dass du eine Aufgabe hast, dass du das Gefühl hast, du bist kein Bittsteller und du leistest deinen Beitrag. Auch deine Identität ist ja damit verbunden, was du kannst und wer du bist mit dem, was du tust, was du arbeitest. So haben diese Menschen in unserer Gesell-

schaft natürlich an Respektabilität verloren und es hat sich eine hohe Frustration in ihr Leben eingeschlichen.

Zweitens schwebt das, was ihnen widerfahren ist, wie eine Art Damoklesschwert über weiteren Generationen. Wenn man in einer Region lebt, die mit so etwas traumatisiert ist, dann hast du das Gefühl, dass es jederzeit wieder passieren kann. Es kann jedem wieder passieren. Das ist sozusagen Teil des strukturellen ökonomischen Wandels, der zu vielen Verwundungen geführt hat. Und zugleich haben wir parallel dazu, verbunden damit, wengleich auch nicht vollständig verbunden (die Dinge passieren ja quasi auf so verschiedenen Zeit- und Handlungsebenen nebeneinander, nicht alles ist eine Kausalität mit einer Kausalitätskette, bei der eines mit dem anderen verbunden ist), in einem grundsätzlichen Sinne einen gesellschaftlichen Wandel gehabt, weg vom produzierenden Gewerbe und der Dominanz einer bestimmten Arbeiterklasse, wie man früher gesagt hätte.

Ich würde jetzt auch retrospektiv auf diese Geschichte von früher eher von den «arbeitenden Klassen» sprechen, also eher im Plural, um auch die Vielgestaltigkeit, Vielgesichtigkeit dieser früheren arbeitenden Klassen aus der Industrie, aus dem produzierenden Gewerbe, zu betonen. Heute eher in den Dienstleistungsbereichen mit verschiedensten Formen prekärster Arbeitsbedingungen. Dienstleistungsbereich meint heute: Paketfahrer (die heute schlecht bezahlten und schlecht abgesicherten Jobs, die man bei der Post hat, das war früher auch vielleicht weniger prekär als es heute ist), bis hinein in den Bankenbereich, bis in die staatliche Verwaltung, bis zu den Männern und Frauen, die in der Bildung und in der Pflege arbeiten. Sie kennen die Leute, die im Handel arbei-

ten, in den großen Handelsfirmen, also in den großen Supermärkten oder in dezentralen Handelsfirmen, also bei der kleinen Bäcker-Kette, wo in jeder einzelnen Filiale vielleicht zwei, drei oder vier Leute arbeiten. Da tritt kaum noch ein Zusammengehörigkeitsgefühl auf, kein Identitätsgefühl, denn die Leute haben oft mit Recht das Gefühl, eigentlich nicht wirklich qualifiziert zu sein. Ein Facharbeiter in der Automobilindustrie hat ein anderes Gefühl für seinen Stolz auf seine Fertigkeiten als jemand, der nur sagt, das Brötchen kostet 1,20 € oder der Kuchen kostet 3 €, und man sagt nur Bitte und Danke. Und das ist sozusagen alles, was von den Fertigkeiten noch bleibt. Selbst bei den kommunikativen Fertigkeiten, die man ja auch als eine Qualifikation verstehen kann und auf die die Menschen ja auch sehr viel Wert legen, bleibt nicht mehr viel übrig.

Gleichzeitig entstanden gerade auch in den Arbeitnehmermittelklassen hoch qualifizierte Berufe. Wir haben dort den Bildungsaufstieg, viele Kinder dieser Milieus haben dann zumindest Fachhochschulabschluss oder etwas Ähnliches. Sie bilden die große Gruppe der neuen bürgerlichen Mittelschichten, auf die schon die Schröder-Regierung abzielte mit ihrem Begriff der Neuen Mitte. Obwohl die Neue Mitte 1998 natürlich demografisch ganz anders ausgeschaut hat, als sie heute aussieht. Man muss sich ja auch immer die Menschen vor Augen führen: Also etwa die 33-jährige Beschäftigte in der Biochemieforschung und deren Mann, der auch 33 ist, und die zwei Kinder haben und vielleicht im Neubau wohnen; die sind von ihrer Lebenskultur etwas anders als das, was man vor 25 Jahren als Neue Mitte bezeichnet hat. Manchmal hat man den Eindruck, ja, 25 Jahre, das war vorgestern,

aber 25 Jahre reichen aus, um gesellschaftliche Veränderungen zu triggern. Was ich jetzt geschildert habe: Abstiegs Erfahrungen und Respektverlust entstehen in einem bestimmten Bereich von neuen Mittelschichten, urbanen Mittelklassen moderner Art, und die Sozialdemokraten stützen sich nahezu überall in Europa auf Letztere, auf dieses große breite Wählerreservoir. Auch mit Recht, wenn du in Städten Wahlen gewinnen willst, wirst du dich eher auf die konzentrieren, die sind, wenn man so will, der große Bauch der Gesellschaft.

Doch das hat dazu geführt, dass die unteren Klassen das Gefühl haben, eigentlich orientieren sich alle nur auf die Mittelklassen, *an mir orientiert sich keiner mehr*. Und dann kommt der Rechtspopulismus daher – ich habe es schon geschildert – und sagt, *ich bin jetzt eure Stimme, die anderen interessieren sich nicht mehr für euch*. Dabei können sie sich natürlich auf Elemente der Werte der arbeitenden Klassen, wie sie sich traditionell entwickelt haben, stützen.

Unsere romantische Vorstellung, unsere Mythologie von den jungen Sozialisten etwa in den 1880er-Jahren, bei denen keiner von uns dabei war, ist ja, dass die Arbeiterklasse progressiv, kämpferisch, rebellisch ausgesehen hat. Dass sie für progressive Schritte bei Demokratie, Modernität, Arbeitsrechte kämpfte, das waren Männer vor allem, die Frauen aber auch, alle haben irgendwie das Gleiche gemacht und gleich ausgesehen. Sie haben Blaumäntel angehabt und sind in großen Kolonnen in die Fabriken marschiert. Doch so einfach war es nicht. Denn retrospektiv gab es verschiedenste Berufe, verschiedene Quellen, aus denen die arbeitenden Klassen entstanden sind. Um 1850 haben sich die modernen arbeitenden Klas-

sen aus alten Handwerkermilieus rekrutiert, was aber nur ein kleiner Bereich war. Es waren andererseits die städtischen Pauper, die als arm, verlaust, dumm, ungebildet, analphabetisch und auch sozusagen impulsiv galten – die berühmten gefährlichen Klassen, vor denen die Herrschenden Angst hatten. Dann gab es aber auch diejenigen, die gerade vom Land in die Stadt gekommen waren, ehemalige Landarbeiter oder auch ehemalige kleine Bauern, die die Industrialisierung der Landwirtschaft oder die Monopolisierungstendenzen auf brutale Art und Weise vertrieben haben; es war im Grunde ein Raub: Wer kleine Parzellen hatte, wurde ausgeraubt von denen, die große Parzellen hatten. Am Ende hatten die einen große Latifundien und die anderen hatten nichts mehr und sind arm in die Stadt gekommen, haben aber ihre bäuerlichen Werte mitgenommen: *Was mir gehört, das ist was wert*. Das waren nicht die Werte der städtischen Pauper, denn die haben nichts gehabt.

Also, es bildeten sich arbeitende Klassen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Milieus insbesondere in den Städten, die alle mit ihren eigenen Werten daherkamen, die sich untereinander widersprachen. Aus den führenden, prägenden Werten, oder hegemonialen, wie wir so sagen, wurde eine Mischung von Werten aus den Handwerker-Milieus, die dann später zu den Werten der Facharbeiter-Milieus wurden, und den Werten der ehemaligen Bauern, die vom Land in die Stadt zogen. Dies hat gewissermaßen einen Großteil dieser gefährlichen städtischen Pauper diszipliniert.

Herausgekommen ist so etwas wie ein Set von gemeinsamen Werten der arbeitenden Klassen: *Dass man stolz ist, seine Familie zu ernähren; dass man etwas wert ist,*

wenn man harte Arbeit leistet; dass der, der Arbeit leistet, nicht respektlos behandelt werden will; dass diese Disziplin und diese Härte und die Arbeit und vor allem die körperliche Arbeit, die man leistet, eine Quelle des Respekts und Selbstrespekts ist.

Man hat dadurch auch eine Abgrenzung gegenüber den Armen gehabt, vielleicht sogar mehr noch als gegenüber den bürgerlichen Oberschichten. Die bürgerlichen Oberschichten sind den Armen nie begegnet, haben irgendwie ein romantisches Verhältnis dazu gehabt und waren der Meinung, denen muss man mit *charity* helfen. Hingegen fanden die arbeitenden Klassen, *die Armen sollten auch in der Frühe aufstehen, genauso wie ich, warum stehen die nicht um fünf Uhr morgens auf, beginnen um sechs in der Fabrik, um dort bis sieben Uhr abends zu bleiben, warum tun die Armen das nicht?* Das ist eine Art von Abwertung: Es steht dir Hilfe nur zu, wenn du etwas ordentlich leistest und wer nur Freizeit haben will, den finden wir gar nicht so gut, und wer neu dazu kommt, muss sich hinten anstellen. Und neu dazu, das war manchmal schon die nächste größere Stadt, die 50 Kilometer entfernt ist. Hinten anstellen müssen sich die Jungen, die dazukommen und so weiter und so fort, ganz zu schweigen von den Arbeiterinnen und Arbeitern, die aus einem anderen Land kommen, wie etwa die Polen in Nordrhein-Westfalen oder die Iren in England. Es gibt ja eine wunderbare Stelle von Karl Marx, wo er schreibt: England hat jetzt zwei Arbeiterklassen, die englische Arbeiterklasse und die irische Arbeiterklasse, und sie hassen sich. Disziplin, innere Abgrenzungen innerhalb der arbeitenden Klassen, spielten immer eine Rolle. Gleichzeitig ein egalitärer Geist und so etwas wie eine Leistungsgerechtigkeit für harte Arbeit: *Für eine harte*

und ordentliche Arbeit steht mir ein fairer Lohn zu, und für das Produkt der Arbeit gibt es einen gerechten Preis. Wenn dieser zu hoch ist, ist es ungerecht, wenn er zu gering ist, ist es unfair. Man will nicht respektlos behandelt werden, man will nicht kommandiert werden, man will nicht von oben behandelt werden.

Zusammengefasst: Es gab zum Teil derart progressive Werte. Doch zum Teil sind das Werte, die wir heute als konventionelle Werte, vielleicht auch als konservative Werte werten würden. Wo es um die Abgrenzung gegen unten und das Hochhalten von Disziplin geht, dass niemand ein Freispiel haben soll, und darüber hinaus gab es noch eine ganze Reihe von heute als konventionell angesehenen Werten. Das Verhältnis der Männer und der Frauen innerhalb der Arbeiterklasse war auch nicht immer von progressiver Partnerschaftlichkeit geprägt und so weiter und so fort. Hoch im Kurs standen Ehrlichkeit, Integrität, hart arbeiten. Das heißt, das war ein Werteset, der progressiv und konservativ zugleich war. Manches von dem, was ich hier jetzt gesagt habe, stützt sich wesentlich auf den Historiker E. P. Thomson, aber auch auf andere wie Eric Hobsbawm. Thomson spricht von einer rebellischen traditionellen Kultur, also einerseits rebellisch, aber andererseits sehr gestützt auf ein Werteset, das eher aus der traditionellen Kultur stammte, bis hin zu der lebenskulturellen Entstehung einer Arbeiterklassenwelt, von den Biergärten oder den *Fish and Chips* in England usw. Zwischen 1900 und 1970 wurden diese «armen arbeitenden Klassen», die unterprivilegiert werden, die in schlechten Häusern gewohnt haben, die gerade so viel eingenommen haben, dass sie einigermäßen über die Runden gekommen sind, die vielleicht einmal in der Woche

Fleisch aßen, von den Armen zum Volk. Sie erlangten eine Zentralität in ihrer Gesellschaft, sie erlangten nach und nach einen höheren Wohlstand. In der berühmten Revisionismusdebatte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ging es nicht nur um Theorien, sondern der Ausgangspunkt war, dass sich Eduard Bernstein beständig Steuerstatistiken angeschaut hat und feststellte, dass das mit der Verelendung ja gar nicht stimmt. Unsere Leute werden immer wohlhabender, immer bessere Wohnungen, kleiner Wohlstand. Erst kam das Fahrrad, dann kam das Motorrad schon dazu. Urlaub war sehr früh da, man glaubt es kaum, um 1910/1920 begann es, dass die arbeitenden Klassen in Urlaub gefahren sind. In den Ostern-, den Pfingstferien durchaus auch schon größere Strecken, in Deutschland von Berlin an die Küste war das schon mal drin. In Österreich eher in südliche Richtung, in England auch an die Küste, Badeurlaub ein paar Tage und so weiter und so fort, irgendwann mal das eigene Auto.

Die ganz Linken haben eigentlich gewollt, dass die arbeitenden Klassen das Winterpalais stürmen. Aber was haben die arbeitenden Klassen gemacht? Sie haben die Einrichtungshäuser gestürmt. Eine ganz wesentliche Rolle hat die Einführung des Konsumentenkredits gespielt, auch für die Inneneinrichtung der größer gewordenen Wohnung. Es gab dann schon eine gute Stube. Diese Einrichtung konntest du dir natürlich nicht auf einmal leisten, indem man drei, vier Monate ein bisserl spart, sondern man hat einen Investmentkredit aufgenommen. Mit dem neuen Konsumentenkredit, der damals erfunden wurde, konnten sich die arbeitenden Klassen sozusagen eine Inneneinrichtung leisten, und das hat man dann ein paar Jahre

abgezahlt, auf heutige Verhältnisse umgelegt vielleicht 100 € jeden Monat, und das hat gepasst.

Und nach diesen Zeiten des Aufstiegs, des wachsenden Wohlstands, der zunehmenden Respektabilität, aber auch des sich selbst Erleben als zentral in einer Gesellschaft, ging es dann zurück mit dem Strukturwandel. Es wird alles immer härter, der Wohlstand geht vielleicht nicht zurück, aber man erlebt ihn als zunehmend unsicher. Mein Schwager, der als Gastarbeiter in den 1970er-Jahren als Serbe nach Wien gekommen ist und Arbeiterklasse pur war, aber auch erfolgreich zunächst mal an der Maschine gestanden ist und dann dazugelernt hat für die Computersteuerungen der Maschinen, der seinen Aufstieg auch durch technische Anpassung und Lernen gemacht hat, sagte dann zu mir: *Weißt du, die Sozialdemokratie hat es geschafft, den Menschen Wohlstand zu schaffen, aber sie ist gescheitert daran, ihnen das Gefühl zu geben, dass dieser Wohlstand auch sicher ist.* Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Satz und eine ganz wesentliche Empfindung auch für diejenigen, die immer noch festen Grund unter den Füßen haben. Es gibt diejenigen, die den Statusabstieg schon gemacht haben, aber dann gibt es diejenigen, die ihn gar nicht erlebt haben, aber die ihn trotzdem als Bedrohung empfinden. Und bei denjenigen, die den Statusabstieg, wie geschildert, als Opfer des Strukturwandels erlebt haben, kommt das Gefühl hinzu, dass sich niemand für sie einsetzt, dass so etwas eintritt wie Entsolidarisierung.

Ich habe für dieses Buch sehr viele Studien aus aller Welt gelesen, also nicht nur so Statistiken wo man sozusagen darauf kommt, die 22 % haben dieses Problem und 42 % haben jenes Problem, son-

dern wo die Menschen in psychologischen Tiefeninterviews wirklich genauer befragt werden. Bei manchen habe ich mir auch Quellen bei den Forschern bestellt, und die haben mir dann die Protokolle ihrer Gespräche gegeben, und es ist frappierend, ein Satz kommt überall vor, nämlich dieses deprimierte, entsolidarisierte: *Ich kümmer mich nur mehr um mich selbst*. Ob du im Mittelwesten oder in East London oder in Gelsenkirchen oder in Erfurt oder in Österreich, in Steyr oder in der Obersteiermark, mit den Leuten redest, da gibt es unterschiedliche politische Kulturen, unterschiedliche gesellschaftliche Kulturen, unterschiedliche Wertekulturen. Das wissen wir ja alles: Amerika mit seinen Werten, dass sie die *frontier* erobern, ist etwas ganz anderes als die Werte der Arbeiterklasse in Mähren. Doch der Satz kommt überall vor: *Ich kümmer mich nur mehr um mich selbst*. Die Menschen erleben sich als ersetzbar, werden abgewertet, empfinden sich als abgewertet, nicht mehr modern genug, werden so irgendwie als Hinterwälder behandelt. Sie entwickeln so etwas wie einen deprimierten, depressiven Individualismus.

Dass sich der Individualismus als Wert und gesellschaftliches Leitmodell durchgesetzt hat, ist das eine. Er nimmt aber verschiedene Ausprägungsformen an. Oben gibt es einen stolzen Individualismus. *Ich habe alle Möglichkeiten, ich könnte ein Start-up gründen beispielsweise, ich bin ein unverwechselbares Individuum. Und um ein unverwechselbares Individuum zu sein, muss ich ganz besonders sein, besser sein als jeder andere um mich herum*. Also man hat auch dieses Distinktionsbedürfnis. Aber unten gibt es ganz andere Individualismen, nämlich einen deprimierten Individualismus. *Ich kümmer mich nur*

mehr um mich selber. Eine Entsolidarisierung auch bei denjenigen, die noch in irgendwelchen Betrieben arbeiten. Man hat den Strukturwandel im Unternehmen geschafft, dass man aufgrund von permanenter technischer Erneuerung, Rationalisierung, Verbesserungen die Kostenstruktur und die Wettbewerbsposition immer besser wieder in den Griff bekommen hat, auch international wettbewerbsfähig wurde. Was nichts anderes heißt, als dass in den meisten Abteilungen, wo bisher 90 Leute gearbeitet haben, im nächsten Jahr nur 80 arbeiten und im Jahr darauf noch weniger. Was machen die meisten Beschäftigten unter solchen Bedingungen? Sie schauen, dass sie zu den 70 gehören, die dortbleiben und nicht zu den 30, die untergehen. Das ist natürlich auch ein unglaublicher Motor für die Entsolidarisierung.

Nach der Debatte möchte ich zwei Dinge zurückweisen, die ich anders sehe. Nämlich die Behauptung, es ist heute nichts anders, es hat die Rechten immer schon gegeben, und die Republikaner wurden vor 30 Jahren auch schon gewählt. Ohne Zweifel wurden sie gewählt. Sie wurden wahrscheinlich von manchen Leuten aus den gleichen Motiven oder aus vergleichbaren Motiven wie die AfD heute gewählt. Wahrscheinlich war das damals in manchen Bereichen noch viel eher ideologisch rechts als bloß Ausdruck von einer eigentlichen unideologischen Wut auf ein System, aber vielleicht war dies auch ein ähnlicher Punkt. Doch das macht einen erheblichen Unterschied, ob du in Wirklichkeit auf Gesellschaften bezogen ein Potenzial von 4 % heben kannst, und manchmal, wie in Baden-Württemberg, in einer Region halt 10 %, dann ist es kein generelles Problem. Oder ob es die gesamte Gesellschaft vergiftet und es in

einer ganzen Nation 30% erlangen kann. Und in Nachbarnationen ebenso viel und mehr, sodass wir das Gefühl haben, es ist ein globaler Gesamttrend, den wir analysieren müssen.

Zweitens, es gibt sicher eine besondere Situation in der ehemaligen DDR, denn es macht einen Unterschied, ob das, was ich als Strukturwandel und Erlebnis von Respektlosigkeit beschrieben habe, wie im Westen in mehr als 30 Jahren oder in Ostdeutschland in fünf bis sechs Jahren in doppelt radikalierter Form abläuft. Erstens x-mal schneller als im Westen. Und zweitens ist es ein Unterschied, ob du das Gefühl hast, da gibt es abstrakte ökonomische Prozesse, oder da gibt es irgendwelche Leute von woanders, die in diesen Prozessen eine Rolle spielen und einem das Gefühl geben, *wir sind die Gescheiterten und müssen es so machen wie diese Leute, allein die wissen, was gut ist*. Das führt noch mal zu narzisstischen Kränkungen, sodass die Fallhöhe noch mal eine andere ist. Aber es ist kein grundsätzlicher Unterschied zu dem, was ich beschrieben habe, dass die arbeitenden Klassen sich im Westen, und zwar in Deutschland, in Österreich, in Frankreich und in den USA nicht mehr als zentral empfinden können, wie dies noch in den 1950er-, 1960er-, 1970er-Jahren der Fall war. Wolfgang Engler sprach von der DDR als «arbeiterlicher Gesellschaft», in Kombination auch mit dem ideologischen Konstrukt, die Arbeiter seien die herrschende Klasse. Jetzt heißt es, *nun müsst ihr schauen, wo ihr bleibt*, über Euch geht die gesellschaftliche Transformation hinweg. Dennoch würde ich hier die Spezifität nicht gar so groß machen, weil ähnliche Prozesse im amerikanischen Mittelwesten, in Mittelengland, in Italien, in Österreich usw. zum Teil mit den glei-

chen Rhetoriken und Instinkten ablaufen, dann kann es nicht so wahnsinnig viel mit einer spezifischen Ostidentität zu tun haben. Denn diese Probleme sind alle multi-kausal. Es gibt keine monokausale Erklärung für die Welt.

Eine Rolle spielt sicherlich der gesellschaftliche Wandel, damit die Individualisierung, das Ausdünnen von Parteien, die nicht mehr die Organisationsrolle spielen wie früher. Damit hat sich auch ihr Organisationsmodell verändert, sie haben weniger Mitglieder. Damit können sie eine Gesellschaft, das Ganze weniger prägen und transformieren. Aber auch das Verhältnis der Bürger zu Parteien bekommt eine ganz andere Einfärbung, weil die wenigsten Mitglieder von Parteien sind. Die Parteien haben weniger Mitglieder, und die Bürger sind so etwas wie Konsumenten von Parteipolitik. Man bekommt so etwas, wie ein konsumentisches Verhältnis zur Politik, was auch noch mal verstärkt wird durch das, was gleichzeitig im ökonomischen Prozess passiert: In der ökonomischen Transformation mit dem Aufstieg des Neuen Mitte, aber auch mit den damit verbundenen Ideologien und mit der Transformation der Konsumgesellschaft selbst: Heute hast du bei jedem Produkt viele zur Auswahl, und jedes muss irgendwie erklären, warum es besser ist als die anderen. Was die Dinge können, ist im Wesentlichen das gleiche, aber das eine Dings muss sagen, das ist cooler als das andere und so weiter. Also diese Mechanismen, auf die wir plötzlich alle geeicht und trainiert werden, werden dann plötzlich auch auf die Parteien umgelegt, und die Parteien bekommen ein Konsumstil-Verhältnis gegenüber ihren Bürgern.

Ein anderes Element. Wir haben schon gehört, ich halte es für eine wesentliche

Beschreibung der Realität, die Verwandlung der sozialen Zusammensetzungen der politischen Klasse, insbesondere auch innerhalb der sozialdemokratischen Parteien. Sehen wir uns die Bundestagsabgeordneten, Kanzler, Minister und so weiter an, so zeigt sich symptomatisch, dass das nicht mehr automatisch Leute sind, von denen die Wählerschaft, über die wir da jetzt reden, instinktiv sagt, *das ist einer von uns*. Sondern ganz im Gegenteil sagen sie, das ist selbst einer, der abgehoben ist. Und wenn es eine politische Konkurrenz gibt, die permanent in diesem Sinne agitiert, dann gibt es dort Substrate, an denen man sich Andocken kann, das ist völlig klar.

Das sind alles Prozesse des erfolgreichen Scheiterns. Ich finde den Begriff des erfolgreichen Scheiterns wichtig, weil er zeigt, dass die Dinge, die man mit Erfolg durchsetzt auch ihre negativen Effekte haben. Wenn wir den Bildungsaufstieg der Kinder aus den arbeitenden Klassen durchgesetzt haben, hat dies natürlich auch dazu geführt, dass diese Kinder der arbeitenden Klasse nicht mehr in der arbeitenden Klasse geblieben sind, völlig klar. Die haben sich als neuen Mittelschichten etabliert und auch nicht mehr in den Vierteln gewohnt, wo sie als die erfolgreichen, aber strukturierenden Figuren einst gewirkt hatten, sondern sie sind mittlerweile ganz woanders gelandet. Irgendwann kam man jetzt darauf, dass die Kinder der Kinder der arbeitenden Klassen überhaupt nie Menschen aus der Arbeiterklasse mehr kennenlernen, wenn sie Oma und Opa besuchen, denn diese sind Rentner. Nur die haben noch eine Erinnerung, wie es in der Arbeiterklasse war. Und außerdem gehen die Kinder quasi aus den Schulen direkt in die Universitäten und von den Universitäten direkt in die Ministerbüros. Und wenn sie

dann in dem Ministerbüro sitzen und mit den Leuten reden müssen, dann begegnen sie gelegentlich irgendwelchen normalen Menschen, die eine normale Sprache sprechen, und sie sagen, ah, du zielst auf diese Kontroverse ab, und das versteht keiner, denn er hat von dieser Kontroverse noch nie gehört. Diese Leute sind dann nicht mehr in der Lage, in einer Sprache mit den Menschen zu sprechen. Das ist ein ganz wesentliches Problem. Deswegen halte ich es für ganz zentral, dass man dies auch in der sozialdemokratischen Personalentwicklung, aber auch in der Art und Weise, wie man sich darüber verständigt, wie man eigentlich über Politik und über die Probleme reden soll, bedenkt. Es ist ganz entscheidend, dass man Politiker und politische Figuren hat, die glaubwürdig in dem Sinne sind, *das ist einer von uns*.

Das löst nicht jedes Problem, ist aber wichtig. Wir haben jetzt in der österreichischen Sozialdemokratie einen Parteivorsitzenden gewählt, der genau aufgrund dieser Charakter-Attribute eine Chance ist. Damit wird man auch nicht gleich 60% gewinnen und alle Probleme gelöst haben, und ob ihm zugetraut wird, dass er in der schweren Krise, in der wir sind, das Land mit Kompetenz und Verlässlichkeit und Mäßigung und ruhiger Hand durch die Krise führen kann, wird man sehen.

Ein wesentlicher Aspekt wurde genannt, in den früheren Epochen und Jahrzehnten war es aufgrund des Wachstums einfacher, zu einer relativ gerechteren Verteilung zu kommen, als es heute der Fall ist. Durch das höhere Wachstum hatte man eine Zukunftsperspektive; die Verbesserung der Lebensbedingungen, dieser kontinuierliche materielle Aufstieg und die Zunahme von Sicherheit hingen damit zusammen. Es gab eine gesellschaftliche Grundstimmung des

Optimismus und des Fortschrittsgeistes, während heute das Gegenteil der Fall zu sein scheint. Natürlich ist es wichtig, dass Menschen, die den Eindruck haben, in meinem Leben zieht nur Stress ein und außerdem Angst haben, dass es immer schlimmer wird, wenigstens das Gefühl haben, es nimmt jemand wahr, wie es mir geht. Da war der sozialdemokratische «Respekt» von Olaf Scholz wichtig. Aber es ist natürlich nicht damit getan dies wahrzunehmen, es braucht schon Politiken, die glaubwürdige Pläne entwickeln, dass es besser wird, und da wurde natürlich schon einiges genannt.

Also, Verteilungsgerechtigkeit spielt natürlich eine Rolle, wobei Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum ja auf verschiedene Art und Weise positiv miteinander verbunden sind. Eine gerechtere Verteilung führt auch zu höherem Wachstum – womit man zur Frage aller Fragen, der ökologischen Problematik, kommt, wie die Bedingungen für den Klimaumbau sind. Es geht nicht nur darum, dass kontinuierlich die Einkommen steigen und vielleicht auch sicherer

werden (wobei sie ja immer unsicher werden). Da kann man nicht mehr sagen, es war alles immer schon so und Kapitalismus wie bisher weitermachen.

Einst war es ganz normal und üblich, man bleibt in dieser Firma bis zur Rente, heute ist dies natürlich nicht mehr üblich, das Gegenteil sozusagen, diese Strukturwandel und die ökonomische Transformation der letzten 20 Jahre haben etwas ganz substanziiell verändert. Man kann nicht wirklich versprechen, diese Sicherheit wird zurückkehren. Auch eine mobile Gesellschaft darf nicht akzeptieren, dass sich die Lebenswelten der Menschen in eine Unsicherheit nach der anderen hineinziehen: die ökonomische Unsicherheit, die Arbeitsunsicherheit, die ganzen lebensweltlichen Unsicherheiten, die befristeten Mietverträge. Wir haben selbst nur noch Lebensabschnittspartnerschaften, von denen wir schon, wenn wir sie eingehen, wissen, das ist ja befristet. Aber da kann der Kapitalismus nicht dafür oder vielleicht doch. Aber wir sollten ihn vielleicht nicht für alles anklagen. ■

Armin Pfahl-Traughber

Rechtsextremistische Intellektuelle und die «Kulturrevolution von rechts»

Eine Analyse zu Ideologie und Strategie der Neuen Rechten

1 Einleitung und Fragestellung

Die moderne Demokratie ist nicht nur durch extremistische Gewalttäter oder Parteien gefährdet, eher indirekt wollen auch extremistische Intellektuelle an einem angestrebten Umsturz mitwirken. Dieses Ansinnen wird gegenwärtig von der Neuen Rechten¹ mitunter recht offen vorgetragen, wähnt man sich doch auf einem Erfolgskurs hin zu diesem Ziel. Denn mit der «Alternative für Deutschland» (AfD) hat man einen organisatorischen Träger gefunden, welcher die gemeinten Inhalte in der politischen Praxis umsetzen soll. Dementsprechende Einflüsse und Kontakte machen deutlich, dass die angestrebte «Kulturrevolution von rechts» schon längst nicht mehr nur in Seminarräumen fantasiert wird. Doch worin besteht die Gefahr, was meint «Neue Rechte», worin bestehen die Grundpositionen, welchem Handlungsstil folgt man, was macht die Organisationsform aus, und welche Wirkung entfaltet man? Antworten sollen in den folgenden Kapiteln gegeben werden, wobei die genutzten Arbeitsbegriffe zunächst einer Definition bedürfen.

Die Bezeichnung «Intellektuelle» wird rein formal genutzt. Es geht um Akteure

aus der politischen Publizistik, welche theoretische Beiträge zur Gesellschaftsentwicklung vortragen. Damit geht bezogen auf die Gemeinten keine Idealisierung einher, etwa bezüglich einer an Humanität und Vernunft orientierten Zielsetzung. Die gemeinten Intellektuellen gelten darüber hinaus als extremistische Protagonisten. Eine damit einhergehende Einordnung meint, dass sie die Basiswerte moderner Demokratien und offener Gesellschaften negieren. Dies geschieht nicht bei direkten politischen Auseinandersetzungen, sondern in einem geistigen Kontext. Es geht insbesondere um die Delegitimierung oder Umdeutung von demokratischen Werten, wobei letztendlich eine autoritäre Herrschaft mit pseudodemokratischer Legitimation angestrebt wird. Genau in diesem Ansinnen, das als «Kampf um die Köpfe, «Kulturrevolution von rechts» oder «Metapolitik» bezeichnet wird, besteht das erwähnte Gefahrenpotenzial. Dazu soll dann auch noch eine differenzierte Einschätzung erfolgen.

Um von Anfang an das Gemeinte etwas deutlicher zu veranschaulichen, soll bereits hier noch eine entsprechende Definition von Neue Rechte vorgetragen werden. Dabei bezieht sich die Darstellung auf drei Kriterien: die Ideologie, die Organisation und

1 Die folgenden Ausführungen hat der Autor in früheren Büchern genauer belegt: Armin Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen 1998; Armin Pfahl-Traughber: *Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten*, Bonn 2022.

die Strategie. Der ideengeschichtliche und ideologische Bezugspunkt ist die Konservative Revolution der Weimarer Republik, womit man sich eben nicht auf den historischen Nationalsozialismus oder seine Varianten stützt. Die gemeinten Intellektuellen gehören eher zu einem informellen Netzwerk, weniger zu einer festen Organisation. Gleichwohl gibt es mit dem «Institut für Staatspolitik» und dessen Verlag ein örtliches Zentrum. Und dann will man politische Änderungen geistig vordenken und dafür entsprechenden Einfluss entfalten, womit es eben nicht primär um Demonstrationen, Gewalthandlungen oder Wählerstimmen geht. Auf damit einhergehenden Entwicklungen wollen die gemeinten Intellektuellen einwirken, um politische Brüche bereits im vorpolitischen Raum zu forcieren.

2 Konservative Revolution als geistige Vorbilder

Die geistige Anlehnung an die Konservative Revolution bildet dabei für die Neue Rechte den geistigen Orientierungsrahmen. Daher müssen zunächst einige Darstellungen und Einschätzungen zu der gemeinten geistigen Strömung in der Weimarer Republik erfolgen.² Das antagonistisch wirkende Begriffspaar «Konservative Revolution» bedarf dazu einer inhaltlichen Veranschaulichung, meint doch der erstgenannte Begriff ein «Bewahren», während «Revolution» für einen «Umsturz» steht. Um das Gemeinte besser zu verstehen, muss man sich in die Republikanfänge zu-

rückversetzen: Erstmals akzeptierten die deutschen Konservativen nicht mehr die bestehende Ordnung, die in einer liberalen Demokratie bestand. Während die Altkonservativen verschwundenen Gesellschaftsidealen des wilhelminischen Kaiserreichs nachtrauerten, beschworen Jungkonservative notwendige Neuerungen in der geistigen Orientierung. Dabei sollten verloren geglaubte Ideale und Werte wiederbelebt werden, aber bei gleichzeitiger politischer Negierung der Republik.

Für diese Grundhaltung seien zwei Publizisten zitiert, die innerhalb der Jungkonservativen zu den bedeutendsten Protagonisten zählten. Edgar Julius Jung bemerkte: «Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an die Stelle des bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.»³ Und Arthur Moeller van den Bruck meinte: «Wir wollen diese revolutionären Ideen mit den konservativen verbinden, die sich immer wiederherstellen und wollen sie konservativ-revolutionär dahin treiben, wo wir Zustände erreichen, bei denen wir wieder leben können.»⁴ Diese Ausführungen machen nur die ideologische Kombination scheinbarer grundlegender Widersprüche deutlich.

2 Ausführlicher äußert sich der Autor dazu in folgender Monografie: Armin Pfahl-Traughber: *Denker gegen die Moderne. Die Konservative Revolution in der Weimarer Republik*, Bonn 2024.

3 Edgar Julius Jung: «Deutschland und die konservative Revolution», in: Edgar Julius Jung (Hg.): *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers*, München 1932, S. 369–382, hier S. 380.

4 Arthur Moeller van den Bruck: *Das Dritte Reich* (1923), 3. Auflage, Hamburg 1931, S. 27.

Der Konservativen Revolution gehörten auch heute noch recht bekannte intellektuelle Repräsentanten an: Ernst Jünger, Carl Schmitt oder Oswald Spengler. Sie bildeten kein organisiertes Netzwerk. Insofern konnten sie nicht als geschlossener Personenkreis wirken, wie dies etwa einer politischen Partei möglich ist. Gleichwohl hatte das publizistische Agieren politische Konsequenzen, schuf es doch für die «nationale Revolution» die geistigen Voraussetzungen. Der erwähnte Edgar Julius Jung räumte diese in einem Statement ein: «Die geistigen Voraussetzungen für die deutsche Revolution wurden außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen.» Über dessen Erfolge hieß es weiter: «Wir freuen uns darüber nicht nur, sondern wir haben das Unsrige zu diesem Wachstum beigetragen. In unsagbarer Kleinarbeit, besonders in den gebildeten Schichten, haben wir die Voraussetzungen für jenen Tag geschaffen, an dem das deutsche Volk den nationalsozialistischen Kandidaten seine Stimme gab.»⁵

3 Entwicklung der Neuen Rechten in der historischen Rückschau

Diese Aussage veranschaulicht gut das Konservative Revolution-Nationalsozialismus-Verhältnis. Es bestand nicht in einem kompletten ideologischen Gleichklang, aber in einem indirekten arbeitsteiligen Vorgehen. Während die konservativen In-

tellektuellen das bildungsbürgerliche Milieu erreichen wollten, sollte die nationalsozialistische Partei die Wählermassen gewinnen. Ähnlich verhält es sich in der Gegenwart mit dem Neue-Rechte-Rechtspopulistische-Partei-Verhältnis. Dabei erhoffen sich die Intellektuellen, sie könnten die politische Entwicklung geistig lenken. Dieses Ansinnen war indessen im historischen Fall komplett gescheitert, kam den Intellektuellen doch nach 1933 keine größere Relevanz mehr zu. Unabhängig von dieser Erfahrung gehen die gegenwärtigen rechtsextremistischen Intellektuellen davon aus, dass der jeweilige politische Träger in ihrem ideologischen Sinne den gesellschaftlichen Umsturz vollziehen wird. In diesem Bemühen, einen «Kampf um die Köpfe» zu führen, besteht für die Neue Rechte das strategische Spezifikum.

Alain de Benoist, der «Gründungsvater» der französischen Neuen Rechten, schrieb: «Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient. [...] Sie ist daran zugrunde gegangen, daß sie weder Wille noch Ziel hatte.»⁶ Um derartige Änderungen voranzubringen, die in der Theoriearbeit wichtig werden. Mit diesem Ansinnen bildete sich zunächst in Frankreich eine solche Neue Rechte heraus, begründet von ehemaligen Aktivisten des traditionellen Rechtsextremismus.⁷ Insbesondere Benoist kam als theoretischem Kopf hier große Relevanz zu. Er «entdeckte» auch die deutsche Konservative Revolution für den französischen Rechtsextremismus, wovon die Berufung

5 Edgar Julius Jung: «Neubelebung von Weimar?», in: *Deutsche Rundschau*, 59 Jg., Juni 1932, S. 153–162, hier S. 158.

6 Alain de Benoist: «Die alte und die neue Rechte», in: Ders.: *Kulturrevolution von rechts* (1985), Dresden 2017, S. 29–64, hier S. 29.

7 Vgl. Ellen Daniel: «Alain de Benoist. Nouvelle Droite – Antikapitalismus von rechts», in: Zentrum Liberale Moderne (Hg.): *Das alte Denken der neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Berlin 2019, S. 101–107; Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte* (Anm. 1), S. 130–143.

auf deren Denker zeugt. Nachdem Benoist damit ein gewisser Erfolg in Frankreich in den 1970er- und 1980er-Jahren beschieden war, interessierte man sich auch in Deutschland in der politischen «Rechten» wieder stärker für diese Tradition. Dabei kam *Criticon* als konservatives Magazin und der *Jungen Freiheit* zunächst noch als Monatszeitung große Relevanz zu.⁸

Die Intellektuellen der hier gemeinten Neuen Rechten entwickelten sich fortan um diese Publikationsorgane herum. Um die damit einhergehende politische Arbeit aber auf breitere organisatorische Füße zu stellen, entstand dann 2000 mit dem «Institut für Staatspolitik» (IfS) ein eigenes organisatorisches Zentrum. Gründer waren zwei Publizisten aus den oben erwähnten Zusammenhängen: Götz Kubitschek, ehemaliger *Junge Freiheit*-Redakteur, und Karlheinz Weißmann, früherer *Criticon*-Autor. In den 2000er- und 2010er-Jahren wuchs der damit gemeinte Komplex immer stärker an. Mittlerweile sitzt das Institut im ländlichen ostdeutschen Raum in Schnellroda (Sachsen-Anhalt). Dort finden kontinuierlich Konferenzen und Seminare statt, woran ältere wie jüngere Anhänger der Neuen Rechten teilnehmen. Mit der *Sezession* besteht ein Theorieorgan, das alle zwei Monate erscheint. Bücher verlegt der dazu gehörige «Verlag Antaios». Aktuelle Kommentare gib es in «Sezession im Netz». Und dann finden sich im Internet auch viele Podcasts und Vorträge.

4 Berufung auf die Denker der Konservativen Revolution

Worin bestehen nun die Grundpositionen dieser Neuen Rechten? Zunächst ist für sie die Berufung auf die Denker der Konservativen Revolution konstitutiv. Dass es auch eine Schwerpunktausgabe der *Sezession* zum Thema gab, kann angesichts deren Relevanz für ihr Weltbild daher nicht verwundern. Das gemeinte Heft präsentierte zunächst Porträtbilder auf der Titelseite: Gottfried Benn und Friedrich Nietzsche, Martin Heidegger und Ernst Jünger, Carl Schmitt und Armin Mohler, Stefan George und Oswald Spengler. Die Aufmachung entsprach dabei optisch dem Band zur *Konservativen Revolution*, der auf die Doktorarbeit von Armin Mohler zurückgeht.⁹ Dieser hatte deren Ideen wie in den 1960er- und 1970er-Jahren als Publizist im konservativen bzw. rechten Lager bekannt gemacht. Zu deren Bedeutung schrieb im Editorial der Institutsmitbegründer Karlheinz Weißmann: «Wer nicht behaupten will, daß die Krise ein Phantom ist oder eine vorübergehende Formschwäche, der sieht sich gezwungen, nach den tieferen Ursachen zu fragen, und er wird über kurz oder lang zu Einschätzungen kommen, die denen der KR entsprechen.»¹⁰

Ein derartiges Bekenntnis formulierte auch Götz Kubitschek in seinem lobenden Text «Die Strahlkraft der KR», wobei der Gegenwart-Vergangenheit-Vergleich interessant ist. Bedauernd schrieb er zunächst:

8 Vgl. Sebastian Dittich: «Zeitschriftenporträt: Criticon», in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 300–313; Stephan Braun / Ute Voigt (Hg.): *Die Wochenzeitung «Junge Freiheit». Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden*, Wiesbaden 2007.

9 Vgl. Armin Mohler: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch* (1950), Darmstadt 1989.

10 Karlheinz Weißmann: «Editorial», in: *Sezession* 9. Jg., Nr. 44 / Oktober 2011, S. 3.

«Fundamentalopposition ist nicht die Sache politischer Konservativer von heute». Dahingehend sei es bei der gemeinten Intellektuellengruppe in der Weimarer Republik anders gewesen: «Die sogenannte Konservative Revolution von 1918 bis 1932 hat bis heute ihre Strahlkraft auch deshalb nicht verloren, weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromißlos war, so ganz und gar bereit für etwas Neues, einen dritten Weg, einen Umsturz, eine Reconquista, einen revolutionären, deutschen Gang in die Moderne.» Und weiter hieß es bei Kubitschek: «Die erste KR strahlt in ihrer kurzen, reichen Blüte bis heute aus, weil ihr Personal in seinen Haupt- und Nebenrollen durchgespielt hat, was an innerer und äußerer Mobilmachung, totaler Mobilmachung für eine kommende Auseinandersetzung möglich und notwendig war.»¹¹

Demnach hat man es mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Konservativen Revolution der Weimarer Republik zu tun. Diese intellektuelle Bewegung richtete sich nicht nur gegen kritikwürdige Entwicklungen im, sondern auch gegen die politischen Grundlagen des ersten deutschen demokratischen Verfassungsstaates. Gerade diese Frontstellung vermisste Kubitschek bei heutigen Konservativen, sieht sie aber für sein politisches Lager als notwendig an. Dies ist angesichts von deren Auffassungen bei der Berufung auf die Konservative Revolution eine in sich schlüssige Konsequenz. Denn eine kritische Auseinandersetzung mit dem extremistischen Gedankengut der damaligen Protagonisten findet

bei den Stammautoren der *Sezession* nicht statt. Anmerkungen von Erik Lehnert, der IFS-Geschäftsführer, der in seinem Beitrag «Lebensreform und Politik» auf Lebensfremdheit, Sterilität und Verstiegenheiten verwies, können schwerlich so verstanden werden.¹² Es ging um Einwände gegen den Habitus in der Konservativen Revolution, aber nicht gegen deren Positionen.

5 Dominanter Bedeutungsgehalt ethnischer Identität

Für den Diskurs der Neuen Rechten sind bestimmte Strukturmerkmale besonders wichtig, wobei gerade die behauptete oder eingeforderte «Identität» und die damit verbundene Trennung bzw. Unterscheidung relevant sind. Anders formuliert: Es geht um die Bestimmung von «Wir» und den «Anderen». In einem öffentlichen Briefwechsel formulierte dazu Götz Kubitschek folgende bezeichnende Stellungnahme: «Sehr wohl sehe ich, sehen wir das desintegrative in unserer Gesellschaft, und es ist fast billig zu sagen, daß auch uns manches gut erzogene Migrantenkind sympathischer ist und nähersteht als jene anmaßenden, deutschen Rotzlöffel, denen noch nie eine äußere oder innere Not Beine machte. Dennoch sind diese Rotzlöffel Teil unseres Volkes, und wenn der seit Jahrzehnten abwesende Ernstfall im Großen oder im Kleinen den sozialen, staatlich finanzierten Reparaturbetrieb zum Erliegen bringt, wird sich jeder sofort daran erinnern, wer «Wir» ist und wer «Nicht-Wir». [...] Die Abgrenzung

11 Götz Kubitschek: «Die Strahlkraft der KR», in: *Sezession*, 9 Jg., Nr. 44 / Oktober 2011, S. 8–13, hier S. 9, 10 und 13.

12 Vgl. Erik Lehnert: «Lebensreform und Politik», in: *Sezession*, 9. Jg., Nr. 44 / Oktober 2011, S. 14–16, hier S. 16.

des Ichs und des Wirs von etwas Fremden ist schlicht eine Konstante.»¹³

Dass Abgrenzung zur Identität gehört, kann als Selbstverständlichkeit gelten. Bedeutsam an den vorstehenden Ausführungen sind die dafür relevanten Kriterien, wobei mit dem erwähnten Beispiel dann Kubitschek eine wichtige Zuspitzung vornahm. Nicht der charakterliche Anstand eines Individuums soll relevant für das «Wir» sein, insofern würde auch kulturelle Assimilation oder Integration keine Rolle spielen. Es soll primär um die ethnische Identität auch des anmaßenden «Rotzlöffels» zum postulierten «Wir» gehen. Dies bedeutet in der Konsequenz aber auch, dass der Einzelne eben durch Ethnie und nicht durch Tugend seine Zugehörigkeit erfährt. Man hat es mit einem klaren Bekenntnis von Kubitschek dafür zu tun, was soziale Identität für die Neue Rechte ausmachen soll. Der dominante Bedeutungsgehalt besteht in der ethnischen Zugehörigkeit. Alle anderen Eigenschaften von Menschen kommt demgegenüber geringere Relevanz zu. Der einheimische «Rotzlöffel» ist dann immer bedeutsamer als der migrantische Sympathieträger.

Es stehen demnach angebliche biologische Eigenschaften, die nicht veränderbar sind, und nicht kulturelle Eigenschaften, die veränderbar sind, für das Identitäts- und damit auch das Volksverständnis im Zentrum. Dies schließt nicht notwendigerweise «einen blutmäßigen Austausch» aus, wie Kubitschek an anderer Stelle formuliert. In einem autorisierten Interview äußerte er: «Klar ist, dass jedes Volk auch eine ethnische Größe ist und dass der Ver-

lust dieser relativen Homogenität große Probleme nach sich zieht.» Für das Gemeinte benannte er aber keine genaueren Kriterien. Dem folgend formulierte Kubitschek: «Ich glaube, dass bestimmte politische Konzeptionen nur funktionieren, wenn es eine gewisse Homogenität im Volk gibt.»¹⁴ Auch dem kann bezogen auf eine stabile Demokratie zugestimmt werden, wobei hierfür aber politische Minimalbedingungen und nicht ethnische Prinzipien relevant sind. Die Differenzen, die Kubitschek bezogen auf die Rechtsordnung und die Scharia hervorhob, bezogen sich dann ebenfalls nicht auf ethnische, sondern auf politische Unterschiede.

6 «Bewusste Nation» als idealisiertes Ordnungsmodell

Eine konstitutive Auffassung der Neuen Rechten besteht darin, in einer bewussten Nation ein ideales Ordnungsmodell zu sehen. Indessen werden diesbezügliche Beschwörungen immer wieder in unterschiedlichen Texten artikuliert, ohne dafür eine inhaltliche Begründung durch die gemeinten Intellektuellen vorzulegen. Als eine Ausnahme für das Gemeinte soll die Monografie *Nation. Eine Begründung* von Karlheinz Weißmann gelten. Sie erschien erstmals 2001 und wurde 2020 erneut herausgegeben. Götz Kubitschek wies in seinem Vorwort darauf hin, dass das Buch für die geistige Orientierung der jüngeren Vertreter bedeutsam gewesen sei. Es erschien ohne Aktualisierung als bloße Neuausgabe, eben mit dem dezidierten An-

13 Götz Kubitschek, Briefwechsel mit Armin Nassehi, März bis Juni 2014, in: Götz Kubitschek, *Nassehi, ich und Leggewie. Zwei Briefwechsel*, Schnellroda 2021, S. 6–53, hier S. 36.

14 Ellen Kositzka / Götz Kubitschek / Thomas Wagner: «Ein Gespräch über den Ethnopluralismus», in: Thomas Wagner, *Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte*, Berlin 2017, S. 80–83, hier S. 81.

spruch, eine inhaltliche Begründung für das konkrete Selbstverständnis zu formulieren. Davon kann indessen schon aus formalen Gründen nicht gesprochen werden. Denn es geht primär um beschreibende Darstellungen zur ideengeschichtlichen Entwicklung, die sich auf eine deutsche und französische Deutung von «Nation» beziehen.

Die so angekündigte «historische Analyse» steht zwar für Belesenheit und Detailkenntnisse, vermag es aber nicht, den zentralen Begriff hinsichtlich seiner Komponenten im trennscharfen Sinne zu definieren. Es werden die beiden Konzepte unterschieden, wobei die deutsche Form durch biologische Merkmale und die französische Form durch politische Willensbekundungen geprägt sei. Dabei erfolgt aber kein Plädoyer für die erstgenannte Variante, heißt es doch bei Weißmann: «Tatsächlich liegt die Schwäche der Vorstellung von einer «biologischen Nation» darin, daß hier das Nationalbewußtsein einer Klasse von Empfindungen «natürlicher» Art zu geschlagen wird in die es nicht gehört.» Damit erfolgt eine indirekte Distanzierung von den rassistischen und völkischen Konzeptionen, die allein mit biologistischen Argumentationsmustern «Nation» begründen wollten. Gleichwohl ist die «ethnische Identität» für Weißmann wichtig, würden doch «ethnische Gruppen [...] über Erbinformationen definiert».¹⁵ Genauere Angaben über deren Bestimmung findet man bei ihm nicht.

Indessen soll es um eine «politische Nation» gehen, womit ein rein organisches Verständnis erweitert werde. «Die Nation muß schon erkennbare Gestalt gewonnen

haben, wenn sich der «Wille» auf sie richten soll.» Ohne Belang sei dabei, ob dies durch eine Elite – hier erfolgt eine Berufung auf Oswald Spengler – oder durch Wahlen geschehe. Demnach werden das deutsche und französische Konzept tatsächlich von Weißmann miteinander verkoppelt.¹⁶ Die letztgenannte Auffassung muss indessen nicht mit demokratischen Positionen einhergehen, kann sie doch von unterschiedlichen Inhalten und Zielsetzungen geprägt sein. Dies schließt einen Einklang von Ethnie und Wille ein – auch unter totalitären Vorzeichen. Dafür wirbt Weißmann erklärtermaßen nicht. Gleichwohl ist seine Auffassung für diktatorische Konsequenzen offen, gilt doch bei ihm nicht die Menschenwürde, sondern die Nation als zentraler Wert. Dafür liefert er aber keine allgemeine Begründung oder genauere Kriterien. So bleibt ein zentrales Konzept der Neuen Rechten im inhaltlichen Sinne diffus.

7 «Ethnopluralismus» als postulierter Gegensatz zum Rassismus

Ein besonderer Begriff ist «Ethnopluralismus» für die Neue Rechte und ihr öffentliches Selbstverständnis. Doch was soll damit konkret gemeint sein? Martin Lichtmesz, ein *Sezession*-Stammautor, bemerkte in einer Monografie mit diesem Titel: «Ethnopluralistisch nenne ich alle Ansätze, die das Nation- und Volkssein überhaupt und an sich als ein Gut verteidigen.»¹⁷ Diese Definition ist so diffus, dass damit die unterschiedlichsten Verständnisse einhergehen können. Denn die Bedeutung von «Na-

15 Karlheinz Weißmann: *Nation. Eine Begründung* (2001), Schnellroda 2020, S. 10, 28 und 112.

16 Ebenda, S. 184, die Ausführungen mit der Berufung auf Spengler finden sich auf S. 190.

17 Martin Lichtmesz: *Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung*, Schnellroda 2020, S. 13.

tion- und Volkssein» lässt sich mit den verschiedensten gesellschaftlichen Vorstellungen und in einen Zusammenhang bringen. Die Bezeichnung «Ethnopluralismus» kam in den 1970er-Jahren auf, entwickelten doch die erwähnten nationalrevolutionären Intellektuellen derartige Positionen. Diesen ging es um die Beibehaltung der ethnischen Identität als konstitutives Politelement und um die formale Negierung des biologistischen Rassismus. Der letztgenannte Aspekt war ihnen um des öffentlichen Images hinsichtlich der politischen Zuordnung wichtig.¹⁸

Eine damit gemeinte Auffassung der Neuen Rechten lässt sich in deren Verständnis wie folgt zusammenfassen: Die ethnische bzw. nationale Identität sei von herausragender Relevanz für das menschliche Wesen. Indessen könne bezogen auf die gemeinten Gruppen wie etwa «Rassen» nicht von einer unterschiedlichen Wertigkeit gesprochen werden. Grundsätzlich sei die ethnische und kulturelle Identität aller Völkergruppen anerkennenswert. Diese könnte die höchste Anerkennung und reale Praxis am besten in getrennten Räumen erhalten. Auffassung und Begrifflichkeit wurden von Hennig Eichberg, einem damaligen nationalrevolutionären Intellektuellen, geprägt.¹⁹ Eine ähnliche Argumentationsweise nutzte Alain de Benoist ab

den 1980er-Jahren: Er distanzierte sich sowohl vom «Rassismus» wie vom «Antirassismus» und setzte sie als gegen die Vielfalt der Völker gerichtet miteinander gleich.²⁰ Diese Auffassung besagte aber zunächst nichts über die sozialen Folgen, hätte doch eine Existenz von gesellschaftlichen Gruppen in getrennten Räumen reale Wirkungen.

Daher kamen auch kritische Einwände auf: Demnach laufe dies auf Apartheidstrukturen, Homogenitätsideale und Vertreibungen hinaus; letztendlich habe man es in der Konsequenz doch wieder mit Rassismus zu tun. Lichtmesz verneinte formal diese Vorwürfe: Es handele sich nicht um ein politisches Programm.²¹ Indessen stellt sich dann aber die Frage, ob es hier nicht doch um mehr als nur eine Idee gehen soll. Den bekundeten Distanzierungen von Lichtmesz stehen auch gegenteilige Positionierungen gegenüber. So heißt es bei ihm: «Der Ethnopluralismus betont, daß es konfliktmindernd und der freien Entfaltung der Völker förderlich sei, wenn sie separat voneinander leben und die jeweiligen Grenzen des anderen respektieren.»²² Diese Auffassung läuft auf die von den Kritikern benannten Wirkungen hinaus. Angesichts derartiger Konsequenzen für Menschen mit Migrationshintergrund ist es unerheblich, ob sie zuvor eine ideologische

18 Vgl. Patrick Moreau: «Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland», in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Neokonservative und «Neue Rechte». Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik*, München 1983, S. 122–162; Armin Pfahl-Traugber: «Vom «Rassegedanken» zum «Ethnopluralismus». Nationalrevolutionäre Intellektuelle der 1970er Jahre und die Entwicklung des Rassismus-Verständnisses im deutschen Rechtstextremismus», in: Henrik Hansen / Armin Pfahl-Traugber (Hg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020* (I), Brühl 2021, S. 199–221.

19 Vgl. Hennig Eichberg: «Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe», in: *Junges Forum*, Nr. 5/1973, S. 3–12.

20 Vgl. Alain de Benoist: «Wider den Rassismus», in: Benoist: *Kulturrevolution von rechts* (Anm. 6), S. 83–104.

21 Vgl. Lichtmesz: *Ethnopluralismus* (Anm. 17), S. 290.

22 Ebenda, S. 14.

Abwertung erfahren oder nicht. Der Autor negiert nicht zufällig das Konzept der Menschenwürde als bloßen «Trick».²³

8 Diffusität der eigenen Staatskonzeption

Und dann soll noch auf eine Leerstelle bei den Positionen hingewiesen werden: Zwar gilt das «Institut für Staatspolitik» für die Neue Rechte als geistiges Zentrum, ihre Anhänger entwickelten aber keine eigene Staatskonzeption. Damit blieb ein wichtiger politischer Gesichtspunkt hinsichtlich der inhaltlichen Legitimation im unverbindlichen Vagen. Die Bedeutung einer solchen Konzeption wurde indessen sehr wohl erkannt, was folgende Aussage von Benedikt Kaiser, einem *Sezession*-Stammautor, veranschaulicht: «Wer die Alternativlosigkeit des globalistischen Establishments, dieser kruden Mixtur aus Kaptalfraktionen, linken Gesellschaftserziehern und Charaktermasken der politmedialen Elite, verwirft und wer jenen, die diesem Establishment bereits kritisch gegenüberstehen [...], das Bild einer anderen Zukunftsgestaltung bieten möchte – der wird nicht umhin kommen, zumindest Grundrisse einer alternativen Staats- und Gesellschaftsauffassung zu skizzieren.»²⁴ Es ginge letztendlich um die Grundlagen des angestrebten Ziels.

Doch dann kann Kaiser selbst kein positives Modell für die Neue Rechte skizzieren. Er beschränkte sich auf Einwände gegen den bestehenden Staat, wobei der Anlass dazu die Corona-Politik war, welche aus seiner Sicht in einem «Verordnungs-

rausch» mündete. Der «Bemutterungsstaat» und der Individualismus bestärkten sich angeblich. Bezogen auf den ökonomischen Bereich bestünde auch kein grundsätzlicher Gegensatz von Markt und Staat. Der Mensch stünde auch in seiner Relevanz über der Wirtschaft. Bei all diesen Aussagen fehlt es aber an einer eigenen Staatskonzeption. Es heißt nur: «Das Hauptziel ist [...] die Stärkung des nationalen Gemeinwohls und des Miteinanders in identitätsbewussten Vertrauenszusammenhängen.» Und dann meint Kaiser noch: «Erstrebt wird als Fernziel der *muskulöse* Staat, und das heißt kein schlanker [...], aber auch kein fetter Staat [...].»²⁵ Absicht des staatlichen Handelns solle es sein, Ressourcen effizient und gezielt einzusetzen. Angesichts des erhobenen Anspruchs handelt es sich doch um ein diffuses Konzept.

Andere Autoren der Neuen Rechten widmen sich solchen Problemen meist gar nicht, was die genutzte Formulierung als konzeptionelle Leerstelle hier meint. So verhält es sich auch beim Blick in das vom IfS herausgegebene *Staatspolitische Handbuch*, worin als einer der «Leitbegriffe» eben «Staat» gilt. In dem Artikel werden realgeschichtliche Entwicklungen und grundlegende Strukturprinzipien genannt, aber kein eigenes Modell für eine Staatsordnung von Karlheinz Weißmann beschrieben. Er beklagt lediglich, dass es gesellschaftlichen Gruppen gelungen sei, staatliche Institutionen ihrer Kontrolle zu unterwerfen: «Der so installierte Pluralismus hatte zwar den Machtverlust des St. zur Folge, allerdings ohne die vor allem von

23 Vgl. ebenda, S. 35 f.

24 Benedikt Kaiser: «Der Staat auf dem Prüfstand – ein Plädoyer, neun Thesen», in: *Sezession*, 19. Jg., Nr. 103 / August 2021, S. 20–25, hier S. 21.

25 Ebenda, S. 24.

Linken [...] und Liberalen [...] erwarteten wohltätigen Folgen.»²⁶ Demnach soll ein angestrebter Staat wohl eine antipluralistische Struktur aufweisen. Die aufgeführte Literatur dazu nennt von Carl Schmitt allein drei Titel, woraus sich wohl die genauere Zielsetzung ergibt. Diese bestünde angesichts des Autors aus einem autoritären Staatsverständnis.

9 Ausrichtung an «Kulturrevolution» und «Metapolitik»

Nachdem die Auffassungen der Neuen Rechten thematisiert wurden, soll es nun um eine Darstellung ihrer Strategien gehen. Die Begriffe «Kulturrevolution» und «Metapolitik» stehen bei der Neuen Rechten für die primäre Orientierung, die von folgender Grundannahme ausgeht: Die politischen Änderungen seien auch immer die Folgen von geistigen Veränderungen. Daher müsste es eine kulturelle Hegemonie vor einer politischen Vorherrschaft geben. Und um dieser Absicht willen sollten Intellektuelle einen solchen Wandlungsprozess geistig vorbereiten. Dabei beruft man sich mit Antonio Gramsci (1891–1937) auf einen italienischen Marxisten.²⁷ Er fragte sich Anfang der 1920er-Jahre, warum es zu einer Revolution in Russland, aber nicht im Westen kam. Seine Antwort lautete, dass im damaligen Europa ein gesellschaftlicher Konsens für die bestehenden Staatsord-

nungen vorhanden war. Insofern müsse zunächst diese geistige Akzeptanz überwunden werden, erst danach könne man die politische Macht erlangen. Später kamen dafür die Bezeichnungen «kulturelle Hegemonie» und «Kulturrevolution» auf.

Den letztgenannten Begriff übernahm die französische Neue Rechte, wobei dezidiert von einer «Kulturrevolution von rechts» die Rede war. Alain de Benoist veröffentlichte eine Essaysammlung mit diesem Titel und mit «Gramsci und die Nouvelle Droite» im Untertitel.²⁸ Darin bekundete er: «Alle großen Revolutionen der Geschichte haben nichts anderes getan, als eine Entwicklung in die Tat umzusetzen, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen hatte. Man kann keinen Lenin haben, bevor man einen Marx hatte.» Und weiter hieß es: «[...] um die politische Mehrheit auf Dauer zu erringen, muß man zunächst die ideologische Mehrheit erringen, denn erst, wenn sie für Werte gewonnen ist, die von ihren eigenen Werten verschieden sind, wird die bestehende Gesellschaft in ihren Grundfesten zu wanken und ihre effektive Macht abzubrockeln beginnen.»²⁹ Benoist übernahm Gramscis besonderen Positionen indessen nur als formale Strategie, ohne deren ideologische und soziale Implikationen mit für das eigene Verständnis zu teilen.

Derartige Auffassungen wurden auch von der deutschen Neuen Rechten kopiert, wobei dort häufiger von der «Meta-

26 Karlheinz Weißmann: «Staat», in: Erik Lehnert / Karlheinz Weißmann (Hg.): *Staatspolitisches Handbuch. Band 1: Leitbegriffe*, Schnellroda 2009, S. 138 f., hier S. 139.

27 Vgl. Luciano Gruppi: *Gramsci. Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats*, Hamburg 1977; Sabine Kebir: *Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik*, Hamburg 1991.

28 Benoist: *Kulturrevolution von rechts. Antonio Gramsci und die Nouvelle Droite* (Anm. 6) erschien erstmals in Krefeld 1985. Die Neuausgabe in Dresden 2017, woraus hier zitiert wird, enthielt diesen Untertitel nicht mehr.

29 Alain de Benoist: Die alte und die neue Rechte, in: ebenda, S. 29–64, hier S. 38; Alain de Benoist: «Die kulturelle Macht», in: ebenda, S. 65–81, hier S. 75.

politik» die Rede war. Denn die Bezeichnung «Kulturrevolution» wird eher mit der politischen Linken in Verbindung gebracht. Einen Band zu *Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion* legte Thor von Waldstein, ebenfalls *Sezession*-Stammautor, vor. Indessen bestimmte er das genau Gemeinte darin nicht näher. Eher allgemein sollte es um eine Politik hinter der Politik gehen: «Sie begreift als wesentliches Herrschaftselement die *kulturelle* Macht des Staates, also dessen Fähigkeit, sich auf geistige, ethische und traditionelle Werte zu stützen [...]» Demnach könne man zu grundlegenden Änderungen nicht bzw. nicht nur über die Parteipolitik kommen. Angemessen sei auch kein Intellektualismus, gelte es doch vielmehr, «die in der öffentlichen Atmosphäre ständig präsenten Emotionen und Subjektivismen zu bündeln und einem sinnvollen Tätigkeitsgebiet zuzuführen.» Indessen blieb der Autor sehr allgemein und auf ein «neues Lebensgefühl»³⁰ bezogen.

10 Bedeutung der Theoriearbeit für die politische Wirkung

Eine damit angedeutete Aktionsorientierung lehnen die meisten Neuen Rechten für sich eher ab, will man doch primär als Intellektueller im kulturellen Raum wirken. Damit einher geht die Einsicht, dass die eigene Theoriearbeit für die politische Wirkung primär relevant sein soll. Bereits bei der Entstehung der französischen Neuen Rechten war sie von großer Relevanz, verwies doch Benoist hierbei auf die Differenz von «alter» und «neuer Rechter». Angesichts einer existenten linken Ideologie be-

merkte er: «Gegenüber einem Gegner, der mit einem noch entwickelten ideologischen Rüstzeug in den Kampf zieht, ist der Rechte geradezu waffenlos.» Und weiter hieß es: «Ohne präzise Theorie kein wirksames Handeln.»³¹ Damit sprach Benoist ein reales Defizit in seinem politischen Lager an, denn dort war eine systematische Theoriebildung nicht vorangetrieben worden. Als Grundauffassung berief man sich lediglich auf «Leben», «Natur» und «Tradition». Eine abstrakte Arbeit an ideologischen Konstrukten passte nicht zum eigenen habituellen und politischen Selbstverständnis.

Demgegenüber arbeitete Benoist diverse politische Klassiker auf, womit er Bausteine für eine eigene politische Theorie entwickeln wollte. Da seine Bücher auch in deutscher Übersetzung erschienen, nahm man die gemeinten Denker über sie ebenso in der hiesigen extremistischen Rechten mit intellektuellem Zuschnitt stärker wahr. Dabei kann etwa bezogen auf die Konservative Revolution von einem «Re-Import» gesprochen werden. Denn deren Akteure waren auch in Deutschland im Konservatismus mehrheitlich vergessen worden, sieht man von einzelnen Denkern wie etwa Ernst Jünger oder Carl Schmitt ab. Gerade die erwähnten Klassiker, worauf sich die Neue Rechte heute beruft, bedurften einer Renaissance nach ihrer Wiederentdeckung. Deren Auffassungen wurden in Beiträgen früher in *Criticon*, danach in der *Jungen Freiheit* und später in *Sezession* vorgestellt. Man berief sich in Abhandlungen zu aktuellen Fragen immer wieder auf ihre Positionen, um so auf ein ideologisches Fundament für das politische Selbstverständnis verweisen zu können.

30 Thor von Waldstein: *Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion*, Schnellroda 2015, S. 14, 37 und 54.

31 Benoist: «Die alte und die neue Rechte» (Anm. 6), S. 37 f.

Damit sollten insbesondere akademisch Gebildete für das eigene Lager gewonnen werden, bestand doch hier ein intellektuelles und soziales Defizit. Mit Theoriearbeit wollte man insbesondere dort Wirkung entfalten. So formulierte von Waldstein: «Geistige Attraktion [...] ist die wesentliche Voraussetzung dafür, den Kampf um die Köpfe zu gewinnen.»³² Für die konkrete Praxis können indessen zwei Richtungen unterschieden werden: Benoist als früher Denker der Neuen Rechten blickte insbesondere auf eine intellektuelle Zielgruppe, wobei ihm andere politische Akteure für die eigene strategische Wahrnehmung nicht so wichtig waren. Demgegenüber öffnete sich das IfS bei Kooperationen mehr, sei es bezogen auf eine Jugendgruppe, Partei oder Protestbewegung. Denn es bestehe die Gefahr eines «Intellektualismus» und demgegenüber seien auch Emotionen und Provokationen in einem langfristigen Sinne wichtig. Erst dadurch könne «der Boden bereitet werden, auf dem metapolitisch gesät und anschließend politisch geerntet werden kann.»³³

11 Begriffsbesetzungen und -umdeutungen als Praxis

Derartige Aktivitäten sollen später noch gesondert thematisiert werden. Zunächst geht es um die angestrebten Begriffsnutzungen im Diskurs, wird dabei doch bezogen auf einen «Kampf um die Köpfe» ein wichtiges Merkmal der Neuen Rechten deutlich. Diese Einsicht erklärt mit, warum ein mehrteiliges *Staatspolitisches Handbuch* gefördert

vom IfS herausgegeben wurde. Der erste Band ist den «Leitbegriffen» gewidmet und wurde allein von Karlheinz Weißmann verfasst. Er macht darin bereits zu Beginn auf die politische Relevanz aufmerksam, welche mit Begriffsprägungen und -verwendungen verbunden sei: «Es ist deshalb ein Streit um Worte niemals nur ein Streit um Worte, sondern darum, wer dadurch, daß er einem Wort Geltung verschafft, Einfluß nimmt.» Und weiter heißt es: «Wer einen Begriff platziert und definiert, erreicht, daß man ein Wort benutzt und außerdem, daß man sich darunter etwas bestimmtes vorstellt.»³⁴ Aufgrund dieser Absicht wurde das Handbuch eine Referenzquelle, worauf die jüngeren Akteure der Neuen Rechten häufig verwiesen.

Sie arbeiten mit Begriffsdeutungen in Diskursen, um damit eine Dominanz und Hegemonie erlangen zu können. Dabei geht es in der ideologischen Absicht darum, die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates zu delegitimieren. Denn diese bilden in der gesellschaftlichen Akzeptanz eine schützende Barriere, die gegen die politischen Bemühungen von allen Extremisten eine offene Gesellschaft und ein pluralistisches System verteidigt. Um nun aber den damit einhergehenden Konsens zu brechen, müssen dessen Legitimationsgrundlagen erodieren. Genau diese Absicht bildet den Kern, welcher der Begriffspolitik der Neuen Rechten eigen ist. Dabei lassen sich zwei Herangehensweisen idealtypisch unterscheiden: die Diffamierung bestehender demokratischer Normen und deren Umdeutung. Im ersten Fall erfolgen Herabwürdigungen und Schmähun-

32 Thor von Waldstein: *Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion*, Schnellroda 2015, S. 42.

33 Ebenda, S. 47.

34 Karlheinz Weißmann: «Vorwort», in: Lehnert/Weißmann (Hg.): *Staatspolitisches Handbuch*, Bd. 1 (Anm. 26), S. 7–9, hier S. 7.

gen, im zweiten Fall hat man es mit Neuinterpretationen und Vereinnahmungen zu tun. Je nach dem Begriff und seinem öffentlichen Status wird einmal die eine und einmal die andere Variante genutzt.

Die der Begriffspolitik eigene Funktion bekunden die Intellektuellen hinsichtlich des strategischen Nutzens indessen nur selten. Ältere Aussagen von dem früher publizistisch aktiven Klaus Kunze, ein Jurist mit Nähe zur Neuen Rechten, machen dies aber in bemerkenswerter Offenheit für den erhofften Wirkungszusammenhang deutlich. Er beschwor eine angemessene Vorgehensweise mit folgenden Worten: «Jede Strategie der Überwindung eines Herrschaftssystems muß mit seiner Delegitimierung beginnen. Hauptwaffe ist der Tabubruch. Er ist der erste Schritt zur nötigen Umwertung der Werte. Diese beginnt mit dem gezielten Lächerlichmachen der gegnerischen Ideologeme, soweit diese nicht angeeignet und umgepolt werden können [...].» Es gehe um «die gezielte Zerstörung oder Umdeutung der tragenden Werte einer Parteienherrschaft [...] diese zu zerstören ist vordringlichste Aufgabe einer geistigen Partisanentätigkeit.»³⁵ Genau darin sah der Autor die Funktion eben jener Intellektueller, die damals wie gegenwärtig als Neue Rechte wahrgenommen werden.

12 Diskurs mit «Maskierung» und «Mimikry»

Blickt man auf den Diskurs von Konservativer Revolution und Neuer Rechter, so lassen sich bei den Benennungen von politischen Positionen gewisse Unterschiede feststellen. Dies gilt insbesondere für die Deutlich-

keit in den Formulierungen, die gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates gerichtet sind. Ganz allgemein wirken die Aussagen der Neuen Rechten eher gemäßigt. Mitunter berufen sich deren Akteure auch formal auf Demokratie und Grundrechte oder Meinungspluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig berufen sie sich auf die Denker der Konservativen Revolution, die eben diese inhaltliche Basis einer modernen Demokratie verwarfen. Daher stellt sich die Frage, wie ein solches Agieren angesichts dieser Widersprüchlichkeit zu deuten ist. Ein inhaltlicher Einklang kann nicht behauptet werden, eine strategische Option wäre wohl wahrscheinlicher. Dann unterstellte man den Akteuren der Neuen Rechten, sie würden ihre Auffassungen bewusst in einer gemäßigten Form an die Öffentlichkeit bringen.

Indessen lässt sich eine solche Sicht nicht so einfach belegen, mangelt es dazu doch meist an einschlägigen Statements. Zwei bedeutsame Akteure der Neuen Rechten haben sich aber einmal in diesem Sinne geäußert. Um das damit Gemeinte für das öffentliche Wirken besser zu verstehen, muss auf die für politische Handlungen unterschiedlichen Rahmenbedingungen verwiesen werden. Denn die Basiswerte einer modernen Demokratie fanden in der Gesellschaft der Weimarer Republik nur wenig Wertschätzung, was eine offene Ablehnung von ihren normativen Grundlagen unproblematisch erscheinen ließ. Demgegenüber finden in der Bundesrepublik Deutschland diese Grundprinzipien eine hohe soziale Zustimmung, was eine strategische Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Stimmungen nötig macht. Insofern

35 Klaus Kunze: «Wege aus der Systemkrise», in: Andreas Molau (Hg.): *Opposition für Deutschland. Widerspruch und Erneuerung*, Berg 1995, S. 202–223, hier S. 215–220.

müssen extremistische Akteure ihre Positionen so formulieren, dass eine politische Anschlussfähigkeit in die gesellschaftliche Mitte hinein nicht verloren geht. Gerade für Intellektuelle mit einem intellektuellen Zielpublikum ist dies wichtig.

Anschaulich machen diesen Gesichtspunkt die folgenden beiden Statements deutlich. Die erste schon ältere Aussage stammt von Karlheinz Weißmann, der bereits 1986 bemerkte: «Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muss entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.»³⁶ Durchaus berechtigt sah der Autor, dass die politische Grundstimmung nicht günstig für sein ideologisches Lager war. Daher plädierte er für eine Anpassung als Schutz und Täuschung, was eben die Bezeichnung «Mimikry» meint. Ein «Angriff» wäre erst in einer anderen Rahmensituation sinnvoll. Auch Götz Kubitschek ist die gemeinte Problematik bewusst, was ihn mit einer derartigen Option für das öffentliche Wirken werben ließ. In seinem Buch *Provokation* von 2007 sprach er über die «mühevoll Aufgabe, stets Kulisse und Wirklichkeit getrennt zu halten». Es gehe anders ausgedrückt «um den Drahtseilakt zwischen notwendiger Offenheit und taktischer Maskierung.»³⁷

13 «Lernen von links» für strategische Orientierungen

Es wird mitunter auch ein «Lernen von links» innerhalb der Neuen Rechten eingefordert, wobei es nicht um eine Akzeptanz von inhalt-

lichen Einstellungen des gegnerischen politischen Lagers geht. Die gemeinte Absicht erklärt sich aus zwei Erkenntnissen: Man strebt ähnlich wie die Linke aus einer randständigen Position heraus grundlegende Veränderungen an. Und die Linke ist für die Neue Rechte auf dem Weg dorthin schon weiter. Insofern meint man, deren angebliches Erfolgsmodell als strategischen Steinbruch zu nutzen. Die von Gramsci übernommene «Kulturrevolution»-Strategie stellt dafür ein Musterbeispiel dar. Der Denkansatz des italienischen Marxisten sollte aber nicht in dessen politischem Sinne weiterentwickelt werden. Es ging primär um eine instrumentalisierende Deutung, frei nach dem Motto: Dieses linke Konzept war erfolgreich, es kann auch von der Rechten übernommen werden. Mit einer gewissen Berechtigung darf hier für die Neue Rechte auch von einer strategischen «Produktpiraterie» gesprochen werden.

Der dafür bedeutsamste Akteur ist Benedikt Kaiser, etwa mit seiner Auffassung einer «Revolutionären Realpolitik von rechts», wobei er die Bestandteile für das Gemeinte ausgerechnet von Rosa Luxemburg übernahm. Die Anfang des 20. Jahrhunderts für sie bestehende politische Situation, so Kaiser, entspreche formal der in der Gegenwart für die Rechte dominierenden politischen Situation: «So spezifisch Luxemburg argumentierte, und so sehr sie auch das Sozialistische ihrer Zeit im Blick hatte, ist [...] zu konstatieren, daß relevante Aspekte ihrer revolutionär-realpolitischen Überlegungen für die politische Rechte der Gegenwart höchst bedeutsam sind.» Damit deutet Kaiser auch an, dass es ihm um die «Nutzbarmachung ebener Konzeptionen durch die politi-

36 Karlheinz Weißmann: «Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik. Eine Bestandsaufnahme», in: *Criticon*, 16. Jg., Nr. 96/1986, S. 176-178, hier S. 178.

37 Götz Kubitschek: *Provokation*, Schnellroda 2007, S. 48.

sche Rechte» geht. Er abstrahiert demnach von den ideologischen Inhalten und will strategische Optionen übernehmen, wobei die formale Handlungsweise identisch, aber eben mit rechten Vorzeichen versehen ist. Es geht also allein um Erkenntnisse darüber, wie man die Macht erlangen kann.

Hierzu bestehe die «Luxemburgsche Dialektik von Nah- und Fernziel», welche für die gegenwärtige Rechte auch vorhanden sei. Als Nahziel gelte das «Ende des führenden linksliberalen Blocks» und das «Ende der Merkel-Politik». Bezüglich des Fernziels bleibt Kaiser indessen überaus diffus, spricht er doch nur von einer Gesellschaftsordnung, die Recht und Staatsbewusstsein wieder kenne. Dabei gehe es darum, dass das «andere Deutschland» als Fernziel nicht zugunsten des Neoliberalismus in einem «großbürgerlichen Zentrum» aufgegeben werde. Bei all dem ist es nach Kaiser aber falsch, für Fundamentalopposition und Realpolitik von einem Widerspruch auszugehen: «Die Losung der revolutionären Realpolitik überwindet diese falsche Entweder-Oder-Simulation und zeigt auf, daß realpolitisch-reformistische Schritte unverzichtbar sind, um langfristige Strategien der Transformation entwickeln zu können.»³⁸ Einzelne Reformen sind damit nur erste Schritte zu einem zukünftigen Umsturz. Kaiser kopiert auch hier Luxemburg formal für die «Rechte».

14 Bilanzierende Einschätzung zum Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten

Wie steht es aber nun um den Einfluss der gemeinten Intellektuellen der Neuen Rechten? Welches Gefahrenpotenzial besteht

bei ihr, und welchen Stellenwert hat deren Wirkung? Als erste Antwort auf diesen Fragenkomplex kann konstatiert werden, dass sie den intellektuellen Diskurs in den Feuilletons nicht dominieren. Affirmative positive Beachtung fanden sie bislang außerhalb ihres eigenen politischen Lagers kaum. Von einer erhofften kulturellen Hegemonie, also einer auszumachenden Dominanz ihrer politischen Positionen im öffentlichen Raum, kann noch nicht einmal ansatzweise die Rede sein. Diesbezüglich bestehen zwischen der früheren Konservativen Revolution und der gegenwärtigen Neuen Rechten eindeutige Unterschiede. Zwar gibt es ehemalige liberale oder linke Intellektuelle, die sich der Neuen Rechten angenähert haben. Dabei handelt es sich aber nicht um eine Entwicklung von größerer Relevanz. Eher lassen sich Ablehnungen und Distanzen im intellektuellen Milieu, auch bei demokratisch-konservativen Publizisten ausmachen.

Gleichwohl besteht für die moderne Demokratie ein reales Gefahrenpotenzial, agieren doch extremistisch-konservative Intellektuelle, die eine identitäre Auffassung gegen eine pluralistische Gesellschaft stellen wollen. Dabei geht es nicht mehr um bloße Gedankenspiele isolierter Publizisten, hat doch die Neue Rechte mittlerweile die Seminarräume verlassen. Gerade die zu hochrangigen AfD-Funktionären bestehenden Beziehungen machen deutlich, dass man zumindest indirekt auf die reale Politik einflussreich wirken kann. Nach den Auffassungen des früheren AfD-Bundesvorsitzenden Bernd Lucke ist etwa Götz Kubitschek der «eigentliche Strippenzieher im Hintergrund» Björn Höcke sei «nicht mehr

38 Benedikt Kaiser: «Revolutionäre Realpolitik von rechts?», in: *Sezession*, 15. Jg., Nr. 81 / Dezember 2017, S. 10-14, hier S. 11 und 13f.

als Kubitescheks Lakai» und dieser «der Voldemort der AfD».¹ Derartige Auffassungen dürften hinsichtlich des realen Einflusses übertrieben sein, gleichwohl sind sie aus dem Munde eines ehemaligen Vorsitzenden überaus wichtig. Sie machen die Einflüsse der Neuen Rechten deutlich, jeweils positioniert zugunsten des rechtsextremistischen Flügels der Partei.

Aber auch darüber hinaus kommt dem IFS bzw. der Neuen Rechten beim gesellschaftlichen «Rechtsruck» eine beachtenswerte Relevanz zu. Es gab bzw. gibt zu den dort früher wie gegenwärtig relevanten Akteuren enge Kontakte, sei dies das *Compact*-Magazin, die «Erasmus»-Stiftung, die «Identitäre Bewegung» oder «Pegida». All diese Ak-

teure erhielten Anregungen von der Neuen Rechten, womit die gemeinten rechtsextremistischen Intellektuellen auch auf reale politische Projekte wirkten. Somit hat man es in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus mit einer neuen Situation zu tun, besteht doch erstmals ein relevanteres intellektuelles Milieu in deren politischem Umfeld. Diese Entwicklung bedarf des kritischen Interesses, es sollte aber hinsichtlich des dortigen geistigen Niveaus nicht zu Überschätzungen führen. Bezogen auf die Entwicklung einer eigenen politischen Theorie kursieren dort eher diffuse Vorstellungen. Umso notwendiger ist auch hier als intellektuelle Gegenstrategie eine aufklärerische Ideologiekritik. ■

1 Bernd Lucke: *Systemausfall. Europa, Deutschland und die AfD. Warum wir von Krise zu Krise taumeln und wie wir den Problemstau lösen*, München 2019, S. 156, 158 und 160.

Popkultur und Memes Über die Bildsprache der Neuen Rechten

Am 6.1.2021 stürmten Anhänger des abgewählten Präsidenten Donald Trump das Kapitol in Washington, aus Protest gegen die ihrer Ansicht nach «gestohlene Wahl». An diesem Tag erreichten die Tabubrüche durch neue und alternative Rechte einen Höhepunkt. Die Welt sah zu, wie stark die Rechte die demokratische Ordnung herausfordert und grundsätzlich infrage stellt.

Dass die Demokratie durch Rechtsaußen in Gefahr ist, erscheint unter dem Eindruck

dieses Ereignisses also evident. Die Analyse neurechter Tabubrüche und ihrer politischen Strategien sollte indes nicht bei der Feststellung des Problems stehen bleiben. Zur Entwicklung linker Gegenstrategien, zu denen das Minimalziel der Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört, müssen die Ursachen klar sein, warum die Rechte überhaupt reüssiert. Ziel dieses Beitrages ist es, hierzu die Medienstrategie zu beleuchten, die einen wesentli-

chen Anteil an der neu- und alternativrechtlichen Resonanz hat.

Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Strategie im engeren Sinne, die ein aktiv herbeigeführtes und geplantes Vorgehen meint. Vielmehr sollte man für das in diesem Beitrag behandelte Phänomen auch von einer Medienkultur der neurechten Community sprechen. Die Neue Rechte profitiert von einer stetig wachsenden Fülle an kollektivem Wissen ihrer Anhängerschaft über die Techniken der Medialisierung und Inszenierung von politischen Kämpfen. Zwar gab und gibt es eine Reihe von geplanten Medienkampagnen neurechter Politikerinnen und Politiker. Ein großer Teil des Erfolgs der neuen Rechten liegt jedoch der Tatsache zugrunde, dass ein bedeutender Teil ihrer Anhängerschaft in der zeitgenössischen digitalen Medienkultur verwurzelt ist und den spielerischen Umgang mit kulturellem Wissen beherrscht. Die Anhänger der Neuen Rechten medialisieren die Botschaften ihrer Bewegung, transportieren und verstärken sie.

Bildsprache der Neuen Rechten

Der Sturm auf das Washingtoner Kapitol ist ein besonders prägendes Beispiel, bei dem vor allem die bunte Kostümierung vieler Trump-Anhänger ins Auge sprang. Zur Analyse neurechter Medienstrategien kann daher ein Einstieg über die Frage laufen, welchen Zweck diese karnevaleske Darbietung verfolgte. Der Sturm auf das Kapitol zeigt nämlich, dass die Neue Rechte ihre Kraft auch aus einer speziellen politischen Bildsprache bezieht. Sie lebt einen spielerischen Umgang mit Kultur und Medien. Das belegt unter anderem die einprägsame Inszenierung des QAnon-Anhängers Jake An-

geli, dessen Bild 2021 um die Welt ging. Der aus Phoenix (Arizona) stammende Angeli wurde zur bildlichen Verkörperung des Ereignisses. Angelis Kostümierung und sein Auftritt insgesamt können als eine neurechte Performance und ein kommunikativer Akt gedeutet werden. Über seinen Körper, seine Kleidung und deren Symbolik sendete Angeli Botschaften, ohne dabei in ein einziges Mikrofon sprechen zu müssen.

Angeli kombinierte eine rot-weiß-blaue Gesichtsbemalung für die Flagge der Vereinigten Staaten, die seinen Patriotismus und Nationalismus ausstrahlten mit einer Schamanen-Kopftracht, Bisonhörnern und einem Kojotenfell. Letzte Symbole knüpften bildsprachlich an die amerikanischen Mythen der *Frontier* oder des *Manifest Destiny* an. Mit den Wildwest-Token nahm Angeli gut sichtbar Bezug auf die amerikanische Erzählung des auserwählten Volkes. Die Schamanenkopftracht gab indes einen scheinbar untypischen New-Age-Einschlag, auf deren genauere Bedeutung wir später noch zurückkommen werden. Gut sichtbar auf Bauch und Brust sind Angelis Tätowierungen des Wotansknotens, des Weltenbaumes Yggdrasil und Thors Hammer Mjöllnir, Symbole der nordischen Mythologie, die in der neurechten Szene weitverbreitet sind. Häufiger wird mit einem Bezug zur heidnischen Kultur an die Idee einer völkischen Uridentität der weißen Rasse ausgedrückt. Durch derartige Codes zeigt sich noch am ehesten die Anbindung an das nationalsozialistische Erbe in einem Überlegenheitsanspruch der eigenen Biologie (*white supremacy*). Auf Angelus Armen sind gut sichtbar Mauersteine tätowiert, die offenbar ein direkter Bezug auf die Idolfigur Donald Trump sind, der während seiner Präsidentschaft den Bau einer Mauer zum Nachbarstaat Mexiko versprach.

Angeli zeigte im Rahmen einer Demonstration im Oktober 2020 bereits ein Transparent mit der Aufschrift «Q sent me». Damit gab er sich als Anhänger des QAnon-Verschwörungskultes zu erkennen. QAnon ist das Phänomen eines besonders in den USA (aber inzwischen auch darüber hinaus) verbreiteten Glaubens, dass es einen Staat im Staate gebe, dessen vorrangiges Ziel es sei, Kinder zu entführen, sie zu foltern und aus ihrem Blut ein Verjüngungsserum zu erzeugen. Anhänger von QAnon glauben, dass es Donald Trumps vorrangiges Ziel sein, diesen Ring von Kinderschändern zu entlarven.

Überschreitungen von rechts

Angelis Inszenierung ist ein Beispiel dafür, wie die Neue Rechte Bildsprache und generell Medien einsetzt, um ihre Botschaften zu transportieren. Die Symbole und Codes zu entschlüsseln ist zuweilen jedoch komplex. Sie ist elitär und nicht für jedermann zugänglich. Warum ist sie aber trotzdem so wirksam? Darauf gibt es mehrere Antworten.

Dies liegt zum einen daran, dass diese Bildsprache eine Herausforderung für den politischen Mainstream darstellt. Die neue Rechte lebt von der offensichtlichen Infragestellung der Ordnung. Die Kostümierung der Kapitolstürmer ist eines von vielen Beispielen, wie die Neue Rechte die politische Kulturtechnik der sogenannten «Transgression» umsetzt. Mit Transgression (engl. für «Überschreitung») beschreibt die Politikwissenschaftlerin Angela Nagle, wie die Neue

Rechte gezielte auf Provokationen und Grenzüberschritte baut.¹ Der Sturm auf das Kapitol ist dabei nur ein weiterer von zahlreichen Tabubrüchen.

Die Praxis der inszenierten Provokation ist eine Kulturtechnik, die die Neue Rechte von der Linken (und in den USA den Liberalen) übernommen hat. Einst wollten die 68er den «Muff der Adenauer-Ära» beseitigen. In den USA haben die Hippies einen analogen (aber nicht gleichen) Kampf für die Liberalisierung und Modernisierung der Gesellschaft geführt. Das Narrativ der Neuen Rechten ist mit derartigen Herausforderungserzählungen vergleichbar, auch wenn die Ziele andere sind. Man will auf ähnliche Weise eine Hegemonie stören und zu Fall bringen, allerdings die gefühlte Hegemonie eben der Liberalen und Linken. Die Neue Rechte betreibt einen *Gramscianismus von rechts*.² Sie inszeniert sich in einer David gegen Goliath-Erzählung als Gegenkultur. Diese führt eine Rebellion gegen die Herrschaftsordnung, die sich aus Sicht der Widerständigen kurz vor dem Einsturz befindet.

Memefizierung der Neuen Rechten

Die Erzählungen der Neuen Rechten werden aus dem Reservoir der Populärkultur angereichert. Auch die Bildsprache der Neuen Rechten ist zunehmend *memeifiziert*. Memefizierung meint dabei den bewussten Einsatz von Codes (vor allem) aus der (meist Populär-)Kultur. Meme sind kleine kulturelle Einheiten, die entweder

1 Angela Nagle: *Kill All Normies. Online Culture Wars from 4chan and Tumblr to Trump and the Alt-Right*, Winchester 2017.

2 Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017, S. 57 ff.

aus Filmen, Serien oder allem möglichen kulturellen Quellen kommen.³ Sie drücken meist ein kurzes prägnantes Gefühl oder eine Minigeschichte aus. Meme können aber auch einfach Töne, Melodien oder Gedanken sein. Ein Mem kann modifiziert werden und zum Ausdruck von etwas anderem eingesetzt werden.

Der Begriff Mem geht auf den Evolutionsbiologen Richard Dawkins zurück. Dawkins überträgt in seinem Buch *Das egoistische Gen* die Evolutionstheorie auf nicht-materielle Dinge und versucht so, auch Kulturproduktion als einen evolutionären Prozess zu erklären.⁴ Meme sind dabei das Äquivalent zu Genen. Genau wie ein Gen will ein Mem überleben und sich verbreiten. Einem an seine Umwelt angepassten Mem gelingt dies.

Der Begriff Mem wird vor allem mit den *social memes* verbunden, die als Kommunikationsform in den sogenannten sozialen Netzwerken weit verbreitet sind. Memes werden täglich millionenfach benutzt, um Diskurse fortzuführen. Entscheidend über den gelingenden Einsatz sozialer Memes ist, dass es den jeweiligen Adressaten der Memes gelingt, diese so dekodieren. Erst wenn die Empfänger der Memes den Zusammenhang verstehen und die zum Ausdruck gebrachte Erzählung mit ihrer eigenen Erfahrungswelt in Verbindung bringen, ist die Kommunikation gelungen und das Meme hat seinen Zweck erfüllt. Über Memes verdichten digital kommunizierende Gemeinschaften ihre Erfahrungswelten, ihr kulturelles Weltwissen und verbinden es mit politischen Ansichten. Mithilfe der Memes und allgemein einer geteilten Bildsprache und kulturel-

len Codes entsteht die kommunikative Gemeinschaft überhaupt erst, die eine politisch agierende Gruppe oder gar eine Bewegung werden kann. Eine Besonderheit von Memes gegenüber klassischer vordigitaler Bildsprache ist dabei, dass die diskursive Grenze zwischen dem politischen und dem vopolitischen Raum zunehmend verschwindet. Popkulturelles Wissen gewinnt zur Kommunikation und Ausverhandlung des Politischen immer größere Bedeutung und wird dadurch immer weniger vom Unpolitischen zum Politischen.

Jüngst zeigte sich die Wirksamkeit von Memes in neurechter Sprache, als der 77-jährige US-amerikanische Professor Kenneth Darlington in Panama zwei Umweltaktivisten erschoss. Darlington, der auch die Staatsbürgerschaft Panamas besitzt, geriet in Konflikt mit den Aktivisten, die gegen die Konzessionsverlängerung einer Kupfermine protestierten und zu diesem Zweck eine Straße blockierten. Als die Auseinandersetzung handgreiflich wurde, zog Darlington laut Medienberichten seine Waffe und erschoss kurzerhand zwei der Aktivisten.

Dem Ereignis folgte neben der weltweit dominierenden Bestürzung auch eine Welle neurechter Solidarisierung mit Darlington, der von zahlreichen Userinnen und Usern im digitalen Raum auch heroisiert wurde. Der Zwischenfall bekam im Kontext der zeitgleich zunehmenden Auseinandersetzung über Straßenblockaden von Klimaaktivisten Symbolcharakter. Darlington wurde in diesem Sinne als ein Widerständler gegen «Klimakleber» umgedeutet, die zu einem weiteren Feindbild der Rechten geworden sind. Hierzu wurde auch Bildsprache und popkulturelles Weltwissen

3 Limor Shifman: *Meme. Kunst, Kultur und Politik im digitalen Zeitalter*, Berlin 2014.

4 Richard Dawkins: *Das egoistische Gen*, Heidelberg 2008 (engl. Originalausgabe: Oxford 1976), S. 316–334.

eingesetzt. Insbesondere wurde Darlington mit Szenen aus den Filmen *THE BIG LEBOWSKI* und *FALLING DOWN* in Verbindung gebracht. In *FALLING DOWN* aus dem Jahr 1993 spielte Michael Douglas den bürgerlichen Charakter William «D-Fense» Foster, der über mehrere Störungen eines Alltags in einen Gewaltexzess gerät. In *THE BIG LEBOWSKI* spielte John Goodman den Vietnamveteranen Walter Sobchak, der sich durch eine cholerische Art auszeichnet. Beide Charaktere wurde als popkulturelle Äquivalente zu Darlington herangezogen. Für die neurechte Unterstützungswelle von Darlington hatte dieser bildsprachliche Vergleich eine Botschaft: Wie die Charaktere Walter Sobchak und William Foster hatte auch Kenneth Darlington «genug» und lehnte sich mit widerständigem Charakter und Waffengewalt gegen die Nötigung durch das Gegenüber (in seinem Fall die Umweltaktivisten auf). Darlington wurde auf diese Weise selbst zum Mem und Symbol neurechter Erregung über «Klimakleber» wurde.

Die Rolle der Gamingszene

Der Einsatz von Memes ist indes kein spezifisch rechtes Phänomen. Jedoch verfügt die neue Rechte seit einiger Zeit besonders im amerikanischen Raum über ein gut aufgestelltes digitales Fußvolk, das die Popularisierung von Inhalten in sozialen Netzwerken vorantreibt. Ein bedeutsames Ereignis bei der Genese dieser Digitalarmee war die sogenannte #GamerGate-Kontroverse, die zwei Jahre vor Donald Trumps Wahlsieg stattfand. Gamergate war ein Streit in der

Welt der Computerspiele.⁵ Damals hatte ein kleiner Teil der Gamerinnen und Gamer das Gefühl, dass die Spielekultur von Feministinnen und Liberalen unterwandert würde. Sie bildeten eine Gegenbewegung, die sich #GamerGate nannte. Die #GamerGate-Bewegung war ein Spezialfall in der Welt des Gamings mit vielen Facetten. Das Phänomen hatte jedoch zahlreiche Schnittmengen mit dem in der gesamten zeitgenössischen Rechten einenden Gefühl einer allgemeinen fortschreitenden Fremdbestimmung durch eine linksliberale Ideologie. Von #GamerGate wurde dieses linksliberale Gegenüber despektierlich als «Social Justice Warriors» bezeichnet. Dieses repräsentiert aber nur eine Version des allgemeinen Feindbildes einer scheinbar von politischen Eliten immer weiter vorangetriebenen Ideologie der «Wokeness». Mit #GamerGate entwickelte sich eine Community im Vorfeld des US-Amerikanischen Wahlkampfes, in der neurechte Teilnehmer ihre Techniken und Sprachcodes verfeinern konnten. #GamerGate trug im Vorfeld daher nicht unwesentlich zu Donald Trumps Wahlsieg bei.

So profilierte sich bspw. der rechtspopulistische Autor und Internettroll Milo Yiannopoulos vor allem über #GamerGate. Yiannopoulos, der bis zu seiner Verbanung vom Nachrichtenportal Twitter vor allem dort unter dem Namen Milo die #GamerGate-Kritik als Beispiel für politische Entwicklungen anführte, wurde zu einer Schlüsselfigur Trumps, indem er einen spielerischen Umgang mit Argumenten und Erzählungen praktizierte und damit an das Selbstbewusstsein der Gamer-Bewegung anschloss. Geschickt knüpfte

5 Siehe auch Jöran Klatt: «#GamerGate vs. Social Justice Warriors. Ein Streit (nicht nur) um Spiele», in: *INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, 2|2018, S. 76–83.

Yiannopoulos diverse Argumentationsstränge der Fremdbestimmung aneinander. Die neue Rechte kommt nicht aus der Gamingszene, aber sie gewann durch eine Reihe von Akteuren aus der Szene, die es vermochten zeitgenössische Diskursführung, Erzählungen, Popkulturelles Wissen und Medienstrategie in die Bewegung einzubringen.

Die Erzählung, die Teile der Gaming-szene mit Trumps Bewegung verband, war und ist der Kampf gegen Fremdbestimmung. Die neue Rechte knüpft bei der weitverbreiteten Gefühlslage an, die der amerikanische Soziologe Michael Kimmel treffend als «kränkende Enteignung» bezeichnet.⁶ Kränkende Enteignung meint ein allgemeines Gefühl des Verlusts, dass bspw. Bestrebungen des Anti-Genderismus, Anti-Feminismus, Maskulismus oder der Anti-Wokeness-Kampagnen wieder zurückzunehmen versprechen. Dabei werden Resouveränisierungsbemühungen gegen den sozialen Wandel in ein kollektives Projekt vereint. Donald Trump wurde für diese Abwehr von vermeintlicher Fremdbestimmung zu einer verbindenden Figur, die in der Sprache des Philosophen Ernesto Laclau als «leerer Signifikant» bezeichnet werden kann.⁷ Trump war ein Messias für verschiedene Gruppen, gerade weil seine Erzählung allgemein und wenig speziell war. Er zog seine Wirkung daher nicht aus dem Konkreten, sondern dem Unkonkreten.

Die (Neue) Rechte bezieht ihre gegenwärtige Stärke also auch daher, dass sie an weitverbreitete Alltagserfahrungen und Weltanschauungen anknüpft. Sie nutzt gekonnt (aber nicht immer geplant) individuell an-

schlussfähige Erzählungen und transportiert diese auch über Kulturgüter, wie Meme.

(Linke) Gegenstrategien

Die Frage nach möglichen Gegenstrategien gegen die wirksame neurechte Bildsprache und mediale Inszenierung kann hier nur skizziert werden. Ein zentraler Punkt, so aber eine Essenz aus den vorgelegten Argumenten, liegt sicherlich in der Erkenntnis, dass die neurechte bei einem Gefühl anknüpft, das einst von der politischen Linken erreicht wurde. Die politische Linke sollte sich also fragen, warum und wann sie die den gegenkulturellen Nimbus einer Protestbewegung gegen das Establishment an die Rechte verloren und ob sie dieses Gefühl in den jeweiligen Formationen, die der Begriff politische Linke umfasst, wieder stärker repräsentieren kann. Dabei geht es nicht darum, sondern sich die Frage zu stellen, ob bspw. scheinbar fortschrittliche Kämpfe für liberale Positionen lediglich eine elitäre Zielgruppe erreichen. Denn die Erregung über die Antworten der neuen Rechten auf die «gekränkte Enteignung» verwechseln zuweilen Ursache und Wirkung: Die Antworten der neuen Rechten auf das allgemeine Verlustgefühl dürfen nicht mit der Ursache des Problems selbst gleichgesetzt werden. Das allgemeine Gefühl von Ohnmacht und der nicht eingelösten Versprechen des Sozialstaats und der Demokratie gegenüber dem Individuum kennt viele Gesichter. Die Linke sollte den Fehler korrigieren, diese Entfremdung nur einem Teil der Gesellschaft zuzugestehen, den sie für fortschrittlich genug

6 Michael Kimmel: *Angry White Men. Die USA und ihre zornigen Männer*, Zürich 2015.

7 Ernesto Laclau: *Emanzipation und Differenz*, Wien/Berlin 2002.

hält. Symptomatisch ist das Einstimmen vieler Linker in einen «progressiven Neoliberalismus», der Fortschritt in kulturellen Bereichen und Identitätspolitik gegenüber materiellen und ökonomischen Interessen überbetont.

Des Weiteren sollte infrage gestellt werden, ob die Strategie der Abgrenzung der demokratischen Parteien gegen große Teile des Wahlvolkes auf lange Sicht erfolgversprechend sein kann. Im deutschsprachigen Raum ist zuletzt häufiger von einer notwendigen Brandmauer die Rede gewesen, die eine Geschlossenheit aller Demokraten gegen rechte Parteien meint. Das Problem einer solchen Erzählung ist, dass sie eine Kernkritik der politischen Rechten direkt bestätigt, nämlich die Behauptung, dass alle anderen Parteien gemeinsame Sache machen würden. Anstelle dessen sollte die politische Linke prüfen, ob sie die zahlreichen Interessenskonflikte in der Gesellschaft nicht besser aufgreifen und in ihrer Vielfalt repräsentieren kann. Die Philosophin Chantal Mouffe empfiehlt daher eine «radikale Demokratie», in der sich Demokraten nicht immer weiter annähern und das Heil im Konsens suchen sollten, sondern im Gegenteil der demokratische Wett-

bewerb so intensiviert wird, dass er diejenigen wieder stärker erreicht, die sich von dem «Einheitsbrei» nicht mehr vertreten fühlen.⁸

Ebenso sollte sich die politische Linke von der Vorstellung verabschieden, dass man rechte Tabubrecher mit Empörung oder Entlarvung zu Fall bringt. Die neue Rechte gewinnt wie beschrieben durch ihre transgressive Inszenierung an Kraft. Die meisten Versuche, Tabubrüche der neuen Rechten einfach offenzulegen und dann zu hoffen, dass dadurch automatisch ein Skandal erzeugt wird, über den die Rechten sich selbst demontieren, dürften als politische Strategie mittelfristig scheitern. Die Empörung des politischen Gegenübers ist nämlich ein wesentliches Ziel der zeitgenössischen Rechten. Rechtspopulisten können vielleicht im Einzelfall über juristische Verfehlungen stolpern. Stets wird dies in ihren Anhängerkreisen aber zu einer Verstärkung der Verschwörungserzählung führen, wie man am Beispiel der zahlreichen Gerichtsprozesse gegen Donald Trump sehen konnte. Kurz gesagt, wird die Neue Rechte nicht im Gerichtssaal zu schlagen sein, sondern nur im demokratischen Wettbewerb. ■

8 Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a. M. 2007.

Burkhard Jellonnek

Zum kulturpolitischen Umgang mit der AfD

1 Verpflichtung aus der Geschichte

Für Sozialdemokraten stand nach der Niederlage des 2. Weltkrieges das Bekenntnis zum «Nie wieder!» im Mittelpunkt. Die rechtsextremen, auf die Zerschlagung der Demokratie hinarbeitenden Kräfte schien man lange Zeit im Griff zu haben. Dies gilt heute nicht mehr. Die AfD ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie hat sich nicht nur als vierte Kraft neben SPD, CDU und Grünen in der Wählergunst etabliert, sondern auch den Diskursraum in zahlreichen Politikfeldern zu ihren Gunsten verschoben. Sichtbar wurde dies zuletzt bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen mit für neue Bundesländer ungewohnten AfD-Stimmenzuwächsen. Ablesbar wurden derlei Stimmungen aber auch in den alarmierenden Ergebnissen der jahrzehntelangen Beobachtungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland im Untersuchungszeitraum 2022/23, die unter dem Titel *Die distanzierte Mitte* unlängst erschienen ist. Demnach ist die Zahl der Menschen mit rechtsextrem gefestigtem Weltbild von 2021 zu 2023 von unter 3 Prozent auf nunmehr 8,3 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen, die Zahl der Menschen, die dorthin unterwegs sind, von 12 auf nunmehr 20,1 Prozent. Besonders verstörend ist die Tatsache, dass Personen im frühen Erwachsenenalter von 18 bis 34 Jahren mit 12 Prozent die größte Gruppe mit einem rechtsextrem verorteten Welt-

bild stellen und besonders häufig Thesen der Verharmlosung des Nationalsozialismus, dem Antisemitismus und Sozialdarwinismus zustimmen. Also junge Menschen, die vor noch nicht langer Zeit unsere Schulen verlassen haben. Auf diese neue Situation braucht die SPD klare Antworten, gerade auch in der kulturpolitischen Auseinandersetzung.

2 Die AfD – eine Partei mit zunehmend verfassungsfeindlichem Profil

Auch wenn sich das Führungspersonal der AfD bei ihren Auftritten in der Öffentlichkeit zunehmend im Erscheinungsbild bürgerlicher Wohlstandigkeit zeigt, gewinnen in der Partei, abzulesen auf dem letzten Magdeburger Europa-Parteitag, zunehmend rechtsextreme Kräfte die Oberhand. Argumentativ unterfüttert und ideologisch begründet werden deren Positionen vom «Institut für Staatspolitik» in Schnellroda sowie der Desiderius-Erasmus-Stiftung mit Sitz in Lübeck und einem breiten Publikum unter anderem über die Zeitschrift *Compact* vermittelt. Das Institut für Staatspolitik hat sich als geistiges Zentrum der Neuen Rechten in Deutschland etabliert und propagandiert im Schulterchluss mit dem «Flügel» um Höcke die Idee des Ethnopluralismus. Darin ordnen sie jeder Kultur ihren Raum zu – natürlich außerhalb Deutschlands. Die Segregation aller nicht Deutsch-Stämmigen kommt in dieser Begrifflichkeit «Ethnopluralismus» in

einer gefährlich schönfärbenden Verkleidung.

Björn Höckes Losung «Die EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann» wird unter dem von ihm installierten Spitzenkandidaten für die Europawahl 2024, Maximilian Krah, zur deutlichen Absage an die EU-Institutionen, verknüpft mit dem Ende des Euro und dem Aus für eine europäische Energie- und Klimapolitik. Weidels Votum für ein «Europa der Vaterländer» ist ein weichgespieltes Credo gegen jedwede europäische Zusammenarbeit, verlangt die Emanzipation von den USA ebenso wie die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Die Forderung, eine «Festung» gegen Migranten zu errichten und die massenhafte Remigration von Einwanderern auf den Weg zu bringen, zeigt sich mit seiner fremdenfeindlichen Grundmelodie als unvereinbar mit dem Grundgesetz und belegt, warum der Verfassungsschutz die AfD in Teilen als «rechtsextremistischen Verdachtsfall» eingestuft hat.

In dieses Themenspektrum gehört auch die Ablehnung von Abtreibungen und der von der AfD so deklarierten «Genderideologie». Höckes jüngster Vorstoß im MDR-Interview gegen das «Ideologie-Projekt» Inklusion, das «unsere Kinder nicht weiterbringe und nicht leistungsfähiger macht» und in den Schulen die Fachkräfte der Zukunft verhindere, setzt sich über die bindende Gültigkeit einer weltweiten UN-Behindertenrechtskonvention von 2009 hinweg. Für Höcke werden Behinderte zum Störfall und Hemmschuh für das Entwicklungspotenzial der Kinder ohne Beeinträchtigung und er begibt sich in das Fahrwasser der nationalsozialistischen «T4-Aktion», als Menschen mit Behinderung einen systematischen Massenmord zu erleiden hatten.

3 Die Aufkündigung des Konsenses in der Erinnerungskultur durch die AfD

Zu den zentralen Aufgaben unseres Gemeinwesens gehört die Erinnerungskultur, die sich aus unserer geschichtlichen Verantwortung und der aktuellen wie künftigen gesellschaftlichen Weiterentwicklung unserer demokratischen Werteordnung als Aufgabenstellung ergibt. Für Sozialdemokraten ist dabei die Singularität des Holocausts wie die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht eine stets wiederkehrende Aufgabe der Erinnerungsarbeit. Den Gedenkstätten kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Sie sind längst nicht mehr nur die authentischen Orte des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs und der Trauer für die Hinterbliebenen der millionenfachen Opfer wie der wenigen Überlebenden. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt auch durch die 1998 eingerichtete Gedenkstättenförderung des Bundes zu lebendigen Bildungsstätten und zeithistorischen Museen der NS- wie des SED-Regimes entwickelt, die es angesichts vielfältiger neuer Herausforderungen weiterzuentwickeln gilt. Waren die NS-Gedenkstätten in ihren Anfängen zumeist angetrieben durch die engagierten Impulse einer Zivilgesellschaft als Stachel wider das von Schlussstrich-Forderungen begleitete Vergessen, so sind einerseits derlei Widerhaken einer aktiven Förderpolitik der öffentlichen Hand gewichen. Andererseits ist aber auch der zunehmende Tod vieler Zeitzeug:innen und die fortschreitende Historisierung des Erlebten im öffentlichen Diskurs trotz aller immer wieder auflodernder Debatten um NS-Vergleiche etc. einem spürbaren Wandel unterworfen. Zumal gerade für nachwachsende Jugendgenerationen über 75 Jahre nach Kriegsende die fa-

miliären Anknüpfungspunkte seltener werden.

Jahrzehntelang war es Konsens in der Erinnerungsarbeit, dass die Erinnerung an die Shoah, die Aussöhnung mit den Opfern ein integraler Bestandteil deutscher Politik gewesen ist. Verschiedenste Äußerungen aus den Reihen der AfD haben diesem auch in der internationalen Wahrnehmung viel beachteten Szenario ein Ende bereitet. Von dieser bundesdeutschen Erinnerungskultur setzt sich die AfD mit der ihr eigenen Interpretation als Abwehr der «Schuld und Scham-Kultur» nicht nur mit Blick auf die NS-Zeit, sondern auch mit Blick auf die Kolonialzeit diametral ab. Alexanders Gaulands Bewertung der NS-Zeit als «Fliegenschiss in der Geschichte» sowie Björn Höckes Forderung nach einer «erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad» verknüpft mit seiner Beurteilung des Berliner Holocaust-Mahnmals als «Denkmal der Schande», sind mit der deutschen Staatsräson mit Blick auf den jüdischen Staat und die Opfer der Verfolgung untragbar.

Diesen tiefen Riss im Verständnis der Wertsetzung durch konsequente Erinnerungsarbeit zeigen leider auch die Äußerungen des stellv. Bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger. Die Debatte darüber, dass sich ein unsägliches antisemitisches Flugblatt in seiner Schultasche befunden hat, ist ein trauriger Beleg dafür, dass derlei Gedankengut längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat und in der Bewertung der Öffentlichkeit hoffähig geworden ist. Stelle die erinnerungspolitische Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker 1985 einen deutlichen Wendepunkt und Meilenstein dar, so offenbart der Umgang mit der antisemitischen Flugblattdaffäre und die nicht erfolgte Entfernung eines maßgeblichen

Amtsträgers einen tiefen Wendepunkt. Aiwangers Strategie, sich als Opfer einer Medienkampagne zu inszenieren und sich als geläuterter «Menschenfreund» zu stilisieren, wird Lügen gestraft durch seine Erdinger Rede, in der er in der Sprache eines Alexander Gauland seinen Wählern empfiehlt, sich angesichts der Fehlentwicklungen «die Demokratie zurückzuholen». US-Präsident Trump lässt grüßen!

4 Kulturpolitische AfD-Thesen gegen Vielfalt und Gleichberechtigung

Interessanterweise sieht auch die AfD in ihrem parlamentarischen Vorstoß vom 17. Januar 2023 (Bundestagsdrucksache 20/522) einen Zerfall der Gesellschaft und eine Gefährdung der Demokratie. Dass die Partei und ihr nahestehende Gruppierungen selbst die Axt an diese Demokratie anlegen und unverhohlen den Systemwechsel anstreben und damit das dünne Eis der Demokratie einem Belastungstest unterwerfen, entzieht sich ihrer Einsicht. Schuld an dieser Situation trägt aus AfD-Sicht eine «kulturpolitisch betriebene Gesellschaftstransformation, die mit Cancel Culture, Denkmalsstürzen und immer offenerer Verachtung von Kulturleistungen der Vergangenheit einhergeht.» Die aktuelle Erinnerungs- und Gedächtniskultur verhindern aber durch «deren aktuelle Reduktion auf eine Schuld- und Schamkultur [...] aber besonders bei der jüngeren Generation eine positive Identifikation mit dem eigenen Land.» Diese klare Absage an die Moderationsleistung einer Erinnerungskultur als Reaktion auf den durch den nationalsozialistisch verursachten Zivilisationsbruch mit seinen vielfältigen Ausbrüchen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führt

bei der AfD zum eindeutigen Bekenntnis zu einer ausschließlich deutschen kulturellen Identität. Alle sich aus den Menschenrechten ableitenden Ideen von Gleichberechtigung und Vielfalt in einer diversen Gesellschaft weist die AfD von sich und lehnt alle kulturpolitisch ins Feld geführten Gedanken um eine Aufarbeitung des Kolonialismus als Folge einer Cancel-Culture-Haltung ebenso ab wie die Bestrebungen um Chancengleichheit in allen Diversity- und Geschlechter-Gerechtigkeitsprozessen. Dubiose Forderungen, die schon heute in manche politischen Diskurse vor Ort Einzug gehalten haben, sind die Einführung des «Gendern [...] als neues Sprachregime», die Beibehaltung von «in die Diskussion geratenen Straßennamen» oder «eine differenzierte Sicht auf die deutsche Kolonialgeschichte» in den Schulcurricula. Zu guter Letzt versucht die AfD sogar, die «deutsche Mehrheitsgesellschaft», der «keine oder eine nur negative Identität zugestanden wird, zur Opfer-Gruppe zu stilisieren, «während die Identitäten aller möglichen Minderheiten vehement betont und gefeiert werden».

5 Reaktionen auf die AfD – Die politischen Forderungen der SPD

Nicht nur Sozialdemokraten, sondern die Demokraten aller Parteien sind aufgefordert, die rechtsradikalen Botschaften der AfD-Führungseliten zu entlarven und die Spaltung unserer pluralen Gesellschaft zu verhindern.

Vor dem Hintergrund des AfD-Höhenfluges von Umfrageergebnissen von über 20 Prozent auf Bundesebene und von mehr als 30 Prozent in manchen neuen Bundesländern liegt die Forderung nach einem

AfD-Parteiverbot buchstäblich in der Luft. Selbst wenn man deutlich sieht, dass der nationalistische Grundton in der AfD die Überlegenheitsfantasien der deutschen Kultur befeuert und wirtschaftspolitische Maximen nach «Deutschland zuerst» den Geist ebenso vernebeln wie eine auf ethnische Homogenität verpflichtete Remigrationsstrategie, so fällt am Ende der Nachweis schwer, dass eine «ganze» Partei von diesem Gedankengut infiziert ist und nicht nur, wie der Organe des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern festgestellt haben, die Partei in Teilen rechtsextremistisch sei wie der verbotene «Flügel» und die AfD-Jugendorganisation. Aus dem misslungenen NPD-Verbotsverfahren müssen die Lehren gezogen werden, zumal der Anstoß eines solchen aufwendigen und sehr langwierigen Verfahrens der AfD und ihren Vertretern einmal mehr die Märtyrerrolle ermöglichen würde.

Politische Bildung stärken – auch in Schulen

Politisch muss es Ziel der SPD sein, die Verankerung der AfD als Partei in der inzwischen europaweiten Bewegung der Neuen Rechten zu erkennen und ihr anti-demokratisches Potenzial deutlich auch deren potenzieller Wählerschaft bekannt zu machen. Dies kann nur geschehen, wenn in politischer Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft schlechthin, aber auch und gerade in den Schulen die Grundsätze demokratischen Handelns vermittelt werden, wenn die universelle Idee der Menschenrechte und der Gleichheit aller Menschen gerade Heranwachsenden in ihrer vollen Dimension vermittelt werden. Den Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft kann man nur an ihrem Umgang mit Minderheiten ablesen, sprich Migranten, Geflüchte-

ten, Behinderten, Frauen, LGBTI-Angehörigen etc.

Die Arbeit in den Gedenkstätten hat in den schulischen Curricula eine gewichtige Rolle gespielt. Freilich reicht historische Aufarbeitung allein nicht mehr aus, um dem Thema heute gerecht zu werden. Wenn wir hoffen, dass Schüler:innen im Unterricht oder junge Menschen von außerschulischer Jugendarbeit sich dem Thema öffnen, dann müssen wir gemeinsam mit ihnen der Frage nachgehen, was die Thematik mit ihrem heutigen Leben zu tun hat. Und man erkennt sehr schnell, dass bei aller Vorbildlichkeit unserer jahrzehntelangen Anstrengungen um die Aufarbeitung der NS-Verfolgung heute Themen wie Rassismus oder auch Homophobie Jugendlichen in ihrem Alltag begegnen und wir gerade deshalb bei Jugendlichen mit Migrationserfahrungen auch Themen von Ausgrenzung, Flucht und Vertreibung intensiver in den Blick nehmen müssen. Wenn wir diesen Brückenschlag wagen, sind wir von der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Generation der Groß- und Urgroßeltern schnell bei den Vorurteilen gegen Sinti und Roma oder gegen queere Menschen heutzutage. Und leider werden immer wieder die alten Muster bemüht, speisen sich aktuelle Fake News aus altbekanntem antisemitischen Quellen. So verstanden, wird Gedenkstättenarbeit ein wichtiger Baustein unserer Bemühungen um Demokratiebildung und für die Stärkung weltweit gültiger Menschenrechte.

Politische Bildungsarbeit ist in dieser Situation zu stärken. Allen Haushaltsentwürfen zum Trotz sind die Etats der Bundeszentrale für politische Bildung spürbar zu erhöhen, ist die Förderung beispielsweise von HateAid als gemeinnützige Organisation zur Beratung und Unterstützung von Be-

troffenen von Online-Hassreden und Hasskommentaren fortzuführen.

Gedenkstättenarbeit finanziell stärker fördern

Mit Blick auf die etablierten Gedenkstätten muss deren finanzielle Ausstattung angesichts sprunghaft steigender Kosten bei Personal, Energie und Unterhaltung deutlich aufgestockt werden. Vor dem Hintergrund, dass sich die Geschichtswissenschaft immer weniger in ihren Forschungsarbeiten mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, ist eine stärkere Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gedenkstätten und universitärer Forschungseinrichtungen durch entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, denn tatsächlich sind viele Forschungsgebiete noch blinde Flecken – gerade mit Blick auf noch unerforschte Häftlingsgruppen wie die «Asozialen» oder sogenannten «Berufsverbrecher» und die Binnenstruktur der Konzentrationslager. Und jenseits der Gedenkstätten-Leuchttürme von Buchenwald, Dachau bis Sachsenhausen benötigen auch die anderen, nur vermeintlich kleineren Gedenkstätten finanzielle Unterstützung ihrer meist zivilgesellschaftlich und damit ehrenamtlich organisierten Arbeit, um in den Genuss einer von Bund und Ländern zu gleichen Anteilen getragenen Projektförderung wie im Fall des Programms «Jugend erinnert» zu kommen, das dringend einer Neuauflage bedarf. Sie sind der Garant dafür, zu zeigen, dass der Nationalsozialismus mit seiner Ausgrenzung von Opfergruppen buchstäblich vor aller Augen stattfand und nicht nur in Auschwitz, Berlin und München. Wichtig ist dabei die bis heute verstörende Erkenntnis, dass nicht eine Führungsclique verbrecherischer Nationalsozialisten um Hitler, Göring, Goebbels

alleinverantwortlich war und dass sich die Verbrechen vor der eigenen Haustür abspielten. Der Mainstream von damals hieß «Volksgemeinschaft». Opa und Oma waren zumeist keine Widerstandskämpfer:innen!

Zahlreiche Sammlungen und Ausstellungen in den Gedenkstätten sind in die Jahre gekommen und bedürfen einer Aufarbeitung. Deshalb kommt der Digitalisierung eine große Bedeutung zu. Moderne Präsentationstechniken können die Schicksale einzelner Häftlinge prägnanter, die Mechanismen der Verfolgung besser nachvollziehbar und die Inhalte buchstäblich an jedem Ort der Welt verfügbar machen. Zum Erreichen jüngerer Zielgruppen ist auch eine pädagogisch unterfütterte Präsenz in den sozialen Medien von Twitter, Instagram bis TikTok erforderlich. Auch hier ist großer Wert darauf zu legen, dass dieser Umbau nicht nur den etablierten Gedenkstätten zugutekommt, sondern auch die große Zahl bislang nicht institutionell geförderter Einrichtungen und Initiativen, die von solchen Fördermöglichkeiten als kleine und mittlere Gedenkstätten profitieren. Auch hier sind niedrigschwellig formulierte Antragsverfahren im Blick zu halten.

Keine Steuermittel für die Desiderius-Erasmus-Stiftung

Unsere Demokratie muss weiterhin und nunmehr aber deutlich spürbarer wehrhaft sein und darf nicht dem Fehler verfallen, ihre Feinde zu nähren. Deshalb sind alle möglichen Schritte zu unternehmen, der 2017 gegründeten, AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung die Anerkennung als parteinahe Stiftung zu versagen. Es wäre unververtretbar, eine verfassungsfeindliche Ziele verfolgende Partei mit einer etwa 60 Millionen € umfassenden Förderung einer

Parteistiftung auszustatten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 22.2.2023 infrage gestellt, ob wie in der Vergangenheit der AfD diese Förderung aufgrund einer Haushaltssatzung des Deutschen Bundestages verwehrt werden kann und deshalb ein Gesetz für die Regelung der staatlichen Förderung politischer Stiftungen gefordert. Als Replik haben die drei Ampelparteien gemeinsam mit der CDU-Bundestagsfraktion am 13. Oktober 2023 in erster Lesung einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der einerseits den strengen Maßstab der Chancengleichheit der politischen Stiftungen nachprüfbar macht, andererseits aber auch der Tatsache Rechnung trägt, dass der Ausschluss der Gegner von Demokratie und Rechtsstaat für den Fall, dass «eine verfassungsfeindliche Prägung der politischen Grundströmung, die einer politischen Stiftung zuzuordnen ist, spürbar wird. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hatte in seinem Urteil vom 22.2.2023 bereits formuliert, dass zum «Schutz gleichwertiger Verfassungsgüter», um ein solches handle es sich beim Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, ein Eingriff in die Chancengleichheit politischer Parteien gerechtfertigt sein könne. Für Alice Weidel handelt es sich schon vor der Verabschiedung des Gesetzes um eine «Lex AfD».

Kein Platz für AfD-Verfassungsfeinde als Staatsdiener

Das Bekenntnis zur AfD und eine damit verbundene Mitgliedschaft ist mit der Verfassungstreue-Verpflichtung eines Beamten in Deutschland spätestens dann nicht vereinbar, wenn sich diese AfD-Vertreter fremdenfeindlich, volksverhetzend oder

minderheitenfeindlich in Wort und Schrift oder in den sozialen Netzwerken äußert. Alle Staatsbediensteten sind verpflichtet, sich durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten. Bereits beim Eintritt in das Beamtenverhältnis wurde ein entsprechender Eid auf das Grundgesetz abgelegt. Ein Gymnasiallehrer Björn Höcke ist mit seinen bevölkerungs- wie erinnerungspolitischen Äußerungen schlichtweg in den Diensten des Staates als Pädagoge untragbar. Rund ein Fünftel aller AfD-Mitglieder befinden sich im Staatsdienst bei Polizei, Justiz, Bildungswesen und im öffentlichen Dienst. Die SPD-geführte Bundesregierung hat am 19. April 2023 einen entsprechenden Gesetzentwurf «zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften» auf den Weg gebracht und eingangs beklagt, dass es in der Vergangenheit bei nur 0,2 Prozent aller bediensteten Beamten zu Disziplinarverfahren gekommen ist. Dass dies im Gegenteil gelingen kann, zeigt die Bestätigung eines Urteils des Leipziger Landgerichts durch den Bundesgerichtshof (BGH) vom 5. Oktober 2023. Darin ging es um das unwürdige Schauspiel um den entlassenen Richter Jens Maier, der sich trotz bedenkltester rhetorischer Ausfälle als AfD-Bundestagsmitglied («Schuldkult», «Mischvölker») und als Obmann des «Flügels» in Sachsen gegen den Sohn des Tennisspielers Boris Becker («kleiner Halbnegler») oder die ZDF-Moderatorin Marietta Slomka («SLOMKA entsorgen») gegen die Entlassung aus dem Justiz-Dienst und seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gewehrt hatte. Der BGH-Senatsvorsitzende Rüdiger Pamp ließ keinen Zweifel daran, dass eine ex-

ponierte Position innerhalb einer extremistischen Gruppierung wie dem AfD-Flügel unvereinbar mit dem Richteramt sei. Eine Versetzung in den Ruhestand sei jedenfalls dann gerechtfertigt, «wenn er sich in herausgehobener Stellung bei einer politischen Gruppierung betätigt, die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates ablehnt», so der Richterspruch. Maier hatte selbst in einem Tweet diese Lesart unterstützt: «Wenn Angeklagte «AfD-Richter» fürchten, haben wir alles richtig gemacht.»

Vergleichbares ist passiert bei der Richterin Birgit Malsack-Winkemann, die trotz ihrer erwiesenen xenophoben Grundhaltung nach ihrer AfD-Bundestagskarriere sich wieder in ihr Richteramt zurückgeklagt hatte und erst nach Auffliegen ihrer Führungsrolle in einer terroristischen Reichsbürger-Vereinigung und dem Offenbarwerden der Umsturzpläne in Untersuchungshaft genommen werden konnte.

AfD: Nicht die Partei der «kleinen Leute»

In der Öffentlichkeit zeigt sich die AfD, die durch Parteisprecherin Alice Weidel im ARD-Sommerinterview im September 2023 Regierungsanspruch angemeldet hat, gern als Kümmerer-Partei. Im Gegensatz zu «denen da oben» vertrete ihre Partei die Interessen der kleinen Leute und werde es denen zeigen, wenn sie mit Unterstützung der heute noch «schweigenden Mehrheit der Deutschen» am Ruder seien. Das Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag freilich zeigt das Gegenteil: bei der Abstimmung für die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € vor der letzten Bundestagswahl 2021 stimmte die AfD dagegen, dafür machte sie sich aber zuletzt für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages

stark, der nur die obersten 7 Prozent der Einkommensbezieher um etwa 10 Milliarden € entlasten würde. Gleiche Entlastungen bei der von der AfD geforderten Abschaffung der Erbschaftssteuer für Unternehmen halten keiner Überprüfung stand, denn ein Großteil aller Unternehmen werden schon heute komplett steuerfrei vererbt. Um ebenfalls heiße Luft handelt es sich, wenn die AfD vorgibt, sich für geringfügig Beschäftigte und ihre Renten in der Grundsicherung einzusetzen. Auch hier unternimmt die AfD trotz aller Beteuerungen für die betroffenen 25 Prozent aller Rentenbezieher nichts. Dieses Eintreten der AfD für die Spitzenverdiener unserer Gesellschaft muss die SPD unermüdlich offenlegen.

Im Netz dagehalten: Die sozialen Medien gehören nicht der AfD

Die durchschnittlichen täglichen Nutzungszeiten der sozialen Medien steigen besonders bei jungen Menschen in der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren nach wie vor an, mehrere Stunden pro Tag sind eher die Regel als die Ausnahme. Im Fall von Tiktok erreicht die AfD-Bundestagsfraktion 300.000 Abonnenten, alle anderen Parteien mit Ausnahme der CSU (150.000) erreichen höchstens fünfstelligen Zahlen. Ähnlich Youtube: Während sich alle anderen Parteien bei niedrigen fünfstelligen Nutzerzahlen in der Bedeutungslosigkeit verlieren, verzeichnet die AfD stolze 359.000 Nutzende und hat inzwischen auch mit «AfD-TV» einen eigenen, viel besuchten Fernsehkanal. Der bereits vorgestellte Maximilian Krahe machte im Social Web auf sich aufmerksam, als er jungen Männern riet, sie sollten sich nicht einreden lassen, «dass du lieb, schwach und links zu sein

hast». Echte Männer seien rechts, «dann klappt's auch mit der Freundin». 1,3 Millionen Aufrufe.

Massenkommunikation war lange ein Duopol zwischen öffentlich-rechtlichen Anstalten und einigen größeren, privaten Medienhäusern. Egal ob Letztere aus dem liberalen, linken oder konservativen Spektrum kamen, trugen sie letztlich positiv zur Entwicklung der bundesdeutschen Demokratie über 70 Jahre hinweg bei. Die Digitalisierung brachte erst die Diversifizierung der Angebote der existenten Anbieter (Digitale Spartenkanäle, Spezialzeitschriften...) und schließlich eine Demokratisierung (Social Media). Massenkommunikation wurde nicht mehr von einigen wenigen, sondern gefühlt und vermeintlich erlebt von allen gemacht.

Der Erfolg einer Social Media Plattform bemisst sich jedoch in Zugriffen (Clickzahlen), Interaktion und Verweildauer (Stickiness). Beiträge, die Nutzende zu diesem Verhalten animieren, werden daher von den Algorithmen der Plattformen besonders präsent gemacht (gepusht) und mit ähnlichen Beiträgen gemischt, wodurch sogenannte Blasen (Bubbles) entstehen. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen, westlichen Welt führt dieses zur gesellschaftlichen Spaltung und Aufstieg radikaler Parteien oder Politiker:innen. Für die klassischen Medien bedeutet Social Media eine Marginalisierung ob der neuen Konkurrenz, respektive eine Banalisierung (ob besserer Clickzahlen sind sie verführt, selbst auf skandalträchtige Berichte zu setzen).

In Summe entsteht hierdurch eine Demokratie gefährdende Situation. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es dem in Deutschland etablierten und ausdifferenzierten öffentlich-rechtlichen System erlauben, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

ten. Letztlich bedarf es dazu einer klaren Beauftragung und nicht wie bisher einer verhindernden Reglementierung aus falscher nationaler und marktwirtschaftlich Perspektive. Vorgeschlagen werden vier parallel einzuleitende Schritte:

Social Media gerechter Content. Mit dem ARD/ZDF Medienangebot Funk geschieht dieses bereits seit 2016 erfolgreich im Bereich Jugend. Für führende Internet-Plattformen wie YouTube und TikTok wird gezielt Content produziert und unter dem Titel Funk vermarktet. Einerseits müssen ähnliche Online-only-Angebote umgehend auch für andere Altersgruppen entwickelt werden, andererseits besser finanziert werden (Funk verfügt nicht einmal über 0,3% des Etats von ARD/ZDF).

Zeitnahe Aufhebung jeglicher Restriktionen in der Distribution öffentlich-rechtlicher Inhalte. Bislang können sie (anders als bei anderen Streaming-Plattformen) weder downgeloadet noch dauerhaft genutzt werden. Fiktionales darf maximal ein Jahr im Netz bleiben, Information und Dokumentation 24 Monate und nur Kulturdokumentationen wenigstens fünf Jahre. Die BBC hält hingegen erfolgreich das ganze Archiv vor, so ist es auch in den meisten EU-Staaten üblich.

Fokussierung auf eine gemeinsame Mediathek mit den kompletten, audiovisuellen Inhalten, aller öffentlich-rechtlichen Kanäle, denn Nutzer:innen suchen nach Content, nicht nach Sender. Im Gegenzug könnten rein digitale Spartenkanäle (sie werden in der Regel ohnehin kaum linear genutzt) entfallen, so deren Content weiter produziert wird und sich auf der gemeinsamen Plattform finden lässt. Eine öffentlich-rechtliche Upload-Plattform (State Tube) deren Algorithmus kuratiert, statt eskaliert. Sie sollte, wie ihre amerikanische und

chinesische Konkurrenz, möglichst international (Partnerschaft mit Frankreich, via arte?) und für alle legalen Inhalte offen sein. Für Content Produzierende wäre sie interessant, da Erlöse transparenter verteilt werden könnten, für Nutzende sind sie attraktiv, da der Algorithmus eine echte Reflexion ermöglichen und die öffentlich-rechtlichen Beiträge weitgehend werbefrei sein könnten.

Kommunikation und Massenmedien sind entscheidende Mittel, wenn es darum geht, Demokratie zu stärken und/oder zu verteidigen. Mit dem herkömmlichen Instrumentarium erreichen wir zu viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr. Wir müssen durch politisch einzuleitende Maßnahmen und Rahmenbedingungen schleunigst dafür sorgen, dass insbesondere öffentlich-rechtliche Anstalten ihrem wichtigen Auftrag nach Paragraf 5 des Grundgesetzes nachkommen können.

Zivilcourage stärken – Braunem Gedankengut widersprechen

Wir müssen als demokratisch gesinnte Kräfte die Zivilcourage aufbringen, derlei der Verfassung zuwiderlaufenden Äußerungen zu widersprechen und sie nicht auf sich beruhen zu lassen. «Man wird doch noch sagen dürfen», ist häufig die einleitende Redewendung, um grundgesetzfeindliche Äußerungen zu platzieren, die viel zu häufig Gewöhnungseffekte auslösen und sich in die öffentlichen Diskurse «einschleichen». Bei Diskussionen auf der Straße und mehr noch im Netz ist unsere Zivilgesellschaft gefordert, aber auch alle SPD-Funktionäre wie Mitglieder, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir wissen alle, wie schnell der Wind sich in der Weimarer Republik zum Dritten Reich gedreht hat. Wir wehren uns längst

nicht mehr der Anfänge, sondern sind mit-tendrin in einer gefährlichen Eskalations-spirale, in der viele in unserem Alltag den Halt und ihre Zuversicht verlieren, weil sie von Abstiegs- und Verdrängungsängsten beherrscht werden. Die Demokratie und damit ihre Zustimmungswerte bewegen sich auf dünnem Eis, das wegzubrechen droht. Wir müssen alle an einem Strang ziehen

und braunem Gedankengut couragiert wi- dersprechen. Wir müssen unserer Gesell- schaft die Verletzlichkeit unserer Demokra- tie und die Bedeutung von Empathie für jeden einzelnen Mitmenschen vor Augen halten. Das sind wir nicht nur einem Otto Wels, sondern vielen seiner den Tod, Flucht oder Vertreibung riskierenden Mitstreiterin- nen und Mitstreitern schuldig. ■

Aus der Erfahrung der Diktatur den Umgang mit der Diktatur lernen?¹

Auf die Anfrage von Roger de Weck, ob ich an dieser Tagung teilnehmen könne, war meine Reaktion die Selbstauflegung der obigen Frage, auf die ich nicht sicher war, eine Antwort zu finden. 60 Jahre nach Egon Bahrs berühmt gewordenem Tutzing-er Vortrag beabsichtige ich als Sozialde- mokrat weder eine hemmungslose Apolo- getik der Ost- und Entspannungspolitik, noch die Übernahme ihrer inzwischen üb- lich gewordenen Verteufelung. Mein Re- ferat ist an den Anfang der Tagung ge- setzt, es soll und darf also durchaus um einen Rückblick gehen. Meine Beobach- tungen sind biografisch eingefärbt. Ich spre- che zu Ihnen also nicht als Historiker, auch nicht als Politikwissenschaftler, sondern aus selbst gemachter Diktaturerfahrung: Volle 40 Jahre kommunistische Diktatur,

namens DDR, die der faschistischen Dikta- tur der Nazis gefolgt war.

Ich bin im 2. Weltkrieg geboren, in einer Stadt, die englische Historiker in einem schönen Buch «Die Blume Europas» ge- nannt haben, in Breslau, der Hauptstadt der ehemals blühenden preußischen Pro- vinz Schlesien. Heute heißt sie Wroclaw, gehört zu Polen, und ist wieder eine leben- dige, spannende Stadt (in der ich inzwi- schen oft war).

Im Krieg also geboren, die ursprüngliche Heimat verloren, bin ich im Schatten der Nazidiktatur und ihrer Verbrechen und vor allem des Krieges aufgewachsen. Die Nazi- diktatur gehört deshalb zu meiner biografi- schen Erfahrung, denn ihre Nachwirkungen waren in der DDR länger sichtbar, wir Ost- deutschen hatten uns an ihnen länger ab-

1 Vortrag bei der Evangelischen Akademie Tutzing: «Demokratie und Diktaturen. Wie viel Kooperation, wie viel Konfrontation?» (Tagung des Politischen Clubs 16.–18. Juni 2023).

zuarbeiten, im Grunde bis 1989/90, bis zum Ende der DDR.

Die «zweite deutsche Diktatur», die eine durchaus andere Diktatur war, ist doch wesentlich auch eine Folge der ersten deutschen Diktatur gewesen. Die DDR versuchte ihre moralische Rechtfertigung aus der Nazidiktatur und ihrer Überwindung zu gewinnen. Deshalb darf ich sagen, die Nazidiktatur gehörte zu meiner Diktaturerfahrung und deshalb erlaube ich mir ein paar unoriginelle Lehrsätze aus dieser Erfahrung zu formulieren (Lehrsätze, die hoffentlich besonders von uns Deutschen gelernt sind, die aber immer mal wiederholt werden müssen):

1. Wir Deutschen – das ist die bittere Wahrheit – konnten nicht selbst die Diktatur überwinden, konnten uns nicht selbst aus ihr befreien. Es bedurfte der totalen militärischen Niederlage. Das hieß aber auch: Die Siegermächte (bald zerstritten) bestimmten den weiteren Weg Deutschlands – in die freiheitliche Demokratie bzw. in die neue, die kommunistische Diktatur.
2. Diktaturen muss man vor ihrer Installation bekämpfen und verhindern. Es ist schnell zu spät.
3. Diktaturgefahr ist Teil der Demokratie, ist immer in ihr gegenwärtig, sie muss ernstgenommen werden. Heute kommen Diktaturen oft durch Wahlen an die Macht (weniger durch Putsche oder Revolten, das haben vor einigen Jahren zwei amerikanische Politikwissenschaftler an vielen Beispielen belegt).
4. Die englisch-französische Appeasement-Politik der 1930er-Jahre gegen die aggressive deutsche Diktatur – um des Friedens willen – hat sich als furchtbarer Irrtum erwiesen. Das ist eine Schlüs-

selerfahrung: Je aggressiver eine Diktatur, umso falscher ist Appeasement-Politik!

5. Wenn von außen kein Einfluss auf das Innere der Diktatur gelingt, dann – wenigstens – sollte es kritische Aufmerksamkeit und Solidarität mit den Unterdrückten, den Opfern geben. (Man sollte sich nicht durch Inszenierungen blenden lassen, wie die Olympischen Spiele 1936). Vor allem ist Hilfs- und Aufnahmebereitschaft für die aus der Diktatur Fliehenden notwendig. Die Schicksale des deutschen Exils sind ein wichtiger Teil der Nazidiktatur-Erfahrung. (Deshalb begrüße ich das geplante Exil-Museum in Berlin sehr.)
6. Es gibt einen fundamentalen, geradezu existenziellen Zusammenhang zwischen Freiheit und Gerechtigkeit. Massenhafte Ungerechtigkeitsereignisse, Not und Elend gefährden Freiheit und Demokratie. Das war das Ende der Weimarer Republik. Gerechtigkeit unter Preisgabe der Freiheit herzustellen, das muss scheitern. Das ist die doppelte Lehre aus den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Eine gerechte Gesellschaft errichten zu wollen unter Opferung der Freiheit – das aber war der Versuch auf deutschen Boden, der DDR hieß. Die Verwirklichung einer Utopie, die ganz wesentlich in Deutschland erdacht worden war. Und trotzdem war die DDR vom Anfang bis zu ihrem Ende kein eigener, schon gar kein selbstbestimmter Versuch!

- Sie war eine vom ideologischen, politischen und ökonomischen System der Sowjetunion abgeleitete Diktatur.
- Von sowjetischen Truppen besetzt (im-

merhin mehrere Hunderttausend Soldaten waren in der DDR stationiert), war die DDR Vorposten des Imperiums, an dessen Westrand, an dessen gefährlich-gefährdeter Grenze.

- Die DDR-Diktatoren, also die SED-Führer, standen – mit relativen Unterschieden in Sachen innenpolitischer, ökonomischer, kulturpolitischer Selbstständigkeit über die vier Jahrzehnte hinweg – immer unter Moskauer Kuratel. (Man reiste zum Weisungsempfang nach Moskau oder der sowjetische Botschafter in Berlin übergab die Befehle.)
- Dass die DDR immerhin 40 Jahre Bestand hatte, mag im Rückblick von einer erstaunlichen «Stabilität» zeugen. Und hat bei manchem Wessi die Frage provoziert, gar die Unterstellung: Waren die Ostdeutschen nicht selbst dafür verantwortlich?

Nun ja, wir waren eingesperrt, spätestens seit 1961. Es gab relative ökonomische Erfolge, bescheidenen Wohlstand (nichts im Vergleich zum Westen, aber mehr im Vergleich zum Osten Europas). Es gab soziale Sicherheit: Die DDR war ja auch ein Fürsorgestaat, ökonomisch teuer bezahlt. Es gab die Suggestion von Gleichheit. Und das Gefühl, wenigstens moralisch auf der richtigen, der antifaschistischen Seite zu stehen. Und es gab trotziges Dableiben und natürlich und ziemlich selbstverständlich auch Anpassung und Opportunismus (die ja vielleicht ein Menschenrecht sind für alle jene, also die meisten, die nicht zum Helden taugen). Gewiss auch gab es die «Überzeugungstäter», die an die Utopie glauben wollten (am Anfang der DDR wenige und am Ende wieder).

Ich erinnere daran ohne moralischen Zeigefinger, ohne Vorwürfe, sondern um zu

vergegenwärtigen, dass Vielen die DDR fast bis zu ihrem Ende (und gerade auch uns innerhalb der DDR) auf entsetzliche, fast aussichtslose Weise stabil erschien, wie ja das ganze Sowjetsystem auch. Das war doch unsere doppelte Wahrnehmung: In der Nähe, im eigenen unmittelbaren Erfahrungsbereich, hatte man den Eindruck, das Ganze kann nicht mehr lange funktionieren, der Laden bricht zusammen. Aber die offizielle Darstellung und der Eindruck über die Westmedien war ganz anders: Die DDR erschien da als ein vergleichsweise erfolgreiches Land, als politisch stabiles System.

Umso jähler die Wendung der geschichtlichen Dinge 1989/90, umso überraschender der Sturz der Diktatur, die friedliche Revolution und ihr Erfolg. Das war ja – für die Beteiligten und erst recht für die Unbeteiligten – nicht zwingend vorhersehbar, war nicht «gesetzmäßig», nicht logisch und unvermeidlich. Es bedurfte einer Reihe historischer Vorläufer, an die ich dankbar erinnern will und des Zusammenwirkens verschiedener Ereignisse, Konstellationen, Kräfte: Es bedurfte der Entspannungspolitik, der im KSZE-Prozess mündete, also der Überwindung des Kalten Krieges durch die westliche Entspannungspolitik (die innere Differenzierungen im Ostblock, in den kommunistischen Ländern, möglich gemacht hat). Ich erinnere an die russischen Dissidenten von Sacharow bis Solschenizyn. Ich erinnere an das Vorbild der tschechischen Charta 77 (mit meinem «politischen Heiligen» Vaclav Havel, dessen Buch *Versuch in der Wahrheit zu leben* die wichtigste politischen Lektüre meiner DDR-Existenz war). Es bedurfte des polnischen Papsts Karol Wojtyla und seines Besuches 1979 in Warschau und seiner Ansprache vor einer Million Menschen: «Habt keine Angst!» – das ging unsereins durch Mark und Bein). Es

bedurfte der Kraft und der Ausdauer des disziplinierten Mutes der polnischen Oppositionsbewegung Solidarnosc – bis zu ihrer grandiosen Erfindung des Runden Tisches (und Solidarnosc hätte es eben auch nicht ohne die polnische Katholische Kirche gegeben). Es bedurfte der Intelligenz der ungarischen Reformkommunisten, die die Grenze öffneten. Es bedurfte der Perestroika-Politik Gorbatschows, der Gott sei Dank, die in der DDR stationierte Rote Armee nicht gegen die Demonstranten zum Einsatz brachte. (Man stelle sich vor, Gorbatschow hätte mit seiner Reformpolitik Erfolg gehabt und das sowjetische System erfolgreich reformieren können, welchen Grund hätte er gehabt, die DDR und die anderen osteuropäischen Länder freizugeben?) Es bedurfte des ökonomischen wie des moralischen Desasters der SED-Politik, die auf der ganzen Linie gescheitert war. Und es bedurfte vor allem auch der Zivilcourage der Oppositionsgruppen, aber auch der Desillusionierung der DDR-Bürger und der Überwindung unserer Angst, die ja die halbe Macht einer Diktatur ist. Und nicht vergessen werden darf schließlich auch die Handlungsfähigkeit westlicher Politiker von Helmut Kohl von George Bush sen.!

Erst im Zusammentreffen dieser Voraussetzungen und Entwicklungen wurde sichtbar und wirksam, dass die Raison d'être der DDR verbraucht und zerstört war. Die DDR hatte ja nie eine eigene nationale Identität, sondern nur einen einerseits sicherheits- und machtpolitischen Existenzgrund als Westposten des sowjetischen Imperiums und andererseits eine immer prekäre und immer labile ideologische Identität, zunächst aus Antifaschismus gespeist, dann aus marxistisch-leninistischer Ideologie.

Auch aus Sicht der kommunistischen Staatspartei SED hatte die DDR ihre Rechtfertigung nur als «Alternative» zur bürgerlichen, kapitalistischen Bundesrepublik. Doch wo die Ideologie nicht mehr geglaubt wird, wo die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und gelebter Wirklichkeit unüberbrückbar geworden ist, wo der Vorposten unnötig wird, da zerbricht die Basis für den mit so viel Mühe und Druck erbauten Staat: Der revolutionäre Zusammenbruch ist die Konsequenz.

Es war also eine Mischung von inneren Faktoren und Entwicklungen einerseits und von Politik, von Einwirkungen von außen, die zum Ende der DDR, der ost-mitteleuropäischen Diktaturen und der Sowjet-Diktatur geführt hat. Über deren Gewichtungen mögen Historiker streiten.

Es ist üblich geworden, nicht nur den Beitrag der westlichen, der bundesdeutschen Entspannungspolitik dazu in seiner Bedeutung zu relativieren, sondern sie insgesamt infrage zu stellen. Vor allem sozialdemokratischer Politik wird der Vorwurf gemacht, sie sei zu etatistisch, zu sehr auf Moskau fixiert, zu sehr auf Stabilität und Sicherheit orientiert gewesen. Ich zitiere aus einem Interview von Joachim Gauck. Er spricht von einer problematischen Form der Entspannungspolitik. «Statt die demokratische Opposition zu unterstützen, hielten Egon Bahr, Willy-Brandt und andere Entspannungspolitikern fest an ihrer Taktik, Veränderungen nur von oben und mit den Herrschenden zu erwarten. Die Oppositionellen im ganzen Osten fühlten sich im Stich gelassen. Das war tragisch, und politisch war es eine Fehlkalkulation». (In seine Kritik bezieht Gauck übrigens die Politik Angela Merkels ein.)

Das ist ja der Grundton post festum gegen die vor allem sozialdemokratische

Entspannungspolitik: Sie sei zu sehr sicherheits- und stabilitätsorientiert gewesen, zu moskaufixiert, zu rücksichtslos gegenüber den Mittel-Osteuropäern, gegenüber den Oppositionellen und Dissidenten. Ich will dagegen meine Erinnerungen stellen, die mir solche Urteile erschweren, auch im Nachhinein. Ich erinnere an Schicksalsdaten der ostdeutschen und osteuropäischen Geschichte.

- Die erste Erhebung gegen die sowjetkommunistische Herrschaft fand in der DDR statt – am 17. Juni 1953. Sie wurde von sowjetischen Truppen niedergeschlagen (ich war damals 9 Jahre alt und erinnere mich an die Enttäuschung meines Vaters über Konrad Adenauer: Wir gehen unter – und der redet nur. Seitdem konnte er dessen Redensart von den «Brüdern und Schwestern in der Soffjetzone» nicht mehr hören. Und empfand es als Hohn: Wir haben verloren und die im Westen machen einen Feiertag daraus.)
- Es folgten 1956 die Aufstände in Polen und Ungarn (ich war 12 Jahre alt). Sie wurden von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Ich habe den Hilferuf von Imre Nagy über den Rundfunk nicht vergessen. Er wurde vom Westen überhört, weil man einen Krieg nicht riskieren wollte und weil man mit der Suezkrise befasst war.
- Dann der 13. August 1961 (ich war 17 Jahre alt). Der Bau der Mauer erfolgte im Schutz der sowjetischen Truppen. Alle westliche Rhetorik hatte ihn nicht verhindern können. Kennedy hatte ihn akzeptiert, hatte die Abgrenzung der Macht-sphären akzeptiert, hatte die heiße Konfrontation vermieden. (Und ich war auf der falschen Seite, war eingesperrt, mit

diesem Grundgefühl begann mein letztes Schuljahr.)

- 1968 (ich war damals 24 Jahre alt): Der Versuch eines menschlichen, demokratischen Sozialismus im Prager Frühling wurde unter Führung der sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Über emphatische Solidaritätsbekundungen hinaus konnte und wollte der Westen nichts tun, denn Prag lag in der sowjetischen Machtsphäre.
- 1980/81 (ich war 37 Jahre alt): Die polnische Bewegung Solidarnosc wurde mit einem Kriegsrecht im Schutz der sowjetischen Truppen unterdrückt. Die Zweiteilung der Welt galt noch, die Aufteilung in Machtsphären, die Breshnew-Doktrin der «Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten» in einer lebensgefährlich-hochgerüsteten, gegeneinander gerüsteten Welt.

Ich erinnere an das alles ohne flotten moralischen Vorwurf. Sondern ich will Ihnen vergegenwärtigen: Die Geschichte der DDR und unserer östlichen Nachbarn (auch meine Geschichte) war eine Geschichte enttäuschter Hoffnungen und der Niederlagen – bis am Schluss nur der Mut der Verzweiflung geblieben war.

All die genannten Ereignisse hatten immer wieder dieselbe bitterharte Einsicht vermittelt: Erst wenn sich in Moskau etwas ändert, dann sind vielleicht auch bei uns Änderungen möglich. (Ja, das war Moskau-Fixierung, das war unsere unausweichliche Moskau-Fixierung!)

Und dann tatsächlich, 1987/88/89 änderte sich etwas in Moskau. Gorbatschows Politik von «Perestroika» und «Glasnost», also Reformen und Transparenz! Aber dieser Gorbatschow wäre ohne die «moskaufixierte» Entspannungspolitik, ohne Hel-

sinki nicht möglich geworden! Und dieser Gorbatschow gab nicht den Schussbefehl am 9. Oktober 1989 in Leipzig, also gab es auch keinen Schussbefehl aus Ost-Berlin! Die friedliche Revolution wurde möglich.

Lassen Sie mich aber noch einmal weiter zurückblicken. Die Veränderung der Politik gegenüber dem Osten, die neue Entspannungspolitik war eine Reaktion auf die Ohnmachtserfahrung des 13. August 1961 – vor allem die der Berliner. Brandt und Bahr haben das in ihren Erinnerungen beschrieben.

Der Mauerbau war ja eine Niederlage, verriet ein doppeltes Scheitern. Für den Osten, für die SED-Führung: Dass die neue kommunistische Ordnung nur gegen den Willen des Volkes möglich sein würde, das also zu diesem Zweck eingesperrt werden musste. Und für den Westen: Dass die rhetorisch-konfrontative und auch die militärisch-konfrontative Politik die Verhältnisse nicht änderte, sondern vielmehr zementierte.

Es war unübersehbar geworden: Die Ost-West-System-Konfrontation, ausgetragen als Kalter Krieg, sollte wenigstens nicht zu einem heißen Krieg in Europa führen (der dafür ersatzweise in Dritten Welten stattfand). Diese Konfrontation hatte zu Hochrüstung geführt, zu einem Gleichgewicht des Schreckens, einem immer gefährdeten Frieden mit wahnwitzigen ökonomischen und auch menschlichen Unkosten – deren Last den Osten härter traf, viel härter.

Die Antwort auf diese Situation und Erfahrung war das Konzept der Entspannungspolitik:

- Realitäten, die durch Konfrontationspolitik nicht zu ändern sind, muss man zunächst anerkennen, um sie mittel- und langfristig friedlich ändern zu können.

- Statt Verschärfung von Gegensätzen ist Annäherung nötig, die Spannung und Erstarrung lockert und damit Wandel erst möglich macht.
- Verlässliche Sicherheit, Minderung von gefährlichen Risiken verlangt nach einem Konzept, das auf gemeinsame Sicherheit, auf das (am Schluss doch) gemeinsame Überlebensinteresse setzt und nicht mehr auf Sicherheit gegeneinander.
- Das alles sollte erreicht werden mit einer Politik der kleinen Schritte, der Vereinbarungen und Verträge für Abrüstung, für wirtschaftlichen Austausch, Handel und Verflechtung, vor allem aber für menschlichen Austausch, menschliche Begegnungen und Erleichterungen.

Wir Ostdeutschen waren (neben den West-Berlinern) das Ziel dieser Politik, waren deren Nutznießer! Eine persönliche Erinnerung: Im Dezember 1964, ich war zum Studium nach Ost-Berlin gekommen, ging ich zum S-Bahnhof Friedrichstraße, um mir anzusehen, wie das Passierscheinabkommen zwischen Westberliner Senat und DDR-Regierung funktionierte. Ich erlebte wie die Westberliner Verwandten durch die Kontrolle kamen und ihre Ostberliner Verwandten umarmten... Ich war tief gerührt. Vermutlich bin ich damals innerlich Sozialdemokrat geworden. Weil ich erlebt habe, was demokratische Politik sein kann, was sozialdemokratische Politik sein muss für Menschen, die nicht selbst für sich Politik machen konnten, nämlich für die auf unterschiedliche Weise eingesperrten Ost-Berliner und West-Berliner. Nicht bloß große Worte, nicht bloß moralisch gesättigte Rhetorik, sondern konkrete Taten für konkrete Menschen! So sollte demokratische, stellvertretende Politik sein!

Später dann in den 1970er-Jahren folgten die deutsch-deutschen Verträge, der Besuch Willy Brandts in Erfurt, die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung und Hilfe für die DDR, sogar der Häftlingsfreikauf, bis zum Kredit von Franz-Josef Strauß... All das hat die große Mehrheit der Ost-Deutschen mit Hoffnungen, mit Erleichterung und Zustimmung erlebt und begleitet. Ohne dass die Wut auf die kommunistischen Herrschaften abgenommen hätte! Ohne dass das kommunistische System dadurch stabilisiert worden wäre (im Gegenteil)!

Die westdeutsche Ost- und Entspannungspolitik konnte gelingen und erfolgreich sein aus mindestens 5 Gründen:

1. Sie war eingebettet in die westliche Politik, die Strategie der USA von Kennedy bis Kissinger.
2. Sie hatte die westliche, wirtschaftliche und vor allem auch militärische Stärke zur Grundlage, vor allem das Abschreckungspotenzial der USA. (Das sollte heute nicht vergessen werden.)
3. Aber auch das, was man heute wohl «soft power» nennt, war auf westlicher Seite ein Pfund: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand, die kulturelle und gesellschaftliche Attraktivität des Westens. Unser Ostdeutscher Blick war meist nach Westen gerichtet, jeden Abend sind wir via Fernsehen in den Westen ausgewandert.
4. Die Sowjetunion war nicht mehr die aggressive Diktatur Stalins, sondern spätestens unter Breshnew eine konservative Macht geworden, die ihr Imperium vor allem bewahren wollte und sich deshalb auf Verträge einließ.
5. Die inneren Widersprüche in der Sowjetunion und erst recht in deren gesamten Herrschaftsbereich, hatten zugenommen – zwischen den Modernisierungskräften und -notwendigkeiten und den politischen, ideologischen, ökologischen Fesseln. (In der DDR hätte man von der Widerspruchs-dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesprochen.)

Aus diesen Gründen, mindestens, konnte die Entspannungspolitik gelingen und auf immer höchst mühevoller Weise gelingen und erfolgreich sein:

- Sie ermöglichte Verträge der militärischen Mäßigung, des Abbaus von Risiken, des wirtschaftlichen Austausches zu gegenseitigem Nutzen.
- Sie ermöglichte Verträge der Einflussnahme zur Verbesserung der Lebensbedingungen, der Aufrechterhaltung, der menschlichen Beziehungen (Westbesuche für Rentner, Ostbesuche für Westdeutsche und West-Berliner).
- Sie ermöglichte die Überwindung, wenigstens Entschärfung nicht nur der militärischen, sondern auch der politisch-ideologischen Schützengraben-Situation und damit eine Entkrampfung im Inneren des Sowjet-Systems – und damit auch (allerdings immer nur relative) innere Liberalisierungen und Differenzierungen: Die Helsinki-Schlussakte war motivierend, war Berufungsinstanz für die östliche Opposition und Dissidenz (z.B. Charta 77).
- Sie ermöglichte schließlich auch Gorbatschow und das Wunder von Leipzig und das Freilassen der kommunistischen Satellitenstaaten und den Zerfall des kommunistischen Systems und den Abzug der Roten Armee, die Überwindung der deutschen Teilung und der europäischen Teilung.

- Sie ermöglichte das Ende einer Diktatur, die immerhin 70 Jahre Bestand hatte und Deutschland 45 Jahre geteilt.

Natürlich war das nicht allein Verdienst der Entspannungspolitik! Aber diese war einer der wesentlichen Faktoren für diese glückliche Wendung unserer Geschichte.

Bei der Bewertung dieser Politik – insgesamt positiv – ist für mich entscheidend: Die Ost- und Entspannungspolitik der 1960er- bis 1980er-Jahre (also von Brandt bis Kohl) hatte dominant politische Ziele, nämlich Milderung und Überwindung der Teilung Deutschlands, Abbau der militärischen Gefährdungen in einer militärisch und ideologisch gegeneinander hochgerüsteten Welt. Für diese Politik waren Wirtschaft und Handel ein (gewiss nicht unwichtiges) Instrument.

Für die Ost- und die Russlandpolitik der 2000er- bis 2020er-Jahre (von Schröder bis Merkel) war es umgekehrt, sie hatte wirtschaftliche Ziele und Politik war deren Instrument. Dieser Politik ging es – erklärlicherweise – um die Sicherung unseres Wohlstands durch sichere und verlässliche Rohstoff- und Energielieferungen aus dem unendlich reichen Russland – in der Hoffnung, dass Russland ein verlässlicher Partner sein und bleiben würde.

In der Hoffnung, die wir doch alle teilen, an die wir glauben wollten: dass mit dem Erfolg der friedlichen Revolution und der Überwindung der europäischen Teilung ein goldenes Zeitalter des Friedens beginnen könnte. Dass wir Deutschen in einem Zustand historischen Glücks lebten, nämlich umzingelt von Freunden, im Frieden mit allen Nachbarn, in Grenzen, zu denen alle unsere Nachbarn ja gesagt hatten. (Wann hat es das in unserer deutschen Geschichte jemals zuvor gegeben!)

Dass ein Siegeszug der Demokratie begonnen habe, wie Francis Fukuyama prophezeit hatte. Dass eine Welt des Friedens, der Regeln und Verträge, des weltweiten und wirtschaftlichen und kulturellen Austausches möglich würde, ja schon da sei – die Globalisierung. Erinnern sie sich an diese Euphorie!

Damals schien das alles keine Illusion. Gewiss, China störte ein wenig, die Vielzahl von autoritären und diktatorischen Herrschern, der Terrorismus, der Islamismus. Vieles, was uns abgelenkt hat, das wahrzunehmen, was unsere Hoffnungen auf wohl längere Zeit zur Illusion gemacht hat: Putin-Russlands Weg zu einer neuerlich aggressiven imperialen Macht. Spätestens 2014, seit der Annexion der Krim, hätten wir das nicht übersehen dürfen! Das ist wohl ein schuldhafter Fehler. Aller spätestens seit dem 24. Februar 2022 sind wir nun endgültig aus dem heiteren Himmel der Euphorie und des Leichtsinns gefallen, in den wir, in den der Westen durch den Erfolg der friedlichen Revolutionen, des Zusammenbruchs des Sowjet-Kommunismus, des Ost-West-Systemkonflikts, geraten war.

Seit dem 24. Februar 2022 jedenfalls leben wir in einer anderen Welt, mindestens in Europa, in einer Welt, die sich von der früheren Welt der Entspannungspolitik deutlich unterscheidet und sehr fraglich macht, ob von damals etwas für heute noch zu übertragen, noch zu lernen ist.

- Aus der bipolaren Welt des System-Konflikts ist eine multipolare (polyzentrische) Welt geworden, in der China einer der großen Spieler ist. Der globale Süden hat größeres Gewicht, dessen Staaten wollen eine wichtigere Rolle spielen.
- Russland ist eben nicht eine konserva-

tive Macht, sondern unter Putin (so wie unter Stalin) eine aggressive revisionistische Macht geworden, die wieder Imperium sein will.

- Wir haben es mit vielen autoritären Regimen und durchaus unterschiedlichen Diktaturen zu tun. Nach 1990 hat leider kein Siegeszug der Demokratie stattgefunden. Im Gegenteil: Unsere Art von liberaler und rechtsstaatlicher Demokratie ist die Ausnahme, nicht die Regel auf unserem Globus.
- Der Westen erscheint geschwächt, trotz der immer noch vorhandenen militärischen Stärke der USA. Die amerikanische Hegemonie bröckelt: Der Irak-Krieg und der Abzug aus Afghanistan zeigen es und die Trumpsche Politik ist ein Menetekel. Dazu kommt die innere Zerrissenheit vieler demokratischer Länder.
- Die antiwestlichen Ressentiments und der Antiamerikanismus sind unübersehbar global verbreitet. Zu beobachten ist insgesamt ein moralisch-politischer Glaubwürdigkeitsverlust des Westens.

Eine ziemlich andere Welt: Sind also die alten Erfahrungen überhaupt noch irgendwie brauchbar – entweder als positiver Anknüpfungspunkt oder wenigstens als negativer Abstoßungspunkt??

Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts und der letzten Jahrzehnte liefern jedenfalls keine einfachen Lehrsätze oder gar ein Drehbuch für den Umgang mit Diktaturen. Weil die Welt heute vielfältiger, die Diktaturen und autoritären Regime unterschiedlicher, die Konstellationen verworrener und verwirrender sind. Deshalb formuliere und erörtere ich zehn eher vorsichtige Folgerungen aus den bisher angesprochenen Beobachtungen und Erfahrungen:

1. Was gegenüber der Nazidiktatur, die den Kontinent mit einem verbrecherischen Krieg überzogen hatte, die einzige Möglichkeit war, ihm nämlich eine totale Niederlage zuzufügen, das war schon gegen die Atommacht Sowjetunion nicht mehr möglich (sondern nur noch eine Politik des Containment und der Abschreckung). Das gilt auch für China und wohl auch für die Atomstaaten Nordkorea, Iran, Pakistan. (Und auch für Diktaturen ohne Atomwaffen gilt: Militärische Überwindungsstrategien wären abenteuerlich.)
2. Versuche des «regime change» von außen, also gewaltsame Demokratisierungen sind – mit Ausnahme von Deutschland und Japan 1945 (auch Österreich und Italien) eigentlich immer gescheitert. Ich erinnere an Vietnam und Kuba. Der Abzug aus Afghanistan, dieses Fiasko, gehört zur Vorgeschichte von Putins Überfall auf die Ukraine. Und der Irak-Krieg der USA gründete auf einer Lüge und endete ja ebenfalls in einem Fiasko. (Ich lasse das unangenehme Beispiel Chile beiseite, wo die politisch-militärische Intervention der USA zu einer Diktatur geführt hat.)
3. Was gegenüber einer am Schluss materiell wie ideologisch ziemlich maroden Sowjet-Diktatur vernünftig und erfolgreich war – nämlich die Mischung aus militärisch-ökonomischer Stärke des Westens, seiner materiellen und ideellen Anziehungskraft und der Kooperations- und Vertragsbereitschaft auf beiden Seiten – dieser politische Mix muss gegenüber einem kraftstrotzenden China nicht erfolgreich sein. Einem China, das unter Führung Xi Jingpin im letzten Jahrzehnt wieder eine deutlich repressivere Diktatur nach innen gewor-

den ist und nach außen auf eine systemische Veränderung der internationalen Ordnung zielt. Einem China, von dem Deutschland und Europa ökonomisch-technologisch weit abhängiger sind, als wir es von Russland jemals waren.

4. Wenn die Realitäten zu der nüchternen Einsicht zwingen, dass gegenüber dieser oder jener bestimmten Diktatur (oder gar überhaupt gegenüber Diktaturen) weder militärisch-konfrontative noch moralisch-rhetorisch konfrontative Politik nennenswerte Wirkungen erzielt oder erfolgreich ist, dann geht es darum, einen Modus Vivendi zu finden, der die Perspektive der Diktaturüberwindung offen hält, auch wenn diese nicht das realistische politische Nahziel sein kann. Das relativiert die nicht selten verabsolutierte Entgegensetzung von wertefundierter, menschenrechtlicher Politik einerseits und pragmatischer interessengeleiteter Realpolitik andererseits.

Ich erinnere daran: Die von Brandt begründete Ost-Politik war wertegeleitete Politik. In ihr galt der Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Unter Schröder/Merkel fand (nach und nach) eine Umkehrung statt: Die legitimen, verständlichen Wirtschaftsinteressen wurden dominant. Ziele die ursprüngliche Ost-Politik auf Stabilität, um den Abbau von gefährlichen Spannungen, um Änderungen zugunsten der Menschen zu erreichen – so wurde Stabilität später tendenziell zum Zweck, um des wirtschaftlichen Austausches und des lieben Friedens willen. Was (auch im Rückblick) nicht gering geschätzt werden sollte.

5. Die Erfahrung zeigt, dass Einwirkung auf Diktaturen von außen, zumal konfrontative Versuche, wenig oder nichts

erreicht. Umso wichtiger sind die inneren Entwicklungen in einer Diktatur, also die inneren Widersprüche, die Stärke und Erschöpfung der Macht, die Erosion ideologischer Rechtfertigungs- und Disziplinierungsgerüste, die enttäuschten und verbrauchten Hoffnungen, die Unzufriedenheit mit dem Status quo und vor allem die Widerstands- und Aufbegehrenskräfte der Zivilgesellschaft!

All dies ist von außen nicht zu steuern, aber aufmerksam zu beobachten, zu begleiten und moralisch und kommunikativ zu unterstützen: So viel Aufmerksamkeit, so viel Solidarität wie möglich mit den Unterdrückten und Aufbegehrenden in Diktaturen!! Dialog, so mühselig und oft erfolglos, mit den Herrschenden ist angebracht, aber ebenso selbstverständlich und verpflichtend mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren. (Das ist ja eigentlich auch eine gute Tradition westlicher Besuche geworden.) Die Vermeidung wirkungsloser rhetorischer Kraftmeierei darf und muss ja nicht Leisetretere bedeuten. Im Gespräch bleiben zu wollen und zu können, heißt auf der Freiheit zu bestehen, die Themen und Partner wählen zu können, auch und gerade in und gegenüber Diktaturen.

6. Moralische, wertegeleitete Politik gegenüber Diktaturen erfolgreich zu betreiben, ja durchzusetzen, das setzt, wenn sie mehr als Rhetorik sein will, einiges voraus. Denn der moralische Anspruch, die berechtigte Empörung sie reichen nicht! Zu den Voraussetzungen gehören:
 - eine (einigermaßen unangefochtene) moralische und politische Autorität
 - (sofern notwendig und angemessen) militärisches Drohpotenzial

- wirtschaftliche Sanktionsmacht (wir erleben es gerade)
- soft power, also die eigene Anziehungs- und Überzeugungskraft
- selbstverständlich die Fundierung solcher Politik auf Regeln und Verträgen, auf Völkerrecht
- die tendenziell globale Unterstützung (der UNO?), wenigstens über den eigenen politischen Kreis hinaus Bündnispartner zu finden für die eigene Politik (deshalb sind gegenwärtig Brasilien, Südafrika, Indien usw. so wichtig geworden)

Der nüchterne Blick auf all dies zeigt einen bitteren Zwiespalt zwischen (hohem) moralischem Anspruch und der Begrenztheit der eigenen Durchsetzungsmöglichkeiten. Das gilt für unsere deutsche Politik, aber auch für Europa insgesamt und selbst für die USA.

7. Menschenrechte, Demokratiestandards, Rechtsstaatlichkeitsstandards – das sind selbstverständlich notwendige Werte, Maßstäbe, Ziele für die Außenpolitik demokratischer Staaten. Aber auch soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Friedens sind fundamentale Werte, Maßstäbe, Ziele. Deren Verwirklichung ist im gemeinsamen, im globalen Überlebensinteresse. Daraus ergeben sich Felder vernünftiger und notwendiger gemeinsamer politischer Aktivitäten über Systemgegensätze hinweg, für die Zusammenarbeit politischer Antipoden, also für politischen, wissenschaftlich-technologischen, wirtschaftlichen Austausch – ohne die Illusion, dass Handel immer Wandel bewirken müsse. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, über politische Unterschiede und Gegensätze hinweg zu internationalen Vereinbarun-

gen zu kommen, wie es etwa das Pariser Klimaschutzabkommen darstellt, für dessen Umsetzung es weiterer Vereinbarungen und Verträge bedarf. Notwendig sind auch dringend neue Abrüstungsvereinbarungen, notwendig sind international vereinbarte Regeln zur friedfertigen Nutzung der Künstlichen Intelligenz usw. usf.

Es wird nicht anders gehen, als auch mit Nichtdemokratien solche Felder gemeinsamer (Über-)Lebens-Interessen zu definieren und für sie gemeinsame Abkommen zu schließen. Das ist keine amoralische Realpolitik.

8. Ein paar Bemerkungen zur Politik gegenüber Putin-Russland sind wohl nicht zu vermeiden. Nach 1989/90, also dem Ende des Sowjet-Systems, war es durchaus sinnvoll, Russland durch eine kooperative Politik in der Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie unterstützen zu wollen. Wirtschaftsbeziehungen und energiepolitische Verflechtung sollten dazu dienen, Russland zu transformieren, zu stabilisieren und nach und nach in europäische Strukturen zu integrieren. Diese Erwartung ist bitter enttäuscht worden, spätestens durch den Ukraine-Überfall, aber sie ist schon im Jahrzehnt davor durch Putins Politik konterkariert worden.

Die unvermeidliche Enttäuschung darüber sollte allerdings nicht dazu führen, in einer Art negativer Euphorie alle bisherige sozialdemokratische Politik moralisch zu verdammen, alle Ideen, Konzepte, Instrumente der Entspannungspolitik in die Rumpelkammer der Geschichte zu kippen. (Vielleicht werden wir einige nach dem Krieg wieder brauchen?)

Gegen mögliche Entspannungsrömantik, wie auch gegen Kalte-Kriegs-Nostalgien sollten wir uns jedoch daran erinnern, dass die Entspannungspolitik, wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr gestaltet worden ist, zwei Voraussetzungen hatte: einerseits die (auch militärische) Stärke des Westens, das Abschreckungspotenzial der USA und andererseits die Bereitschaft der Sowjetunion, sich auf Verhandlungen und Kooperationen einzulassen, im Unterschied zu Putin-Russland heute. Damals konnte das Konzept des «Wandels durch Annäherung» und der «Sicherheit nicht gegeneinander, sondern miteinander» erfolgreich werden, konnten Verhandlungen geführt und Kooperationen vereinbart werden – bis hin zur KSZE, also zur «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» mit ihrem folgenreichen Vertragswerk, der Helsinki-Schlussakte.

Heute stehen wir vor einer gänzlich anderen Herausforderung als in den 1960er- bis in die 2000er-Jahre. Putins Aggression hat die Welt, mindestens die europäische, verändert. Und deshalb ist auch militärische Solidarität mit der Ukraine so notwendig: für ihre Selbstverteidigung, für ihr Überleben! Da haben wir Sozialdemokraten ganz entschieden die Pflicht zu jeder verantwortbaren Form von Solidarität! Daran darf keinerlei Zweifel entstehen. Wir sind Partei aufseiten der Ukraine!

Aber zugleich sollte es erlaubt sein, ja eigentlich eine Pflicht, schon im Krieg über den Krieg hinauszudenken. (Deshalb habe ich vor einigen Wochen einen entsprechenden Appell für Waffenstillstandsbemühungen unterschrieben.)

Denn: Was folgt nach dem Ende des Krieges, dem ukrainischen Opfergang,

dem unsäglichen Leiden und Elend, die lange fortwirken werden? Putin ist ein Kriegsverbrecher. Er ist ein Verbrecher, der über Atomwaffen verfügt, deshalb kann er nicht ignoriert und militärisch nicht besiegt werden. Das ist die bitterböse Tatsache, die weder hinwegdemonstriert, noch hinweggehofft und -gewünscht werden kann. Wie aber soll man mit einem Lügner und Verbrecher, der mit seiner blutigen Invasion so viele Verträge gebrochen hat, wie soll man mit Putin wieder verlässliche Vereinbarungen treffen? Ich weiß es nicht. Ich teile die kollektive Ratlosigkeit. Aber trotzig meine ich: Diplomatie muss wieder zu ihrem Recht kommen, damit die Waffen irgendwann, möglichst bald, schweigen können! Und wenn die Waffen schweigen, muss es wieder um Politik gehen!

Putin ist nicht gleich Russland. Das dürfen wir trotz all unserer wütenden Enttäuschung nicht vergessen. Mit der Erfahrung des Ukraine-Krieges erscheint es unabweisbar, dass Europa zunächst und mehr als zuvor seine Sicherheit gegen Putin-Russland organisieren und stärken muss. Aber nicht Jalta, sondern Helsinki muss trotzdem das Motto sein! Denn Russland ist und bleibt ein gewichtiger Teil Europas und sollte – spätestens nach Putin – zur Perspektive einer gesamt-europäischen Sicherheitsarchitektur, die Putin gerade zerstört hat, gehören.

Mir ist eine These von Carl-Friedrich von Weizsäcker aus den 1960er-Jahren des vorigen Jahrhunderts dauerhaft im Gedächtnis geblieben: Er vertrat damals die Auffassung, dass das Gefährliche der seinerzeitigen Weltsituation darin bestand, dass eine der beiden Weltmächte, also die Sowjetunion, nur militärisch stark sei und in allen anderen

Hinsichten, also wirtschaftlich-technologisch und zivilgesellschaftlich schwach sei. Diese Beschreibung scheint mir aktuell auf Putin-Russland zuzutreffen. Denn Putin hat aus dem unendlichen Reichtum seines Landes nichts anderes gemacht, als diesen Reichtum für Hochrüstung zu nutzen, um der Wiedererrichtung russischer imperialer Macht willen und um sein autoritäres Herrschaftssystem aufzubauen. Das macht dieses riesige Land labil und gefährlich. (Die Innovationsquote Russlands, so war neulich zu lesen, entspricht etwa der von Belgien!!) Deshalb wird Europa, wird der Westen nach dem Krieg und nach Putin verpflichtet sein, der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen. Aber er wird auch der Verpflichtung nicht entgehen können, Russland bei seinen notwendigen Modernisierungsprozessen partnerschaftlich helfen zu müssen. Denn: Russland ist auch dann noch gewichtiger Teil Europas und bleibt notwendig für eine neue und dann hoffentlich verlässlichere Friedensordnung.

9. Gegenwärtig geht es wohl vor allem um die Selbstverteidigung des Westens – nicht um seine Expansion! Es geht also um die Verteidigung der liberalen und rechts- und sozialstaatlichen Demokratien des Westens!

- Wir sollten aus Erfahrung klug werden und Fehler nicht weiter machen, also unsere gefährliche Abhängigkeit, nicht nur von Russland, sondern vor allem auch von China verringern. «De-Risking» hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen dies genannt.
- Wir haben an der neuen (gewissermaßen durch Putin erzeugten) Geschlossenheit der NATO und ebenso an der labilen Einheit Europas zu arbeiten.

Es gibt ja nicht wenige Dissense in Europa, die gar nicht alle aufzuzählen sind. Nur auf eine Differenz will ich hinweisen: Europa könnte sich spalten, so las ich bei einem polnischen Politikwissenschaftler, in die Länder, die einen baldigen, gemäßigten Friedensschluss wollen und diejenigen, die einen deutlichen Sieg über Russland wollen. Das ist mehr als ein relativer Unterschied. Die russische Bürgerrechtlerin Irina Scherbakowa ist der Überzeugung, dass erst eine absolute Niederlage Putin-Russlands die Voraussetzung für ein anderes demokratischeres Russland schafft.

- Wir müssen die Demokratie verteidigen in unseren Ländern gegen populistische und extremistische Kräfte und Erosionstendenzen. Denken Sie an Ungarns und Polens «illiberale Demokratien», an das Erstarken rechts-populistisch-extremistischer Parteien in Skandinavien, Spanien, Italien, Frankreich und auch in Deutschland, denken Sie an die Trump-Erfahrung.
- Schließlich geht es um die Art, wie wir den Universalismus der Aufklärung und der Menschenrechte, der Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen – gegen deren «kulturelle» Relativierung, gegen deren Verdächtigung als «weiße», als «rassistisch-kolonialistische» Konzepte. Diese Verteidigung wird nur gelingen ohne westliche Arroganz, mit Selbstkritik (die Fähigkeit zur Selbstkorrektur ist ja eine der großen Vorzüge der Demokratie), Selbstkritik an der Geschichte des Imperialismus und Kolonialismus, an den «Doppelten Standards», die dem Westen ja zu Recht vorgeworfen werden können.

10. Die Selbstbehauptung der Demokratie gegen die autoritären Versuchungen und die Angriffe der Diktaturen (auch gegen die Verheißungen des Modells China) wird nur gelingen, wenn unser europäisches Modell sich in dieser Zeitenwende bewährt. Unser europäisches Modell, das meint, die Fähigkeit, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Fortschritt zu organisieren und damit Wohlstand zu mehren – dies zu verbinden mit Sozialstaatlichkeit und gerechtem Ausgleich – und unter Wahrung und Sicherung der individuellen Freiheiten und von Rechtsstaatlichkeit. Dieses Modell muss sich bewähren in der gegenwärtigen Polykrise, der Gleichzeitigkeit verschiedener dramatischer und umwälzender Prozesse: von der veränderten Globalisierung über die Migrationsschübe, die digitale Transformation, bis zur fundamentalen ökologischen Bedrohung, deren Bewältigung radikale Änderungen unserer Produktions- und Konsumtionsweise verlangt.

Diese Bewährungsproben zu bestehen, das verlangt viel, sehr viel – nicht nur von der Politik, sondern auch von der Bürgergesellschaft insgesamt. Verlangt eine neue Ernsthaftigkeit, eine Konzentration auf das wirklich Wichtige, verlangt viel mehr Solidaritätsbereitschaft und die Überwindung eines grassierenden Freiheitsnarzissmus und individualistischen Egoismus.

Die gemütlichen, glorreichen, durch Wohlstandswachstum beruhigten Zeiten sind wohl erst mal vorbei. Härtere globale und innergesellschaftliche Konflikte kommen auf uns zu, weil nicht einfach und immer ein Mehr zu verteilen ist. Davor können wir uns nicht drücken.

Aber erinnern wir uns: Die DDR- und Osteuropaforschung hat vor 1989 nicht mit einer friedlichen Revolution gerechnet, die Oppositionskräfte kamen bei ihr nicht vor, sie waren wirklich ungeahnt. Das heißt: Wider alle Prognosen, Erwartungen, Befürchtungen, darf man mit Überraschungen rechnen, darf man auch positive Überraschungen nicht ausschließen. ■

THEORIEPERSPEKTIVEN

Richard Saage

Zu Max Adlers Rehabilitierung der Dialektik

Als Max Adler 1913 seinen Aufsatz über «Marxismus und Hegelsche Dialektik» veröffentlichte, hatte das Ansehen der Kategorie «Dialektik» in der *scientific community* und in der politischen Öffentlichkeit ihren Tiefpunkt erreicht. Selbst im marxistischen Lager setzte sich die Meinung durch, dass die Erkenntnisfortschritte der marxistischen Methode nicht wegen, sondern trotz der Rezeption dieser Hegelschen Schlüsselkategorie ermöglicht worden seien. So konstatierte Eduard Bernstein, die «Hegeldialektik» sei «das Verräterische in der Marxschen Doktrin, der Fallstrick, der aller folgerichtigen Betrachtung der Dinge im Wege liegt».¹ Viele Zweideutigkeiten in Engels Analysen wurzelten «zuletzt in der von Hegel übernommenen Dialektik. Deren [...] Ineinanderfließen der Gegensätze und Umschlagen von Quantität in Qualität, und was der dialektischen Schönheiten

noch mehr sind, stellte sich immer wieder der vollen Rechenschaftsablegung über die Tragweite erkannter Veränderungen hindernd entgegen».²

Demgegenüber konnte Max Adler darauf verweisen, dass die Wertschätzung der Dialektik bei Marx und Engels ungebrochen war, selbst nach ihrer Kritik der Hegelschen Philosophie. Marx habe sich zur «wirklich wissenschaftlichen Dialektik» bekannt. Hegel lobte er wegen dessen Verdienst, die allgemeinen Bewegungsformen der Dialektik umfassend und bewusst dargestellt zu haben.³ Und Engels, so Adler, ließ nie einen Zweifel daran, in der Dialektik, «die höchste Form des Denkens» zu sehen. Er rechnete es Marx und sich selbst als Leistung an, die aus der deutschen Philosophie herrührende «Widerspruchslogik» (Bernstein) für «die materialistische Auffassung der Natur und Geschichte hinüberge-

1 Eduard Bernstein: *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Eingeleitet von Dieter Schuster. Nachdruck der 1921 erschienenen zweiten Auflage, 6. Auflage, Berlin, Bonn, Bad-Godesberg 1975, S. 59.

2 Ebenda, S. 57.

3 Vgl. Max Adler: «Die Dialektik bei Hegel und Marx», in: Ders., *Marxistische Probleme. Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik*, Stuttgart 1913, S. 19.

rettet»⁴ zu haben. Wenn es also einen Kern in der Dialektik der Hegelschen Philosophie gab, der die grundlegende Kritik von Marx und Engels an dem absoluten Idealismus Hegels überstand, dann war das für Adler Grund genug, ihn freizulegen und nicht einfach als metaphysisches Relikt des deutschen Idealismus zu entsorgen. Ein solcher Versuch setze aber voraus, zunächst die Urfassung der Dialektik bei Hegel selbst zu rekonstruieren. In einem zweiten Schritt sei dann zu zeigen, welche Funktion die Dialektik im Paradigma der materialistischen Geschichtsauffassung hat. Diesem Pfad wollen wir in diesem Aufsatz folgen.

Formale Logik und Dialektik

In der Darlegung der Grundgedanken der Hegelschen Dialektik folgt Max Adler einem bekannten Muster, das klare Konturen gewinnt, wenn man die dialektische Logik mit ihrer formalen Variante vergleicht. Die Letztere, so können wir Adlers Ausführungen ergänzen, rekuriert auf Symbole, die für etwas stehen. Sie ist jener Teil der Philosophie, der die Denkinhalte nach ihrer Form, als Begriff, als Verbindung von Begriffen als Urteil und als Verbindung von Urteilen als Schluss ebenso abbildet wie die notwendigen Beziehungen zueinander gemäß den logischen Gesetzen. Großen Wert legt Adler auf die Feststellung, dass der Bezug der formalen Logik zur Realität ein äußerer bleibt. Ihr gehe es nicht um die Wahrheit, sondern um die Richtig-

keit der Urteile. Logisch sei etwas, was den Denkgesetzen entspricht. Ob sie der Realität entsprechen, sei für sie irrelevant. Es komme für sie nur auf die Stimmigkeit ihrer immanenten Funktionszusammenhänge an. Immer wieder betont Adler zu Recht, dass die Dialektik die formale Spielart der Logik nicht exkludiert, sondern inkludiert.

Tatsächlich hat Hegel, wie Adler zeigt, die «Unentbehrlichkeit eines logisch klaren und sicher begrenzten Denkens» in seiner *Enzyklopädie* gefordert: «Zum Philosophieren gehört vor allen Dingen, daß ein jeder Gedanke in seiner vollen Präzision aufgefaßt wird und daß man es nicht bei Vagem und Unbestimmtem bewenden läßt.»⁵ Das formal logische Denken gehe zwar von einem anderen Standpunkt als die Dialektik aus. Aber das bedeute nicht, dass sie sich ausschließen, sondern dass sie sich ergänzen. «Das logische Denken wird [...] von der Dialektik weder bekämpft noch widerlegt, sondern es wird ‚aufgehoben‘, dieses Wort im spezifischen Sinne Hegels gebraucht, in welchem es eine Negation unter gleichzeitiger Position, das heißt eine Neusetzung auf höherer Stufe bedeutet. Deshalb sagt Hegel selbst, die Logik werde in der Dialektik konserviert, aber zugleich mit ihrem Inhalt auf einen Ausdruck von größerer Wahrheit gebracht.»⁶ Dieses Hinausschreiten über die starre Denkform der formalen Logik hat Hegel, so könnte man Adlers Darstellung ergänzen, in der Vorrede zu seiner *Phänomenologie des Geistes* zu einem eindrucksvollen Bild verdichtet.⁷ Wenn das formale logische Denken

4 Ebenda.

5 Zit. nach Adler, Dialektik, S. 29.

6 Ebenda.

7 «Die Knospe verschwindet im Hervorbrechen der Blüte, und man könnte sagen, daß jene von dieser widerlegt wird; ebenso wird durch die Frucht die Blüte für ein falsches Dasein der Pflanze erklärt, und als ihre Wahrheit tritt jene an die Stelle von dieser. Diese Formen unterscheiden sich nicht nur, sondern verdrän-

z. B. die Pflanze in ihre Bestandteile, nämlich Knospe, Blüte und Frucht, zerlegt, so ist dieser Vorgang im Sinne der Dialektik noch nicht die Wahrheit der Pflanze. Diese besteht vielmehr darin, dass die Knospe von der Blüte negiert und trotzdem in derselben «aufgehoben» ist. Ebenso ist die Frucht der Tod der Blüte, die aber trotzdem in der Frucht weiterlebt. Das formal logische Unterscheiden ist zwar nach Hegel eine konstitutive Voraussetzung der Erkenntnis. Es ist aber nicht die Erkenntnis selbst. Die Wahrheit enthüllt sich nach Hegel erst ein in der Denkbewegung der dialektischen Synthesis des Unterschiedenen.

Zugleich kann dieses Ineinandergreifen von «unterscheiden» und «erkennen», also von formaler Logik und Dialektik über die entscheidende Differenz nicht hinwegtäuschen, die sie trennt. Sie besteht darin, dass der Bezug der dialektischen Logik zur Realität kein äußerer, sondern ein innerer ist. Das ist insofern der Fall, als für Hegel nur das Wirklichkeit reklamieren kann, was einen Begriff von sich hat. Denn Begrifflichkeit allein ist in der Lage, Realität zu verbürgen. Die Folgen dieses Schrittes sind gravierend, weil die dialektische Spiritualisierung der Welt eine ungeheure Ausweitung erfährt: Natur und Geschichte sind ebenso ihr Gegenstand wie die Metaphysik.⁸ Oder in Max Adlers Worten: «Denn das eigentliche Wesen der Dinge lag (für Hegel, R.S.) durchaus nur in den Begriffen, in deren logischer Entfaltung erst jene Qua-

litäten auftraten, durch welche die Welt ihren dinghaft-starren Charakter erhielt. Auf diese Weise wurde die Logik zur Metaphysik und mußte es werden, sobald die kritische Errungenschaft der Kantschen Philosophie, daß wir alle Erfahrung nur in den Formen des Geistes erleben können, dahin mißverstanden wurde, daß Denken und Sein identisch sei. Der *kritische* Idealismus Kants verwandelte sich in den absoluten Hegels, von dessen Standpunkt aus die Welt nicht mehr für den Geist irgendeines Individuums gegeben war, so daß dieser Geist nichts anderes bedeutete als die Erfahrung selbst, sondern von dem aus der Geist vielmehr schon vor jeder Erfahrung, weil vor jedem menschlichen Individuum, diese ganze Welt aus sich heraus erzeugte und in den einzelnen Individuen bloß als in ebenso vielen Bestimmungen seiner selbst nur zum Selbstbewußtsein gelangte.»⁹

Dieses Szenario der Spiritualisierung der Welt vorausgesetzt, kann Adler zeigen, dass Hegel Dialektik nicht als eine Dialektik außerhalb des Denkens versteht, wie Engels z. B. seine Naturdialektik begreift. Andererseits impliziert aber der Hegelsche Begriff der Dialektik einen Vorgang, der sich nicht ausschließlich im denkenden Subjekt abspielt, isoliert von allen Objekten. Indem für Hegel das Denken immer auch ein Denken von «etwas» ist, bezieht es sich zwar einerseits auf das Objekt. Indem das «etwas» aber nur ist, sofern es gedacht wurde, bleibt es zugleich auf das erkennende Sub-

gen sich als unverträglich miteinander. Aber ihre flüssige Natur macht sie zugleich zu Momenten der organischen Einheit, worin sie sich nicht nur nicht widerstreiten, sondern eins so notwendig als das andere ist; und diese gleiche Notwendigkeit macht erst das Leben des Ganzen aus» (Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Phänomenologie des Geistes*. Nach dem Text der Originalausgabe herausgegeben von Johannes Hoffmeister. Sechste Auflage, Hamburg 1952, S. 10).

- 8 Unter Metaphysik versteht der Neukantianer Max Adler Denkbewegungen die den Geltungsbereich der apriorischen Anschauungsformen von Raum und Zeit und der Kategorien transzendieren.
9 Adler: Dialektik, S. 21.

jekt fokussiert. Die dialektische Erkenntnis als Synthesis des von der formalen Logik Unterschiedenen wird vollzogen sowohl vom Gegenstand selbst als auch von unserem Denken. Indem also die Synthesis des Unterschiedenen eine für uns ist, ist sie zugleich eine solche, die am Objekt sich entfaltet. Nach Adler vereint diese Subjekt-Objekt-Dialektik zwei verschiedene Dinge, die «unter dem gleichen Namen der Dialektik einhergehen: einmal eine Art des Denkens, also eine *Methode*, dann aber auch eine Art des Seins, des Wesens der Dinge, also eine *Metaphysik*. Bezeichnen wir diese beiden Bedeutungen, die freilich zufolge des Identitätsstandpunktes der Hegelschen Philosophie zusammenfließen mußten, mit besonderen Namen, nennen wir die Methode, also die Gegensätzlichkeit des Denkens im Ablauf seiner Inhalte *Dialektik*, dagegen die Gegensätzlichkeit des Seins im Ablauf realer Vorgänge *Antagonismus*, so wird mit einemmal deutlich, welche verschiedenen Dinge die Hegelsche Dialektik vereinen konnte, weil sie nicht bloß und vor allem nur Methode, sondern zugleich Metaphysik war.»¹⁰ Diese Unterscheidung zwischen Dialektik und Antagonismus ist für Adler die Brücke, die zur Dialektik bei Marx führt.

Dialektik und Antagonismus

Wenn verstanden wurde, so Adler, dass das, was bei Hegel als Einheit ausgegeben wird, in Wirklichkeit sich aber schroff gegenübersteht, nämlich Dialektik als

gegensätzliche Denkbewegung und Antagonismus als metaphysische Gegensätzlichkeit des Seins, ist der Weg kurz zu der Einsicht, «daß ein Element des absoluten Idealismus, eben seine Dialektik, hinüberwandern konnte in den Marxismus, also in ein System zwar nicht des Materialismus, aber doch des Positivismus.»¹¹ Adler sieht das Verdienst insbesondere von Marx darin, dass er die mystische Verbindung von Dialektik als Denkmethode und metaphysischem Antagonismus als gegensätzliche Qualität des Seins zerstört hat. Seine «lichtvolle Einsicht» habe darin bestanden, «daß [...] die Selbstbewegung der logischen Kategorie, des absoluten Denkens, nur die Bewegung des individuellen Denkens war, mit welcher dieser von einer Denkbewegung zu einer anderen gelangte.»¹² Mit diesem Schritt sei die Mystifikation des Denkprozesses als schöpferischer Potenz des Denkens, die die Welt aus sich hervortreibt, beendet worden. Was blieb, sei die «tiefe Erkenntnis Hegels [...] von dem Denken als einer eigenartigen Bewegung selbst».¹³ Das Denken nehme dadurch eine neue Qualität an, dass es das eherne formallogische Korsett der äußerlichen Verbindung von starren Begriffen durchbrach und «das Übergehen und Auseinandergehen aller seiner Bestimmungen in einer Totalität des Denkinhaltes»¹⁴ ermöglichte.

Tatsächlich kann Adler mit einschlägigen Zitaten belegen, dass es der methodologische Charakter der Dialektik war, den Marx und Engels für das wissenschaftliche Denken fruchtbar zu machen suchten. So

10 Ebenda, S. 23.

11 Ebenda, S. 35.

12 Ebenda, S. 36.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

habe für Marx das Wesen der Dialektik darin bestanden, «in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einzuschließen, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach der vergänglichen Seite aufzufassen».¹⁵ Dem stimmte Engels zu. Die Dialektik ermögliche die Betrachtung der Dinge «in ihrem Zusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehen und Vergehen».¹⁶ Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass Marx und Engels die Hegelsche Dialektik als Denkmethode, befreit von allem weltanschaulichen und metaphysischen Ballast, wertschätzten und als eine Bereicherung für den Marxismus als einer positivistischen Sozialwissenschaft ansahen. Nun muss freilich Adler zugeben, dass es insbesondere bei Engels auch Aussagen gibt, die das konsequente Festhalten an der Dialektik als Methode schwer behindern. Es ist die Tatsache, dass die Grundanschauung beider Denker durchaus metaphysische Elemente enthält, die in ihrer Bestimmung des Verhältnisses von Denken und Sein begründet sind. Beide Denker hätten gelegentlich die Identität von Denken und Sein ähnlich konzipiert wie Hegel, nur in umgekehrter Reihenfolge, wenn für sie, «die Denkgesetze [...] nichts anderes sind als die bewußte Spiegelung der für sich bestehenden Seinsgesetze. Und so wird die Dialektik, die erst nur Methode sein sollte, zugleich auch Universalgesetz der Natur.»¹⁷ Nach Adler ist es zu einer Verfesti-

gung dieser Identifizierung in dem Maße gekommen, wie durch den «von ihnen aufgezeigten Antagonismus des gesellschaftlichen Lebens ihre dialektische Auffassung in einem grandiosen Faktum der Erfahrung bestätigt»¹⁸ zu werden schien.

Adler muss also eine Diskrepanz in der Beurteilung der Dialektik als einer bloßen «spezifischen Arbeitsmethode, mit welcher sich die Wissenschaft hier im steten Wandel seiner Bestimmungen gegebenen Stoffs am sichersten zu bemächtigen weiß»¹⁹ und ihrem im Sinne des philosophischen Materialismus metaphysischen Status als ein Universalgesetz der Natur im Œuvre von Marx und Engels einräumen. Max Adler löst diese Diskrepanz auf, indem er die metaphysischen Elemente als abtrennbare «lediglich historisch und psychologisch zu wertende Beimengungen»²⁰ deutet. Man berücksichtige zu wenig, «daß bei der Würdigung philosophischer Anschauungen stets auseinanderzuhalten ist, was den Geistesgehalt, also gleichsam den philosophischen Habitus der bei einem Denker auftretenden Lehren ausmacht und das, was nur den mehr zufälligen Formen angehört, in denen jene Lehren bei ihm entstanden, sich entwickelt und durch Kämpfe mit den von ihm vorgefundenen Gedankenmassen seiner Zeit ausgestaltet haben. Nur die erstere Betrachtung eröffnet uns den wirklich geistesgeschichtlichen Charakter eines Denkers, während die andere lediglich einen biografischen und psychologischen Interpretationswert

15 Ebenda, S. 36.

16 Ebenda.

17 Ebenda, S. 39.

18 Ebenda.

19 Ebenda, S. 38.

20 Ebenda, S. 37 f.

besitzt.»²¹ Es sei im Übrigen eine unfruchtbare, weil scholastische Art, «sich darauf zu stürzen, was Marx und Engels auf Seite so und so viel gesagt und nicht gesagt haben, und ob ein Zitat aus ihren Schriften so gemeint sein konnte, wie es der Autor meint, der sie zitiert.»²² Worauf es Adler vielmehr ankommt, ist die wissenschaftliche Weiterentwicklung der neuen Erkenntnisweisen, die der historische Materialismus einerseits und die kritische Philosophie Kants andererseits gebracht hätten. Dagegen wögen punktuelle Rückfälle in überholte Denkmuster bei Marx und Engels leicht. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass Interpretieren einen Text nicht selten besser verstehen können als der Autor selbst.

Dialektik im Marxismus

Adler jedenfalls hält konsequent an seiner These fest, dass der Marxismus in seiner spezifischen Leistung «wesentlich Wissenschaft» ist. In diesem Sinne ist er der Frage nicht ausgewichen, «was die Dialektik im Marxismus (als Wissenschaft, R. S.) leistet».²³ Als Erstes nennt Adler die dialektische Transformation der ökonomischen Begrifflichkeit, «durch welche sie aus ihrer starren und isolierten Form [...] in den vielseitigen Zusammenhang ihrer tatsächlichen Verbundenheit gebracht werden» und durch die so erfolgte Verflüssigung die «Verlebendigung der ökonomisch-historischen Kategorien» und damit die Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie überhaupt

erst ermöglicht hat. Als Beleg nennt Adler den Maßbegriff des Wertes bei Marx. So wird der Gebrauchswert für den Konsumenten zugleich in seiner widersprüchlichen Funktion als Tauschwert für den Besitzer der Waren verstanden. Die Auffassung der konkreten Arbeitsleistung nimmt zugleich den kontradiktorischen Ausdruck abstrakt menschlicher Arbeit an und die private Tätigkeit die gegensätzliche Form der gesellschaftlichen Produktion.²⁴ Vor allem aber erhält «die Kritik der kapitalistischen Produktionsweise [...] ihre grandiose Schlagkraft durch den Nachweis, wie der Produktionsprozess, der als solcher bloß gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung ist, zugleich Verwertungsprozeß im Interesse privater Kapitalanhäufung wird, wie die Organisation der Gesellschaft in der Produktion zugleich zur Desorganisation der Gesellschaft im Austausch wird, und wie schließlich dieser sachliche Antagonismus der Produktionsfaktoren seinen menschlichen Ausdruck findet in dem Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat.»²⁵

Ein weiteres Beispiel für die dialektische Durchdringung des marxistischen Analyse-Rasters ist nach Adler der ihm zugrunde liegende Entwicklungsbegriff. Er bildete bei Hegel die Transformation des Weltgeistes von der absoluten Substanz seines Anfangs bis zur absoluten Subjektivität seiner Vollendung ab. An seinem Beginn war die absolute Substanz reine Potenzialität und daher für das erkennende Subjekt völlig leer. Daher fällt ihm als Platzhalter des absoluten Geistes die Aufgabe zu, sie zu ex-

21 Max Adler: «Macht und Marx. Ein Beitrag zur Kritik des modernen Positivismus», in: Ders., *Marxistische Probleme. Beiträge zur Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung und Dialektik*, Stuttgart 1913, S. 271.

22 Adler: «Vorwort» zu: Ders.: *Marxistische Probleme*, S. VIII.

23 Adler: *Dialektik*, S. 42.

24 Ebenda.

25 Ebenda, S. 42 f.

pizieren, ihre Vermitteltheit aufzudecken und sie in Geist aufzulösen. Erst wenn dies geschehen ist, hat der absolute Geist das Ziel seiner Entwicklung, den Zustand des *für sich Seins*, erreicht. Zwei Merkmale des dialektischen Transformationsgedankens bei Hegel haben nach Adler den marxistischen Entwicklungsbegriff nachhaltig geprägt: Erstens: Wie die erkennende Subjektivität bei Hegel nur explizieren kann, was ihr der absolute Geist im Zustand seines *an sich Seins* vorgegeben hat, so folgt der Entwicklungsgedanke bei Marx ausschließlich seiner eigenen Gesetzlichkeit, die an das menschliche Bewusstsein gebunden und damit ein durch Denkbestimmungen zu erfassender Begriff ist. Entwicklung darf also nicht mit Darwins Deszendenz oder historischer Veränderung verwechselt werden.²⁶ Zweitens: Die dialektische Bewegung bei Hegel ist auf das Ziel der Selbstexplikation des absoluten Geistes gerichtet. Durch diese Richtungsbestimmtheit der dialektischen Bewegung ist auch der Entwicklungsgedanke bei Marx, wenn auch in positiver Form, geprägt. Das Telos ist «die immer vollständigeren Vermittlung isolierter Denkelemente», also die Herstellung «eines immer vollkommeneren, gleichzeitig differenzierten Zusammenhanges».²⁷

Doch nicht nur der Begriff, sondern auch die Triebkraft der Entwicklung ist nach Adler im marxistischen Paradigma dialektisch vermittelt. Hegel hat diesen Sachverhalt auf die Formel der «Negation der Negation» gebracht. Da sich im dialektischen Nexus das «oben» durch das «unten», das

Absolute durch das Relative, das Endliche durch das Unendliche konstituiert, ist alles Existierende die Negation eines anderen. Erst dadurch, dass alle Gegensätze selbst wieder Negationen von etwas sind, erlangen die Dinge durch die Negation der Negation eine Affirmation und dadurch konkrete Bestimmtheit. Diese Bewegung des Begriffs zwischen den Extremen nennt Hegel Werden, d. h. Entwicklung, die die Differenzierung der Welt ermöglicht. Nach «Abstreifung des ontologischen Charakters der Denkbewegung» hat nach Adler die «Negation der Negation» im Marxismus nichts Mystisches mehr an sich. «Es ist aber auch keine willkürliche Formel, nach deren Anleitung kühne Konstruktionen ausgeführt werden können, sondern es ist die Form dialektischen Denkens selbst.»²⁸ Wissenschaftliche Relevanz, so Adler, erlangt diese Formel durch zwei Phänomene, die mit der materialistischen Geschichtsauffassung und der ökonomischen Kritik des Marxismus konvergieren: «daß trotz aller bewußten Zweckmäßigkeit in der Geschichte doch etwas anderes herauskommt, als von Menschen angestrebt wurde» und «daß jeder geschichtliche Zustand die Tendenz hat, sich durch Umschlagen in sein Gegenteil zu entwickeln.»²⁹ Aber auch außerhalb des Marxismus habe sich die Formel der Negation der Negation wissenschaftlich bewährt. Als Beleg führt Adler Wilhelm Wundts psychologische Entwicklungsgesetze, nämlich das Gesetz der Heterogenie und der Entwicklung der Gegensätze³⁰ und Herbert Spencers Definition der Entwick-

26 Ebenda, S. 44 f.

27 Ebenda, S. 45.

28 Ebenda, S. 49.

29 Ebenda.

30 Ebenda.

lung. Danach ist die «Entwicklung der Fortgang von unzusammenhängender Gleichartigkeit zu zusammenhängender Mannigfaltigkeit [...], in der also das Homogene sich differenziert (Negation) und diese Verschiedenheit sich zu einer höheren Einheit integriert (Negation der Negation).»³¹

Ein weiteres Hegelsches Schema, dessen dialektische Stoßrichtung Eingang in den Marxismus gefunden hat, ist die berühmte Formel des Umschlagens der Quantität in die Qualität. Beide sind, so Adler, «nicht so verschiedene und getrennte Bestimmtheiten eines Denkinhalts, wie sie in der verstandesmäßigen (begrifflichen) Betrachtung erscheinen». ³² Was nämlich das formal logische Schema des «entweder-oder» nicht abzubilden vermag, sei die dialektische Tatsache, «daß nicht nur das Quantitative stets nur am Qualitativen vorkommen kann, sondern umgekehrt auch das Qualitative nur durch eine bestimmte und ihm eigentümliche Quantität in seiner eigenartigen Qualität besteht.»³³ Eben diese dialektische Betrachtungsweise lasse sich auch in den ökonomischen Analysen bei Marx nachweisen. Deren Kategorien haben eine quantitative, messbare Dimension, die aber zugleich durch ihren gesellschaftlichen Charakter qualitativ überwölbt sind. «So ging aus der bloß immer zweckmäßigeren und technisch vervollkommeneten Organisation der Arbeitenden die erstaunlich wachsende Produktivkraft der Arbeit hervor, und so entsprang den mannigfaltigen Willensrichtungen der Kapitalbesitzer bei Ver-

wertung ihres Kapitals die ungeheure Expansionskraft des Kapitals selbst»³⁴, deren Dynamik sich im Selbstlauf entfaltet. Doch die analytische Relevanz des dialektischen Umschlags der Quantität in Qualität ist nicht auf den marxistischen Diskurs begrenzt. So sind klimatische «Kippunkte» «Beispiele für einen solchen dialektischen Umschlag. Wenn ein Kippunkt überschritten wird, verändert sich das System grundlegend, möglicherweise ohne die Möglichkeit der Revidierung.»³⁵

Der Umschlag von Quantität in Qualität ist aber auch konstitutiv, wenn es um die revolutionäre Seite des Marxismus geht. Sie im Licht dieser Formel zu interpretieren, so die oft geäußerte Kritik, sei widersinnig, weil sie «einen Sprung ins Neue bedeute, die Natur aber keine Sprünge zulasse». ³⁶ Doch dieser Rekurs auf Darwins Evolutionstheorie greift nach Adler zu kurz. Denn Entwicklung dürfe nicht mit Kontinuität verwechselt werden. Zwar finden alle Diskontinuitäten sowohl in der Natur wie in der Geschichte in einem Kontinuum von Raum und Zeit statt. Aber dieses Kontinuum sei als bloße apriorische Bedingung der Möglichkeit von Erfahrung «lediglich ein formales Denkelement»³⁷, innerhalb dessen durchaus materiale Diskontinuität und Sprunghaftigkeit im Sinne der Revolution stattfinden. Mit anderen Worten: Der Begriff der Entwicklung, der im Kern das dialektische Hervorgehen des Neuen aus dem Alten ist, beziehe sich in der marxistischen Sozialwissenschaft «durchaus auf

31 Ebenda.

32 Ebenda, S. 50.

33 Ebenda.

34 Ebenda, S. 52.

35 Friederike Neuber: «Und wer soll's richten? Individuelle Verantwortung im Klimawandel», in: *perspektivends*, 38. Jg. (2022), Heft 1, S. 70.

36 Adler: *Dialektik*, S. 53.

37 Ebenda, S. 56.

den Inhalt des Geschehens [...], nicht auf seine formale Seite»³⁸ und bestätigte, dass die Dialektik der Entwicklung kontinuierliche Diskontinuität ist. «Diese Erkenntnis macht sie zu jener revolutionären Denkweise, als die Marx und Engels sie stets gerühmt haben, weil sie darlegt, wie alle Entwicklung stets ein Umsturz, ein Verlassen alter Bahnen, eine Neubegründung des Daseins ist.»³⁹ Unter dieser Voraussetzung sind Revolution und Evolution in der Lesart Adlers der Sache nach auch keine Gegensätze, wie häufig unterstellt wird. Vielmehr handele es sich um eine «bloße Verschiedenheit der geschichtlichen Wertung eines und desselben Entwicklungsvorganges»⁴⁰. Auf dieser Ebene der Wertung lokalisiert Adler auch den Begriff der Reform: Von ihr distanziert sich die Revolution dadurch, dass sie mit Absicht den Bruch mit der Vergangenheit betont, obwohl es sich bei beiden um eine Art der Evolution handelt.

Theorie und Praxis

Was aber nach Adler die Methode des dialektischen Denkens im Marxismus erst vollendet, ist die Erkenntnis, «daß auch Ursache und Wirkung ebensowenig getrennt und einander ausschließend zu denken sind wie Quantität und Qualität.»⁴¹ Formallogisch sind Ursache und Wirkung streng getrennte Kategorien. In dialektischer Perspektive dagegen durchdringen sie sich, «indem etwas als Ursache gedacht werden

kann nur in bezug auf seine Wirkung und als Wirkung nur durch seine Ursache».⁴² In dem Maße, wie jede tatsächliche Ursache in ihrer Wirkung eine Rückkoppelung aus ihrem Objekt erfahre, verwandle sich die Vorstellung von Kausalität von einer bloß tätigen in eine gleichzeitig passive Wirksamkeit. «In Anwendung auf das soziale Leben entsteht daraus der Begriff des Menschen als eines nicht mehr bloß wirkenden oder bloß äußerlich bestimmten, sondern als eines tätig-leidenden Wesens, als eines in der Aktion bestimmten und in der Bestimmung aktiven Wesens, kurz als eines Wesens, auf das nur gewirkt werden kann, indem es selber wirkt.»⁴³ Diesen Sachverhalt habe Marx auf die prägnante Formel gebracht: «Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.»⁴⁴ Die Dialektik besteht nach Marx also darin, dass der Mensch zwar «leidend» durch äußere Umstände geprägt wird (Wirkung). Aber gleichzeitig ist er auch ein «tätiges» Wesen, das selbst die Umstände schafft, denen er unterworfen ist (Ursache).

Damit ist aber nach Adler das Potenzial der Dialektik noch nicht ausgeschöpft. «Denn die Dialektik ist nicht nur das immanente Hinausgehen des Denkens über jede seiner Bestimmungen, sondern auch

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Ebenda, S. 57.

42 Ebenda.

43 Ebenda, S. 58

44 Zit. nach Adler: *Dialektik*, S. 58.

des Denkens über sich selbst zum Tun, das stete Umschlagen des Gedankens in die Aktion. Als Begreifen der menschlichen Praxis wird sie zum Eingreifen in diese Praxis.»¹ Dieser Umschlag von der Theorie zur Praxis und von der Praxis rückwirkend auf die Theorie bezeichnet nach Adler die rote Linie, die die marxistische Sozialwissenschaft von der bürgerlichen Wissenschaft trennt. Während die Letztere sich auf die «Parteilosigkeit» der Wissenschaft beruft und die Entwicklungsrichtung der sozialen Entwicklung ignoriert oder falsch deutet, durchbricht die Dialektik diese Schranke. Sie er-

möglicht die Einheit von Wissenschaft und Politik bzw. das «Zugleichsein der Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis und der notwendigen politischen Stellungnahme»² und transformiert so proletarische Politik in angewandte Wissenschaft. «Und deshalb ist die Dialektik wirklich», so lautet Max Adlers abschließendes Credo, «wie Engels sagte, nicht nur unser bestes Arbeitsmittel, sondern auch unsere schärfste Waffe. Deshalb ist sie wirklich, wie Marx rühmte, revolutionär: denn (auch die Theorie wird Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.»³ ■

1 Ebenda, S. 58f.

2 Ebenda, S. 59.

3 Ebenda.

Konrad Lindner

Seele – die Seinsform des Subjekts Hegels Realphilosophie im dialogischen Kommentar

Die Erste Philosophie («metaphysica») des Aristoteles und sein Buch über die Seele liegen sozusagen die ganze Zeit aufgeschlagen auf Hegels Schreibpult[...].

Pirmin Stekeler in seiner Einführung
in die Enzyklopädie Hegels

0 Nach Hegels Enzyklopädie gegriffen

Die *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* von Georg Wil-

helm Friedrich Hegel (1770–1831) besitze ich seit Dezember 1982. Es handelt sich um ein Exemplar, das mir zu Zeiten der deutschen Spaltung der Historiker Hans-Joseph Steinberg (1935–2003) von der Universität Bremen geschenkt hat. Bei ihm in der Hansestadt sah ich den bereits transkribierten, aber noch nicht veröffentlichten Briefwechsel zwischen den beiden sozialdemokratischen Theoretikern Eduard Bernstein (1850–1932) und Karl Kautsky (1854–1938) durch. Bei der *Enzyklopädie* aus der privaten Bibliothek Steinbergs han-

delt es sich um die Heidelberger Version aus dem Jahr 1817, die Hermann Glockner (1896–1979) im Jahr 1927 in Stuttgart herausgegeben hat. Erst vier Jahrzehnte später lese ich jetzt in einem Werk, das mich Paragraf für Paragraf in dieses wichtige Buch der neuzeitlichen Philosophie einführt, das ich mir selber bisher aber nicht habe durchgehend übersetzen können. Bei der verdienstvollen Übertragung der Enzyklopädie in die heutige Sprache der Philosophie handelt es sich um eine Arbeit des Leipziger Hegel-Forschers Pirmin Stekeler. Sein Buch über *Hegels Realphilosophie* erschien im Sommer 2023 im Verlag Felix Meiner in Hamburg. Der Untertitel lautet: Ein dialogischer Kommentar zur Idee der Natur und des Geistes in der *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften*. Zugrunde liegt die dritte Auflage, die Hegel im Jahr 1830 in Berlin besorgt hat. Im ersten Teil des Werkes gibt Stekeler aus seiner Sicht den *Versuch einer topischen Bestimmung* der Enzyklopädie. Im zweiten Teil folgt die *Naturphilosophie* Hegels. In dem dritten Teil schließt sich die *Philosophie des Geistes* an. Wer heutzutage wissen möchte, was *Philosophie der Natur* und *Philosophie des Geistes* sind, wird die hier dialogisch abgehandelten Paragrafen 245–376 (*Philosophie der Natur*) 377–577 (*Philosophie des Geistes*) der Enzyklopädie aufmerksam lesen. Meine Aufgabe ist hier nun aber keine Gesamtschau, sondern ich möchte es mit einer beinahe privaten Notiz bewenden lassen. Denn: Beim ersten Blick in den dialogischen Kommentar Stekeler stolpere ich über die zahlreichen Passagen zur *Psychiatrie*. In ihnen erweist sich Hegel als ein Autor, der aus seiner Philosophie des Geistes heraus ein auffallend gutes Verständnis sowohl für Menschen mit seelischen Erkrankungen als auch für die

Arbeit der Seelenärzte entwickelt. Bevor ich nun aber auf Hegels Gedanken zur Psychiatrie eingehe, möchte ich einige der Bemerkungen voranstellen, in denen sein Lebensgespräch mit Aristoteles (384 v. Chr. – 322 v. Chr.) beleuchtet wird.

1 Aristoteles auf dem Schreibpult

In der *Einführung* zu seinem dialogischen Kommentar macht Stekeler darauf aufmerksam, dass «die Erste Philosophie (‘metaphysica’) des Aristoteles und sein Buch über die Seele» die «ganze Zeit aufgeschlagen auf Hegels Schreibpult» lagen. (5; S. 57). Die berühmte Schrift *Über die Seele* verfasste *Aristoteles* wohl in den Jahren 335 bis 323 vor Christus. Der Begriff der *Seele* war Aristoteles nicht weniger wichtig als Platon (428/427 v. Chr. – 348/347 v. Chr.), aber er verknötete ihn noch enger mit der lebenden und der leiblichen Person, wodurch der Begriff der *Seele*, der auch auf Pflanzen und Tiere angewendet werden kann, betreffs der Menschen «der Gesamtheit der Praxisformen der Menschen» verpflichtet ist. (5; S. 62). Mit der Rede von der *Seele* verknüpft sich bei Hegel und bei Aristoteles also keine vom Leben isolierte Wesenheit. Im Gegenteil gehören Leben und Seele zusammen. Hegel sagt in § 396 der *Enzyklopädie* von 1830, wie Stekeler reformuliert, dass die Seele als *Individuum* bestimmt «die lebende Person» ist. (5; S. 66 und S. 533). Die Seele ist kein separates Prinzip, sondern einfach nur die Seinsweise des leiblichen Individuums oder die Wirklichkeit der lebenden Person. Paragraf 396 wird von Stekeler weiter mit dem Satz ausgelegt: «Die Seele ist *Individuum*, weil ihr Leib ein Individuum ist, ein *atomon*, das unteilbar ist und von der Geburt

bis zum Tod eine Einheit bildet» (5; S. 534). Eine Stärke des Ansatzes von Hegel wie von Aristoteles ist es, dass die *Seele* in ihrer *Ganzheitlichkeit* und als *Seinsform des personalen Subjekts* bestimmt wird. Wird nun aber die *Seele* als Seinsform der Person verstanden, ist die Frage nach der Möglichkeit psychischer Erkrankungen im Leben der Menschen ein Thema, das in der Philosophie des Geistes durchaus Bedeutung erlangt. Der Autor der *Enzyklopädie* betrachtet die Lebensweise der seelisch gesunden wie der seelisch kranken Menschen einheitlich und gemeinsam. Hegels Ansatz ist erstaunlich modern, wie sich bei genauerem Hinsehen zeigen wird.

2 Kluge Gedanken über psychische Krankheiten

Gleich in der Heidelberger Enzyklopädie schreibt Hegel 1817 im dritten Teil des Buches über *Die Philosophie des Geistes* im ersten Abschnitt *Der subjektive Geist* in Paragraf 321 nicht nur über die *«subjective Seele»*, sondern auch über *«ihre Entgegensetzung»*, durch welche im Individuum ein *«Zustand der Zerrüttung»* eintrete. Die Rede ist vom *«Zustand der Verrücktheit überhaupt»* und von den *«Krankheiten des Geistes»* (3; S. 239). Im Einzelnen führt Hegel zu den *Verschiedenheiten der Verrücktheit* an: *«Wahnsinn, Tollheit, Rasey, Blödsinn»* (3; S. 241). Bereits in der ersten Fassung der Enzyklopädie bringt der Logiker und Philosoph den personalen Ansatz der Psychiatrie in einer Weise auf den Begriff, die bis in die Gegenwart als gültig angesehen werden kann. Psychisch kranke Menschen werden als Person und in ihrer Autonomie angesprochen, wenn Hegel in Paragraf 321 der Heidelberger Enzyklopä-

die schreibt: *«Die psychische Behandlung beruht auf der Einsicht, daß die Verrücktheit nicht Verlust der Vernunft, sowohl nach der Seite der Intelligenz als des Willens, sondern nur Verrücktheit ist, die Behandlung daher den Kranken als Vernünftiges voraussetzt und hieran den festen Halt hat, an dem sie ihn erfassen kann»* (3; S. 242). Unter Verrücktheit versteht Hegel einfach nur das *«absolute Unglück des Widerspruchs»* des Individuums mit sich, aber nicht den *«Verlust des Verstandes»* (3; S. 241). Die zitierte Passage, dass Verrücktheit nicht *«Verlust der Vernunft»* bedeute, hielt Hegel auch in Paragraf 408 der letzten Berliner Ausgabe der *Enzyklopädie* von 1830 fest. Er schreibt jetzt auch über die *«wahrhafte psychische Behandlung»* oder über den humanistischen Therapieansatz in der Psychiatrie. *«Diese menschliche. d. i. ebenso wohlwollende als vernünftige Behandlung [...] setzt den Kranken als Vernünftiges voraus»*, wobei Hegel 1830 ausdrücklich hinzufügt, dass der französische Arzt Philippe Pinel (1745–1826) die *«höchste Anerkennung»* verdient (5; S. 602). Stekeler streicht heraus, dass Hegels Analysevorschlüsse *«zur Verrücktheit als psychisches Krankheitsbild»* durchaus *«nicht überholt»* sind, weil zahlreiche intellektuelle Fähigkeiten in der Verrücktheit – beispielsweise im akuten Wahnerleben – immer noch partiell intakt sind (5; S. 600). Der Kommentator führt weiter aus: *«Hegel lobt Philippe Pinel, den Begründer der wissenschaftlichen Psychiatrie, für seine Anerkennung der psychisch Kranken als vernünftigen Personen, die es insbesondere nicht einfach aus Sicherheitsgründen wegzusperren gilt»* (5; S. 602). Stekellers Vorschlag zur Lektüre läuft darauf hinaus, mit Hegel *Krankheiten des Gemüts* wie zum Beispiel Depressionen von *psychischen*

Krankheiten zu unterscheiden, wobei «der Anfang oder die Ursache einer psychischen (früher: geistigen) Krankheit manchmal mehr von der leiblichen, manchmal mehr von der verhaltensmäßig seelischen Seite ausgehen – und ebenso die Heilung» (5; S. 598). Bis in die Gegenwart gilt der Name von Pinel, wie Wolfgang U. Eckart in seiner *Geschichte der Medizin* (1998) schreibt, als ein Symbol für die «Befreiung der Geisteskranken von den Ketten», durch die sie zuvor wie kriminelle Gewalttäter gefesselt wurden (1; S. 259).

3 Psychosen sind heilbar

Psychosen sind seelische Eruptionen, in denen die eingeübte Kontrolle des eigenen Verhaltens verloren geht. Hochgefühle bis zum Größenwahn und Angstvorstellungen bis zur Todesangst können in psychotischen Perioden durcheinanderwirbeln. Ich wurde im Frühjahr 1992 während der großen Entlassungswelle an der Universität Leipzig und inmitten der allgemeinen Jagd auf Ex-Kommunisten in die Psychiatrie eingeliefert, weil mich Psychosen aus dem seelischen Gleichgewicht warfen. Ich war nicht gewillt, mich in die neue Ordnung reinzuschwindeln und die Universität im Verlauf der einzelnen Anhörungen zu belügen. Aber in dieser Grenz- und Umbruchsituation verlor ich die Kontrolle über mein Seelenleben. Damals hatte ich keine Ahnung von Hegels Gedanken zur Psychiatrie. Ich wusste nicht, dass in meiner Bibliothek mit dem Steinberg-Buch eine *Philosophie des Geistes* steht, in der im Verlauf von Paragraph 321 die Gründe für meine Chancen auf Heilung besprochen werden. Der Ausbruch von akuten Wahnvorstellungen überkam mich im Haus meiner Mutter

in Hamburg wie ein Unwetter. Meine Mutter war 1974 als Rentnerin aus der DDR ausgereist. Im Dezember 1982 – nach den Archivarbeiten in Bremen – hatte ich sie erstmals für einen Tag besuchen dürfen und nach acht Jahren endlich wieder einmal sehen können. Nach der Anhörung in Leipzig brach bei mir beim Besuch in Hamburg ein seelischer Vulkan aus. Trotz der extremen Krise sind Psychosen aber kein Totalverlust der Vernunft. Immerhin ließ ich mich zu Hause in Leipzig in die Klinik einweisen. Doch gerade diese erste Hürde ist recht hoch. Die Einsicht, krank zu sein, reift oft nur mühsam. Es ist ein schwieriger personaler Vorgang, die Bereitschaft zu entwickeln, sich auf professionelle Hilfe einzulassen. In Phasen des Hochgefühls ist die Neigung da, den Satz von nahen Menschen «Du bist krank!» oder «Du hast Verfolgungswahn!» als eine Provokation sowie als einen Freiheitsentzug abzuwehren. Bei der Alkoholerkrankung verhält es sich ähnlich. Ohne Einsicht in ihre Erkrankung können die Patienten nicht behandelt werden. Die Erfahrung, dass es den Patienten in der Situation seelischer Exzesse schwerfällt, sich ihre Erkrankung einzugestehen, besprach bereits der erste Leipziger Lehrstuhlinhaber für psychische Heilkunde Johann Christian August Heinroth (1773–1843) in seiner *Abhandlung über die Seelengesundheit* (1822). So groß der Schock des Verlustes der Selbstkontrolle 1992 für mich auch war, ich habe durch ärztliche Hilfe und durch die Unterstützung des Netzwerkes meiner Familie im Verlauf der Jahre gelernt, mit der Neigung zu Psychosen und mit einer bipolaren Störung zu leben. Wichtig für die Genesung war die Einarbeitung in einen neuen Beruf, der nicht nur ein Einkommen beschert, sondern aus dem auch eine soziale Anerkennung erwächst.

4 Geistige Gesundheit erfordert geistige Sinnstiftung

In meinem Leben ist es so, dass der journalistische Beruf eine Erweiterung des geistigen Horizonts mit sich gebracht hat. Ich schrieb Radiosendungen über die Lautgebung der Laubfrösche, verfasste aber auch Radiofeature über Karl Marx (1818–1883), Ernst Bloch (1885–1977), Friedrich Nietzsche (1844–1900) und über Hegel. Als sich Pirmin Stekeler am 16. Juli 2012 – zum 50. Todestag von Theodor Litt (1880–1962) – in Bonn in einem Vortrag daran machte, die Paragraphen der *Enzyklopädie* auszuliegen, in denen der Gedanke der Rechtsstaatlichkeit begründet wird, war ich unter den Zuhörern. Seit diesem Tag empfand ich den Band aus der Privatbibliothek von Professor Steinberg nicht mehr als ein Buch mit sieben Siegeln. Der Vortrag Stekellers war aber auch der Startschuss zu seinem nunmehr vorliegenden dialogischen Kommentar zu Hegels *Enzyklopädie*. In seinem Vortrag in Bonn *Zu Hegels Analysen der Idee des Rechtsstaates im Blick von Theodor Litt* würdigte Stekeler vor einem Jahrzehnt den Berliner Logiker gestützt auf die einschlägigen Paragraphen aus dem zweiten Abschnitt *Der Philosophie des Geistes*, in dem *Der objektive Geist* behandelt wird, als einen Wegbereiter des Grundgesetzes: «Denn Grund und Zweck des Rechtsstaates ist die Freiheit – samt der Würde des Menschen. Das ist der Kerngedanke von Hegels Rechtsphilosophie» (4; S. 76). Für meine Integration in die freiheitlich-demokratische Ordnung erwächst aus dem beginnenden Verstehen der wichtigsten Paragraphen der *Enzyklopädie* Hegels von der Physik und Biologie über die Psychologie und die Psychiatrie bis hin zu Rechtsstaat und Eigentum ein geistiges Schlüsselerslebnis. Bei

der Lektüre des dialogischen Kommentars von Pirmin Stekeler denke ich daher auch dankbar an Hans-Josef Steinberg, an seinen Bestseller *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg* (1972) und an die angeregte Diskussion über Ede Bernstein zurück. Sein Buch schenkte mir Steinberg am 8. Dezember 1982 bei einem schönen Glas Rotwein mit der Widmung: «Für Herrn Lindner mit den besten Wünschen für seine Arbeit vom Autor, der unheilbar mit dem Sozialdemokratismus infiziert ist.» Es spricht für den sozialdemokratischen Publizisten und Theoretiker Eduard Bernstein, dass er nach dem Tod von Friedrich Engels (1820–1895) in London gleich Anfang September 1895 dessen Fragmente über Dialektik und Naturwissenschaft durchgesehen und in ihrer Bedeutung erkannte sowie sich für eine Edition dieser Texte ausgesprochen hat. Engels war am 5. August 1895 in London gestorben. Bereits am 4. September 1895 schrieb Bernstein an Kautsky: «Was General Nachlaß anbetrifft, so ist das Wichtigste, weil teilweise abgeschlossen, seine Arbeiten über Naturwissenschaften und Dialektik, und (obwohl) die wird wohl Niemand J. H. W. für seine Internationale Bibliothek streitig machen.» Mit dem Kürzel J. H. W. war der Verleger Johann Heinrich Wilhelm Dietz (1843–1922) gemeint. In meinem Exzerptheft notierte ich mir für den Brief, aus dem ein klarer Vorschlag für die Edition hervorgeht, die Signatur «K. DV 337». Um einen so sensationellen Brief von Bernstein an Kautsky zu finden und in meine Habilitation über *Die philosophische Diskussion zur Physik in der Presse der deutschen Sozialdemokratie (1875–1925)* (1984) einzuarbeiten, war ich 1982 durch den Eisernen Vorhang von Leipzig nach Bremen gereist.

Erst seit 2012 liegt der Brief über die nachgelassenen Arbeiten von Engels in dem Band *Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1891–1895)* gedruckt vor. (2) Eine derartige Fahrt zu Mauerzeiten war 1992 an der Universität in Leipzig jedoch ein Entlassungsgrund, wenn ein falsches Ministerium der verschwundenen DDR die Reise finanziert hatte. An der Ministerialbürokratie in Dresden und deren Fragebögen habe ich Ende Mai 1992 den Verstand verloren. Aber ich kämpfte mit meinen Mitteln um Wahrheit und ließ mich auch auf die Kritik an meiner Vergangenheit ein. Durch diesen Schnitt im Leben lernte ich jedoch wie Hegel in Bamberg nun auch in Leipzig das journalistische Handwerk. Den Traum, einmal freiere Lüfte zu atmen, ließ ich mir nicht nehmen und verderben, indem ich als freier Wissenschaftsautor zu arbeiten begann.

5 Künftig Engels von Hegel her lesen

In der Unterhaltung mit Professor Steinberg fühlte ich mich 1982 als Assistent der Philosophie ernstgenommen, weil ihm imponierte, dass da jemand aus Leipzig anreist, der zwar über beide Ohren im Denkschema des Dialektischen Materialismus steckt, der aber eifrig und erfolgreich danach recherchiert, wie sich Ede Bernstein nach dem Tod von Engels in die philosophischen Debatten über den Strukturwandel in der Elektrodynamik eingelese hat. An diese Gespräche in Bremen erinnere ich hier deshalb, weil ich vierzig Jahre später – nachdem ich wie einst Bernstein das Materiedogma samt der Verabsolutierung des Materialismus hinter mir gelassen habe – aufrichtig daran glaube, dass heutzutage weniger Hegel von Engels her, son-

dern mehr Engels von Hegel her gelesen werden sollte. Es wird sicher der Tag kommen, an dem die fragmentarischen Studien von Engels, der in einer hegelfeindlichen Periode die Philosophie der Natur von Hegel schätzte und klug zu würdigen wusste, dann auch gemeinsam mit dem dialogischen Kommentar Stekelers zur *Enzyklopädie* studiert werden, in dem allein die 131 Paragraphen zur Naturphilosophie mit immerhin 380 Seiten ein ganzes Buch umfassen. Als Grundfrage der Naturphilosophie verfolgt Hegel die keineswegs triviale, die bis heute unterschätzte sowie die wichtige, aber auch die für die Sichtung der Studien von Engels zum Zusammenspiel der Philosophie mit den Naturwissenschaften wirklich relevante Frage: «Was ist die Natur?» (S. 45)

Zu Hegels Geburtstag am 27. August 2023.

Literatur

Wolfgang U. Eckart: *Geschichte der Medizin*. Dritte, überarbeitete Auflage. Berlin; Heidelberg; New York; Barcelona; Budapest; Hongkong; London; Mailand; Paris; Santa Clara; Singapur; Tokio: Springer, 1998. S. 259.

Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895–1905). Hrsg. von Till Schelz-Brandenburg und Susanne Thurn. Campus Verlag Frankfurt a.M. / New York 2012.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse*. Mit einem Vorwort von Hermann Glockner. Fr. Frommanns Verlag Stuttgart 1927.

Pirmin Stekeler-Weithofer: «Das Ethos der Gemeinschaft und die Grundlagen des Rechts. Zu Hegels Analysen der Idee des Rechtsstaates im Blick von Theodor Litt», in: Barbara Drinck / Peter Gutjahr-Löser / Dieter Schulz (Hg.): «Vom

Grund des Grundgesetzes». Zeitgeschichtliche Dimensionen des Wirkens von Theodor Litt 1947 bis 1962. Leipziger Universitätsverlag GMBH 2013.

Pirmin Stekeler: *Hegels Realphilosophie. Ein dialo-*

gischer Kommentar zur Idee der Natur und des Geistes in der «Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften». Felix Meiner Verlag Hamburg 2023. ■

Carsten Kaven

Das Naturverhältnis als res publica

Von der herrschenden in die treue Hand

1 Die Abwesenheit eines Draußen

Der Begriff gesellschaftlicher Naturverhältnisse steht in der Debatte um eine sozial-ökologische Transformation an zentraler Stelle und dies nicht ohne Grund. Er unterstellt, dass zwei Einheiten zumindest analytisch unterscheidbar sind: Gesellschaft und Natur. Diese Denkweise hat eine lange Tradition, wird in der Gegenwart jedoch herausgefordert. Nicht zuletzt das Konzept des Anthropozäns weist darauf hin, dass menschliches (sprich gesellschaftliches) Handeln mittlerweile zu einem bestimmenden Faktor, zum Gestalter auf geologischer Ebene geworden ist. (Wobei man präzisieren müsste, dass es nicht «der Mensch» ist, dem dieser neue Rang zukommt, sondern Menschen industriekapitalistischer Gesellschaften.) Acht Milliarden Menschen drücken der Gestalt der Erdoberfläche ihren Stempel auf und es wird immer schwieriger, ein Stück Natur zu finden, welches nicht durch menschliches Handeln überformt ist. Immer weniger Landfläche ist als Wildnis zu bezeichnen; und manchmal wurde sie bewusst dazu gemacht. Im Er-

gebnis sind wir mit grundlegenden ökologischen Krisen konfrontiert.

Diese Krisen kommen nicht von außen auf Gesellschaften zu wie Meteoriten oder Vulkanausbrüche, sondern sind Effekt menschlichen Handelns. So ist die Vorstellung, wir müssten den Klimawandel als eine von außen kommende Bedrohung bekämpfen irreführend, da es vielmehr verursachende Institutionen, gesellschaftliche Strukturen und Handlungsweisen sind, welche verändert werden müssten. Analog verhält es sich mit dem Ausdruck «Artenschwund», welcher unterschlägt, dass Arten im Kontext des sogenannten sechsten Massenaussterbens nicht einfach verschwinden, sondern durch menschliches Handeln verdrängt und ausgerottet werden. Anders dagegen der übliche Sprachgebrauch: Die Vorstellung eines Kampfes in «Kampf gegen den Klimawandel» und «Kampf gegen den Artenschwund» deutet darauf hin, dass drastische Veränderungen der natürlichen Umwelt als etwas von außen Kommendes, Bedrohliches angesehen werden. Eine übliche Reaktion ist, ökologischen Krisen mit dem Einsatz von Tech-

nik zu begegnen. Wenn man es von dieser Seite her denkt, sollte deutlicher werden, dass ökologische Krisen auf bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Akteure – also Naturverhältnisse – zurückgeführt werden müssen.

Die Vorstellung eines «Draußen» in Bezug auf Natur ist von Anfang an konstitutiv für die Neuzeit gewesen. So weist der Philosoph und Schriftsteller Leander Scholz in einer Interpretation von Carl Schmitts *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum* darauf hin, dass die Erschließung der Ozeane und die Inbesitznahme bisher unbekannter Kontinente an der Wiege der Neuzeit stehen:

Die Vorstellung eines leeren Raumes, den es radikal in Besitz zu nehmen und rücksichtslos zu kolonisieren galt, hat ihren Ursprung in der Weite eines Meeres, das niemandem gehört.»¹

Meere, Kontinente und Landschaften sind in dieser Sicht weit und harren ihrer Eroberung.

Bis in die Gegenwart wird diese Sichtweise von denjenigen vertreten, die versuchen, das Naturverhältnis von Ausbeutung und Vernutzung zu legitimieren und als unveränderbare Tatsache hinzustellen. Aus dieser Position werden soziale Verhältnisse dann als unhintergehbare Zwänge wahrgenommen. Diese Art der Wahrnehmung lässt sich an jedem umweltpolitischen Konfliktfeld aufweisen, sei es ein Autobahnbau, die Beschränkung der industriellen Landwirtschaft oder eine Flussvertiefung. Erhard Eppler hat dafür in den 1970er-Jahren den Ausdruck des Strukturkonservatismus geprägt. Dieser geht davon aus, dass

Natur als Quelle, Senke oder Kulisse grundsätzlich immer zur Verfügung steht; also ein Draußen wirtschaftlichen Handelns besteht. Die Vorstellung hingegen, dass es aufgrund der Ausbreitung und Wirkung industriekapitalistischer Gesellschaften in der Biosphäre der Erde eigentlich kein Draußen mehr gibt, widerspricht folglich dem Selbstverständnis dieser Gesellschaften.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist damit, anzuerkennen, dass die Zeiten eines «leeren Raumes» (s. o.) vorbei sind (wenn es sie jemals gegeben haben sollte). Eine solche Erkenntnis resultiert nicht zuletzt aus der Verkündung der neuen erdgeschichtlichen Epoche des Anthropozäns. Wenn es also für Gesellschaften in Zeiten des Anthropozäns kein Draußen mehr gibt, dürften gesellschaftliche Entscheidungsprozesse nicht so gestaltet sein, als wäre Natur als Quelle oder Senke bloße Kulisse menschlichen Handelns. Akzeptiert man diese Prämisse, stellt sich die Frage nach der Gestalt eines alternativen gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Vor dem Hintergrund dieser Problemlage stelle ich Überlegungen an, was man sich unter einem alternativen Naturverhältnis vorstellen könnte. Es geht, genauer gesagt, um die Frage, wie man ein gesellschaftliches Naturverhältnis als Aufgabe politischer Gestaltung fassen kann. Ich setze bei der *res publica* an, bei dem, was in einem politischen Gemeinwesen verhandelt wird. *Res publica* erweitert sich damit so, dass es nicht mehr nur um Angelegenheiten von Menschen untereinander geht. Ich möchte den Vorschlag skizzieren, dieses Verhältnis als ein Treuhandverhältnis zu verstehen, und dabei Unterschiede zu vergleichbaren Ansätzen deutlich machen.

1 Leander Scholz: *Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung*, Berlin 2022, S. 149.

2 Gesellschaftliche Naturverhältnisse: systematisch

Eingangs habe ich behauptet, dass der Begriff gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Diskurs um sozial-ökologische Transformation zu Recht einen prominenten Platz beansprucht. Was für eine Art von Begriff ist gemeint? Wenn sozialwissenschaftliche Begriffe eine Abstraktion darstellen, was ist dann die Grundlage der Abstraktion? Von welchem sozialen Phänomen wird abstrahiert? Kann man ein großes («strukturbestimmendes») Verhältnis unterstellen oder ist das gesellschaftliche Naturverhältnis letztlich die Summe vieler kleiner Verhältnisse? Ist es also überhaupt sinnvoll, «Naturverhältnis» im Singular zu belassen? Finden sich nicht in jeder Gesellschaft eine ganze Reihe solcher Verhältnisse? Das Verhältnis der Jäger zur Natur ist schließlich nicht das der Landwirte; das der Haustierhalter ist nicht das der Massentierhalter. Diese Art, gesellschaftliche Naturverhältnisse zu sehen, unterscheidet sich von einer Sichtweise, der zufolge es möglich ist, einem Gesellschaftstypus (Kapitalismus, Industriegesellschaft...) genau ein Naturverhältnis zuzuordnen.² Nun kann man aber durchaus unterstellen, dass für die großen ökologischen Krisen der Gegenwart das Naturverhältnis von Jägern, Haustierhaltern und Landschaftsmalern nicht im entscheidenden Maße relevant ist. Sucht man nach den die ökologischen Krisen verursachenden Verhältnissen, muss man entsprechend höher ansetzen.

Im deutschsprachigen Raum sind Konzepte gesellschaftlicher Naturverhältnisse an verschiedenen Instituten entwickelt worden. Diese verstehen sich nicht als wertfreie Wissenschaft, sondern als Protagonisten einer sozial-ökologischen Transformation. So ist im Umfeld des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung seit den 1980er-Jahren ein Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse entstanden. In seiner aktuellsten Version versteht sich dieses als «Rahmenkonzept», welches um einen «kognitiven Kern» kreist und es ermöglichen soll, unterschiedliche Ansätze zu integrieren. Der Ansatz einer sozial-ökologischen Forschung versucht dabei, zwei zentrale Reduktionismen zu überwinden. Zum einen den Naturalismus, der Natur als feste, externe Gegebenheit voraussetzt, und diese dann qua naturwissenschaftlichem Wissen in die sozialwissenschaftliche Forschung «hereinholt». Zum anderen den Kulturalismus, der Natur lediglich als soziale Konstruktion verstehen kann.³ Gesellschaftliche Naturverhältnisse sind im Rahmen des Ansatzes sozial-ökologischer Forschung als kritischer Begriff zu verstehen, da es nicht nur um theoretische Reflexionen, sondern immer auch um transdisziplinäre, praxisverändernde Forschung an konkreten Themen geht.

Egon Becker und Thomas Jahn unterscheiden darüber hinaus eine begriffliche von einer empirischen Ebene. Sie stellen fest, dass auf der begrifflichen Ebene durchaus von Naturverhältnis im Singular gesprochen werden kann, wohingegen auf empirischer Ebene dann konkrete For-

2 Vgl. Karl-Werner Brand: *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. / New York 2017, S. 35 ff.

3 Thomas Barth: «Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein Konzept der sozial-ökologischen Umwelt- und Klimaforschung», in: S. Rödder, / Y. Ibrahim (Hg.): *Schlüsselwerke der sozialwissenschaftlichen Klimaforschung*. Bielefeld 2022, S. 334.

schaften und Natur, die dann als Quelle und als Senke aufgefasst wird.⁵ Ökologische Krisen beruhen dann auf einer Übernutzung dieser Quellen und Senken. Allerdings scheint mir der Ansatz des gesellschaftlichen Metabolismus für das hier behandelte Problem zu eng. Er ist eher analytisch-deskriptiver Natur und zielt darauf, nicht ein historisch-konkretes Naturverhältnis selbst, sondern dessen Wirkungen über Stoffstromanalysen greifbar zu machen.

schaften und Natur, die dann als Quelle und als Senke aufgefasst wird.⁵ Ökologische Krisen beruhen dann auf einer Übernutzung dieser Quellen und Senken. Allerdings scheint mir der Ansatz des gesellschaftlichen Metabolismus für das hier behandelte Problem zu eng. Er ist eher analytisch-deskriptiver Natur und zielt darauf, nicht ein historisch-konkretes Naturverhältnis selbst, sondern dessen Wirkungen über Stoffstromanalysen greifbar zu machen.

In gängigen Bestimmungen des Begriffs geht es also vor allem um einen materiell-stofflichen Austausch zwischen Gesellschaft und Natur.⁶ Was dabei offenbleibt, ist, ob der Begriff eher ein statistisches Aggregat beschreibt (beispielsweise als Ergebnis von Stoffstromanalysen und -bilanzierungen) oder eher die Gestalt einer spezifischen Beziehung. Ich möchte den Begriff in der letzteren Lesart verstanden wissen, da es mir um die Frage geht, wie ein nachhaltiges Naturverhältnis zu fassen ist. Mir geht es damit um die Idee eines Naturverhältnisses als bewusst gestalteter Beziehung (oder genauer: als Typus einer solchen Beziehung). Der Begriff bezeichnet also nicht die Beziehung zwischen zwei als prinzipiell unabhängig gedachten Einheiten (Gesellschaft und Natur), sondern die Beziehung der als Teil der Natur gedachten

Anders der Ansatz des Wiener «Instituts für Soziale Ökologie». Dieses bestimmt gesellschaftliche Naturverhältnisse als industriellen Stoffwechsel bzw. industriellen Metabolismus. Im Mittelpunkt der Analysen des Instituts stehen quantifizierbare Stoff- und Energieströme zwischen Gesell-

schäften und Natur, die dann als Quelle und als Senke aufgefasst wird.⁵ Ökologische Krisen beruhen dann auf einer Übernutzung dieser Quellen und Senken. Allerdings scheint mir der Ansatz des gesellschaftlichen Metabolismus für das hier behandelte Problem zu eng. Er ist eher analytisch-deskriptiver Natur und zielt darauf, nicht ein historisch-konkretes Naturverhältnis selbst, sondern dessen Wirkungen über Stoffstromanalysen greifbar zu machen.

4 Egon Becker / Thomas Jahn: «Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse», in: Ger- not Böhme / Alexandra Manzei (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*. München 2003, S. 100.

5 Ergänzen würde ich diese Bestimmung um die Wahrnehmung von Natur als Hindernis, als etwas, was Absichten entgegensteht und deswegen beseitigt werden muss. Dies ist ein Aspekt, der m.E. nicht in den Kategorien Quelle / Senke aufgeht. Der Berg, der einer Autobahn im Weg steht, und die Wälder, die dem Pflug im Weg stehen: Sie sind weder Quelle noch Senke.

6 Vgl. etwa: Frank Adler / Ulrich Schachtschneider: *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*, München 2010. Ulrich Brand / Markus Wissen: «Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse», in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 2011, Jg. 36/2, S. 12-34. Karl-Werner Brand: *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M. / New York 2017. Joseph Huber: *Allgemeine Umweltsociologie*, Wiesbaden 2011.

menschlichen Gesellschaften zu ihrer Mitwelt. Als kritischer Begriff weist er auf ein bestimmtes Missverhältnis hin. Er zeigt auf, dass diese Beziehung im Kontext industriekapitalistischer Gesellschaften nicht tragfähig ist, da sie weder moralisch vertretbar noch nachhaltig ist.

Die Annahme, die ich den folgenden Überlegungen zugrunde lege, ist, dass es sinnvoll ist, für bestimmte historische Perioden industriekapitalistischer Gesellschaften ein dominantes Naturverhältnis zu unterstellen, das nicht einfach die Summe vieler ganz heterogener Verhältnisse ist. In den Worten Karl-Werner Brands:

Die in langen ökonomischen Wellen und tiefgreifenden technischen Umbrüchen sich vollziehende Industrialisierung ist aber das sichtbarste und ökologisch folgenreichste Merkmal moderner Gesellschaften. Moderne Naturverhältnisse sind primär technisch-industriell vermittelte Naturverhältnisse.⁷ (Brand 2017, 51)

Gesellschaftliche Naturverhältnisse können dabei nicht allein aus sich heraus begriffen werden, sondern stehen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Umbrüchen, ökonomischen Wellen und Krisendynamiken. Sozialer Wandel und Wandel gesellschaftlicher Naturverhältnisse sind folglich komplementäre Erscheinungen. Um diese historische Dimension soll es im folgenden Abschnitt gehen.

3 Gesellschaftliche Naturverhältnisse: historisch

Es finden sich Beispiele für gesellschaftliche Naturverhältnisse nach der neolithischen Revolution, die über Jahrhunderte Bestand hatten, also nicht zu grundlegenden ökologischen Krisen geführt haben.⁸ Für Gesellschaften, die dem durch die Industrielle Revolution in die Welt gesetzten Muster wirtschaftlicher Entwicklung folgten, kann man dies nicht behaupten. Hier scheint es bisher kein einziges Beispiel zu geben, dem man die Chance auf eine dauerhafte Existenz jenseits ökologischer Krisen zugestehen könnte. Dies trifft auf die unterschiedlichen Varianten industrieller Gesellschaften zu: den real existierenden Kapitalismus in seinen historischen Ausprägungen, den real existierenden Sozialismus und letztlich auch auf den Faschismus.

Ebenso wie man bei einem Blick aufs Detail verschiedene Naturverhältnisse wahrnehmen kann, bleibt sich auch ein maßgebliches Naturverhältnis im Laufe der Zeit nicht gleich. Verschiedene Ansätze der Periodisierung machen dies anschaulicher. So etwa in Anlehnung an Kondratieff-Zyklen, die bestimmte Basis-Technologien als Grundlage einer Periodisierung vor allem ökonomischer Entwicklung annehmen⁹; oder in Anlehnung an die Regulationstheorie, welche sozio-ökonomische Koordinationsmechanismen kapitalistischer

7 Karl-Werner Brand: *Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch*. Frankfurt a.M. / New York 2017, S. 51.

8 Vgl. Verena Winiwarter / Hans-Rudolf Bork: *Geschichte unserer Umwelt. 66 Reisen durch die Zeit*. Darmstadt 2019.

9 Folgende Zyklen bzw. Perioden mit entsprechenden Basistechnologien werden unterschieden: (1) ca. 1780–1840: Dampfmaschinen; (2) ca. 1840–1890: Eisenbahnen; (3) ca. 1890–1940: Elektrotechnik und Schwermaschinen; (4) ca. 1940–1990: Kernenergie, Computer und Auto; (5) ab 1990: Informations- und Kommunikationstechnologie. Aktuell findet eine Diskussion um einen 6. Zyklus statt, der durch regenerative Ener-

Produktion für ihr Periodisierungsschema zugrunde legt. Dabei wird angenommen, dass sich mit jedem Wechsel eines Zyklus bzw. eines Regulationsregimes auch das Naturverhältnis wandelt, denn:

Wenn gesellschaftliche Naturverhältnisse nur die Kehrseite gesellschaftlicher Verhältnisse sind, dann sind tiefgreifende gesellschaftliche Restrukturierungen immer auch mit der Restrukturierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse verknüpft – und umgekehrt.¹⁰

So kann man, wenn man am Ende des 19. Jahrhunderts einsetzt, eine Periode des organisierten Kapitalismus unterscheiden.¹¹ Hier sehen wir eine Dominanz der Montanindustrie, der dritte Kontratieff-Zyklus verweist auf Elektrotechnik und Großchemie als Schlüsseltechnologien. Taylorismus, Trusts und Konzerne geben dieser Periode ihr Gesicht. Märkte sind unreguliert, werden aber von kapitalistischen Zentren durch militärische Expansion und Imperialismus weltweit durchgesetzt. Auch wenn der Begriff der Nachhaltigkeit zu dieser Zeit keine Rolle spielte, war das Naturverhältnis dieser Periode alles andere als nachhaltig. Imperialismus bedeutete auch die Eroberung ganzer Erdteile für Rohstoff- und Absatzmärkte. An ökologischen Problemen diskutierte man die Rauchplage, über Abfall und Abwässer in Großstädten, über Trinkwasser und Cholera-Epidemien, schließlich über die Nutzung von Landschaften und Flüssen. Als Gegenmaßnahmen sieht man den Beginn bewusster

Stadtplanung und städtischer Hygiene. Auch formierte sich bereits eine ökologisch orientierte Gegenbewegung in Form der Naturschutzbewegung mit einem lokalen Fokus; es entsteht eine ökologisch gefärbte Zivilisationskritik und Werke der «Lebensreform».

In der folgenden Periode des «Fordismus» kennzeichnen Massenmotorisierung und industrialisierte Landwirtschaft die Industrialisierung. Kernenergie etabliert sich als neue Form der Energieerzeugung. Auf der Ebene sozio-ökonomischer Regulation sehen wir den Aufbau von Wohlfahrtsstaaten und keynesianische makroökonomische Steuerung. Das anti-ökologische Schwungrad dieser Periode besteht in der «großtechnischen Nutzung und Umgestaltung der Natur».¹² Entsprechende ökologische Folgen zeigen sich in Abfallmengen durch Massenkonsum und Überflussgesellschaften, in der Zersiedlung von Landschaften und in den Folgen des Pestizideinsatzes. Die Gegenbewegung formiert sich – in Abgrenzung zum klassischen Naturschutz – als radikaldemokratische Umweltbewegung; auch sieht man das Entstehen grüner Parteien. Gegenmaßnahmen dieser Periode gegen ökologische Krisen finden sich in einem Natur- und Ressourcenmanagement, in der Etablierung einer Umweltpolitik als neuem Politikfeld, verstanden als technokratischer Regulierung, und schließlich im Immissionsschutz.

In den 1980er-Jahren hebt mit den Regierungszeiten Margaret Thatchers und Ronald Reagans eine neoliberale Ära an. In dieser wird die Finanzwirtschaft zum domi-

.....
gien und technologische Konversion bestimmt wäre.

10 Brand 2017, S. 70.

11 Die folgende Skizze orientiert sich maßgeblich an Brand 2017, S. 79 ff.

12 Brand 2017, S. 89.

nanten Sektor; darüber hinaus sieht man eine Vermarktlichung vieler Lebensbereiche (von der Sozialversicherung bis zum Bildungswesen). Die Regulationsweise liegt im Markt als zentraler Lösungsinstanz; Privatisierung und Deregulierung werden hierfür das bevorzugte Mittel. Staatliches Handeln mutiert zur Multi-Level-Governance und ordnet sich dem Wachstumszwang durch hohe Renditeerwartungen unter. Die Wirkung auf Natur zeigt sich vor allem durch die umfassende In-Wert-Setzung von Bereichen, die bisher noch nicht zur Ware geworden waren; die ökologischen Folgen zeigen sich entsprechend in der Vervielfachung von Stoff- und Abfallströmen. Die Gegenbewegung zeigte sich im Konzept nachhaltiger Entwicklung, welches Ende der 1980er-Jahre formuliert und auf der UN-Konferenz von Rio 1992 verabschiedet wurde, aber auch im stärker wahrgenommenen Klimawandel und auch im aktuellen Konzept planetarischer Grenzen. Immer wieder wurde das Ende der neoliberalen Ära festgestellt, so im Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise 2008 ff. und zuletzt im Zuge der Corona-Krise. Letztlich ist Periodisierung eine Tätigkeit, die in einem größeren zeitlichen Horizont nur ex post möglich ist. Von daher mag es offenbleiben, ob diese Periode als abgeschlossen betrachtet werden kann oder nicht.

Neben diesem «großen Weg» des Gestaltwandels gesellschaftlicher Naturverhältnisse in industriekapitalistischen Gesellschaften finden sich mit Faschismus und real existiert habendem Sozialismus auch Abzweigungen. Beide haben sich als Alternative zu liberalen Demokratien empfohlen. Die gesellschaftliche Transformation, die man sich jeweils vorgestellt hat, war jedoch keine sozial-ökologische. Dennoch hat das Naturverhältnis eine je eigene Aus-

prägung erfahren. So wurde Natur im Nationalsozialismus zur ideologischen Projektionsfläche und als Heimat stilisiert. Der Teil der Erde, auf dem ein Volk siedelte, wurde zum Lebensraum, der entsprechend knapp werden konnte. Durch die Vorstellung eines Volkes ohne Raum wurde Raum zur Machtprojektion. Die ökologische Wirkung deutet am drastischsten der Ausdruck «verbrannte Erde» an, der nicht nur eine Metapher ist, sondern eine zutreffende Beschreibung ganzer Landschaften im Krieg. Im real existiert habenden Sozialismus war die Beherrschung der Natur ein Zeichen gesellschaftlichen Fortschritts. Umgestaltung ganzer Landschaften und Erschließung natürlicher Ressourcen waren Ausdruck einer Sicht auf Natur als Formationsmasse sozialistischer Gesellschaften. Die Ausbreitung von Siedlungen und Industrien in unwirtlichen Gegenden Sibiriens glich dann einem Krieg gegen die Natur. Alle Haupt- und Nebenwege der industriellen Moderne haben folglich bisher nicht zu einem tragbaren Naturverhältnis geschwiege denn ins Reich der Nachhaltigkeit geführt.

4 Das Naturverhältnis als res publica

Im vorangehenden Abschnitt habe ich dargestellt, wie sich innerhalb der skizzierten Perioden eine immer stärker werdende Umweltbewegung entwickelt hat. Diese fasste sich in ihrer Frühphase eher mit lokal begrenzten Themen; spätestens seit den 1970er-Jahren stehen aber die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Fokus der Kritik und damit auch das gesellschaftliche Naturverhältnis insgesamt.

Der von Menschen verursachte Klimawandel und das Artensterben sind die großen ökologischen Krisen der Gegenwart.

Beide weisen auf ein gesellschaftliches Naturverhältnis, welches in seinen Grundzügen alles andere als nachhaltig ist. Natur erscheint als Quelle (für Ressourcen) und Senke (für Abfälle), als Hindernis und als Objekt der Beherrschung. Werden nun ökologische Krisen anerkannt, weil die Befunde der Naturwissenschaften immer schwerer zu bestreiten sind, bewegen sich die Antworten im Horizont des Bestehenden. Was man sich vorstellen kann, sind sektorale Wenden: Energiewende, Ernährungswende, Mobilitätswende etc. Solche Wenden meinen dann in erster Linie eine technologische Umrüstung auf dem jeweiligen Feld, sogar mit entsprechenden ökonomischen Chancen. Damit wird jedoch die Frage vermieden, wie man «Natur» in den Horizont gesellschaftlicher Entscheidungen hereinbekommt.

Die Rolle des Staates als konkreter Gestalt eines politischen Gemeinwesens ist dabei ambivalent. Zum einen weisen Ulrich Brand und Markus Wissen darauf hin, dass der «bürgerlich-kapitalistische Staat [...] für die Krise und ihre Verschärfung mitverantwortlich» zeichnet.¹³ Entwicklung des Kapitalismus (als Verursacher ökologischer Krisen) und des «rationalen Staates» (im Sinne Max Webers) sind in dieser Perspektive komplementäre Prozesse. Die o. g. Formulierung unterschlägt jedoch, dass die Bedingungen einer sozial-ökologischen Transformation wohl nur innerhalb eines demokratischen Staatswesens gegeben sind.

Die Republik als Form des neuzeitlichen und modernen Staates versteht sich als Ort der Verhandlungen über die öffentlichen An-

gelegenheiten. Sie hat ihre Wurzeln in der europäischen Aufklärung und definiert sich als Gegensatz zur absoluten Monarchie. Der Begriff der Republik hat in der europäischen Geschichte dabei durchaus einen Bedeutungswandel erfahren. So bezeichnet er in der römischen Antike die «gemeinsamen Interessen und gemeinschaftsbezogenen Haltungen der Bürger.»¹⁴ Die neuzeitliche naturrechtliche Lehre vom Sozialvertrag hob dagegen die «Sicherung der persönlichen und bürgerlichen Freiheit durch die Rechtsordnung» hervor.¹⁵ Kants Leitgedanke: *sapere aude!* war eine Aufforderung an den Einzelnen, sich seines Verstandes zu bedienen und dabei der Leitung eines Anderen zu entledigen. Denkt man dies weiter auf politische Gemeinwesen, geht es um die *res publica*. Das, was Angelegenheit des Gemeinwesens ist, muss in diesem geklärt werden – ohne Vormundschaft, sei es eines Monarchen oder eines Gottes. Menschliche und gesellschaftliche Angelegenheiten werden in der Republik nicht mehr auf göttlichen Willen und Ratschluss zurückgeführt, sondern menschlichen Handlungen selbst zugeschrieben. Der Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit betrifft nicht mehr nur den Einzelnen, sondern das Gemeinwesen insgesamt.

In der politischen Philosophie John Lockes als einem der maßgeblichen politischen Denker der Aufklärung findet sich ein besonderer Anknüpfungspunkt zum hier behandelten Thema. Seine «Two Treatises on Government» waren als Streitschrift gegen die Willkürherrschaft absoluter Monarchien geschrieben. Für Locke sind Men-

13 Brand/Wissen 2011, S. 13 f.

14 Wolfgang Mager: «Republik», in: O. Brunner / W. Conze / R. Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart 1984, S. 650.

15 Mager 1984, S. 651.

schen (im Sinne von besitzenden männlichen Bürgern) von Geburt an nicht untertan, sondern frei. Sie treten einen Teil ihrer Freiheit an eine von ihnen eingesetzte Regierung ab, damit diese für Rechtssicherheit und die Geltung der Gesetze sorgt. Eine derartige Übertragung von Freiheitsrechten als Ausgangspunkt des bürgerlichen Staates ist treuhänderisch zu verstehen, denn Freiheitsrechte sind der jeweiligen Regierung nur anvertraut (fiduciary):

Obwohl es in einem verfaßten Staat, der auf seiner eigenen Grundlage ruht und der eigenen Natur gemäß handelt, d. h. zur Erhaltung der Gemeinschaft, nur eine höchste Gewalt geben kann, nämlich die Legislative, der alle übrigen Gewalten untergeordnet sind und auch sein müssen, so ist doch die Legislative nur eine Gewalt, die auf Vertrauen beruht und zu bestimmten Zwecken handelt.¹⁶

Akzeptiert man diesen Gedanken, steht am Beginn des modernen Staates und der Demokratie ein Treuhandverhältnis, nur ist dieses ein rein innergesellschaftliches Verhältnis. Aufklärung und die sie tragende politische Philosophie hat dann zwar dem Gottesgnadentum der Monarchie die Volkssouveränität gegenübergestellt. Allerdings wurde kein entsprechendes Konzept entwickelt, die Willkürherrschaft gegenüber der natürlichen Mitwelt zu begrenzen. Solcherart kann man das Fehlen eines komplementären Naturverhältnisses als das Unvollendete der Aufklärung verstehen.

In diesem Sinne gilt es, Aufklärung weiterzuführen. Dieser Pfad führt zu der Erkenntnis, dass das politische Gemeinwesen

nicht mehr nur Angelegenheiten der Menschen untereinander behandeln soll, sondern auch die Angelegenheiten zwischen Menschen, Tieren und der sie umgebenden Welt. Ein Volk findet sich dann nicht nur zu einem politischen Gemeinwesen zusammen, um über das allgemeine Wohl zu verhandeln, sondern ebenfalls um die Angelegenheiten der Pflanzen, Landschaften und Tiere, d. h. seiner Mitwelt, als res publica zu gestalten. Damit ist nicht gemeint, dass jedes Tier gezüchtet oder jede Pflanze von Menschenhand gezogen sein soll. Sondern zunächst nur, dass deren Angelegenheiten nicht mehr jenseits des politischen Gemeinwesens liegen. Das Naturverhältnis derart zu formulieren bedeutet, es zum Gegenstand der Gestaltung des politischen Gemeinwesens zu machen, d. h. zur res publica. Ganz in diesem Sinne schreibt Leander Scholz in seinem Essay «Die Regierung der Natur»:

Die Sorge um den Planeten zwingt die Menschen dazu, ihre technischen Errungenschaften mit den Lebewesen zu teilen, um die sie sich nun genauso kümmern müssen wie um sich selbst. Weil immer mehr natürliche Parameter in das staatlich-politische Handeln einbezogen werden müssen, um mit der Existenz anderer Lebewesen auch die menschliche Existenz zu retten, handelt es sich bei der res publica nicht mehr um eine alleinige Angelegenheit des Menschen.¹⁷

Im folgenden Abschnitt möchte ich eine Idee entwickeln, wie ein derart über die res publica gestaltetes Naturverhältnis aussehen könnte.

16 John Locke: *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Frankfurt a. M. 1967 [1689]. S. 301.

17 Scholz, S. 140.

5 Das Naturverhältnis als Treuhandverhältnis

Gehen wir also davon aus, dass es unsinnig ist, so zu tun, als könnten Menschen nur unter sich leben und Natur in ein Draußen verschieben; dass vielmehr auch die Gestaltung der Beziehung zu einer natürlichen Mitwelt Aufgabe des politischen Gemeinwesens, eine *res publica* ist. Daraus folgt die Frage, wie ein entsprechendes Naturverhältnis vorzustellen ist. Die Antwort, die ich vorschlage, ist, ein anderes Naturverhältnis im Rahmen eines alten Rechtsinstituts zu denken: der Treuhand; das gesellschaftliche Naturverhältnis wird damit zu einem Treuhandverhältnis. Die Anerkennung dieses Gedankens führt zur Forderung, das in treue Hände zu legen, was nunmehr «drinnen» sein soll – d. h. im Rahmen der Gestaltung des politischen Gemeinwesens. Flüsse, Wälder, Berge; Rehe, Amseln und Forellen sind Menschen zu getreuen Händen gegeben. Bei jedem Begehren, ein Stück Natur zu nutzen, bekäme dieses aus dem Treuhandverhältnis heraus eine eigene Position und ein eigenes Gewicht.

Das Rechtsinstitut der Treuhand reicht zurück bis ins Römische Recht, wo es unter dem Begriff der «*fiducia*» firmierte. Im Kern zielt es auf eine Beziehung zwischen zwei Polen: einem Treuhandgeber (Fiduziant) und einem Treuhandnehmer (Fiduziar). Der Treuhandnehmer wahrt für eine bestimmte Sache, für die ihm Rechte übertragen wurden, die Interessen des Treuhandgebers – und ist bei dieser Wahrnehmung eines fremden Interesses rechtlich gebunden.

Der Rechtshistoriker Alfred Schultze definierte den Begriff zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie folgt:

Wer Rechte als Eigenrechte empfangen hat mit der Bestimmung, sie nicht im eigenen Interesse zu gebrauchen, ist nach einem aus der älteren deutschen in die moderne deutsche Rechtssprache übergegangen Ausdruck ein Treuhänder. Man erwartet von ihm Uneigennützigkeit und Treue im Gebrauch seiner Rechte. Die empfangende Hand wird als treue Hand (*manus fidelis*) vermutet.»¹⁸

Da also eine Beziehung zwischen zwei zivilen Rechtssubjekten im Mittelpunkt steht, versteht sich das Treuhandverhältnis als Gegenstand des bürgerlichen Rechts im heutigen Sinne.

Der klassische Natur- und Umweltschutz hat Natur in erster Linie als Schutzobjekt aufgefasst. Bei dem hier vertretenen Konzept ist hingegen vorausgesetzt, dass dem jeweiligen «Stück Natur» der Charakter eines Rechtssubjekts zukommt, das im Rahmen des Treuhandverhältnisses dem politischen Gemeinwesen ein Recht übergibt. Eine solche Operation ist in der Nachhaltigkeitsdebatte nicht unbekannt. So wird bereits seit Jahrzehnten das Ansinnen verfolgt, auch Bergen, Flüssen und Seen; Amseln, Rochen und Hirschen den Status von Rechtssubjekten zukommen zu lassen.¹⁹ Hiermit wäre eine Grundlage vorhanden, um es zur Aufgabe einer politischen Gemeinschaft zu machen, deren Interessen wahrzunehmen.²⁰ Allerdings wäre es nicht

18 Alfred Schultze: «Treuänder im geltenden bürgerlichen Recht», in: *Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts*, Band 43, 1901, S. 1.

19 Der Basis-Text hierzu ist immer noch: Christopher D. Stone: «Should Trees Have Standing? – Toward Legal Rights for Natural Objects», in: *Southern California Law Review* 45, 1972, S. 450–501.

20 Ganz in diesem Sinn schlägt Jens Kersten die Figur einer «ökologischen Person» analog zur «juristischen Per-

hinreichend, Elementen der Natur und Mitwelt den Status von Rechtssubjekten zuerkennen, um ein alternatives Naturverhältnis zu begründen. Der Status von Rechtssubjekten würde zwar bedeuten, ein verletztes Recht von Fall zu Fall einklagen zu können. Die Angelegenheiten von Natur und Mitwelt wären damit aber noch keine res publica im hier gemeinten Sinne, d. h. der Gestaltung auf der Ebene des politischen Gemeinwesens.

Wie könnte man aber das Interesse definieren, das im Rahmen eines Treuhandverhältnisses auf die politische Gemeinschaft der Menschen übertragen wird? Hinsichtlich der «Welt der Menschen» geht es um Beförderung der Wohlfahrt und der persönlichen Sicherheit. So findet sich im deutschen Grundgesetz an oberster Stelle als Aufgabe staatlicher Gewalt, die Würde des Menschen zu achten und die Grundrechte zu sichern; die amerikanische Unabhängigkeitserklärung spricht davon, Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sicherzustellen. Analog wären für Elemente der natürlichen Mitwelt als Rechte zu formulieren: Das Recht des Flusses, so zu fließen, wie die Natur ihn in die Landschaft gelegt hat; das Recht des Hirsches, sein Leben so zu führen, wie es einem Hirschen geziemt; das Recht eines Waldes, sich selbst und alle in ihm enthaltenen Arten zu erhalten.

Um noch einmal auf den Rechtshistoriker Alfred Schultze zu kommen: Dieser hat den Begriff der Treuhand mit drei Merkmalen verbunden, die sich ohne allzu große Mühe auch auf ein Naturverhältnis hin interpretieren lassen. So sagt er erstens über den Treuhänder²¹:

Er hat eigene, ihm im eigenen Namen zustehende Rechte.

Aufs Naturverhältnis bezogen bedeutete dies, dass Menschen in Zeiten des Anthropozäns Akteure und Gestalter von Natur und Mitwelt sind. Zweitens:

Er hat diese Rechte nicht im eigenen Interesse.

Es ist folglich Aufgabe, die Güter der Natur, Pflanzen und Tiere in ihrem Eigenwert zu achten. Drittens:

Er hat die fraglichen Rechte [...] empfangen mit der Bestimmung des Nichtgebrauchs im eigenen Interesse.

Im Ergebnis wäre damit das erreicht, worum es in der Ausgangsfrage ging: einen (gedanklichen) Weg zu finden, die Ausspernung von Natur in ein Draußen der Gesellschaft unmöglich zu machen. Aus dieser Überlegung folgt, das, was unter dem Ausdruck der Umweltzerstörungen und ökologischen Krisen gefasst wird, als eine Art der Veruntreuung aufzufassen. Das, was zu treuen Händen übereignet wurde, wurde nicht entsprechend dem Sinn dieser Beziehung behandelt.

6 Einige Abgrenzungen

Wie steht diese Idee, ein alternatives Naturverhältnis zu denken, zu anderen Konzepten und Vorstellungen der umweltpolitischen Debatte? Der Biologe Edward O.

son» vor, die dann ebenfalls Trägerin subjektiver Rechte sein kann. (Jens Kersten: *Das ökologische Grundgesetz*. München 2022.)

21 Vgl. Schultze, S. 1 f.

Wilson hat mit seinem «Half-Earth»-Konzept den Vorschlag ins Spiel gebracht, eine Hälfte der Erdoberfläche aus der Nutzung und Gestaltung durch Menschen herauszunehmen und als Wildnis sich selbst zu überlassen.²² Dieser Ansatz der Nicht-Nutzung sollte meines Erachtens nicht als Gegensatz zum hier vorgeschlagenen Treuhandverhältnis aufgefasst werden, da die Entscheidung für eine derartige Maßnahme immer noch eine Entscheidung innerhalb politischer Gemeinwesen wäre. Auch unter diesen Bedingungen würde sich weiterhin die Frage stellen, wie das Naturverhältnis in der zu gestaltenden Hälfte ausgeprägt sein sollte (also in der Nicht-Wildnis); das «Half-Earth»-Konzept allein liefert darauf keine Antwort.

Das Prinzip der Treuhänderschaft besagt auch mehr als das alte Postulat der Umweltbewegung: Wir haben die Erde von unseren Kindern und Enkeln nur geliehen. Eine Übereinstimmung findet sich zunächst insofern, als in beiden Fällen dem gegenwärtigen Handeln Grenzen aufgrund der Interessen künftiger Generationen auferlegt werden sollen. Man könnte auch weitergehen und auf Basis der Interessen künftiger Generationen ein eigenes Treuhandverhältnis begründen.²³ Treuhandgeber wären dann entsprechend «Kinder und Enkel». Der Unterschied zum hier vorgelegten Konzept besteht aber darin, dass der Horizont rein innergesellschaftlicher Angelegenheiten letzt-

lich nicht überschritten wird, da es eben nur um die Interessen künftiger *Menschen* geht. Der natürlichen Mitwelt wird dabei kein Eigenrecht zugesprochen, und genau dies ist eine Grundlage des Treuhandverhältnisses im hier verstandenen Sinne.

Daran schließt sich eine weitere Abgrenzung an. Man könnte das gesellschaftliche Naturverhältnis als bewusste Gestaltung durch ein politisches Gemeinwesen schließlich auch als ein Eigentumsverhältnis definieren. Damit mag sich dann die Hoffnung verbinden, dass diese Art der Beziehung dazu führt, mit dem Eigentum pfleglich umzugehen. Allerdings steht den Nutzungsinteressen kein Eigenwert entgegen. Elemente der Natur und Mitwelt erhalten nicht den Rang von Rechtssubjekten, sondern werden (oder bleiben) Eigentumsobjekte; mit Folgen, wie man sie in ökologischen Krisen eben sehen kann. In Anlehnung an den oben zitierten Satz «wir haben die Erde von unseren Kindern und Enkeln nur geliehen» bedeutet dies immerhin, dass das Treuhandverhältnis kein Eigentumsrecht begründen kann.

Der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich wendet sich ebenfalls gegen die Vorstellung eines Draußen, von Natur als bloßer Kulisse menschlichen Handelns. Für ihn ist vielmehr «Kultur der menschliche Beitrag zur Naturgeschichte».²⁴ Seine Stoßrichtung geht indes dahin, menschliche Gesellschaften wieder als Teil einer Mitwelt mit ihren

22 Edward O. Wilson: *Die Hälfte der Erde. Ein Planet kämpft um sein Leben*. München 2016.

23 Dieser Gedanke findet sich etwa bei Gebel, der rechtsdogmatisch drei Möglichkeiten unterscheidet, Treuhandverhältnisse im Zusammenhang mit dem Schutz der biologischen Vielfalt zu begründen. Eine Basis kann sein: das Interesse der Staatengemeinschaft, das Interesse künftiger Generationen und schließlich der Eigenwert der Natur. Dementsprechend wird die Rolle des Treuhandgebers unterschiedlich ausgefüllt. (Titus Gebel: *Der Treuhandgedanke und die Bewahrung der biologischen Vielfalt. Einschränkung der territorialen Souveränität durch treuhänderische Verwaltung von lebenden Umweltressourcen?* Sinzheim 1998, S. 126 ff.)

24 Klaus Michael Meyer-Abich: *Aufstand für die Natur. Von der Umwelt zur Mitwelt*. München/Wien 1990, S. 51.

eigenen Rechten und das Naturverhältnis als eines der Stellvertretung zu begreifen:

Der Mensch vermag die Natur, zu der er selbst gehört, in besonderem Maß zu erkennen und zu verändern. Dadurch fällt ihm eine besondere Verantwortung zu, das Interesse des Ganzen stellvertretend zu wahren.²⁵

Der Unterschied zur Treuhand besteht darin, dass der Stellvertreter kein eigenes Interesse in Bezug auf den vertretenen Gegenstand verfolgt; dies tut der Treuhänder indes schon. Ganz in diesem Sinne definiert auch Alfred Schultze den Gegensatz des Treuhänders zum Vertreter. Es wäre schließlich nicht abwegig, im hier behandelten Zusammenhang, das Naturverhältnis als eines der Vertretung der Interessen der Natur (in Gestalt von Bergen, Flüssen, Seen etc.) aufzufassen. Der Treuhänder hat jedoch, im Gegensatz zum Vertreter, *«eigene, ihm im eigenen Namen zustehende Rechte.»*²⁶ Diese Bestimmung macht die Verwendung des Treuhandkonzeptes plausibel, da Menschen sowohl eigene Interessen als auch eigene Rechte an einem Stück Natur geltend machen. Gegenüber der Stellvertretung ist die Treuhand also die realistischere Art der Beziehung.

7 Die Frage des Umweltstaates und der Artikel 20a des Grundgesetzes

Ganz so, wie das Sozialstaatsprinzip durch soziale Kämpfe durchgesetzt wurde, wird die Forderung erhoben, dass sich Staaten

zu Umweltstaaten entwickeln sollen. Vor allem mit dem Ansatz der ökologischen Modernisierung ist der Gedanke eines Umweltstaates aufgekomen. Für diesen ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen eine Aufgabe aktiven staatlichen Handelns. Ein solcher Umweltstaat rückt verschiedene Bereiche ins Blickfeld: die Gestaltung des Ordnungsrechts, die Regulierung von Märkten, das eigene Beschaffungswesen und auch den Abschluss internationaler Abkommen. Die Erfolge der frühen Umweltbewegung haben sich zunächst vor allem im Ordnungsrecht niedergeschlagen, wo es um Grenzwerte und Emissionsverbote ging. Mit dem Umweltrecht hat sich dann ein eigenes Rechtsgebiet entwickelt.

Der Gedanke, den ich mit der Idee eines Treuhandverhältnisses ins Spiel bringen möchte, ist gegenüber dem Kampf für einen Umweltstaat grundlegender. Er drückt aus, dass Menschen sich nicht nur zu politischen Gemeinwesen zusammenschließen, um ihre Wohlfahrt zu befördern und eine soziale Ordnung zu schaffen, sondern auch, um die Beziehung zu Natur und Mitwelt des jeweiligen Territoriums auf eine bestimmte Weise zu regeln. Die bisherige Idee eines Umweltstaates bezieht sich auf ein politisches Gemeinwesen, das im Grunde nur Menschen kennt – die aber besser mit ihrer natürlichen Umwelt umgehen wollen. Die Idee des Treuhandverhältnisses läuft darauf hinaus, Natur und Mitwelt im Fundament des politischen Gemeinwesens gleichrangig mit den Angelegenheiten der Menschen zu behandeln.

Vor ca. 30 Jahren hat sich der Ansatz, einen Umweltstaat als Treiber eines neuen

25 Klaus Michael Meyer-Abich: *Wege zum Frieden mit der Natur. Praktische Naturphilosophie für die Umweltpolitik*. München/Wien 1984, S. 190.

26 Schultze, S. 1 f.

Naturverhältnisses zu verstehen, auch auf verfassungspolitischer Ebene niedergeschlagen. In der Bundesrepublik ist das Grundgesetz Ausdruck bürgerlicher Grundrechte und der Staatsorganisation. Es gibt darüber Auskunft, auf welche konkrete Weise sich das politische Gemeinwesen organisiert. Der Katalog der Grundrechte hat sich zunächst, seit der Verabschiedung des Grundgesetzes, auf Rechte von Menschen bezogen. Auf diese hat sich auch ein Staatsziel wie der Sozialstaat bezogen. Im Zuge der umweltpolitischen Debatten der 1980-Jahre wurde die Diskussion begonnen, auch die Belange der Natur ins Grundgesetz aufzunehmen. Diese Debatte hatte zwei Stoßrichtungen: Zum einen sollten bestimmte Individuen wie Tiere oder auch Landschaften Träger von Rechten sein können; zum anderen sollte der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel definiert werden. Ein Protagonist dieser Debatte war der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich. In seinem Buch *Wege zum Frieden mit der Natur* versuchte er, die Bedingungen einer Rechtsgemeinschaft zwischen Menschen und Natur zu bestimmen.²⁷ Dabei kam es ihm vor allem darauf an, dieser Rechtsgemeinschaft keine anthropozentrische Grundlage zu geben, sondern der natürlichen Mitwelt ein Eigenrecht zuzuerkennen. Letztlich haben diese Diskussionen 1994 zur Ergänzung des Artikel 20 des Grundgesetzes um den Artikel 20a geführt, welcher den «Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere» zum Gegenstand hat. Im Artikel 20a GG kann man einen Markstein sehen, da nunmehr der Beziehung zu den natürlichen Lebens-

grundlagen Verfassungsrang zugestanden wurde.

Man könnte also meinen, dass dadurch, dass dem Thema ein hoher Rang im Grundgesetz zuerkannt und ein weiteres Staatsziel bestimmt wurde, eine ausreichende Regelung besteht. Schaut man sich den Artikel aber genauer an, wird klar, dass doch etwas anderes gemeint ist. Im Wortlaut: «Der Staat schützt [...] die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere [...] durch die Gesetzgebung und [...] durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.» Es sind also Legislative, Exekutive und Judikative angesprochen als Dimensionen staatlichen Handelns. Staatliches Handeln bildet jedoch nur ein Teilgebiet gesellschaftlichen Handelns, welches auch das Handeln wirtschaftlicher und vieler weiterer Akteure umfasst. Die Idee eines Treuhandverhältnisses geht dagegen auf jedwede Art gesellschaftlichen Handelns, welches ein Stück Natur oder Mitwelt beeinflusst. Im Mittelpunkt steht damit das gesellschaftliche Naturverhältnis als Gestaltung des Verhältnisses zu einer Mitwelt.

Ein zweiter Mangel der Regelung des Artikel 20a GG besteht darin, dass es sich um eine objektiv-rechtliche Regelung handelt, die als solche kein subjektives Recht begründet.²⁸ Folglich kann niemand aufgrund der Verletzung eines Grundrechts Klage erheben. Schon gar nicht wird Elementen der Natur die Eigenschaft von Rechtssubjekten zugebilligt. Ein Treuhandverhältnis setzt hingegen voraus, dass Individuen der Mitwelt der Status von Rechtssubjekten zukommt. Anders sieht dies Christian Calliess. Aus der Formulierung des Artikel 20a GG «Der Staat schützt [...]», schließt dieser,

27 Meyer-Abich 1984.

28 Kersten, S. 30.

dass hierdurch bereits ein Treuhandverhältnis begründet wird.²⁹ Dies stellt m. E. jedoch eine verkürzte Sicht dar. Es wird nicht mitgedacht, dass Elementen der natürlichen Mitwelt der Status von Rechtsobjekten zuerkannt werden müsste, damit ein Recht auf den Treuhänder übertragen werden könnte.³⁰ Daher kommt es nicht von ungefähr, dass trotz des Artikel 20a GG ein «Frieden mit der Natur» in weiter Ferne liegt.³¹

8 Ausblick

Zu Beginn der Überlegungen, welche Gestalt ein anderes Naturverhältnis annehmen könnte, bin ich davon ausgegangen, dass das Nachzeichnen der historischen Entwicklung des Naturverhältnisses der industriellen Moderne bedeuten würde, die Geschichte einer Spaltung aufzuzeigen. Diese Vorstellung unterschlägt jedoch, dass unter Bedingungen planetarischer Wirkmächtigkeit (Stichwort Anthropozän) nicht das Aufheben einer Spaltung im Sinne einer Wiedereinbettung, sondern die Abwesenheit von Gestaltung das eigentliche Thema ist. Ökologische Krisen haben ihre Grundlage nicht in einer Entbettung von Gesellschaften aus natürlichen Prozessen, sondern in der Weigerung industriekapitalistischer Gesellschaften, die Rolle der Gestalterin, des «sorgenden Gärtners» (nach Meier-Abich) zu übernehmen.

Was bedeutet ein Verständnis des Naturverhältnisses als Treuhandverhältnis als Eckfeiler einer politischen Philosophie? Meines Erachtens bringt dieser Ansatz einen neuen Aspekt ins Spiel, insofern ein politisches Gemeinwesen nicht nur die Angelegenheiten der Menschen untereinander betrifft, sondern res publica auch das Verhältnis der Menschen zu ihrer natürlichen Mitwelt umfasst. Das Territorium eines politischen Gemeinwesens umfasst dann nicht nur die Fläche, auf der die Menschen des Gemeinwesens leben, sondern das Gebiet, in dem Menschen Verantwortung für ihre Mitwelt übernehmen.

Im Moment läuft das Spiel der umweltpolitischen Auseinandersetzungen allerdings nach anderen Regeln: Am Anfang jedes Konflikts steht ein Impuls (meist ein ökonomisches Interesse), ein Stück Natur zu nutzen, eine Fläche zu versiegeln, einen Fluss auszubaggern, eine Senke zu füllen. Dann muss sich jemand für dieses Stück Natur interessieren, ein Gegeninteresse formulieren und den Kampf beginnen. Da die betroffenen Teile der Natur keine eigene Stimme haben, muss jemand in einer Stellvertreterrolle diese Aufgabe übernehmen. Natürlich ist dies die Rolle, die vor allem von Umweltverbänden wahrgenommen wird. Die Öffentlichkeit wird mobilisiert und Druck aufgebaut. Entweder sind Rechtsmittel vorhanden, dann muss der Weg durch die Instanzen beschritten werden. Oder es muss um das Schaffen be-

29 Christian Calliess: «Rechtsstaat und Wirtschaftsfreiheit vor den Herausforderungen des Staatsziels Umweltschutz (Art. 20a GG)», in: *Berliner Online-Beiträge zum Europarecht*, Nr. 1, 2004, S. 7.

30 Siehe auch in der weiteren Argumentation von Calliess, die maßgeblich auf dem sog. Grundrechtsdreieck aufbaut, welches nur «Betroffene» (mit einem Bezug auf die Schutzpflicht des Umweltstaates), «Begünstigte» (mit einem Abwehrrecht gegen Eingriffe in freiheitliche Grundrechte) und den Staat (als vermittelnde Instanz) kennt. Auch diese Dreiecksbeziehung ist eine Welt der Menschen (Calliess, S. 14/15).

31 Eine differenzierte Diskussion und ein Vorschlag, wie ein konsequent ökologisch gestaltetes Grundgesetz aussehen könnte, findet sich in: Kersten 2022. Dieser hebt jedoch nicht explizit auf ein Treuhandverhältnis ab.

stimmter Rechtsmittel gekämpft werden, dann geht der Kampf nicht nur um die Nutzung des einen Stücks Natur, sondern um die Regelung einer prinzipiellen Frage.

Die Asymmetrie dieses Verhältnisses mag ein Vergleich mit dem Sozialstaatsprinzip verdeutlichen, welches eine Antwort auf die soziale Frage als eine der großen Erblasten der Industrialisierung war. Auf der einen Seite ist die soziale Frage zu einer Frage des geregelten Interessenkonfliktes geworden. Auf der anderen Seite setzt der Staat diesem Konflikt Grenzen, etwa durch die Definition eines menschenwürdigen Einkommens. Analog sind Konflikte in der Umweltpolitik zu verstehen; auch hier ist die «ökologische Frage» eine Frage des Interessenkonfliktes, der allerdings nicht im gleichen Maße geregelt ist. (Umweltverbände stehen Industrieverbänden schließlich nicht so gegenüber wie Gewerkschaften den Arbeitnehmerverbänden.) Das Lebensrecht einer bedrohten Art ist bisher nichts, was verhandelt werden könnte, wie unterschiedliche Interessen in einem Tarifkonflikt.

Der wichtige Punkt an dieser Stelle ist, dass es bisher kein entsprechendes Naturverhältnis gibt, das dem Interessenkonflikt Grenzen setzt. Das Naturverhältnis als *res publica* aufzufassen führt dazu, die Regeln und den Ablauf dieses Spiels so zu verändern, dass es nicht mehr möglich ist, Teile der Natur und Mitwelt als außerhalb des Feldes menschlicher Handlungen und Beziehungen zu denken. Gesellschaftliche Entscheidungsprozesse wären nicht mehr so geartet, als ob Menschen nur mit sich selbst zu tun hätten.

Zum Abschluss möchte ich auf eine Idee des Philosophen Wolfgang Harich zurückgreifen, welche dieser – vielleicht eher bei-läufig, vielleicht auch scherzhaft – in den 1970er-Jahren formuliert hat. Diese Idee mag einen Hinweis geben, auf welche Weise Rechte der Natur durch ein Treuhandverhältnis in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse Eingang finden können. Mit Blick auf die mögliche Wirkung von Erfindungen und damit künftige Umweltkonflikte hat Harich vorgeschlagen, ein Tribunal einzusetzen. Bei diesem sollten die ökonomischen Interessen von einem Anwalt vertreten werden, die ökologischen Interessen von einem Ankläger, wogegen der Politik die Aufgabe der Schiedsinstanz zukäme.³² Dieses Konstrukt setzt voraus, dass Elemente der Natur Träger subjektiver Rechte sind und eine Schiedsinstanz Interessen jenseits der «Welt der Menschen» als gleichrangig anerkennt. Die Struktur des Spiels umweltpolitischer Auseinandersetzungen wäre damit radikal verändert: Das Recht des Berges, des Adlers und der Eiche stünden auf Augenhöhe mit dem Recht natürlicher und juristischer Personen. Jens Kersten spricht in diesem Zusammenhang von «juristischer Waffengleichheit»; zwischen dem sozialen, dem ökonomischen und dem ökologischen Interesse muss dann nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit abgewogen werden.³³ Was bei einem solchen Tribunal herauskommt, muss allerdings eine offene Frage bleiben. Zumindest wäre es nicht von vornherein ausgemacht, dass das Interesse des Hirsches oder der Buche die Oberhand gewinnt. Schließlich ist nicht davon auszugehen, dass die Buche

32 Wolfgang Harich: *Kommunismus ohne Wachstum. Babeuf und der «Club of Rome»*. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 148 f.

33 Kersten, S. 66 f., S. 107 f.

ein vorgängiges Recht besitzt, nicht gefällt zu werden oder der Hirsch, nicht erlegt zu werden. Was nur sichergestellt wäre, ist – und dies ist das Minimum, das durch das

hier vorgeschlagene Naturverhältnis garantiert ist – dass dies eine gesellschaftliche Entscheidung auf Basis einer bewussten Interessenabwägung wäre. ■

Hagen Weiler

Logischer Sozialismus – eine Alternative?

Wider das nachhinkende Bewusstsein

Erster Teil

Vom «Logischen» zum «Demokratischen Sozialismus»

Könnte und sollte der «Logische Sozialismus» zur Praxis des «Demokratischen Sozialismus» werden? Könnte sich dessen genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie zur notwendigen Alternative gegenüber dem «Globalen Finanzkapitalismus» entwickeln? Wie wären diese in allgemeinen und gleichen *Staats-* und *Wirtschaftsbürgerrechten* und -pflichten für alle lern- und arbeitsfähigen Menschen zu institutionalisieren? Wie lassen sich von Anfang bis Ende verbindlich Korruptionen ausschließen? Wie wären durchgängig ideelle und materielle Interessen am allgemeinen Wohl – wie am eigenen – zu vereinbaren und zu verwirklichen? Sollte man beginnen mit dem Engagement der sog. «wissenschaftlich-technischen Intelligenz», die bereits die allgemein notwendigen Güter und sozialen Dienste organisieren? Wie lässt sich deren (noch) nachhinkendes Bewusstsein zwischen den

Fortschritten ihrer Wissenschaften und Techniken gegenüber den Stagnation ihrer Verhältnisse auf die Sprünge helfen?

Der Begriff «*Logischer Sozialismus*» ist im Unterschied zu dem historischen Terminus «*Demokratischer Sozialismus*» relativ neu, weniger verbraucht und bedarf wie der «Demokratische Sozialismus» keiner geschichtssystematischen Abgrenzungen gegenüber dem Marxismus/Leninismus/Stalinismus). Der Begriff «Logischer Sozialismus» erfüllt grund-, mittel- und folgerichtig meine Vorstellungen zu den *Interdependenzen* gleicher Rechte und Pflichten aller lern- und arbeitsfähigen Menschen gegenüber den allgemeinen Gesetzen, den allgemeinen Wahlen und Abstimmungen, der Produktion und Distribution der gleichermaßen für jeden Menschen möglichen und notwendigen Bedingungen, Mittel und Hilfen zum gemeinsamen (guten) Über-Leben.

Obwohl es mir mit diesem (explizit) leitenden Erkenntnisinteresse ernst ist, verbinde ich damit keine persönliche Identifikation im Sinne einer «*Glaubens*»-Wahrheit. Dennoch befürchte ich die korrespondie-

renden Überlebensrisiken des sog. Globalen-Finanzkapitalismus, der «koste es, was es wolle»: Waffen herstellt, lagert, verteilt und in Bürger- und Stellvertreterkriegen anwenden lässt; ganze Regionen zerstört; Millionen von Menschen aus ihren Ländern vertreibt; staatliche Haushalte und öffentliche (Sozial)-Versicherungen überschuldet; die ökologischen Systeme überlastet und ruiniert; Hunderte von Millionen Menschen ihrer beruflichen Existenzsicherung beraubt; die Zahl von Millionären und Milliarden multipliziert.

Ob dagegen mein radikal-konsequentes Alternativmodell *egalitärer Verteilungs- und Haftungsgerechtigkeit* sich in seiner zukünftigen Praxis hinreichend bewähren wird, kann ich natürlich nicht solide prognostizieren. (Leider gibt es für mein Modell bisher keine hinreichend erprobten Vergleichserfahrungen). Historische Vergleichserfahrungen negativer Art gibt es allerdings: Sowohl die antike Sklavenhaltergesellschaften als auch die mittelalterlichen Feudalgesellschaften, als auch der Staatskapitalismus des Ostens sowie der Privatkapitalismus des Westens waren geprägt von strukturellen Ungleichbehandlungen ihrer Menschen. Das war ihr gemeinsamer Nenner.

Alle diese Systeme versagten darin, ihren Mitgliedern hinreichende Bedingungen, Mittel und Hilfen für ihr gemeinsames Leben zur Verfügung zu stellen, selbst wenn sie dazu die entsprechenden Produktivkräfte hätten entwickeln können. Stattdessen verteilten und legitimierten sie (Luxus)-Privilegien für ihre Minderheiten und tolerierten Nachteile für ihre Mehrheiten. Nicht zuletzt kann ich auch nicht wissen, ob mein Alternativmodell gegen bzw. nach dem globalen Finanzkapitalismus (nach dessen Implosion?) nicht zu spät kommen

wird, ob noch genug Zeit bleiben wird, wenigstens für die Reformen/Revolutionen durch die sog. wissenschaftlich-technischen Intelligenzen, soweit diese noch überleben wollen und können in einem «Logischen Sozialismus».

Kategorien und Kriterien

Meine folgenden Definitionen bezeichnen die Überschriften über ihre zugrunde liegenden Theorien. Gleichzeitig umschreiben ihre Zuordnungen deren Beziehungen. Deren Reihenfolge ist nicht zufällig, sondern folgt ihrer Rangordnung: Freiheit – Gleichheit – Solidarität / Gerechtigkeit – Frieden / Kapitalismus – Logischer Sozialismus.

Freiheit = (Emanzipation) aus: autoritären, orthodoxen Bevormundungen; a-sozialen (Herrschafts- und Ausbeutungs-)Zwängen; sittengesetzlichen, kategorisch verabsolutierten Pflichten als Selbstzwecken. *Gleichheit*: korrespondierende Bedingung und Kehrseite allgemeiner, (notwendig nur gleicher) Freiheiten; verallgemeinerte Gegenseitigkeiten im Sinne allgemeiner, gleicher Rechte und Pflichten; Dreh- und Angelpunkt egalitärer Gerechtigkeit. *Solidarität*: (inhaltlicher) Zweck gleicher Freiheiten, Rechte und Pflichten; Verantwortungen für das Wohl (= Bedingungen, Mittel und Hilfen für das gute Leben) aller Menschen – wie für das eigene. *Frieden*: Gegenteil aller Kriege; Konfliktregelungen ohne (militärische) Gewalt; Grundlage und Notwendigkeit menschlicher Zivilisation und Kulturen; Allgemeine Zufriedenheit mit der Produktion und Distribution sozialer Güter und Dienstleistungen.

Industriekapitalismus: ursprünglich produktives Wirtschaftssystem; (potenzielle) Mas-

senfabrikationen notwendiger Gebrauchsgüter für die Mehrheiten der Menschen; Privateigentum an Produktionsmitteln; Konkurrenzen auf den Märkten um die größten und schnellsten Gewinne; Wachstum ohne quantitative und qualitative Grenzen; Sozialisierung ökologischer und sozialpolitischer Kosten; Privatisierung der Gewinne; Luxus-, Verschleiß- und Vergeudungsproduktionen für Minoritäten; Mangel an allgemein notwendigen, energie- und rohstoffsparenden Gebrauchsgütern.

Globaler Finanzkapitalismus: politisch nicht mehr kontrollierbare Flexibilisierungen, Deregulierungen, Privatisierungen öffentlicher Aufgaben; grenzenloser Kapital-, Güter- und Personen/(Arbeitskräfte)-Verkehr; sich verselbstständigende und unbegrenzte Spekulationskreisläufe.

Logischer Sozialismus: radikal-konsequentes Gegenmodell zum Kapitalismus; allgemeine, gleiche *staats-* und *wirtschaftsbürgerliche* Rechte und Pflichten/Haftungen; politische und ökonomische Ämter- und Gewaltenteilungen ohne ideelle und materielle (ungleiche) Vorteile (Korruptionen); institutionelle und prozedurale Grundlagen allgemeiner, gleicher, ideeller und materieller Interessen am gemeinsamen Wohl – wie für das eigene.

Kriterien: Wie meine oben vorgestellten *Kategorien* sind auch meine *Kriterien* zu erklären. Dabei gehe ich von folgendem Unterschied aus: Während es zuvor genügte, die jeweils spezifischen Merkmale und Strukturen der Kategorien zu benennen, kommt es gerade unter dem Anspruch des «Logischen Sozialismus» darauf an, sowohl auf die einschlägige Genesis als auch auf die Funktion des «Logischen» einzugehen.

Dazu gehe ich in zwei Schritten vor: a) Plädoyer für eine Konsens Theorie; b) Vorschläge für eine empirisch-pragmatische Offenheit der Widerspruchsfreiheit. (Selbstverständlich kann ich – ohnehin als Nicht-Spezialist wie bisher auch – nur eine Hypothesenskizze vorschlagen).

a) Mein spezifisch thematisches Plädoyer für eine *Konsens*-Theorie des «Logischen Sozialismus» beruht auf «evolutionären» Erkenntnis- und Kommunikationstheorien, die darauf verzichten, *außerhalb* ihrer wissenschaftlichen Diskurse nach sog. «festen Punkten» zu suchen. Dieser moderne Verzicht auf feste, d. h. nicht mehr als solche zu bezweifelnden Gültigkeitsannahmen bedeutet jedoch kein Plädoyer für den «Anarchismus» eines sog. «anything goes» (Feyerabend). Danach bleibt die Suche nach einer *Verfahrens*-Rationalität zwischen den Wissenschaften. Diese haben sich in regelhaft geordneten Prozeduren zu verständigen über ihre Voraussetzungen und Bedingungen, Mittel und Instrumente, Kategorien und Kriterien, Ziele und Zwecke. Nur so können sie zu gleichermaßen methodisch wie systematisch intersubjektiv offengelegten und miteinander geteilten Übereinstimmungen gelangen. Nur so können sie ihre jeweiligen Wissensfeststellungen wie auch deren (wiederum nur regelhaft möglichen) Erklärungshypothesen miteinander vergleichen. Nur so können sie sich gegenseitig darüber verständigen, was sie noch nicht wissen (können bzw. wollen). Nur so können sie erklären, worüber sie keine Einigungen erreichen konnten, evtl. sogar über deren (Hinter-)Gründe. Nur so können sie sich gegenseitig auf ihre sog. «blinden Flecken» aufmerksam machen

bzw. sich von ihren persönlichen Identifizierungen analytisch distanzieren.

Damit bin ich bei dem – reflexiven – «Dreh- und Angelpunkt» der meisten wissenschaftlichen Grundlagen-Kontroversen, in denen persönliche Wertungen und parteiliche Befangenheit – im Ergebnis – den Ausschlag geben (können): Gerade beim «Für und Wider» zum «Logischen Sozialismus» spielen die leitenden Erkenntnisinteressen die Hauptrolle. Wer diese verdeckt, sie dialogischen Kontrollen entzieht, verkürzt (oder gar verkehrt!) nicht nur seine eigene (wissenschaftlich notwendige) Ziel- und Ergebnisoffenheit, sondern auch die davon abhängigen Toleranzen in der Kommunikationsgemeinschaft. Diese sind von Anfang bis Ende darauf angewiesen, sich über ihre vorläufigen, partikularen und perspektivischen Paradigmen zu verständigen. Erst wenn sie deren Bedingungen, Vermittlungen und Konsequenzen einsehen, erschließen sich notwendige Relativierungen, um (dogmatisierte) Patt-Konstellationen zu öffnen.

b) Meine Vorschläge zu einem empirisch pragmatischen Gebrauch der Widerspruchsfreiheit orientieren sich weiter an der konsenshaften Verfahrensrationalität wissenschaftlicher Diskussionen. Diese gehen zunächst – allgemein widerspruchsfrei – von methodisch-systematisierten Regeln aus. Danach erklären Wissenschaftler – gegenseitig

- wovon sie ausgehen
- worauf sie hinauswollen
- auf welchen Wegen
- mit welchen Mitteln sie dieses versuchen

Nicht zuletzt wollen sie einander auf offene oder verdeckte Widersprüche in

ihren eigenen oder anderen Feststellungen und Schlussfolgerungen aufmerksam machen, um diese – gemeinsam – zu überwinden. (Vermutlich haben sich diese Praktiken bereits angebahnt in dem Gebrauch der sog. «Goldenen Regel der Gegenseitigkeit»: Darin hatte man gelernt, auf die – einzulösenden – Versprechungen zu vertrauen, d.h. auf den wechselseitigen Austausch von Rede und Gegenrede, von Leistung und Gegenleistung, von Schaden und Entschädigung usw.). Mutmaßlich begründeten diese – erfolgreichen – Praktiken erste und zweite horizontale und vertikale Arbeits- und Herrschaftsteilungen sowie deren weitere Kompetenzen und Legitimationen. Nach diesen Erfahrungen versucht mein Verständnis der «Logik des Sozialismus» dessen kulturelles «*Passungs*»-Muster zu begreifen. In dem Maße, wie die wissenschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte zwar nicht die (vertikalen) Arbeitsteilungen, wohl aber die (horizontalen) Herrschaftsteilungen überflüssig machen könnten, wären Möglichkeiten egalitärer Gerechtigkeitsleistungen in Sichtweite.

Methoden und Materialien

Mein Beitrag zur Diskussion des «Logischen Sozialismus» kann nicht mehr sein als ein sogenanntes «Essay». Anders als in meinen früheren Buchveröffentlichungen mustere ich nicht mehr repräsentative Positionen zu Ethiken (nicht egalitärer) Gerechtigkeit, mit denen ich mich (früher im Einzelnen zitatbelegt) kontrovers auseinandergesetzt habe. Damals bin ich dialogisch-dialektisch vorgegangen. Jetzt kann ich – auch aus Gründen des Umfangs – nur noch monologisch vorgehen, indem ich al-

lein den Extrakt meiner früheren Kontroversen resümiere. Hier geht es mir allein darum, meinen eigenen Gedankengang so zu vereinfachen und übersichtlich zu gestalten, dass die Leser den sogenannten «Roten Faden» nicht verlieren. Dabei stehe ich vor vier Schwierigkeiten:

1. Sog. «Große Erzählungen» zur Geschichte bzw. zur Theorie des Kapitalismus sind zu seltenen Ausnahmen geworden. Die Masse der einschlägigen Aspekte können selbst Teams von (interdisziplinären) Experten kaum noch übersehen.
2. Der sog. Mainstream veröffentlichter Meinungen hat sich mit dem (zumindest vorläufigen) Sieg des Kapitalismus mehr oder weniger affirmativ bis resignativ abgefunden. Danach erscheint es opportuner, «Anschluss» zu behalten an (vor-)herrschenden Meinungen, die sich mit bloßen (Teil-)Modifikationen/Reformen bescheiden.
3. Dessen sog. Mainstream fällt es leicht, nach der Implosion des östlichen sog. «Real-Sozialismus» (genauer: «Staatskapitalismus», Lenin) das «Scheitern des Sozialismus» als solchen zu verkünden. Wer macht sich schon die Mühe, historisch-kritisch zu differenzieren zwischen der leninistisch-stalinistischen «Diktatur» der sog. «Nomenklatura» einerseits und dem «Demokratischen Sozialismus» andererseits?
Nicht zuletzt blockieren bezeichnenderweise innerhalb und außerhalb akademischer Kreise (wahlweise bis kombiniert) drei mehr als gängige Vorurteile von vornherein jede ergebnisoffene Diskussion: a) die a-soziale «Natur des Menschen»; b) die Notwendigkeiten von Verdienst-, Verantwortungs- und Leistungs-

privilegien; c) die Ineffizienzen egalitärer Wirtschaftssysteme.

Alle diese Vorurteile erscheinen derart ein-sozialisiert und verinnerlicht, dass sich ihre Träger damit identifizieren; (fundamentale) Zweifel daran werden gar nicht mehr als Sachkontroversen zugelassen, sondern als persönliche Angriffe von vornherein abgewehrt. Danach wird deutlich, wie sehr die sog. erkenntnisleitenden Interessen den Ausschlag geben. Erst in der Analyse ihrer Voraussetzungen und Bedingungen. Zu- oder Abneigungen, «Passungen» zu Traditionen und Erwartungen, nicht zuletzt ihrer Bezugsgruppen und «Milieus», lassen sich die Rollen derer entschlüsseln, denen «die ganze Richtung nicht passt», oder denen, die sich auf das Wagnis einlassen wollen, «gegen den Strich» bisheriger Orientierungen zu denken.

Die Richtung oder Passung meiner Argumente dagegen folgt diesem oppositionellen Strich: In einer (selbstverständlich idealtypisiert verkürzten) Übersicht skizziere ich auf den bereits vorgestellten vier Ebenen des Kapitalismus, des demokratischen Rechts- und Sozialstaates, der Ethik zur Güte der Gerechtigkeit und der «Sozialismen», deren historische Fort- und Rück-Schritte.

Nur in der Erklärung dieser Fort- und Rückschritte suche ich zugleich die Erklärung für ihre anhaltenden Nachwirkungen. Diese Nachwirkungen entsprechen sowohl ihren eigenen Widersprüchen als auch den Widersprüchen (und Widerständen) der davon betroffenen und beteiligten Menschen. Zum einen durchziehen diese Ambivalenzen in ihren historischen Formationen und Interdependenzen alle vier aufgeführten Ebenen: Was zuerst im Kapitalismus, im demo-

kratischen und sozialen Rechtsstaat, in den Gerechtigkeitsethiken und in den «Sozialismen» fortschrittlich und produktiv begann, erstarrte bald darauf wieder, bis es am Ende sogar reaktionär dahinter zurückfiel.

Gleiche Entwicklungen spielten sich analog dazu in den Verhaltensweisen und Bewusstseinsmustern ihrer menschlichen Täter und Opfer ab. Beide erkannten diese Widersprüche und Rückfälle in ihren Verhältnissen nicht mehr. Stattdessen fanden sie sich damit ab, ihre eigenen Mit-Verantwortungen aufzugeben nach den bequem-opportunen Motti: «Die Verhältnisse lassen sich nun mal nicht ändern» / «Die menschliche Natur bleibt eben so, wie sie immer war» / «Die Herrschenden machen sowieso, was sie wollen» / «Was können wir als Einzelne schon dagegen tun?»

Gegen dieses sog. «*nachhinkende Bewusstsein*» richtet sich meine (hoffentlich noch mögliche und notwendige) Utopie des «Logischen Sozialismus». Dieser versucht, die jeweils ursprünglich fortschrittlichen Elemente wieder konstruktiv zu fundieren und zu vollenden: aus dem *demokratischen Rechts- und Sozialstaat* dessen *allgemeine und gleiche Staatsbürger-Rechte und -Pflichten*; aus den *Ethiken* deren *Maßstäbe für ein gutes und gerechtes Leben aller Menschen*; aus den «Sozialismen» deren Programme zu *allgemeinen, gleichen politischen und ökonomischen Mitwirkungsrechten*. Am Ende jedoch bleibt die politisch ökonomische wie sozialpsychologische Schlüsselfrage nach den gesellschaftlichen Gruppen, welche sich noch für diese Reformen/Revolutionen zum «Logischen Sozialismus» engagieren können und wollen und welche nicht mehr.

Zweiter Teil Historische Fort- und Rückschritte

I Kapitalismus

1 Anfang und Ende ...

... von Adam Smith: *Reichtum der Nationen* (1776): Historisch kam es mit den Emanzipationen der Wirtschaftsbürger aus den Bedingungen und Grenzen der antiken Sklavenhalter sowie der mittelalterlichen Feudalordnungen und staatsmerkantilistischen Wirtschaften zu bisher unvergleichlichen Produktionssprüngen.

Ihre Grundlagen waren die Entdeckung Amerikas, die Erfindung der Maschinen, der Geldhandel in und zwischen den Städten, die Entwicklungen der Verkehrswege. Kaufleute und Unternehmer sorgten nicht nur für ihre eigenen Vorteile. In ihren Fabriken entstanden Massenproduktionen von Massengütern, die einen zunehmenden Massenkonsum auch für ihre Arbeiter ermöglichten. Diese dynamischen Fortschritte spiegelten die bürgerlichen Wirtschaftstheorien des 18. und 19. Jahrhunderts.

Besonders legitimiert wurde dieser Industriekapitalismus durch den primären Volkswirtschafts-«Klassiker» und schottischen Moralphilosophen Adam Smith: *Reichtum der Nationen* (1776). Sowohl gegenüber den stagnierenden, unproduktiven antiken Sklavenhalter- bzw. mittelalterlichen (faulen) Feudalwirtschaften, als auch gegenüber dem absolutistisch-zentralistischen Merkantilismus (Frankreich) fingierte Smith pseudo-theologisch «eine unsichtbare Hand»: Solange jeder «nur seinen eigenen Vorteil [...] im Auge hat, [...] sein Kapital so zu leiten, dass *sein Produkt den größten Wert* erhält. [...] lediglich sei-

nen eigenen Gewinn beabsichtigt, muss er einen Zweck befördern, den er sich in keiner Weise vorausgesetzt hatte, zieht er diejenige Kapitalnutzung vor, welche zugleich für die Nation die vorteilhafteste ist» (Hervorhebungen nicht im Original).

Zu erinnern sind jedoch unsere (heutigen) Volkswirtschaftslehrer an die beiden anderen Bedingungen in Smith' Lehre (vgl. bes. 4. Buch, 9. Kap.), die in den immer noch vorherrschenden «neoliberalen» Programmen bezeichnenderweise unterschlagen werden.

Smith nimmt den Staat in die Pflicht, «jeden Bürger gegen Unrecht und Unterdrückung durch genaue Rechtspflege zu schützen, vollkommene Gerechtigkeit, vollkommene Freiheit und vollkommene Gleichheit herzustellen» als «das so einfache Geheimnis, welches allen drei Klassen» (= Kaufleute/Gewerbetreibende, Grundeigentümer/Landwirte, Handwerker/Fabrikarbeiter) «die höchste Stufe des Wohlstandes aufs Beste sichert». (Hervorhebungen nicht im Original).

Für Smith ist also die freie unternehmerische Produktivität im *allgemeinen Interesse* gebunden an einen *effektiven Rechts- und Sozialstaat*, der die *Freiheit und Gleichheit aller Klassen* sichert. (Leider finden sich bei Smith keine Antworten auf die (Kontroll-) Frage, wie in Konflikten dieser Rechts- und Sozialstaat gegenüber Usurpationen von Unternehmern bewahrt werden soll und kann).

1776 konnte sich Smith noch gar nicht vorstellen, dass die (zu seiner Zeit) geringen Reich- und Tragweiten der damaligen Produktivkräfte, erst recht ihrer Kapitalausstattungen, nur ein Jahrhundert später ausreichen würden, die ursprüngliche Produktivität – gegen Smith – sich in ihr Gegenteil verkehren lassen: Erstens waren die Unter-

nehmer zum einen technisch imstande, anders als zuvor, die meisten Waren zu niedrigsten Preisen auf den Märkten anzubieten; zum anderen jedoch waren sie jetzt auch in der Lage, ihre Konkurrenten so zu überflügeln, dass diese von den Märkten verschwinden mussten. An die Stelle der zuvor produktiven Konkurrenzen traten Monopole und Oligopole, Konzerne und Kartelle, welche die Konkurrenzen durch ihre Macht-Konzentrationen aufzuheben suchten. Zweitens stellte sich nicht mehr – wie noch unter Smith gegenüber dem Merkantilismus – die Frage nach der Emanzipation der Unternehmer aus der Vormundschaft des Staates, sondern umgekehrt die Frage nach der Unabhängigkeit des Staates von den Interessen der Unternehmer. Mit ihrer neuen Kapitalmacht konnten sich die Unternehmer jetzt ihren Einfluss auf staatliche Gesetzgebung und Verwaltung so lange kaufen, wie ihnen nicht dabei andere Unternehmerinteressen in die Quere kamen.

2 Vom Industrie- zum globalen Finanzkapitalismus

Auf diesem Hintergrund lassen sich die Übergänge vom Industrie- zum Finanzkapitalismus (schematisch) in zwei Stufen skizzieren:

- a) Die Unternehmer waren nicht mehr wie ihre «Gründerväter» darauf angewiesen, ihre Investitionen in neue Maschinen und Vertriebswege aus früheren Gewinnen zu finanzieren. Sie konnten sich das notwendige Kapital quasi als Vorschuss von den Banken leihen.
- b) Die Unternehmen entwickelten sich zu Aktiengesellschaften. Deren Vorstände und Aufsichtsräte lösten die früheren Unternehmer-Verantwortungen ab: Hatten diese noch mit ihrem persönlichen

Vermögen gegenüber ihren Geschäftspartnern gehaftet bzw. sich gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern (zumindest verbal) gerechtfertigt, so beschränkten sich die Rechenschaftspflichten der Vorstände und Aufsichtsräten gegenüber ihren (fremden) Aktionärsmehrheiten allein auf deren Dividende und Aktienkurse. Damit gaben sie die «produktive» Funktion auf, welche die traditionellen Unternehmer für sich in Anspruch nahmen, nämlich durch Erfindungen, Mut zum Risiko, Organisationskompetenzen und Führungsstärken wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg ihrer Betriebe beizutragen. Dagegen beschränkten sich die «Leistungen» der Aktionäre darauf, andere für ihr Geld arbeiten zu lassen. Hier zeigt sich der parasitäre Gehalt des Slogans: «Leistung soll sich wieder lohnen» – am deutlichsten bei denen, die selbst nichts mehr dazu beitragen – wie bei den Erben großer Vermögen.

Diese Entwicklung des Finanzkapitalismus entpersönlicht, verdinglicht und entfremdet nicht nur die Produzenten von ihren Profiteuren, sondern vergrößert auch deren Reich- und Tragweite über ihre Produktion und deren Absatz. Sie können ihren Einfluss in die veröffentlichten Meinungen durch Aktienanteile in den Verlagen sowie über ihre Annoncen einkaufen. Nicht zuletzt können sie vor allem über ihre Verbände auf Abgeordnete und Ministerien Einfluss nehmen.

Die Konsequenzen werden nicht mehr politisch verantwortlich zu kontrollieren, gar zu stoppen sein. Die Überschuldungen der Staaten und ihrer Sozialsysteme können nicht mehr mit weiteren Schulden auf die lange Bank verschoben werden. Die

Hochrüstungen, Bürger- und Stellvertreterkriege werden nicht zu begrenzen sein. Millionen von Flüchtlingen lassen sich nicht länger aufhalten. Die natürlichen Energie- und Rohstoffvorräte gehen irreversibel zur Neige. Die Überlastungen von Luft, Wasser und Boden werden diese umkippen lassen.

Diese inzwischen globalen Überlebenskämpfe sind keine bloßen Auswüchse vor allem des Finanz-Kapitalismus. Dessen Wachstumszwänge sind geradezu regelhaft angelegt in den Konkurrenzen um die höchsten und schnellsten Profite. Wer da nicht mithalten kann, wird auf den Märkten liquidiert.

Die Kosten zahlen nicht nur die Verlierer, sondern die Allgemeinheit. Hatte der Kapitalismus ohne *effektive* Kontrollen durch staatliche Gesetze, verwaltungsmäßige Erlasse, gerichtliche Urteile seine Arbeiter und Angestellten ausgebeutet, seine Kunden übervorteilt, seine schwächeren Konkurrenten verdrängt, die Politik korrumpiert, produziert er nun immer weniger allgemein notwendige, langlebige, umweltschonende *Gebrauchswerte*. Seine neuen «Wertschöpfungen» bezieht er als *virtuelle Tauschwerte* aus Daten- und Geldhandel. In diesem (Umverteilungs-)Kampf der Reichen gegen die Armen, die nicht mehr als «marktkonforme» Produzenten und Konsumenten interessieren können, wird als Nächster der sog. Mittelstand gespalten. Der integrative Zusammenhalt der Gesellschaften erodiert.

II Demokratie, Rechts- und Sozialstaat

1 Allgemeine, gleiche, staatsbürgerliche Rechte und Pflichten

Der (Verfassungs-)Grundsatz «allgemeiner, gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten» bestimmt alle modernen parla-

mentarischen Rechtsstaaten. Unter diesem Anspruch normiert auch unser Grundgesetz: «Jeder hat das Recht auf die *freie* Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt» (Art. 2, 1). «Alle Menschen sind vor dem Gesetz *gleich*» (Art 3, 1). «Jeder Deutsche hat in jedem Lande die *gleichen* staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten» (Art. 33, 1). «Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung *gleichen* Zugang zu *jedem* öffentlichen Amte» (Art. 38, 1). «In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist» (Art. 28, 1, 2). (Hervorhebungen nicht im Original).

Danach gelten diese *egalitären* Schutz-, Leistungs- und Teilnehmerrechte aller Bürger gegenüber Regierungen und Parlamenten, Verwaltungen und Gerichten.

Grundrechtslogisch und verfassungssystematisch ist damit das Rechtsverhältnis zwischen allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsrechten gelöst: Beide stehen in keinem (angeblichen) «Spannungs»-Verhältnis zueinander; erst recht kann die «Freiheit» nicht der «Gleichheit» übergeordnet werden, als wäre sie ein privilegiertes «*Vorrecht*», sondern Freiheit und Gleichheit entsprechen einander, setzen sich gegenseitig voraus: Widerspruchsfrei kann es nur *gleiche* Freiheiten geben! Diese *Gleichheit* staatsbürgerlicher Rechte (und Pflichten) entspricht der notwendigen *Allgemeinheit* aller Gesetze und (Rechts-)Verordnungen bzw. der rechtlich vergleichbaren Verallgemeinerungsfähigkeit aller Verwaltungsakte und Gerichtsentscheidungen. Diese in sich widerspruchsfreie Struktur entspricht

den (nach Art. 79, III) jeder Änderung entzogenen «Verfassungsgrundsätzen» des *gleichrangigen* «*demokratischen* und *sozialen* Bundesstaates» (Art 20, 1; 28, 1) sowie der «unverletzlichen und unveräußerlichen *Menschenrechte* als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des *Friedens* und der *Gerechtigkeit* in der Welt» (Art. 2, 1) sowie der *natürlichen Lebensgrundlagen*» (Art. 20a). (Hervorhebungen nicht im Original).

Diesen *allgemeinen* Aufgaben bzw. *gleichen* Rechten und Pflichten aller Bürger dienen die *staatlichen* Rechtsordnungen. Sie unterscheiden sich von den *privaten* Angelegenheiten einzelner (Wirtschafts-) Bürger. Solange deren Vereinbarungen und Verträge nicht zulasten Dritter gehen bzw. die *allgemeinen* Rechts- und Verkehrsregelungen nicht verletzen sowie keine höherrangigen Interessen des Gemeinwohls berühren, bedürfen sie keiner politischen Entscheidungen und rechtlichen Kontrollen.

2 Allgemeine, gleiche wirtschaftsbürgerliche Rechte?

Die bisherigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zum «*Sozialstaat*» (Art. 20, 1 GG) sowie zum «*Eigentum*» (Art. 14 GG): «Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. [...] Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen [...]», erst recht zur «*Sozialisierung*» (Art. 15 GG): «Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum

oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art 14, III, 3 und 4 entsprechend» sind bisher verfassungsrechtlich nur den sog. einfachen Gesetzgebern zur Ausführung überlassen worden. Dazu bedarf es lediglich entsprechender parlamentarische Gesetzgebungsmehrheiten.

Bisher verpflichtet das Grundgesetz den einfachen Gesetzgeber (wie die Verwaltungen und Gerichte) *sozialstaatlich* allein darauf, die sog. Grundbedingungen und Mittel (sozialhilferechtlich) zur Verfügung zu stellen, die sie unbedingt brauchen, um ihre Grundrechte wenigstens minimal ausüben zu können. Der Gleichheitsgrundsatz ist wirtschaftsrechtlich noch zu vollenden bzw. materiell zu begründen. Auch der «Demokratische Sozialismus» hat erst die gleichen Staatsbürger-Rechte und -Pflichten erreicht. Die gleichen *wirtschaftsbürgerlichen* Rechte und Pflichten stehen noch aus.

Die Gründe liegen nicht nur in den bisherigen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in den bisher überwiegenden politisch-ökonomischen Interessen in bzw. hinter den vorherrschenden Rechtslehren bzw. den «tragenden» Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. In diesen erscheint im Ergebnis der Primat des Privateigentums an Produktionsmitteln vorrangig gegenüber der verfassungssystematisch-grundrechtslogischen Verbindung von Art. 3, I; 14, II; 15 und 20, I GG. Weder erklärten diese veröffentlichten Meinungen

hinreichende Gründe, nach denen die allgemeinen, gleichen *Staatsbürgerrechte* als *Wirtschaftsbürgerrechte* (zumindest konsequent paritätisch) vor den Fabriken und Büros der Wirtschaft stehen bleiben sollen, noch stellten sie sich den inzwischen mehr als nur drohenden Risiken, dass bereits die staatsbürgerlichen Rechte mangels ökonomischer Potenziale (nicht zuletzt ausländischen) Kapitalanlegern weichen.

III Historischer Sozialismus

1 «Diktatur des Proletariats»

Der «Logische Sozialismus» ist nach zwei Stufen hin zu unterscheiden, zuerst gegenüber der sog. «Diktatur des Proletariats». Diesen Terminus hat Karl Marx¹ (MEW 18: 529) in seiner *Kritik des Gothaer Programms* der SPD von 1875 eingeführt: «Zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*». (Hervorhebung nicht im Original). Diese «*revolutionäre Diktatur des Proletariats*» ist zu verstehen auf dem Hintergrund einer früheren «Instruktion für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats» (1867) (in MEW 16: 194) der «Ersten Internationale» zu der Frage, wie Kinder und Jugendliche vor Ausbeutung geschützt werden könnten: «Das kann nur erreicht werden durch die Verwandlung *gesellschaftlicher Einsicht in gesellschaftliche*

.....
1 Für Marx (MEW: 4, 482) «tritt an die Stelle der Regierung die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er *stirbt* ab». Nach meiner Kritik hat Marx die (damals bereits absehbaren notwendigen Quantitäten und Qualitäten wachsender Aufgaben in (internationalen) Massengesellschaften verkannt (selbst wenn man zuvor den größeren Aufwand an bürokratischen Regelungen absehen könnte, um die Ungleichverteilungen vor allem ökonomischer Machtpotenziale aufrechtzuerhalten).

Gewalt, und unter gegebenen Umständen kann das nur durch *allgemeine Gesetze* geschehen, durchgesetzt durch die Staatsgewalt. Bei der Durchsetzung solcher Gesetze stärkt die Arbeiterklasse keineswegs die Macht der Regierung. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihre eigene Diktatur. Sie erreicht durch einen allgemeinen Gesetzesakt, was sie durch eine Vielzahl isolierter individueller Anstrengungen vergeblich erstreben würde» (Hervorhebungen nicht im Original).

Leider hat Marx keine systematische Staatstheorie entwickelt, die erklärt hätte, wie die «Arbeiterklasse» die parlamentarische Regierungs- bzw. Gesetzgebungsmehrheit gegen den Widerstand der «Kapitalisten-Klasse» hätte erreichen können. Insbesondere stellt sich dabei die Frage nach den jeweiligen Verhältnissen von Reformen und Revolutionen sowie nach den Verhältnismäßigkeiten der Ziele und Mittel. Hätte die «Kapitalisten-Klasse» sich gegen die «revolutionäre Diktatur des Proletariats» mit illegaler Gewalt gewehrt? Hätte die «Diktatur des Proletariats» ihrerseits diesen Widerstand mit (illegaler (?)) Gewalt brechen sollen und dürfen? Hätte «dieser Zweck die Mittel geheiligt»? Unter welchen Umständen wäre dazu «die Zeit reif gewesen», und wäre die «Stunde der Revolution» erst gekommen, wenn die Gegensätze zwischen den technischen Fortschritten der Produktionskräfte einerseits und den (anachronistisch stagnierenden) Produktionsverhältnissen andererseits allgemein unerträglich geworden wären, sodass «die Herrschenden nicht mehr könnten und die Beherrschten nicht mehr wollten» (Marx)?

In diesem Sinne hat Marx (MEW 18: 529) mit einer Kritik an Blanqui die Dikta-

tur einer revolutionären Avantgarde – im Namen des Proletariats – abgelehnt, wie sie Lenin 1917 in St. Petersburg organisiert hat: «Daraus, dass Blanqui jede Revolution als den Handstreich einer kleinen revolutionären Minderzahl auffasst, folgt selbst die Notwendigkeit der Diktatur nach dem Gelingen der Diktatur, wohlverstanden nicht der ganzen revolutionären Klasse des Proletariats, sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im Voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind».

Ist es danach ein (historischer) Zufall, dass nach Lenins Staatsputsch Stalins «Diktatur» der zentralbürokratischen Nomenklatura *über* das Proletariat folgte? Danach konnte es kein Zufall sein, wenn nicht nur die Industrie- und Landarbeiter, sondern auch die anderen Schichten der Angestellten und Funktionäre ohne eigene Grundrechte gegen und im Staate, ohne effektive politische und ökonomische Mitbestimmungsbefugnisse ihre ideellen und materiellen Interessen am Gesamtwohl verloren und die sog. Nomenklatura – soweit wie möglich – korrupt «in ihre eigenen Taschen» wirtschaftete.

2 «Demokratischer Sozialismus»

Der «Demokratische Sozialismus» wäre nicht zu rechtfertigen gegenüber dem heutigen Privat- bzw. Finanzkapitalismus, ohne dessen (oben skizzierte) historische Entwicklungen und Strukturen, destruktive Mechanismen und Aussichten. Weder war der Kapitalismus darauf angelegt, seine ursprünglichen Leitbegriffe «Freiheit und Gleichheit» über seine «Klasse» der sog. Besitz- und Bildungsträger hinaus *«solidarisch»* zu öffnen für die «Klasse» der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten,

noch konnte er seine historischen Fortschritte zu gleichen Staatsbürgerrechten und -Pflichten wirtschaftsbürgerlich für alle arbeitsfähigen Menschen vollenden und begründen.

Zu rechtfertigen ist der «Demokratische Sozialismus» gegenüber dem Ein- bzw. Vorwand, er sei bereits im Marxismus/Leninismus/Stalinismus gescheitert. Zwar hat Marx (leider als abgebrochener Jura-Student) die ersten Anfänge seiner Zeit zu parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratien als bloß bürgerlichen «Überbau» (unhistorisch und undialektisch) verkannt; er hielt jedoch die «Diktatur des Proletariats» (wie in der Pariser Commune, 1871) für den notwendigen Übergang zum Sozialismus/Kommunismus. Sicher jedoch hätte er die tatsächlichen Opfer, Unfreiheiten und Ungleichheiten der Massen unter Stalin abgelehnt, unter dem es nie eine «Diktatur des Proletariats» gegeben hat. Die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sozialen Diensten stagnierte. Die Verwaltung richtete sich nach den ideellen und materiellen Privilegien der sog. Nomenklatura, die sich am Ende von den USA zu Tode rüsten ließ. Gorbatschows Reformversuche kamen zu spät.

Braucht sich der «Demokratische Sozialismus» zu rechtfertigen vor den Reformversprechen der SPD-Koalitionsregierungen, welche die grundgesetzlichen Möglichkeiten (in Art. 15 GG), durch *Sozialisierung der Produktionsmittel* den «Sozialstaat» (in Art. 20) für eine genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie zu öffnen, in ihrem Godesberger Programm von 1959 von vornherein aufgegeben hatte? Programmatisch hat die SPD zunächst über neun Jahrzehnte an ihren Leitbegriffen: *Freiheit, Gleichheit und Solidarität als* Prinzipien des «Demokratischen Sozialismus» festgehalten:

Bereits im Programm der «*Sozialdemokratischen Arbeiterpartei*» (Eisenach, 1869) fordert sie «[...] gleiche Rechte und Pflichten», «[...] Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch *genossenschaftliche Arbeit* (und) den *vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter* [...]» Weiter heißt es: «Die politische *Freiheit* ist die unentbehrliche Vorbedingung zur *ökonomischen Befreiung* der arbeitenden Klassen [...]» Sie fordert weiter: «[...] Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession [...]»

Im Programm der «*Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands*» (Gotha 1875) heißt es: «Die *Befreiung* der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in *Gemeingut* der Gesellschaft und *genossenschaftliche* Regelung der Gesamtarbeit mit *gemeinnütziger* Verwendung und *gerechter Verteilung* des Arbeitsertrages, die *Abschaffung des Systems der Lohnarbeit*, die *Aufhebung der Ausbeutung*, die *Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit* [...]»

Ähnlich heißt es im Programm der «*Sozialistischen Partei Deutschlands*» (Erfurt 1891): «Nur die Verwandlung des *kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln* [...] in *genossenschaftliches Eigentum* und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann bewirken, dass [...] die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen [...] zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt [...] werde.» Die SPD kämpft «[...] für die *Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst* und für *gleiche Rechte und Pflichten aller* ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung».

In diesem Sinne fordert die SPD (Programm Heidelberg 1925): «Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des *kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum*. [...] Sie kann die *Vergesellschaftung der Produktionsmittel* nicht bewirken, ohne *in den Besitz der politischen Macht* gekommen zu sein [...].» (Hervorhebungen nicht im Original)

Dieser ihrer demokratisch-sozialistischen Programmatik war die SPD bis zum *Godesberger Programm* (1959) verpflichtet. Noch ein Jahrzehnt zuvor setzte die Partei – allerdings ohne ausreichende Mehrheit im Parlamentarischen Rat – auf ihr Modell des «*Sozialstaates*» im Sinne einer *genossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie* nach vier Prinzipien: 1. Die sog. «Gemeinwohl-Verpflichtung des Eigentums» (Art. 14, II GG) sollte gesetzlich eingelöst werden. 2. «Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel sollten in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft» (Art. 15, GG) «durch Gesetze überführt werden». 3. Durch Gesetze sollte die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter in ihren Betrieben eingeführt werden. 4. Der Primat der Politik sollte durch staatliche Investitionslenkung erfüllt werden.

Im Gegensatz dazu brach diese programmatische Tradition des «Demokratischen Sozialismus» nach 90 Jahren im Godesberger Programm von 1959 ab. Dieser Bruch erfolgte in zwei Stufen: 1. Der «Demokratische Sozialismus» verlor seinen *ausschlaggebenden* Leitbegriff der «*Gleichheit*». Dieser wurde durch den (programmatisch nicht definierten) Begriff der «*Gerechtigkeit*» ersetzt. 2. Der «Demokratische Sozialismus» wurde nicht mehr politisch-ökonomisch hergeleitet, sondern ist nur noch

«[...] in der christlichen Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt [...].»

Zwar «[...] erstrebt der Demokratische Sozialismus [...] eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung», nachdem «in der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet sind», doch der «*Sozialstaat*» hat nunmehr (lediglich) «[...] für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern». Dementsprechend wird der «Demokratische Sozialismus» programmatisch überführt in «[...] *freien Wettbewerb* und *freie Unternehmer*-Initiative [...] (als wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [...] Deshalb bejaht die SPD den *freien Markt*, wo immer Wettbewerb herrscht. [...] *Wettbewerb soweit wie möglich* – Planung soweit nötig!» (Hervorhebung nicht im Original).

Was unterscheiden diese und die nächsten Programmsätze noch von der sog. Sozialen Marktwirtschaft der CDU («Wirksame öffentliche Kontrolle muss Machtmissbrauch der Wirtschaft verhindern, ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte»), wenn dieser Machtmissbrauch der Wirtschaft *von vornherein* hätte verhindert werden können, wenn die SPD den Kampf um die gesetzgeberischen Mehrheiten zur Sozialisierung der Produktionsmittel nicht von sich aus aufgegeben hätte? Doch sie gibt sich mit «Gesundbeterei» zufrieden: «Wo mit anderen Mitteln eine *gesunde* Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweck-

mäßig und notwendig» (Hervorhebungen nicht im Original).

Und so ist es bis heute geblieben: Die SPD als (Assistenten-)Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, als wenn dieser noch zu heilen wäre.² War es danach nicht wenigstens ehrlicher, als unmittelbar vor dem letzten Partei-Programm der SPD aus der zweiten Reihe der Geschäftsführung der (allerdings gleich gescheiterte) Versuch unternommen wurde, den Leitsatz des «Demokratischen Sozialismus» zu entfernen?

Wenn die «Vision» wie die des «Demokratischen Sozialismus» (vorerst) gescheitert sein sollte, könnte dieses drei (mutmaßliche, interdependente Gründe haben: a) Das Konzept enthielt (strukturelle) Fehler; b) die historische Konstellation erlaubte (noch) keine adäquaten Gelegenheiten; c) es fehlten die möglichen und notwendigen Akteure.

Nach meinem vorangegangenen Vergleich der früheren Parteiprogramme der SPD – bis in die Beratungen des Parlamentarischen Rates – erscheint das Konzept in seinem ersten Ansatz historisch systematisch überzeugend. Gegen die m. E. selbst unhistorisch bzw. undialektisch überzogene Polemik von Karl Marx gegen das Gothaer Programm von 1875 resümiere ich drei Feststellungen: a) Zu recht hatten die Programme die (gerade nicht nach Marx ideologischen) historischen Errungenschaften der damaligen rechtsstaatlichen Demokratien zugrunde gelegt. Damit war der erste Grundsatz der allgemeinen, gleichen *Staatsbürger*-Rechte anerkannt. b) Ebenfalls zu Recht verlangten die Programme allgemeine, gleiche *Wirtschaftsbürger*-Rechte. c) Grund-, mittel- und folgerich-

tig erkannten die Programme, dass diese Rechte nur in einer «*genossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie*» verwirklicht werden konnten.

Damit erschien das Konzept des «Demokratischen Sozialismus» in sich konsistent – und nicht nur auf der (theoretischen) Höhe seiner Zeit; es überzeugte auch seine (bewussten) Anhänger: Nicht umsonst wurde die SPD zur stärksten Partei Deutschlands. Dieses hätte sie auch bleiben können, hätte sie nicht 1914 den Kriegskrediten zugestimmt und sich 1918/19 eindeutig auf die Seite der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt und somit die Abspaltung der USPD/KPD verhindert.

Nicht zuletzt der einmalig große Wahlsieg der SPD (1972) unter dem Vorsitz von Willy Brandt belegt die Möglichkeit, auch in der BRD zur stärksten Partei zu werden, wenn man eine eindeutig überzeugende Alternative (hier in der Ost-Politik) gegen die CDU/CSU durchhält. Im Umkehrschluss verlor die SPD ihre linke Mehrheit, indem sie nach Brandt unter Helmut Schmidt erst die jungen Frauen und Männer an die ökologische Bewegung der «Grünen» und nach 1990 die östlichen bzw. westlichen Alt-«Sozialisten» an die PDS bzw. an «Die Linke» abtreten musste. Zufällig war diese Entwicklung nicht. Bereits mit dem Godesberger Programm hatten sich vor allem unter Herbert Wehner unter den Funktionären und Abgeordneten rechte Mehrheiten gebildet, die eine *Große Koalition* mit der CDU/CSU favorisierten. Ob gegen deren Blockade überhaupt eine radikal-konsequente Innovation des «Demokratischen Sozialismus» illusionär bleiben musste, bleibt eine offene Frage.

2 Den Ausdruck «Die SPD als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus» gebrauchte zum ersten Mal Fritz Tarnow auf dem Parteitag der SPD 1931.

IV Die Alternative des «Demokratischen Sozialismus»

Als einzige Partei hat die SPD ihre «Vision einer *freien, gerechten und solidarischen* Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie» (wenigstens) programmatisch nicht aufgegeben. (Vgl. zuletzt das *Hamburger Grundsatzprogramm*). (Hervorhebungen nicht im Original). Bei meinen Hervorhebungen ist allerdings auf eine gravierende, keineswegs nur sprachliche, sondern zentral konzeptuelle Veränderung hinzuweisen: Ursprünglich, d. h. über neun Jahrzehnte hat die SPD an ihren programmatischen Leitbegriffen: «Freiheit, *Gleichheit* und Solidarität» als Prinzipien des «*Demokratischen Sozialismus*» festgehalten.

Gegen ihre eigenen Erwartungen wurde die SPD in den ersten (und folgenden) Bundestagswahlen von 1949 nur zweitstärkste Partei hinter der CDU/CSU. Dieser gelang es, in Koalitionen mit anderen sog. bürgerlichen Parteien (unter Adenauer 1949–1963, Erhard 1963–1965) die Regierungen zu stellen. Dementsprechend blieb es bei den bloßen verfassungsrechtlichen «Kann-Bestimmungen» von Art. 15 GG. Ebenso fanden sich für gesetzliche Konkretisierungen von Art. 14, 11 bzw. 20, 1 («Sozialstaat») eben so wenig gesetzgeberische Mehrheiten wie für die anderen Postulate der SPD ((c) und (d)), zumal die Partei diese auch nicht weiter verlangte. Eingeleitet hatte sie diese Wende bereits 1959 in ihrem *Godesberger Programm*.

Hier soll es nun um die institutionellen bzw. prozeduralen Voraussetzungen und Bedingungen gehen, ohne die (mutmaßlich) der «Demokratische Sozialismus» nicht erfolgreich zu realisieren ist. Meine erste These dazu lautet: Der erste Grundsatz all-

gemeiner und gleicher Staatsbürgerrechte kann nicht wirksam durchgehalten werden, wenn nicht von Anfang an kompromisslos auf seinen Geltungsvorschriften bestanden wird. Das bedeutet die unbedingte Respektierung parlamentarisch-demokratischer, politisch verantworteter Gesetzgebung, administrativer Exekutive und gewaltenteilig-richterlicher Kontrolle. Deren systematische «Legitimation durch Verfahren» (Niklas Luhmann, 1969) kann nur wirksam eingelöst werden, wenn der Primat der verallgemeinerbaren, gesamtgesellschaftlichen Interessen rechtsstaatlich reguliert bleibt. Wenn sich dagegen Gruppeninteressen durchsetzen, das «Große Geld» – indirekt über korruptierte Abgeordnete – politische Macht kauft, dann ist diese – öffentlich kontrollierbare – «Legitimation durch Verfahren» mehr als nur in Gefahr. Sie erodiert unaufhaltsam (wie wir vor allem im Finanzkapitalismus verfolgen können).

Auch der zweite Grundsatz der SPD, nämlich die gesetzliche Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum (Art. 15 GG) könnte erst politisch-ökonomisch den Primat parlamentarisch rechts- und sozialstaatlicher Politik gegen (partikulare) Kapitalverwertungsinteressen durchsetzen, wenn dazu die allgemeinen und gleichen Staats- und *Wirtschaftsbürgerrechte* und -pflichten aller arbeitsfähigen Menschen tatsächlich öffentlich, *periodisch* kontrollierbar repräsentiert würden.

Nach den bisherigen historischen Erfahrungen fehlte es dazu von Anfang an sowohl im östlichen «Staats»- als auch im westlichen Privatkapitalismus. Wie zuvor skizziert, hatten die Massen der Arbeiter und Angestellten unter Stalin und seinen Nachfolgern öffentlich nichts zu sagen und schon gar nichts mitzuentcheiden, was die Herrschaftsprivilegien der parteibürokrati-

schen «Nomenklatura» hätte gefährden können. Nachdem dieses System weder zu politischen, noch zu wirtschaftlichen Reformen instande war, konnte es gar nicht anders, als an seinen Widersprüchen zwischen staatlichen Produktionsplänen und seinen tatsächlichen Korruptionen und Krisen zu implodieren. (Eine ähnliche Perspektive Chinas wäre keine Überraschung).

Demgegenüber konnte der westliche Privatkapitalismus zumindest in seiner ersten, durchaus produktiven Hälfte zwei Erfolge für sich in Anspruch nehmen: a) Solange seine Produktivkräfte noch nicht die Reich- und Tragweite erreicht hatten, um die kleineren Konkurrenten endgültig ökonomisch liquidieren bzw. militärisch, fiskalisch und ökologisch die allgemeinen Überlebensgrundlagen gefährden zu können, solange konnte er potenziell auch seine Arbeiter und Angestellten mit den notwendigen Lebensmitteln und sozialen Diensten versorgen. b) In dieser Phase konnte er zugleich (zumindest programmatisch) die Institutionen und Verfahren parlamentarischer Rechtsstaaten, geordneter Verwaltung und Rechtsprechung aufrechterhalten.

Diesen beiden Erfolgen stehen jedoch bereits jetzt, erst recht in absehbarer Zukunft, zwei Nachteile gegenüber: a) Inzwischen werden insgesamt mehr Waffen und Schulden, Gifte und Drogen hergestellt und verbreitet als die für alle Menschen notwendigen und technisch-wissenschaftlich möglichen Überlebensmittel und sozialen Dienstleistungen. b) Die allgemeinen und gleichen *Staatsbürgerrechte* verlieren ihre Wirksamkeit, vor allem weil ihnen dazu die allgemeinen und gleichen *Wirtschaftsbürgerrechte* und -pflichten fehlen. Konfrontieren wir diese «Leistungen» des Staats- bzw. Privatkapitalismus mit den Versprechen des «Demokratischen Sozialismus»,

könnten wir die Prognose wagen: Sowohl das Überleben der Menschheit als auch deren humanitär-kulturelle Qualität könnte möglich werden, wenn der «Demokratische Sozialismus» dazu seine empirische Bewährungsprobe erhielte.

Während seine beiden vorangegangenen Systeme sich als unreformierbar erwiesen haben, hätten alle arbeitsfähigen Menschen im «Demokratischen Sozialismus» die Möglichkeit, die notwendigen Reformen selbst zu organisieren. Allerdings sind dazu – so mein Vorschlag – von vornherein zwei Institutionen bzw. prozedurale Anfänge verbindlich zugrunde zu legen: a) Nach dem historischen Scheitern aller Diktaturen sowie nach dem Versagen staatlicher Propaganda, Manipulationen und Indoktrinationen sind gesetzliche, administrative und gerichtliche Kontrollen und Vorkehrungen zu treffen, die öffentlichen Meinungen frei und unabhängig zu erhalten. Dies hat nicht nur für die sog. Massen-Medien zu gelten, sondern in gleicher Weise für die Freiheiten von Wissenschaft und Kunst. Der gleiche Zugang zu allen Positionen und Parteien ist verfassungsmäßig zu gewährleisten. b) Persönliche, politische Verantwortungen in öffentlichen Ämtern sind strikt gewaltenteilig gegen alle Machtkonzentrationen abzugrenzen und zeitlich zu beschränken: Niemand darf mehr als ein öffentliches Amt innehaben – und dieses auch nur für eine Wahlperiode. Eine Wiederwahl oder Verlängerung bleibt ausgeschlossen.

Dritter Teil Logischer Sozialismus

Meine Struktur-Fragen an und für den «Logischen Sozialismus» erschließe ich unter fünf Aspekten:

1. Aufgabe und Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit

Welche logisch-empirischen Relationen zwischen der Gerechtigkeit und ihrem Nutzen sind angebracht? Ist der Schulen-Streit zwischen den sog. Deontologen (Kant) und den Regel-Utilitaristen (Bentham, Hume, Mill) über den Vorrang der «Richtigkeit» der Gerechtigkeit und ihrem Nutzen – oder umgekehrt – so verkehrt wie die Frage nach der Priorität der Form vor ihrem Inhalt? Wie kann die Maxime der Regel-Utilitaristen zur Gerechtigkeit als «größtem Nutzen für die größte Zahl» die Fragen offenlassen, nach den Kriterien dieses Nutzens, erst recht nach seiner (egalitären?) Verteilung bzw. nach den Rechten und Pflichten derer, die ihn herzustellen haben? Wie prüfen die Deontologen (gegenüber den Utilitaristen) die Fragen nach den (inhaltlichen) Gütekriterien ihrer «diskursethischen» Gerechtigkeit? Wie könnte und sollte eine miteinander verbundene Gerechtigkeitstheorie aus «Regel-Utilitarismus», «Diskursethik» und rechtlichem wie politisch-ökonomischem «Egalitarismus» gestaltet werden – unter dem Anspruch inhaltlicher Offenheit und verfahrensrationaler Verbindlichkeit?

2. Institutionen und Verfahren zum egalitären Nutzen

Welche Fehler der Vergangenheit gilt es zu überwinden, nachdem alle «Diktaturen über das Proletariat» ohne allgemeine, gleiche Staatsbürgerrechte an den Korruptionen zentralbürokratischer Macht-Funktionäre scheitern musste; bzw. nachdem die kapitalistisch-ökonomisch halbierten parlamentarischen Rechtsstaaten ohne allgemeine, gleiche Wirtschaftsbürgerrechte vor den politisch blinden Kapitalanlegerinteressen kapitulierten, bzw. zwischen beiden (historisch verfehl-

ten) Alternativen kein sog. «Dritter Weg» zu erkennen ist? Nach welchen Verfassungsgrundsätzen wäre eine neue, (dieses Mal radikal-konsequente), parlamentarische Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsdemokratie zu strukturieren, um persönliche, politische Verantwortungen in öffentlichen Ämtern *strikt gewaltenteilig* gegen alle Machtkonzentration abzugrenzen und endgültig zeitlich zu beschränken und (weiter) von vornherein alle materiellen Privilegien (erst recht *Korruption!*) auszuschließen, um das *Allgemeinwohl*, d. h. das gleiche Wohl eines jeden Staats- und Wirtschaftsbürgers (wie das eigene) zu wahren und zu mehren?

3. Anachronismen ungleicher Verdienst-, Leistungs- und Verantwortungsgerechtigkeiten

Wie wurden deren ökonomische Ungleichheiten bestimmt? Wie wurden deren Voraussetzungen und Bedingungen, Kategorien und Kriterien, Mittel und Verfahren, Ziele und Zwecke, Folgen und Nebenwirkungen analysiert, quantifiziert und qualifiziert, erst recht konfrontiert mit jeweils möglichen Alternativen? Warum wurden deren historische Genesis bzw. aktuellen Funktionen nicht miteinander verglichen? Wo bleiben die (ideologisch-kritischen) Reflexionen eines «falschen Bewusstseins», dessen Verhalten den Entwicklungen seiner früheren Verhältnisse hinterherhinkte?

4. Vorbehalte gegen gleiche Rechte und Pflichten in der Ökonomie

Warum wurden deren (angebliche), vor allem *langfristigen*, gesamtgesellschaftlichen Erfolge nicht über hinreichende Zeiträume und Regionen in ihren Substanzen nachgewiesen, sondern nur behauptet? Warum beschränkten sich diese Behaup-

tungen ihrerseits wiederum nur auf (vor allem zwei) Behauptungen, die sich wechselseitig stützen sollten: die sog. *«egoistische Natur des Menschen»*, die nur nach eigenen Interessen ohne Rücksicht auf die Anderen angelegt sei, bzw. die *Ineffizienz egalitärer Wirtschaftsordnungen*, die ohne Konkurrenzen um Geld und Macht keine besonderen Leistungen und Fortschritte entwickeln könnten? Warum wurden auch diese Vorbehalte weder auf ihre theoretischen Prämissen und Implikationen noch auf ihre geschichtlich-kulturellen Vergleichsmöglichkeiten hin untersucht? Warum wurden selbst die wenigen, nur behaupteten Vergleiche – wider bessere Kenntnisse – bis in ihr Gegenteil verkehrt? Welche Trägheiten der Wiederholungszwänge, welche Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen, welche opportunen Orientierungen an Mehrheiten, welche Fehlschlüsse von eigenen Privilegien auf (angeblich) allgemeine Vorteile leiteten die Interessen derer, die ihre Vorrechte von vornherein nicht in Frage und Gefahr bringen wollten?

5. Gegner und Bündnis-Partner

Wer könnte (und sollte) Träger von Reformen/Revolutionen zum Logischen Sozialismus werden? Welche Gruppen kämen in Betracht, die (noch) die Kenntnisse und Fertigkeiten, Bereitschaften und Freiräume in Anspruch nehmen könnten, sich nicht mehr ihre Kompetenzen für Planung und Organisation kapitalistischer Privilegien «abkaufen» zu lassen, sondern dagegen notwendige Alternativen (im Sinne des Logischen Sozialismus) zu ermöglichen? Welche Gruppe könnte dieses vorbereiten – außerhalb der sog. wissenschaftlichen Intelligenzen, ohne deren «Leistungen» das kapitalistische System nicht mehr funktionieren würde?

Zu 1: Aufgaben und Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit

Gerechtigkeit lässt sich nur vereinbaren. Dazu bedarf es einverständlicher Kategorien und Kriterien, Prinzipien und Regeln. Diese sind ohne ihre Voraussetzungen und Bedingungen nicht zu erkennen. Die Zwecke der Gerechtigkeit lassen sich weder der Natur entnehmen noch vom Himmel herunterholen. Die Natur spricht nicht und die «Offenbarungen» des Himmels können selbst für die, welche daran glauben (wollen), auch nur ihre eigenen Projektionen widerspiegeln.

Gerechtigkeit kann nicht «utopisch», d. h. jenseits von Raum und Zeit herbeispekuliert werden. Ihren Rahmen bilden die Verhältnisse, zu denen sich Menschen verhalten. Diese Verhältnismäßigkeit ist nicht zu «transzendieren», ihre Entwicklung hängt zuerst von dem jeweiligen Stand der Produktionsmittel ab sowie von ihren Produktions- und Distributionsverhältnissen. Geraten diese zueinander in Widersprüche, konfliktieren auch deren rechtliche, politische, ökonomische und kulturelle Ordnungen und Legitimationsmuster zur Gerechtigkeit. Aus diesen Widersprüchen folgen Krisen. Diese eröffnen neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten, Ordnungen zu reformieren oder zu revolutionieren. Bei all diesen Reformen und Revolutionen bleibt diese durchgehende Aufgabe der Gerechtigkeit, die (sozialen) Verhaltensweisen so zu regeln, dass möglichst viele Menschen verhältnismäßig lange und gut (über)leben können. Ohne diesen Anspruch hätten Gerechtigkeitspflichten keine Legitimation, wenn nicht Verteilungskonflikte so miteinander auszutragen wären, dass deren «Lösungen» mehr Vorteile als Nachteile erbringen sollen.

Gerechtigkeit ist also kein Selbstzweck, sondern das (Verfahrens-)Mittel zur Vertei-

lung von Rechten und Pflichten. Die Funktion der Gerechtigkeit soll die gesellschaftliche Arbeitsteilung so organisieren, dass deren Erträge möglichst vielen Menschen zugutekommen. Somit dient die Gerechtigkeit dem Gemeinwohl. Dessen Güte lässt sich messen an der (konsensfähigen) Verteilung ihrer Mittel und Ressourcen.

Der angebliche Vorrang der «deontologischen» Gerechtigkeit vor ihrem Nutzen verfehlt deren Komplexität. Erst der widerspruchsfreie Nutzen für alle Menschen macht die Qualität der Gerechtigkeit aus. Gerechtigkeit und Gemeinwohl entsprechen den beiden Seiten derselben Medaille. So hatte bereits die große «Französische Revolution» von 1789 die drei Schlüsselbegriffe der politischen Gerechtigkeit verbunden: «Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit». Gerechtigkeit hat sich historisch entwickelt aus den Erfahrungen mit der sog. «goldenen Regel der Gegenseitigkeit», d. h. aus dem (äquivalenten) Austausch von Gabe und Gegen-Gabe, von Leistung und Gegen-Leistung, aber auch von Vergeltung.

Diese Gegenseitigkeit korrespondierte mit der Widerspruchsfreiheit in Rede und Gegen-Rede. Nicht nur Priester und Schriftgelehrte erkannten, dass man umso zuverlässiger auf Erklärungen und Versprechen bauen konnte, je mehr diese – regelhaft – getragen wurden «von dem wechselseitigen, aufgeklärten und eingehaltenen guten Willen», nicht in Widerspruch zu seinen eigenen Worten und Taten zu geraten.

Hier liegt die erste Stufe der Gerechtigkeit in noch überschaubaren Gruppen, d. h. die Vorteilhaftigkeit jeder sog. Binnen-Moral. Diese finden wir nicht nur in der gattungsgeschichtlichen Kulturentwicklung, sondern auch in der individualgeschichtlichen Evolution. Die zweite Stufe der Ge-

rechtigkeit bildet sich in dem Maße heraus, in dem Vereinbarungen die Reich- und Tragweite (allein) zweiseitiger Verträge zugunsten unbekannter Dritter überschreiten. Jenseits rein fallbezogener (Einzelfall-) Entscheidungen werden Satzungen und Gesetze notwendig. Deren Konsequenzen und Adressaten sind nur noch abstrakt zu bestimmen. In ihrer Allgemeinheit überwinden sie in der Neuzeit anachronistische Privilegien aus den Sklavenhalter- und mittelalterlichen Feudalgesellschaften.

Die rechtliche Gleichheit vor den allgemeinen Gesetzen sowie bei politischen Wahlen und Abstimmungen der Bürgerschlossen (noch) Bauern und Arbeiter aus. Ungleich blieben erst recht die Pflichten derer, welche die Lebensmittel (praktisch) erarbeiteten, gegenüber den Rechten, die über deren Produktion und (erst recht) über die Distribution entschieden. Gegen diese Ungleichbehandlung richtet sich meine Gerechtigkeitstheorie gleicher Rechte und Pflichten. Warum sollten die historischen Fortschritte zu moralisch und wissenschaftlich, gesetzlich und politisch gleichen Rechten und Pflichten vor den Toren und Türen der Wirtschaft halt machen?

Zu 2: Institutionen und Verfahren zum gleichen Nutzen der Gerechtigkeit

Die Schlüsselbegriffe und Maßstäbe der Gerechtigkeit entsprechen denen ihres allgemeinen und gleichen Nutzens. Eingelöst werden sie in den Institutionen und Verfahren argumentativer, rechtlicher, politischer und vor allem ökonomischer Gleichbehandlung durch gleiche Rechte bzw. durch gleiche Pflichten bei der Produktion und Distribution der allgemeinen (= durchschnittlich notwendigen bzw. wissenschaftlich-technisch möglichen) Lebensmittel und sozialen Dienstleistungen.

Für den Aufwand und Ertrag haften alle (arbeitsfähigen) Menschen in gleicher Weise durch gleiche Entlohnung. Die Entlohnung hängt ab von der Qualität und Quantität der Güter und sozialen Dienste. Darüber entscheiden parlamentarisch verantwortliche Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen sowie im Streitfall die angerufenen Richter. Alle öffentlichen Ämter werden in gesetzlichen Abständen nach allgemeinen, freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen besetzt. Sie werden nur für eine Periode vergeben. Die Amtsinhaber verbleiben für eine weitere Amtszeit als Berater für ihre Nachfolger. So sollen ihre Erfahrungen weiter genutzt werden. Mit ihrer Rückkehr in ihre früheren Berufe verstärken sie die fachlichen Qualifizierungen der Wähler. Jeder Amtsinhaber darf nur ein Amt ausüben. Kein Amtsinhaber darf Nebeneinnahmen oder andere geldwerte Zuwendungen für sich oder seine Angehörigen und Freunde entgegennehmen. Ihr Einkommen darf die allgemeine Entlohnung nur in der Höhe ihrer tatsächlichen Aufwandsentschädigungen übertreffen. So kann niemand aus einem öffentlichen Amt ein persönliches Vorteilsgeschäft machen.

Diese Gewalten- und Arbeitsteilung sowie die Bezahlung gelten in gleicher Weise für alle kulturellen und ökonomischen Leitungsfunktionen. Die Leiter werden die Konsequenzen ihrer Entscheidungen schon dadurch mittragen, dass sie nach zwei Wahlperioden in ihre vorherigen Berufe zurückkehren. Sie werden sich von vornherein ideell und materiell dafür engagieren, die allgemeine Quantität und Qualität der Leistungen zu verbessern. Dabei können sie – anders als gegenwärtig – auf die Solidarität und Kooperation ihrer Mitarbeiter und Nachfolger bauen. Zugute kommt ih-

nen die frei gewordene Zeit und Energie, die zuvor in Konkurrenzkämpfen um Auf- und Abstiege verbraucht wurden.

Zu 3: Die Anachronismen ungleicher Verdienst-, Leistungs- und Verantwortungsgerechtigkeit

Die historischen Fortschritte zu gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten vor den allgemeinen Gesetzen, bei öffentlichen Wahlen und Abstimmungen werden zumindest als Programmsätze nicht mehr infrage gestellt. Dahinter zurückgeblieben sind jedoch ihre materiell fundierenden und abschließenden wirtschaftsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Deren Ungleichheiten werden traditionell nach «Verdiensten», «Leistungen» und «Verantwortungen» in Anspruch genommen. Dieser Anspruch ist inzwischen losgelöst von seinen ursprünglichen materiellen Grundlagen, Verhältnissen und Folgen.

Im sog. Klassischen Altertum in Athen und Rom gehörte es zu den Verdiensten der freien und gleichen (Besitz- und Bildungs-)Bürger, sich (zuerst) ehrenamtlich um das Wohl ihrer Stadt politisch «verdient» zu machen. An die Stelle dieser «Verdienste» bildeten sich in der Neuzeit Aufstiege und Gratifikationen nach «Leistungen» heraus. Das sich vom Adel emanzipierte Bürgertum besetzte die neuen Leistungsfunktionen in Handel und Gewerbe, Kultur, Verwaltung und Justiz. In den modernen Industrie- und Wissensgesellschaften lassen sich jedoch individuelle (Teil-)Leistungen (wenn überhaupt) nur noch als «Störquellen» und «menschliches Versagen» isolieren und gewichten.

Im Zuge der Automatisierung, Computerisierung und Vernetzungen industrieller Fertigungsprozesse und Team-Kooperationen kann kein Individuum mehr derart mehrdimensionale Abläufe so über-

schauen, erst recht deren Zusammenwirken allein koordinieren und steuern, dass es (allein schon gar nicht) für deren Erfolge und Misserfolge eigenverantwortlich, d. h. persönlich haften könnte.

Erst recht unübersichtlich werden die Gewichtungen von Leistung, wenn es zusätzlich um sog. (sozialpsychologische) Zufriedenheit der Produzenten und der Konsumenten gehen soll. Was folgt aus den sog. Gesetzen des Marktes, welche (angeblich) die Bewertungen nach ihren Verhältnissen von Angebot und Nachfrage ausrichten, die ihrerseits von dem jeweiligen Aufwand an Marketing und Reklame abhängen? Orientieren sich die Erträge der Aktionäre nicht wie die «Vergütungen» ihrer Manager an ihren sog. Marktwerten, d. h. an ihren (schwankenden) Börsenkursen? Stellt sich danach die Frage nur noch rhetorisch: *«Wer verdient schon, was er verdient?»*

Zu 4: Vorbehalte gegen gleiche Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie

- a) Die – egalitäre – Wirtschaftsdemokratie sei nicht effizient genug.
- b) Die «Natur des Menschen» sei nur auf ihren eigenen Vorteil angelegt.

Zu a): Gegenwärtig ist die Hypothese von der Ineffizienz egalitärer Wirtschaftsdemokratien noch ohne hinreichende empirische Grundlagen. Die Legende, im Sozialismus sei die ökonomische Gleichbehandlung gescheitert, ist längst durch die historischen Tatsachen widerlegt. *Sie wurde erst gar nicht versucht.*

Bereits Marx hat die primäre Notwendigkeit radikal-konsequenter, ökonomischer Gleichbehandlung aller arbeitsfähigen Menschen von Anfang an erkannt und diese auf seine Utopie verschoben: «Jeder

nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Lenin hat von vornherein für seine Parteifunktionäre das Sechsfache des regulären Lohns von Industrie- und Landarbeitern vorgesehen. Stalin hat für seine «demokratisch-zentralistische» Parteidiktatur die Privilegien der sog. Nomenklatura institutionalisiert. Danach war das Ende – wenn auch erst nach dem relativ erfolgreichen Kriegskommunismus – programmiert: Das sowjetische System – ohne die historischen Fortschritte rechts- und sozialstaatlicher Demokratien, ohne effektive Rechte und Pflichten aller Staats- und Wirtschaftsbürger – ließ sich von den USA zu Tode rüsten, sodass es am Ende nicht nur ökonomisch pleite war.

Ähnlich zuverlässig lassen sich die Resultate, d. h. die Ineffizienten antiker Sklavenhalter-Gesellschaften und mittelalterlichen Feudalordnungen beurteilen. Ihr gemeinsamer Nenner, nämlich die Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrheiten durch privilegierte Minderheiten, konnte (wenn überhaupt) gleiche ideelle Interessen am gemeinsamen Wohl nur durch religiöse Jenseitsversprechungen manipulieren.

Wie dagegen sich Menschen unter ganz anderen Verhältnissen verhalten werden, wenn sie nur noch für das eigene wie das gleiche Wohl aller anderen verantwortlich zu sorgen haben, können wir nur ex negativo vermuten:

Beginnen wir dazu mit der Vorstellung, all die Kosten und Aufwendungen abuziehen, die heute notwendig sind, vor allem um die ökonomischen Vorrechte von Minderheiten gegenüber Mehrheiten durchzusetzen und zu konservieren, nämlich Rüstung, Reklame und Finanz-Spekulationen sowie erhebliche Anteile der Bürokratie, Polizei und Justiz. Wie ließen sich danach die frei werdenden Mittel einset-

zen, um die für alle Menschen notwendigen Lebensmittel und sozialen Dienste so zu verbessern, dass deren gleiche Verteilung freie und gleiche Zustimmungen erwarten darf?

Zu h): Das Vorurteil über die sog. Natur des Menschen, die nur auf ihren eigenen Vorteil hin angelegt sei, ist bisher (natur-)wissenschaftlich nicht zu belegen: Die Gene, erst recht ihre Struktur bzw. ihre verbindenden Botenstoffe, erscheinen im Verhältnis zu unseren heute verfügbaren Messinstrumenten in der Neurobiologie so komplex, dass zumindest unmittelbare Konsequenzen für soziale Teilungsprozesse nicht analysiert werden können.

(Historisch-sozial-)wissenschaftlich lassen sich dagegen im Rahmen ihrer Verhältnisse keine eindeutigen Gegensätze zwischen sog. egoistischen und altruistischen Verhaltensweisen erkennen. Tatsächlich hing das Sozialverhalten der Menschen von den Verhältnissen (= Wasser, Vegetation, Klima, Rohstoffe, Energie-Vorräte, Nahrungsmittel usw.) ab, in denen sie ihr Verhalten zum Zwecke ihres Überlebens einzurichten hatten. Dieses Verhalten orientierte sich darüber hinaus an Traditionen und Interpretationen des sozialen Verhaltens: In allen Kulturen haben Menschen ihre Lebensmittel und Dienstleistungen nicht nur mit ihren Kindern, Eltern, Geschwistern geteilt und ausgetauscht, sondern auch mit ihren Nachbarn, Freunden, Gästen:

Wie hätten sie sonst als Gattung überleben können? Wie bzw. wozu hätten sie ihrem Verhalten einen Sinn geben können ohne gegenseitige Empathie, Fürsorge, Solidarität und Kooperation? Wie und wozu hätten sie überhaupt eindeutige Gegensätze zwischen sog. egoistischen und alt-

ruistischen Verhaltensweisen entwickeln können? Wo könnte und sollte das «egoistische» Interesse des einen beginnen und enden gegenüber den anderen, auf deren Hilfe man selbst von Anfang bis Ende des Lebens angewiesen bleibt? Gehört es nicht selbst zu den relativ späteren Sichtweisen in entwickelten Kulturen, den Einzelnen von den anderen, von seiner Gruppe/seinem Stamm zu unterscheiden? Auf welchem (anderen?) Hintergrund lässt sich die sog. «Goldene Regel der Gegenseitigkeit» erklären? Doch aus welchen Gründen appellierte diese «Goldene Regel» später quasi nur oberhalb, lediglich moralisch-kompensatorisch gegen die ökonomisch wachsenden, hierarchischen Arbeitsteilungen, Ausbeutungen, Unterdrückungen, Benachteiligungen? Wie früh wurden diese Arbeitsstrukturen von den Eltern an ihre Kinder weitergegeben und von Anfang an verinnerlicht? Wie weit haben sie die negativen Menschenbilder und Gesellschaftsmodelle verinnerlicht, sodass sie gegen deren Strich nur unter Unlust und Abwehr-Ängsten andenkten? Welche Gelegenheiten hatten sie, gegenteilige Erfahrungen zu machen, sich durch wissenschaftliche Modell-Vergleiche bessere Alternativen vorzustellen? Wie weit haben sie sich in ihren Berufen unter den Zwängen des «Geldverdienen-Müssens» mit feindseligen Konkurrenzen und Intrigen abgefunden, gegenüber denen sie keine Auswege mehr erkannten? Wie abgestumpft mussten sie werden, um sich mit (Sinn)-Surrogaten wie Geld- und Statussymbolen abfinden zu lassen? Wie hätten sie über die Ränder ihrer «Jobs» hinausblicken können, um deren «Kurzsichtigkeiten» in «Kurzschlüsse» zu verwandeln, die bequem von der «egoistischen Natur des Menschen» auf die «schlechten Verhältnisse» herunterkamen

und nicht umgekehrt? Wie viele Ängste hatten sie zu überwinden, um die Risiken einzugehen, gegen den «Mainstream» der herrschenden Ideologien ihrer Umgebung zu opponieren? Wie viele Feigheiten vor ihren Freunden – auch außerhalb ihrer Berufe – ließen sie verstummen, um wenigstens ihre kleinen, gemeinsamen Privilegien nicht in Gefahr zu bringen? Welche Rationalisierungen brauchten sie, um diese Vorteile als «leistungsgerecht» gegen die zu verteidigen, die sich nicht so viel «leisten» können? Wieweit lassen sich danach Rivalitäten und Konkurrenzen um zu knappe Lebensmittel als Mangel-Kompensationen erklären, solange diese Defizite nicht als allgemein und gleich überwindbar erkannt werden?

Beruhnen nicht die meisten Vorbehalte – hinter den oben vorgestellten Vorurteilen – gegen die allgemeine Vorteilhaftigkeit gleicher Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie auf vier aufeinander aufbauenden tiefen- bzw. sozialpsychologischen Widerständen bzw. Rationalisierungen? a) Trägheit der Wiederholungszwänge, b) Verdrängung unangenehmer Konsequenzen, c) Orientierungen an Mehrheiten, d) (Fehl-)Schlüsse von eigenen Privilegien auf allgemeine Vorteile

zu a): Trägheit der Wiederholungszwänge lässt sich gleichermaßen genetisch wie funktional als Abwehrmechanismen entschlüsseln, gegen den Strich bisheriger Einstellungen umzulernen. Diese Einstellungen sind doppelt fixiert: Zum einen ist ihre Struktur häufig von den Eltern auf ihre Kinder so autoritär sanktionierend einsozialisiert und verinnerlicht worden, dass Abweichungen nur unter Trennungs- und Verlustängsten gewagt werden können. Zum anderen ist der Zweck der Entlastung

durch wiederholte Vorbehalte (und Vorurteile) nicht zu verkennen: Die eingeübte Reduktion von Komplexität erlaubt zumindest subjektive Sicherheiten und rasche Entscheidungen nach dem Muster, so lange am (anscheinend) Bewährten festzuhalten, wie dieses sich ohne größere Risiken bewahren lässt.

Zu b): Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen erscheinen wiederum epigenetisch und funktional erklärbar: Wie viele Kinder werden von ihren Eltern, wenn sie etwas «falsch» gemacht haben, mit der vorwurfsvollen (Pseudo-)Frage konfrontiert, was sie sich denn dabei gedacht hätten, ohne Rücksicht darauf, wie wenig ihnen absehbare Konsequenzen tatsächlich erklärt worden sind. Unangenehm fixiert werden danach Einstellungen, sachliche Kritik als persönlichen Vorwurf misszuverstehen. Die Chancen, ohne Angst vor peinlichen Vorbehalten, Alternativen modellhaft zu probieren, werden vertan. Nur unter großen Widerständen und wiederholten Rückfällen lassen sich nachträglich Korrekturen erlernen.

Zu c): Orientierungen an Mehrheiten setzen die bisherigen Wiederholungszwänge und Verdrängungen fort, indem sie diese sozialpsychisch erweitern. Ihr gemeinsamer Vorteil ist genauso wenig zu verkennen wie ihr gemeinsamer Nachteil. Vorteilhaft ist die soziale Reduktion von Komplexität: Ist man nicht «auf der sicheren Seite» bei den Mehrheiten? Erspart man sich nicht Unsicherheiten, Ängste und Risiken, die bei gravierenden Konflikten mit diesen Mehrheiten drohen (können)? Nachteilig dagegen stellen sich in der bisherigen Wissenschaftsgeschichte die Orientierungen an dem sog. *Mainstream* der herrschen-

den Meinungen heraus. Wie viele Erkenntnisfortschritte sind von sog. Außenseitern und Querdenkern vorgetragen worden, die erst viel später allgemein anerkannt worden sind? Wie oft hätte der Widerspruch der Minderheiten blinden Mehrheiten die Augen rechtzeitig öffnen können?

Zu d): (Fehl-)Schlüsse von eigenen Vorrechten auf allgemeine Vorteile vollenden die bisher vorgestellten tiefen- und sozialpsychischen Vorbehalte. Deren Kurzsichtigkeit entspricht ihrer Kurzschlüssigkeit, seine eigenen Vorteile zu «rationalisieren»: Wie könnte ein Wirtschaftssystem als solches insgesamt schlecht sein, das immerhin noch gut erscheint für seine eigenen (Vorteils-)Interessen?

Zu 5: Träger von Reformen/Revolutionen?

Wie bzw. durch welche Gruppen könnte der «Logische Sozialismus» politisch-ökonomisch-technisch verwirklicht werden? Nach meiner Vermutung kommen nur drei Gruppen in Betracht³: a) Die *Privilegierten*, die (noch) vom kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftssystem so profitieren, dass sie glauben, deren allgemein destruktive Konsequenzen ignorieren zu können. b) Die *lohnabhängigen* Arbeiter, Angestellten und (Pseudo-)Selbstständigen, die zwar noch keine Not leiden, wohl aber darüber hinaus sich keinen «Luxus leisten» können. c) Die sog. *wissenschaftlich-technische Intelligenz*, die in der Regel hoch qualifiziert als *leitende* Angestellte und Beamte sowie freiberufliche «Berater» (Juristen, Ökonomen, Ingenieure und Medien Experten) sys-

tem-relevante Entscheidungen vorbereiten und organisieren.

Zu a): Die Privilegierten: Vermutlich sind die meisten Privilegierten bereits von ihrer Herkunft so sozialisiert worden, dass sie die «Leistungen» ihrer Eltern und Großeltern gar nicht mehr bezweifeln können oder wollen. Auf diesem Hintergrund erscheinen die Wege und Umstände ihrer Ausbildungen/Stadien und Karrieren, in denen man weitgehend «unter sich» bleibt, «Netzwerke» bilden konnte, sich als «Elite» fühlte. In diesen Beziehungen reproduziert man die Gewohnheiten, «oben zu sein». Warum sollte man diese «Kultur» aufgeben, deren «Leistungen» man sich «verdient» hatte durch Herkunft, Bildung und «Verantwortung»? Wie könnte diese «In-group»-Orientierung ohne gravierende Störungen von außen aus ihrem Gleichgewicht gebracht werden? Da sie «es nicht nötig haben», selbst erwerbstätig zu werden, nachdem sie sich bereits von den Zinsen ihres Vermögens jedes Luxus-Leben «leisten» können, werden sie kaum direkt von den «Krisen» der Wirtschaft betroffen. Nicht zuletzt fehlen den meisten die theoretischen Voraussetzungen, die «Krisen» in ihren regelhaften Verläufen als system-notwendig zu erkennen, die gerade nicht vorübergehen.

Zu b): Die lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten: Die Angehörigen der sog. unteren Mittelschichten sind wie keine andere Gruppe im Kapitalismus von ihrer Arbeit entfremdet. Im Anschluss an Karl Marx' *Theorie der Entfremdung*⁴ erscheinen sie

3 Eine vierte Gruppe, die dauerhaft auf staatliche (Sozial-) Arbeitslosen-Hilfe angewiesen bleibt, hat in der Regel sich damit abgefunden, nicht mehr an den «Leistungen» des Mittelstandes aktiv und passiv teilzuhaben. Diese Gruppe beteiligt sich kaum noch an politischen Wahlen und wird von den «Volksparteien» effektiv aufgegeben.

4 Vgl. die sog. Pariser Manuskripte (1844) in MEW, Erg. Bd. 1).

tendenziell überwiegend in ihren bewussten Interessen – entfernt von ihren Arbeiten und deren Produkten sowie deren Abnehmern und auch von ihren (wechselnden) Mitarbeitern und nicht zuletzt sogar von sich selbst: «In der Arbeit ist der Arbeiter außer sich und erst außer der Arbeit bei sich!» (K. Marx).

So müssen ihnen ihre Arbeiten gleichgültig werden, diese werden nicht (wie bei Künstlern oder Wissenschaftlern) selbst- und mitbestimmt, also nicht um ihrer selbst willen erledigt, sondern gegen Entlohnung, worauf sie ohne Alternative angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dabei stehen sie – auch gegen ihre Kollegen – unter der Peitsche der Konkurrenz um die Höhe der Lohnkosten. Ihre «Mitbestimmung» im Sinne (unfreiwilliger) sog. «Zielvereinbarungen» dient dazu, ihre Tätigkeiten bis zu ihrer «Freisetzung» zu «evaluieren». Sie selbst sollen ihre Arbeitskraft überflüssig machen.

Doch damit nicht genug. Auch in ihrer sog. «Freizeit» sollen sie nicht über diese (Selbst)-Ausbeutung und Liquidation ihrer Arbeitskraft nachdenken: Fungierten sie in der Arbeit als «Anhängsel der Maschinen» (K. Marx), hängen sie außerhalb der Arbeit am Fernseher, Internet, an Video-Spielen usw. ab, gehen zu Massen-Veranstaltungen (z.B. Fußball), in denen auch keine Diskussion über ihre Tätigkeiten oder gar politische Organisationen stattfinden können.

Zu c): *Die sog. wissenschaftlich-technische Intelligenz:* Zwischen die alten Klassen des Industrie-Proletariats und den sog. Kapitalisten, d.h. den Inhabern bzw. Verfügungsberechtigten über die Produktions- und Distributionsmittel ist eine neue Schicht der (leitenden) Angestellten, Beamten und Freiberufler getreten. Diese sind in der Re-

gel wissenschaftlich qualifiziert. Sie verfügen sowohl über die theoretischen Kompetenzen als auch über berufliche Erfahrungen, um die tragenden und weitreichenden Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu analysieren, zu antizipieren, vorzubereiten, zu organisieren, deren Resultate zu evaluieren und zu korrigieren. Dementsprechend könnten sie auch die «Leistungen» erbringen, Risiken abzusehen bzw. deren Verdrängungen zu durchschauen und (öffentlich) zu kritisieren. Damit könnten sie sich von den (Groß)-Privilegierten und ihren habitualisierten Einstellungen und gesellschaftlichen Rücksichten auf ihre Gruppenzwänge unterscheiden.

Nicht zuletzt unterscheiden sich die Angehörigen dieser sog. Technisch-wissenschaftlichen Intelligenz weiter in doppelter Weise von den Inhabern großer Vermögen und Einkommen (die nur noch andere für sich arbeiten lassen):

Meist haben die Mitglieder der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz wesentlich größere Anstrengungen erbracht, um durch «Bildung» «aufsteigen» zu können. Während die reichen Kinder auf das «Sponsoring» ihrer Eltern vertrauen konnten, auf Privatschulen bzw. Privat-Universitäten «durchkamen», waren die anderen auf Stipendien angewiesen oder mussten «nebenbei» Geld verdienen. Sie standen bereits im Studium in Konkurrenzen gegen ihre Kommilitonen. Diese Konkurrenzen setzten sich fort in ihren Berufen. Sie mussten fortdauernd «auf der Höhe» wissenschaftlicher Erkenntnisse und beruflichen Fertigkeiten bleiben. Ihre leitenden Tätigkeiten erlaubten und erzwangen ständig vergleichende Überblicke. Diese konnten gar nicht enden an den Rändern ihrer Tätigkeitsbereiche. Damit kamen auch die Systemstrukturen und -krisen in ihren Blick. Wie lange können und wol-

len sie die daraus resultierenden Widersprüche verarbeiten: Auf der einen Seite die von ihnen erwarteten «Leistungen», um nicht von ihren Konkurrenten überholt und erledigt zu werden; auf der anderen Seite die *destruktiven* Konsequenzen dieser «Leistungen», die sie nicht länger ignorieren und verdrängen (können).

Damit muss ich enden mit den Schluss-Fragen, die diesen Konflikt entscheiden werden: Wie lange werden sich diese Mitglieder der sog. wissenschaftlich-technischen Intelligenz ideell und materiell (weiter) korrumpieren, d. h. ihre Zustimmung zu den «Leistungen» des Kapitalismus abkaufen lassen? Wie lange werden sie deren Legenden und Lügen noch vertreten? Was sind ihre (Rest)-Privilegien wert, wenn ihre «Leistungen» ihren Kindern und Kindeskindern nicht mehr zu Gute kommen werden? Welche «Gerechtigkeit» können sie rechtfertigen, wenn deren «Güte» sich in ihre Gegenteile verkehrt? Wer wollte noch an öffentlichen Schulden, Kriegen und Umwelt-Zerstörungen «verdienen», wenn dagegen in einer friedlichen, gerechten und guten Weltordnung alle arbeits- und lernfähigen Menschen nach gleichen Rechten und Pflichten nur die Güter herstellen und egalitär miteinander teilen, die sie wirklich gemeinsam brauchen?

Zum Schluss: Vom Logischen zum Demokratischen Sozialismus – 11 Thesen

1. Der Logische Sozialismus könnte (radikal – konsequent, d. h. grund-, mittel- und folge-richtig) zur prinzipiellen Alternative zum Globalen Finanz-Kapitalismus werden.
2. Durch sein Modell egalitärer Verteilungs- und Haftungsgerechtigkeiten

könnte der Logische Sozialismus gleiche materielle und ideelle Interessen am gemeinsamen Wohl aller Menschen – wie am eigenen – gewährleisten.

3. Diese Perspektive ließe sich nur gewährleisten durch gleiche Rechte und Pflichten aller lern- und arbeitsfähigen Menschen.
4. Die allgemeinen, gleichen Staatsbürgerrechte und -pflichten wären zu begründen und zu vollenden durch allgemeine, gleiche Wirtschaftsbürgerrechte und -pflichten.
5. Die verfassungsrechtlichen Offenheiten des Grundgesetzes eröffnen nicht nur die (legal unveränderlichen) Grundsätze des demokratischen, sozialen und föderativen Rechtsstaates, sondern auch der genossenschaftlichen Wirtschaftsdemokratie.
6. Aus der Logik des Logischen Sozialismus folgt mein Vorschlag, alle Tätigkeiten gleich zu entlohnen. Dieses gilt auch für alle Leistungsfunktionen, die nur für eine Wahlperiode zu besetzen wären, gefolgt von einer gleichen Dauer als Berater im Rahmen strikter Ämterteilung. (Damit soll von vornherein institutionell Verteilungskämpfen, Korruptionen und Machtkartellen vorgebeugt werden).
7. Noch vorherrschende Vorbehalte, die sog. «Natur des Menschen» sei nur auf ihren eigenen Vorteil angelegt, verkennen sowohl deren historisch-kulturellen Abhängigkeiten als auch erst recht deren Parteilichkeit.
8. Historisch ursprünglich funktional erscheinende «Verdienst»-, «Leistungs»-, «Verantwortungs»-Privilegien in modernen Produktions- und Distributionsprozessen nicht mehr valide und reliabel zu analysieren und (ungleich) zu bewerten.
9. Träger von Reformen/Revolutionen zum

«Logischen»/«Demokratischen Sozialismus» könnten zuerst Angehörige der sog. «Wissenschaftlichen/Technischen Intelligenz» werden, wenn diese ihre Leistungen, systemrelevante Entscheidungen vorzubereiten und zu organisieren nicht mehr «kapitalistisch» verwerten ließen, sondern nur noch die Güter und sozialen Dienste anböten, die alle Menschen in gleicher Weise brauchen.

10. Danach brauchte kein Mensch mehr zu hungern, zu dursten und zu frieren, müsste vorzeitig an vermeidbaren Krankheiten sterben, ohne Bildung und Kultur vegetieren. Endlich ließen sich Freiheit, Gleichheit und Solidarität ver-

allgemeinern. In wechselseitiger, universeller Empathie, Fürsorge und Kooperation könnte jeder Mensch sich nicht nur auf die Hilfe seiner Familie, Freunde und Nachbarn verlassen. Die «Nächstenliebe» würde ihre hergebrachten Grenzen bis zur «Fernsten-Liebe» transzendieren.

11. Die parasitäre Klasse der sog. Superreichen könnte ohne ihre ehemaligen Kopflanger und Worttäuscher keine «Werte» mehr «schöpfen» aus ihren Finanzspekulationen und Steuerumgehungen, Waffen-, Drogen- und Menschenhandel. Ihre Kriege gegen die Armen verlören ihre Geschäftsgrundlage. ■

GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Peter Steinbach

«Heran an den Staat!»

Zur Neuedition von Kurt Schumachers Dissertation

Kurt Schumacher gehörte zu den oft, nicht zuletzt von den konservativen Gegnern der Sozialdemokratie, beschworenen Politikern, die Deutschland zwischen Kaiserreich und Grundgesetz nachhaltig geprägt haben. Er wurde aus den Konstellationen der Nachkriegszeit gedeutet, durch den beginnenden Krieg und die sich abzeichnende deutsche Teilung, durch Blockkonfrontationen und den ständigen Kampf gegen Adenauer, dem er den Ruf verpasste, Kanzler der Alliierten zu sein. Zwar wurde seine Herkunft und seine frühe Prägung erforscht; zu den nur selten rezipierten Arbeiten, die er überlieferte, gehörte seine Hamburger Dissertation, die den *Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie* beschreiben sollte. Nach 1945, nach langer Haft in Konzentrationslagern, nahm er diesen Kampf wieder auf. Regierungsverantwortung bekam unter seiner Führung die SPD nur in einzelnen Ländern. Schumacher profilierte sich im Kampf gegen die Zwangsvereinigung von SED und SPD und

gilt deshalb bis heute vielen als ein strikt «antibolschewistischer» Sozialdemokrat; dabei hatte er sich nicht einmal 1945 einer Koalition mit Kommunisten widersetzt.

Schumacher wollte keine Volks- und keine Aktionsfront, denn er hatte in der Endphase der Republik als einer der führenden Mitglieder des republikanischen Reichsbanners erfahren, dass Prinzipien des Rechtsstaats, der Gewaltenteilung nicht von den württembergischen Kommunisten verteidigt wurden. Schumacher war durch seine politischen Erfahrungen geprägt. Deshalb dachte er antidiktatorisch, deshalb entwickelte er ein feines Gefühl für die Neigung politischer Gegner für Verfassungsverletzungen, deshalb prägte er den politischen Stil des Umgangs, die politische Kultur eines keineswegs selbstverständlichen Pluralismus. Dies alles ist erstaunlich, denn Schumacher hatte niemals ein Regierungsamt inne. Ständige Herausforderung blieb für ihn das Verhältnis von Demokratie und Diktatur; und immer griff er die großen

1 Kurt Schumacher: *Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie* (Schriftenreihe zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bd. 2), Berlin: Metropol-Verlag 2023, 329 S.

Kontroversen seiner Zeit auf, die Verteidigung der Weimarer Verfassung, die Selbstbehauptung im Widerstand gegen das NS-Regime, die Integration der Flüchtlinge nach 1945, eine Klärung des Verhältnisses zur NS-Zeit, die Entscheidung über Westintegration, vor allem aber: die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus, die ihn der SED-Führung so verhasst machen.

Nicht immer siegte er; aber es gelang ihm, durch seine Standhaftigkeit die politische Kultur im Nachkriegsdeutschland zu prägen und die SPD zu einer staatstragenden Partei zu machen, die die Teilung nicht akzeptieren sollte. Deshalb entwickelte er die Magnettheorie, die Vorstellung, durch attraktive Lebensverhältnisse die Sowjetische Besatzungszone gleichsam aufzusaugen. Als er starb, bescheinigten ihm sogar seine politischen Gegner, dass er die politischen Herausforderungen bewältigt hatte, weil er politisch dachte, frühzeitig Gefährdungen der Demokratie erkannte und eine ungewöhnliche Entschlossenheit zeigte, wenn es Gefahren für den von ihm für richtig empfundenen Weg abzuwehren galt. «Auf dem Boden der Tatsachen stehend», wollte er «sagen, was ist». Deshalb sah Helmut Schmidt später in ihm neben Ferdinand Lasalle und August Bebel einen der Begründer der Sozialdemokratie.

Mit Schumacher endete auch die lange Phase, in der Sozialdemokraten als «vaterlandslose Gesellen» diffamiert worden waren. Zu erleben, dass Sozialdemokraten in bundesdeutscher Regierungsverantwortung waren, war ihm allerdings nicht mehr vergönnt. Immerhin prägten Sozialdemokraten die deutschen Länder und behaupteten sich in Berlin auf bemerkenswerte Weise und moralisch vorbildlich gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED. Kennzeichnend für die Geschichte der west-

deutschen Sozialdemokratie war, dass Staat und Nation im Denken Schumacher und zunehmend auch der SPD nach «Bad Godesberg» eine ebenso wichtige Rolle einnahm wie die Durchsetzung deutscher Interessen.

Wilhelm Hennis, der noch als Mitarbeiter der SPD-Fraktion unter Schumacher gearbeitet hatte, erkannte den auf Schumacher zurückgehenden Wandel in der öffentlichen Wertschätzung der Sozialdemokratie. Er erinnerte sich: «Das ergreifende Trauerdefilee nach seinem Tod – Hunderttausende erwiesen ihm die Ehre auf dem Weg von Bonn nach Hannover – zeigte, dass das deutsche Volk ihn verstanden hatte und ihm zu danken mußte.»

Als Kurt Schumacher am 20. August 1952 verstarb, war über den weiteren Weg der Bundesrepublik Deutschlands so wenig entschieden wie über die DDR und die endgültige Teilung Deutschlands.

Die beiden deutschen Staaten waren zwar 1949 mit ihren Verfassungen begründet, ihre Einbindung in die westlichen und sowjetischen Bündnis- und Wirtschaftssysteme nicht abgeschlossen. Sie erfolgt Mitte der 1950er-Jahre und barg Gefahren. «Dreigeteilt? Niemals!», so lautete das Credo dieser Zeit. Der Korea-Krieg bewies, wie fragil der Waffenstillstand war, vor allem, weil sich der System-Konflikt zwischen den beiden neuen Weltmächten nach wie vor in die Mitte Europas verlagerte. Das zeigte sich 1948 und zehn Jahre später in der Berlin-Krise. Weiterhin ging es um die Schumacher schon seit seiner Studienzeit bewegende Frage, ob die freiheitlichen Demokratien sich würden behaupten können, wieder ging es um ihre streitbare Verteidigung.

Schumacher ergriff noch vor der Kapitulation der Wehrmacht im April 1945 die Initiative und begründete sein «Büro Schumacher» in Hannover. Er hatte keinen Plan,

nur eine Perspektive. Dabei verließ er sich auf sein Gespür und seinen Willen. Die Demoskopie, die Adenauer seit den 1950er-Jahren zu einem Regierungsinstrument machte, lehnte er aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Sein provisorisches «Büro Dr. Schumacher» wurde zum Nukleus der Nachkriegssozialdemokratie in den drei westlichen Besatzungszonen.

Schumacher ist seine spätere herausragende politische Rolle nicht an der Wiege gesungen worden. Er wurde am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Culm als einziges Kind einer linksliberalen und durchaus wohlhabenden Kaufmannsfamilie geboren. Sein Vater Carl Schumacher war vor dem Ersten Weltkrieg Stadtverordnetenvorsteher und Kreistagsabgeordneter der Freisinnigen. Sein Geburtsort lag im östlichen Teil Westpreußens, nahe der russischen Grenze und zugleich im Zentrum des deutsch-polnischen Siedlungsgebietes; polnische Mitschüler überwogen zahlenmäßig, ohne dass es deshalb zu Spannungen wegen der preußischen Germanisierungspolitik kam.

Bereits zwei Tage nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs meldete sich Schumacher wie manche seiner polnisch sprechenden Mitschüler 18-jährig als Kriegsfreiwilliger. Gab es auch teilweise heftige deutsch-polnische Volkstumskonflikte, die ein «Bedrohungsgefühl» verursachten und antipolnische Restriktionen nach sich zogen, so galt beiden Volksgruppen als Hauptgegner das russische Zarenreich. Schumacher konnte noch das Kriegsabitur ablegen. «Will, ruf ich aus, das Schicksal mit uns enden, so stirbt sich's schön, die Waffe in den Händen», lautete das Thema seines Abituraufsatzes. Er war wie seine polnisch-sprachigen Mitschüler überzeugt, gegen das Zarenreich kämpfen zu müssen. Auch diese antizaristische Überzeu-

gung, die bereits Friedrich Engels formuliert hatte, entsprach dem weitverbreiteten Denken der Sozialdemokratie und erklärte die wenig später erfolgte Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Bereits vier Monate nach seiner freiwilligen Meldung zum Heeresdienst wurde Schumacher an der Ostfront bei Bielawy nahe Lowicz schwer verwundet. Er verlor seinen rechten Arm, erkrankte anschließend schwer und wurde am 10. Oktober 1915 – ausgestattet mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse – aus dem Heer entlassen. Seine «Krieger-Rente» belief sich einschließlich der «Verstümmelungszulage» auf ca. 75 Mark. Durch Kriegsdienst, Verwundung und Studium war die ursprüngliche Begeisterung des nationalistisch angehauchten Jugendlichen rasch vergangen. Er hatte sich im Laufe des Jahres 1917 zu einer realistischen politischen Haltung durchgerungen, die das Ergebnis von Erfahrungen und Erwartungen war. Inwieweit ihn die innerparteilichen Diskussionen und Richtungskämpfe in Partei und Fraktion erreichten oder berührten, ist unbekannt.

Verglichen mit den innerparteilichen politischen Auseinandersetzungen der Vorkriegszeit handelte es sich für ihn nicht um theoretische Debatten, sondern um Entscheidungen zwischen den gegensätzlichen Strömungen. Schumacher orientiert sich in der Endphase des Weltkrieges an der Mehrheitsfraktion der SPD. Im Rückblick scheint ihm jedoch der Epocheneinschnitt in der Geschichte des imperialistischen Deutschlands bewusst geworden zu sein, der in seinen Augen eine Folge der «Missachtung des eigenen Volkes» war und deutlich machte, in welchem Maße der Staat «seinen sittlichen Inhalt» verloren hatte und zum Instrument der Macht geworden war.

Wer aber den Verlust des sittlichen Inhalts eines Staates beklagt, musste sich zuvor bereits Gedanken über die Rolle des Staates im Prozess der Kultivierung und Zivilisierung dieses Staates gemacht haben. Dies war ein zentrales Thema der Verfassungs- und Staatsphilosophie, die nicht nur Fragen der Staatsorganisation berührte, sondern auch der politischen Gerechtigkeit. Recht und Staat wurden damals zusammen gedacht; nun aber trennten sich in Schumachers Kritik am Obrigkeitsstaat diese Sphären. Der Staat hatte seinen «absoluten Charakter» verloren. Damit war aber der «Kampf um demokratische Formen», für die die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung eingetreten war, auf eine neue Grundlage gestellt. In Zukunft musste es darum gehen, Öffentlichkeit und Wähler «mit den Resultaten dieser Demokratisierung» gleichsam in Einklang zu bringen und von dieser Grundlage aus «an die sozialistischen Aufgaben» heranzugehen.

Mit der Hinwendung zur Sozialdemokratie sagte Schumacher endgültig dem überkommenen Staatsbild und damit dem Obrigkeitsstaat des Kaiserreiches ab. Am Ende des Krieges zeigte sich: Die meisten von Schumachers polnisch sprechenden Schulkameraden hatten auf deutscher Seite ihr Leben gelassen. Sein Handeln war sozialpolitisch motiviert. Deshalb nahm er sich nach 1945 der Interessen der Kriegsgeschädigten und Vertriebenen an. Die Vertretung sozialer Interessen schien ihm wichtiger zu sein als die Teilnahme an sterilen politischen Debatten über den weiteren Weg Deutschlands in der Endkriegsphase, die links von der USPD eine neue Gruppierung entstehen ließen: den Spartakusbund um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Als sich das politische Klima unter dem Einfluss der Russischen Revolu-

tionen und der Friedensdiskussionen weiter radikalisierte, wurde Schumacher bewusst, dass der Staat sich auf einen «idealen Zweck» gründen musste. Wenn die Bedeutung der Gesellschaft ermessen werden sollte, konnte es nicht mehr um die «Fassung eines Begriffes gehen», stattdessen waren «soziale Erscheinungen» als «Grundlage für das Zustandekommen des einen oder anderen Gebildes» – also von Staat oder Gesellschaft – zu betrachten.

Vor diesem Hintergrund war nicht erstaunlich, dass es Schumacher nach 1918 darum ging, eine Welt zu schaffen, in der mit der Gerechtigkeit auch Sicherheit und die Menschenwürde verwirklicht werden könnten. Das ließ sich nicht gegen, sondern nur mit dem neuen republikanischen Staat erreichen, allerdings unter der unbezweifelbaren Voraussetzung, dass es gelang, aus Obrigkeitsstaat einen rechtsstaatlichen und gewaltenteiligen demokratischen Beteiligungsstaat zu machen. Deshalb bekannte er sich zur Weimarer Verfassungsordnung, suchte den Konflikt mit der politischen Rechten und den Kommunisten, propagierte eine frühe Form der Totalitarismustheorie. «Weder Stalins Sklave noch Hitlers Knecht!», das war sein Selbstverständnis, das auch das «Reichsbanner» teilte. Schumacher hatte die historische Lektion seiner Zeit, der Kriege, Revolutionen, der preisgegebenen und bekämpften Verfassung von Weimar erkannt. Er setzte als «militanter Sozialdemokrat» weniger auf Tolerierung der Regierung Brüning als auf den Konflikt mit den Verfassungsfeinden. Er setzte auf die Attraktivität der verfassungsstaatlichen Demokratie und bekannte sich zur Freiheit.

Deshalb hatte er als Sprecher der westdeutschen SPD früh eine in die Zukunft weisende politische Magnet-Theorie entwi-

ckelt, der zufolge der Westen Deutschlands so attraktiv werden sollte, dass er den Osten Deutschlands mit seinen Bewohnern magnetisch anzog. Nach der deutschen Vereinigung von 1989/90 wurde diese Magnet-Theorie allerdings Konrad Adenauer zugeschrieben, dem Schumacher, Gustav Heinemann und selbst der Christdemokrat Jakob Kaiser in den 1950er-Jahren vorgeworfen hatten, durch die Westorientierung die Teilung Deutschland zu festigen. Schumacher war dabei besonders weit gegangen, hatte er den Bundeskanzler doch am 25. November 1949 bei der Bundestagsdebatte über das Petersberger Abkommen als «Kanzler der Alliierten» geschmäht. Die Folge war ein sich über 20 Sitzungen erstreckendes Verbot der weiteren Teilnahme an den Plenarsitzungen. Das Verdikt gereichte Schumacher nicht zur Unehre.

Ähnlich erging es einem anderen Bannspruch, der mit seinem Namen verbunden geblieben ist. Denn mit den Kommunisten, die er angeblich schon in den Weimarer Zeit als «rotlackierte Nazis» titulierte haben soll, lehnte er jede Gemeinsamkeit ab. Bereits in der Weimarer Republik hatte er nicht nur die NSDAP und vor allem deren Propagandisten Joseph Goebbels, sondern auch die Generallinie der KPD bekämpft und deshalb an seiner doppelten politischen Abwehrfront antitotalitäre Schlagworte benutzt. Sozialdemokraten seien weder Hitlers Knechte noch Stalins Sklaven. Auch 1945 lehnte er zwar keine Beteiligung der Kommunisten an einer möglichen Regierung ab, wohl aber eine politische Zusammenarbeit mit der SED. Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin 1946 und die Erfahrung der im Laufe weniger Jahre nach der Vereinigung von KPD und SPD zur SED praktizierten massiven Unterdrückung der

ostdeutschen Sozialdemokraten nach dieser «Zwangsvereinigung» bestätigten ihn.

Den Anspruch der SED, am Konzept einer einheitlichen, wenngleich sozialistischen Nation festzuhalten, fand er nicht überzeugend; die entsprechende Passage in der ersten DDR-Verfassung von 1949 bestätigte sein Misstrauen. Aber nicht nur deshalb lehnte er die Partei von Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck ab, sondern beharrte auf dem Konzept eines demokratischen Sozialismus. Die zentralistische Steuerung einer Partei lehnte er ab, was nicht bedeutet, dass er seine eigene Partei nicht straff zu führen suchte. Dies trug ihm immer wieder den Vorwurf sein, die Partei autoritär zu führen, Diskussionen abzublocken, Gegner zu verprellen. Er blieb bis zu seinem Tode am 20. August 1952 davon überzeugt, dass die Kommunisten um Ulbricht mit Billigung Stalins als «Spalter» gewirkt und die deutsche Teilung zementiert hätten. Schumacher galt deshalb den einen als Nationalist, den anderen als «Kalter Krieger». Dabei wurden die demokratischen sowie die rechts- und sozialstaatlichen Grundsätze seines Handelns, wenn nicht übersehen, so doch verfälscht.

Gestritten wurde bereits in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland über Möglichkeiten einer Überwindung der deutschen Teilung. Diese Suche nach Alternativen wurde immer auch durch Erfahrungen beeinflusst, die auf in die Weimarer Republik zurückführende Auseinandersetzungen verwiesen. Dabei ging es nicht nur um West- oder Ostorientierung, sondern auch um die Rolle, die Deutschland in der Mitte Europas zu spielen hatte. Die Möglichkeit einer weitgehenden Westbindung belastete in den frühen 1950er-Jahren nicht zuletzt die CDU, wie die Debatten um Gustav Heinemann und Jakob Kaiser zeigten.

Dennoch stand vor allem Schumacher bald im Ruf, ein Skeptiker der Westintegration, sogar ein Nationalist zu sein; dabei verwiesen viele Passagen seiner frühen Nachkriegsreden auf eine westeuropäische Integration und ließen keinen Zweifel an der vorrangigen Bedeutung gesicherter politischer Freiheit zu. Seine Betonung deutscher Interessen richtete sich als Ermahnung an die Siegermächte, politisch aber gegen «Moskau» und «Pankow».

Wie Schumacher die weitere Entwicklung begleitet hätte, lässt Raum nur für Spekulationen. Unbestreitbar ist, dass er auf den Augenblick gerichtete Taktiken ablehnte, die «europäische Idee praktisch zu einer propagandistischen Formel» zu machen, und sich deshalb gegen «deutsch-nationale Zitate» aussprach. Im Grunde aber zeigte sein Widerstand gegen Adenauers Europapolitik den Wunsch, die Integration parlamentarisch zu erörtern und abzusichern. Bei aller Kritik an seiner Person und an seinem manchen als ruppig, anderen als arrogant erscheinenden Umgangstil: Schumacher war ebenso anerkannt, wie er polarisierte. Und diese Anerkennung wuchs nach seinem Tod zunehmend, vor allem bei seinen politischen Gegnern, die Schumachers Antikommunismus und Antitotalitarismus nutzen wollten, um ihn gegen die SPD auszuspielen.

Er hatte nach all den Jahren, in denen er durch den Druck und das Unrecht seiner Gegner zur Untätigkeit verdammt war, keine Zeit zu verlieren. Deshalb neigte er zu heftigen Reaktionen auf Argumente, die ihm nicht nachvollziehbar waren. Dabei war ihm klar: Er teilte aus, also hatte er auch einzustecken. Polemisch attackiert zu werden und zugleich umstritten und umkämpft zu sein, ist das Schicksal eines Politikers, der sich – überdies in vordemosko-

pischen Zeiten – in seiner Partei, bei seinen Wählern und in der Politik durchsetzen musste. Dass Schumacher dies zumindest innerparteilich gelang, war ein Resultat seiner politischen Entschlossenheit und der Breite seiner politischen Interessen und sozialen Empathie, nicht zuletzt auch des Respekts, den er als Opfer des Terrors der Nationalsozialisten und als Ziel der antisozialdemokratischen Propaganda der Kommunisten gewann. Bestimmend blieb seine Bereitschaft zur Konfrontation mit dem politischen Rechtsextremismus und dem Linksradikalismus ohne Rücksicht auf seine eigene Gefährdung.

Bereits in den frühen 1920er-Jahren hatte er die Gefahren erkannt, die vom völkischen Denken und vom Nationalsozialismus, aber auch von Bolschewismus, Stalinismus und Kommunismus ausgingen. Am Ausgang der Weimarer Republik stemmte er sich entschieden gegen alle totalitären Bewegungen, die nicht nur ihren unbedingten weltanschaulichen Führungsanspruch geltend machten, sondern, wie er wahrnahm, auch ethisch und moralisch versagten, weil sie an Stimmungen appellierten, die das politische Miteinander zerstörten, auf das die Demokratie angewiesen war. Er blieb furchtlos, eigenwillig, blieb derjenige, dessen «Nationalismus» vielfach nicht verstanden wurde.

Paul Sethe, der große Publizist, hielt ihn für einen großen Deutschen, der aber mit keinem einzigen Wort seine Nation über andere gestellt hätte. «Allerdings wollte er nicht, dass sein eigenes Volk von den Ideen und der internationalen Gerechtigkeit ausgeschlossen würde, die den Kern der demokratischen Ideenwelt bildet.» Das hielten die einen für hypertroph, andere für nationalistisch; sie übersahen, dass sich Schumachers politisches Weltbild zum einen aus den Gegensätzen formte, die er zu bewäl-

tigen und nach 1933 zu überleben hatte, dass er andererseits ein Staatsverständnis entwickelt hatte, das sich aus dem Wunsch herauschälte, niemals mit seiner SPD nur Amboss, sondern immer Hammer sein zu wollen. Er verkörperte eine Arbeiterbewegung, die beanspruchte Gegenwart und Wirklichkeit zu formen, Zukunft gestalten zu können. Er dachte niemals nur pragmatisch, sondern er hatte ein Konzept, er wusste, was Konflikte bedeuteten, aber auch, dass sie durchzustehen waren. Dadurch gehört er zu den prägenden Persönlichkeiten der sich konsolidierenden Republik.

Von Fehlern war er nicht frei, wer ist das schon? Aber Schumacher verfügte in wirren Zeiten über einen politischen Kompass, konnte Erwartungen formulieren und Erfahrungen vermitteln. Deshalb gehört er zu den seltenen Zeitgenossen, die sich durch Begriffe wie Volksgemeinschaft, klassenlose Gesellschaft, Beschwörung von Nation und Solidarität nicht lähmen ließen. Er suchte nach Alternativen, erschloss Handlungsspielräume, bewahrte seinen Anspruch als Selbstdenker. – Dem ist auch siebzig Jahre nach seinem Tod nichts hinzuzufügen. ■

Siegfried Heimann

Rudolf Breitscheid in der Volksfrontdebatte Mitte der 1930er-Jahre

Nach 1945 wurde in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR fast in jeder Stadt eine Straße oder ein Platz nach Rudolf Breitscheid benannt. Interessant aber ist, dass nach 1989/90 in der früheren DDR einige dieser Straßen und Plätze wieder umbenannt wurden. So etwa in Görlitz – wo ich aufgewachsen bin –, wo die Breitscheidstraße nun wieder Bismarckstraße heißt (und der Karl-Marx-Platz wieder Wilhelmplatz). Verantwortlich dafür war ein zweifaches Missverständnis, das aus der Volksfrontdebatte Mitte der 1930er-Jahre herrührte.

Die DKP-nahe und DDR-nahe Geschichtsschreibung lobte – anders als andere Sozialdemokraten nach 1945 – Rudolf Breitscheid besonders für sein Verhalten in Paris Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts und kolportierte damit ein von damals stammendes Missverständnis der KPD über Breitscheid: er habe für die «Einheitsfront von SPD und KPD» gewirkt.¹ Breitscheids zeitweiliger Dissens in jenen Jahren mit dem im Prager Exil befindlichen SPD-Parteivorstand wurde von einigen Sozialdemokraten vor Kriegsende

1 Bereits im Titel ist dieses Missverständnis erkennbar in einem Aufsatz von Kurt Schacht: Rudolf Breitscheid – Sein Wirken für die Einheitsfront von SPD und KPD, in: *Marxistische Blätter*, Jg. 7, Nr. 4 Juli/August 1969, S. 53–59.

kritisch gesehen, was nach 1989 zu einem Missverständnis bei der SPD führte: die vielen «Breitscheidstraßen» in der DDR seien ein Hinweis darauf, dass er in Paris zu sehr der KPD nachgegeben habe. Die «Straßenumbenennungen» hielten sich allerdings nicht zuletzt wegen des Schicksals von Breitscheid in Grenzen.

Rudolf Breitscheid, der Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion der Weimarer Republik wird als scharfzüngiger Debattenredner in der Literatur allgemein sehr gelobt. Allerdings: wie Peter Pistorius, der Biograf von Breitscheid, schrieb: «Breitscheid war vorwiegend schreibender und redender Politiker, nicht der Mann kühner Entschlüsse und staatsmännischer Taten». Ähnlich hatte schon Julius Leber als Zeitgenosse geurteilt: Breitscheid sei «keine Führernatur» gewesen: «Er war zu sensibel, zu vorsichtig und viel zu skeptisch.»² Diese Urteile schmälerten aber die Bewunderung für den klug argumentierenden außenpolitischen Sprecher der SPD nicht.

Eine Ausnahme bildet Rainer Behring, der in einem 2015 erschienenen Aufsatz Breitscheid einen «verbalradikalen Sozialisten» nennt, der in seinen Reden zu «Phrasen» neigte. In der Endphase der Weimarer Republik und auch wenig später im französischen Exil habe er kein «eigenes Konzept für den Kampf gegen die NS-Diktatur» entwickelt. Und – noch unsinniger in der Argumentation – schreibt Behring schließlich: «Ein letztes irrlirchterndes Moment in Breit-

scheids politischer Biographie stellte sein Engagement für den kommunistisch inspirierten Pariser «Ausschuss zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront» dar.³

Von Breitscheids keineswegs «irrlirchternder» Rolle in diesem «Ausschuss» soll im Folgenden die Rede sein.

Gegen Ende der Weimarer Republik war der Begriff «Volksfront» nicht nur auf der Seite der Linken zu finden. So forderte der Oberbürgermeister von Berlin Heinrich Sahm (parteilos) bei Beginn der Debatte um die anstehende Wahl des Reichspräsidenten eine «geschlossene Volksfront für den Reichspräsidenten von Hindenburg», sprich: für seine Wiederwahl. Die SPD hat die Aufstellung eines eigenen Kandidaten nie ernsthaft in Erwägung gezogen, auch wenn vereinzelt Vorschläge gemacht wurden, etwa Paul Löbe oder Otto Braun als Kandidaten zu nominieren.

Aber die SPD und nicht zuletzt Rudolf Breitscheid registrierten noch vor der «Machtübergabe» an die Nazi-Bewegung Veränderungen in der Strategie der KPD, die auf eine Absage an die «Sozialfaschismus-Theorie», besser: «Ideologie» hinzuweisen schienen. Als das ZK der KPD im November 1931 einen Beschluss veröffentlichte, der sich mit deutlichen Worten gegen «linke sektiererische Stimmungen» wandte, sah Breitscheid darin einen sehr zu begrüßenden Wandel von Strategie und Taktik der KPD. In einer Wahlrede

2 Vgl. Peter Pistorius: *Rudolf Breitscheid 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteigeschichte*, (Diss Köln 1968), Nürnberg 1970 (Pistorius ist Mitherausgeber der in der Edition Rubrin erscheinenden Werkausgabe. Bislang ist der 1. Band erschienen: Rudolf Breitscheid: *Vornehmste Aufgabe der Linken ist die Kritik. Publizistik 1908–1921*, Berlin 2015). Zu Leber vgl.: *Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber*, Berlin 1952, S. 237.

3 Rainer Behring: «Rudolf Breitscheid (1874–1944), Liberaler Reformier – verbalradikaler Sozialist – sozialdemokratischer Reformier», in: Detlef Lehnert (Hg.): *Vom Linkliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1945*, Köln, Weimar, Wien 2015, S. 93–124, das Zitat: S. 123.

in Darmstadt (die Landtagswahl in Hessen stand vor der Tür) erklärte er (sinngemäß, wie Heinrich August Winkler zitiert): «Wenn es die Kommunistische Partei mit ihrem Beschluß, dem Terror einzelner Gruppen ein Ende zu machen, ehrlich meint, so könnte damit eines der vielen Hindernisse zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei gefallen sein». Im *Vorwärts* wurde diese Lesart bestätigt, die KPD müsse begreifen, dass die «Nationalsozialisten die eigentlichen Feinde sind und nicht die Sozialdemokraten.»⁴

Die KPD machte freilich kurz darauf noch einmal klar, dass von einer «Einheitsfront von oben» oder gar einer Volksfront nicht die Rede sein könne. Hauptfeind bleibe die SPD. Aber die hoffnungsvolle Reaktion von Breitscheid auf eine kleine Andeutung eines Strategiewandels in der KPD macht deutlich, dass Breitscheid hier eine Möglichkeit sah, die Front gegen eine drohende Nazi-Diktatur zu vergrößern.

Breitscheid ging noch im März 1933 zusammen mit seiner Frau Tony über die Schweiz ins Exil nach Frankreich. Im August 1933 veröffentlichte das Nazi-Regime die erste Ausbürgerungsliste im Reichsanzeiger. Die Sozialdemokraten Otto Wels und Rudolf Breitscheid standen mit darauf. Die meisten Exilanten in Frankreich sammelten sich zunächst (bis zum Beginn des 2. Weltkrieges) in Paris. Der juristische Kampf um das Bleiberecht, aber vor allem auch Hilfe zum Überleben war zu organisieren, dabei half auch Breitscheid. Im April

1934 schrieb er an Paul Hertz, dass das «Matteotti-Comité»⁵ «einen Teil der Emigranten in die Provinz geschickt, und wie ich höre, sollen einige von ihnen dort bereits Arbeit gefunden haben». Politische Differenzen und persönliche Querelen führten aber schon bald zur Auflösung des «Matteotti-Comités» in Paris. Breitscheid wurde französischer Staatsbürger, was Rechtssicherheit und auch Schutz für seine Frau bedeutete.

Als jedoch nach dem «Reichstagsbrandprozess» der Nazis im Jahre 1933, noch im selben Jahr die Idee eines Gegenprozesses entstand und «Braunbücher» den Prozess vorbereiten helfen sollten, wollte Breitscheid als Mitarbeiter nicht fehlen. Auf ausdrücklichen Wunsch der SPD-Parteiführung im Prager Exil (der Sopade) sollte er – anders als in späteren Jahren – zugunsten der angeklagten Kommunisten im «Reichstagsbrandprozess» Stellung beziehen. Die Namen der an den «Braunbüchern» beteiligten Autoren lesen sich wie eine Vorwegnahme der «Volksfront»-Beteiligten.

Allerdings gab es bei den verschiedenen politischen Gruppen im Pariser Exil, von der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) über Neu Beginnen (NB) und dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) stete Versuche, auf die Sozialdemokraten im Pariser Exil einzuwirken, die Kritik am SPD-Parteivorstand im Prager Exil wegen seiner distanzierten Haltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien zu verstärken. Rudolf Breitscheid

4 Vgl. für das Zitat von Breitscheid und für den Bericht im *Vorwärts*: Heinrich August Winkler: *Der Weg in die Katastrophe, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin/Bonn 1987, S. 444.

5 Benannt nach dem italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti, der 1924 von den Faschisten ermordet wurde, für das auch Gerhard Breitscheid, der Sohn von Rudolf und Tony Breitscheid, in Kopenhagen arbeitete. Es war ein 1933 vom Internationalen Gewerkschaftsbund gegründetes Hilfskomitee zur Unterstützung von Exilanten aus Nazi-Deutschland.

beurteilte die Haltung seines Parteivorstandes auch sehr kritisch. Er lehnte aber jede Gruppenbildung in der SPD ab und blieb stets loyal gegenüber seinem Parteivorstand im Prager Exil.

Im Juli und August 1935 begannen in Paris Versuche, statt einer «Einheitsfront» von KPD und SPD nun sogar eine breite Front, eine «Volksfront» gegen die Nazi-Diktatur zu gründen. Die Initiative ging von dem Kommunisten Willi Münzenberg und seinem kommunistischen Freundeskreis aus. Münzenberg schrieb eine große Zahl von im Pariser Exil Befindlichen an. Er betonte, es ginge nicht darum, ein weiteres «Comité» zu gründen, sondern es gelte, «dem antihitlerischen Kampf eine gemeinsame Spitze zu geben». Zu den Angeschriebenen gehörten nicht nur Rudolf Breitscheid und viele andere Sozialdemokraten, sondern auch Schriftsteller und Künstler, wie etwa Heinrich Mann, Helmut von Gerlach, Lion Feuchtwanger und Ernst Toller.

Die Idee einer «Volksfront» nahm Gestalt an: ein Vorläufiger bzw. Vorbereitender Volksfrontausschuss wurde gegründet. Der SPD-Parteivorstand im Prager Exil nahm diese Gründung zunächst noch wohlwollend zur Kenntnis und Erich Ollenhauer – im April 1933 in den SPD-Parteivorstand gewählt – forderte Breitscheid sogar auf, sich die Verlautbarungen des Vorbereitenden Ausschusses genauer anzusehen. Breitscheid las einige Veröffentlichungen der Organisatoren und er hatte keine Vorbehalte. Ollenhauer zögerte dennoch bei einer Zusage zur Mitarbeit: Der Parteivorstand habe keine Entscheidung getroffen, den Ausschuss zu unterstützen. Breitscheid sah diese zögerliche Haltung erneut sehr kritisch, aber er war gewillt, weiterhin gegenüber dem SPD-Parteivorstand loyal zu bleiben. Bis November 1935 nahm

Breitscheid deshalb an keiner Sitzung des Volksfrontkreises teil. Er unterschrieb aber mehrere «Denkschriften», die die Idee einer Volksfront begründen helfen sollten.

Mitte 1935 übernahm Willi Münzenberg im Auftrage der KPD die Initiative, den Kreis der Hitlergegner zusammenzurufen. Er lud zum 26. September 1935 über 50 Gegner der Nazi-Diktatur in das Hotel Lutetia in Paris zu einer «Freiheitsausschuß-Sitzung» ein. Viele Sozialdemokraten nahmen teil, Breitscheid war noch nicht dabei. Der neben vielen anderen Schriftstellern eingeladenen Heinrich Mann wurde zum Präsidenten erkoren.

Erst im November 1935 lassen sich deutlichere Strukturen einer Volksfront gegen die Nazidiktatur erkennen. Nun war auch Rudolf Breitscheid erstmals dabei und spielte von Anfang an eine wichtige Rolle als Mittler zwischen dem Zentralkomitee der KPD (ZK) (in Paris bzw. Moskau im Exil) und dem SPD-Parteivorstand im Prager Exil.

Allerdings wies vor allem die deutsche Volksfront, sprich: deutsche Exilanten, die in Paris Zuflucht gefunden hatten, nicht wenige strukturelle Mängel auf: So waren zwar sehr viele deutsche Exilanten Arbeiter, aber die deutsche Volksfront war «weitgehend ein Bündnis von Intellektuellen». Heinrich Mann klagte, dass in dem Komitee, in dem er Vorsitzender war, kein Arbeiter vertreten war. Darüber hinaus waren die deutschen Vertreter in der Volksfront meist «Einzelpersonen», die zwar parteipolitisch meist in der SPD oder in der KPD organisiert waren, aber auf die Parteien wenig oder gar keinen Einfluss nehmen konnten oder wollten. Die langsam entstehende Volksfront hing «gleichsam in der Luft», wie Ursula Langkau anmerkt, da eine «Einheitsfront zwischen der KPD und der SPD

oder auch nur dessen Vorform: Pakt stillschweigender Übereinkunft oder Zusammenarbeit wenigstens in Teilfragen» bisher nicht zustande gekommen waren.

Rudolf Breitscheid schwankte daher «zwischen Skepsis und leiser Hoffnung», denn – wie er im November 1935 an Paul Hertz schrieb – : «Voraussetzung für jedes Zusammenarbeiten antifaschistischer Gruppen und Einzelpersonen ist das Zustandekommen eines modus vivendi zwischen den Auslandsvertretungen der S.P.D. und K.P.D. In welcher Form sich eine solche Verständigung – natürlich auf dem Boden der Demokratie – vollzieht, ist von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung.» Erst dann können Verbindungen zu «bürgerlichen Antifaschisten» aufgenommen werden. Er schrieb: «Ich würde es für erfreulich halten, wenn sich eine vorläufig auch noch so schmale Basis gemeinsamer Arbeit [zwischen SPD und KPD] finden ließe».⁶

Seit Ende 1935 zeichnete sich eine neue Entwicklung in der deutschen Volksfront ab. Die verschiedenen, zwischen SPD und KPD auch sehr kontrovers agierenden linken Gruppen, besonders die aus der SPD hervorgegangenen Parteien wie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) und der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), begannen nun Versuche zur Zusammenarbeit zu unterstützen oder gar selbst die Zusammenarbeit zu organisieren. Die Stellungnahmen der KPD, besonders von Walter Ulbricht, auf dem

7. Weltkongress der Komintern im Juli/August 1935 in Moskau wurden von Rudolf Breitscheid mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Von der «Sozialfaschismus-Ideologie» war schon länger nicht mehr die Rede, die KPD entdeckte nun auch noch die antifaschistischen bürgerlichen Mittelschichten, eine Einheitsfront mit der SPD sei zu wenig und eine «Volksfront» stünde auf der Tagesordnung.

Breitscheid hörte das mit Wohlgefallen, freilich auch mit Misstrauen, vor allem aber mit dem Vorbehalt, dass die Zustimmung des SPD-PV – der Sopade – unerlässlich sei, bevor er aktiv bei dieser so propagierten «Volksfront» aktiv und führend mitzumachen bereit sei. Immerhin – so schrieb er im November 1935 an Paul Hertz – «wenn die Kommunisten tatsächlich ein Bekenntnis zur Demokratie ablegen [...] können wir immer darauf verweisen, daß nicht wir uns zu ihrer, sondern sie sich zu unserer Politik bekannt haben.»

Der Überfall Italiens auf Abessinien machte deutlich, dass die Kriegsgefahr auch in Europa immer größer wurde. Breitscheid begriff, dass alle Querelen zwischen den politischen Gruppen in der Volksfront nicht die Erkenntnis überdecken dürften, dass «der Faschismus in jeder Form eine Kriegsgefahr» bedeutet, wie Breitscheid im Oktober 1935 an Wilhelm Hoegner schrieb. Im Dezember 1935 wurde Breitscheid in einem Zeitschriftenaufsatz noch deutlicher: «Der Satz, wonach der Kampf gegen den Faschismus Kampf gegen den Krieg ist, läßt sich

6 Vgl. für das Zitat von Ursula Langkau und für die Zitate aus Breitscheids Briefen vor allem an Paul Hertz das dreibändige Standardwerk über die Deutsche Volksfront: Ursula Langkau-Alex: *Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau*. Erster Band: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Zweiter Band: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Dritter Band: Dokumente, Chronik und Verzeichnisse. Berlin 2004/2005, das Zitat: Band 1, S. 193 ff. Auf weitere Nachweise des Briefwechsels Breitscheid – Hertz wird im Folgenden verzichtet.

auch umkehren: Kampf gegen den Krieg ist auch Kampf gegen den Faschismus.»

Es kam zu Gesprächen zwischen Sozialdemokraten (u. a. Victor Schiff und Otto Wels) und Kommunisten (u. a. Willi Münzenberg und Walter Ulbricht). Breitscheid vermittelte, achtete weiterhin sorgsam darauf, gegenüber dem SPD-Parteivorstand nicht illoyal zu erscheinen und formulierte immer wieder als Ziel der Gespräche, den «Bruderkampf» zwischen SPD und KPD zu beenden. Dabei müsse, um Misstrauen abzubauen, «der Anschein kommunistischen Einflusses nach größter Möglichkeit vermieden» werden. Noch im November 1935 kam es zu einem weiteren Treffen zwischen SPD (mit u. a. Max Braun und Victor Schiff) und der KPD (mit u. a. Willi Münzenberg und Herbert Wehner). Breitscheid nahm nun schon zum zweiten Mal an einem solchen Treffen teil, lehnte es aber danach ab, an den Gesprächen weiter teilzunehmen, da das nur ein «Diskussionsclub» sei, «solange die Parteien sich nicht verständigt haben», wie er an Paul Hertz schrieb.

Die Gespräche scheiterten. Die KPD war an einer «Einheitsfront», also an einem Ende des «Bruderkampfes», nicht mehr interessiert, sondern nur noch an einer «Volksfront». Der SPD-Parteivorstand in Prag sah darin eine Bestätigung seines Misstrauens und propagierte sogar eine «Kampagne» gegen alle Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Breitscheid war sehr enttäuscht. Zusammen mit anderen Sozialdemokraten entschied er, sich als Privatperson der «Volksfront» anzuschließen. Eine Entscheidung, die in der KPD mit Interesse registriert wurde und auch nach 1945 noch das Urteil der SED über Breitscheid mitbestimmte.

Dieser Schritt von Breitscheid und anderen Sozialdemokraten hatte unmittelbare

Folgen. Als im Dezember 1935 der KPD-Vorsitzende der Roten Hilfe von den Nazis hingerichtet wurde, schlug Breitscheid der KPD vor, eine gemeinsame Protestadresse gegen den «Justizmord» zu formulieren ungeachtet «unserer prinzipiellen Gegensätze und taktischen Meinungsverschiedenheiten». Der Protestaufruf fand ein großes Echo. Heinrich Mann lobte den Vorschlag als einen ersten gemeinsamen Schritt von Sozialdemokraten und Kommunisten. Damit habe sich die «Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten» vollzogen. Damit beginne die «Volksfront der Deutschen für die Befreiung unseres Landes», Gestalt anzunehmen. Der Aufruf war erstmals von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam formuliert worden und wurde von vielen deutschen Emigranten unterzeichnet und noch im Dezember 1935 mehrfach in der deutschsprachigen Presse in Paris, so im Pariser Tageblatt, veröffentlicht.

Mehr und mehr kristallisierte sich Paris als Ort einer deutschen Volksfront gegen die Nazidiktatur heraus. Prag schien weit weg zu sein. Rudolf Breitscheid tat alles, diesen Eindruck zu verstärken. Gerade der Widerspruch aus Prag, aber auch von illegalen Gruppen aus Deutschland waren für ihn nun Ansporn, «aus seiner Reserve herauszutreten», wie er im Januar 1936 an Hertz schrieb.

Seine Aktivität war auch vonnöten, denn das «Lutetia-Comitee» hatte für Anfang Februar 1936 zu einem neuen Treffen eingeladen, auf dem ein Programm formuliert werden sollte, das endlich alle Gegner der Nazi-Diktatur einen sollte. Die Absicht fand Beifall, der Kreis der eingeladenen Teilnehmer aber schien Breitscheid zu klein zu sein. Es galt die Zahl der Sozialdemokraten auch aus dem übrigen Ausland (sprich:

Schweiz und Tschechoslowakei) zu vergrößern, für diese Sozialdemokraten waren Visa zu besorgen, Aufenthalts- und Reisekosten zu organisieren. Und wieder war es Breitscheid, der diese mühevollen Arbeit auf sich nahm.

Das Protokoll der Sitzung nennt verschiedene Gruppen: «Sozialisten» (das meinte nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch SAP und ISK), «Bürgerlich-demokratische Gruppe» (u. a. Heinrich Mann, Ernst Toller, Robert Kuczynski), «Kommunisten» (u. a. Willi Münzenberg, Franz Dahlem, Walter Ulbricht) und auch eine «Katholische Gruppe».

Bei der Gruppe der «Sozialisten» stand Rudolf Breitscheid an erster Stelle. Zahlreiche sog. Klausurbesprechungen fanden statt. Franz Dahlem und Willi Münzenberg versuchten Breitscheid zu überzeugen, seine Skepsis aufzugeben und endlich auch öffentlich eine führende Rolle zu übernehmen. Es wurde vereinbart, dass SPD, KPD und SAP den «proletarischen Kern» der «deutschen Volksfront» bilden sollten, gegen die keine Entscheidungen getroffen werden durften. Rudolf Breitscheid sollte es übernehmen, der Vollversammlung die Überlegungen der Arbeiterparteien vorzustellen. Breitscheid verschwieg nicht, dass es unter ihnen unterschiedliche Meinungen gebe. Aber sie seien als Sozialdemokraten jetzt einhellig der Auffassung, dass sie nun persönliche Verantwortung übernehmen müssten, bestimmt von der «Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenstehens der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus.»

Breitscheid blieb weiterhin loyal gegenüber dem SPD-Parteivorstand, freilich auch in der Hoffnung, diesen doch noch für die Idee einer «Einheitsfront» mit der KPD gewinnen zu können. Die Konferenz wählte

einen Sprecherrat, in dem alle Parteien vertreten sein sollten. Für die Sozialdemokraten wurden Max Braun und Georg Decker benannt. Der dritte Platz blieb leer, denn Breitscheid zögerte noch.

Immerhin erschien wenig später ein kleines Büchlein (auch als Information für illegalen Gruppen in Deutschland) mit dem Protokoll des Treffens. Der Titel war Programm: *Eine Aufgabe. Die Schaffung der deutschen Volksfront*. Herausgeber waren Heinrich Mann, Bruno Frei, Max Braun und Rudolf Breitscheid.

Unmittelbar nach dem Ende des «Lutetia-Treffens» im Februar 1936 kamen unter dem Vorsitz von Breitscheid die Sozialdemokraten zu einer Klausurtagung zusammen. Breitscheid berichtete später, dass sie eine programmatische Position formulieren wollten, die ihrer bisherigen Haltung gerecht wurde, zugleich aber auch den SPD-Parteivorstand in Prag überzeugen sollte. In seinem Bericht heißt es: Sie wollten «unter allen Umständen die Fühlung mit den Kommunisten aufrechterhalten». Sie seien aber bemüht, «unbeschadet der eigenen programmatischen Einstellung» [...] «in all den Fragen, in denen man im Kampf gegen das Hitlertum übereinstimme, eine gemeinsame Plattform zu finden».

Das sollte für zwei Jahre Leitlinie vor allem für Breitscheid werden, bis auch für ihn mehr und mehr die Skepsis gegenüber der Haltung der KPD in offene Kritik umschlug – zu spät, wie manche Sozialdemokraten nach 1945 kritisierten. Die KPD, vor allem von Walter Ulbricht, hatte zwar sorgsam darauf geachtet, der beginnenden Skepsis Breitscheids keine Nahrung zu geben, aber die seit Mitte der 1930er-Jahre immer lauter werdenden Signale aus dem stalinistischen Moskau waren nicht mehr zu überhören.

Noch aber kam es immer wieder zu Treffen des «Lutetia-Kreises», zu dem Breitscheid und Münzenberg gemeinsam einluden. Sie waren jedoch nur noch selten einer Meinung. Sozialdemokraten und Kommunisten waren sich allerdings einig, dass für die Idee einer Volksfront gegen die Nazi-Diktatur europaweit zu werben sei. Breitscheid reiste daher im Mai 1936 nach London. Die Londoner SPD-Gruppe bestand jedoch mehrheitlich aus Mitglieder von Neu Beginnen mit Richard Löwenthal an der Spitze, die die von Breitscheid deutlich ausgesprochenen Vorbehalte gegen Neu Beginnen als Brüskierung empfanden. Werbung für eine Volksfront sah anders aus.

Das tat freilich der wachsenden Anerkennung Breitscheids als Sprecher der exilierten Sozialdemokraten in Paris keinen Abbruch, zumal er auf Drängen Münzenbergs inzwischen Sekretär im «Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus» geworden war. Aber Breitscheid war weiterhin gegen die Formulierung eines Programms, nicht aus prinzipiellen Gründen, wohl aber aus Rücksicht gegenüber dem SPD-Parteivorstand in Prag. Er und seine sozialdemokratischen Freunde in Paris waren jedoch nicht dagegen, erneut gemeinsam mit der KPD Appelle zu versenden, um vor der wachsenden Kriegsgefahr zu warnen. So schrieben SPD und KPD im Mai 1936 gemeinsam einen Brief an die Sozialistische Arbeiter-Internationale in Brüssel und an die Kommunistische Internationale in Moskau und an die Gewerkschaftsinternationalen der KPD und der SPD, um eine gemeinsame Antikriegsaktion anzuregen.

Im Juni 1936 erhielt der Volksfront-Ausschuss nun auch offiziell seinen Namen: «Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront» und die Ausschussmitglieder wurden bestätigt oder neu be-

nannt. Für die SPD war nun Rudolf Breitscheid auch offiziell einer der SPD-Vertreter und für die KPD neben Walter Ulbricht wenig später auch Herbert Wehner. Der Ausschuss nahm immer wieder Stellung zu internationalen Ereignissen und zum Geschehen in Nazi-Deutschland, so z. B. zur sog. Rheinlandbesetzung durch das Deutsche Reich, auch diese Erklärung – wie viele folgende – war unterschrieben von Rudolf Breitscheid, Walter Ulbricht und Heinrich Mann.

Rudolf Breitscheid übernahm auch den Vorsitz in einem kommunistisch-sozialdemokratischen Hilfskomitee für das republikanische Spanien, in dem er aber bald über schlechte Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunisten berichten musste. Dazu kamen immer häufiger seit Mitte der 1930er-Jahre Nachrichten über «Hexenprozesse» in Moskau mit erzwungenen Geständnissen, Urteilen zu lebenslangen Strafen und Hinrichtungen.

Breitscheid sah seine Vorbehalte bestätigt, aber er enthielt sich zunächst noch jeder öffentlichen Kritik an den Prozessen, obwohl die KPD-Vertreter im Volksfront-Ausschuss keinen Zweifel ließen, dass sie die Prozesse in Moskau unterstützten. Das konnte Breitscheid nicht mehr lange durchhalten, denn die KPD begann nun auch alle Sozialdemokraten, die Kritik an den Moskauer Prozessen übten, in ihrer Presse zu diffamieren. Für Breitscheid war das eine vergessen geglaubte Wiederbelebung der «Sozialfaschismus-Ideologie». Dimitroff, für den während des Reichstagsbrandprozesses auch von der SPD Solidaritätsaufrufe mit unterzeichnet worden waren, polemisierte in der kommunistischen Presse erneut gegen den «Sozialdemokratismus». Franz Dahlem, der Breitscheid immer wieder zur Zusammenarbeit mit der KPD zu

überreden versucht hatte, nannte die in Moskau zum Tode Verurteilten «Gestapo-Agenten». Das war für Breitscheid nicht mehr zu ertragen. In einem Brief an Paul Merker schrieb er: «Sind sie Verräter und Gestapo-Agenten, dann bin ich es auch». Er nehme an, dass nunmehr Merkers Wunsch, mit ihm zusammenarbeiten zu wollen, «abgekühlt» sei.

Seine wachsende Skepsis hielt Breitscheid allerdings noch nicht davon ab, eine Europäische Befreiungskonferenz für Ernst Thälmann zu unterstützen und während der Konferenz oft das Wort zu ergreifen. Bald aber wuchsen wieder die Vorbehalte Breitscheids gegen die KPD und er schied aus dem Unterstützerkomitee aus. Inzwischen war im März 1936 zur Unterstützung der oft mittellosen Emigranten eine «Arbeiterwohlfahrt Paris» gegründet worden, die Mitglieder verschiedener linker Parteien vereinte. Vorsitzender war, wie konnte es anders sein: Rudolf Breitscheid. Aber Ende des Jahres 1936 legte er auch bei der AWO Paris den Vorsitz nieder, da der SPD-Parteivorstandes in Prag die politischen Verlautbarungen der AWO Paris sehr kritisch sah und Breitscheid weiterhin loyal bleiben wollte.

Zu Beginn des Jahres 1937 wurde immer deutlicher, dass die Arbeit der «Deutschen Volksfront» in Paris an ein Ende kam. Mitte Januar 1937 erschien die 15. Nummer der Zeitschrift *Das freie Deutschland – Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek*. Sie sollte eine «Bilanz eines Kampfjahres» sein, wie Rudolf Breitscheid schrieb. Er listete die verschiedenen Themen auf, die bis Ende 1936 im Volksfrontausschuss debattiert und zu Aktionen geführt hatten. Es waren alles Themen, die von Differenzen mit der KPD beherrscht waren. Breitscheid verschwieg diese Differenzen nicht,

er verwies mit deutlichen Worten auf die Prozesse in Moskau gegen Sinowjew und seine Freunde, aber noch schienen ihm die Differenzen nicht unüberwindlich zu sein. Er wandte sich daher ausdrücklich an die Mitglieder des SPD-Parteivorstands in Prag und forderte sie auf, «endlich aus ihrer Zurückhaltung» herauszutreten. «Wir kennen ihre Hemmungen, ja wir verstehen viele von ihnen. Aber wiegen nicht trotz allem die Erfordernisse des Kampfes unendlich viel schwerer?»

Im zweiten Teil der Zeitschrift berichtete Willi Münzenberg aus seiner Sicht über diese Themen und die daraus resultierenden Differenzen. Noch sahen sie aber die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit. Beide ahnten nicht, dass die Nummer 15 vom Januar 1937 die letzte Nummer der Zeitschrift sein sollte.

Der Vorrat an immer noch vorhanden geglaubten Gemeinsamkeiten zwischen SPD und KPD war endgültig aufgebraucht. Namentlich Walter Ulbricht machte seit Mitte 1937 nicht nur die in Paris lebenden Sozialdemokraten, sondern besonders Rudolf Breitscheid für die «Obstruktionspolitik» im Volksfrontausschuss verantwortlich. Breitscheid reagierte sehr enttäuscht und aber er sah dennoch immer wieder einmal die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Kommunisten. Er wollte die Realität nicht wahrhaben, bedeutete sie doch, dass seine unermüdliche Arbeit in der «Deutschen Volksfront» letztlich umsonst gewesen war. Hoffnungsvoll registrierte er deshalb noch einmal den immer öffentlicher werdenden Konflikt zwischen Münzenberg und Ulbricht. Er wollte nicht sehen, dass der Konflikt nicht persönlich war, sondern die Partei ein Urteil über Münzenberg gesprochen hatte. Münzenberg wurde Ende 1937 aus der KPD ausgeschlossen.

Breitscheid hielt zwar auch mit Ulbricht eine «vertrauensvolle Zusammenarbeit» für möglich, er wurde aber nun zum «Hauptankläger» gegen die KPD. Er sorgte dafür, dass die KPD im Volksfrontausschuss zunehmend isoliert wurde. Er resignierte auch sichtbar: Er schied aus dem «Arbeitsausschuss» der Volksfront, den er solange geprägt hatte, aus und er trat Ende 1937 auch als Mitherausgeber der *Deutschen Informationen* – eines Mitteilungsblattes des Volksfrontausschusses – zurück.

Auch für Breitscheid war nun, nach immer größer werdender Skepsis, eine Grenze überschritten. Er sah keine Möglichkeit mehr, mit der KPD zusammen eine deutsche Volksfront gegen die Nazi-Diktatur glaubhaft gegenüber dem SPD-Parteivorstand in Prag, aber auch ihm selbst gegenüber zu vertreten. Breitscheid machte der KPD nun ohne Wenn und Aber den Vorwurf, für den Verfall der Volksfront verantwortlich zu sein.

Im Jahre 1938 schrieb er in einem Brief über diesen «Verfall»: «Ich vermag an die Möglichkeit einer Deutschen Volksfront zu

meinem Leidwesen nicht mehr zu glauben, da die Haltung der Kommunisten den Voraussetzungen gemeinsamer Arbeit zuwiderläuft. Ich beklage diese Entwicklung aufs Lebhafteste, da ich mich ehrlich und ernsthaft für die Schaffung einer marxistischen Front eingesetzt habe, aber ich will unter keinen Umständen im Moskauer Schlepptau segeln.»⁷

Breitscheids Hoffnung, zusammen mit der KPD in einer «Deutschen Volksfront» erfolgreich zusammen zu arbeiten, wurde enttäuscht. Festzuhalten ist aber am Schluss: Es war keineswegs «irrlückernd», sondern aller Ehren wert, mit vereinten Kräften zu versuchen, gegen die Nazi-Diktatur zu kämpfen. Der Versuch dazu im Deutschen Volksfrontausschuss in Paris mit Rudolf Breitscheid an der Spitze scheiterte. Verschiedene Gründe – wie beschrieben – waren verantwortlich. Aber Breitscheids aufopferungsvoller Kampf gegen die Nazi-Diktatur nicht zuletzt im Deutschen Volksfrontausschuss in Paris gehört ohne Zweifel auf das «Haben-Konto» seines politischen Lebens. ■

7 Brief Breitscheids vom 19. August 1938, zit. nach: Pistorius, a. a. O. S. 374.

Der Schriftsteller Clemens Meyer und seine Großeltern, das Künstlerpaar Gertraud und Otto Möhwald

Der Schriftsteller Clemens Meyer

Am 15. Februar 2023 war der Leipziger Schriftsteller Clemens Meyer eine Stunde lang Gast in der Sendung *Lesart* im Deutschlandfunk Kultur.

Am Ende der Sendung erfuhr ich, dass Meyer einen Essay über Christa Wolf geschrieben hat, in dem er

beim Betrachten einer Büste der Schriftstellerin ein Gespräch mit ihr über die Literatur der DDR und die große Bedeutung, die das Lesen damals hatte, über die Visionen und Träume der Schriftsteller und wie er selbst zu einem geworden ist, führt. Auch darüber, wie in den Jahren nach dem Mauerfall eine ganze Epoche der deutschen Literatur von Kritikern abgeräumt und dann von Publikum und Lesern beinahe vergessen wurde,

lese ich im Begleittext der Sendung. Überrascht, dass Meyer über Christa Wolf und die DDR-Literatur schreibt, beschloss ich, mir das Buch zu kaufen. Christa Wolf war für mich in der DDR die wichtigste Schriftstellerin, von der ich fast alle Bücher gelesen habe, aber auch ich lese sie mittlerweile nicht mehr.

Clemens Meyer wurde 1977 in Halle (Saale) als Sohn eines Krankenpflegers und einer Sozialpädagogin geboren. Er wuchs mit einer Schwester im Osten Leipzigs auf. Die Ehe der Eltern zerbrach nach dem Fall der Mauer 1989. Nach dem Abitur 1996

arbeitete Meyer zunächst als Bauhelfer. 1998–2003 studierte er am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig, das Studium finanzierte er sich mit Jobs als Wachmann und Gabelstaplerfahrer.

Meyer ist der Enkelsohn des Künstlerehepaares Gertraud und Otto Möhwald, dessen Tochter Regina seine Mutter ist.

Als ich am Abend des 12. Dezember 2006 zu einer Lesung mit dem Leipziger Schriftsteller Clemens Meyer in die Neue Residenz ging, wusste ich von ihm noch nichts, aber das Thema seines ersten, im Leipzig der Nachwendezeit spielenden Romans *Als wir träumten* interessierte mich als ehemalige Leipzigerin sehr. Überrascht war ich, als ich unter den vorwiegend jungen Zuhörer:innen auch Otto Möhwald entdeckte, erfuhr erst danach von meiner Freundin Ute Lohse, dass Clemens Meyer Otto Möhwalds Enkelsohn war.

In seinem Debütroman *Als wir träumten* erzählt Clemens Meyer von einer Leipziger Clique von Autoknackern, Hooligans und Drogensüchtigen, die 1989 gerade mal 14 oder 15 Jahre alt sind und von einem Tag auf den anderen ihre kleinen Vergehen wie das Schwänzen eines Pioniernachmittags gegen so klangvolle Delikte wie *Hausfriedensbruch*, *schwere Körperverletzung* und *bewaffneten Überfall* eintauschen. Die Lesung hatte mich damals sehr nachdenklich gemacht. Ich gehörte zu denen, die 1989/90 bereits über vierzig und in der friedlichen Revolution von Anfang an engagiert war, ich hatte meinen Weg danach zwar mit Wi-

derständen, aber doch einigermaßen selbstbestimmt gestalten können. Meine Tochter, die 1989 ebenfalls 15 war, hatte in Halle ihr Abitur gemacht. Danach war sie als Au-pair nach London und von dort nach Hamburg gezogen. An diesem Abend verstand ich, dass es nach 1989 vielen jungen Menschen nicht so gut gegangen ist; das hatte ich bisher nur von Erwachsenen erfahren, die plötzlich arbeitslos waren.

Die Keramikerin und Bildhauerin Gertraud Möhwald

Vor mir liegt der Katalog *Gertraud Möhwald, Keramik*, der 1989 anlässlich der Ausstellung in der Moritzburg Halle zu Gertraud Möhwalds 60. Geburtstag herausgegeben wurde. Er beginnt mit den Worten:

Gertraud Möhwald, der vielseitigsten und anregendsten Persönlichkeit unter den Keramikern der DDR, gratulieren herzlich zu ihrem 60. Geburtstag mit diesem Katalog und einer breit gefächerten Ausstellung die Mitarbeiter/innen der Staatlichen Galerie Moritzburg Halle, der Staatlichen Museen zu Berlin – Kunstgewerbemuseum und des dem Museum des Kunsthandwerkes Leipzig – Grassimuseum.

Nach den einleitenden Worten folgt Gertrauds autobiografischer Text, der mich damals schon wegen seiner einfachen, klaren Sprache beeindruckte und sie mir als Frau und Künstlerin auch heute noch nahe ist:

1929 werde ich geboren, im Juni. Ich gehe gern zur Schule, bis 1940 in die Volksschule, danach in die Oberschule für Mädchen in die Dresdner Altstadt. 1945 endet meine Kindheit mit der Zerstörung Dres-

dens. Mein Vater stirbt. Ich wohne nun mit meiner Mutter in deren Heimatdorf Radis. Mich zieht es nach Dresden zurück, in die Wohnung, die ich mit meiner Schwester teile. 1948 beende ich die Schule mit dem Abitur. Bei der Vorstellung an der Kunstakademie rät man mir, vorerst eine Lehre als Töpfer oder Steinbildhauer abzuschließen. Bildhauer will ich unbedingt werden.

1948 nimmt mich der Steinbildhauermeister Rudolf Kreische trotz Spott und Hohn seiner Kollegen als ersten weiblichen Lehrling. Das ist ein großes Glück für mich. Ich darf im Zwinger arbeiten. Der künstlerische Leiter beim Wiederaufbau des Zwingers ist der Bildhauer Albert H. Braun. Ihm verdanke ich meine ersten Erkenntnisse über das Wesen von plastischen Formen. Ich merke heute, daß mir keiner je Wichtigeres zur Plastik gesagt hat. Er gibt mir den Rat, mich in Halle zum Studium zu bewerben. 1950 werde ich Facharbeiterin als Steinbildhauer und Studentin am Institut für künstlerische Werkgestaltung in Halle. Halle ist ein Traum, die Burg ein Sammelort für interessante Typen, die die Welt, jeder auf seine Art, erneuern wollen. Es gibt keinen modischen Stil, dem man sich unterordnet, sondern die Extravaganz der Einzelgänger. 1951-54 bin ich im Fachstudium bei Gustav Weidanz. Er beschneidet, grenzt ein, lehrt Maß und Ruhe, die Disziplin der Form. Das ist wichtig.

1952 heiraten Otto Möhwald und ich, die Tochter Regina wird geboren, 1954 der Sohn Martin. Da gebe ich das Studium auf. 1957 wird Lisa geboren. An Plastik will ich nun nicht mehr denken, sie ist zu schwer für mich, ich schaffe nicht, was ich will. 1959 beginne ich ein zweites Studium im Fachbereich Keramik. [...]

1964 mache ich mein Diplom und werde danach als künstlerisch-wissen-

schaftliche Mitarbeiterin eingestellt. 1970-73 muß ich vertretungsweise den Fachbereich als Leiterin übernehmen. Die einfache runde Drehform befriedigt mich nicht mehr so ausschließlich, das Montieren von ausgewalzten und geschnittenen Platten ermöglicht mir nach und nach interessantere Differenzierungen. Es macht mir Spaß, mich auf diesem Neuland zu bewegen.

1973 wird das vierte Kind, Konrad, geboren. An der Burg lehre ich stundenweise. Das ist effektiv, und es ist gut für mich. Mich begeistert jetzt die schöne natürliche Farbigkeit der Tone. Sie wird mein fast abschließliches Ausdrucksmittel. Glasur und Dekor will ich nur noch als sparsamen Akzent benutzen. [...]

1978 kann ich am 2. Internationalen Keramiksymposium in Römhild teilnehmen. Das ist ein ganz fruchtbares Erlebnis. Mir stehen Zeit und Material in unerschöpflicher Fülle zur Verfügung. Ich bin gerade dabei, den Ton als kompakte Masse zu begreifen, als gestauchten Klotz, als Ziegel. Ein Teilnehmer zeigt Dias von Barcelona – ich suche nun alles über Gaudi zusammen, was die Literatur bietet. 1979 erfüllt sich mein Traum – ich lerne Rom kennen. Überwältigt kehre ich zurück, verändert, überfull von Eindrücken, doch ungesättigt.

1983 werde ich Mitglied der Internationalen Akademie für Keramik in Genf. Anfang der 80er Jahre verselbständigt sich das figürliche Element in meinen Arbeiten, das bis dahin immer einen praktischen Zweck hatte und sich der Gebrauchsform unterordnete. Ich zeichne wieder Akt. Die menschliche Figur nimmt mich sehr gefangen, der Kopf, das Gesicht als Träger für den Ausdruck eines bestimmten Typs. Die Gratwanderung zwischen Naturalismus und dekorativer Platttheit bei der Suche nach realistischer Form macht mir zu

schaffen. Ich stelle meine Arbeiten gern mit den Bildern meines Mannes zusammen aus, in Berlin, Leipzig, Halle, Magdeburg. Ich lerne viel von ihm. 1984 mache ich eine Reise durch Mittelasien. Ich kann in Samarkand die gewaltigen Klötze der Baukörper mit ihren feinen keramischen Außenhäuten bewundern. 1985 sehe ich Arbeiten von Alfred Hrdlicka in Berlin und in Leipzig.

1986 bekomme ich den Kunstpreis der Stadt Halle verliehen.

1987 reise ich ein zweites Mal nach Rom, sehe auch Pompei und Ostia antica. Ich lerne Rom neu kennen, es ist universell, Sinnbild für eine vitale Verbindung von Altem und Neuem. 1987/88 besuche ich die Giacometti-Ausstellung in Westberlin. Ich arbeite an einem Brunnen für Berlin-Hellersdorf, verwende dazu Klinker, die frei gebauten keramischen Teile sind stark farbig und glänzend glasiert.

1988 werde ich zu einem Keramikerkongreß nach Talavera de la Reina in Spanien eingeladen. Die Werke Goyas beeindrucken mich tief. Zurzeit beschäftigt mich ein Konzept für eine Gruppe von drei Figuren – einer Büste, einem liegenden Kopf und einer bewegten Figur, die Nachdenklichkeit, den Tod und das Leben symbolisieren sollen. Es könnte ein Memento für Dresden sein.

Ich erinnere mich an den Tag der Ausstellungseröffnung noch immer. Es war ein *großer Bahnhof* im Foyer der Moritzburg: alle noch in der Stadt gebliebenen Künstler:innen und Kunstinteressierten hatten sich am Nachmittag dort versammelt, um die große Ausstellung von Gertrauds Werken zu sehen und ihr zum Geburtstag zu gratulieren.

Ich hatte mir an diesem Tag im *Exquisit* sündhaft teure, dunkelblaue Pumps ge-

kauft, passend zu meinem weiß gepunkteten, dunkelblauen Georgettekleid, das ich einige Tage zuvor ebenfalls im Exquisit für meine anstehende Postgradual-Prüfung *Klinische Chemie* gekauft hatte und Kleid und Pumps zur Ausstellungseröffnung erstmals getragen. Die Ausstellung selbst war sehr umfangreich und bombastisch. Sie reichte von der Gebrauchskeramik Gertrauds in den 1960/1970ern, aber auch schon figürliche Plastiken, über gebaute Gefäße Ende der 1970er bis zu teils lebensgroßen, keramischen Plastiken in den 1980-iger Jahren, und vieles davon erstaunte und begeisterte uns Anwesende sehr.

Gertraud Möhwald begegnete ich das erste Mal im Frühjahr 1978 in ihrer Kröllwitzer Werkstatt. Ich besuchte meine Freundin, die Keramikerin Ute Lohse, die damals noch in einer Werkstattgemeinschaft mit Gertraud und Martin Möhwald arbeitete. Gertrauds Werkstatt lag in einem Hinterhof, sie war geräumig, hell und sonnig, bei meinem Besuch waren sowohl Ute als auch Gertraud und ihr Sohn Martin in der Werkstatt zugange. Die Atmosphäre unter den drei Keramiker:innen habe ich als entspannt und freundschaftlich empfunden und mich unter ihnen sofort wohl gefühlt.

Kurz darauf bezog Ute in derselben Straße ihre eigene Werkstatt. Dort begegnete ich Gertraud in den Jahren bis 1989 manchmal in Utes Werkstatt, manchmal auch in Utes Küche. Dann lauschte ich den Gesprächen der beiden Künstlerinnen, trank Tee mit ihnen und beteiligte mich ab und zu auch an ihren Gesprächen.

Als sich die Welt für uns alle vollkommen verändert hatte, reisten Gertraud und ich im September 1990 zufällig im selben Zug nach Berlin, sie zu einem Treffen der Aka-

demie der Künste, ich als damalige Ressortleiterin für Gleichstellung in der Bezirksverwaltung Halle zu einer Fachtagung an der Humboldt-Universität zur *Gleichstellungspolitik in der DDR und der BRD*. Während der Zugfahrt unterhielten wir uns ausführlich über die anstehenden Probleme, die es in der Kunst und der Frauenpolitik zwischen Ost und West gab. Von Gertraud erfuhr ich, dass die Westdeutschen die Keramik, die sie und andere ostdeutsche Künstlerinnen fertigten, als Kunstgewerbe und nicht als Kunst ansahen, wogegen sich die ostdeutschen Keramiker:innen, die alle ein Kunststudium an einer Kunsthochschule, meist an der Burg Giebichenstein in Halle absolviert hatten, vehement wehrten. Das verstand ich gut. Probleme von Frauen besonders im Berufsleben gab es damals viele. Frauen konnten nach der Geburt ihrer Kinder und dem anschließenden Mutterschutz oft nicht wieder in die Betriebe zurückkehren, in denen sie zuvor gearbeitet hatten. Anderen Frauen war es untersagt, im Schichtbetrieb weiter zu arbeiten. Viele Frauen kannten sich nicht in den neuen Gesetzen und Regelungen aus, und einige boten wir ihnen in der Bezirksverwaltung eine kostenlose Beratung durch eine Juristin an.

In den Jahren nach 1990 sahen wir uns seltener. Ich hatte einige Jahre verschiedene Jobs in der Bezirksregierung, bevor ich 1996 für ein Jahr nach Brüssel ging und in der Europäischen Kommission arbeitete, Gertraud hatte ihre Werkstatt mittlerweile in Ammendorf, und so sah ich sie auch bei meinen seltener gewordenen Besuchen bei Ute nicht mehr. Von ihrem tragischen Unfalltod erfuhr ich aus der Mitteldeutschen Zeitung, als ich kurz vor Weihnachten 2002 mit dem Zug auf dem Weg nach Hamburg zu meiner Tochter war.

Der Maler und Grafiker Otto Möhwald

Otto Möhwald wurde am 19. Januar 1933 in Krausebauden, Tschechoslowakei, geboren. Seine Familie flüchtete 1945 und siedelte sich in Uftrungen im Südharz an. Erste Malversuche unternahm Möhwald zwischen 1948 und 1950, studierte dann zwischen 1950 und 1954 am damaligen Institut für Künstlerische Werkgestaltung Burg Giebichenstein in Halle (Saale), unter anderem bei Ulrich Knispel, Erwin Hahs, Lothar Zitzmann und Kurt Bunge. 1952 heiratete er die Keramikerin und Bildhauerin Gertraud Degen. Von 1954 bis 1956 arbeitete er als Zeichenlehrer. Während dieser Zeit schloss er mit Herbert Kitzel Freundschaft. Seit 1956 war er Mitglied im Verband Bildender Künstler der DDR.

Otto Möhwalds Bilder von menschenleeren, halleischen Stadtlandschaften, Interieurs und weiblichen Akten kannte ich von Ausstellungen seit den 1980-iger Jahren. Besonders seine Stadtlandschaften verband nicht nur ich mit der Stadt, in der wir lebten und deren Verfall wir hilflos zusehen mussten. Möhwalds Bilder halfen auch mir, Halle wenigstens in seinen Bildern gern zu haben, sie in den gemalten Bildern bis 1989 auszuhalten. Nach 1990 dauerte es noch Jahre, ehe die ersten Häuser saniert und die Straßen heller und menschenfreundlicher wurden.

Die wahre Bedeutung Otto Möhwalds als in Halle gebliebener Maler wurde mir erst 2002 bewusst, als in der Landesgalerie Moritzburg, unterstützt durch die Sammlung der MEAG, eine Ausstellung über die Halleischen Maler:innen ab 1950 zu sehen war, von denen ich einige bisher nicht kannte. Auch die Ereignisse aus dem Jahr 1951, in deren Ergebnis einige Maler Halle für immer verließen, war mir nur schwach in Erinne-

rung. Sie begann mit dem damaligen Dozent für Grundlagenforschung an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein und Maler Ulrich Knispel. Knispel war mit seinen Studierenden zum künstlerischen Studium der Natur nach Ahrenshoop gefahren, und die dabei entstandenen Strandbilder wurden vor Ort in einer kleinen Ausstellung gezeigt. Diese sah auch ein Redakteur des *Neuen Deutschland*, der in einem Artikel die Bilder, die Studenten und ihren Dozenten in übelster Weise beschimpfte. Daraufhin wurde in der DDR eine Diskussion über den sogenannten Formalismus im Gegensatz zum sozialistischen Realismus entfacht, in deren Folge einige der Hochschullehrer und Maler der Kunsthochschule Halle für immer verließen.

In der Ausstellung 2002 in der Moritzburg sah ich wunderbare Bilder von Hermann Brachmann, Herbert Kitzel, Ulrich Knispel und anderen. Dabei dachte ich, dass ihre Malerei, zusammen mit der von Otto Möhwald, Willy Sitte, der ebenfalls geblieben war, Albert Ebert und vielen anderen, Halle in der Malerei eine vergleichbare Bedeutung wie Leipzig hätte geben können. Erst da verstand ich den großen Verlust und ebenso, wie wichtig die Malerei Otto Möhwalds auch vor diesem Hintergrund für Halle und die Burg Giebichenstein war.

Zur Ausstellung erschien ein reich bebildertes Buch *Halle und Halle – Von der Arbeit an Bildern*, in dem ich gerade erneut blättere. Zu Möhwalds Bildern sind im Buch die wichtigsten Merkmale in vier Kategorien eingeteilt: Die Stadt, der Akt, das lichte Grau und die Werbetafel. Einige wenige Sätze, vom Maler Rüdiger Giebler formuliert, möchte ich zitieren:

Dem Spaziergänger Otto Möhwald ist seine Stadt ein Meditationsraum. [...] Die Stadtlandschaften Otto Möhwalds sind

menschenleer. Den Menschen malt er nur im schützenden Gehäuse [...] Möhwalds Grau ist niemals farblos. Er bindet ein breites Farbspektrum, die ganze Vielfalt der Palette wird angeführt. Es verlangt ein ausgewogenes Feingefühl des Malers, um mit kleinen Nuancen einen lebendigen Raum zu erschaffen. Traditionen der halleschen Malerschule der fünfziger Jahre, die er so fortführt, und ein gutes Stück Realismus sind in Möhwalds Bildern enthalten [...]

Anlässlich der Verleihung des Kunstpreises des Landes Sachsen-Anhalt 2007 an Otto Möhwald hatte der Hallesche Kunstverein e.V. den Katalog *Otto Möhwald, Aquarelle und Übermalungen* herausgegeben. In der damaligen Pressemitteilung des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt lese ich:

Prof. Otto Möhwald ist in einer Reihe zu nennen mit Künstlern wie z. B. Charles Crodel, Erwin Hahs, Hermann Bachmann, Ulrich Knispel, Herbert Kitzel, Kurt Bunge und anderen, die gegen Ende der 40er und in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts den Ruf einer halleschen Malschule begründet haben.

Im Gegensatz zu manch anderem Künstler habe er sich, so die Jury, keinerlei kurzlebigen Kunsttrend unterworfen, sondern ganz auf sich konzentriert ein von großer Ruhe, Nachdenklichkeit und künstlerischer Eigenständigkeit geprägtes Werk geschaffen. Es spiegelte sich darin eine durch die Erfahrungen der Vertreibung und des schwierigen künstlerischen Anfangs beeinflusste skeptische Haltung von großer Tragweite und Tiefe, die sein Werk über Sachsen-Anhalt hinaus bedeutsam machte. Der Einfluss dieses Werkes auf die gleichaltrige Generation sowie auf den künstlerischen

Nachwuchs ist erheblich. So war es auch nur folgerichtig, dass Otto Möhwald nach der Tätigkeit als Lehrbeauftragter von 1993 bis 1998 als Professor für Malerei an der Burg Giebichenstein – Hochschule für Kunst und Design Halle lehrte...

Am Abend des 4. September 2012 feierten wir bei schönem Spätsommerwetter und Kerzenlicht Ute Lohses Geburtstag auf der Fläche vor dem Haus in der Senffstraße. Zufällig saß ich neben Otto Möhwald, und zwischen Essen und Trinken haben wir uns fast den ganzen Abend wunderbar unterhalten. Ich weiß nicht mehr genau, worüber, aber es waren darin Europa und Halle, die Politik und die Kunst, die Naturwissenschaften und das Leben enthalten, alles in leichter, menschlich angenehmer Form, an die ich mich noch lange dankbar erinnerte. Am Tag danach schrieb ich Ute ein kleines Geburtstagsgedicht, in dem auch mein Gespräch mit Otto Möhwald indirekt enthalten war.

Bei Wein, Wasser und Bier, frischem Brot
Kuchen und würzig duftenden Brotbeigaben
sitzen wir in milder Abendluft am langen
Tisch
vor dem Haus, feiern dich und ein wenig
auch uns
die wir gemeinsam älter geworden sind
manches erlebten und durchlitten
uns von Freunden verabschiedeten
manche davon sind auch heute Abend
in Gedanken bei uns.

Als Otto Möhwald in den Abendstunden des 28. Oktober 2016 beim Überqueren der Straße von einem PKW erfasst wurde und damit auf die gleiche schreckliche Weise ums Leben kam wie seine Frau fast 14 Jahre zuvor, konnte auch ich es lange nicht glauben. Das sind nicht Gottes Wege, sondern die von zumindest unaufmerksamen Auto-

fahrern, die vermutlich nur an sich selbst gedacht haben. Zu ändern sind beide Tode nicht. Wir Lebenden können nur an Gertraud und Otto Möhwald und die Begegnungen mit ihnen denken und ihre Bilder und Skulpturen betrachten, wo wir ihnen begegnen.

Dazu passt, dass das Kunstmuseum Moritzburg Halle das Wirken des Künstlerhepaares in einer Kabinettausstellung vom 25. Juni bis zum 17. September 2023 gemeinsam würdigen wird. Auf der Website des Museums lese ich:

Gertraud Möhwald (1929–2002) und Otto Möhwald (1933–2016) waren bedeutende Vertreter der Halleschen Schule, deren Wirken zahlreiche Künstlerinnen und Künstler inspiriert hat. Nach mehr als 50 Jahren werden sie erstmals wieder mit einer gemeinsamen Präsentation im Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) gewürdigt. Bei aller persönlichen Nähe sind beide künstlerisch eigene Wege gegangen: Gertraud Möhwald entwickelte sich, von der angewandten Kunst mit dem Fokus auf der Gefäßkeramik kommend, konsequent zur Bildhauerin, deren figürliche Plastiken stets von ihren Erfahrungen und ihrem Interesse an der Keramik geprägt blieben. Otto Möhwald hingegen fand die Motive für seine Gemälde, Zeichnungen und Grafiken in der unmittelbaren Umgebung seiner halleschen Wahlheimat. Seinen Stadtansichten, Interieurs und Akt-darstellungen wohnt stets etwas Allgemeingültiges, Universelles inne. [...]

Clemens Meyers Essay über Christa Wolf

Mittlerweile habe ich den vielseitigen, sehr interessanten Essay gelesen. Wie schon anfangs beschrieben betrachtet Clemens

Meyer eine Büste Christa Wolfs und beginnt ein Gespräch mit der Verstorbenen über die Literatur der DDR.

Auf den hundert Seiten des kleinen Buches von Kiepenheuer & Witsch erzählt Meyer nicht nur von der Bedeutung Christa Wolfs, sondern der gesamten DDR-Literatur für sich selbst. Er erzählt von seinem eigenen Leben und das seiner Vorfahren, darunter seinen Großeltern mütterlicherseits, Gertraud und Otto Möhwald, und den Urgroßeltern. In verschiedenen Zusammenhängen setzt er sich immer wieder mit Christa Wolfs *Kindheitsmuster* auseinander, neu noch einmal nach Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Neben Christa Wolf tauchen auf und wechseln einander ab: Wolfgang Hilbig, Uwe Johnson, Werner Bräunig, Franz Fühmann, Hermann Kant, Werner Heiduczek, Erik Neutsch, Karl-Heinz Jakobs, Fritz Rudolf Fries, Erich Loest, Christoph Hein, Louis Fünberg, Anna Seghers und die *Girls* Brigitte Reimann, Irmtraud Morgner, die *Helgas* Königsdorf, Schütz, Schubert und die 1966 ausgebürgerte Helga M. Novak, der *junge Engel* Ronald M. Schernikau und im Zusammenhang mit ihm Thomas Brasch.

Was auch immer Clemens Meyer literarisch vorhat, er wird sich auf die eine oder andere Weise weiter mit Christa Wolf, den Ostschriftsteller:innen und deren Utopien beschäftigen, denke ich.

Christa Wolf war bis 1989 meine wichtigste DDR-Schriftstellerin und heimliche Ansprechpartnerin. Im August 1989 schrieb ich ihr einen Brief und bekam eine Woche später ihre Antwort. Dieser schriftliche Austausch war mir sehr wichtig. Außer dem 2011 erschienenen Roman *Stadt der Engel* oder *The Overcoat of Dr. Freud* habe ich alles von ihr gelesen. Die Bücher der

Girls sind mir vertraut, Erich Loest, Wolfgang Hilbig und einige andere DDR-Schriftsteller:innen werde ich vielleicht noch einmal lesen, so mir genug Zeit dafür bleibt.

Zum Nachdenken hat mich Clemens Meyer vor allem darüber gebracht, warum wir, die wir bis 1989 alle wichtigen DDR-Schriftstellerin fast verschlungen haben, nach Jahren des Nachholens aller anderen Literatur, auch jetzt nur noch selten zu DDR-Literatur greifen. Ich finde es sehr beachtlich, dass Meyer, der 1977 in Halle geboren ist und der Generation meiner Tochter angehört, mir und hoffentlich vielen anderen meiner und seiner Generation nicht nur die DDR-Literatur, sondern auch das Nachdenken über Utopien, die in der Literatur gut verhandelbar sind, nahe gebracht hat.

Enden möchte ich mit den letzten Zeilen seines Essays:

Beinahe hilflos schaue ich nun wieder auf mein Fensterbrett, wo ja immer noch, nach all den Wochen und Monaten, der bronzene Kopf steht und schweigt und lächelt. Und da fällt mir wieder das Gedicht von Louis FURNBERG ein, das immer

wieder in diesem Text kurz aufleuchtete, vielleicht wird es dir gerechter, dass es nun so endet, mit diesem Epilog, und nie endet, vielleicht wäre es in deinem Sinne, dass ich es nun zitiere, deinem Atem zu:

Wenn ich einmal heimgeh,
dorthin, woher ich kam,
aus den Tiefen der Wälder
und hinter den Urnebeln hervor,
wird mein Heimweh nach der Erde
nicht geringer sein.
Ich werde keine Ruhe finden
und mit dem Staub kämpfen,
der tun wird, als wäre er meinesgleichen.

Mit den ersten Schneeglöckchen werde ich
auf den Wiesen stehen,
die noch gelb sind vom Winter.
Mit den Maulwürfen
werde ich die Erde aufbrechen über mir.

Wenn ich einmal heimgeh,
dorthin, woher ich kam,
werde ich ein Fremder sein
an meinem Ursprung. ■

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig / Kira Ludwig

Gewinn oder Niete? Lotterie in der Forschungsförderung

Es kam, wie es kommen musste. Zunächst wurde ein neuer Index zur Vermessung der Wissenschaft in die Welt gesetzt. Anhand dieser Metrik behauptete eine Studie, dass die bahnbrechende («disruptive») Wissenschaft in sämtlichen Disziplinen drastisch zurückgegangen sei. Dies werfe ein schlechtes Licht auf die Forschungsförderung und schon hagelte es Vorschläge zur Reform von Förderverfahren in der Wissenschaft. Als Vorreiterin brachte die Volkswagen-Stiftung eine Förderung per Losverfahren ins Spiel. Damit war die Büchse der Pandora geöffnet. Mit weiteren Vorschlägen soll die Forschungsförderung nicht nur erfolgreicher, sondern nun auch unvoreingenommener, diverser und kostengünstiger werden. Jetzt gibt es Pläne, die Lotterie sogar an den Anfang des Förderverfahrens zu stellen. Gedankenspiele sind immer erlaubt, aber eine gut funktionierende Forschungsförderung (um die uns im Übrigen die Welt beneidet!) gegen das Losglück auszutauschen, wäre hanebüchen und unverantwortlich.

Neue Metrik stellt Forschungsförderung infrage

Kürzlich hatte ein neuer Index zur Vermessung wissenschaftlicher Leistung für Aufsehen gesorgt. Im sogenannten CD-Index stehen C für «Consolidation» und D für «Disruption». Die aus der Wirtschaft entlehnten Begriffe wurden mit «inkrementell» und «disruptiv» ins Deutsche übersetzt. Die Auswertung von 45 Millionen Veröffentlichungen und 3,9 Millionen Patente aus dem Zeitraum zwischen 1945 und 2010 ergab, dass der CD-Index drastisch gesunken sei. Die Forschung in der Physik, den Lebenswissenschaften oder den Sozialwissenschaften sei nicht mehr bahnbrechend («disruptiv»). Wie war das möglich? Schnell gerieten die aktuelle Forschungsförderung und die praktizierten Förderverfahren ins Visier von Medien, Wissenschaftsmanagement und Politik. Seither machen Vorschläge zur vermeintlichen Verbesserung der Forschungsförderung die Runde. Stand anfänglich der Wunsch nach mehr «disruptiver» und weniger «inkrementeller» Forschung im Vordergrund, sollen zudem

mehr Unvoreingenommenheit und Diversität erreicht werden. Bezeichnend ist, dass trotz der sehr unterschiedlichen Ziele nur noch eines zu helfen scheint: Die Lotterie!

Die Wissenschaft streitet für Evidenz, Redlichkeit und Vertrauen. In der Öffentlichkeit wird hingegen der Eindruck erweckt, dass die praktizierte Forschungsförderung diesen Ansprüchen nicht genügt und ein Losverfahren der einzige Ausweg sei. Die Debatte selbst richtet dabei bereits viel Schaden an. Die Volkswagen-Stiftung hat die Büchse der Pandora geöffnet. Beim Nachdenken über Alternativen in der Forschungsförderung entschied sich die Stiftung dafür, die Förderung von Wissenschaftsprojekten per Losverfahren zu entscheiden. Das erweckt in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass die Erfolgsquote größer sei, wenn Forschungsanträge durch den Zufall entschieden würden, schlimmer kann man eigentlich auf Wissenschaft nicht herabsehen.

Forschungsförderung am Beispiel der DFG

Der Vorwurf gegen die aktuelle Forschungsförderung wiegt schwer: zu wenig Bahnbrechendes, mangelnde Objektivität, fehlende Diversität, die Liste der Anklagen ist lang. Da lohnt ein Blick auf die Förderrichtungen und die von ihnen gewählten Verfahren zur Qualitätsauslese. Als Beispiel möge das Förderverfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) dienen. In 2022 förderte die DFG gut 31.750 Projekte mit einer jahresbezogenen Bewilligungssumme von 3,9 Milliarden Euro. Dazu gehörten die Einzelförderung ebenso wie die koordinierte Forschungsförderung in Verbundvorhaben.

Die Entscheidung, ob ein Forschungsvorhaben gefördert wird, beruht auf dem Wettbewerbsprinzip. Die DFG hat ein

mehrstufiges Verfahren entwickelt, um unter allen eingegangenen Anträgen die besten Projekte zu fördern. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die sogenannten Fachkollegien, die alle vier Jahre von etwa 150.000 wahlberechtigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzt werden. Diese Wahl ist ein wichtiger Ausweis der wissenschaftlichen Selbstverwaltung. Nicht irgendwer bestimmt die Förderung von Forschungsprojekten, sondern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die das Vertrauen ihrer Community genießen und sehr wohl in der Lage sind, über den Tellerrand ihrer Fachdisziplin zu sehen. Die Fachkollegien diskutieren in einem dreistufigen Verfahren aus Begutachtung, Bewertung und Entscheidung die Qualität der Anträge. Sie vergleichen alle ihnen vorliegenden Anträge, um innerhalb des gegebenen finanziellen Rahmens die besten Projekte zu identifizieren. Damit wird sichergestellt, dass Anträge über alle Programme der DFG hinweg nach einheitlichen Maßstäben beurteilt werden. Die Bewertung der Anträge durch das Fachkollegium beruht auf Gutachten, die von der DFG-Geschäftsstelle bei fachlich einschlägigen Gutachterinnen und Gutachtern aus der ganzen Welt eingeholt werden. Besondere Sorgfalt wird darauf verwendet, Befangenheiten auszuschließen. Da die Namen der gutachtenden Personen vertraulich bleibt, sind deren Stellungnahmen vollständig und offen. Die Fachkollegien prüfen die Wahl der Gutachterinnen und Gutachtern sowie die Relevanz ihrer Argumente. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten werden die Anträge priorisiert und für jeden Antrag eine Förder- oder Ablehnungsempfehlung erarbeitet. Die Bewertung im Vergleich und die Notwendigkeit, den Finanzrahmen einzu-

halten, können dazu führen, dass die Empfehlungen der Fachkollegien von den Voten aus der Begutachtung abweichen.

Die Abläufe der Förderverfahren unterscheiden sich für Anträge in der Einzelförderung von denen in koordinierten Programmen. Anders als in der Einzelförderung werden koordinierte Programme durch eine Begutachtungsgruppe geprüft, der mindestens ein Mitglied des einschlägigen Fachkollegiums angehört, um so gleiche wissenschaftliche Bewertungsmaßstäbe sicherzustellen. Darüber hinaus wirken die Fachkollegien auch bei der Weiterentwicklung und Ausgestaltung der Förderprogramme der DFG und bei der Diskussion förderpolitischer Themen mit. Die Empfehlungen der Fachkollegien werden dem Hauptausschuss der DFG vorgelegt. Er trifft im fächerübergreifenden Vergleich die endgültige Entscheidung über Bewilligung oder Ablehnung.

Es gibt also ein transparentes Förderverfahren, das von gewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der eigenen Community gestaltet und durchgeführt wird. Im Übrigen erlaubt nur ein solches Verfahren eine größtmögliche Unabhängigkeit der Mittelvergabe von Staat und Regierung.

Schwächen der aktuellen Forschungsförderung

Die Gutachtertätigkeit in den Gremien von Forschungsfördereinrichtungen ist ein sehr wichtiger Teil der Reflexion der Wissenschaft über sich selbst. Die Begutachtung nimmt neben Forschen und Lehren im Arbeitsalltag der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler viel Zeit in Anspruch, ist und bleibt aber das wichtigste Instrument zur Beurteilung der Qualität von Forschungsvorhaben. Natürlich gibt es kein perfektes Förderver-

fahren. Manchmal unterscheiden sich Forschungsanträge in Qualität und Originalität nur in Nuancen. Niemand ist glücklich, wenn der eigene Forschungsantrag abgelehnt wird. Besonders groß ist die Unzufriedenheit, wenn die Gutachten grundsätzlich positiv ausfallen und der Antrag dennoch abgelehnt wird. Da das Antragsvolumen üblicherweise drei- bis viermal so groß ist wie Geld zur Verfügung steht, können auch sehr gute bis exzellente Projekte nicht grundsätzlich gefördert werden. Sie werden dann im Fachkollegium mit viel Sachverstand sorgfältig gegeneinander diskutiert und zur Förderung empfohlen oder auch nicht. Solche Szenarien würde es auch bei der Beurteilung der Qualität von Projekten nach einer Lotterie geben. Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen kann durch keine wie auch immer geartete Forschungsförderung geheilt werden.

Die Volkswagen-Stiftung: Losglück am Ende des Förderverfahrens

Für die Idee eines Losverfahrens in der Forschungsförderung wird immer wieder die Volkswagen-Stiftung als Vorreiterin genannt. Hier jüngste Zitate: «Einige Institutionen, wie zum Beispiel die Volkswagen-Stiftung, experimentieren bereits mit Lotterien. Nach einer ersten Auswahl aus einer größeren Zahl von Projektanträgen werden die Gelder unter den verbleibenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verlost. Dadurch werden Verzerrungen in dieser Selektionsphase vermieden», schreiben Sören Kracht und Finn Lübber in dem Artikel «Die Position: Lasst das Los entscheiden!» in der *ZEIT* vom 28.9.2023. «Die Volkswagen-Stiftung setzte etwa in einem bis 2022 laufenden Programm bei

der Auswahl auf das Losverfahren allerdings erst nach einer Vorselektion durch die Jury», stellt Eva Murašov im Artikel «Fördergelder für die Forschung: Auslosen, wer sich bewerben darf im *Tagespiegel* vom 19.7.2023. Immerhin wird darauf verwiesen, dass bei der Volkswagen-Stiftung das Losglück erst am Ende des Förderverfahrens eine Rolle spielt. Davor gibt es ein wettbewerbliches *Procedere*, in dem die besten Projekte vorausgewählt werden. Das Losverfahren kann man überhaupt nur verstehen, wenn aufgrund knapper Budgets zwischen exzellent vorbegutachteten Projekten aus unterschiedlichen Disziplinen entschieden werden soll. Leider ist aus dem Selbstversuch der Volkswagen-Stiftung nun ein Vorzeigebispiel für eine auf Losglück basierende Forschungsförderung geworden. Die Volkswagen-Stiftung ist eine großartige Einrichtung und hat in ihrer Geschichte immer exzellente und innovative Projekte gefördert. Ein Paradebeispiel war die Unterstützung für den Physiker Stefan Hell, der nur so seine zum Nobelpreis führende Forschung an hochauflösenden optischen Mikroskopen vorantreiben konnte. Es ist das gute Recht einer gemeinnützigen Stiftung privaten Rechts, Teile ihrer Forschungsförderung über ein Losverfahren zu entscheiden. Dies muss aber noch nicht notwendigerweise ein gutes Beispiel für die aus Steuermitteln finanzierte Forschungsförderung von DFG und BMBF sein. Solche Verfahren sollten grundsätzlich offen und transparent sein.

Neue Vorschläge: Losglück bereits am Anfang des Förderverfahrens

Inzwischen gibt es immer mehr Vorschläge für eine grundsätzliche Implementierung

des Losverfahrens in die Forschungsförderung. Stand bei der Volkswagen-Stiftung die Lostrommel noch am Ende des Förderverfahrens, rücken andere Vorschläge den Losentscheid an den Beginn des Prozesses. Ging es anfänglich um die Hoffnung, durch Losglück verstärkt bahnbrechende Forschung zu fördern, soll es nun für mehr Unvoreingenommenheit, Diversität und Effizienz sorgen.

Der radikalste Vorschlag wurde kürzlich von der Psychologie-Professorin Jule Specht von der Humboldt-Universität und Finn Lübber von der Universität Lübeck in einem Beitrag für die Zeitschrift *Nature Human Behavior* in die Welt gesetzt. Nun soll bereits vor einer Bewerbungsrunde per Los entschieden werden, wer sich überhaupt um Forschungsgelder bewerben darf. Begründet wird dieser Vorschlag mit der Beseitigung von «Verzerrungen» beim Förderverfahren hinsichtlich Unvoreingenommenheit, Diversität und Inklusion. In dem Artikel «Rethinking funding by putting the lottery first» heißt es, dass die Mittelzuweisung von Natur aus voreingenommen, nicht optimal und kostspielig sei. Specht und Lübber befürworten deshalb eine Lotterie gleich zu Beginn des Förderverfahrens. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem Dokortitel sollen sich in einem automatisierten Auswahlprozess zur Auslosung registrieren können. Die durch ein Zufallsverfahren ausgewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dürften dann in der nächsten Förderrunde einen Antrag stellen. Zudem erhielten die Antragstellerinnen eine Vorfinanzierung, um sich ausführlich mit ihren Projektskizzen beschäftigen zu können. Schließlich benötigten Forschende genügend Zeit und Geld, um überhaupt die Mühen eines Förderantrags auf sich nehmen zu können. Da-

mit solle gewährleistet werden, dass sich marginalisierte Gruppen wie Frauen, Nachwuchsforschende, Forschende mit Migrationshintergrund und weitere nicht vorausgesehen würden. Erreicht werden soll damit eine größere Diversität und mehr Effizienz. Erfülle der gestellte Antrag «gewisse Qualitätskriterien», würde er finanziert. Durch das automatisierte Losverfahren würden zudem finanzielle und zeitliche Ressourcen frei, die für eine angemessene Vergütung und Schulung von Gutachterinnen und Gutachtern genutzt werden könnten. Bisher wenig sichtbare Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten trotz struktureller Benachteiligung ihre Sichtbarkeit erhöhen. Darüber hinaus würde eine Lotterie die Attraktivität von Forschungs Kooperationen steigern. Schließlich zeige die Forschung, dass traditionelle Bewerbungsszenarien zu höheren Akzeptanzraten für konservative Anwendungen («inkrementelle» Wissenschaft), während es für revolutionäre und radikalere Ideen schwieriger sei, eine Finanzierung zu erhalten, was die Autor:innen als Innovationsverzerrung bezeichnen.

Fortune statt Tombola

Mit der Lotterie zu Beginn des Förderverfahrens sollen sogenannte «Verzerrungen» beseitigt werden. Gleichzeitig wird ein Zerrbild der aktuellen Forschungsförderung gezeichnet. Sie sei voreingenommen, benachteilige marginalisierte Gruppen wie Frauen und Nachwuchsforschende oder verletzte die Neutralitätspflicht. Sogar «Vetternwirtschaft» wird vermutet. Starker Tobak! Der eigene Vorschlag wird nicht weiter hinterfragt; dem wollen wir gerne Rechnung tragen.

Es beginnt beim Zugang für Wissenschaftler:innen zu den Förderverfahren.

Bereits jetzt können promovierte Wissenschaftler:innen Forschungsanträge bei der DFG stellen. Insofern braucht es kein Losverfahren, um dieser Gruppe den Zugang zum Förderverfahren zu öffnen. In der Regel löst es große Freude in den Forschungseinrichtungen aus, wenn junge Wissenschaftler:innen sich entschließen, eigene Forschungsanträge zu schreiben. Dafür erhalten sie die Unterstützung durch ihr wissenschaftliches Umfeld, notwendige Zeit und Ressourcen. In dem Vorschlag von Specht und Lübber sollen den ausgelosten Wissenschaftler:innen Extramittel an die Hand gegeben werden, um überhaupt in die Lage versetzt zu werden, einen Antrag schreiben zu können. Um wie viel Geld soll es sich handeln? Wofür sollen diese Mittel verwendet werden? Handelt es sich um Personal- oder Sachmittel? Soll damit womöglich die Stelle der Antragsteller:innen finanziert werden? Was passiert mit dem Geld, wenn die Mittel nicht reichen oder zum Schluss gar kein Antrag eingereicht wird?

Sind die Anträge schließlich gestellt, soll auch nach Specht und Lübber die Qualität der eingereichten Forschungsprojekte geprüft werden. Also benötigen wir doch wieder ein Begutachtungsverfahren, und zwar ein transparentes und faires Verfahren, wie es die DFG garantiert. Bei Specht und Lübber sollen Gutachterinnen und Gutachter zunächst geschult und dann für ihre gutachterliche Tätigkeit vergütet werden. Wer sollen diese Gutachter:innen sein, wie werden sie ausgewählt? Sollen die Auserwählten allein über die Bewilligung eines Antrags entscheiden? Wie wird entschieden, wenn es widersprüchliche Gutachten gibt? Reicht ein positives Gutachten für die Bewilligung oder müssen sämtliche Gutachten eine Förderempfehlung aussprechen?

Fragen stellen sich bereits vor dem Beginn der Lotterie: Woran bemisst sich die Zahl derer, die sich am Losverfahren beteiligen dürfen? An der Zahl der Anträge, die bisher üblicherweise eingereicht wurden? An der Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel unter Berücksichtigung einer vereinbarten Förderquote? Welches Fördervolumen darf beantragt werden? Was passiert, wenn mehr Förderempfehlungen ausgesprochen werden als Geld vorhanden ist? Werden dann Obergutachter bestellt oder soll dann wiederholt in die Lostrommel gegriffen werden? Fragen, die ohne ein faires und transparentes Förderverfahren nicht befriedigend beantwortet werden können. Und vor allem nicht ohne die Expertise von Wissenschaftler:innen der jeweiligen Disziplin.

Nicht nachvollziehbar ist, wie eine Lotterie die Attraktivität von Forschungs Kooperationen steigern soll. Die glücklichen Gewinner:innen eines Forschungsloses wissen mitunter gar nicht voneinander. Was ist, wenn in Frage kommende Kooperationspartner eine Niete gezogen haben? Soll es deshalb auch eine Lotterie für Kooperationsprojekte und Forschungsverbünde geben? Was passiert mit den Wissenschaftler:innen, die erwiesenermaßen wichtige Beiträge für die Wissenschaft geleistet haben, dann aber längere Zeit vom Losglück verlassen werden? Fragen über Fragen, die in den bisherigen gut funktionierenden Förderverfahren der DFG klar beantwortet werden.

Schließlich wird behauptet, dass traditionelle Bewerbungsszenarien zu höheren Akzeptanzraten für konservative vulgo inkrementelle Anwendungen führen, während es für revolutionäre und radikalere Ideen schwieriger ist, eine Finanzierung zu erhalten, was die Autor:innen als Innovations-

verzerrung bezeichnen. Das kommt attraktiv und locker daher. Zunächst einmal geht es nicht um Anwendungen, sondern um Grundlagenforschung, die in erster Linie exzellent zu sein hat und nicht revolutionär oder radikal. Aber hier mag es unterschiedliche Semantiken geben in den Ingenieur- und Naturwissenschaften einerseits und den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften andererseits. Die willkürliche Zuordnung der Forschung in «inkrementell» und «disruptiv» hatten wir schon im Beitrag *Die Vermessung der Welt – Metriken verzweigen die Wissenschaft* in den *perspektivends* 1/23 beleuchtet. Letztlich kamen wir zu dem Schluss, dass es bei genauer Betrachtung die «inkrementelle» Wissenschaft sein wird, die wesentlich zur Problemlösung für eine nachhaltige, soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung unserer Welt beitragen wird.

Der Begriff konservativ ist hier ebenfalls völlig fehl am Platz. Wenn konservativ bedeutet, dass wir ein werteorientiertes, faires und transparentes Begutachtungsverfahren gegenüber der Lotterie favorisieren, dann mögen wir gerne konservativ sein. In der *ZEIT* vom 28.9.2023 fragen sich Krach und Lübber: «Wer fühlt sich überhaupt berufen, einen Antrag zu stellen? Welche Personen besitzen die Ressourcen, monatelang an Anträgen zu tüfteln – mit dem Risiko, letztlich doch abgelehnt zu werden?» Selbst, wenn wir uns die Sprache von Daniel Düsentrub zu eigen machen und an Anträgen «tüfteln», kann die Antwort nur lauten: Forscher:innen müssen sich immer berufen fühlen, Ideen zu haben, Grundlagenforschung voranzutreiben und dafür auch Förderanträge zu stellen. Das Risiko bei der Antragsförderung abgelehnt zu werden, ist nicht größer als Risiko mit einer Idee zu scheitern,

Madita Lachetta

vor allem, wenn sie revolutionär ist. Warum ausgerechnet Wissenschaftler:innen, die dieses Risiko scheuen, uns in die Sphären «disruptiver» Forschung tragen sollen, bleibt rätselhaft.

Literatur

Finn Lübber / Sören Krach / Marina Martinez Mateo / Frider M. Paulus / Lena Rademacher / Rima-Maria Rahal / Jule Specht: «Rethinking funding by putting the lottery first». In: *Nature Human Behavior*, 7, 1031–1033 (2023).

Eva Murašov: «Fördergelder für die Forschung – Auslösen, wer sich bewerben darf». In: *Tagespiegel*, 19.7.2023.

Sören Krach/ Finn Lübber: «Die Position: Lasst das Los entscheiden! ». In: *DIE ZEIT*, 28.9.2023.

Gerald Schweiger: «Über Exzellenz, Geld & Wissenschaft» in: *Laborjournal*, 15.7.2023.

Ralf Ludwig/ Kira Ludwig: «Die Vermessung der Welt – Metriken verzweigen die Wissenschaft». In: *perspektivends* 1/2023.

Ralf Ludwig: «Kleine Schritte, große Wirkung – Plädoyer für inkrementelle Wissenschaft» in: *Forschung & Lehre* 9/23. ■

Madita Lachetta

Wissenschaft und Politik im Spannungsverhältnis der Wissensgesellschaft

In einer Demokratie braucht es verlässliche Wissenschaft und Forschung. Besonders wenn Rechtsextreme, Rechtsnationale und Rechtspopulist:innen das schwindende Vertrauen in die Politik für ihre Zwecke ausnutzen. Spätestens mit der Corona-Pandemie sollte auch allgemein gesellschaftlich deutlich geworden sein, dass das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in einem Spannungsfeld steht. Im Jahr 2022 gaben zwei Drittel der Befragten an, auf die Wissenschaft zu vertrauen, während ein Drittel angab, unentschieden zu sein oder der Wissenschaft nicht zu vertrauen. Seit April 2020, mit Beginn der Corona-Pandemie,

hat das Vertrauen in die Wissenschaft immer weiter abgenommen.¹ Diese Wissenschaftsskepsis wird von Rechtsextremen und Rechtspopulist:innen erzeugt und für ihren Populismus instrumentalisiert. Besonders problematisch ist dies, wenn politische Konflikte zunehmend als Wissenschaftskonflikte ausgetragen werden. Denn dann nimmt die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft eine besondere gesellschaftliche Stellung ein, weil die Möglichkeit zur politischen Partizipation einen gewissen Wissensstand und eine sogenannte epistemische Autonomie voraussetzt. Epistemische Autonomie lässt den Menschen

1 Vgl. Wissenschaft im Dialog am 8. Dezember 2022: «Wie sehr vertrauen Sie Wissenschaft und Forschung?» [Graph]. URL: [de.statista.com: https://is.gd/aY15oP](https://is.gd/aY15oP) (27.11.2023).

Wahrheiten erkennen und ermöglicht aktive Erkenntnisgewinnung. Der Autonomiebegriff beschreibt an der Stelle, vereinfacht ausgedrückt, eine Form des eigenständigen Denkens und Urteilens. Fällt die epistemische Autonomie bei Personen eher gering aus, werden Personen vom politischen Geschehen auf diese Weise ausgeschlossen. In einer Gesellschaft, in der sich Menschen in Extremfällen gänzlich von der Wissenschaft abwenden, könnte das die Gesellschaft in «Wissende» und «Unwissende» spalten. Mit diesem Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der Wissensgesellschaft soll sich der Beitrag auseinandersetzen und dabei besonders die aktuellen Überlegungen von Alexander Bogner sowie die früheren Überlegungen von Ottfried Höffe beleuchten und heranziehen.

So vertritt Alexander Bogner in seinem Buch *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet* die These, dass sich der politische Diskurs zunehmend verwissenschaftlicht.² Er führt den Begriff der *Epistemokratie*³ ein. Die Idee hinter diesem Begriff ist, dass politische Probleme als Wissenskongflikte ausgetragen und auch als solche gelöst werden. Dieses Politikverständnis setzt Wissenschaft und Politik in ein besonderes Verhältnis.

Politik und Wissenschaft – ein Abhängigkeitsverhältnis

In Deutschland steht die Wissenschaftsfreiheit unter besonderem Schutz, festgeschrieben im Grundgesetz in Artikel 5 Absatz 3 Satz GG: «Wissenschaft, Forschung

und Lehre sind frei». Durch diese Festbeschreibung ergibt sich ein politisches Verhältnis von Staat und Wissenschaft. Wissenschaft und Politik stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Dieses äußert sich darin, dass die Politik für den Staatshaushalt verantwortlich ist, der die Forschung finanziert. Politik ist hingegen vom Erkenntnisgewinn der Wissenschaft abhängig. Das Abhängigkeitsverhältnis könnte auch als arbeitsteiliges Verhältnis beschrieben werden. Wissenschaft beschafft Informationen und Politik verwertet diese. Sie profitieren von der Arbeit des jeweils anderen, die Wissenschaft von den finanziellen Mitteln und dem gesetzlichen Schutz und die Politik von der Informationsbeschaffung durch Wissenschaft und Forschung. Die Verbindung der Felder Politik und Wissenschaft lässt sich in den vergangenen Jahren mit Blick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie praktisch nachverfolgen. Wissenschaft und Forschung waren für die politische Entscheidungsfindung während der Pandemie essenziell. Forschung hat beispielsweise mit der Impfstoffentwicklung dazu beigetragen, die Pandemie einzudämmen und schlussendlich zu überwinden. Gesellschaftlich wurde während der Corona-Pandemie von Wissenschaft und Forschung erwartet, schnelle und effiziente Lösungen sowie Strategien für die Bekämpfung des Virus zu finden. Damit ging auch eine wachsende gesellschaftliche Erwartungshaltung einher, die Transparenz und in gewissem Maße einen Wunsch an Unfehlbarkeit der Wissenschaften einforderte.

Wissenschaft ist als Prozess des Erkenntnisgewinns zu verstehen. Hervorzuheben

2 Vgl. Alexander Bogner: *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen 2021, S. 16.

3 Ebd., S. 17.

sei hier besonders der Charakter der Prozesshaftigkeit von wissenschaftlicher Praxis. Wissenschaftliche Theorien müssen falsifizierbar sein, um durch Forschung und deren Ergebnisse entweder verifiziert oder falsifiziert zu werden. Das wissenschaftliche Kernanliegen bleibt hierbei, Wahrheitsfindung zu betreiben und aufkommende Fehler zu korrigieren. Wissenschaftsfreiheit muss also den Anspruch haben, dass der Wissenschaft innerhalb des Theoriebildungs- und später auch Forschungsprozesses die Möglichkeit zur Entfaltung, aber auch die Möglichkeit zu potenziellen Revisionen und Korrekturen gegeben wird. Einen absoluten Wahrheitsanspruch an die Wissenschaft zu stellen, nimmt ihr ihre Progressivität. Im Umkehrschluss muss jedoch kritisch hinterfragt werden, ob die Wissenschaft selbst ihrem Anspruch an Transparenz gerecht werden kann. Zu einer transparenten Arbeitsweise gehört nicht nur das Publizieren der Ergebnisse, sondern auch deren Zugänglichkeit auf niedrighwelliger Ebene.

Die schlussendliche Verantwortung liegt dabei in der Politik. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies auch so gewollt, da Wissenschaftler:innen keine repräsentative und gewählte Volksvertretung bilden.

Wissengesellschaft ohne Emotionen und Werte?

Für Bogner kann vor dem Hintergrund dieser Gegebenheiten sogar von einer «Wissengesellschaft»⁴ und von einer «Intellektualisierung des Lebens»⁵ gesprochen werden. Beide Begriffe beziehen sich darauf, dass gesellschaftliche wie auch politische

Probleme als Wissensprobleme angegangen werden. Die emotionale Komponente, die solchen Problemen zusätzlich inhärent ist, bleibt dabei größtenteils unbeachtet. Probleme ausschließlich als Wissensprobleme zu deklarieren bedeutet also auch, ihre Lösung allein epistemisch anzugehen.

Wissen kann zwar Sicherheit und Neutralität wahren. Diese wissenschaftliche Neutralität steht jedoch oftmals auch mit Emotionalität im Widerspruch. Faktisches Wissen kann weder positiv noch negativ bewertet werden, um an diesem etwas zu ändern. Es bietet den Menschen einen neutralen Anhaltspunkt und kann als Werkzeug bspw. in der Politik verwendet werden. In seiner Verwertung lässt sich Wissen mit Emotionalität verbinden. Emotionen werden in der Politik instrumentalisierend eingesetzt, um von den eigenen Positionen zu überzeugen. Wer allerdings auf der Grundlage von Wissen oder auch vermeintlichem Unwissen politisch streitet, die/der kann davon ausgehen, dass es sich um einen Konflikt handelt, der auf einer neutralen Basis ausgetragen wird. Emotionen und Werte spielen in dieser Diskussion in der Regel keine Rolle. Man könnte also davon ausgehen, dass ausgehend von dem Konflikt eine sichere Lösung gefunden wird, die rational als akzeptabel bewertet wird. Nun handelt es sich bei Politik allerdings grundsätzlich nicht um ein rein rationales Handlungsfeld. Bei politischen Konflikten handelt es sich immer um Wertekonflikte. Ein Problem wird von den verschiedenen Parteien aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Anhand ihrer Werte und deren Abstufungen finden Parteien also unterschiedliche Lösungsansätze.

4 Bogner, 2021, S. 7.

5 Ebd.

Allerdings ist Unvoreingenommenheit auch in der Wissenschaft unmöglich. Denn wenn Wissenschaft sich auf politisches Terrain begibt, ist sie moralischen Standards unterworfen. Ungeachtet dessen sollte der Wissenschaftsethos eine ergebnisoffene Prüfung wissenschaftlicher Erkenntnisse beinhalten. Dabei sind konstruktive Diskussionen innerhalb der Forschungsgemeinschaft und darüber hinaus förderlich und wünschenswert. Konstruktive Kritik schränkt Wissenschaft nicht ein, sondern kann sie im besten Fall erweitern und das (vorläufige) endgültige Forschungsergebnis stärken und präzisieren.

Verantwortung und Wissenschaft

Auch Publikationen und der damit eingehende Publikationsdruck in der Wissenschaft beeinflussen den wissenschaftlichen Output und die Politisierung der Wissenschaft. Zum aktuellen Zeitpunkt sind Publikationen Zielindikatoren, die als Maßstab für die Qualität der Forschung gelten. Wenn Forschende ihre Publikationen in Journals veröffentlichen wollen, dann müssen sie die Publikationswahrscheinlichkeit mit einberechnen und zwingenderweise damit auch bewerten, welche Forschungsrichtung interessant für das jeweilige Journal wäre und welche die meiste Aufmerksamkeit bekommen würde. Auf diese Weise schränkt der Publikationsdruck die Wissenschaftsfreiheit ein, woran man ebenfalls sehen kann, dass Wissenschaft nicht wirk-

lich neutral und von außen unbeeinflusst stattfindet.

Allerdings garantiert die Wissenschaftsfreiheit der Gesellschaft auch, dass Forschung unabhängig stattfindet, also zunächst unabhängig von Moral, wie es auch Ottfried Höffe 1993 in seiner Auseinandersetzung mit der Wissenschaft verdeutlichte.⁶ Das bedeutet jedoch wiederum, dass Wissenschaft sich an keine konkreten Wertestandards halten muss und mehrheitlich unabhängig davon agieren kann. Es gilt also, dass Wissenschaft und Forschung zwar in gewissem Maße für die Gesellschaft agieren, aber nicht in ihrem Interesse handeln müssen. Doch auch wenn Forschung wertfrei sein sollte, kann sie sich davon allerdings, wie oben bereits in anderen Worten erwähnt, nie gänzlich lösen. Dies lässt die Menschlichkeit der Forschenden nicht zu. Wenn wir uns also die Frage stellen, ob politische Probleme als Wissensprobleme behandelt werden sollen, dann müssen wir uns auch mit der Frage nach der Moral – zumindest ansatzweise – beschäftigen. Mit der Frage nach Moral geht auch die Frage nach Verantwortung einher. Wenn Wissenschaft stärker in die Politik mit einbezogen würde, dann käme ihnen gleichzeitig eine größere Verantwortung zu. Höffe schreibt in diesem Kontext, «Verantwortung setzt ein Subjekt, dass sie trägt, voraus»⁷ und dass Wissenschaft aber «ohne Subjektcharakter»⁸ sei. Einzelne Forscher:innen trügen die Verantwortung, aber nicht die Wissenschaft selbst.⁹ Dieser These lässt sich allerdings entgegen-

6 Vgl. Ottfried Höffe: *Moral als Preis der Moderne: Ein Versuch über Wissenschaft, Technik und Umwelt*. Frankfurt a. M. 1993, S. 10.

7 Höffe, 1993, S. 24.

8 Ebd.

9 Vgl. ebd.

stellen, dass der Staat dieser Logik zufolge auch keine Verantwortung tragen könne. Zustimmungsfähig ist, dass Verantwortung letztendlich bei Personen und nicht bei Institutionen liegt. Die Institutionen jedoch sind nur eine Verkörperung der Personen, die sich ihr zugehörig fühlen und die sie bilden. Insofern sind die Institutionen, bestehend aus Personen, doch in gewisser Weise Verantwortungsträgerinnen als Körperschaft von größeren Personengruppen.

Diese Auffassung von Verantwortung in der Wissenschaft lässt außer Acht, dass Forschung in ihrem Prozess durchaus absehen kann, inwiefern ihre Ergebnisse Auswirkungen auf unsere Welt haben. Sie können nicht gänzlich jegliche Verantwortung von sich weisen.

Schlussfolgerungen

Wissenschaft als epistemische Autorität legt also das Fundament für mögliche politische Entscheidungen. Gewonnene wissen-

schaftliche Erkenntnisse beeinflussen Politiker:innen in ihrer Entscheidung zwar, aber die finale Antwort auf das politische Problem wird anhand von Werten getroffen.

Demokratie ist zudem keine Selbstläuferin. Diese durchaus plakative Aussage muss sich ständig vor Augen geführt werden. Konkret bedeutet das für unsere Gesellschaft, dass Demokratie stetig gestärkt und geschützt werden muss. Die Wissenschaft leistet hier ihren Beitrag, indem sie für die Gesellschaft forscht und für das Gemeinsame ihre Leistung erbringt. Politische Arbeit braucht eine fundierte Faktenlage und muss somit mit Wissenschaft zusammenarbeiten. Wenn es um die Stärkung des Vertrauens in die Politik geht, dann ist eine transparente und verständliche politische Kommunikation in die Gesellschaft hinein unerlässlich. Für eine wehrhafte Demokratie braucht es größtmögliches Vertrauen in die politischen Institutionen und den politischen Willen, Bürger:innen politische Teilhabe maximal zu ermöglichen. ■

Luise Klatte / Charlotte Rathjen (für das «Netzwerk Stipendienerhöhung»)

Promovieren an der Armutsgrenze

Zur Lage von Promotionsstipendiat:innen in Deutschland

Promotionsstipendien bilden einen elementaren Eckpfeiler der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung in Deutschland. Großflächige Studien über die tatsächliche Anzahl an Stipendiat:innen in den unterschiedlichen Promotionsprogrammen und den damit verbundenen finanziellen oder strukturellen Herausforderungen gibt es wenige. Eine Ausnahme stellt die Nacaps-Studie von 2019 dar, an der knapp 24.000 an deutschen Hochschulen registrierte Promovierende teilnahmen.¹ Demnach bezogen im Frühjahr 2019 rund 15% aller Promovierenden ein Stipendium als Hauptfinanzierungsquelle. Der Anteil derer, die in der Gesamtlaufzeit ihrer Promotion auf ein Stipendium angewiesen sind oder waren, dürfte deutlich höher liegen.

Die Promotion mit einem Stipendium bietet gegenüber einer Beschäftigung an einer Hochschule einige Vorteile. An dem eigenen Forschungsvorhaben kann bei weitgehender Unabhängigkeit und ungestört von Lehr- und Verwaltungspflichten gearbeitet werden. Die Nachfrage nach Stipendien ist entsprechend groß und die Förderangebote haben sich in den letzten Jahrzehnten stark ausdifferenziert. Dabei kann grundlegend zwischen Programmen unterschieden werden, die Promotionen in bestimmten Fachbe-

reichen oder zu spezifischen Themengebieten unterstützen, und solchen Finanzierungsmöglichkeiten, die eine große Bandbreite an Disziplinen abdecken. In beiden Fällen gibt es sowohl private als auch öffentliche Förderprogramme. Zu Letzteren zählen beispielsweise die Landesgraduiertenstipendien der Länder, deren Stipendienplätze und -sätze im föderalen System jedoch erheblich variieren und von stark schwankenden Konjunkturzyklen abhängig sind.

Besonders viele Stipendien werden jährlich im Rahmen der sogenannten Begabtenförderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vergeben. Dabei stellt das BMBF den 13 Begabtenförderungswerken Mittel zur Verfügung, um Nachwuchswissenschaftler:innen in Form eines Stipendiums finanziell und ideell zu fördern. Die 13 Werke setzen sich aus überparteilichen und konfessionslosen Förderwerken, aus den großen parteinahen Stiftungen sowie aus konfessionsgebunden und gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Trägern zusammen.² Es gibt keine belastbaren Angaben zur Gesamtzahl an Promotionsstipendiat:innen in der Begabtenförderung. Laut eines Artikels des Spiegels bezogen 2020 knapp 4.400 Promovierende ein Stipendium im Rahmen der Begabtenförderung.³

-
- 1 Vgl. Antje Wegener: «Die Finanzierungs- und Beschäftigungssituation Promovierender: Aktuelle Ergebnisse der National Academics Panel Study», in: *DZHW Brief 4*, 2020. S. 9. doi.org: <https://is.gd/B2BE2E> (12.11.2023).
 - 2 Eine Übersicht über die 13 Begabtenförderungswerken und ihrer jeweiligen Ausrichtung gibt es auf den Seiten des BMBF: [bmbf.de: https://is.gd/vmieJ1](https://is.gd/vmieJ1) (12.11.2023).
 - 3 Vgl. Caroline Becker: «Welche Stipendien es für die Doktorarbeit gibt – und wie man sie bekommt», in: *Der Spiegel*. 28.3.2022. [spiegel.de: https://is.gd/OYS708](https://is.gd/OYS708) (12.11.2023).

Seit Oktober 2023 erhalten Promotionsstipendiat:innen in der Begabtenförderung ein monatliches Grundstipendium in Höhe von 1.450 € zzgl. einer Forschungskostenpauschale von 100 € pro Monat. Die Förderdauer beträgt 3,5 Jahre. Eigentlich keine so schlechten Rahmenbedingungen, zumal die Stipendienhöhe von insgesamt 1.550 € auf den ersten Blick mit einer Doktorandenstelle vergleichbar zu sein scheint.⁴

Bei genauerem Hinsehen werden jedoch große strukturelle Unterschiede zwischen einem Promotionsstipendium und einer Anstellung an einer Hochschule deutlich. Besonders gravierend ist der Umstand, dass die Stipendien keine Beschäftigungsverhältnisse darstellen und Stipendiat:innen entsprechend nicht sozialversichert sind. Sie sind weder gesetzlich renten- noch pflegeversichert, was spätestens mit Eintritt in die Rente zu erheblichen Einschnitten führt. Die hohen monatlichen Beiträge für eine freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung müssen außerdem eigenständig erbracht werden. Zwar kann hierfür bei den Begabtenförderungswerken ein Zuschuss von 100 € im Monat beantragt werden, dieser deckt jedoch die realen Beitragsätze von knapp 300 € im Monat bei Weitem nicht ab.

Viele Stipendiat:innen bemühen sich deshalb um eine Anstellung an der Hochschule. Dies ist möglich, sofern die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als zehn Stunden beträgt. Das entspricht einer 25 %-Stelle als wissenschaftliche:r Mitarbeiter:in, die an Instituten jedoch kaum vorgesehen sind. Also bleibt Stipendiat:innen oftmals nur eine Bewerbung auf sel-

tene sowie finanziell und strukturell deutlich schlechter gestellte Stellen als wissenschaftliche Hilfskraft – und dies trotz mehrerer Studienabschlüsse.

Finden die Stipendiat:innen keine Anstellung, die den Promotionsauflagen entsprechen, bleiben ihnen nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge ca. 1.350 € im Monat zum Bestreiten aller privaten sowie forschungsbezogenen Kosten. Angesichts explodierender Mieten und steigender Lebenshaltungskosten führt dies zu einem massiven Missstand. Es scheint unmöglich, eine Promotion ausschließlich durch das Stipendium zu finanzieren.

Hinzu kommt, dass aufgrund der fehlenden institutionellen Anbindung oftmals keine Forschungskosten über die Hochschule abgerechnet werden können. Konferenzteilnahmen, Literatur, Software, Archivnutzung usw. – all dies kann mit einer monatlichen Forschungspauschale von nur 100 € in der Regel nicht bestritten werden. Doch selbst in den seltenen Fällen, in denen der Betrag die tatsächlichen Kosten deckt, bleiben nach Abzug der Forschungsausgaben lediglich 1.250 € pro Monat übrig.

Davon sollen sämtliche Fixkosten wie Miete, Lebenshaltung, Semestergebühren, aber auch Beiträge zur privaten Altersvorsorge gezahlt werden. Viele Promovierende leben aufgrund der notwendigen Nähe zur Hochschule in beliebten Ballungszentren und müssen allein für die Miete einen Großteil dieses Geldes aufbringen. Die Folge: Der prekäre Studi-Alltag setzt sich in der Promotionsphase fort.

Laut des Statistischen Bundesamts lag 2022 der Schwellenwert zur Armutsge-

4 Doktorandenstellen werden in die Entgeltgruppe 13 der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst eingruppiert. Dabei variiert die Arbeitszeit vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften in der Regel zwischen 50% und 65%. Das entspricht in der ersten Erfahrungsstufe in etwa einem monatlichen Nettogehalt von ca. 1.470 € bis 1.817 €.

fährdung in Deutschland bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.250 €. ⁵ Dieser Wert dürfte im Jahr 2023 nicht nur deutlich gestiegen sein, auch variiert er regional deutlich. In einer Stadt wie München mit besonders hohen Lebensunterhaltungskosten lag er bereits 2021 bei 1.540 €. ⁶ Der den Stipendiat:innen real zur Verfügung stehende Nettobetrag bewegt sich damit am Rande der deutschlandweiten Armutgefährdungsschwelle – in Städten mit hohen Mietpreisen liegt er sogar deutlich darunter.

Neben den materiellen Aspekten resultieren aus der fehlenden institutionellen Anbindung weitere Herausforderungen und Nachteile: Promotionsstipendiat:innen haben weder einen festen Arbeitsplatz noch können sie die Infrastrukturangebote der Hochschulen nutzen, die sich an wissenschaftliche Beschäftigte richten.

Schließlich besteht aufgrund des fehlenden Anstellungsverhältnisses keinerlei Arbeitsschutz. Die Stipendien werden zunächst für 12 Monate bewilligt, dann wird ein Arbeitsbericht gefordert und je nach Stiftung werden bis zu drei Gutachten fällig, von denen die Weiterförderung abhängt. Transparente Beurteilungskriterien für die Weiterförderung gibt es nicht, bei Ablehnung kann kein Widerspruch eingelegt werden und die Stiftungen sind nicht auskunftspflichtig. Das erzeugt Abhängigkeitsverhältnisse, in denen Kritik aus Angst vor persönlichen Konsequenzen kaum artikuliert wird.

Daneben ist es für viele Promotionsstipendiat:innen allein schon aufgrund erheblicher Mehrfachbelastungen schwer, sich für bessere Promotionsbedingungen ein-

zusetzen: Sie sollen forschen, die eigene wissenschaftliche Arbeit durch Publikationen und Vorträge voranbringen, zur Sammlung von Lehrerfahrung bestenfalls einen unterbezahlten Lehrauftrag ausüben, bis zu zehn Stunden pro Woche arbeiten und sich ehrenamtlich engagieren. Das gesellschaftspolitische Engagement ist für eine erfolgreiche Bewerbung und Weiterförderung maßgeblich. Im Kontext dieser gewaltigen Anforderungen ist es wenig verwunderlich, dass bei Vernetzungsveranstaltungen gerade diejenigen, die durch zusätzliche Faktoren wie Betreuungsverantwortung oder Erkrankung besonders belastet sind, kaum vertreten sind.

Einen Vorstoß im Hinblick auf die Forderung grundlegender Reformen hat im September dieses Jahres das *Netzwerk Stipendienerhöhung* unternommen. Das Netzwerk ist ein freier Zusammenschluss von Promotionsstipendiat:innen verschiedener Werke und Promotionsprogramme, das sich zu den Promotionsbedingungen von Stipendiat:innen austauscht. Im September veröffentlichte es einen offenen Brief an das BMBF, der von 139 Stipendiat:innen erstunterzeichnet wurde. Eine zeitgleich gestartete Petition brachte über 1.700 Unterschriften ein. Zusätzlich informierte das Netzwerk in den sozialen Medien unter dem Hashtag #DoktorhutUndDauerpleite über die prekäre Situation von Promotionsstipendiat:innen.

Hintergrund der Kampagne waren die vom BMBF bereits im Juli angekündigten Änderungen in der Begabtenförderung, deren konkrete Umsetzung jedoch lange auf sich warten ließ. Neben einer Erhöhung der

5 Vgl. [www.destatis.de: https://is.gd/UQ39yh](https://is.gd/UQ39yh) (12.11.2023).

6 Vgl. [muenchen.info: https://is.gd/T5SoKj](https://is.gd/T5SoKj) (12.11.2023).

Förderdauer von 3 auf 3,5 Jahren wurde beschlossen, dass die Promotionsstipendien bis zum Wintersemester 2025/2026 um insgesamt 300 € angehoben werden sollen. Der erste Erhöhungsschritt von 100 € im Herbst 2023 steht jedoch in keinem Verhältnis zu den real gestiegenen Lebenshaltungskosten der letzten Jahre.⁷

Zentraler Grund für diese nur schrittweise und den realen Preissteigerungen nicht angemessene Erhöhung liegt in dem Umstand begründet, dass das BMBF keine zusätzlichen Mittel für die Begabtenförderung zur Verfügung stellt. Um die Änderungen finanzieren zu können, müssen die Begabtenförderwerke folglich umplanen – was u. a. zu einem Abbau der ohnehin schon raren Promotionsplätze führen wird. Dieser Umstand und die allgemein prekären Promotionsbedingungen veranlassten das *Netzwerk Stipendienerhöhung* zur Veröffentlichung eines Offenen Briefes.⁸ Darin forderte das Netzwerk (1) die sofortige Erhöhung des monatlichen Stipendienatzes um 300 €, (2) die volle Erstattung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, (3) die Anrechnung der Promotionszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie (4) die Verlängerung der Laufzeit aller Stipendien.

Obgleich die zentralen Forderungen des Briefes größtenteils nicht umgesetzt worden sind, stellt der Brief einen großen Erfolg dar: Zum einen formierte sich durch das Netzwerk erstmalig ein breites Bündnis von Promotionsstipendiat:innen aus verschiedenen Förderprogrammen. Zum anderen kündigten mittlerweile alle Begabtenförder-

werke eine Verlängerung der Förderdauer all ihrer Stipendiat:innen auf 3,5 Jahre an, die bis zuletzt nicht für alle gelten sollte.

Dieses Potenzial will das *Netzwerk Stipendienerhöhung* weiter nutzen und längerfristig zur Vernetzung von Promotionsstipendiat:innen insgesamt – auch über die Begabtenförderung hinausgehend – beitragen, um deren Herausforderungen und Probleme in der deutschen Forschungslandschaft nachhaltig sichtbar zu machen und auf Veränderungen hinzuwirken.

Literatur

- Antwort Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: dserver.bundestag.de: <https://is.gd/cK9EaM> (12.11.2023).
- Becker, Caroline: «Welche Stipendien es für die Doktorarbeit gibt – und wie man sie bekommt». In: *Der Spiegel*. 28.3.2022. spiegel.de: <https://is.gd/0Y5708> (12.11.2023).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales: bmas.de: <https://is.gd/B0vxpb> (12.11.2023).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Die Begabtenförderwerke: bmbf.de: <https://is.gd/vmieII> (12.11.2023).
- Münchener Armutsbericht 2022: muenchen.info: <https://is.gd/T5SoKj> (12.11.2023).
- Netzwerk Stipendienerhöhung: promostip.de: <https://is.gd/QVkl2P> (12.11.2023).
- Statistisches Bundesamt: destatis.de: <https://is.gd/UQ39yh> (12.11.23).
- Wegner, Antje: «Die Finanzierungs- und Beschäftigungssituation Promovierender: Aktuelle Ergebnisse der National Academics Panel Study». In: *DZHW Brief 4*, 2020, S. 9. <https://is.gd/B2BE2E> (12.11.2023). ■

7 In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU gab die Bundesregierung an, dass die Lebenshaltungskosten seit der letzten Erhöhung der Promotionsstipendien im Jahr 2016 bis 2022 durchschnittlich um 16% gestiegen seien. Das würde allein für die Jahre 2022 einer notwendigen Erhöhung um mindestens 216 Euro entsprechen – die Preisentwicklungen aus diesem Jahr noch nicht eingeschlossen. Siehe: [dserver.bundestag.de: https://is.gd/cK9EaM](https://is.gd/cK9EaM) (12.11.2023).

8 Vgl. [promostip.de: https://is.gd/QVkl2P](https://promostip.de) (12.11.2023).

Thekla Mühlfordt

Wir wollen nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern aus der Kritik der alten Welt die neue finden

Ein Bericht vom 50. Jubiläum der Juso-Hochschulgruppen

50 Jahre nach ihrer Gründung in Saarbrücken feierten die Juso-Hochschulgruppen vom 16. bis 18. Juni 2023 ihr Jubiläum im Willy-Brandt-Haus in Berlin.¹ Das Wochenende stand ganz im Zeichen der Reflexion über 50 Jahre jungsozialistische Hochschul- und Bildungspolitik sowie der Suche nach Visionen und Lösungsansätzen für aktuelle und zukünftige Herausforderungen. Das Motto «Wir wollen nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern aus der Kritik der Alten Welt die Neue finden» diente nicht nur als Leitfaden für die Veranstaltung, sondern kann auch als Grundlage der politischen Arbeit der Juso-Hochschulgruppen verstanden werden.

Das Jubiläum begann am Freitagabend mit einem Festakt. Zu Beginn stellten Lina Eilers und Simone Mangold aus dem Bundesvorstand die theoretischen Grundlagen der Juso-Hochschulgruppen, sowie aktuelle politische Problemstellungen heraus. Saskia Esken überbrachte ein herzliches Grußwort, gefolgt von einer Podiumsdiskussion mit prominenten Gästen wie Carolin Wagner, Saskia Esken und Dr. Eva Quante-Brandt, die mit Johanna Liebe aus dem Bundesvorstand über aktuelle bildungspolitische Fragen und die Rolle der SPD diskutierten. Dabei wurde klar, dass die SPD ihre Rolle als Partei der Bildung

wieder stärker übernehmen und den neoliberalen Ideen von Eigenverantwortung linke Lösungen entgegensetzen muss. Besonders in der Kritik stand der Glaube an einen «Aufstieg durch Bildung», dem ein emanzipatorischer Bildungsbegriff, welcher (kritische) Bildung als Selbstzweck versteht, entgegensetzt wurde. Edelgard Bulmahn und Maria Noichl schlossen die Veranstaltung mit bewegenden Grußworten ab. Anschließend gab es die Möglichkeit zum Austausch zwischen aktiven und ehemaligen Hochschulgrüper:innen aus fünf Jahrzehnten und anderen Gästen.

Der zweite Tag des Jubiläums bot den Teilnehmenden ein facettenreiches Programm, das in vier Zeitslots mit je drei parallelen Veranstaltungen strukturiert war. Die einzelnen Veranstaltungen spiegelten die Vielfalt aktueller (bildungs-)politischer Fragen wider. Neben Mitgliedern des Bundestags waren auch Bündnispartner:innen der Hochschulgruppen und Expert:innen eingeladen, um einen breiten Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart zu ermöglichen. Unter anderem wurde intensiv über die Rolle von Hochschulen in der Klimakrise, Inklusion und Hochschulen in Ostdeutschland diskutiert. Hierbei wurde das wechselseitige Verhältnis von Hochschulen und Gesellschaft besonders deutlich:

¹ Vgl. hierzu auch die letzte Ausgabe der *perspektivends* 1/2023, in der viele Positionen und inhaltliche Beiträge aus den Reihen der Juso-Hochschulgruppen anlässlich des Jubiläums versammelt waren.

Hochschulen sind nicht trennbar von gesellschaftlichen Strukturen, diese prägen das Hochschulwesen auf sämtlichen Ebenen. Zugleich gestalten Hochschulen, Wissenschaft und Forschung gesellschaftliche, politische und ökonomische Zusammenhänge und tragen daher große Verantwortung. Einen Blick auf Herausforderungen und Erfolge der Juso-Hochschulgruppen in den letzten 50 Jahren bot der Mehrgenerationentalk mit Hochschulgrüpler:innen aus allen Jahrzehnten.

Auch die Grundwerte Feminismus, Sozialismus und Internationalismus wurden sowohl in ihren theoretischen Grundlagen als auch in ihrer praktischen Umsetzung diskutiert. Ein besonderer Fokus lag zudem auf der Frage nach sozialistischer Theorie und Praxis an Hochschulen. Die theoretischen Grundlagen wurden durch einen Vortrag mit anschließender Diskussion gelegt, anschließend konnte auf zwei Podien über Arbeitsbedingungen an Hochschulen und studentische Armut diskutiert werden. In diesen Panels wurde deutlich, dass das Bild der privilegierten und feiernden Studierenden nichts als ein Euphemismus ist. Dass der Anteil von Armutsbetroffenen unter Studierenden doppelt so hoch ist wie in der Gesamtgesellschaft, zeigt deutlich, dass die sozialistischen Kämpfe der Juso-Hochschulgruppen für eine studierendenfreundliche Sozialpolitik absolut notwendig sind.²

In einem Vortrag zur Kritik des Popfeminismus wurden pastellfarbene Instagram-

Kacheln durch eine wissenschaftlich-feministische Analyse und eine anschließende Diskussion über feministische Streiks ersetzt. Auch die rassistischen Strukturen in unserer Gesellschaft wurden kritisch betrachtet und über eine antirassistische Praxis an Hochschulen, die über liberale Diversity-Strategien hinausgeht, diskutiert. Panels über aktuelle politische Fragen rundeten das Programm ab: So konnte sowohl über europäische Migrationspolitik als auch über den Einfluss von Künstlicher Intelligenz auf das Bildungssystem diskutiert werden.

Abgeschlossen wurde das Wochenende am Sonntag mit einer Reihe von Workshops, die sich mit sozialistischer Theorie und Praxis in der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen auseinandersetzten. Neben Vorträgen zur marxistischen Theorie und zum Bildungsideal der Juso-Hochschulgruppen gab es die Möglichkeit, sich mit sozialistischer Praxis im 21. Jahrhundert zu beschäftigen. Hier wurde Raum für vertiefte Diskussionen geschaffen, um die Ideen und Erfahrungen der letzten 50 Jahre zu reflektieren und gleichzeitig den Blick nach vorne zu richten.

Insgesamt war das Jubiläumswochenende geprägt von inspirierenden Gesprächen, spannenden Diskussionen und einem intensiven Austausch zwischen den Generationen. Es wurde klar, dass die Juso-Hochschulgruppen auch 50 Jahre nach ihrer Gründung eine wichtige Stimme für linke und progressive Bildungspolitik sind. ■

2 Vgl. hierzu den Bericht *Armut von Studierenden in Deutschland* (2022): [der-paritaetische.de: https://is.gd/tgcUoR](https://is.gd/tgcUoR) (28.11.2023).

Dagmar Schlapeit-Beck

«Das Private ist politisch»

Ausgangspunkt des Feminismus bei den Juso-Hochschulgruppen

Das Bewusstsein über die unterdrückenden Machtstrukturen auch bei den an sich anti-autoritären Juso-Hochschulgruppen Ende der 1970er-Jahre führte zum Aufbegehren und Solidarisieren von uns jungen Feministinnen im Verband.

Als frühes Mitglied der Juso-Hochschulgruppen von 1977 bis 1983 an der Gesamthochschule Wuppertal, als Sprecherin im Landeskoordinierungsausschuss Nordrhein-Westfalen und im Bundesverband habe ich einen gewissen Einblick in die Anfänge des dortigen feministischen Diskurses.

Die Juso-Hochschulgruppen in den 1970er-Jahren waren das undogmatisch-reformsozialistische Zentrum in steter strittiger Auseinandersetzung mit dem eher dogmatisch ausgerichteten Stamokap-Flügel im eigenen Verband oder mit anderen Listen wie dem Sozialistischen Hochschulbund. Zunächst stellten wir also immer die Systemfrage der Überwindung des Kapitalismus und des Erreichens des demokratischen Sozialismus. Die ersten Frauen bei den Juso-Hochschulgruppen bezogen ihre Identität zunächst aus diesen ewigen Flügeln als linke undogmatische Jungsozialist:innen.

Erst durch eigene Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrungen¹ auch bei den Juso-Hochschulgruppen, durch Kontakt und Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und durch Einflüsse der autonomen Frauenbewegung entstand Ende der 1970er-Jahre eine erste Frauenszene, Frauensolidarität und eine eigene feministische Hochschulpolitik auf den halbjährigen Landes- und Bundeskoordinierungstreffen.

Unsere ersten Veröffentlichungen in den 1977 gegründeten *Arbeitsheften zur sozialistischen Theorie und Praxis* beschäftigten sich mit den maskulinen Machtstrukturen im Verband, also jener Männer, die sich selbst als links und undogmatisch, als radikalsozialistisch und basisorientiert ansahen. So beschrieb ich selbst 1978² (ich war damals 20 Jahre alt) noch weitgehend unreflektiert meine Situation als junge Genossin als oft einzige Frau auf Veranstaltungen und in männerdominierten Gremien. Ich schilderte die inhaltliche Arbeit der Frauen an der Basis in Arbeits- und Projektgruppen bei jedoch fehlender Repräsentanz in Führungspositionen der Jungsozialisten. «Viele Frauen trauen sich Posten nicht zu,

1 Vgl. Dagmar Schlapeit-Beck: «Juso-Hochschulgruppen – Wie sie wurden, wie sie sind, in: Martin Gorholt / Karsten D. Voigt / Ruth Winkler (Hg.): *Wir sind die SPD der achtziger Jahre – 20 Jahre Linkswende der Jusos*, Marburg 1990, S. 57–61. – Vgl. Dagmar Schlapeit-Beck: «Wie der Feminismus bei den Juso-Hochschulgruppen Einzug hielt», in: Philipp Breder / Marieke Reiffs / Kerstin Rothe / Mareike Strauß (Hg): *Studium, StuPa, Streik! – Die Juso-Hochschulgruppen und ihre Geschichte*, Marburg 2018, S. 30–37.

2 Schlapeit, Dagmar: «Probleme einer Frau in der politischen Arbeit der Jusos», in: *Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis*, Nr. 11, 1978, S. 25–27.

haben Angst, öffentlich zu reden [...]» Das Institut der einzelnen Alibi-Frau in Vorständen sah ich als Schwächung von Frauen in der Politik an, da Frauen meiner damaligen Meinung nach, aus eigener Kraft gewählt werden sollten. Das sehe ich heute als Protagonistin der Frauenquote allerdings anders. Ich schloss mit dem Satz «Vielleicht können die Jusos eines Tages ihren sozialistischen Anspruch einmal auf ihre eigene Praxis beziehen und ihr unemanzipiertes Verhältnis in Bezug zu Frauen und zu sich selbst überprüfen.»

Auch andere Genossinnen verlangten ein angstfreies Kommunikationsklima bei den Juso-Hochschulgruppen. So beschreibt Anne Heinz 1978³ ihre Erfahrungen mit der linken Diskussionskultur: «Mit Herzklopfen erklärte ich, dass

- es mir unter den bisherigen Kommunikationsweisen nicht möglich sei, in der Gruppe zu arbeiten,
- die Vielredner (Dr. rhetor. Freaks) mich daran hinderten an der Diskussion teilzunehmen, anstatt mir Starthilfe zu geben,
- ich mich ständig unter Druck gesetzt fühlte, endlich etwas zu sagen, um akzeptiert zu werden [...].
- das Gerede von der gesamtgesellschaftlichen Emanzipation zur Farce würde, wenn nicht die einzelnen Gruppenmitglieder anfangen, ansatzweise in ihrem Lebensbereich und Arbeitszusammenhang emanzipatorische Verhaltensweisen zu üben.»

Das eigene Frauen- und Selbstbewusstsein der weiblichen Mitglieder der Juso-Hochschulgruppen wuchs aber gerade auch

unter diesen Machtstrukturen, unter der mangelnden Sensibilität, der Frauenfeindlichkeit, der Geringschätzung von Leistungen, der fehlenden Wahrnehmung und Förderung von Frauen, durch das gänzliche Ausblenden der Geschlechterfrage in dieser männlich dominierten Diskussionskultur.

Wir Juso-Hochschulgruppenfrauen finanzierten uns noch von Frauen, die sich «weiblich» gaben, die Röcke oder Kleider im Gegensatz zu unseren Hosen trugen, die während der Konferenzen strickten und sich unseres Erachtens damit selbst aus der Diskussion ausschlossen, die sich als «Freundin von [...]» oder sogar als «Sekretärin von [...]» auf den Koordinierungstreffen aufhielten. So lehnten wir die Essenzialisierung der weiblichen Geschlechterrolle ab und wollten nicht als typische «Frauen» mit zugeschriebenen Eigenschaften wie Sanftheit, Empathie oder Unterordnung verbunden werden. Der bekannte Spruch, hinter jedem erfolgreichen Mann stehe eine Frau, galt auch für die so undogmatischen Juso-Hochschulgruppen. Aber wir Frauen wollten jetzt selbst Politik gestalten.

Wir ersten Frauen bei den Juso-Hochschulgruppen forderten «Emanzipation und Gleichberechtigung», wollten ebenso wirksam reden, Beschlüsse durchsetzen und Wahlen gewinnen. Wir stützten uns auf August Bebel's *Die Frau und der Sozialismus* von 1879, auf Simone de Beauvoirs *Das andere Geschlecht* und Alice Schwarzer's *Der kleine Unterschied* und vertraten, dass wir nicht als Frauen geboren, sondern dazu gemacht wurden. Wir wollten die gegebene vorherrschende Frauenrolle als Sozialisierungsergebnis überwinden.

3 Anne Heinz, Politische Arbeit und persönliche Emanzipation, in: *Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis*, 11, 1978, S. 5-10.

Zunehmend wurde uns bewusst, dass wir die auch bei den Juso-Hochschulgruppen etablierte pseudo-marxistische These von der Beseitigung des «Hauptwiderspruchs» der kapitalistischen Ausbeutung, mit der sich auch alle anderen Unterdrückungsformen als «Nebenwidersprüche» von selbst lösen würden, nicht mehr teilen. Alltäglicher Sexismus, eigene Diskriminierungserfahrungen, mangelnde Wertschätzung auch im linken Milieu der Juso-Hochschulgruppen, fehlende Bereitschaft, auch Frauen in Führungspositionen, z. B. als AStA-Vorsitzende, zu wählen, führten zum überregionalen Zusammenschluss der Frauen der ersten Stunde. Daraus entwickelten wir einen gleichstellungspolitischen Ansatz, mit dem wir die theoretische Gesellschaftsanalyse mit unserer identitären Betroffenheitspolitik in die Programmatik der Juso-Hochschulgruppen einfließen ließen. Unsere linke Identitätspolitik war Reaktion auf erlebte Diskriminierung.

Wir sahen in der Frauenfrage ein zentrales Problem unserer Gesellschaft und forderten einen Rollenwandel von Männern und Frauen, denn die Überwindung der Diskriminierung von Frauen konnte nicht ohne Beschränkung der Privilegien von Männern möglich werden.

Die Juso-Frauen vertraten eine offene Definition des Weiblichen, die auch die rationale Wahrnehmung von Macht, Einfluss und Karrierechancen umfasste. «Frauen wollen die Hälfte der Macht, gleiche Rechte und Chancen, um überhaupt erst ein selbstbestimmtes Leben führen und ihre Individualität, ihre Besonderheit leben zu können.»⁴

Entwickelt wurde eine feministische Identitätspolitik zunächst aus dem Erfahrungsbereich der Ungleichheit an den Hochschulen und selbst erfahrenem Unrecht. Thematisiert wurden Benachteiligungen von weiblichen Studierenden aus einkommenschwachen Elternhäusern, den unzulänglichen Zugang zu Bafög-Leistungen insbesondere für alleinerziehende Studierende, den Zwang, das eigene Studium durch kraftraubende Nebenjobs zu finanzieren (ich habe bei der Post im Schichtdienst Pakete sortiert, andere Genossinnen haben gekellert oder im Krankenhaus geputzt), die Doppelbelastung von Haushalt und Studium für Studierende mit Kindern und die später folgende Akademikerinnenarbeitslosigkeit.

Die Feministinnen bei den Juso-Hochschulgruppen sahen sich schließlich als Teil der Neuen Frauenbewegung. Diese zweite Welle der Frauenbewegung war darauf gerichtet, einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, um Diskriminierung und soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern abzubauen. Noch war es ein weiter Weg von der Antidiskriminierung zur aktiven Frauenförderung. Das Leitmotiv war zunächst die Politisierung des Privaten durch das Aufbrechen der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung innerhalb der Familie, mit der Zuordnung der Frauen für Hausarbeit und Kindererziehung. Daher verlangten wir von unseren Partnern die paritätische Teilung der Hausarbeits- und Familienpflichten.

Dieser Feminismusbegriff beinhaltete somit mehr als Emanzipations- und Freiheitsbestrebungen und das Eintreten für Frauenrechte. Mit Ute Gerhard⁵ verstanden wir

4 Inge Wettig-Danielmeier: *Frau macht Zukunft, Rechenschaftsbericht auf der 10. Ordentlichen Bundeskonferenz der ASF*, 12.-14. Juni 1992 Berlin, Dokumentation, S. 9.

5 Ute Gerhard: *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, München 2009.

Feminismus als eine Theorie, «die nicht nur einzelne Anliegen verfolgt, sondern die Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse im Blick hat, also einen grundlegenden Wandel der sozialen und symbolischen Ordnung – auch in den intimsten und vertrautesten Verhältnissen der Geschlechter – anstrebt und gleichzeitig Deutungen und Argumente zu ihrer Kritik anbietet.»

1984 sprachen sich Ruth Winkler und Malte Ristau⁶ in einem «progressiv-reformistischen sozialistischen Strategiekonzept undogmatischer, reformsozialistischer Jungsozialisten» dafür aus, «das patriarchalische System, in dem die Trennung von Produktion und Reproduktion, von Öffentlichem und Privatem mit der Trennung zwischen «Männerwelt» und «Frauenwelt» tendenziell zusammenfällt», abzubauen. Die geschlechtsspezifisch ungleiche Arbeitsteilung, die geschlechtsspezifische Sozialisation, der unterschiedliche Zugang zur traditionellen Politik und die herrschenden sexuellen Normen sollten überwunden werden. Die von der Bundesregierung Kohl postulierte «Neue Mütterlichkeit» wurde von ihnen als Anti-Frauenprogramm und als Angriff auf die Gleichberechtigung der Frauen gewertet.

Die gleichstellungspolitischen Themen, wie die Benennung der «gläsernen Decke» bei Hochschulkarrieren, die Unterrepräsentanz von Frauen in den MINT-Fächern, fehlende Frauenförderung bei Stipendien, die Forderung von Frauenreferaten bei den ASTen, nach Frauenstudien, Frauuniversitäten oder Frauenbeauftragten läuteten um

1980 eine Wende bei den Juso-Hochschulgruppen ein.

Feministische Gleichstellungspolitik wurde solidarisch gemeinsam auch mit der ASF etwa auf SPD-Parteitagen verfolgt, wobei dort zur damaligen Zeit noch ein gewisses gegenseitiges Befremden herrschte. Als Folge des Antagonismus der Frauenbewegung noch aus dem 19. Jahrhundert, in dem die bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung miteinander konkurrierten, könnte man auch das Verhältnis von Juso-Hochschulgruppen Feministinnen und ASF-Frauen betrachten. «Seit damals gibt es das Bemühen, die soziale Frage mit der «Frauenfrage», sprich Klassenpolitik mit Identitätspolitik zu verbinden.»⁷

Die ASF stellte Forderungen zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen durch eine Eherechtsreform mit Versorgungsausgleich, zum Scheidungsrecht ohne Schuldprinzip, zu mehr Frauen in den Parlamenten, zur «Quotenbeteiligung für Frauen an Ämtern und Mandaten»⁸ oder zur Reform des § 218 auf. Die Forderungen der aus ASF-Sicht hingegen «privilegierten» Studentinnen nach einer akademischen Karriere oder ausreichender materieller Absicherung während des Studiums wurden als eher abgehoben wahrgenommen.

Wenig Berührung hatten die Frauen bei den Juso-Hochschulgruppen auch mit der autonomen Frauenbewegung. Geeint hatte sie der Kampf gegen Gewalt und Sexismus gegen Frauen, für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, aber der in der autonomen Frauenbewegung vor-

6 Vgl. Malte Ristau / Ruth Winkler: «Für einen progressiven Reformismus», in: *Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, Arbeitshefte zur Sozialistischen Theorie und Praxis*, Nr. 60, Sonderheft 1984, S. 30–44.

7 Lea Susemichel: «Ein Plädoyer für feministische Identitätspolitik», in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*, 3/2021.

8 Vgl. ASF-Protokoll der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen «Recht auf Arbeit – Frauen in die Politik», Siegen, 3.–5.6.1977.

herrschende Lebensstil von Frauenläden, «lila Latzhosen» oder Esoterik fand wenig Zugang zu den Juso-Hochschulgruppen. In der autonomen Frauenszene wurde eine Rolle von Frauen, die mit Robustheit, Härte, Stärke, Durchsetzungskraft, Unnahbarkeit, Konkurrenzfähigkeit einherging, nicht ertragen und sogar als unweiblich diffamiert.⁹

Die Frauen bei den Juso-Hochschulgruppen waren Vorreiterinnen der Gleichstellungsfeministinnen in einem arbeitsteiligen Arrangement mit den Bewegungsfeministinnen der autonomen Frauenprojekte. Allerdings kamen zentrale frauenpolitische Forderungen, wie etwa die Quote, die die ASF bereits 1977 auf ihrem Bundeskongress gefordert hatte, erst viel später bei den Juso-Hochschulgruppen an. Ursache hierfür war eben, dass die Juso-Hochschulgruppen zu jener Zeit in den 1970er-Jahren immer noch ein Verband mit rund 90 Prozent männlichen Mitgliedern war. Tatsächlich wird dem Institutionenfeminismus der 1970er- und 1980er-Jahre sogar vorgehalten, den Bewegungsfeminismus durch bürokratische Gleichstellungsstrukturen gezähmt oder gelähmt zu haben.¹⁰ Hierbei wird verkannt, dass die Gleichstellungs- oder Institutionenfeministinnen seit den 1980er-Jahren eine Infrastruktur der Frauenförderung mit Gleichstellungsbeauftragten, Frauenförderplänen, Gender-Studies, Gender-Budgeting, Diversity-Management, Frauenhochschulen, Quotierung, Reißverschlüssen bei Listenaufstellungen und Redelisten, dem gegenderten Sprachgebrauch oder Tenure-Track-Angeboten, implementieren konnten. Dadurch bindet

aktive Frauenförderung nicht nur gesellschaftliche Ressourcen, sondern eröffnet zahlreichen qualifizierten Frauen auch Karrierechancen. Nicht zufällig waren zahlreiche kommunale Frauenbeauftragte der ersten Stunde in den 1980er-Jahren zuvor bei den Juso-Hochschulgruppen.

Sowohl von der ASF, als auch von Gewerkschaftsfrauen und von autonomer Frauenseite verblieb zu Anfang eine gewisse Fremdheit bis hin zu Misstrauen gegenüber den vermeintlich elitären Feministinnen bei den Juso-Hochschulgruppen. Erst in den 1980er-Jahren entstand ein breites Bündnis durch die gemeinsamen Forderungen nach gleicher Bezahlung, sozialer Absicherung, besserer Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nach Gleichstellung und Aufstiegschancen in allen Berufen, auf allen Hierarchiestufen von Juso-Hochschulgruppen mit der ASF und auch mit den grünen Frauen.

Heute bekennen sich die Feministinnen bei den Juso-Hochschulgruppen zu einem sozialistischen (Queer-) Feminismus. Sie wollen die materiellen und ökonomischen Grundlagen der Diskriminierung von Frauen durch das kapitalistische Patriarchat in Verbindung mit einer queerfeministischen Perspektive bekämpfen. Bei der Intersektionalität konzentrieren sie sich auf die Gemeinsamkeit der vielfältigen Diskriminierungserfahrungen und stellen sich gegen eine Aufaddierung von überschneidenden Diskriminierungsformen. Eine identitäre Betroffenheitspolitik sei nicht der Ausgangspunkt ihres Feminismus. Gleichwohl beziehen sie sich in ihrer theoretischen Gesellschaftsanalyse und ihrem real-

9 Vgl. Helga Grebing / Inge Wettig-Danielmeier: «Eine Bilanz nach mehr als vierzig Jahren Politik als Beruf», in: Helga Grebing / Karin Junker (Hg.): *Frau. Macht. Zukunft, Festschrift für Inge Wettig-Danielmeier*, Marburg 2001, S. 15–35, S. 26.

10 Vgl. Susanne Eyssen: *Der Aufbruch der Frauen in der SPD*, Opladen, Berlin, Toronto 2019, S. 16.

politischen Engagement auf eine positive Identitätspolitik des politischen Subjekts Frau. Wir frühen Feministinnen bei den Juso-Hochschulgruppen in den 1970er- und 1980er-Jahren haben uns genau diesem heutigen strategischen Ansatz verschrieben und sehen uns daher als ihre Vorgängerinnen.

Noch immer wurden nicht alle zentralen Forderungen der Feministinnen bei den Juso-Hochschulgruppen durchgesetzt, gibt es keine Parität bei Professuren oder im Mittelbau, leiden Frauen im wissenschaft-

lichen Nachwuchs unter ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, ist wissenschaftliche Tätigkeit noch immer schlecht mit reproduktiver Arbeit vereinbar, fehlen Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt an den Hochschulen, unterliegen Studierende nicht dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, fehlt es an Förderprogrammen für Frauen in den MINT-Fächern, fehlen Mittel für die Förderung von Gender-Studies und feministischer Forschung [...].

Wir werden die Juso HSG dabei unterstützen! ■

JUNGE PERSPEKTIVEN

Laura Clarissa Loew / Hendrik Küpper

Einleitung

Überlegungen zur rechtsextremen Bedrohung in Deutschland und der Welt

Während die Ampel-Koalition immer weiter an Rückhalt in der Bevölkerung verliert, eilt die AfD als eine in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall oder gesichert rechtsextrem eingestufte Partei von einem Umfragerekord zum nächsten. Zwar sind regressive Tendenzen und das Erstarken von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus keineswegs ein ausschließlich deutsches Phänomen, der so enorme Aufschwung einer rechten Partei in einem Land mit faschistischer Vergangenheit sollte aber alarmieren und zeigt deutlich, dass die Analyse des Phänomens und daraus abgeleitete Gegenstrategien noch nicht an ihrem Ende angeht sein können.

Die gegenwärtige Institutionalisierung des Erinnerens an die Shoah erscheint im Angesicht der rassistischen und antisemitischen Diskursverschiebungen inhaltsleer und konsequenzlos; der Versuch, die AfD in Talkshows argumentativ zu entlarven, hilflos. Mit Blick auf das Erstarken der AfD bedarf es einer kritischen Überprüfung, die voraussetzt, sich mit der Ideologie und der

diskursiven Praxis rechter Kräfte auseinanderzusetzen. Bereits 1967 analysierte Theodor W. Adorno in einem Vortrag, den er an der Universität Wien hielt, das Aufkommen eines neuen Rechtsradikalismus und zeigte die Komplexität des Phänomens auf:

«Man sollte diese Bewegungen nicht unterschätzen wegen ihres niedrigen geistigen Niveaus und wegen ihrer Theorielosigkeit. Ich glaube, es wäre ein völliger Mangel an politischem Blick, wenn man deshalb glaubte, daß sie erfolglos sind. Das Charakteristische für diese Bewegungen ist vielmehr eine außerordentliche Perfektion der Mittel, nämlich in erster Linie der propagandistischen Mittel in einem weitesten Sinne, kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden. Und ich glaube, daß gerade diese Konstellation von rationalen Mitteln und irrationalen Zwecken, wenn ich's einmal so abgekürzt ausdrücken soll, in gewisser Weise der zivilisatorischen Gesamttendenz entspricht. [...] Die Propaganda ist vor allem darin genial, daß sie bei diesen Parteien

und diesen Bewegungen die Differenz, die fraglose Differenz zwischen den realen Interessen und den vorgespielten falschen Zielen ausgleicht.»¹

Wer die AfD oder das Auftreten rechter Kräfte verstehen will, muss also berücksichtigen, dass sich diese nicht allein durch Argumente entkräften lässt, da ihre diskursive Strategie dadurch gekennzeichnet ist, dass Mittel für Zwecke substituiert werden. Die Ideologie und diskursive Strategie rechtsextremer Akteur:innen weltweit weiter zu beleuchten, ist eines der Ziele dieser Ausgabe der *jungen Perspektiven*.

Um vor Anfälligkeit für Propaganda und Populismus zu schützen, bedarf es aber auch einer Politik, die rechten Parteien und Bewegungen ihren Nährboden entzieht. Insbesondere die Sozialdemokratie, der es im linken Lager am ehesten zuzutrauen wäre, gesellschaftliche Kraft zu entfalten, muss der voranschreitenden Faschisierung etwas entgegensetzen. Verwurzelt in dem Prozess, der durch das Schröder-Blair-Papier im Jahr 1999 eingeleitet wurde, fortgesetzt durch die Beteiligung an konservativen Regierungen, gipfelt der Profilverlust der Sozialdemokratie heutzutage darin, rechten Akteur:innen nach dem Mund zu reden und rechten Diskursen immer mehr Raum zu geben. Weder vulgärmaterialistische Analysen, die jegliche gesellschaftspolitische Themen als «Identitätspolitik» verunglimpfen, noch rein identitär getragene Analysen von «gesellschaftlicher Kränkung» können Allheilmittel für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation sein. Als analytischer Schlüsselbegriff gegen die jeweils einseitigen Betrachtungsweisen könnte hingegen der integrierende Begriff der *Emanzipation*

herangezogen werden, der zwar ideengeschichtlich und historisch in der politischen Linken und insbesondere in der Sozialdemokratie fest verankert ist, in gegenwärtigen Schwarz-Weiß-Betrachtungen aber kaum noch Berücksichtigung findet.

Die rechtsextreme Bedrohung in Deutschland wird außerdem begleitet von einer Reihe an geopolitischen Ereignissen, die in immer höherer Frequenz und immer näher einschlagen. Der russische Angriff auf die Ukraine, die aserbaidschanische Vertreibung der Armenier:innen aus Arzach/Bergkarabach und schließlich die mörderische Attacke der Hamas auf Israel entstammen – so unterschiedlich die einzelnen Motivationen individuell betrachtet auch sein mögen – aus ein und demselben Ideenreservoir. Ob autokratische Herrschaft à la Putin, theokratisch-faschistisches Regime im Iran und dessen Schergen oder rechtsradikale Rassisten – sie vereint der Hass auf liberale Demokratien und deren (unterschiedlich erfolgreiche) Versuche, gerechtere Gesellschaften zu erschaffen.

Mit diesen inneren und äußeren Bedrohungen für freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaften muss sich auch die Sozialdemokratie in den kommenden Jahren auseinandersetzen und Strategien dafür finden, ihre Vorstellungen eines solidarischen Zusammenlebens als Gegenbild dazu zu präsentieren.

In dieser Ausgabe der *jungen Perspektiven* blicken wir deshalb aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf den erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland und der Welt. Als roter Faden durch die Ausgabe ziehen sich hierbei die folgenden Leitfragen, auf die jeweils unterschiedlich akzentuiert eingegangen wird: Was erklärt

1 Theodor W. Adorno: *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*. [1967] Berlin 2019, S. 22 f.

das Erstarken der AfD und anderer rechter Kräfte und wie lässt sich die rechte Ideologie analytisch fassen? Welche politischen Strategien lassen sich aus der Analyse ableiten, um der Gefahr von rechts effizient und nachhaltig begegnen zu können? Und wie äußern sich regressive Tendenzen in anderen Ländern sowie was lässt sich daraus für den Kampf gegen Rechts lernen? Den Anfang macht die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie Bundestagsabgeordnete Elisabeth Kaiser. Sie analysiert Gründe für das Erstarken der AfD und plädiert für ein Maßnahmenbündel, um die AfD zurückzudrängen. Im Anschluss daran beleuchtet Helene Franke die Rolle des Geschlechts im Rechtsextremismus und Johanna Liebe weist auf die Gefahren von Burschenschaften hin, die als Elitenkader für rechte Akteure wie die AfD und die FPÖ fungieren. Auf Gefahren im Umgang mit rechts geht auch Natalie Maurer ein, die anhand der Wahlen in Hessen deutlich macht, dass Diskursverschiebungen nach rechts im Hinblick auf die Migrationspolitik vor allem konservativen und rechten Kräften helfen. Die Artikel von Jan Hillgruber und Liliia Sablina weiten den Blick über Deutschland hinaus und beleuchten Melonis politisches Agieren in Italien bzw. die extreme Rechte in Russland mitsamt ihren europäischen Netzwerken.

Julius Reim plädiert zum Abschluss dieser Ausgabe in seinem Artikel dafür, dass ein linkes Verständnis von Antifaschismus notwendigerweise Kritik am Antisemitismus und Solidarität mit Israel beinhalten müssen. An dieser Stelle möchten wir als Redaktion auch ausdrücklich unterstrei-

chen, dass wir diese Position im Sinne des emanzipatorischen und universalistischen Leitbilds der *jungen Perspektiven* ausdrücklich unterstützen. Eine Linke mit einem emanzipatorischen, universalistischen Anspruch muss in der Lage sein, den islamistischen und antisemitischen Terror zu verurteilen – auch das ist Teil des Kampfes gegen Rechtsruck und Faschismus.

Ebenfalls zu den *jungen Perspektiven* gehören die Besprechungen von Lina-Marie Eilers und Lukas Marvin Thum, denen wir an dieser Stelle auch ganz herzlich für die redaktionelle Mitarbeit an dieser Ausgabe danken wollen. Des Weiteren sind auch die Artikel von Madita Lachetta sowie Luisa Klätte und Charlotte Rathjen in der Hochschulrubrik Teil der *jungen Perspektiven*. Ebenso wie der Bericht zum 50. Geburtstag der Juso-Hochschulgruppen, den wir im letzten Heft mit einer Sonderausgabe begleitet haben, von Thekla Mühlpfordt. Hieran knüpft auch der Artikel von Dagmar Schlaeplitz-Beck an, der sich mit dem Ausgangspunkt des Feminismus bei den Juso-Hochschulgruppen beschäftigt. Dieser konnte aufgrund von technischen Schwierigkeiten leider nicht – wie ursprünglich geplant – in der letzten Ausgabe veröffentlicht werden.

Wir möchten außerdem darauf hinweisen, dass die Homepage und der Instagram-Account der *jungen Perspektiven* seit dieser Ausgabe wieder regelmäßig bespielt werden, dafür danken wir Lukas Marvin Thum. Sie finden uns künftig auch im Internet unter:

<http://www.junge-perspektiven.de/>
oder auf Instagram unter:
@jungeperspektivends ■

Verunsicherung und Rechtsruck in Krisenzeiten

Vor nunmehr 11 Jahren wurde die AfD gegründet und vergiftet seither das politische und gesellschaftliche Klima in unserem Land. Die einstige Anti-Euro- und Professoren-Partei häutete sich von Jahr zu Jahr vom marktradikalen Neoliberalismus hin zum völkisch-rassistischen Nationalismus. Ihr Zuspruch in der Wähler:innenschaft nimmt trotz oder gerade deswegen bis dato zu. Dass eine vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall oder gesichert rechtsextrem eingestufte Partei in dieser Größe eine solche Popularität erlangt, ist ein Fanal in der Geschichte der Bundesrepublik – nicht einmal acht Jahrzehnte nach dem Ende des faschistischen Deutschlands. Doch warum gewinnt die AfD immer öfter Stimmen und wie können wir das Ruder rumreißen?

Die multiplen Krisen der letzten vierzehn Jahre in Europa mehren das Gefühl der Verunsicherung und sind ein Motor für den Populismus der AfD. Parallel dazu versucht die Union mit Krawallkonservatismus und Identitätssuche ihr Lager zusammenzuhalten. Gerade im Osten wird das immer schwieriger, denn hier dient sich die AfD als neue Fundamentalopposition an, die ihre Klientel aus den Reihen von CDU bis LINKE anwirbt. Währenddessen weitete die Partei auch im Westen ihre Stimmenanteile aus und kann dabei auf bestehende, historisch gewachsene rechte Einstellungen setzen, die unter dem Radar liefen. Das politische Potpourri der AfD entfaltet mittlerweile eine Anziehungskraft weit über das rechts-extreme Milieu hinaus und ist anschlussfähig für Protest-Wähler. Die «Anti-Alles-Par-

tei» kann so trotz fehlender Sachkompetenz und zahlreicher Skandale, trotz interner Zerwürfnisse und attestiertem Rechtsextremismus Erfolge erzielen und erste Ämter erringen. In Teilen der Bevölkerung und Kommunalpolitik ist die Brandmauer mehr als brüchig. Doch der Rechtsruck ist kein Selbstläufer. Die Verunsicherten lassen sich zurückholen in die demokratische Mitte: mit Haltung, sozialdemokratischen Angeboten und einem langen Atem.

Epoche multipler Krisen

Die Krisenzeiten in Europa und Deutschland haben sich verdichtet. Während diese für die Regierungen und demokratischen Oppositionsparteien Auftrag sind, Gesellschaft und Wirtschaft zu stabilisieren, waren sie für die AfD Anlässe, zu polarisieren und zu spalten. Die Eurokrise 2009, welche auf die Banken- und Wirtschaftskrise in den beiden Jahren zuvor folgte, war gar ihr Gründungsmythos als «eurokritische» Partei im Jahr 2013. Die «Alternative» war die reaktionäre Antwort auf Angela Merkels «Alternativlosigkeit», mit der sie ihre Unterstützung für den Euro-Rettungsschirm begründete, der unter anderem die Zahlungsfähigkeit von Griechenland und Irland und letztlich die Stabilität des Euros sicherte. Mit diesem Anti-Europa- und Zurück-zur-D-Mark-Kurs holte die AfD nur wenige Monate nach ihrem Bestehen bei der Bundestagswahl schon 4,7 Prozent und verpasste nur knapp den Einzug in den Bundestag.

Zwei Jahre darauf stand bereits die nächste Herausforderung für die Europäische Union und die Bundesrepublik an. Insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien sorgte 2015 und 2016 für die größte Fluchtbewegung nach Deutschland seit mehr als 20 Jahren. Insgesamt mehr als 1,2 Millionen Menschen stellten in den beiden Jahren in Deutschland Asylanträge. Die Verteilungs- und Finanzierungsfrage war in aller Munde. Der einschwörende Satz «wir schaffen das» der damaligen Bundeskanzlerin avancierte zum neuen Aufreger für Rechtsaußen. Mit einer immer stärker werdenden flüchtlings- und islamfeindlichen Fokussierung suchte die AfD den Schulterchluss mit der Pegida-Straßenbewegung und konnte schon 2014 in die Landtage von Sachsen, Brandenburg und Thüringen einziehen – noch heute das Kerngebiet der Partei. Der Nachhall der Flüchtlingskrise bescherte der AfD 2017 den Einzug in den Bundestag, wobei sie sich mit 12,6 Prozent mehr als verdoppelte. Ein Jahr darauf kam sie in Umfragen sogar auf 18 Prozentpunkte.

Ab 2020 sollte sich die Welt dann zusehends im Griff von Covid-19 befinden. Die Coronakrise sorgte auch in Deutschland für steigende Todeszahlen. Die Pandemie und die Maßnahmen, mit denen der Ausbreitung des Virus begegnet wurde, trafen Bevölkerung und Unternehmen hart. Eine bisher nicht gekannte Wirtschaftskrise war die Folge. Die Bundesregierung reagierte darauf mit Unterstützung von über 170 Milliarden Euro für Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmer. Die AfD gerierte sich zwar als «Freiheitspartei», doch konnte sie damit in der Breite nicht punkten. Während die Rechtsaußen vor allem im Corona-Leugner-Milieu der «Querdenker» mobilisierten, genossen

die staatlichen Corona-Hilfen und Pandemie-Maßnahmen das Vertrauen und den Rückhalt in weiten Teilen der Bevölkerung. Diese Gemengelage führte erstmals dazu, dass die AfD trotz Krisenstimmung bei allen vier Landtagswahlen im Jahr 2021 in West wie Ost deutliche Verluste erlitt. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz landete sie wieder unter der Zehn-Prozent-Marke. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern schaffte sie noch 20,8 (-3,5) bzw. 16,7 (-4,1) Prozent. Die Konzeptlosigkeit der AfD schlug auch zur Bundestagswahl durch, bei der die AfD auf 10,3 Prozent abrutschte. Statt Populismus waren Solidarität und Respekt die Schlagwörter, mit denen wir als Sozialdemokrat:innen zur stärksten Kraft gewählt wurden und eine Mehrheit der Gesellschaft für die Fortschrittskoalition votierte.

Kaum hatten sich die Märkte und Gesellschaften von der Pandemie erholt, sorgte Putin mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine für den nächsten Krisenherd in Europa. Um politischen Druck auszuüben, stellte der russische Staatskonzern Gazprom seine Erdgaslieferungen nach Deutschland bis September 2022 gänzlich ein; zuvor waren schon andere EU-Staaten von den Lieferstopps betroffen. Die eintretenden Engpässe und steigenden Energiepreise sorgten in Deutschland und Europa für die größte Energiekrise seit der Ölkrise in den 1970er-Jahren. Diese löste eine Preisspirale aus, die das wiedervereinigte Deutschland noch nicht kannte. Um die steigenden Kosten für Privathaushalte und Unternehmen abzufedern, brachte die Bundesregierung ein ganzes Bündel an Maßnahmen auf den Weg. Insgesamt drei Entlastungspakete im Umfang von rund 100 Milliarden Euro sollten die Inflation abmildern. Von Energie-

preispauschalen, über umfassende Steuerentlastungen und der Übernahme eines Monatsabschlags bis zur Gas- und Strompreisbremse. Das 9-Euro-Ticket wurde erprobt und in das Deutschlandticket überführt. Mit der Umstellung auf Flüssiggas aus anderen Lieferländern und vollen Gasspeichern konnte außerdem die Versorgungssicherheit wiederhergestellt werden, die im vorangegangenen Winter infrage stand. Das führte mit zum Rückgang der Energiepreise und Inflationsraten. Gleichwohl hatte sich die Teuerungsrate 2022 mit 7,9 Prozent mehr als verdoppelt. Auch wenn die Inflation mittlerweile wieder abflaut und um Vorkrisenwerte changiert, hat die Preisspirale vor allem Haushalte mit geringen Einkommen hart getroffen, von denen viele sogar bei Lebensmitteln sparen mussten. Ende 2022 hatte sich die finanzielle Lage von fast der Hälfte der Bevölkerung verschlechtert. Im Schatten der Energie- und Ukraine Krise zog die nächste Flüchtlingskrise auf. Neben den 1,1 Millionen Flüchtlingen aus der vom Krieg gebeutelten Ukraine nahmen die Asylanträge allgemein wieder deutlich zu; zusammengerechnet haben in den letzten beiden Jahren mehr Menschen in Deutschland Zuflucht gesucht als 2015/2016. In der Bevölkerung wird Zuwanderung und Flucht schließlich erneut als wichtiges Problem wahrgenommen, das 44 Prozent der Befragten im Oktober 2023 in einer Infratest-Erhebung benannten. Inflation und Energiepreise sowie Frieden werden noch von einem Zehntel als größte Herausforderung empfunden.

Die Kumulation der drei Krisen verschafft der AfD erneut Auftrieb. Mit Pro-Russland-Agitation, Atomkraft-Rückkehr und Anti-Flüchtlings-Rhetorik hat sie seit dem Herbst bei Umfragen zur Bundestags-

wahl die 20-Prozent-Marke gerissen. In den ostdeutschen Bundesländern sehen die Demoskopien sie sogar durchgängig über 30 Prozent. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern konnte die Partei kräftige Gewinne einfahren, wie ein Jahr zuvor schon in Niedersachsen. Und das trotz fehlender Sachkompetenzen und anhaltender interner Zerwürfnisse.

Zwischen Verunsicherung, Protestreaktion und Rechtsextremismus

Die multiplen Krisen haben vor allem eines: in der Bevölkerung für große Verunsicherung gesorgt. Millionen Menschen waren direkt von Preissteigerungen betroffen. Gerade in Ostdeutschland, wo die Einkommen niedriger und die Ersparnisse gering sind, schlägt sich dies im Stimmungsbild nieder. Und unter denjenigen, die trotz höherer Kosten noch gut dastehen, breiten sich Abstiegsängste aus. Verstärkt durch die Transformationserfahrungen der Neunzigerjahre sind diese in den neuen Bundesländern nochmals ausgeprägter.

Die Mitte-Studie 2022/2023 der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt zwar, dass sich etwa ein Drittel der Bevölkerung individuell mindestens stark von den Krisen betroffen fühlt. Allerdings empfinden über 40 Prozent Unsicherheit. Und je allgemeiner die Lageeinschätzung, desto mehr steigt diese Sorge. Die Bundesrepublik sieht sogar mehr als die Hälfte der Befragten durch Krisen getroffen. Ängste und Sorgen vor sozialem Abstieg, finanziellen Nöten, wirtschaftlichen Turbulenzen und Frieden sind ergo ebenso relevant für das Sicherheitsgefühl wie die faktische ökonomische Lage. Dies führt auch zum Gefühl politischer Machtlosigkeit, das mittlerweile fast

40 Prozent der Bevölkerung teilt. Und trotz der umfassenden Krisenmaßnahmen der Bundesregierung haben nur noch die Hälfte der Befragten Vertrauen in staatliche Institutionen.

Verschärft wird dies u. a. von der Debatte um die Klimafrage. So sind ebenfalls 40 Prozent der Meinung, dass die Energiewende derzeit nicht finanzierbar sei. Etwas über ein Viertel will Russland wieder als Energielieferanten gewinnen und 21 Prozent sehen Klimaschutz gar als «Ökoterroismus gegen die Bevölkerung».

Dies alles birgt Potenzial für regressive Protesthaltungen, Abkehr von demokratischen Haltungen und Anfälligkeit für Populismus. Der Thüringen-Monitor 2022 offenbarte exemplarisch, dass sich im Freistaat – als eine Hochburg der AfD – mittlerweile fast 60 Prozent als populistisch beschreiben. Etwa ebenso viele finden, dass es Zeit wäre, «Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten»; 2021 waren es noch 37 Prozent.

Ebenso besorgniserregend ist der bundesweite Höchststand an rechtsextremen Einstellungen. Acht Prozent haben mittlerweile solch ein geschlossenes Weltbild. Der Wert hat sich damit im Vergleich zur vorangegangenen Mitte-Studie fast verfünffacht. Zusammen mit dem «Graubereich» teilen sogar 28,4 Prozent rechtsextreme Positionen, mehr als doppelt so viele wie noch zuvor.

Zehn Jahre AfD: Populismus- und Radikalisierungsmaschinerie

Die AfD nutzt die Verunsicherung, um diese zu verstärken und Ängste und Sorgen in Wählerstimmen zu überführen. Dass deren Bundestagsabgeordneter Harald

Weyel im Herbst 2022 meinte, dass der Winter angesichts der Energiekrise «hoffentlich» dramatisch werde, spiegelte dies eindrücklich wider. Gegenwärtig ruft die Partei das ab, was sie seit ihrem Bestehen einstudiert und in die Bevölkerung getragen hat: populistische, rassistische und rechtsextreme Rhetorik und Einstellungen.

Dabei vereinfacht die AfD komplexe politische Sachverhalte und deutet sozialökonomische Problemstellungen in kulturell-identitäre Fragen um, auf der sie autoritäre und demokratiefeindliche Antworten anbietet. Sei es Alice Weidels bekannte Hetze gegen Muslime und Asylsuchende: «Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.» Das Beklagen einer angeblichen «Meinungs- und Coronadiktatur» von «Lügenpresse» und «Altparteien», mit der sie das Gefühl der Bevormundung und des Abgehängtseins verstärken. Oder Slogans wie «Geht's noch Brüssel? Diesel retten!» und «Erst frieren wir für den Frieden, dann fürs Klima», die gegen Ukraine-Unterstützung und Klimawende polarisieren.

All das transportiert die Partei über eine massive Materialschlacht in Wahlkämpfen und durch ihre Online-Propagandamaschinerie. Insbesondere finanziert durch gute Beziehungen zu einzelnen Unternehmern und Spenden, die u. a. mehrere Skandale mit sich brachten. Im Bundestag gibt die AfD im Jahr 1,15 Millionen Euro für Öffentlichkeitsarbeit aus und damit mehr als alle anderen Fraktionen. Auf den Social-Media-Plattformen erreicht die Partei mittlerweile einen Anteil von 41 Prozent unter der Followerschaft von Parteien und belegt Platz eins.

Mit diesem Populismus- und Kommunikationskonzept mobilisiert die Rechtsaußenpartei gleich dreifach: Verunsicherte, Protestwähler und Rechtsextreme. So wird die Partei trotz und wegen ihrer Radikalität gewählt. Im thüringischen Sonneberg beispielsweise konnte die AfD somit den ersten Landrat und in der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) erstmals einen hauptamtlichen Bürgermeister stellen.

Langer Atem: Verunsicherte zurückholen

Doch Umfragen des ARD-Deutschlandtrends offenbaren, dass die Hälfte der Wählerschaft nicht aus rechten Milieus kommt. Vereinfacht gesagt: Die AfD lässt sich theoretisch mindestens halbieren, auf den Wert der letzten Bundestagswahl. Das ist auch am Abschwung der AfD in der Coronakrise und dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde in Schleswig-Holstein zu sehen, wo die Partei 2022 wieder aus dem Landtag flog. Bei den Kommunalwahlen 2023 im Landkreis Dahme-Spreewald, in Bitterfeld und Nordhausen scheiterte die AfD ebenfalls am Wählervotum.

Die Lehren daraus: um die AfD zurückzudrängen, braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Erstens muss die Brandmauer nach rechts gehalten werden, um deren Versuch, die Diskurshoheit zu erlangen, zu vereiteln. Zweitens bedarf es einer starken Zivilgesellschaft, die selbstbewusst Widerspruch gegen rechtsextreme und demokratiefeindliche Parolen artikuliert. Und drittens müssen wir Verunsicherung begegnen und Vertrauen zurückgewinnen. Das heißt, Krisenängste wahrnehmen und die konstruktiv-solidarische Handlungsfähigkeit des Staates im Modus multipler Krisen versichern. Komplexe politische Prozesse und Entscheidungen müssen erklärt und kommuniziert werden, was auch einer Ausweitung aufsuchender politischer Bildung bedarf. Außerdem gilt es insbesondere dort sozialdemokratische Deutungen anzubieten, wo die AfD mit populistischen Vereinfachungen und kulturell-identitärer Verklärung selbstreferenzielle Meinungsräume schafft. Im lebensweltlichen Alltag gleichermaßen wie in sozialen Online-Netzwerken. Das braucht Ausdauer, viel Engagement und Ressourcen. ■

Helene Franke

Neurechte Aktivistinnen

Zur Rolle des Geschlechts im Rechtsextremismus

Die Rolle von Frauen in der rechtsextremen Szene wurde in Öffentlichkeit und Politik lange unterschätzt. In der aktuellen Forschung zur Neuen Rechten wird die Kategorie des Geschlechts stärker berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass (extrem) rechte Frauen in einem Spannungsfeld aus privater Zurückhaltung und öffentlicher Positionierungen stehen. Engagieren sie sich politisch, übernehmen sie oft geschlechtsspezifische Aufgaben. Dabei spielt das Geschlecht ideologisch insbesondere in der Argumentation gegen Zuwanderung und progressive Werte eine Rolle.

Stille Mitläuferinnen oder aktive Täterinnen?

Um den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs zur politischen Handlungsfähigkeit von rechtsextremen Frauen nachzuvollziehen, lohnt sich zunächst ein Blick in die Forschung zur Rolle der Frau im Nazi-Deutschland. Lange Zeit galten Frauen als kollektives Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Erst Ende der 1980er-Jahre zeigte die Historikerin Claudia Koonz in ihrer Monografie *Mothers in the Fatherland*, dass Frauen in der NS-Zeit nicht nur still-

schweigende Komplizinnen oder Unterworfene des patriarchalen NS-Regime waren, sondern auch aktive Rollen in der Gewalt Herrschaft einnahmen. Frauen wurden zwar ideologisch auf die Sphäre des Privaten und auf die Mutterschaft zur Reproduktion des Volkskörpers reduziert, beteiligten sich jedoch – zwar in deutlich geringerer Zahl – an der politischen Praxis, schlugen Karrieren ein und kollaborierten mit dem Nazi-Regime.¹ Trotz dieser Erkenntnisse blieb die gesellschaftliche Unsichtbarkeit weiblicher Täterinnenschaft von rechts bestehen. Das zeigt sich auch darin, dass bis in die 1990er-Jahre die wissenschaftliche Annahme verbreitet war, dass die Gefahr des Rechtsextremismus in der BRD vor allem eine männliche sei. Mittlerweile ist es wissenschaftlicher Konsens, dass rechtsextreme Frauen auch als politische Subjekte auftreten.² Jasmin Siri argumentiert dennoch, dass diese bis heute von der Annahme der weiblichen Friedfertigkeit profitieren, da sie als potenzielle Täterinnen von Gesellschaft und Strafverfolgungsbehörden weniger ernst genommen werden. So wurden aktive Täterinnen des NSU nicht angeklagt, obwohl sie ähnlich schwere Vergehen wie ihre angeklagten männlichen Mittäter begangen haben.³

-
- 1 Claudia Koonz: *Mothers in the Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics*. New York, 1987.
 - 2 Renate Bitzan: «Research on Gender and the Far Right in Germany Since 1990: Developments, Findings, and Future Prospects», in: Michaela Kötting / Renate Bitzan / Andrea Petö (Hrsg.): *Gender and Far Rights Politics in Europe*. Cham, 2017, S. 68–69.
 - 3 Jasmin Siri: «Rechte Frauen», in: Armin Nassehi / Peter Felixberger (Hrsg.): *Kursbuch 192: Frauen II*. Hamburg, 2017, S. 159.

Auch die Neuen Rechten, die sich von Symboliken und Leitfiguren des Nationalsozialismus abgrenzen, jedoch in der Praxis die völkisch-nationalistische und rassistische Ideologie unter dem Deckmantel des Ethnopluralismus fortführen, schreiben Frauen eine passive und apolitische Rolle zu. Mit Verweis auf die Ideen der «Konservativen Revolution» aus der Weimarer Republik gelten Männer als politische Subjekte, während Frauen die Fähigkeit zur Produktion jedweder kultureller Werte abgesprochen wird.⁴ Trotzdem sind neurechte Frauen in der Öffentlichkeit präsent und treten als handlungsfähige Politikerinnen und Aktivistinnen auf. Ellen Kositzka, die Ehefrau von Götz Kubitschek, inszeniert sich als liebende Mutter und Hausfrau, tritt jedoch ebenfalls auf politischen Bühnen auf und veröffentlicht antifeministische Sachbücher. Im parteipolitischen Arm der Neuen Rechten, der Alternative für Deutschland (AfD), sind ebenfalls mehrere Spitzenpolitikerinnen präsent.⁵

Frauen der radikalen Rechten sind ausgeprägten patriarchalen Machtverhältnissen unterworfen, deren Auswirkungen sie jedoch verschleiern oder idealisieren. Ihre politische Präsenz wird oft als Argument dafür angeführt, dass der frauenpolitische Kampf längst gewonnen und feministische Anliegen daher obsolet seien. Der Antifeminismus gilt als inhärenter Bestandteil der rechtsextremen Ideologie, dennoch

treten einige neurechte Akteurinnen als Verteidigerinnen von Frauenrechten auf. Die Instrumentalisierung emanzipatorischer Anliegen ist dabei eines jener Paradoxe zwischen Ideologie und Praxis, die die Neuen Rechten aushalten, um trotz ihrer Rückwärtsgewandtheit zeitgemäß zu wirken und ihren Einflussraum zu erweitern.⁶

Neurechter «Frauenrechtsaktivismus»

Der Neuen Rechten geht es um einen Kampf um die Köpfe. Das Gramscianische Konzept der Erlangung kultureller Hegemonie zur Herbeiführung eines politischen Umbruchs wird auf rechte Bewegungen übersetzt und stellt ihre zentrale Strategie dar. Erst wenn ihre völkisch-nationalistische und antidemokratischen Ideologie in einem Großteil der Gesellschaft anschlussfähig ist, wird ein politischer Systemwandel möglich.⁷ Daher soll ihr Weltbild in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft verbreitet werden. Dazu werden neurechte Denkfabriken, Jugendbewegungen und Gewerkschaften gegründet, Schulen und Sportvereine infiltriert sowie Zeitschriften und Sachbücher veröffentlicht. Zudem werden politische Themenfelder besetzt und ideologisch umgedeutet, die die rechtsextreme Szene lange unbeachtet ließ. Neben ökologischen und sozialen Fragen wird

4 Marie Sophie Baader: «Neue Rechte – «Umerziehung», «Genderideologie» und «Frühsexualisierung» – Kampf-begriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter», in: Ulrich Binder / Jürgen Oelkers (Hrsg.): «Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts» *Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen*. Wiesbaden, 2019, S. 131.

5 Siri, 2017, S. 161, 164.

6 Ricarda Drüeke / Elisabeth Klaus: «Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten in rechten Diskursen am Beispiel der Kampagne #120db», in: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 11 (3). 2019, S. 95.

7 Samuel Salzborn: *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden, 2018, S. 77, 79.

auch die Frage der Frauenemanzipation behandelt.

Insbesondere weibliche Aktivistinnen möchten antiliberaler und rassistischer Antworten auf die Frauenrechtsthematik geben. Neben öffentlich wirksamen Protestaktionen stellen insbesondere die sozialen Medien eine wichtige Agitationssphäre dar. Eine umfangreiche soziale Netzwerkanalyse von extrem rechten Influencer:innen auf Instagram des Recherchezentrums *Correctiv* zeigte, dass weibliche Influencerinnen häufig die Knotenpunkte in rechten Online-Netzwerken bilden und damit einen besonderen Einfluss besitzen. Dabei treten sie deutlich weniger aggressiv auf als ihre männlichen Mitstreiter und verbreiten ihre politischen Botschaften neben harmlosen und romantisierenden Bildern ihres Zuhauses, ihrer Familie oder ihres selbstgekochten Essens. Dies führt nicht nur dazu, dass sie seltener von Online-Plattformen gesperrt werden, sondern auch dazu, dass sie mit den vermeintlich gemäßigten Inhalten eine breitere Masse ansprechen.⁸

Auf Instagram, Facebook, Telegram und Co. verbreiten neurechte Aktivistinnen ein traditionalistisches, biologistisches und völkisch-nationalistisches Frauenbild. Darüber hinaus mobilisieren sie regelmäßig zu Protestaktionen. Dabei agieren sie als individuelle Influencerinnen, schreiben Blogs oder sind in aktivistischen Gruppen organisiert. Einige dieser Projekte wurden mitunter aufgrund von wenig Rückhalt der

Männern aus der Szene nach kurzer Dauer wieder eingestellt, so beispielsweise der antifeministische Blog *radikalfeminin* oder die von der Identitären Bewegung (IB) gestartete frauenpolitische Kampagne *#120db*.⁹ Weiterhin aktiv ist beispielsweise die der AfD und der IB nahestehende Aktivistin Reinhild Boßdorf, die sich selbst als Feministin bezeichnet. Sie betreibt den YouTube-Kanal *Rein Weiblich* und ist Mitbegründerin der neurechten Frauenrechtsinitiative *Lukreta*. Letztere organisiert regelmäßig Frauenkongresse.¹⁰ Die Aktivistinnen greifen aktuelle frauenpolitische Debatten auf und füttern diese mit antiliberalen und ethnopluralistischen Narrativen.

Traditionelles Rollenverständnis & Antigenderismus

Zentrales Ideologie-Merkmal des neurechten Frauenrechtsaktivismus ist das traditionelle und biologistische Geschlechterverständnis, das mit einer Ablehnung progressiver Gesellschaftspolitiken einhergeht. Geschlechterunterschiede werden auf eine von der Natur gegebene Ordnung zurückgeführt. Umweltfaktoren wie die Sozialisation in der patriarchalen Gesellschaft werden dabei ausgeblendet. Jenes cis-heteronormative Dispositiv zentriert die traditionelle, heterosexuelle Familie, in welcher die Frau als Mutter Aufgaben der Repro-

8 Alice Echtermann / Arne Steinberg / Celsa Diaz / Clemens Kommerell / Till Eckert: «Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren», in: *CORRECTIV*, 7.10.2020. <https://is.gd/9BOUHO> (27.11.2023).

9 Judith Goetz: «Patriotism is not just a Man's Thing: Right-wing Extremist Gender Policies within the so-called Identitarian Movement», in: *Journal of Modern European History* 20 (3). London, 2022, S. 404.

10 Katrin Degen: «Wichtige Verbündete im Kampf»: Zugehörigkeitskonstruktionen (extrem) rechter Akteur*innen entlang geschlechts- und sexualitätsbezogener Faktoren, in: Eva Reuter / Susanne Richter (Hrsg.): *Geschlecht und Medien: Räume, Deutungen, Repräsentationen*. Frankfurt a.M., 2020, S. 116.

duktion, des Haushalts und der Erziehung übernimmt. Damit verkörpern sie im Anschluss an den völkischen Nationalismus die zentrale Funktion des Erhalts des deutschen Volkes.¹¹

Einergehend mit der Naturalisierung des Geschlechts wird die Kategorie Gender, die die soziale Ebene von Geschlecht beschreibt, abgelehnt. Mit Begriffen wie «Gendergaga» oder «Genderideologie» produzieren sie ein Bedrohungsszenario der Abschaffung von Weiblichkeit, Geschlechtern und heterosexuellen Beziehungen. Ihre Ablehnung von Vielgeschlechtlichkeit und sexueller Diversität zeigt sich in regelmäßigen trans- und queerfeindlichen Äußerungen der Aktivistinnen. Im Einklang mit der rechtsextremen Ideologie des Anti-Pluralismus werden jegliche progressive Gesellschaftspolitiken, die zur Liberalisierung und Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten führen sollen, abgelehnt.¹² Ihr politischer Aktivismus besteht darin, die «wahren Frauenrechte», im Sinne des biologistischen und traditionellen Frauenbildes, gegen aktuelle gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu verteidigen.

Das ethnopluralistische Narrativ des gewalttätigen männlichen Migranten

Darüber hinaus werden im neurechten Diskursen Frauenrechte, Geschlechtergerech-

tigkeit und das Konzept des Feminismus rassistisch und kulturalisierend umgedeutet. Sie integrieren ihre Ideologie strategisch in die Forderung nach dem Schutz des «schwachen Geschlechts». Dabei übernehmen sie das feministische Anliegen des Endes der Gewalt gegen Frauen und passen sie ihrer rassistischen Agenda an. Damit spielen Frauen eine zentrale Rolle in der Argumentation gegen Zuwanderung. Ihre Sicherheitslage wird in neurechten Diskursen als von gewalttätigen migrantischen Männern bedroht gezeichnet.¹³ Die Aktivistinnen der Neuen Rechten verbreiten Narrative der Unsicherheit von Frauen aufgrund liberaler Migrationspolitiken. Grundlage dieser Argumentation ist eine vermeintlich erreichte Geschlechtergleichstellung in Deutschland. Diese werde dadurch bedroht, dass patriarchale Gewalt durch Migration importiert werde. Dabei sind insbesondere antimuslimische Rassismen in das Narrativ des gewalttätigen Migranten eingebettet, die in einer zunehmend nach rechts offenen «Mitte» der Gesellschaft Anschluss finden.¹⁴ Männer aus dem Nahen Osten und Afrika würden aufgrund ihrer Herkunft ein rückständiges Geschlechterbild besitzen, das zur Gewaltbereitschaft gegen Frauen führt. So stellt die oben erwähnte neurechte Frauenrechtsinitiative *Lukreta* einen direkten Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt und Migration her:

11 Luzie Trültzsch: «Frauen in der rechtsextremen Szene – Strategien geschlechtsspezifischer Selbstermächtigung und politische Instrumentalisierung von Frauen im Rechtsextremismus», in: Klemens Ketelhut / Dayana Lau (Hrsg.): *Gender – Wissen – Vermittlung. Geschlechterwissen im Kontext von Bildungsinstitutionen und sozialen Bewegungen*. Wiesbaden, 2019, S. 137–138.

12 Degen, 2020, S. 110–111.

13 Judith Goetz: «Patriotism is not just a Man's Thing: Right-wing Extremist Gender Policies within the so-called Identitarian Movement», in: *Journal of Modern European History* 20 (3). London, 2022, S. 397.

14 Gabriele Dietze: «Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv», in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27 (1). 2018, S. 35.

«Nicht nur sind durch die Asylkrise 2015 viele junge Männer nach Deutschland und Europa gekommen, eine Gesellschaftsgruppe, die statistisch gesehen generell krimineller ist als andere, außerdem kommen diese aus Ländern, in denen kulturell und religiös bedingt vor allem mit Frauen anders umgegangen wird als hier in Deutschland. Diese Einstellungen bringen sie mit und legen sie sicherlich nicht beim Überschreiten der europäischen Außengrenzen ab» (Lukreta 25.11.2019).

Die Verortung des Patriarchats in nicht-westliche Regionen der Welt schließt direkt an die ethnopluralistische Erzählung an, nicht-deutsche Menschen sollten aufgrund natürlicher ethnischer Unterschiede zur Bewahrung ihrer kulturellen Differenz in ihren eigenen Ländern bleiben. Ähnlich der Naturalisierung der Geschlechterunterschiede werden ethnische oder kulturelle Differenzen für natürlich, und damit implizit für biologisch, erklärt.¹⁵

Das Geschlechterverständnis sowie die Ablehnung von Zuwanderung der neurechten Aktivistinnen bilden die parteipolitische Linie der AfD ab. Die rassistische Instrumentalisierung von Gewalt gegen Frauen und die Bedrohung der traditionellen Familie durch Gleichstellungspolitikern sind im Parteiprogramm der AfD zentral.¹⁶ Die Fraueninitiative *Lukreta* arbeitete schon mehrfach mit Politikerinnen der Partei zusammen. Darüber hinaus wird in ihren Postings die Ablehnung des politischen Establishments und die Befürwortung der AfD deutlich. Neurechte Aktivistinnen können daher als Unterstützerinnen der in Teilen vom Verfassungs-

schutz als rechtsextrem eingestuft Partei im vopolitischen Raum betrachtet werden.

Fazit

Unter der Bezugnahme der Kategorie des Geschlechts wird deutlich, dass Frauen eine geschlechtsspezifische Rolle für den Rechtsextremismus übernehmen. Zwar wird ihnen ideologisch die politische Handlungsfähigkeit abgesprochen, dennoch treten sie häufig aus der Sphäre des Privaten heraus und engagieren sich öffentlich. Dabei separieren (extrem) rechte Aktivistinnen sich oft bewusst von männlichen Aktivistinnen und besetzen spezifische frauenpolitische Themenfelder. Neben ihrer Aufgabe der Reproduktion der traditionellen deutschen Familie spielen sie besonders in der ethnopluralistischen Argumentation gegen Migration eine herausragende Rolle.

Literatur

- Baader, Marie Sophie: «Neue Rechte – «Umerziehung», «Genderideologie» und «Frühsexualisierung» – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter». In: Ulrich Binder / Jürgen Oelkers (Hrsg.): «*Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts.*» *Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen*. Wiesbaden: Springer VS, 2019, S. 129–154.
- Berg, Lynn: «Between Anti-Feminism and Ethnicized Sexism: Far-Right Gender Policies in Germany». In: Maik Fielitz / Nick Thurston (Hrsg.): *Post-Digi-*

¹⁵ Goetz, 2022, S. 405.

¹⁶ Lynn Berg: «Between Anti-Feminism and Ethnicized Sexism: Far-Right Gender Policies in Germany», in: Maik Fielitz / Nick Thurston (Hrsg.): *Post-Digital Cultures of the Far Right: Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*. Bielefeld, 2019, S. 88–89.

- tal Cultures of the Far Right: Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*. Bielefeld: transcript Verlag, 2019, S. 79–91.
- Bitzan, Renate: «Research on Gender and the Far Right in Germany Since 1990: Developments, Findings, and Future Prospects». In: Michaela Kötting / Renate Bitzan / Andrea Petö (Hrsg.): *Gender and Far Rights Politics in Europe*. Cham: Springer Nature, 2017, S. 65–78.
- Degen, Katrin: «Wichtige Verbündete im Kampf»: Zugehörigkeitskonstruktionen (extrem) rechter Akteur*innen entlang geschlechts- und sexualitätsbezogener Faktoren. In: Eva Reuter / Susanne Richter (Hrsg.): *Geschlecht und Medien: Räume, Deutungen, Repräsentationen*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 2020, S. 104–124.
- Dietze, Gabriele: «Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv». In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27 (1). 2018, S. 34–46.
- Drüeke, Ricarda / Elisabeth Klaus: «Die Instrumentalisierung von Frauen*rechten in rechten Diskursen am Beispiel der Kampagne #120db». In: *GENER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 11 (3). 2019, S. 84–99.
- Echtermann, Alice / Arne Steinberg / Celsa Diaz / Clemens Kommerell / Till Eckert: «Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren». In: *CORRECTIV*, 7.10.2020. <https://is.gd/9BOUHO> (Zuletzt zugegriffen: 27.11.2023).
- Goetz, Judith: «Patriotism is not just a Man's Thing: Right-wing Extremist Gender Policies within the so-called Identitarian Movement». In: *Journal of Modern European History* 20 (3). 2022, S. 389–406.
- Koonz, Claudia: *Mothers in the Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics*. New York: St. Martin's Press, 1987.
- Salzborn, Samuel: *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos, 2018, S. 77, 79.
- Siri, Jasmin: «Rechte Frauen». In: Armin Nassehi / Peter Felixberger (Hrsg.): *Kursbuch 192: Frauen II*. Hamburg, 2017, S. 152–166.
- Trültzsch, Luzie: «Frauen in der rechtsextremen Szene – Strategien geschlechtsspezifischer Selbstermächtigung und politische Instrumentalisierung von Frauen im Rechtsextremismus». In: Klemens Ketelhut / Dayana Lau (Hrsg.): *Gender – Wissen – Vermittlung. Geschlechterwissen im Kontext von Bildungsinstitutionen und sozialen Bewegungen*. Wiesbaden: Springer VS, 2019, S. 137–138. ■

Johanna Liebe

Deutschland, nein danke!

Verbindungen und Burschenschaften als rechter Elitenkader erkennen und zerschlagen

Am 8. Oktober wurde in Bayern und Hessen ein neuer Landtag gewählt: Mit großer Besorgnis war an diesem Sonntagabend zu beobachten, wie der blaue Balken im Wahldiagramm beider Bundesländer immer weiter nach oben kletterte. Zweitstärkste Kraft sowohl in Bayern als auch in Hessen; die AfD jubelte. Darunter auch der zweiundzwanzig-jährige AfD-Politiker Daniel Halemba, der an jenem Sonntag über die bayrische Bezirksliste in den Landtag einzog.

Jedoch hielt die Freudenstimmung bei Halemba nicht lange an, denn auf ihn wartete kurz nach der Wahl ein Haftbefehl. Dieser stützt sich auf eine Mitte September stattgefundene Hausdurchsuchung der Prager Burschenschaft Teutonia zu Würzburg. Anlass für die Razzia waren im Vorfeld eingegangene Hinweise, welche auf Stickern der Identitären Bewegung, rechts-extremer Kleinstparteien sowie Landkarten mit den Umrissen des Deutschen Reiches von 1914 und den Slogan «Das ganze Deutschland soll es sein» hindeuteten. Als die Polizisten ankamen, sind die Sticker zwar gerade entfernt worden, trotzdem konnten unterschiedlichste Gewaltgegenstände, NS-Devotionalien, antisemitische Schriften sowie USB-Sticks in Geheimfächern beschlagnahmt werden.

Auch gegen Halemba persönlich wurden Indizien vermerkt. So soll über Halembas Bett ein ausgedrucktes Befehlsschreiben

des SS-Chefs Himmlers geihanen haben, das unverheirateten SS-Männern befahl, außerehelich mit «deutsche[n] Frauen und Mäd[e]l[n] guten Blutes» Kinder zu zeugen. Zudem wurde ein Gästebuch gefunden, in welchem er mit der Widmung «Sieg Heil» und seinem Namen unterzeichnet haben soll. Laut Nachrichtenhäusern sollen des Weiteren Fotos von ihm existieren, die ihn marschierend im Block der Identitären Bewegung zeigen.

Diese Indizien reichten aus, um am 27. Oktober, einige Tage nach der Landtagswahl und drei Tage vor der konstituierenden Sitzung des bayrischen Landtages, einen Haftbefehl wegen Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen ihn zu veranlassen. Jedoch hielt die Hoffnung nach unmittelbaren und weitgehenden juristischen Konsequenzen für den jungen AfD-Abgeordneten nicht lange an. Trotz tagelanger Flucht Halembas nach Bekanntmachung seines Haftbefehls sowie bestehender Verdunklungsgefahr seinerseits, wurde der Haftbefehl vom Amtsgericht Würzburg unter Auflagen aufgehoben. Demnach droht Halemba erst mal keine Untersuchungshaft. Stattdessen muss er sich, solange die Ermittlungen andauern, wöchentlich bei der Polizei melden und darf keinen Kontakt zu Mitbeschuldigten oder seiner Verbindung aufnehmen. Da der bayrische Landtag bei seiner konstituierenden

Sitzung Halembas Immunität aufgehoben hat, können strafrechtliche Konsequenzen trotz seines Abgeordnetenstatus folgen.

Eine Win-win-Situation: Burschenschaft als Elitenkader für die AfD

Dass Halemba als Mitglied einer Burschenschaft nun Karriere bei der AfD macht, ist kein Zufall. Diese politische Laufbahn hat System, von welchem beide Seiten – sowohl die Partei als auch die Korporierten – profitieren.

Einerseits sehen Burschenschaften ihre Nähe zur AfD als eine Möglichkeit an, ihre politische Gesinnung in das politische Tagesgeschäft vermehrt einzuschleusen, andererseits erhofft sich die AfD, mehr Parteisympathisanten sowie -mitglieder aus einem akademischen, rechten Milieu zu akquirieren.

Zwar ist der Dachverband deutscher Burschenschaften offiziell parteipolitisch neutral, jedoch sind Burschenschaftshäuser, als «ideologischen Panzerdeckungs-löcher»¹ gegen die Moderne, der rechtsradikalen Szene in all ihren Schattierungen sehr vertraut, was sich letztlich in einer Reihe von personellen Überschneidungen zwischen der AfD und Burschenschaften bestätigen lässt.

So finden sich Burschenschaftsmitglieder zum einen sowohl als Parlamentarier:innen auf lokaler, Landes- und Bundesebene, darüber hinaus sind sie allen voran auf der Mitarbeiter:innenebene der AfD stark vertreten². Demnach beschreibt

Alexandra Kurth – Politologin und Korporationsexpertin aus Gießen – die AfD als «großer Arbeitsmarkt»³ für Burschenschaftler. Sie übernehmen Funktionärsposten und prägen die politische Programmatik und Strategie der AfD in hohem Maße. Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht überraschend, dass sich 2018 einige AfD-Mitglieder zusammenschlossen, um einen parteiinternen Akademikerverband «Korporierte in der AfD» zu gründen⁴.

History repeats itself? Das System hat Geschichte

Dass Studenten und Hochschulen eine besondere Rolle für faschistische Strukturen spielen, ist nichts Neues. Schon in den 1920er-Jahren nahmen sie eine Schlüsselrolle im Aufstieg des Nationalsozialismus ein und gelten als die Wegbereiter des Faschismus. Und das, obwohl eine ursprüngliche Grundüberzeugung deutscher Hochschulen war, dass Wissenschaft und Politik, allen voran Parteipolitik, zwei grundsätzlich voneinander getrennte Bereiche darstellen. Nichtsdestotrotz kam es zu einer kampflosen Kapitulation der Wissenschaft in den 1930er-Jahren.

Alles andere als unschuldig hieran war die studentische Szene. Bereits im Jahr 1919, bei der Gründung der deutschen Studentenschaft, war ihre politische Ausrichtung christlich-monarchisch sowie von einer grundlegenden Ablehnung demokratischer Entwicklungen geprägt. Anfang der 1920er-Jahre setzte sich dann vermehrt

1 Christian Fuch / Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*. 2019.

2 gew.de: <https://is.gd/cSqD8D> (28.11.2023).

3 deutschlandfunk.de: <https://is.gd/tHqvnK> (28.11.2023).

4 jungle.world: <https://is.gd/xhRS8V> (28.11.2023).

nationalistisches Gedankengut innerhalb der Studentenschaft durch. Allen voran der Deutsche Hochschulring, eine verbindungsübergreifende Sammelbewegung, zielte auf eine «rassisch, homogene Volksgemeinschaft» ab und nutzte dafür den Universitätsalltag für ihre antisemitische und völkische Werbefläche. Während anfangs deutlich gemacht wurde, dass man den nationalen Kampf abseits von parteilichen Strukturen führen möchte, änderte sich die Auffassung spätestens mit der Gründung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), eine Gliederung der NSDAP, im Jahr 1926. Mithilfe von Flugblättern forderte der NSDStB alle Studenten nationalsozialistischer Gesinnung im Reichsgebiet auf, sich an ihren Hochschulen in Hochschulgruppen zusammenzuschließen, und verschaffte der NSDAP direkten Zugang zu Hochschulen und der Studentenschaft.

Auch wenn die Verbindungen politisch mit den Nationalsozialisten und allen voran mit dem vorherrschenden Antisemitismus übereinstimmten, wollte die NSDAP den Verbindungen und Burschenschaften nicht die Hochschulen überlassen. Sie hatten eigene Pläne für die parteilichen Strukturen an Hochschulen: die Kameradschaften. Eine ursprünglich anti-korporative Idee aus der Jugendbewegung wurde vom Deutschen Studentenbund sowie dem NSDStB im Sinne der nationalsozialistischen Gleichschaltungsbestrebungen unterstützt. Dass jene Kameradschaften traditionelle Verbindungshäuser ersetzen sollten, kam bei Verbindern und Burschenschaften nicht gut an. Ihr Widerstand, welcher keineswegs politischer Natur war, führte letztlich zu ihrem Verbot. Zwischen 1934 und 1936 hatten sich die meisten Studentenverbindungen selbst oder wurden zwangsaufgelöst. Auch wenn Verbindungen

und Burschenschaften in ihrer ursprünglichen Form während der NS-Zeit nicht existierten, führten ihre Mitglieder mit der Machtergreifung der NSDAP ihre nationalistische Hochschulpolitik in den parteilichen Strukturen fort.

Bei genauerer Betrachtung der studentischen – vom Faschismus geprägten – Geschichte sind gewisse Konstanten zum Status quo zu erkennen. Schon in den 1920er-Jahren sahen die Nationalsozialisten in den Studenten große Verbündete, insbesondere in ihrem Weg zur Machtergreifung. Sie erkannten, welche wichtige Rolle Hochschulen, ergo Professoren und Studenten, in der Gesellschaft zukommt, weswegen sie parallel zur politischen Machtübernahme auch die Übernahme der Hochschulen zum Ziel hatten. Ähnlich wie heute war diese Strategie durch ein doppeltes Profitinteresse gekennzeichnet: Für ihren faschistischen Aufstieg brauchten sie von Anfang an, seit Mitte der 1920er-Jahre, die akademische Elite auf ihrer Seite. Gleichzeitig wurde durch die «sogenannte Säuberung» der Hochschulen – im Rahmen von Verfolgungen und Entlassungen jüdischer und politisch unliebsamer Studenten und Professoren – Stück für Stück Wissenschaft für faschistische Interessen vereinnahmt.

Burschenschaften exmatrikulieren: In Deutschland, Österreich und überall

Weit ausgeprägter ist dieses Phänomen bereits in Österreich. Sowohl die Österreichische Volkspartei (ÖVP) als auch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sind eng mit dem Verbindungswesen verkettenet. Während Erstere enge Kontakte zu katholischen Verbindungen pflegen, greift die FPÖ auf schlagende, völkische oder

deutschnationale Korporationen zurück. So wird bereits heute schon das Führungspersonal der FPÖ allen voran aus völkischen Burschenschaften rekrutiert¹.

Zwar ist der Einfluss von Burschenschaften in der AfD im Vergleich zur FPÖ noch gering, aber auf dem Vormarsch (siehe AfD-Gliederung «Korporierten in der AfD»). Insbesondere bei den aktuellen steigenden Umfragewerten der AfD darf der Einfluss von rechten Studenten auf das politische Tagesgeschäft auf keinen Fall unterschätzt werden. So müssen wir uns immer wieder klar machen, mit einem gesellschaftlichen Rechtsruck geht auch ein Ruck in rechten, studentischen Männernetzwerken einher,

welche personell und inhaltlich die AfD füttern. Das eine verstärkt das andere.

Aus diesem Grund ist es für eine konsequent antifaschistische Politik notwendig, Verbindungen und Burschenschaften nicht als akademische Elitenetzwerke zu verharmlosen, sondern als antisemitische, misogynen, völkische Männerbünde, die mit Lebensbundprinzip und Mensur, faschistische Ideologie in die Hörsäle zurückbringen wollen, anzuerkennen und konsequent zu unterbinden. Dafür müssen wir bei Abgeordneten wie Halemba hier und heute anfangen: Rechte Verbinder und Burschenschaften raus aus den Parlamenten und raus aus den Hochschulen! ■

1 jungle.world: <https://is.gd/xFIKvD> (28.11.2023).

Sozialdemokratie auf Abwegen

Wie migrationspolitische Debatten die Wahlen in Hessen beeinflusst haben und der Sozialdemokratie schaden

Als Wissenschaftler*innen aus dem Asylrecht und der Fluchtforschung, die seit Jahren die Flüchtlingspolitik untersuchen und kommentieren, sehen wir die jüngsten politischen Debatten und Forderungen mit großer Sorge. Die Debatte über Flucht und Asyl wird weitestgehend faktenfrei geführt. Dadurch werden Ängste geschürt

und gesellschaftliche Probleme Schutzsuchenden angelastet. Zudem werden kurzerhand rechtsstaatliche und menschenrechtliche Minimalstandards für populistische Überschriften geopfert.¹

In einem offenen Brief positionierten sich über 270 Wissenschaftler:innen eine Wo-

1 Pichl, Maximilian / Krause, Ulrike / Markard, Nora: «Für einen Menschenrechtspakt in der Flüchtlingspolitik. Ein Aufruf von 270 Wissenschaftler:innen», Verfassungsblog 30.9.2023, online aufrufbar: [verfassungsblog.de: https://is.gd/BdJrP4](https://is.gd/BdJrP4) (letzter Aufruf 3.11.2023).

che vor der hessischen Landtagswahl zu der gegenwärtigen Migrationspolitik. Die Wahl war überschattet von migrationspolitischen Debatten. Das dürfte auch daran liegen, dass die Spitzenkandidatin der hessischen SPD und Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, versuchte, mit ihren migrationspolitischen Erfolgen auf Bundes- und Europaebene zu punkten. Doch es hätte kein Automatismus sein müssen, das Thema Migration zum Spitzenthema und damit zur Cheffinnensache im Wahlkampf zu machen. Zumindest hätte kritisch reflektiert werden sollen, ob die Sozialdemokratie gegenwärtig das Thema Migration so bespielt, dass Wähler:innen für die Sozialdemokratie begeistert werden können und diese die Politik mit der Sozialdemokratie in Verbindung bringen. Die Art, wie migrationspolitische Debatten in der Wahlkampfphase geführt wurden, hat der politischen Linken und der Sozialdemokratie geschadet. Als Gewinner:innen aus der Debatte und Wahl sind stattdessen die CDU (31 %) und die AfD (16 %) hervorgegangen. Der migrationspolitische Diskurs hat sich nach rechts verschoben. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Debatte letztendlich auf Kosten von Schutzsuchenden und Migrant:innen geführt wird, die vermehrt rassistische Gewalt erleben.

Cheffinnensache: Bekämpfung sogenannter illegaler² Migration

Als Nancy Faeser vor anderthalb Jahren zur Bundesinnenministerin ernannt wurde, at-

meten Viele auf: Nach 16 Jahren Leitung des Hauses von Konservativen – wie in den letzten Jahren Horst Seehofer (CSU) – kam Hoffnung auf, dass der restriktive Kurs in der Migrationspolitik gebrochen werden könnte.

Auch der Koalitionsvertrag bestärkte die Hoffnung nach einer Wende in der Migrationspolitik, die die Rechte von Schutzsuchenden in den Vordergrund stellt, denn er sieht umfassende Maßnahmen dafür vor. Flächendeckende und behördenunabhängige Asylverfahrensberatung, Unterstützung und Identifikation von vulnerablen Gruppen, Verbesserung des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten und Gewährleistung von unbürokratischer Gesundheitsversorgung von Schutzsuchenden – das sind nur einige Beispiele dafür, dass die Koalitionsvereinbarung durchaus das Potenzial hat, den Fokus auf die Bedürfnisse von Schutzsuchenden zu lenken. Weiter heißt es im Koalitionsvertrag, dass bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den EU-Staaten auf EU-Ebene geschaffen werden sollen. Sogenannte irreguläre Migration soll wirksam reduziert, Ursachen für die lebensgefährliche Flucht bekämpft und illegale Zurückweisungen sowie das Leid an den Außengrenzen beendet werden. Ziel des Koalitionsvertrages ist außerdem, dass Asylanträge inhaltlich geprüft werden.³

In Erinnerung geblieben ist die Vorstellung der Jahresstatistik des Bundes-

-
- 2 Für die Zwecke des Beitrags wird dieser Begriff hier aufgegriffen, weil er von politischen Entscheidungsträger:innen verwendet wird. Zutreffender ist es, von illegalisierter Migration zu sprechen, um zu verdeutlichen, dass bewusste politische Entscheidungen dazu führen, wer erlaubt und unerlaubt einreist. Der Begriff «irregulär» findet zunehmende Verwendung, s. dazu ausführlich *Klarmann, Tobias*: Illegalisierte Migration, 44–50.
 - 3 Alle in diesem Absatz aufgeführten Maßnahmen finden sich hier: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2021–2025, S. 111 f., online aufrufbar: <https://is.gd/vrfnY9> (letzter Aufruf 3.11.2023).

kriminalamts 2021 zu Beginn der Amtszeit von Nancy Faeser, in der sie den Rechtsextremismus als größte Gefahr für die Menschen im Land bezeichnete. Darauf folgten Verbote von rechtsextremen Vereinigungen, Ermittlungsmaßnahmen gegen Rechte und Debatten über Reformen von Waffengesetzen. Schon in ihrer Zeit als Vorsitzende der hessischen SPD-Landtagsfraktion und Oppositionsführerin bespielte Nancy Faeser in Hessen das Thema Kampf gegen den Rechtsextremismus: Sie setzte sich für eine Aufklärung der rassistischen Morde in Hanau, der NSU-Morde und der Aktivitäten des NSU 2.0 in Hessen ein.

Seit Nancy Faeser ihren Arbeitsort von Wiesbaden nach Berlin verlegt hat, ist in Sachen Bekämpfung von Rechtsextremismus in Hessen nichts passiert. Die Grünen sorgen weiterhin gemeinsam mit der CDU dafür, dass Ermittlungsakten nicht freigegeben und Ermittlungen verhindert werden. Doch anstatt den Fokus im Wahlkampf auf eine Bekämpfung von Rechtsextremismus in Hessen zu legen, verurteilte Nancy Faeser zunächst die Veröffentlichung der NSU-Akten durch das ZDF-Satire-Magazin ROYAL. Und statt darauf, die soeben genannten Ziele im Koalitionsvertrag im sozialen Sinne umzusetzen, konzentrierten sich ihre Bemühungen zunehmend auf die Bekämpfung sogenannter illegaler Migration durch einen effektiven Außengrenzschutz, eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) und Reformen des deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechts.

Wer rechte Narrative bedient, stärkt die Rechten

Schon im Oktober 2022 twitterte Nancy Faeser, dass für eine klare Begrenzung von Schutzsuchenden, die über das Mittelmeer und die Balkanroute kommen, gesorgt werden müsse. Illegale Einreisen müssten gestoppt werden, um den Menschen zu helfen, die dringend unsere Unterstützung brauchen.⁴ Damit bediente sie das Narrativ, dass Schutzsuchende, die über das Mittelmeer einreisen, weniger schutzbedürftig seien als Schutzsuchende beispielsweise aus der Ukraine. Die Schutzquoten zeigen jedoch das Gegenteil.⁵

Im Frühjahr dieses Jahres nahm die migrationspolitische Debatte eine besondere Dynamik an. Die Diskussion wurde entfacht durch Bestrebungen, das GEAS der Europäischen Union zu reformieren und durch die Klagen einiger Kommunen, mit der Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden überfordert zu sein. Die Reformvorschläge zum GEAS, über die am 8. Juni eine Einigung getroffen wurde, stammen noch aus der Zeit von Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident. Die Kommission unter Ursula von der Leyen nahm sie in einem Vorschlag über ein neues Migrationspaket im Jahr 2020 auf. Die Einigung im Rat zeigte, dass für die Bundesregierung die Reduzierung der Fluchtbewegungen in die EU und nach Deutschland an erster Stelle steht. Dafür nimmt sie maßgebliche Verschlechterungen der individualrechtlichen Situation von Schutzsuchenden hin und verbreitet schlichtweg falsche Informationen über die

4 Online aufrufbar: [twitter.com: https://is.gd/S1laAY](https://is.gd/S1laAY) (letzter Aufruf 3.11.2023).

5 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen, Ausgabe September 2023, S. 3, online aufrufbar: [bamf.de: https://is.gd/n6XOk0](https://is.gd/n6XOk0) (letzter Aufruf 3.11.2023).

Bedeutung der Reform auf der offiziellen Seite des Bundesinnenministeriums.⁶

Infolge dieser Entwicklungen sah sich Nancy Faeser in Talkshows zunehmend mit migrationspolitischen Fragen und nicht ihren Visionen für Hessen konfrontiert. In diesem Diskurs versuchte sie sich gegen ihren Gegenkandidierenden und amtierenden Ministerpräsidenten, Boris Rhein (CDU), zu behaupten und setzte dabei auf die Begriffe Ordnung einerseits und Humanität andererseits: Dieses ging zu Lasten von der Rechtsstellung von Schutzsuchenden und führte zu einem regelrechten Wettbewerb von neuen restriktiven Vorschlägen. Letztlich kam nach einem Machtwort von Olaf Scholz eine Woche vor der Wahl in Hessen doch noch eine Einigung zur sogenannten Krisenverordnung im Rat zustande. Die Krisenverordnung stellt eine der einschneidendsten Veränderungen auf EU-Ebene seit der Einführung des GEAS dar: So können Mitgliedstaaten Schutzsuchende für längere Zeiten nicht registrieren, was die Gefahr von rechtswidrigen Zurückweisungen an der Grenze verstärkt. Und trotz all dieser Reformen konnte Nancy Faeser mit ihrem restriktiveren Kurs in Hessen nicht punkten.

Schwindender Einfluss der Jungsozialist:innen in der SPD

Diese Entwicklungen blieben auf Europaebene, im Bundesgebiet und auch in Hessen von den Jungsozialist:innen nicht unbeantwortet. Für die Zwecke des hiesigen

Artikels wird sich auf die Aktivitäten der hessischen Jusos konzentriert.

Auf dem Landesparteitag der hessischen SPD, auf dem Nancy Faeser zur Spitzenkandidatin gewählt wurde, brachten die Jusos einen Initiativantrag ein, der sich gegen die jüngsten Entwicklungen in der Migrationspolitik wandte. Ein Tag zuvor trat die ehemalige Landesvorsitzende der hessischen SPD, Andrea Ypsilanti, die selbst fast im Jahre 2008 Ministerpräsidentin geworden wäre, aus der SPD aus und forderte von den Jungsozialist:innen Haltung. Die Jusos versuchten, dieser Verpflichtung gerecht zu werden: Mit blauen T-Shirts, auf denen zerbrochene Sterne umgeben von einem Stacheldraht auf dem Rücken und der Schriftzug «Not my Europe» mit der Juso-Rose auf der Vorderseite abgedruckt waren, stellte sich eine Gruppe Jusos (und zwei ältere Genossen) in den Gang, als der SPD-Landesvorstand einen eigenen Initiativantrag zum Thema einreichte. Dies war ein Versuch der SPD, den Initiativantrag der Jusos und eine Debatte auf dem Landesparteitag obsolet zu machen. Der Initiativantrag des Vorstands wurde als vernünftiger Kompromiss dargestellt, der die viel beschworene Humanität und Ordnung in der EU sicherstellen sollte. Betont wurde von Amtsträger:innen, dass individualrechtliche Verbesserungen im weiteren Gesetzgebungsprozess unbedingt ausgehandelt werden müssten und durch den Einsatz von Sozialdemokrat:innen durchgesetzt werden könnten. Ein naiver Glauben, wie die Einigung über die sogenannte Krisenverordnung am 4.10.2023 zeigte. Nach dem Landesparteitag flog Nancy Faeser nach Tunesien, um dort für ein neues EU-Ab-

6 Vgl. ProAsyl: FAQ zur geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), 1.6.2023, online aufrufbar: [proasyl.de: https://is.gd/UeOhpo](https://is.gd/UeOhpo) (letzter Aufruf 3.11.2023 mit Bundesministerium des Inneren und für Heimat: Fakten zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), online aufrufbar: [bmi.bund.de: https://is.gd/BzNmWF](https://is.gd/BzNmWF) (letzter Aufruf 3.11.2023)).

kommen zu werben und damit den restriktiveren Kurs weiter zu betreiben, nachdem sie sich auf dem Parteitag noch verständnisvoll gegenüber den Jusos gezeigt hatte.

Nachdem sich eine immer restriktivere Debatte an die Einigung im Rat anschloss und innerhalb der Jusos weiterhin Protest aufkam, wurde innerparteilich zur bekannten kritischen Solidarität aufgerufen. Nach den Wahlen könnten Diskussionen geführt werden. Bis dahin solle Solidarität im Wahlkampf gezeigt werden – auch wenn das bedeutet, dass bis zur Wahl weiterhin eine migrationspolitische Debatte geführt wird, die jungsozialistische und sozialdemokratische Werte verletzt, der Partei schadet und die Wahlen überschattet. Und der Diskurs in der Migrationspolitik weiter nach rechts verschoben wird.

Die Jusos müssen sich insgesamt fragen, wie sie ihren Einfluss in der SPD stärken können. Weder in Hessen, noch auf Bundesebene haben Sozialdemokrat:innen mit Taten auf Kritik der Jusos reagiert. Selbst die Juso-Bundestagsabgeordneten scheinen in der Angelegenheit zu schlafen und versäumen gemeinsame Aktionen mit Grünen und Linken MdBs, mit denen sie sich gemeinsam hätten positionieren können. Dies spiegelt sich auch auf der Gestaltung der hessischen Landesliste wider: Die Zahl der Juso-Kandidierenden auf der hessischen Landesliste war erschreckend gering und das, obwohl viele Jusos aktiv an der Planung und Durchführung der Landtagswahl beteiligt waren und in kommunaler Verantwortung sind.

Krise der Sozialdemokratie trotz Krise der Ressourcenverteilung

Die hessische SPD hat von den Wähler:innen eine deutliche Absage erhalten. Die Sozialdemokratie wird von der Mehrheit der

Bevölkerung in der EU, in Deutschland und in Hessen schließlich nicht gewählt, weil sie eine Migrationspolitik verfolgt, die von der CDU stammen könnte. Sondern, wenn sie soziale Antworten auf Fragen findet, die das Zusammenleben aller Menschen betrifft. Gerade im Bereich der Migrationspolitik werden soziale Antworten dringender denn je benötigt: Es geht um den Zugang zu Arbeit, Wohnraum und Bildung – den nicht nur Schutzsuchende und Migrant:innen benötigen, sondern der für die Mehrheit der Menschen knapper wird. Wir befinden uns in einer Krise der Ressourcenverteilung, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität erfordert. Eine Ausgangslage, die dringender denn je die Werte der Sozialdemokratie erfordert. Doch statt den Fokus auf Maßnahmen im Bereich Bildung, Wohnen, Umverteilung in den Mittelpunkt zu stellen, spricht Olaf Scholz davon, dass wir endlich konsequent abschieben müssten, und Nancy Faeser bringt weitere einschneidende Verschlechterungen für Schutzsuchende zur Durchführung von Abschiebungen auf den Weg. Und das, obwohl nur 9% der Asylsuchenden ausreisepflichtig sind und die Bundesregierung durch ihre neu eingeführten Maßnahmen lediglich 600 Abschiebungen mehr pro Jahr erwartet. Sind uns dafür diese Mittel recht? Die Sozialdemokratie ist auf Abwege geraten.

Die Menschenrechte müssen der Maßstab der bundesdeutschen Politik sein. Dies gilt es, in einem neuen Menschenrechtspakt für die Flüchtlingspolitik zu bekräftigen und zu konkretisieren.

So endet der anfangs zitierte offene Brief.

Ob sich die SPD diese Forderung zu Herzen nimmt, ist höchst fraglich. Statt auf die Wohlfahrtsverbände, Berater:innen von

Schutzsuchenden und Wissenschaftler:innen zu hören, sucht Olaf Scholz das Gespräch zur konservativen Opposition, die einen noch restriktiveren Kurs fordert. In Hessen bahnt sich eine Koalition von CDU und SPD an, weil die CDU meint, ihre migrationspolitischen Ziele mit der SPD besser umsetzen zu können. Insofern hat sich Nancy Faesers restriktiver migrationspolitischer Kurs der SPD doch noch «gelohnt». Für eine Regierungsbeteiligung reicht es. Und zwar mit der Partei, die im Wahlkampf hart angegangen wurde für Versäumnisse auf allen Ebenen. Der Umgang mit jungsozialistischer Kritik führt dazu, dass innerparteiliches Vertrauen von jungen engagierten Menschen in die Sozialdemokratie verloren geht. Die Jusos sind nach dem Spiegel-Interview von Olaf Scholz mit dem Titel «Wir müssen endlich konsequent abschie-

ben» lauter geworden. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass ihre Kritik endlich ernst genommen wird. Und dass die hessischen Jusos sich klar gegen eine GroKo aussprechen, die maßgeblich auf einer gemeinsamen restriktiven Migrationspolitik beruht. Unterstützung für eine Fokusverschiebung in der Migrationspolitik braucht es allerdings vor allem auch aus der Zivilgesellschaft: Es braucht starke überparteiliche und außerparlamentarische Zusammenschlüsse, die Gegenforderungen stellen und sich konsequent für eine solidarische Gemeinschaft einsetzen. Dass dieser Einsatz mehr denn je erforderlich ist, haben die Wahlergebnisse in Hessen gezeigt. Im Hinblick auf anstehende Landtagswahlen und die Europawahl im nächsten Jahr war der konsequente Einsatz für die Menschenrechte von Schutzsuchenden nie so dringend wie jetzt. ■

Jan Hillgruber

Italiens unscheinbarer Weg in die Autokratie Ein Beispiel aus Südeuropa

Der Anstieg von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist kein deutschland-spezifisches Phänomen. Tatsächlich steht die deutsche demokratische Parteienlandschaft im internationalen Vergleich noch recht geschlossen gegen eine Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten. Um die Macht des Rechtspopulismus in der Welt zu verstehen, bedarf es keines weiten Blickes über den Teich in die USA oder nach Brasilien. Der Rechtspopulismus hat auch

in Europa schon seit Jahren wieder Fuß gefasst und bohrt mit starkem Gerät an dem Fundament der freiheitlich-demokratischen europäischen Ordnung.

Europas Rechtsextremisten in Regierungsbeteiligung

Wer wissen möchte, wie stark die Rechtsextremisten in Europa sind, muss nur auf

ihre zahlreichen Regierungsbeteiligungen blicken. Dabei muss differenziert werden zwischen direkter Regierungsbeteiligung, also Regierungsführung oder Koalitionspartner, und indirekter Regierungsbeteiligung. Letzteres meint die Unterstützung einer Minderheitsregierung, ohne jedoch Mitglied in der Regierung zu sein und Regierungsämter zu bekleiden. Auch wenn eine indirekte Regierungsbeteiligung formal schwächer wirkt als die direkte Regierungsbeteiligung, so sollte auch diese Form der Einflussnahme nicht unterschätzt werden. Auch hier ist die Regierungsfähigkeit nur unter Gnaden der Rechtsextremisten möglich, jedoch ohne dass jene in der Öffentlichkeit direkte Verantwortung für die (Fehl-)Entscheidungen der Regierung tragen müssen. Ein prominentes Beispiel für diese indirekte Beteiligung von Rechtspopulisten stellt derzeit Schweden dar, wo die Schwedendemokraten die Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Ulf Kristersson tolerieren.

Einen besonders besorgniserregenden Aufstieg haben die postfaschistischen «Fratelli d'Italia» in Italien hingelegt. Während sie bei den Parlamentswahlen 2018 gerade mal 4,8% erhielten, gewannen sie 2022 mit einem Zuwachs von ca. 21% nicht nur den Status der stärksten Kraft, sondern auch das Amt der Ministerpräsidentin. Parteichefin Giorgia Meloni wurde mithilfe einer unheiligen Allianz aus den Rechtspopulisten der «Lega» um Matteo Salvini und der rechtskonservativen «Forza Italia» um Skandalpolitiker und Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi erste Ministerpräsidentin Italiens. Und obwohl aufmerksame Politikbeobachter um die Instabilität italienischer Koalitionsregierungen wissen – seit 2020 ist Melonis Regierung die dritte – so scheint Meloni ihre Koali-

tion fest im Griff zu haben. So scheute sie nicht davor zurück, Berlusconi für seine Äußerung in Bezug auf den russischen Krieg in der Ukraine zurechtzuweisen. Berlusconi, dessen Tod diesen Sommer Schlagzeilen machte, galt als Busenfreund von Putin und hielt sich auch nach der russischen Großinvasion nicht zurück, diese Freundschaft und Verbundenheit zu zeigen. So erklärte er im Oktober 2022, seine Beziehung zu Putin sei wiederhergestellt. Im Februar 2023 beschuldigte er sogar den ukrainischen Präsidenten Selenskyj, den Krieg bewusst und gewollt provoziert zu haben. Meloni hingegen reagierte kühl und versicherte den ungebrochenen Willen ihrer Regierung, die Ukraine zu unterstützen. Denn trotz aller diplomatischen Befürchtungen, Italien würde sich unter der neuen rechtsextremen Regierung von dem westlichen und europäischen Bündnisssystem entfernen und dieses von innen heraus attackieren, zeigt sich Meloni auf internationaler und besonders auf europäischer Ebene als kooperative und verlässliche Partnerin. Wie lässt sich diese unkonfrontative Haltung auf europäischer Ebene erklären?

Gründe für die vermeintlich unkonfrontative Außenpolitik Melonis

Zunächst ist die fehlende Regierungspraxis Melonis und vieler ihrer Minister ein nicht zu unterschätzender Grund. Im Gewusel in Brüssel schwimmt es sich als Neuling leichter mit dem Strom als dagegen. Das einzige Kabinettsmitglied mit guten Beziehungen in Brüssel ist der ehemalige EU-Kommissar und Parlamentspräsident Antonio Tajani von der «Forza Italia», der das Amt des Außenministers bekleidet. Die Repu-

tation und Netzwerke eines Mario Draghi, Regierungschef vor Meloni, bringt die zentrale Figur der Regierung, die Ministerpräsidentin selbst, aber nicht mit. So kommt auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom zu dem Schluss, dass vor allem die fehlenden Erfahrungen und Netzwerke der neuen Regierung in Brüssel zentrale Gründe für ihre außenpolitische Konformitätshaltung sind.¹ Neben diesem immateriellen Grund trägt ein materieller Grund ebenfalls in hohem Maße zur Zurückhaltung Melonis auf europäischer Ebene bei. Italien ist der Hauptempfänger des 2020 beschlossenen und 2021 realisierten Programms *Next Generation EU*. Dieses umfasst 750 Milliarden, die zweckgebunden an die Mitgliedstaaten ausgezahlt werden, um die Wirtschaft nach Corona zu revitalisieren. Italien, selbst schwer durch die Corona-Krise getroffen, erhält daraus den größten Anteil der Unterstützung mit 191,5 Milliarden Euro. Dabei werden ca. 69 Milliarden Euro als sogenannte Grants vergeben, sind also nicht rückzahlungspflichtig. Die restlichen 123 Milliarden Euro werden als Kredit vergeben und sind dementsprechend zurückzuzahlen. Berechnungen der italienischen Regierung prognostizieren für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 3,6%, das auf diese Gelder zurückzuführen sein wird. Somit hat Italien ein enormes Interesse daran, diese Gelder abzurufen. Nun verursachte die Corona-Pandemie nicht nur durch diese erstmalige Aufnahme gemeinsamer europäischer Schulden einen historischen Schritt in der EU-Finanzpolitik, sondern auch durch die im selben Zeitraum wirksame Einführung des Konditionalitätsmechanismus im EU-Haushalt. Dieser Me-

chanismus knüpft die Auszahlung von EU-Mitteln an den Stand der Rechtsstaatlichkeit in dem jeweiligen Mitgliedstaat. Für Melonis Regierung in Italien bedeutet das, dass sie sich beispielsweise eine menschenverachtende Asylpolitik, die rechtsstaatliche Prinzipien außer Acht lässt und sie in der EU in Ungnade fallen lässt, schlichtweg nicht leisten kann. Für alle Demokratinnen und Demokraten Europas bedeutet dies hingegen, dass wehrhafte Instrumente auf europäischer Ebene, wie der Konditionalitätsmechanismus, wirken und gebraucht werden.

Die zweite Seite der Medaille: Melonis demokratiefeindliche Innenpolitik

Die außenpolitische Stille kompensiert Meloni mit der Ankündigung weitreichender innenpolitischer Reformen. Einerseits ist aus sozialdemokratischer Perspektive die weitgehende Streichung des Bürgergelds zu nennen. Diese staatliche Unterstützung für erwerbslose Bürgerinnen und Bürger erhalten momentan 1,8 Millionen Italiener. Per SMS wurden sie informiert, dass ihre Lebensgrundlage alternativlos gestrichen wird. Die Aushöhlung des Sozialstaats passt zum schlanken Staatskonzept der rechten Regierungskoalition. Die katastrophalen Folgen für die Betroffenen werden ignoriert. Ebenfalls ignoriert Melonis Regierung Grundprinzipien der Demokratie. So veröffentlichte sie jüngst ihren Plan für weitreichende Verfassungsänderungen. Sie schlägt vor, dass fortan das Amt des Ministerpräsidenten direkt gewählt wird. Für den Sieg reicht eine einfache Mehrheit in

1 Feltri, Stefano: Eine brüchige Macht. Giorgia Meloni und die neue Rechte: ein Jahr an der Macht, URL: library.fes.de: <https://is.gd/XYVGOM> (Oktober 2023).

einem einzigen Wahlgang. Derjenige, der diese erhält, wird nicht nur Ministerpräsident für 5 Jahre, sondern erhält obendrein 55 % der Mandate in beiden Parlamentskammern. Offiziell begründet wird die Reform mit dem Wunsch, stabilere Regierungen zu formen. Angewandt auf die Realität würden diese Verfassungsänderungen bedeuten, dass, sofern man aktuelle Umfragen nach Parteipräferenz auf deren Vorsitzende zurückführen kann, Meloni mit 29 % der Stimmen gewinnen und allein damit für fünf Jahre stabile Mehrheiten erhalten würde. Dass sie durch 71 % der Italiener nicht gewählt wurde, würde keine Rolle mehr spielen. Eine solche Missachtung des Wählerwillens ist schlichtweg undemokratisch und verdeutlicht nur das krude Demokratieverständnis von Populisten: die Diktatur der einfachen Mehrheit.

Zur Notwendigkeit einer aufmerksamen Strategie gegen Rechts

Demokratinnen und Demokraten in Italien müssen sich nun geschlossen gegen diese Verfassungsreform zeigen. Meloni benötigt für die Durchsetzung in beiden Kammern eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die sie bislang nicht besitzt. Sollte die Reform in einer der Kammern scheitern, so würde ein Referendum entscheiden. Auch hier ist es entschei-

dend, dass die demokratische Opposition geschlossen auftritt. Zuletzt ist es im Hinblick auf die nächste Wahl entscheidend, dass ein starkes Mitte-Links-Bündnis gemeinsam gegen das Regierungsbündnis antritt, sodass die im Wahlrecht vorgesehenen Ein-Personen-Wahlkreise nicht wie 2022 zu 80 % an das rechte Bündnis fallen. In Italien selbst gilt es also, demokratische Bündnisse zu schmieden.

Europäische Demokratinnen und Demokraten hingegen müssen aufmerksam bleiben. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, Meloni regiere in Italien so zurückhaltend wie ihre Außenpolitik zunächst vermuten lässt. Im Gegenteil versucht sie, ihre Macht langfristig zu sichern und das italienische politische System zu autokratisieren. Sobald sie das erreicht hat, wird sie auch in ihrer Außen- und Europapolitik aggressiver auftreten, um ihre Wählerschaft zu befriedigen. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen und müssen die Europäische Union befähigen, «democratic backsliding» im Inneren der Union aktiv und effektiv entgegenzutreten. Der Konditionalitätsmechanismus im Haushalt kann dafür nur ein Instrument in einem umfassenden Paket «Demokratische EU» sein. Mit ihrer historischen Erfahrung im Kampf gegen Rechtsextremismus ist die Sozialdemokratie ein idealer Ort, diese Instrumente weiterzuentwickeln. ■

Liliia Sablina (Übersetzung: Laura Clarissa Loew)

Die extreme Rechte in Russland

Illiberale Regierung, radikale Gruppierungen und europäische Netzwerke

In den letzten Jahren hat sich die Wissenschaft vermehrt mit erstarkenden rechts-extremen Bewegungen beschäftigt, deren verwickelte Dynamiken und Ideologien untersucht und die sozio-politischen Implikationen dieses globalen Trends erforscht. Von offen radikalen, neonazistischen Bewegungen, bis zu solchen, die sich nach außen als demokratisch präsentieren, aber tatsächlich illiberale Werte verfolgen, sind sich rechtsradikale Akteur:innen in ihrer Ablehnung liberal-demokratischer Werte einig (Pirro 2023). Im Kontext dieser globalen Tendenzen wird immer wieder der «russische Einfluss» auf europäische illiberale Gruppierungen betont. Dieser Artikel möchte den Begriff «russische radikale Rechte» nuanciert aufschlüsseln und darstellen, wie diese Akteur:innen mit europäischen Rechtsextremen kooperieren sowie wie sich dies konkret in Deutschland abbildet.

1 Die Komplexität der russischen radikalen Rechten

Die meisten der Gruppierungen, die dem russischen rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, entstanden im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion – getrieben von sozial-ökonomischen Unsicherheiten und dem gefühlten Verlust nationaler Identität. Sie können gemäß ihren ideologischen Grundlagen in drei Kategorien ein-

geordnet werden: Vertreter:innen einer arischen Rassenideologie, einer eurasischen Ideologie und Monarchist:innen / orthodoxe Fundamentalist:innen (Varga 2024).

In den 1990ern und frühen 2000er-Jahren dominierten vor allem diejenigen Bewegungen, die mit oft gewaltsamen Methoden ihre gegen Migrant:innen und Muslim:innen gerichteten Ressentiments verbreiteten und Ideen wie «rassische Hygiene» (der «arischen Rasse») vertraten. Sie organisierten sich meistens in Gruppen aus Neonazis oder Skinheads und zielten darauf ab, Jugendliche zu mobilisieren (Varga 2024). Die damals bekanntesten rechtsextremen Organisationen waren die militant-faschistische Gruppierung «Russische Nationale Einheit» (RNE) von Aleksandr Barkašov, die in den 1990ern etwa 50.000–200.000 Unterstützer:innen hatte (Laruelle 2010; Simonsen 1996) sowie die «Bewegung gegen illegale Immigration» (DPNI) (Zuev 2010).

Eurasische Ideolog:innen integrierten im Gegensatz dazu den muslimischen und mongolischen Einfluss auf die russische Kultur und schrieben ihr zwei Ursprünge zu: einen slawischen und einen turkischen. Diese Strömung erhielt Auftrieb vor allem durch die Arbeiten von Alexander Dugin, Professor für Soziologie an der Moskauer Staatlichen Universität. Dieser hatte selbst viele Ideen von europäischen radikalen Rechten übernommen (Umland 2017; Varga 2024). In den folgenden Jah-

ren bewegte sich die eurasische Bewegung in Russland zwischen politischer Marginalisierung und intellektuellem Einfluss. Einerseits wurden Dugin selbst und seine Ideen in gewissen intellektuellen Kreisen rezipiert, andererseits hatten die rechts-extremen Vertreter:innen dieser Ideologie Schwierigkeiten, im politischen Mainstream anzukommen, da sie über keine politischen Organisationsformen im traditionellen Sinne verfügten (Shekhovtsov 2009).

Die Monarchist:innen hingegen basieren ihre Ideologie auf der Ablehnung des sowjetischen Erbes und stellten die Orthodoxie ins Zentrum ihrer Überzeugungen. Die «Russische Reichsbewegung», die Vorstellungen einer «weißen Vorherrschaft» («white supremacy») hegt, wurde bereits im Jahr 2002 gegründet. Sie setzt sich für die Wiederbelebung des Russischen Imperiums ein und trägt die Vision Russlands als starkem, souveränem Staat mit einer traditionalistisch-konservativen Gesellschaft vor sich her (Kruglova 2021).

Trotz dieser Unterschiede eint die russische rechtsextreme Szene der Glaube an Verschwörungsideologien und an eine Allianz vermeintlicher «Feinde im Inneren», bestehend aus nationalen und religiösen Minderheiten und korrupten Oligarch:innen. Auch im Äußeren bestehen mit «dem Westen» und «den Juden» gemeinsame konstruierte Feinde. Die russische Nation hingegen wird als «dominant» imaginiert; zurückzuführen auf vermeintliche ethnische Überlegenheit und charakterisiert durch die ihr zugrunde liegenden Ordnungsprinzipien der Spiritualität und Autokratie (Laruelle 2010).

Die politischen Strategien der verschiedenen Strömungen unterscheiden sich jedoch voneinander. Während sich einige

Gruppierungen in paramilitärische Einheiten organisiert haben, haben andere einen gewaltfreien Weg gewählt oder sogar politische Parteien gegründet, so wie die Nationalbolschewistische Partei Russlands (seit 2007 in Russland verboten) (Fenghi 2017). Die Jahre von 2004–2009 werden oftmals eine Epoche verstärkter rassistisch motivierter Gewalt bezeichnet, da die Übergriffe gegen Migrant:innen und nationale Minderheiten stark zunahmen (Varga 2024). Neben diesen rassistisch motivierten Übergriffen haben rechtsextreme Gruppierungen in dieser Zeit auch vermehrt kooperiert, wie zum Beispiel bei den seit 2005 durch die DNPI organisierten «Russischen Märschen» (Laruelle 2010).

Der Erfolg rechtsextremer Gruppierungen in dieser Epoche kann teilweise auf die Machtübernahme Vladimir Putins zurückgeführt werden. Seine Regierung hatte damit begonnen, Konzepte von Patriotismus und russischem Nationalismus für sich nutzbar zu machen und öffnete damit den Raum für Rechtsradikale, alternative Visionen eines «Weißen Russlands» propagieren zu können. Gleichzeitig übernahm die Regierung nach und nach die Kontrolle über nationalistische Rhetorik, indem sie anti-westliche Narrative, Anti-LGBT-Ressentiments und die Rückkehr zu «traditionellen Werten» übernahm, während sie – paradoxerweise – rechtsextreme Organisationen im Land unterdrückte (Kruglova 2021). Nach der Welle von Übergriffen in den Jahren 2009–2010 verbot die Regierung die «Slawische Union», die «Nationalsozialistische Gesellschaft» (NSO), die DPNI und andere rechtsradikale Gruppierungen, die eine arische Rassenideologie vertraten (Varga 2024).

Obwohl sie eine gemeinsame anti-liberale Rhetorik teilen, stimmt die russi-

sche extreme Rechte nicht notwendigerweise mit der Regierung überein (Kruglova 2021). Gruppierungen wie die RNE, «Rusič», «Ratibor» (Likhachev 2016) und Vertreter:innen der «Russischen Reichsbewegung» (Kruglova 2023) bildeten zwar in der Folge der Invasion in die Ukraine 2014 militärische Einheiten, aber behielten ihre regierungskritische Position bei. Ihre Unterstützung für die Invasion speiste sich eher aus dem von ihnen vertretenen Prinzip der russischen ethnisierten Hierarchie, demzufolge eine «Vereinigung» aller russischsprachigen Länder begrüßenswert sei.

2 Die russische und europäische extreme Rechte: Kooperation und globale Vernetzung

Die russische extreme Rechte ist nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern hat sich als integraler Bestandteil eines breiten «rechtsradikalen Momentums» entwickelt, indem sie ideologische, strukturelle und praktische Verbindungen mit europäischen Akteur:innen aufnahm. Die Entwicklungswege der europäischen und russischen extremen Rechten unterscheiden sich trotzdem. Während die westlichen Akteur:innen sich in politischen Entitäten institutionalisiert haben, blieb der Großteil der russischen Gruppierungen weiterhin marginalisiert und hatte mit staatlicher Unterdrückung zu kämpfen; präsentierte doch der russische Staat kontinuierlich seine eigene Form des Nationalismus (Ivanova et al. 2019).

Auf ideologischer Ebene haben die russischen und europäischen rechtsextremen Bewegungen vielfache Überschneidungen, wie beispielsweise in der ethnonationalistischen Grundüberzeugung, Ressentiments gegenüber Migrant:innen und der

Ablehnung eines wahrgenommenen Globalismus. Weitere inhaltliche Übereinstimmungen sind beispielsweise Anti-EU-Ressentiments, Skepsis gegenüber liberalen Demokratien und die Vorliebe für starke Führungspersonen. (Laruelle 2010). Schließlich war es die aufkommende digitale Vernetzung, die eine weitere Kooperation anregte. Sie ermöglichte es, rechtsradikalen Akteur:innen, transnationale diskursive Räume zu gestalten, sich auf sozialen Medien gegenseitig zu folgen und spezifische rechtsextreme Plattformen wie 4chan zu nutzen. Des Weiteren führte die Übernahme von anti-westlichen und nationalistischen Diskursen durch die russische Regierung dazu, dass die staatliche russische Rhetorik von der westlichen radikalen Rechten übernommen wurde.

Zu den Verbindungskanälen rechtsextremer Akteur:innen gehören physische Treffen, die Organisation von Konferenzen oder gemeinsame paramilitärische Trainings. In den 2000er-Jahren verfolgten russische rechtsradikale Aktivist:innen die Idee, solche internationalen Konferenzen zu planen, die transnationale rechte Akteur:innen zusammenbringen würden (Arnold/Romanova 2013). So beispielsweise im Jahr 2006 die Konferenz «Die Zukunft der weißen Welt» in Moskau, die gemeinsam durch die internationale rassistische Zeitschrift «The Athenaeum» und dem russischen Zentrum «Europäische Synergie» organisiert worden war. Diese Veranstaltung hatte erfolgreich Vertreter:innen aus Russland, Frankreich, Deutschland, Spanien, Griechenland, der Ukraine, Österreich, Polen, Italien und den Vereinigten Staaten zusammengebracht und war die erste Konferenz dieser Art auf der internationalen rechtsextremen Arena gewesen (Arnold/Romanova 2013).

Ergänzend zu dieser strukturellen Kooperation betonen Wissenschaftler:innen wie Anton Shekhovtsov die Zusammenarbeit zwischen dem russischen Staat und der europäischen extremen Rechten (Shekhovtsov 2017). Die europäische radikale Rechte sieht den russischen staatlichen Illiberalismus als ein Mittel, um an Ressourcen, Macht oder diskursive Legitimität zu erlangen. Diese Zusammenarbeit beinhaltet institutionelle russische politische Akteur:innen auf der einen Seite (bspw. die Partei «Einiges Russland» im Kreml) und rechtsextreme Gruppierungen in Europa auf der anderen, zum Beispiel die «Alternative für Deutschland» (AfD), die «Freiheitliche Partei Österreichs» (FPÖ) oder «Fidesz» in Ungarn. Auch wenn diese Verbindungen nicht immer ideologisch begründet sind, verfolgen sie den Zweck der doppelten Legitimierung – die Akteur:innen können sich gegenseitig aufeinander beziehen, um ihre politischen Positionen international sowie innenpolitisch zu rechtfertigen (Wagner et al. forthcoming). So geschehen beispielsweise 2009, als die FPÖ einen offiziellen Vertrag zur zukünftigen Zusammenarbeit mit «Einiges Russland» unterzeichnete (Polyakova 2016) oder osteuropäische rechtsextreme Gruppierungen ein Jahr zuvor die russische Invasion in Georgien unterstützt hatten (Polyakova 2014). Im Jahr 2015 hatte die Pro-Kreml-Partei «Rodina» eine große Konferenz in Sankt Petersburg organisiert, die über 150 Repräsentant:innen europäischer rechtsradikaler Parteien versammelt hatte – darunter solche der «British National Party» (BNP), der «Nationaldemokratischen Partei Deutschlands» (NPD) oder der griechischen «Goldenen Morgenröte» (MacFarquhar 2015). Trotz der vollständigen Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 und der darauf-

folgenden «Scheidung» zwischen Russland und den meisten europäischen rechtsextremen Parteien (Carlotti 2023) funktioniert der Prozess der doppelten Legitimation weiterhin. Sowohl russische als auch europäische illiberale Akteur:innen beziehen sich noch immer mit der gleichen argumentativen Strategie aufeinander (Wagner et al. forthcoming).

3 Wieso Deutschland?

Bei der Betrachtung der multidimensionalen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen extremen Rechten ist es unerlässlich, die prominente Rolle Deutschlands in dieser Kooperation zu unterstreichen. Die russische Regierung unterstützt rechtsradikale Parteien in Deutschland mit dem Ziel, die politische Landschaft zu beeinflussen, indem sie Ressentiments gegen die EU schürt und versucht, das Vertrauen in die deutsche Regierung zu untergraben. Diese Zielsetzung stimmt überein mit dem strategischen Ziel der russischen (Des-)Informationskampagnen in liberalen Demokratien.

Auf diversen «Anti-NATO»-Demonstrationen, die in Deutschland seit der vollständigen russischen Invasion in die Ukraine im ganzen Land stattgefunden haben, aber auch Protesten von PEGIDA oder des deutschen Ablegers der russischen «Nationalen Befreiungsbewegung» (NOD Deutschland) tauchen russische Flaggen prominent auf. Die neo-nazistische NPD lässt sich von Russland nicht nur inspirieren (Ba 2016), sondern arbeitet auch strukturell mit russischen Akteur:innen zusammen. Der NPD-Vorsitzende hatte im Jahr 2015 an der bereits erwähnten Konferenz in Sankt Petersburg teilgenommen und es gibt Berichte

darüber, dass die NPD im Jahr 2020 gemeinsam mit der «Russischen Reichsbewegung» paramilitärische Trainingscamps organisiert hatte (Pladson 2020).

Ein weiterer Aspekt der Kooperation zwischen dem russischen Staat und der deutschen extremen Rechten ist die Mobilisierung der deutschen Wähler:innen-schaft, besonders in Bezug auf die signifikante russischsprachige Minderheit, die auf etwa 3–4 Millionen geschätzt wird. Diese Gruppe besteht aus Wirtschaftsmigrant:innen aus Russland, russischsprachigen Migrant:innen aus ehemals kommunistischen Staaten sowie vor allem aus «Spätaussiedler:innen», die in den 1990ern und 2000ern nach Deutschland gekommen sind. Aufgrund von Integrationschwierigkeiten und dem starken Einfluss durch russische Soft-Power identifiziert sich ein immer größerer Teil dieser Gruppe als «russisch». Dies ist auch verknüpft mit dem wachsenden Pro-AfD-Netzwerk innerhalb der russischsprachigen Bevölkerung in Deutschland (Sablina 2023, Spies et al. 2022).

Obwohl die AfD als Partei ideologisch und strukturell fragmentiert ist, setzen sich viele ihrer Politiker:innen für die Verstärkung der Kontakte zu Russland ein. Dies wurde beispielsweise 2020 durch eine AfD-Delegationsreise nach Russland untermauert. Zwar war diese Reise damals als touristischer Ausflug deklariert worden, doch es gibt viele Vermutungen, dass die AfD sie zur Kontaktpflege mit russischen Politiker:innen genutzt hat. Eine aktuelle Untersuchung des «Insider» zeigte, dass der AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier direkt durch Russland unterstützt wurde, zum Beispiel bei der Entwicklung von Strategien für seine Wahlkampagnen (Spiegel 2019). Im Jahr 2022 besuchten die AfD-Landtagsabgeordneten Christian

Blex, Daniel Wald und Hans-Thomas Tillschneider im Zuge einer Russlandreise den annektierten Donbas (Connolly 2022). Dieser Besuch ist von der russischen Propaganda medial zur Legitimation ihres Vorgehens ausgeschlachtet worden, um darzustellen, dass auch westliche Politiker:innen das russische Vorgehen im Krieg gegen die Ukraine unterstützten.

4 Fazit

Obwohl die beiden Bewegungen sich in ihren Entwicklungszuständen und der institutionellen Konstituierung unterscheiden, ist die russische extreme Rechte auf strukturelle, ideologische und institutionelle Weise eng mit europäischen Rechtsradikalen verwoben. Diese multidimensionale Zusammenarbeit zwischen russischen und europäischen, in diesem Fall insb. deutschen, rechten Bewegungen offenbart die abgestimmten Bemühungen der russischen Regierung, rechtsextreme Parteien zu unterstützen. Diese Unterstützung hat zum Ziel, die deutsche politische Landschaft zu beeinflussen, EU-kritische Ressentiments zu schüren und Vertrauen in die deutsche Regierung zu erschüttern. Das Vorgehen reiht sich außerdem nahtlos in die Strategie russischer (Des-)Informationskampagnen in liberalen Demokratien ein. Die Übernahme anti-westlicher Diskurse durch die russische Regierung hatte wiederum inspirierenden Einfluss auf europäische Rechtsextreme. Trotz der gegenwärtigen geopolitischen Lage, aufgrund derer die direkte Zusammenarbeit zwischen russischen staatlichen und europäischen rechtsradikalen Akteur:innen auf Eis liegt, wirkt diese rhetorische Überlappung und dadurch wechselseitige Legitimation fort.

Literatur

- Arnold, R., & Romanova, E. (2013): «The «White World's Future?» An analysis of the Russian far right.» *Journal for the Study of Radicalism*, 7 (1), 79–107.
- Ba, Y. (2016): «Putin and the German Right». *migazin.de*: <https://is.gd/8221mq>.
- Carloti, B. (2023): «A Divorce of Convenience: Exploring radical right populist parties' position on Putin's Russia within the context of the Ukrainian war. A social media perspective.» *Journal of Contemporary European Studies*, 1–17.
- Connolly, K. (2022): «Far-right German Politicians Accused of Pro-Putin «Propaganda Trip»». *theguardian.com*: <https://is.gd/yHTm94>.
- Fenghi, F. (2017): «Making Post-Soviet Counterpublics: The aesthetics of limonka and the Nationalbolshhevik Party». *Nationalities Papers*, 45 (2), 182–205.
- Ivanova, E. / Kinyakin, A. / & Stepanov, S. (2019): «The European and Russian Far Right as Political Actors: Comparative approach». *J. Pol. & L.*, 12, 86.
- Kruglova, A. (2021): «For God, for Tsar and for the Nation: Authenticity in the Russian imperial movement's propaganda». *Studies in Conflict & Terrorism*, 1–23.
- Kruglova, A. (2023): «The Russian Imperial Movement, the War in Ukraine and the Future of Russian State». *icct.nl*: <https://is.gd/KXY6RY>.
- Laruelle, M. (2010): «The Ideological Shift on the Russian Radical Right: From demonizing the west to fear of migrants». *Problems of Post-Communism*, 57 (6), 19–31.
- Likhachev, V. (2016): «The Far Right in the Conflict between Russia and Ukraine». *Ifri*.
- MacFarquhar, N. (2015): «Right-wing groups find a Haven, for a Day, in Russia». *nytimes.com*: <https://is.gd/4mhf8Q>.
- Pirro, A. L. (2023): «Far Right: The significance of an umbrella concept». *Nations and Nationalism*, 29 (1), 101–112.
- Pladson, K. (2020): «German Neo-Nazis Trained in Russia: Report». *dw.com*: <https://is.gd/036h9A>.
- Polyakova, A. (2014): «Strange Bedfellows: Putin and Europe's far right». *World Affs.*, 177, 36.
- Polyakova, A. (2016): «Putinism and the European Far Right». *Institute of Modern Russia*, 19, 2016.
- Sablina, L. (2023): «The Role of Social Media in Facilitating Minority Mobilisation: The Russian-language pro-war movement in Germany amid the invasion of Ukraine». *Nations and Nationalism*.
- Shekhovtsov, A. (2009): «Aleksandr Dugin's Neo-Eurasianism: The new right à la russe 1». *Religion Compass*, 3 (4), 697–716.
- Shekhovtsov, A. (2017): *Russia and the Western Far Right: Tango noir*. Routledge.
- Simonsen, S. G. (1996): «Aleksandr Barkashov and Russian National Unity: Blackshirt friends of the nation». *Nationalities Papers*, 24 (4), 625–639.
- Spiegel, D. (2019): «Documents Link AfD Parliamentarian to Moscow». *spiegel.de*: <https://is.gd/a9VGlx>.
- Spies, D. C. / Mayer, S. J. / Elis, J. / Goerres, A. (2022): «Why do Immigrants support an Anti-Immigrant Party? Russian Germans and the alternative for Germany». *West European Politics*, 46 (2), 275–299.
- Umland, A. (2017): «Post-Soviet Neo-Eurasianism, the Putin System, and the Contemporary European Extreme Right». *Perspectives on Politics*, 15 (2), 465–476.
- Varga, M. (2024): «The Russian Far Right: A changing landscape of spaces of hate». *The Routledge handbook of far-right extremism in Europe* (pp. 39–52). Routledge.
- Wagner, F. / Sablina, L. / Mikola, B. (forthcoming): «Central European Far Right and the Russian Narrative – illiberal discursive strategies in Austria and Hungary».
- Zuev, D. (2010). «The Movement Against Illegal Immigration: Analysis of the central node in the Russian extreme-right movement». *Nations and Nationalism*, 16 (2), 261–284. ■

Julius Reims

Gegen die Leerstelle

Skizze einer antifaschistischen Perspektive auf Nahost

Irgendwie sind alle Linken antifaschistisch, zumindest ihrem Selbstverständnis nach. Was das allerdings konkret bedeutet, ist selten so eindeutig, wie es die selbstbewusst gerufene Parole: «Siamo tutti antifascisti! – Wir sind alle Antifaschist:innen!» proklamiert.

Mit Blick auf den Nahen Osten tut sich eine merkwürdige Leerstelle im antifaschistischen Verständnis weiter Teile der globalen wie der deutschsprachigen Linken auf. An Meinungen fehlt es nicht, an Empathie und klarem Denken überall. Ausgehend von einem postkolonial geschulten Verständnis, das die Welt kategorisch in Unterdrücker und Unterdrückte aufteilt, wird die weniger einfache Wirklichkeit passend gemacht: Auffallend viele linke Stimmen schwiegen zum barbarischen Terror-Pogrom der Hamas am 7. Oktober 2023 oder konnten sich lediglich zu einer «ja, aber»-Verurteilung von Gewalt durchringen.¹ Die gleichen Stimmen kennen keine Scheu, das militärische Vorgehen Israels in den schärfsten Tönen zu verurteilen.² Im vorliegenden Beitrag soll der Versuch einer antifaschistischen Perspektive auf die Lage im Nahen Osten unternommen werden, die, statt einer ideologischen Schablone zu frönen, die faktischen Ereignisse ernst nimmt.

An erster Stelle einer solchen Analyse muss für deutschsprachige Linke der Blick auf die Situation in Deutschland und Österreich stehen. Wie bei jeder Eskalation im Nahen Osten sind es auch diesmal wieder unbeteiligte Jüdinnen und Juden, welche die volle Breitseite des aufflammenden Antisemitismus zu spüren bekommen. In einer aufgeheizten Debatte, die weder räumliche noch inhaltliche Unterschiede wahrzunehmen bereit ist, werden Berliner Synagogen und Jüdische Friedhöfe in Wien zu Zielscheiben des Hasses auf den jüdischen Staat. In der Bundesrepublik, Rechtsnachfolgerin des Dritten Reichs, sollte antifaschistischer Konsens sein, gegen diese Welle antisemitischer Gewalt geschlossen vorzugehen. Doch sobald das Wort »«Israel» fällt, scheint vielen Linken das kritische Denken zu versagen. Die Leerstelle antifaschistischer Solidarität bei diesem Thema hängt auch mit der seltsam verschobenen Perspektive auf das Geschehen im Nahen Osten zusammen.

Die Lage vor Ort

Am 7. Oktober 2023 durchbrachen Hunderte Terroristen der islamistischen Hamas und anderer Gruppen den Sicherheits-

1 Judith Butler: «The Compass of Mourning.» In: *London Review of Books* 20, 2023.

2 Judith Butler: «Palestinian Lives Matter Too: Jewish Scholar Judith Butler Condemns Israel's «Genocide» in Gaza.» In: *Democracy Now*, 26.10.2023.

zaun um den Gazastreifen und drangen in Kibbuzim im Süden Israels ein. Von ihnen selbst angefertigte Aufnahmen zeigen ihr brutales Vorgehen: Mordend, vergewaltigend und folternd zogen sie durch die israelischen Wohngebiete. Die Bilder und Berichte des Pogroms sind kaum zu ertragen. Bei einem Musikfestival schlachteten sie Hunderte junger Menschen ab und schändeten Leichen.³ Mehr als zweihundert Menschen entführten sie in den Gazastreifen, darunter Kleinkinder, Teenager, ganze Familien, Demente und Shoah-Überlebende.⁴ Ihr Schicksal ist weiter ungewiss.⁵ Innerhalb weniger Stunden wurden mehr Jüdinnen und Juden ermordet als an jedem anderen Tag seit Ende der Shoah.

Israelische Armee und Geheimdienste wurden von diesem Terrorangriff ebenso überrascht wie die Weltöffentlichkeit. Zeitgleich mit der überhastet anlaufenden, militärischen Reaktion der Israel Defense Forces (IDF) lief die gut geölte Propaganda-Maschine der Hamas an. Binnen Stunden fluteten sie das Netz mit Videos ihrer Gräueltaten, nur um nach den ersten israelischen Militäraktionen die altbekannten Opferrollen herauszustellen. In einer zynischen Inszenierung wird das reale Leid der von der Hamas unterdrückten, palästinensischen Zivilbevölkerung zur weiteren Radikalisierung der Israelfeindschaft ausgeschlachtet. Hamas und israelische Armee gleichzusetzen, sobald auch im Gazastrei-

fen die Opferzahlen steigen, ignoriert jedoch eine Reihe wichtiger Fakten.

Israelische Militäroperationen verfolgen klar gesteckte Zielsetzungen, die Aktionen werden mit höchster Präzision ausgeführt. Vor Beginn der Bodenoffensive warnte die IDF wochenlang mit Flugblättern, SMS und Social-Media-Beiträgen die zivilen Bewohner:innen des Gazastreifens, den Norden des Gebiets zu verlassen und sich in die ausgewiesenen Schutzgebiete im Süden zu begeben.⁶ Damit erfüllten die israelischen Kräfte die völkerrechtlich vorgeschriebene Auflage, die Zivilbevölkerung so gut wie möglich aus Militäroperationen herauszuhalten. Dass die Evakuierung nicht im erforderlichen Maße zustande kam, lag einerseits an der maroden Infrastruktur. Seit Jahren zweigen die Hamas und andere Terrorgruppen dringend benötigte Hilfsgelder ab, um Waffenlager anzulegen und die unter ganz Gaza befindlichen Tunnelsysteme auszubauen, in denen sich große Teile der terroristischen Infrastruktur befinden.⁷ Detailliert belegte die israelische Armee etwa, dass die Hamas ihr Hauptquartier im Gazastreifen unter das größte Krankenhaus der Region gebaut hatte.⁸ Hinzu kommt andererseits, dass Hamas-Terroristen mit Waffengewalt Zivilist:innen daran hindern, die ausgewiesenen Schutzkorridore zu erreichen.⁹ Mitgefühl für die zivilen Opfer kriegerischer Konflikte muss Kennzeichen einer jeden linken, antifaschistischen

3 Die Verbrechen sind dokumentiert unter: <https://www.hamas-massacre.net> (5.11.2023).

4 Eine Übersicht der Geiseln ist verfügbar unter: <https://stories.bringthemhomenow.net> (5.11.2023).

5 Stand: 9.11.2023.

6 Marlina Wessollek: «Israel fordert Zivilisten zu Verlassen von nördlichem Gazastreifen auf.» In: *Zeit*, 13.10.2023.

7 Julio Segador: «Das geheime Tunnelsystem der Hamas.» In: *Tagesschau*, 27.10.2023.

8 RND/dpa/AP: «Kommandozentrale der Hamas liegt unter größter Klinik in Gaza.» In: *RND*, 27.10.2023.

9 Emmanuel Fabian: «IDF: Gaza resident says Hamas preventing evacuations; thousands return north.» In: *Times of Israel*, 26.10.2023.

Position sein. Zu diesem Mitgefühl gehört absolute Klarheit: Das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist allein die Schuld der terroristischen Hamas.

Staat, Militär, Macht

«Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen.»¹⁰ Dieser Ausspruch der antifaschistischen Ikone und Shoah-Überlebenden Esther Bejarano ist Orientierung für die Selbstorganisation vieler Antifaschist:innen. Diese instinktive Ablehnung von *Law and Order*-Politik schlägt sich häufig auch in der Positionierung zu Israel nieder. Bekannt für seine militärischen Siege und die spektakulären Aktionen seiner Geheimdienste bekannt, wird der jüdische Staat mit konservativen Militärfantasien assoziiert. Eine solche Position verkennt jedoch, dass Israel nicht irgendein Staat ist. Mitgegründet von Shoah-Überlebenden, ist es das erklärte Ziel Israels, einen Schutzraum vor Antisemitismus zu bieten. Für die Überlebenden der deutschen Todesmaschinerie war eindeutig, was heute schnell vergessen wird: Konfrontiert mit einem brutalen Antisemitismus, der auf Vernichtung alles Jüdischen zielte, reichten gewaltlose und zivilgesellschaftliche Ansätze nicht mehr aus. In einer Gesellschaft, die durch ihre Produktionsverhältnisse Antisemitismus hervorbringt, ist das repressive Vorgehen gegen Antisemit:innen angewandte, radikale Gesellschaftskritik.¹¹ Wenn nötig, gehört dazu auch Militärgewalt.

Bereits am Tag seiner Staatsgründung sah Israel sich der denkbar größten Bedrohung ausgesetzt: Alle seine Nachbarstaaten erklärten dem jungen Staat den Krieg. Der folgende Unabhängigkeitskrieg forderte zivile Opfer auf allen beteiligten Seiten. Während die von jüdisch-israelischen Milizen begangenen Massaker Alleingänge radikaler Untergruppen waren und von der zentralen Militärführung umgehend verurteilt wurden, riefen die arabischen Militärführer offen zur Vernichtung von Jüdinnen und Juden auf. Parallel fanden in nahezu allen arabischen Ländern Pogrome und Vertreibungen der dort seit Jahrhunderten lebenden jüdischen Gemeinden statt. Auch viele Araber:innen verließen das Gebiet des entstehenden Israel, teils aus Zwang, teils aufgrund von Versprechungen arabischer Staaten. Dass diese palästinensischen Geflüchteten bis heute Teil des politischen Diskurses sind, liegt vor allem daran, dass die aufnehmenden, arabischen Staaten die Menschen unverändert in Flüchtlingslagern festhalten und ihnen weder eine adäquate Grundversorgung noch gleiche Rechte bieten.¹²

Wie in jeder anderen Gesellschaft unter den gegenwärtigen kapitalistisch-nationalstaatlichen Verhältnissen gibt es auch in Israel politische Probleme und Ungerechtigkeiten. Dafür ist eine solidarische Kritik nötig. Doch so wie es «kein richtiges Leben im falschen» gibt, muss auch der Staat Israel im Kontext seiner prekären Existenz beurteilt werden. Die unversöhnlichen Feind:innen Israels führen selbst die progressiven Elemente der israelischen Ge-

10 Jürgen Meier-Reese: «Esther Bejarano – Die Stimme gegen das Vergessen.» In: *NDR*, 19.7.2021.

11 Theodor W. Adorno: «Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute.» In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 20. Frankfurt a. M., 2003, S. 364.

12 Stephan Grigat: «Die Einsamkeit Israels.» Hamburg, 2014, S. 14–19.

sellschaft, wie etwa die weit fortgeschrittene Gleichstellung queerer Personen, als Beweis für die Durchtriebenheit Israels ins Feld und sehen darin eine bewusste Ablenkung von anderen Problemen. Gegen diesen Vorwurf des *Pinkwashing* hilft nur die unideologische Anerkennung der Realität: Es ist gut, dass in Tel Aviv Jahr für Jahr mit erheblichem Abstand die größte Pride-Demonstration des Nahen Ostens stattfindet. Gleiches gilt für den Vorwurf der vermeintlichen *Apartheid*: Während es weiter strukturellen Rassismus gibt, ist es dennoch selbstverständlich und richtig, dass arabische Israelis gleichberechtigt an der israelischen Gesellschaft teilnehmen. In allen diesen – und vielen weiteren – Punkten ist Israel längst nicht perfekt, aber einem linken, antifaschistischen Ideal sehr viel näher als etwa der klerikal-faschistische Iran oder das Assad-Regime in Syrien.

Die Feinde Israels

Dieser Kontrast wird besonders im Vergleich mit den Feind:innen Israels deutlich. Der arabisch-muslimische Antisemitismus ist kein Produkt des Konfliktes mit Israel, sondern eine seiner zentralen Ursachen: Aus der Unterdrückung von Jüdinnen und Juden in mehrheitlich islamischen Gesellschaften entwickelte sich in Kombination mit dem modernen europäischen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts eine «spezifische Ausprägung von Judenhass.»¹³ Amin el-Husseini, eine der zentralen Grün-

derfiguren der palästinensischen Nationalbewegung, arbeitete eng mit den deutschen Nazis zusammen. Dabei verfolgte er einerseits die Absicht, die deutsche Vernichtungspolitik gegenüber den Jüdinnen und Juden Europas weiter zu radikalieren. Andererseits hatte er von Hitler die Zusage erwirkt, dass auch die etwa 700.000 Jüdinnen und Juden im arabischen Raum zu gegebener Zeit vernichtet werden sollten. Für die jüdischen Kämpfer:innen, viele von ihnen erst kurz zuvor aus der deutschen Todesmaschinerie befreit, war es während des Unabhängigkeitskrieges eine besondere Motivation, gegen einen Nazi-Verbündeten zu kämpfen.¹⁴

In diese Kontinuität reiht sich auch die Terrorgruppe Hamas ein, die mit ihrer Attacke den jüngsten Krieg auslöste. Der theokratische Totenkult der Hamas ist nicht erst seit diesem schwarzen Tag für übelste Grausamkeiten bekannt. Frauen sind im Gazastreifen in islamistisch-patriarchalen Zwängen und Konventionen gefangen. Die Ideologie der Hamas ist durchzogen von patriarchalem Hass und Sexismus, die sich in den Massenvergewaltigungen am 7. Oktober 2023 Bahn brachen. Doch auch die vermeintlich liberalere West Bank genügt feministischen Ansprüchen kaum. Hinzu kommt eine Realität, die von Gruppen, die sich mit Slogans wie «Queers for Palestine» schmücken, gern unterschlagen wird: Immer wieder machen Vertreter der palästinensischen Bewegung(en) deutlich, dass queere Menschen in einem zukünftigen «befreiten Palästina» keinen Platz haben werden.¹⁵ Die Hamas konnte darauf

13 Matthias Küntzel: «Islamischer Antisemitismus.» In: *bpb*, 30.4.2020.

14 Grigat: «Einsamkeit.» S. 16–17.

15 Nikolas Lelle und Nicholas Potter: «Israel-Bashing at Berlin's Queer Pride Helps No One – Certainly Not Queer Palestinians.» In: *Belltower News*, 29.7.2022.

nicht warten und folterte im Gazastreifen schwule Männer.¹⁶

Die brutalen Morde an (jüdisch-)israelischen Kleinkindern und Säuglingen weisen zudem auf eine weitere Dimension hin: den Vernichtungs- und Erlösungsantisemitismus der Hamas. Diesem Antisemitismus geht es nicht um die Schaffung eines palästinensischen Staates, sonst hätten die palästinensischen Vertreter bei einer der bisher sechs Gelegenheiten die teils sehr weitgehenden Kompromissangebote Israels angenommen.¹⁷ Stattdessen wird die Ermordung alles jüdischen Lebens als entscheidender Schritt zur Erlösung ausgegeben. Die beliebte Parole «From the river to the sea, Palestine will be free!» («Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein!») drückt nichts anderes als den Wunsch aus, den jüdischen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer komplett zu vernichten. Ein Antifaschismus, der den Schwur von Buchenwald ernst nimmt und «die endgültige Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln» verfolgt, muss anerkennen: Die Nazischergen von heute sitzen auch in den Tunneln der Hamas im Gazastreifen.

Wie in jedem Konflikt, der über Jahrzehnte andauert, gibt es auch im Nahen Osten kein Schwarz und Weiß. Hell- und Dunkelgrau sind jedoch deutlich zu erkennen. Auf der einen Seite steht der einzige jüdische Staat und Schutzraum gegen Antisemitismus, der sich fortgesetzten Angriffen seiner Nachbar:innen ausgesetzt sieht. Dass dieser Zustand nicht naturgegeben ist, zeigten zuletzt die Abraham-Abkommen, die zur Annäherung zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten führten. Auf der anderen Seite stehen islamistisch-faschistische Terrorgruppen, die auch Zivilist:innen als Ziele ihrer Barbarei identifizieren und ihre Vorstellungen auf brutalstmögliche Art wahr zu machen versuchen.

Antifaschismus ernst zu nehmen bedeutet, kritisch zu bleiben und sich der komplizierten Welt selbst denkend zu nähern. Anders als die unverhältnismäßige und damit antisemitische linke Kritik an Israel suggeriert, ist der kritisch-solidarische Grundsatz einer antifaschistischen Position zum Nahen Osten daher: Antifa heißt Solidarität mit Israel. ■

16 Natasha Kirtchuk: «Gay man who fled Gaza speaks about Hamas repression.» In: *i24news*, 10.8.2022.

17 Grigat: «Einsamkeit.» S. 41–42.

BEITRÄGE UND DISKUSSION

Reinhard Hildebrandt / Simone Lück-Hildebrandt

Das aktuelle weltweite politische Machtgefüge Befindet sich die EU in einem Zangengriff?

«Neue Weltordnung» – «Zeitenwende» – «multipolare Weltordnung» – «globale Umordnung» – «der globale Süden» – «Seidenstraße des Westens als Antwort auf die neue Seidenstraße»¹ [...] diese und ähnliche Begriffskonstruktionen liest man in der aktuellen politischen Medienlandschaft, um die sich rapide verändernden weltumspannenden Beziehungen zu erfassen. Hinter all diesen Begrifflichkeiten verbergen sich

jedoch bereits bestimmte Grundannahmen, die einer gründlichen Analyse der augenblicklichen weltpolitischen Lage und ihrer historischen Entwicklung nicht dienlich sind.

Eindeutig ist, dass die Zeiten der bipolaren sowie der unipolaren Weltordnung – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion –, in der die USA als Hegemon die weltpolitischen Zusammenhänge (vgl. Schaubild 1)

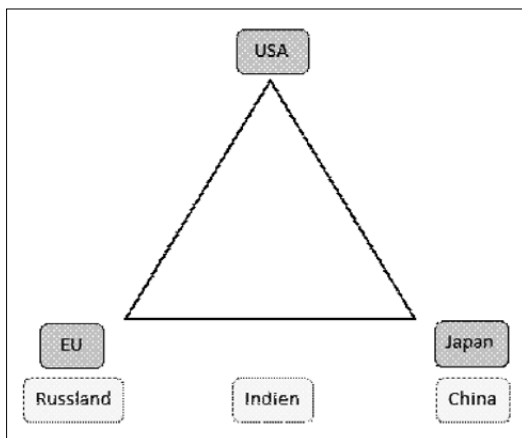


Schaubild 1

1 *Tagesspiegel* 10.9.2023, «Die Seidenstraße des Westens – EU und USA starten Riesenprojekt».

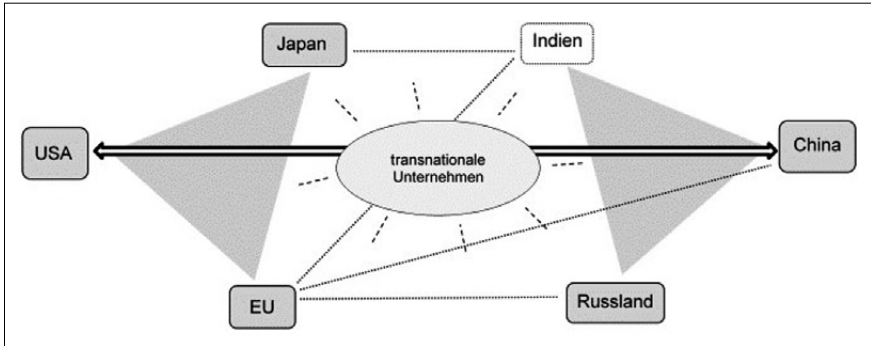


Schaubild 2 Die globalen Machtstrukturen

bestimmen konnten, eindeutig vorbei sind. Ganz grob betrachtet, stellen sich die globalen Machtverhältnisse aktuell wie folgt dar (vgl. Schaubild 2): Zwei in etwa gleich starke Machtpole – USA und China – stehen sich bisweilen in scharfem Gegensatz gegenüber. Die USA, EU und Japan befinden sich in einem Kräfte-dreieck – China, Russland und Indien befinden sich in einem weiteren Kräfte-dreieck. Die EU unterhält Beziehungen zu China sowie Indien und bis zum Februar 2022 zu Russland. In diesem schon relativ komplexen Beziehungsgeflecht wirken – sozusagen «hinter dem Rücken» – die großen transnationalen Konzerne. Sie durchwirken nicht nur die außenpolitischen und außen-ökonomischen Beziehungen der im Schaubild genannten Staaten, sondern können aufgrund ihrer ökonomischen und technologischen Stärke ihre Macht auf jeden Winkel der Welt ausdehnen, ohne dass dies zu jedem Zeitpunkt von den politisch Verant-

wortung tragenden Menschen kontrolliert geschweige denn reguliert werden könnte.²

I Von der Isolation zur Hegemonie

Richtet man den Blick auf die frühe erdgeschichtliche Entwicklung der Welt, wird einem schlagartig deutlich, dass mit dem Auseinanderbrechen des Urkontinents sich der nord- und südamerikanische Block vom euroasiatischen trennte und der Atlantik und Pazifik künftig die nord- und südamerikanische Platte von dem sehr viel größeren Eurasien isolierte (Schaubild 3) die menschlichen Besiedlungsräume überschritten die Kontinentalgrenzen für lange Zeiträume nicht. Erst nachdem die Menschen die Meerengen mit kleinen Schiffen überwinden konnten, betraten Volksstämme, die im östlichen Teil Asiens siedelten, erstmals das an Asien grenzende nordamerika-

2 Ian Bremmer schreibt in «Kapitalismus und Demokratie in ihrer jetzigen Form werden nicht fortbestehen»: «Wir haben derzeit drei widersprüchliche globale Ordnungen. Die Sicherheitsordnung wird von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten dominiert. Die Wirtschaftsordnung ist multipolar. Die digitale Weltordnung wird von den Technologieunternehmen bestimmt. Das gab es seit dem Westfälischen Frieden nicht mehr, dass Teile der Weltordnung nicht von Nationalstaaten dominiert wurden. Das Risiko, dass die Welt durch KI technopolar wird, ist sehr greifbar und besorgnis-erregend.» (vgl. *Tagesspiegel* 5.10.2023).

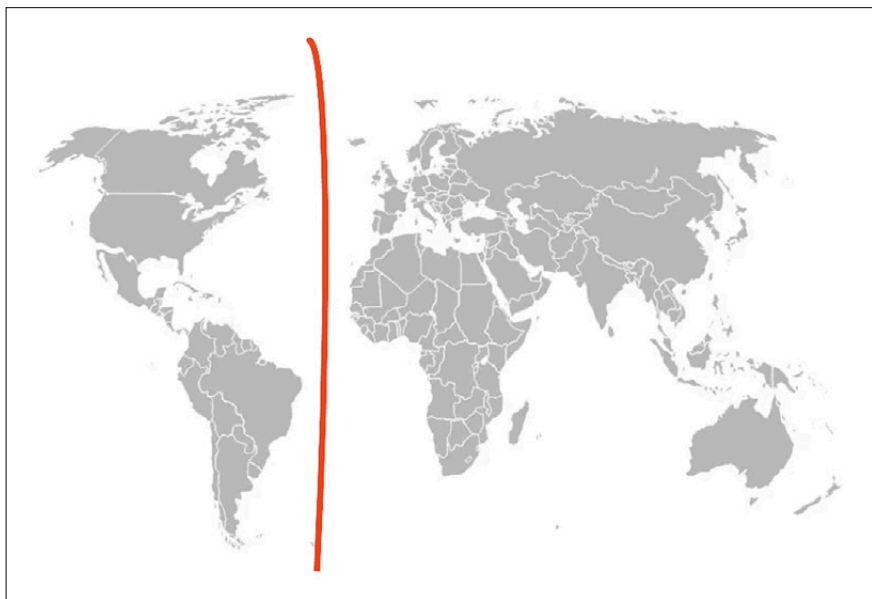


Schaubild 3

nische Alaska, und europäische Seefahrer erreichten den Nordosten Amerikas (Wikinger). Bis aus den ersten Anlandungen Siedlungen entstanden, vergingen große Zeiträume, und noch mehr Zeit beanspruchte die Besiedlung des gesamten amerikanischen Kontinents. Die auf Nord-, Mittel- und Südamerika begrenzten menschlichen Gemeinschaften blieben lange auf sich gestellt. Handelsbeziehungen fanden ausschließlich untereinander statt.

Dies änderte sich erst, nachdem europäische Mächte als Folge ihres erwachten Eroberungsdrangs neue Siedlungsgebiete in Übersee suchten und begannen, an den Küsten Amerikas Häfen anzulegen und mit den dort ansässigen Völkern Austauschbeziehungen herzustellen.

Aus dem zunächst friedlichen Nebeneinander erwachsen Konflikte, sobald unvereinbare Besitzansprüche aufeinandertrafen.

Vertreibung der Einwanderer oder Unterjochung der dort seit langem ansässigen Völker erzeugten dauerhaften Unfrieden. Verschärfend wirkte später der Machtanspruch untereinander verfeindeter europäischer Kolonialmächte, die ihre Konkurrenten aus den eroberten Territorien zu vertreiben suchten und Siedler und Ureinwohner für ihre jeweiligen Machtinteressen in Anspruch nahmen. Auf diese Weise schufen sie das Unabhängigkeitsbestreben der Siedler und verstärkten deren wachsendes Bestreben, europäische Kolonialmächte vom amerikanischen Kontinent zu vertreiben. Diese gegen die europäischen Kolonialmächte gerichtete Bewegung erlangte schließlich unter den Vereinigten Staaten von Amerika eine solche Stärke, dass es ihnen gelang, bis ins eurasische Binnenland vorzudringen und schließlich Herrschaft über Gebiete Europas und Ostasiens zu erlangen. Schon während

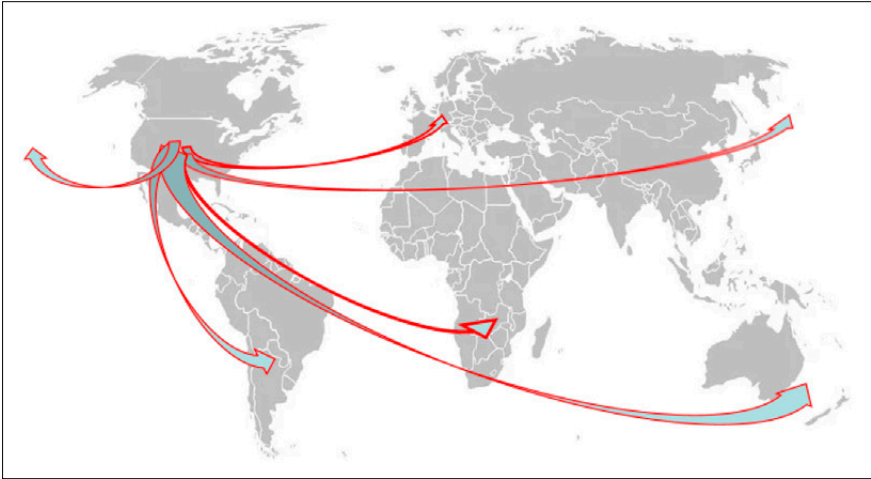


Schaubild 4 Existenzielles Hegemoniestreben der USA

des Ost-West-Konflikts kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1947/48) betrachteten sich die USA als Garant der Freiheit Europas und Beschützer Japans vor dem in der Sowjetunion als neuem Herrschaftssystem entstandenen Kommunismus. Allerdings konnten die USA die Entstehung einer bipolaren Welt, in der sich Staaten in der Einflussphäre der USA und andere Staaten in der Einflussphäre der Sowjetunion befanden, nicht verhindern. Um ihre Rolle als Garant auch wirksam ausführen zu können, entwickelten die USA ein weltweites Netz von wirtschaftlichen sowie militärischen Stützpunkten, die ihre Vormachtstellung absicherten (vgl. Schaubild 4).

Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion gab den USA die Möglichkeit, eine unipolare Weltordnung zu errichten (vgl. Schaubild 1). Schließlich expandierte die von den USA geführte NATO bis an die russische

Grenze und trat damit dem russischen Anspruch auf Einflussnahme außerhalb seines Territoriums entgegen. Allerdings entwickelte sich China im gleichen Zeitraum in rasantem Tempo zu einem Hochtechnologie-land. Obwohl die USA am Anfang die technologische Entwicklung Chinas durchaus unterstützt haben, befinden sie sich zum jetzigen Zeitpunkt unter einem so großen Konkurrenzdruck, dass sie alle strategischen und psychologischen Möglichkeiten nutzen, um Europa und Ostasien in Angst vor dem chinesischen Drachen zu versetzen.³

II Von der Weltgeltung über den halb-kolonialen Zustand zum erneuten Aufstieg

Wider alle Erwartung war es der chinesischen Machelite in den letzten Jahrzehnten gelungen, weltweite Geschäftsbezie-

3 Seit Mitte September 2023 wird erneut vor der chinesischen 5G-Technologie von Huawei und ZTE gewarnt und vorgeschlagen, z.B. in zentralen Netzen Deutschlands die bereits eingebaute Technologie wieder zu entfernen und durch andere Anbieter zu ersetzen (vgl. *Tagesspiegel*, 19.9.2023: Berlin will keinen «zweiten Fall Nord Stream»).

hungen zu errichten. Vorausgegangen war die Einführung eines modernen Schulsystems für ganz China, eine forschungsintensive Hochschullandschaft und der Ausstieg aus der technologisch rückständigen Billigüterproduktion. Für ihre Hochtechnologieprodukte suchte sie auch außerhalb Chinas neue Absatzmärkte und präsentierte der Weltöffentlichkeit ihre neu errichteten militärischen und wirtschaftlichen Stützpunkte an den zu durchfahrenden Meerengen als Teil einer neuen friedensstiftenden «Seidenstraße».

Damit verwirklichte China seinen Anspruch, den halbkolonialen Zustand, in den es die europäischen Kolonialmächte und die USA im 19. Jahrhundert – verbunden mit der entsprechend geringen Wertschätzung – getrieben hatten, endlich zu überwinden. Seine Jahrtausende alte Weltgeltung wieder zu erlangen und sich nicht mehr nehmen zu lassen, war und ist Ausdruck der tief empfundenen Demütigung.

Bereits der Begriff «neue Seidenstraße» verweist darauf, dass es eine «alte Seidenstraße» gegeben hat, über die China seit dem 17. Jahrhundert fest in den wechselseitigen transkontinentalen Handelsverkehr mit den europäischen Mächten eingebunden war. Die wichtigsten chinesischen Exportgüter waren Seide, Porzellan und Tee. Allein die Tatsache, dass die Anfänge der Porzellanfabrikation wohl in vorchristlicher Zeit liegen, verweist auf den hohen Entwicklungsgrad, den China vor allen anderen europäischen Mächten innehatte.

Trotz dieser Austauschbeziehungen blieben die Kenntnisse über die chinesische Gesellschaftsverfassung gering. Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart ist Chinas Machtstruktur mit den Verhältnissen in den europäischen Ländern vergleichbar. Die Teilung der Gewalt in Exeku-

tive, Legislative und Judikative existiert in China zwar formal, aber wird vom Machtanspruch der Einheitsparteierschaft überlagert. Die interne Machtentfaltung chinesischer Wirtschaftsunternehmen unterliegt jedoch ebenso wie die des Westens der hierarchischen Ausrichtung. Sie favorisiert in allen sehr unterschiedlich besiedelten Gebieten des Vielvölkerstaates vor allem Mitglieder des Volks der Han, zu dem 90 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas zählen.

Solange es den Machthabern Chinas gelingt, die erlittenen Demütigungen sowie die Hungersnöte und ihre erfolgreiche Überwindung im Bewusstsein der Bevölkerung präsent zu halten und gleichzeitig den Lebensstandard in kleinen Schritten zu erhöhen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Zufriedenheitsgrad der Bevölkerung nicht sinken. Selbst wenn die Auswirkungen des scharfen Lockdowns aufgrund der Covid-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung ins Stocken gebracht sowie die Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt die chinesischen Finanzmärkte in große Turbulenzen gestürzt haben, ist mit Aufständen, die Chinas innere Sicherheit erschüttern könnten, für absehbare Zeit nicht zu rechnen.

III Decoupling oder Derisking?

Der scharfe Konkurrenzkampf zwischen den USA und China, der bereits unter der Trump-Administration begonnen hatte, wurde unter der Biden-Administration unvermindert fortgeführt. Bereits im Dezember 2019 bekräftigte J. Biden den weltweiten Führungsanspruch der USA in einer seiner Rede: «Als Nation müssen wir der Welt beweisen, dass die Vereinigten Staaten

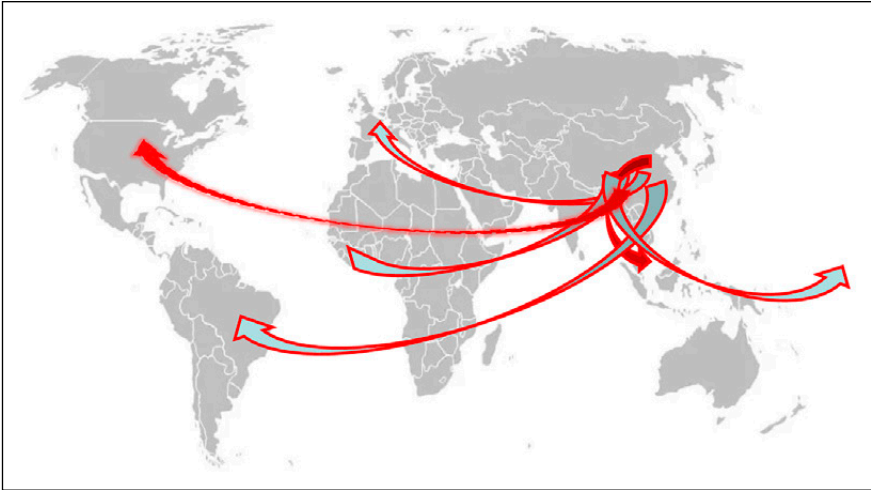


Schaubild 5 Hegemoniestreben Chinas

bereit sind, wieder zu führen.»⁴ Dieser mit China auszufechtende Konkurrenzkampf wurde auch in die europäischen Machteliten zunächst unter dem Stichwort «Decoupling» hineingetragen. Als Begründung für eine Abkoppelung von China werden das existierende Demokratiedefizit, die Menschenrechtsverletzungen in Xing-jiang und die vermeintlich zu befürchtende Vereinnahmung von Taiwan angeführt.⁵ Sehr schnell wurde jedoch deutlich, dass eine totale Abkoppelung von China nicht nur in den USA, sondern auch in allen anderen Teilen der Welt zu einem großen wirtschaftlichen Schaden führen würde, der viele Regionen in Armut stürzen könnte. So wurde eine Kehrtwendung vollzogen, die nun unter der Parole des «Derisking» läuft. In diesem Zusammenhang ist auch die Zu-

stimmung des deutschen Bundeskanzlers zu verstehen, der chinesischen Staatsreederei Cosco eine Minderheitsbeteiligung am Hamburger Hafen zu gestatten, über den sowohl Hochtechnologieprodukte und seltene Erden Chinas für die deutsche Industrie wie auch deutsche Werkzeugmaschinen und Autos für den wachsenden Markt Chinas geliefert werden können. Die deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen überragen bereits die mit allen anderen Industrieländern der Welt.

Um insgesamt eine korrekte Einschätzung der weltpolitischen Machtkonstellation vornehmen zu können, muss klar erkannt werden, dass China inzwischen zusammen mit den USA die führende Position einnimmt und möglicherweise auch in der Lage sein wird, Letztere in absehbarer

4 Biden, Joseph R. jun.: «Why America Must Lead Again. Rescuing U.S. Foreign Policy After Trump», in: *Foreign Affairs*, März/April 2020, [foreignaffairs.com: https://is.gd/j5w87Q](https://is.gd/j5w87Q) [Zugriff: 17.12.2021 / vgl. auch Lück-Hildebrandt, Hildebrandt, S. 107

5 Parallel dazu haben die westlichen Demokratien gar keine Probleme aus gegebenem Anlass erneut Beziehungen zum menschenrechtsverletzenden Saudi-Arabien aufzunehmen.

Zeit sogar zu überragen. Betrachtet man diesen Konkurrenzkampf unter chinesischer Perspektive, ist es auch einleuchtend, dass China eine ähnliche Strategie wie die USA betreibt – nämlich ein weltumspannendes ökonomisches Netz zu entwickeln⁶ und dies auch nach und nach militärisch abzusichern. (Schaubild 5)

IV Weitere Faktoren der Umgestaltung auf dem Schachbrett der internationalen Machtverhältnisse

Weitere Beziehungskonstellationen, die sich schon seit einiger Zeit oder erst kürzlich am Rande von Europa herauskristallisiert haben, müssen für eine präzise Analyse der globalen Machtverhältnisse berücksichtigt werden.

1. Im Ringen der verschiedenen Fronten im syrischen Bürgerkrieg hat sich nicht nur der bisherige Regierungschef Baschar al Assad mithilfe russischer militärischer Unterstützung durchgesetzt, sondern er ist auch anlässlich des außerordentlichen Treffens der Arabischen Liga im Mai 2023 in Kairo wieder zumindest im Kreis der arabischen Länder aufgenommen worden und damit auf die Bühne der internationalen Politik zurückgekehrt.
2. Bereits vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs haben die Türkei und Russland ihre Beziehungen vertieft. Präsident Erdogan versucht, sich als «ehrlicher Makler» in der Auseinandersetzung zwischen der «westlichen Welt» und Russland im

Ukraine-Konflikt einzubringen. Zwar hat das durch ihn ausgehandelte Getreide-Abkommen nur ein Jahr lang (von Juli 2022 bis Juli 2023) gehalten. Aber Erdogan bemüht sich weiterhin, diplomatische Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und dem «Westen» in Gang zu bringen. Dass auch er selber auf diese Weise sein wenig gutes Ansehen in der Welt wegen seiner massiven Einschränkungen der türkischen Opposition sowie der quasi Todfeindschaft gegenüber den Kurden aufzubessern versucht, liegt auf der Hand.

3. Als ebenfalls überraschend, musste das westliche Lager die Wiederannäherung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien auf Vermittlung Chinas Anfang April 2023 zur Kenntnis nehmen. Die diplomatischen Beziehungen, die Flugverbindungen sowie die Visaerleichterungen zwischen beiden Ländern sollen wieder aufgenommen werden. Für den Iran ergeben sich damit Möglichkeiten, die westlichen Sanktionen zu umgehen. Ähnliche Möglichkeiten ergeben sich durch die Beziehungen zu Russland. Hier profitieren drei Seiten: der Iran, Russland und China. Der Iran und Russland können auf diese Weise die westlichen Sanktionen umgehen. China erhält «Zugang zur Mitgestaltung der regionalen Sicherheit im Nahen Osten. Mit der Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und Iran wird China allmählich zu einem Großakteur in Sachen Sicherheit und Diplomatie in dem Gebiet zwischen Iran im Osten und Marokko im Westen».⁷

6 Peter Wittig im *Tagesspiegel* dazu: «Die jüngste Erweiterung [der BRICS-Staaten, d.V.] um sechs Staaten unterstreicht den Anspruch Chinas, ein anti-westliches Gegengewicht zur G7 zu schaffen.» (*Tagesspiegel*, 14.7.2023).

7 Amr Hanzawy: «Lieber China als die USA» in: *Tagesspiegel*, 21.9.2023: «In dem aktuellen geostrategischen Kontext mehrten sich die Zeichen eines Kampfes der Großmächte um den Nahen Osten. Dadurch kommt die seit den neunziger Jahren fortwährende Hegemonialmachtstellung der USA ins Wanken».

4. Die Hoffnungen der NATO-geführten Staaten, dass der ehemals tiefe Graben zwischen China und Russland weiterhin bestehen bleibt, haben sich gerade angesichts des Ukraine-Konflikts überhaupt nicht realisiert. Zwar bewahrt China einerseits die internationale diplomatische «Contenance» und äußert sich sehr zurückhaltend bis gar nicht zu diesem Krieg. Andererseits macht es aber auch keinen Hehl daraus, dass sowohl militärische Unterstützung denkbar ist als auch dass es als Hauptabnehmer von russischem Öl und Gas für beide Seiten von sehr großem Vorteil ist.
5. Das Treffen der BRICS-Staaten in Johannesburg am 22. August 2023 kommt mit der Aufnahme von sechs weiteren Staaten – Saudi-Arabien, Iran, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Äthiopien, Argentinien – einem Donnerschlag gleich. Die nun insgesamt elf Staaten umfassende Gruppe wird voraussichtlich bis zu 37 Prozent des globalen Bruttoinlandprodukts darstellen und 46 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Damit übertreffen sie die G 7-Staaten, die nur 31 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts aufweisen können. Marcus Schneider schreibt im IPG-Newsletter vom 28.8.2023 dazu: «Kein geringerer als UN-Generalsekretär Antonio Guterres durfte auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg das Hohelied auf die Verheißungen der multipolaren Welt singen. Die heutigen Global-Governance-Strukturen reflektierten die Welt von gestern, dies sei im Besonderen zutreffend für den Sicherheitsrat und die Bretton-Woods-Institutionen.»⁸ Außerdem unterstreicht in seinen Augen dieser BRICS-plus-Verbund den dringlichen Wunsch nach Multipolarität. Selbst wenn bei Aufnahme weiterer Staaten – 20 bis 25 Staaten – die Kohäsion nicht unbedingt zunimmt, zeigt es doch ein Streben nach strategischer Autonomie und einer neuen Weltordnung.
6. Ein weiteres deutliches Anzeichen für den Drang nach strategischer Autonomie ist die Tatsache, dass sich 35 Staaten der Weltgemeinschaft nicht an den Sanktionen gegen Russland wegen des Ukraine-Kriegs beteiligen. Darunter sind auch die Länder des sog. Globalen Südens, in deren Augen der Ukraine-Krieg nicht ihr Krieg ist. Angesichts dieser Konstellation kann man von einem Wiederaufleben der Blockfreien Bewegung sprechen, die jetzt jedoch auf ganz andere Ressourcen zurückgreifen kann als bei der Gründung 1955 in Bandung.
7. Die Versuche verschiedener Länder der EU – darunter insbesondere Deutschland – die Beziehungen zu afrikanischen, südamerikanischen oder auch südasiatischen Ländern zu intensivieren, um neue Wirtschafts- und Handelsbeziehungen «auf Augenhöhe» herzustellen, sind nicht durchweg erfolgreich verlaufen.⁹ Zu offensichtlich ist das einseitige Interesse, lediglich neue Rohstoffquellen zu erschließen, um z.B. die Abhängigkeit von China zu minimieren. Anlässlich des G-20-Gipfel in Neu-Delhi im September 2023 haben die USA, die EU und weitere Partner eine Art «Seidenstraße des Westens» gestartet, bei der Schie-

8 ipg-journal.de: <https://is.gd/8KCTVo>.

9 Die Hoffnung, die die deutsche Außenministerin und der Arbeitsminister bei ihrem Besuch in im Juni 2023 Brasilien hegten, dass Lula da Silva sich eindeutig gegen Russland positioniert, hat sich nicht erfüllt.

nen- und Schifffahrtswege Europa, den Nahen Osten und Indien enger miteinander verbinden sollen. Man muss sich dabei vor Augen führen, dass dieses Projekt zwar geplant, aber von seiner Umsetzung noch weit entfernt ist.

V Die Rolle des Ukraine-Kriegs – eine Zeitenwende mit Voransage?

Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 hat eine ganze Kaskade an Maßnahmen sowie wesentlichen Veränderungen von bisherigen Grundannahmen ausgelöst, die den psychischen wie physischen Zustand der Gesellschaften in der EU stark beeinträchtigt haben, zumal die Nachwirkungen der Corona-Epidemie auch noch nicht überwunden waren. Ob die in den meisten Staaten der EU vollzogene politische 180 Grad Wende jedoch so alternativlos war, muss zumindest gefragt werden angesichts der vielen vorangegangenen Wegmarken, an denen man sich für die eine oder auch die andere Richtung hätte entscheiden können.¹⁰ Eine knappe Aufzählung dieser Wegmarken soll das illustrieren.

Obwohl

- im Dezember 2013 der damalige Präsident Janukowitsch wohl gehofft hatte, beim Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU auch Russland in die Gespräche einbeziehen zu können, um weiterhin auch die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland zu bewahren, lehnte die EU wohl ab.¹¹ Die Weigerung des damaligen Präsidenten Janukowitsch, das Abkommen zu unterzeichnen, war vorhersehbar und somit auch die weiteren Folgen: der Maidan-Aufstand und die nach wie vor ungeklärte Gewaltanwendung gegen die Demonstranten;
- der französische, deutsche und der polnische Außenminister mit dem ukrainischen Präsidenten und den Oppositionsparteien eine Vereinbarung unterzeichnet hatten, nach der aufgrund der Maidan-Proteste kurzfristig Neuwahlen angesetzt werden sollten, um der Bevölkerung die entscheidende Stimme zu dem Assoziierungsabkommen zu geben, wurde die Regierung Janukowitsch von z. T. faschistischen Kräften wegge-

10 John Mearsheimer, Pourquoi les grandes puissances se font la guerre: «Le conflit a commencé en février 2014, six ans après l'annonce par l'OTAN du projet d'adhésion ukrainienne. M. Poutine tenta d'abord de régler le différend par la voie de la diplomatie, en cherchant à convaincre les États-Unis, qui parrainaient l'entrée de Kiev dans l'Alliance, d'y renoncer. Washington décida au contraire de mettre les bouchées doubles, armant et entraînant l'armée ukrainienne, et l'invitant à participer aux manoeuvres militaires otaniennes. Redoutant que l'Ukraine n'en devienne membre de fait, Moscou adressa, le 17 décembre 2021, un courrier à l'organisation transatlantique ainsi qu'au président Joseph Biden leur demandant l'assurance écrite que l'Ukraine resterait hors de l'Alliance et observerait une stricte neutralité. À quoi le secrétaire d'État Antony Blinken répondit le 26 janvier 2022: ' Il n'y a pas de changement, il n'y aura pas de changement. ' Un mois plus tard, la Russie attaqua l'Ukraine.» (*Le Monde diplomatique*, August 2023)

11 Angela Merkel sagte nach dem Treffen mit Janukowitsch 28. November 2013: «Der Präsident hat mir noch einmal gesagt, 50 Prozent der Exporte gehen nach Russland oder in die Republiken der Zollunion, 45 Prozent in die Europäische Union, also Bindung nach beiden Seiten. Und die Aufgabe für uns, die EU, wird sein, noch stärker mit Russland zu reden, wie wir aus dem Entweder-Oder, entweder Bindung an Russland oder Bindung an Europa – herauskommen und ich glaube, da liegt auch eine Aufgabe für Deutschland.» (Wikipedia, Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union, de.wikipedia.org: <https://is.gd/8kN4HF> [Zugriff: 21.9.2023])

- putscht und einer nicht gewählten Regierung die Macht im Staat übergeben;
- unter Chruschtschow festgeschrieben war, dass er die Halbinsel Krim der Ukraine auf der Grundlage unverbrüchlicher Freundschaft geschenkt hat, diese Freundschaft jedoch durch das angestrebte Assoziierungsabkommen mit der EU nicht mehr existent ist, wird dieser wichtige Aspekt in allen Argumentationen bezüglich der territorialen Unverwundbarkeit der Ukraine außer Acht gelassen;
 - in den Minsker Abkommen I und II – ausgehandelt zwischen Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland – der Versuch unternommen wurde, den seit 2014 bestehenden Konflikt zu entschärfen bzw. im Rahmen der «Normandie-Gespräche» zu friedlichen Lösungen zu gelangen, setzten die USA alles daran, diese Gespräche zu untergraben. So belegten sie Russland – ohne Vorabsprachen mit den Verbündeten – mit Sanktionen und setzten damit Deutschland und Frankreich unter Druck. Zudem begannen die USA und Großbritannien ab 2014, die Ukraine mit westlichen Waffen auszustatten und ukrainische Soldaten auszubilden. Es ist nicht verwunderlich, dass es an der Kontaktlinie – die Grenze zwischen den westlichen Gebieten der Ukraine und den von russischer Seite dominierten östlichen Gebieten – immer wieder zu Gefechten von beiden Seiten kam. 2017 begannen die USA, einen militärischen Stützpunkt (Flughafen und Marinehafen) nördlich von Odessa in der Nähe der Stadt Ochakiv zu errichten;
 - der 2019 neugewählte Präsident der Ukraine bereit war, entscheidende Schritte in Richtung Befriedung der Regionen Luhansk und Donezk einzuleiten und diesen beiden Regionen den von der dortigen Bevölkerung geforderten Sonderstatus zu verleihen und Wahlen unter OSZE-Aufsicht durchzuführen, gelang es ihm nicht, sich gegen nationalistische Kräfte durchzusetzen.¹² Warum es nicht möglich war, z. B. auch mit Unterstützung der Normandie-Gruppe gegen diese Kräfte vorzugehen, muss als offene Frage stehen bleiben;
 - es noch am 10.2.2022 Gespräche im Normandie-Format bezüglich der Gebiete Luhansk und Donezk gegeben hat und bekräftigt wurde, dass alle Teilnehmenden an der Minsker Friedensvereinbarung für die zwischen prorussischen Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen umkämpfte Ostukraine festhalten [würden]. «An deren voller Umsetzung wird weiter mit Nachdruck gearbeitet werden.»¹³

12 Jeffrey D. Sachs, Der Krieg in der Ukraine wurde provoziert – und warum das wichtig ist, um Frieden zu erreichen: «Die ukrainische Führung wusste genau, dass das Drängen auf eine NATO-Erweiterung für die Ukraine Krieg bedeuten würde. Der ehemalige Selenskyj-Berater Oleksij Arestowjtsch erklärte 2019 in einem Interview, «dass unser Preis für den NATO-Beitritt ein großer Krieg mit Russland ist». (in Telepolis, 29.5.2023; <https://www.telepolis.de/features/Der-Ukraine-Krieg-wurde-provoziert-Warum-das-fuer-Frieden-zentralist-9066817.html?seite=all>; [Zugriff am 20.9.2023]).

13 Jan Emendörfer im Redaktionsnetzwerk Deutschland, 11.2.2022; rnd.de: <https://is.gd/GQnaDv>: «Seitens der deutsch-französischen Vermittler hieß es, es seien «schwierige Gespräche» gewesen, «in denen die unterschiedlichen Positionen und verschiedene Lösungsoptionen deutlich herausgearbeitet wurden». Ein weiteres Treffen wurde für März vereinbart. Kosak [der russische Unterhändler, d.V.] sagte, während der Gespräche in Berlin habe es «verbale Vorstellungen» von Seiten Frankreichs und Deutschlands gegeben, wie man «sich weiter vorarbeiten» könnte, diese

An dieser geplanten Umsetzung konnte nicht weitergearbeitet werden: der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine fand vierzehn Tage später statt. Für dieses einschneidende Ereignis lassen sich Interpretationen aus drei unterschiedlichen Perspektiven anführen:

1. Aus der Sicht der USA war der Einmarsch die folgerichtige Bestätigung des seit Ende November 2021 zu beobachtenden russischen Truppenaufmarschs an den Grenzen der Ukraine. Den USA dienten die Erkenntnisse über den Truppenaufmarsch vor allem, nicht nur neue Sanktionen gegen Russland anzukündigen, sondern auch im Januar 2022 anzukündigen, die Ostseepipeline North Stream II mit Sanktionen zu belegen. «Ich möchte ganz klar sagen: Wenn Russland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 nicht realisiert werden», sagt der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price. [...] Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts haben die USA und die NATO am Mittwoch ihre Antworten auf Russlands Forderungen nach Sicherheitsgarantien übergeben. Die von Moskau verlangte Absage an eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wiesen die USA darin zurück, wie US-Außenminister Antony Blinken in Washington,

D. C., sagte. Sowohl die US-Regierung als auch die NATO schlugen Moskau einen «diplomatischen Weg» vor, um den Konflikt beizulegen.»¹⁴

2. Nimmt man die Perspektive Russlands ein, ist es genau diese Zurückweisung, Russland Sicherheitsgarantien gegen eine Absage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu geben, ein Mosaikstein in der Entscheidung, den Einmarsch in die Ukraine vorzunehmen. Weitere Mosaiksteine sind die Fertigstellung des US-Stützpunktes nördlich von Odessa und oberhalb der Krim, dem Sitz der russischen Schwarzmeerflotte, sowie das Ausscheren der Ukraine fünf Stunden vor Kriegsbeginn aus dem russischen und weißrussischen Stromnetz. «Am 24. Februar um null Uhr, also fünf Stunden bevor Wladimir Putin den Angriffsbefehl erteilt hat, hat sich die Ukraine vom russischen und weißrussischen Stromnetz entkoppelt», sagt Sebastian Stransky von der GRS [Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit]. Die Netze waren bis zu diesem Zeitpunkt noch aus Sowjetzeiten verbunden, belieferten sich also gegenseitig mit Strom. Die Ukraine habe das gekappt, um einige Wochen später an das europäische Netz ankopeln zu können.»¹⁵

3. Geht man von einer rein europäischen Perspektive aus, haben beide Mächte –

seien jedoch von der Ukraine abgelehnt worden. «Die Zukunft der Regionen Donezk und Lugansk muss mit Rücksprache dieser Gebiete entschieden werden», sagte Kosak. Das lehne die Ukraine weiterhin ab. Es gehe darum, welchen Status die Region Donbass künftig in der ukrainischen Verfassung bekommen soll. Darum mache Kiew seit acht Jahren ein Geheimnis, kritisierte der russische Unterhändler.

Günter Verheugen, ehemaliger EU-Kommissar äußerte sich 28.8.2023 dazu im Interview im Weser-Kurier: «Zur vollen Wahrheit gehört, dass die Verantwortlichen in der Ukraine nicht einen Tag lang ernsthaft daran gedacht haben, die im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.» e-pages.dk: <https://is.gd/5jaEyG>

14 Zeit-Online, 27.1.2022, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/ukraine-russland-nato-normandie-format-dialog>, [Zugriff 18.9.2023].

15 Ismar, Georg, Kraftwerk im Krieg, *Tagesspiegel*, 12.8.2022.

die USA und Russland – mit ihrem extrem risikoreichen Agieren den zu zaghaft betriebenen deutsch-französischen Versuch, den Ukraine-Konflikt zu entschärfen sowie eine mögliche Rolle der EU als «Brückenbauer» zwischen den USA und Russland sowie China zu entwickeln, zunichtegemacht. Allerdings ist weder unmittelbar vor noch nach dem 24. Februar 2022 diese europäische Perspektive in der medialen Öffentlichkeit formuliert worden. Äußerungen, die in eine solche Richtung argumentierten, wurden schnell unter den Verdacht gestellt, Putins Vorgehen zu rechtfertigen.

Vom Normandie-Format zum Ramstein-Format

Mit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine wurden den USA eindeutig wieder die Zügel des westlichen Handelns im internationalen Spiel der Mächte in die Hände gelegt. Die erste Konferenz der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine fand auf Einladung des US-Außenministers am 26. April 2022 auf der in Deutschland gelegenen US-Air Base statt. Damit ist zweierlei symbolisiert:

- Es ist nicht das bis dahin für die EU tätige deutsch-französische Tandem, das an einem Ort in Europa zu Verhandlungen einlädt, sondern es ist ein US-Stützpunkt, der sich zudem der deutschen Souveränität entzieht. Es ist u. a. die US-Basis, von dem aus auch amerikanische Drohneneinsätze z. B. in die Länder des Nahen Ostens geflogen wurden und auf dem die amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden lagern.

- Es ist der US-Außenminister, der auf deutschem Boden – zwar auf einer US-Basis – die Einladung zu Verhandlungen über das weitere Vorgehen bezüglich dieses Krieges ausspricht. Damit ist angezeigt, welchen weiterhin bestehenden Begrenzungen die deutsche Souveränität unterliegt. Eine solche Einladung z. B. auf französischem Territorium wäre undenkbar gewesen. Dazu ist festzustellen, dass es für Deutschland keinen Friedensvertrag gibt. «Und auf deutschem Territorium sind nach wie vor etwa 40.000 US-Soldaten stationiert, wenn ich richtig unterrichtet bin. Und es gibt elf riesige Luftwaffenstützpunkte. Ja, die Amerikaner haben hier Sonderrechte durch Zusatzverträge zum Truppenstationierungsstatut, was kaum bekannt ist.»¹⁶

Der Bundeskanzler hat – trotz seiner «Zeitenwende-Rede» vom 27. Februar 2022 – zunächst große Vorsicht in Bezug auf Waffenlieferungen an die Ukraine walten lassen, um ein «Hineinschliddern» in einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Dem Druck dieser ersten Konferenz auf dem Stützpunkt Ramstein musste er sich jedoch beugen und einer ersten Tranche von Waffenlieferungen – Gepard-Flugabwehrpanzern – zustimmen.

Inzwischen wurden bis September 2023 unter amerikanischer Führung 11 Sanktionspakete gegen Russland und Weißrussland beschlossen. Deutschland hat seither gepanzerte Gefechtsfahrzeuge von sieben unterschiedlichen Typen sowie das Luftverteidigungssystem Patriot geliefert und steht zurzeit unter erneutem Druck, das Taurus-Marschflugkörper-System an die Ukraine zu

16 Wolfgang Bittner: «Die Welt im «Ausnahmestand», im Gespräch mit Alexander Boos», vgl. uncutnews.ch: <https://is.gd/6qqVNY> März 2023.

liefern. Immerhin: Auf der nächsten Konferenz auf dem US-Stützpunkt Ramstein am 19. September 2023 hat die deutsche Regierung diesem Druck nicht nachgegeben.

Menschliche und wirtschaftliche Folgen des seit 18 Monaten andauernden Krieges

Je länger ernsthafte Strategien unterbleiben, den Ukrainekrieg durch Verhandlung zu beenden, desto schwerer wiegt der zunehmende Verlust an Menschenleben. Auch die Volkswirtschaften der EU werden in Mitleidenschaft gezogen. Die Länder des globalen Südens leiden Hunger aufgrund ausfallender ukrainischer Getreideexporte und Kriegsflüchtlinge der Ukraine lassen die weltweiten Fluchtbewegungen anschwellen. Der ständige Krisenmodus, dem die Bevölkerungen seit der Pandemie – zugespitzt durch den Krieg in der Ukraine mit all seinen Konsequenzen – ausgesetzt sind, lässt die wirklich notwendigen gesellschaftlichen «Umbaumaßnahmen», wie z. B. die verschiedenen überlebensnotwendigen Maßnahmen zur Rettung des Klimas und der Umwelt, völlig in den Hintergrund treten. Atomkraftanlagen bleiben länger in Betrieb. Tiefbohrungen nach Gas, Öl und anderen wichtigen Rohstoffen werden trotz ökologischer Bedenken afrikanischen Ländern mit dem Versprechen finanzieller Vorteile angeboten. Als Folge höherer Ausgaben für das Militär (100 Milliarden Euro in Deutschland) unterbleiben wichtige soziale Maßnahmen wie z. B. der Umbau der Pflegeeinrichtungen, notwendige Investitionen in die Bildung, Verbesserung des Angebots an öffentlichem Verkehr und an Wohnungen. Ob

die Bevölkerung der Europäischen Union soziale Schieflagen künftig weiter geduldig mitträgt, ist eine offene Frage.

Graham E. Fuller, vormals Vizepräsident des «National Intelligence Council at CIA», ist folgender Auffassung: «Im Gegensatz zu optimistischen Erklärungen könnte auch die NATO am Ende echt geschwächt daraus [aus dem Ukraine-Krieg, d.V.] hervorgehen. Die Westeuropäer werden lange und gründlich über die «Weisheit» und die hohen Kosten nachdenken, die mit der Provokation tieferer, langfristiger Konfrontationen mit Russland oder anderen «Konkurrenten» der USA verbunden sind. [...] Washington hat auch deutlich gemacht, dass Europa sich einem «ideologischen» Kampf gegen China anschließen muss, in einer Art vielschichtigem Kampf «Demokratie gegen Autoritarismus». Dabei handelt es sich doch in Tat und Wahrheit um einen klassischen Kampf um die Macht in der Welt. Und Europa kann es sich noch weniger leisten, sich auf eine Konfrontation mit China einzulassen – eine «Bedrohung», die vor allem von Washington wahrgenommen wird, die aber viele europäische Staaten und einen Großteil der Welt nicht überzeugt.»¹⁷

Solche Überlegungen finden sich in der internationalen Presse (vgl. *Le Monde diplomatique*), oder sie werden von erfahrenen Politikern wie H. Kissinger, Klaus von Dohnanyi, Günter Verheugen oder im Vermächtnis von Antje Vollmer geäußert. Sie werden jedoch von den Medien – den öffentlichen und privaten Fernsehanstalten und den meisten gängigen Presseorganen – kaum reflektiert oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Auch Künstler oder Intellektuelle, die sich kritisch zu der

17 Fuller, Graham E., Wann endlich erwacht Europa, in: *GlobalBridge*, 23.6.2022 / globalbridge.ch: <https://is.gd/ILOpD> [Zugriff: 14.8.2022].

eher einseitigen Kriegsberichtsausrichtung äußern, werden mit z.T. beleidigenden Formulierungen zum Schweigen gebracht oder durch zahlreiche Berichte der unter dem Krieg leidenden Menschen übertönt.

VI Die EU im Zangengriff

Betrachtet man aus heutiger Sicht die Position der Europäischen Union in der Zeit *vor dem Ukraine-Krieg*, wird sofort deutlich, welche Machtmöglichkeiten die EU auf internationalem Parkett begonnen hatte zu entfalten. Folgende diplomatisch bedeutsame Schritte belegen das:

1. An dem nach zwölf Jahren Verhandlung am 14.7.2015 unterzeichnete Atomabkommen mit dem Iran waren insbesondere Frankreich, Deutschland, Großbritannien und später auch der Hohe Beauftragte der EU beteiligt. Man konnte durchaus von einem großen diplomatischen Erfolg sprechen, weil es einen drohenden Krieg mit den Mitteln der Diplomatie (darunter auch Wirtschafts-sanktionen) verhinderte. Darüber hinaus stärkte es das internationale Regelwerk zur Nichtverbreitung, indem Iran nach vergangenen Verfehlungen nun starken Kontrollen unterworfen war. Dass die USA unter der Trump-Administration im Mai 2018 wieder aus dem Vertrag – ohne die Vermittlungsversuche der Europäer zu berücksichtigen – ausstieg, ist ein Beweis dafür, dass sich die USA in ihrer weltweiten Handlungsfreiheit von den Europäern beeinträchtigt fühlten.
2. Im Februar 2019 einigten sich die EU-Staaten auf eine gemeinsame Position bezüglich der Fertigstellung der Gas-pipeline North Stream II. Dabei ging es darum, dass der EU eine verstärkte Kontrolle bezüglich der Gasleitungen aus Russland zukommt und den Ansprüchen Polens und der Ukraine auf die weitere Durchleitung von russischem Gas entsprechen wird.
3. Präsident Biden kam zwar den Europäern im Juni 2021 bezüglich der Beendigung der Arbeiten an North Stream II entgegen und verzichtete auf weitere Sanktionen. Die Verschärfung des Ukraine-Konflikts spielte den USA jedoch wieder in die Hände. Die Pipeline wurde zwar fertiggestellt, jedoch nie in Betrieb genommen. Stattdessen wurden sowohl die Pipelines von North-Stream I wie North-Stream II im September 2022 in die Luft gesprengt. Die Aufklärung, wer diese Sprengung veranlasst hat, steht nach wie vor aus – allen Spekulationen ist Tor und Tür geöffnet.
4. Am 30.12.2020 wurde nach sieben Jahren Verhandlung zwischen der EU und China kurz vor dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft ein Investitionsabkommen unterzeichnet, das europäischen Unternehmen einen gesicherteren Zugang und bessere Wettbewerbsbedingungen auf dem chinesischen Markt einräumt. Zugleich hat China Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung und der Verpflichtung gegen Zwangsarbeit – einschließlich Kontrollen durch die Internationale Arbeitsorganisation – zugestimmt. Dieses Verhandlungspaket wurde jedoch von der EU kurzfristig aufgrund diplomatischer Zerwürfnisse ausgesetzt. Ein Hintergrund war die vehemente Ablehnung dieses Abkommens durch die USA.
5. Bereits im Jahr 2017 gründete die EU die europäische Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammen-

arbeit (PESCO). Noch im Februar 2021 verständigten sich die Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Macron über das weitere Vorgehen bei der Beschaffung der Eurodrohne, des zukunftsfähigen Flugzeuges FCAS (Future Combat Air System), des Kampfpanzers der Zukunft MGCS (Main Ground Combat System) und des Hubschraubers Tiger. Diese «ureuropäischen» militärischen Projekte werden jedoch verzögert oder erschwert z. B. durch die im Dezember 2022 gefällte Entscheidung der Bundesrepublik, amerikanische F-35 Tarnkappenjäger (atom-waffenfähig) anzuschaffen.

6. Im Februar 2021 beschließt die Europäische Union ein 750 Milliarden schweres Aufbauprogramm zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Epidemie. Die Mitgliedstaaten haften über ihre künftigen Beiträge zum Haushalt der Europäischen Union gemeinschaftlich für die Schulden des Fonds. Über die unmittelbare Zielsetzung dieses Programms hinaus bekommt die EU ein neues vom Europäischen Rat beschlossenes Finanzierungsinstrument.
7. An der Aufzählung ist auch deutlich geworden, welches Machtpotenzial die USA bereits vor dem Ukraine-Krieg in Anschlag bringen konnten, als sie ihre hegemoniale Position gegenüber den Europäern als gefährdet ansahen. Diese Gefährdung ist aufgrund der innenpolitischen Situation in den USA nicht von der Hand zu weisen. «Schon vor der Abwahl Donald Trumps zeichneten Steven Levitzky und Daniel Ziblatt ein düsteres Bild der USA. Sie erinnern an den tief

bei Bürgern der USA verwurzelten Glauben, ihre «Verfassungsordnung sei unzerstörbar». Jedoch: «Die Aushöhlung der Demokratie in den Vereinigten Staaten ist keine theoretische Frage mehr. Sie hat bereits begonnen.» [...] Daran, dass heute 60 % der Republikaner und Demokraten glauben, die andere Partei sei eine «extreme Bedrohung» für die USA, zeige sich, dass inzwischen Hass die Meinungsbildung beherrsche und nicht mehr die in Demokratien übliche Polarisierung zwischen Liberalen und Konservativen.»¹⁸

Nach dem 24. Februar 2022 war es nun für die USA ein Leichtes, die europäischen Verbündeten wieder auf ihre Linie zu zwingen, zumal man mit der grünen Partei in der Bundesregierung einen wunderbaren Partner hat. Verheugen formuliert dazu Folgendes: «Mir war unwohl, als sich die Ampelkoalition gebildet hat. Nicht nur, weil man vorhersehen konnte, dass sich die Parteien ständig streiten würden, sondern eben wegen der grünen Außenpolitik. Sie macht unsere angeblichen hohen moralischen Ansprüche zum Maßstab für alles und ist mit Sanktionen (völkerrechtswidrig) und Pressionen schnell bei der Hand. Die Ziele, für die die Bundesaußenministerin eintritt, sind wunderbar: Wer wollte nicht mehr Freiheit, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit? Aber wie setzt man das in einer Welt durch, die bei uns Heuchelei erkennt und doppelte Standards beklagt? [...] Die Welt ändert sich dramatisch. In der Konferenz der Brics-Staaten zeigen sich die Umriss einer neuen Weltordnung – nicht zu unseren Gunsten.»¹⁹

18 S. Lück-Hildebrandt / R. Hildebrandt: *Die globalen Machtverhältnisse* (Stuttgart 2022, S. 68).

19 Silke Hellweg interviewt Günter Verheugen im *Weser-Kurier*, 28.8.2023.

Der amerikanischen Strategie ist es zwar nicht gelungen, die EU mithilfe des Brexits zu zerstören, aber sie hat geschickt die Ängste der baltischen Staaten sowie der osteuropäischen Länder vor einer vermeintlichen russischen Aggression ausgenutzt, um mögliche europäische Ambitionen im internationalen Machtgefüge auszuhebeln. Die infolge des Ukraine-Kriegs verhängten Sanktionen gegen Russland schaden gerade nicht der russischen Wirtschaft, sondern gefährden das wirtschaftlich-gesellschaftliche Gefüge aller europäischen Staaten. Sowohl die EU wie auch an die westliche Staatengemeinschaft angelehnte Länder müssen ihre Energie zu immer höheren Weltmarktpreisen kaufen, während Erdölproduzenten – darunter auch Russland – lange Zeit große Gewinne einstrichen. Russland bildet mit China eine Machtallianz, in der Russland zwar der schwächere Partner ist, aber aufgrund der technologischen Stärke Chinas und des Energiereichtums Russlands befinden sich beide in einer sehr viel *weniger* schwierigen Position als die im früheren Ost-West-Konflikt isolierte Sowjetunion kurz nach dem Zweiten Weltkrieg.

Weiterhin sind die USA erfolgreich im «Zündeln» an der China-Taiwan Problematik. Obwohl sie ihre Strategie des «Decoupling» nicht weiterverfolgen konnten, da auch sie selber schwer darunter zu leiden hätten, versuchen sie weiterhin, den Euro-

päern, insbesondere den Deutschen, eine härtere Gangart gegenüber den Chinesen aufzuzwingen. Auch hier hat sich die deutsche Außenministerin Baerbock im Rahmen eines Interviews mit dem konservativen Fernsehsender Fox-News einspannen lassen, indem sie den chinesischen Präsidenten als Diktator bezeichnete. Die Folge ist die Einbestellung der deutschen Botschafterin in Peking mit allem, was dies für die diplomatischen Beziehungen bedeutet.

Insgesamt wird an diesem Punkt sehr deutlich, in welcher Zangenbewegung sich die Europäische Union befindet:

- Einerseits steht sie unter dem ständigen Zugzwang, die Ukraine mit weiteren und mächtigeren Waffen sowie allen sonstigen Hilfsleistungen zu unterstützen und zugleich die eigene Wirtschaftskraft auszuhebeln. Damit einher geht die Aushöhlung der demokratischen Verfassungen und der gefährliche Zulauf zu rechten bis faschistischen Parteien.
- Andererseits versucht China, seine Vormachtstellung auf technologischem Gebiet weiterhin auch in Europa festzuschreiben. Eine radikale Abkoppelung steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung; die wirtschaftlichen und technologischen Verflechtungen sind so dicht, dass eine solche Entscheidung die gesamten Weltwirtschaft in gefährliche Turbulenzen bringen würde (Schaubild 6).

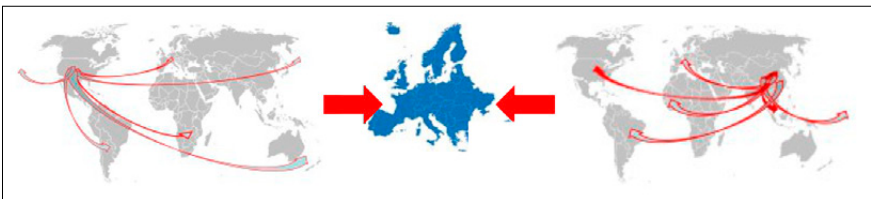


Schaubild 6 Die Europäische Union in der Zangenbewegung

Welche Konsequenzen können bzw. müssen gezogen werden?

Betrachtet man die letzten beiden Jahre, hätte sich die Europäische Union durchaus aus dieser Zangenbewegung befreien können. Anfang März 2022 machte der ukrainische Präsident den überraschenden Vorschlag, über eine mögliche Neutralität der Ukraine und den Sonderstatus der Gebiete von Luhansk und Donezk zu sprechen. Die Gespräche im Normandie-Format hätten aufgegriffen werden und der Krieg hätte beendet werden können. Der Druck der USA und Großbritanniens war jedoch offensichtlich so groß bzw. die Europäer fühlten sich so schwach, dass diese Initiative nicht aufgegriffen wurde.²⁰ Die USA konnten von den massiven Waffenlieferungen an die Ukraine eine empfindliche Schwächung Russlands, für die Waffenindustrien der USA erhebliche Gewinne und als Folge des Kriegs die stärkere Einbindung der EU in den Einflussbereich der USA erhoffen.

Anfang bis Mitte April 2023 reiste der französische Präsident zu Gesprächen nach

China, die insofern erfolgreich verliefen, als für die mitgereiste Wirtschaftsdelegation umfangreiche Geschäfte mit China vereinbart wurden. Auf der Rückreise nach Frankreich wiederholte Macron sein Bekenntnis zur «strategischen Autonomie» Europas und unterstrich, dass Europa seine Prioritäten nicht «an der Agenda der anderen» ausrichten sollte – auch bei «Krisen, die nicht die unseren sind».²¹ Die darauf einsetzende Welle der Empörung vor allem auch in den deutschen Medien zeigte, wie tief die Gräben in den politischen deutsch-französischen Beziehungen sind. Der Grad an Unverständnis von deutscher Seite zeigt zwei Möglichkeiten auf: Entweder deutsche Politiker haben überhaupt keine wirkliche europäische Perspektive und verlassen sich nur auf die große medial vorgetragene Einigkeit der EU angesichts des Ukraine-Krieges und der Herauslösung Russlands aus allen europabezogenen Belangen (vgl. die «Strategie» von von der Leyen). Oder Deutschland ist politisch so abhängig von den USA, dass ein Einschwenken auf die Linie Macrons überhaupt nicht möglich ist.²²

20 Jeffrey D. Sachs dazu: «Im März 2022 meldeten Russland und Ukraine Fortschritte auf dem Weg zu einem schnellen Verhandlungsende des Krieges auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine. Laut Naftali Bennett, dem ehemaligen Premierminister Israels, der als Vermittler fungierte, stand eine Einigung kurz bevor, bevor die USA, Großbritannien und Frankreich sie blockierten» (vgl. Sachs a. a. O.).

21 handelsblatt.com: <https://is.gd/Qr4Jru> [Zugriff am 19.9.2023].

22 Eine noch viel dramatischere Sachlage ergab sich nach dem 7. Oktober 2023: Der mit hohen Opferzahlen und Geiselnahmen verbundene Gewaltüberfall der Hamas auf israelischem Gebiet am 7. Oktober 2023 hat die schon zuvor krisenhafte Situation im Nahen Osten aufs Äußerste angespannt. Die sich abzeichnenden Annäherungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten sind damit zwar für den Augenblick gestoppt, was jedoch nicht bedeutet, dass die neuen regionalen «Player» (Iran, Saudi-Arabien, VAE, Ägypten) aufhören, ihre neuen Machtmöglichkeiten zu nutzen. Im Gegenteil: der brutale Angriff der Hamas auf israelischem Boden sowie das darauffolgende menschenrechtlich bedenkliche Vorgehen der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Gaza bringt die genannten Regionalmächte in eine Stärke, in der sie auf Israel, die USA und die Europäische Union Druck ausüben können, alles daran zu setzen, die Kampfhandlungen zügig zu beenden. Alle drei Machtblöcke stehen vor ungeheuren Zerreißen:

- Die innenpolitische Situation ist in den USA so komplex, dass eine klare strategische Entscheidung für oder gegen ein militärisches Eingreifen schwer vorstellbar ist, zumal sie nach wie vor an ihrer bisherigen Ukraine-Strategie, aktiv keine Friedensverhandlungen ins Auge zu fassen, festhalten.
- Angesichts dieser katastrophalen Situation liegt die Zerrissenheit der EU und damit ihre völlige Machtlosigkeit, irgendetwas im Hinblick auf Waffenstillstand in Gaza zu bewirken, offen vor aller Welt zu Tage.

Diese deutsch-französische Achse jedoch wieder aufzubauen, die anderen – insbesondere die südeuropäischen Staaten – hinzuzugewinnen, ist die einzige Möglichkeit, um den von den USA aufgebauten innereuropäischen «cordon sanitaire» der baltischen und osteuropäischen Staaten aufzulösen und ein geeintes, von den beiden Machtblöcken – USA und China/Russland – unabhängiger agierendes Europa zu entwickeln. Günter Verheugen formuliert dazu: «Deutschland muss gemeinsam mit Frankreich eine EU schaffen, die bereit und in der Lage ist, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Das ist kein Selbstzweck, sondern eine Bedingung da-

für, dass wir in der Welt überhaupt noch eine Rolle spielen. Dazu müssen wir auch unsere Einstellung zu den Ländern des globalen Südens grundlegend ändern. Diese Länder sind es leid, von uns ständig belehrt zu werden. Als gleichberechtigter Akteur auf der internationalen Bühne, ohne jede Supermachtambition, könnte die EU auf Augenhöhe bei der Lösung der globalen Probleme mitwirken, statt nachvollziehen zu müssen, was andere beschließen. Wir haben das Potenzial, eine unabhängige Stimme in der Völkergemeinschaft zu sein. Wir können sehr viel mehr, als wir zurzeit leisten. Das ist «nur» eine Frage des politischen Willens.²³ ■

Die einzigen Hoffnungen, die in die EU gesetzt werden, beruhen auf der Fähigkeit, humanitäre Hilfe zu leisten und sie auch durchzusetzen.

- Israel befindet sich in einem äußerst gefährlichen Dilemma. Die Regierung versucht zwar einerseits, nach außen Stärke und die Fähigkeit zum Schutz der Bevölkerung zu demonstrieren, muss sich jedoch andererseits von den Menschen vorwerfen lassen, gerade diesen Schutz aus innermachtpolitischen Gründen vernachlässigt zu haben. Auch ihr militärisches Vorgehen auf dem Gebiet des Gazastreifens findet keineswegs die Unterstützung der eigenen Bevölkerung, geht es doch um das Leben bzw. Überleben der über 200 Geiseln. Der internationale Druck auf die israelische Regierung, endlich den Weg zurück zu Verhandlungen und letztlich zur Umsetzung der Zwei-Staatenlösung zu finden, wird immer stärker – gerade auch wegen der durch den israelischen UN-Botschafter offensichtlich falsch verstandenen Rede des UN-Generalsekretärs Guterres.

23 Günter Verheugen, «Willentlich und wissentlich eine Linie überschritten», *Berliner Zeitung, online*, 11.2.2023, [berliner-zeitung.de: https://is.gd/wMOD5b](https://is.gd/wMOD5b) [Zugriff qm 21.9.2023].

REZENSIONEN UND BERICHTE

Ulrich Horb

Wolfgang Thierse und Thomas Meyer sprechen über soziale Demokratie

Soziale Demokratie als Überlebenspolitik. Wolfgang Thierse und Thomas Meyer im Gespräch über die politischen Zeitläufe.

Herausgegeben von Klaus-Jürgen Scherer und Wolfgang Schroeder.

Marburg: Schüren Verlag 2023, 198 S., 20,00 €

Es ist nicht nur ein Datum, das sie verbindet. Am 22. Oktober feierten zwei Sozialdemokraten ihren 80. Geburtstag, die über viele Jahre die Ausrichtung der Partei geprägt haben: Wolfgang Thierse und Thomas Meyer. Der gemeinsame Geburtstag war Anlass, die beiden zu einem Gespräch über Gemeinsames und Trennendes, über historische Weichenstellungen und neue Herausforderungen für die soziale Demokratie zusammenzubringen. Nachlesbar ist das jetzt in einem Buch: *Soziale Demokratie als Überlebenspolitik*.

Wolfgang Thierse, im Januar 1990 in die neu gegründete SPD in der DDR eingetreten und im Juni zu ihrem Vorsitzenden gewählt, war Vizepräsident des Deutschen Bundestages, viele Jahre Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und des Kulturforums der Sozialdemokratie. Thomas Meyer, gelernter Elektromaschinenbauer (in der DDR) und Grubenelektriker (in Westdeutschland), studierte in Frank-

furt a.M. Philosophie, Politikwissenschaft, Psychologie und Deutsche Literatur. Von 1977 bis 2022 war er erst Mitglied, dann stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Er hat an etlichen SPD-Programmen mitgearbeitet und war Chefredakteur der Zeitschrift *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Den einen charakterisieren die beiden Herausgeber, die Politikwissenschaftler Klaus-Jürgen Scherer und Wolfgang Schroeder, als «denkenden Politiker», den anderen als «politischen Denker».

Es gibt Verbindendes wie Trennendes zwischen Thierse und Meyer. Beide stammen aus christlich geprägten Familien und lebten im System der DDR, wenn auch unterschiedlich lange. Wolfgang Thierse engagierte sich im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Meyer wurde zum Agnostiker. «Während Meyer sich vom Marxismus und der Kritischen Theorie herkommend über die Beschäftigung mit Eduard Bernstein einer praxistauglichen und mit der parlamentarischen Demokratie vereinbaren Theorie des Sozialismus annäherte, war es bei Thierse die Erfahrung mit dem dogmatischen Marxismus-Leninismus im sogenannten «real existierenden Sozialismus», die ihn zum bekennenden Verfechter einer resilienten sozialen Demokratie machte», stellen die Herausgeber fest.

Es ist ein erfrischend offenes Gespräch der beiden. Der Gesprächsband, so die

Herausgeber, wolle «wohlbegründete Anschauungen vermitteln», er sei aber auch «ein Plädoyer für eine Revitalisierung theoretischer Anstrengungen, der Grundwerte, der Programmarbeit und einer eigenständigen, lebendigen Diskussionskultur in der SPD». So nehmen neben vielen persönlichen Lebensgeschichten wichtige Stationen der Sozialdemokratie in den zurückliegenden Jahrzehnten und die Debatten über die Wege zum demokratischen Sozialismus breiten Raum ein.

Meyer arbeitete nach dem Studium zunächst als Dozent an der Volkshochschule Bergneustadt der Friedrich-Ebert-Stiftung, dann als Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Es war eine Zeit intensiver Debatten über Marxismus und Reformismus, den Prager Frühling, über die Wege der Reformsozialisten im Osten Europas oder der italienischen Reformkommunisten. 1976 gründete sich in der Gustav-Heinemann-Akademie die «Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus». Freudenberg wurde zu einem Zentrum sozialdemokratischer Theoriediskussionen und zur Begegnungsstätte der drei bei den Jungsozialisten vertretenen Fraktionen, der «Stamokaps», der «Anti-Revisionisten» und der «Reformisten». Mit Willy Brandt bekam die Reformpolitik ein Gesicht und der demokratische Sozialismus eine Formel: «Das ist die politische Demokratie, von der ausgehend eine schrittweise Demokratisierung der Gesellschaft erfolgt», zitiert Meyer Willy Brandt.

In der DDR schaute Wolfgang Thierse auf die Niederschlagung des Prager Frühlings, auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, damit auf «eine Geschichte von enttäuschten Hoffnungen und von Niederlagen, die man immer wieder neu zu verarbeiten hatte, auch und gerade gegen die marxistische Ideologie, die ja wirklich und

nahezu vollständig zur Rechtfertigungs-ideologie von Herrschaft verkommen war».

Auch emotional, so Thierse, sei man immer auf der Suche nach anderen intellektuellen und moralischen Kräften gewesen, um in den eingesperren Verhältnissen zu überleben.

Die Sozialdemokratie galt in der DDR als ideologischer Hauptgegner. In der Pflege von Antipathien gegen die Sozialdemokratie sieht Wolfgang Thierse «bis heute ein emotionales Band in der Linkspartei». Thierse: «Die Sozialdemokratie hat gewiss nicht wenige politische Fehler gemacht, aber verraten haben nur die Kommunisten die Menschen, indem sie eine Unfreiheitsordnung errichtet haben»

Die Entspannungspolitik brachte Menschen wieder zusammen. Die ersten Passierschein-Abkommen 1963/64, von Willy Brandts Berliner Senat ausgehandelt, bezeichnet Thierse als «so etwas wie mein sozialdemokratisches Erweckungserlebnis». Brandts Entspannungspolitik habe für menschliche Erleichterungen und den Abbau militärischer Gefährdungen gesorgt. Wirtschaftliche Zusammenarbeit war dafür ein Instrument. Darin sieht Thierse den Unterschied zur Ostpolitik der Regierungen Schröder und Merkel, bei denen, so Thierse, «die wirtschaftliche Stabilität und Sicherung des deutschen Wohlstands durch billige Energie- und Rohstofflieferungen das Ziel waren und die politischen Verträge das Mittel dazu».

Die Ostpolitik Willy Brandts schuf auch die Grundlage für eine besondere Form des Streits, der im gemeinsamen Papier von SPD und SED «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit» mündete. Wie die Arbeit daran verlief, berichtet Meyer detailliert, wie es wirkte, erklärt Thierse: «Es schlug im Osten Deutschlands ein wie eine Bombe, denn da standen für uns sensationelle Dinge drin.» Thierse

nennt vor allem vier Punkte: Der absolute Wahrheitsanspruch der SED wurde relativiert, dem westlichen System wurde anders als im Marxismus-Unterricht Reformfähigkeit bescheinigt, auch dem Westen wurde Friedensfähigkeit zugebilligt und als Viertes wurde die offene Diskussion und freie Information für beide Seiten gefordert.

Die Explosivkraft des Papiers in der DDR habe die CDU-Seite im Westen nicht wahrhaben wollen, sagt Meyer, das Papier sei als Dokument der Anbiederung diskreditiert worden. In der SED-Führung gab es Absetzbewegungen eines Teils des Politbüros. Meyer weist auf die Gedenkrede Erhard Eppers, Mitverfasser des Papiers, zum 17. Juni im Jahr 1989 hin, der das Ende der DDR prophezeite, wenn es nicht einmal mehr möglich sei, ein solches Papier zu diskutieren.

Einblicke in die Seelenlage in der ostdeutschen Bevölkerung zur Wendezeit gibt Wolfgang Thierse: «Wir sind jeden Abend via Fernsehen in den Westen ausgewandert.» Entgegen vieler Prognosen stellte sich ein Wahlerfolg der SPD bei den ersten freien Wahlen nicht ein. Thierse weist auf den Traditionsabbruch der zurückliegenden 60 Jahre und ein großes Ausmaß an Entpolitisierung gerade der Arbeiterklasse hin. Nicht die nüchternen Ankündigungen der Sozialdemokratie zogen, sondern die Aussicht auf wirtschaftliche Sicherheit mit Helmut Kohl.

Mit dem Ende des Staatssozialismus stellte sich die Frage, ob der missbrauchte Sozialismus-Begriff noch zu retten war. Eine Aufgabe des Begriffs kommt für beide nicht infrage. Das wäre in Thierses Augen ein später Sieg des Kommunismus: «Mit der historischen Erfahrung der kommunistischen Verfälschung der sozialistischen Idee hat sich die sozialistische Idee nicht erledigt.» Und Meyer stellt fest, die SPD sei die Partei, «die die sozialen Grundrechte am aktivsten,

am vollständigsten, am unbedingtesten durchsetzen und als Rechte verankern will».

Thierse und Meyer blicken aber auch nach vorn, sprechen über die Herausforderung der Migration, ein Thema, das auch Anlass zur Selbstkritik bietet. «Die SPD hat eine ehrliche, radikale Diskussion über Migration nie zustande gebracht», stellt Wolfgang Thierse fest. Gerade der weniger erfolgreiche und materiell gesicherte Teil der Bevölkerung erlebe und empfinde die notwendigen Integrationsanstrengungen «durchaus als sozialen Verteilungskonflikt und als kulturelle Verunsicherung». Die Sozialdemokratie, so Thierse, müsse ein Angebot machen für die «fundamentale Gemeinsamkeiten der Gesellschaft». «Nur wenn es Übereinstimmung gibt, können wir die Vielfalt bejahen und produktiv leben.» Die SPD, so Thierses Analyse, habe in der Migrationsfrage zwischen Union und Grünen gestanden und keinen selbstbewussten Standpunkt entwickelt.

Im Gespräch schauen Thierse und Meyer auch auf den Einfluss der Mediengesellschaft auf die Politik, auf Fragen der Identität und die aktuellen internationalen Entwicklungen. Und manche Themen wie die Synthese von Ökonomie und Ökologie haben über die Jahre nichts an Aktualität verloren.

Klickzahlen, so beklagt es Meyer, bestimmen heute die Themenfindung in den Medien. Bestimmte Themen, so Meyer, würden medial nicht mehr so artikuliert und präsentiert, dass sich alle Gesellschaftsschichten mit ihren Interessen wiedererkennen können». Thierse macht demokratiegefährdende Züge in der Entwicklung aus, «weil es für die Demokratie elementar ist, dass es ein Minimum an übereinstimmenden Problemwahrnehmungen und Informationen gibt, um Entscheidungen plausibel und konsensfähig zu machen». Streit werde in der Me-

diengesellschaft immer weniger als produktive Auseinandersetzung wahrgenommen.

Thierse kritisiert die weitverbreitete Vorstellung, Demokratie sei dann gegeben, wenn geschehe, was der Einzelne wolle. «Die Chance der Demokratie ist, dass ich meinen Willen artikulieren kann und mich mit anderen verbünde, um für Mehrheiten zu werben, ohne Garantie, dass ich mich erfolgreich durchsetzen kann». Thierse bringt das auf den Punkt: «Der Kompromiss ist die Verwirklichungsform des Ideals auf Erden»

Die veränderte Weltlage stellt die Sozialdemokratie vor neue Herausforderungen. Meyer stellt die Frage, wie eine neue friedenssichernde Weltordnung in einer Zeit geschaffen werden kann, wo die westliche Modernisierung in vielen Ländern nicht mehr als Vorbild dient. Grundlage könne das allen Gemeinsame sein, die UN-Institutionen und Grundrechte sowie eine Verständigung über den Spielraum und das Eigenrecht der unterschiedlichen Zivilisationen. Meyer plädiert zudem für eine größere Unabhängigkeit Europas von den USA. Meyer: «Europa muss sagen, wir machen unsere eigene globale Politik, wir kooperieren mit den USA, und im Übrigen kooperieren wir auch mit anderen»

Thierse und Meyer bieten auch einen Blick hinter die Kulissen, berichten von ihren Erfahrungen mit Vorständen und der Partei. Thomas Meyer ist dabei die Enttäuschung anzumerken, dass das Interesse an theoretischen Debatten auch in der Parteispitze kaum noch vorhanden ist. Denn dies hält er für notwendig, um von einem eigenen Standpunkt aus Politik zu entwickeln.

Thierse formuliert seine und Meyers Sichtweise, nach der für sie beide Sozialdemokratie eine Kultur sei: «Eine Lebenskultur, eine Sozialkultur, eine politische Kultur. Wenn Du aus dieser Kultur heraus agierst,

merken die Leute, da ist eine Tiefe und Beständigkeit. So eine Kultur ist keine Theorie, sollte aber eine haben»

Für die Partei bringt Thierse eine Erfahrung aus der Arbeit der Grundwertekommission ein: «In der Partei muss über mehr diskutiert werden als das jeweils gerade zu verabschiedende Gesetz.» Der Gesprächsband bietet dazu mehr als genug Stoff. ■

.....

Armin Pfahl-Traughber
Ein moderner Klassiker zum Entdecken

Erik Olin Wright: *Warum Klasse zählt. Mit einem Nachwort von Oliver Nachtwey*
 Berlin: Suhrkamp-Verlag, 2023, 111 S., 16,00 €

Es gibt viele interessante Linksintellektuelle in den USA, die in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen werden. Dazu gehört auch der Soziologe Erik Olin Wright. Ihm ging es in seinem ganzen wissenschaftlichen Leben darum, das gesellschaftliche Klassenparadigma nicht aufzugeben. Dabei definierte er sich zwar als erklärten Marxisten, aber nicht in einem dogmatischen Sinne. Gerade eine differenzierte Deutung, die etwa Elemente von Max Weber aufnahm, zeichnete Wright aus. Er starb 2019 an einer Krebserkrankung und war zuvor Professor für Soziologie an der Universität von Wisconsin. Die wissenschaftliche Akzeptanz für Wright offenbarte sich auch darin, dass er der American Sociological Association zeitweise als Präsident vorstand. Für einen Forscher mit dem genannten methodischen und politischen Hintergrund ist dies für die USA mehr als nur ungewöhnlich. Umso erstaunlicher erscheint das Desinteresse an ihm in Deutschland, womöglich

ist es auch durch die hiesige Fixierung auf einen dogmatischen Marxismus erklärbar, wozu aufgrund seines «pragmatischen Realismus» eben Wright gerade nicht neigte.

Seine Auffassungen zum allgemeinen Klassenverständnis wie dem in den USA kann man jetzt mit publizistischer Zuspitzung lesen. Dazu erschien der Band *Warum Klasse zählt*, worin sich drei Texte nicht nur eben von Wright finden. Zunächst soll auf den letzten Beitrag hingewiesen werden, der vielleicht als erster zur Lektüre empfohlen sei. Oliver Nachtwey stellt als deutscher Soziologe darin Erik Olin Wright vor. Es gibt dort einige Angaben zu seiner Biografie und politischen wie wissenschaftlichen Sozialisation. Nachtwey spricht von einem demokratischen Sozialisten, ohne dies aber mit Einordnungen und Erläuterungen näher zu begründen. Er beschreibt demgegenüber die Entwicklung der Klassentheorie von Wright, wobei dieser sich Innovationen und Revisionen gegenüber nicht abgeneigt zeigte. Im Ergebnis führte dies aber auch zu der Haltung, dass er für den Kapitalismus eine Transformation für wenig aussichtsreich ansah. In einem davor abgedruckten Interview mit *Jacobin*, dem sozialistischen Magazin, spricht er gar von einer eigentümlich wirkenden «Anarchismus und Sozialdemokratie»-Verbindung.

Aber auch dort bleibt die politische Dimension seiner ökonomiefixierten Positionen eher blass, von einem arbeits- und produktionszentrierten Ansatz hatte auch Nachtwey gesprochen. Deutlich werden dabei gleichwohl die Differenzen zu konventionellen marxistischen Positionen, etwa wenn sich die Einwände auf die Empirie und nicht den Obskurantismus, auf die Klassengesellschaft und nicht auf die Märkte stützen. Ausgeprägte Kapitalkonzentration wie demokratische Kontrolle könne ebenso mit

Märkten möglich sein, was dogmatische Marxisten dann aber verständlicherweise gegenüber Wright anders sehen würden. Der Band *Warum Klasse zählt* beginnt aber mit dem «Klasse verstehen»-Text von 2009, worin sich unterschiedliche Deutungen der Klassenanalyse finden. Auch hier wird eine dogmatische Interpretation vermieden, etwa wenn zunächst eine Differenzierung von «Klasse als individuelle Attribute», «Klasse als Chancenhörung» und «Klasse als Ausbeutung und Herrschaft» vorgenommen wird. Danach werden die drei Cluster der Klassenmechanismen zu einem eigenen Theoriekonzept von Wright integriert.

Der Autor will dies dem folgend anhand der sozialen Gegebenheiten in den USA nachzeichnen, wobei er verschiedene Gruppen ausmacht, um eben die gemeinte Klassenstruktur zu verdeutlichen. Hierbei wird erneut die einseitige Ökonomiefixierung deutlich, sie prägte konstitutiv und primär das Denken von Wright. Dies erklärt mit Einseitigkeiten und Schiefen der soziologischen Wirklichkeitswahrnehmung. Denn der Automatismus, der mit der berühmten «Das Sein bestimmt das Bewusstsein»-Denkweise nicht nur mit Marx verbunden war, entspricht gerade nicht der gesellschaftspolitischen Realität. Gerade durch die Ausblendung derartiger Gegebenheiten entsteht eine Lücke im sozialen Verständnis von Wright. Ein derartiger Einwand mindert aber nicht das begründete Interesse an seinen Klassenanalysen, nennt er doch gute Gründe für die fortgesetzte Präsenz damit einhergehender gesellschaftlicher Strukturen. Insbesondere diese Blickrichtung lässt einen innovativen Denker erkennen, der im angelsächsischen Bereich als moderner Klassiker gilt, im deutschsprachigen Kontext aber erst noch als ein Solcher zu entdecken ist. ■

Wolfgang Kowalsky
Arbeitspolitik in Europa – wohin?

Felix Syrovatka: *Neue Europäische Arbeitspolitik. Umkämpfte Integration in der Eurokrise*
 Frankfurt a. M. / New York: Campus Verlag 2022,
 567 S., 49,00 €

Dieses Konvolut ist die überarbeitete und gekürzte Fassung einer Dissertation unter dem Titel *Europäische Arbeitspolitik als strategisches Feld. Die Herausbildung der Neuen Europäischen Arbeitspolitik in der Eurokrise zwischen 2009 und 2017*, eingereicht 2021 an der Uni Tübingen. Dementsprechend ist das Buch aufgebaut: mit Erörterung von Forschungsstand und Relevanz, Darlegung des theoretischen Zugangs und Forschungsdesigns. Die inhaltlichen Kapitel widmen sich der Herausbildung einer europäischen Arbeitspolitik 1957–2007, der Eurokrise als «Ausdruck ungleicher Entwicklung», der europäischen Arbeitspolitik als strategisches Feld, ihrer Wirkungsweise und schließlich wird die «sozialpolitische Offensive & Corona-Pandemie» mit Schlussfolgerungen thematisiert.

Viele Forscher über europäische Sozialpolitik vertreten die These, «die dynamische arbeitspolitische Entwicklung» der EU endete spätestens mit dem Ausbruch der Finanz- und Eurokrise bzw. gehen sogar von einem Rückbau aus. Anders Syrovatka, der aus einer dezidiert optimistischen Perspektive von einer Erweiterung der arbeitspolitischen Kompetenzen seit der Eurokrise spricht. Er gelangt zu dieser positiven Einschätzung dadurch, dass er einerseits die zahlreichen Ankündigungen der Europäischen Kommission für bare Münze nimmt, andererseits den gesamten Komplex betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung einfach in Gänze ausblendet, als hätte Demokratie am Arbeitsplatz mit

Arbeitspolitik nun gar nichts zu tun. Zwar nimmt er die Einschränkung von Demokratie am Arbeitsplatz durch den EuGH zur Kenntnis, aber ohne daraus weitergehende Schlussfolgerungen zu ziehen bzw. die Stagnation und den Rückbau von Mitbestimmung in seine positive Gesamtbewertung irgendwie mit einzubeziehen, obwohl europäische Gesetzgebung zum Thema existiert (Eurobetriebsräte, Europäische Aktiengesellschaft und Richtlinie zu Information-Konsultation). Einseitig positiv bewertet er auch «Europa 2020 als Auftakt der Transformation europäischer Arbeitspolitik» (S. 229) und lehnt sich damit sehr eng an die politische Bewertung der europäischen Sozialdemokratie PES an, ignoriert gleichzeitig kritische Stellungnahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB. Folgerichtig feiert er die Revision der Entsenderichtlinie von 2018 als «Meilenstein im Kampf für ein soziales Europa» (S. 445), wohingegen de facto nach mehr als einem Jahrzehnt bloß (Fehl-)Urteile des EuGH und Fehlentwicklungen bei der Entsendung korrigiert wurden.

Die zahlreichen sozialpolitischen Erklärungen der Kommission nimmt er als Beweis und Beleg und diagnostiziert – unter Berufung von Karl Polanyi – einen «Pendelschlag», eine sozialpolitische «Gegenbewegung» und «Offensive» gegen die Austeritätspolitik. Diese etwas gewollt und gekünstelt wirkende positive Einschätzung steht im Kontrast zu seiner Analyse, derzufolge die EU immer stärker infrage gestellt wird und das europäische Sozialmodell durch die politische Rechtswende in Teilen Europas akut gefährdet sei.

Korrekt wäre es, von einer Gleichzeitigkeit von ökonomischer Austerität und verstärkter sozialpolitischer Rhetorik auszugehen. Auch die Zukunft sieht Syrovatka optimistisch, wobei die Klimakrise (und der

ungeheure Finanzierungsbedarf des Green Deal) quasi gar nicht vorkommt: Ihm zufolge könnte die Corona-Krise sich als «Katalysator» erweisen, «der eine neue strukturelle Umwälzung des europäischen Kapitalismus einläutet und möglicherweise zu einer neuen Form europäischer Integration führen könnte» (S. 460). Dabei könnte ein «Ausbau der sozialen Dimension eine zentrale Rolle» spielen. Möglicherweise und im Konjunktiv – Glaube versetzt manchmal Berge. Eine stärkere inhaltliche Berücksichtigung kritischer Stimmen hätte zu einer ausgewogeneren Darstellung führen können. ■

.....

Wolf Wagner

Der Westen: eine Oschmann'sche Erfindung

Dirk Oschmann: *Der Osten: eine Westdeutsche Erfindung*

Berlin: Ullstein Verlag 2023, 221 S., 19,99 €

Dirk Oschmanns Buch über den Osten als westdeutsche Erfindung macht immer noch Furore. Denn er benennt zurecht den Skandal einer massiven Diskriminierung und Abwertung Ostdeutscher in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur in Gesamtdeutschland, sondern erst recht in den fünf ostdeutschen Bundesländern. Der anhaltende Verkaufserfolg seines Buches ist ein starkes Indiz für die Dringlichkeit des Problems.

Die Lage ist in Wirklichkeit weit schlimmer, als er sie beschreibt. Denn er hat etwas konstruiert, was ihn blind macht für wichtige Aspekte der Wirklichkeit: «Den Westen».

Dafür ein besonders eindrucksvolles Beispiel: «Natürlich fehlte der damaligen Bundesregierung komplett die Einsicht, dass

es einem wiedervereinigten Deutschland schon aus demokratietheoretischen und symbolischen Erwägungen heraus gut anstehen würde, sich eine neue gemeinsame Verfassung zu geben und eine neue gemeinsame Hymne, statt die von den ersten beiden Strophen chauvinistisch verseuchte beizubehalten. Beides, neue Verfassung und neue Hymne, wären symbolisch wichtige Schritte auf dem Weg zur Einheit gewesen. Der Westen aber hat gedacht, er müsse sich nicht ändern und könne einfach Westen bleiben, während zugleich der Osten natürlich Westen werden sollte, obwohl im selben Moment alles dafür getan wurde, ihn erst eigentlich zum «Osten» zu machen» (S. 52) «Der Westen hat gedacht [...]» Diese Konstruktion «des Westens» als homogenes, einheitlich denkendes Gebilde geht selbstverständlich weit an der wirklichen Geschichte der Vereinigung vorbei.

Zur Erinnerung: Helmut Kohls «Zehn-Punkte-Programm», das er am 28. November 1989 im Bundestag vortrug, ging eindeutig von einem Weiterbestehen der DDR aus und schlug «eine Vertragsgemeinschaft» vor, aus der «konföderative Strukturen» entstehen sollten. Damals ging Kohl noch von einer langsamen Annäherung aus. Das war die Position der damaligen Bundesregierung.

Geradezu das Gegenteil wurde von der SPD unter Leitung Oskar Lafontaines vertreten. Sie führte einen vereinigungsskeptischen Wahlkampf, äußerte sich kritisch zur Währungsunion und warnte vor dem aufkeimenden rechtskonservativen Nationalismus.

Die westdeutschen Grünen nahmen damals eine radikal andere Position ein, eine völlig andere, zu Regierung und SPD diametral entgegengesetzte Position. Sie beharrten auf der deutschen Zweistaatlichkeit, wollten zusammen mit dem ostdeutschen Bündnis 90 eine reformierte DDR.

Allein diese drei Positionen widerlegen die Vorstellung von einem einheitlich denkenden Westen. Da war kein einheitliches Denken oder gar ein einheitlicher Plan! Alle waren zerstritten und mussten sehr gegensätzliche Folgen hinnehmen: In der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 in der damals noch existierenden DDR wurden die vereinigungskritischen Parteien aus Ost wie West abgestraft. Die SPD, die als Favorit gehandelt worden war, erreichte ein wenig mehr als die Hälfte der Stimmenzahl der CDU/CSU. Bündnis 90 und die Grünen fielen in die Bedeutungslosigkeit.

Solche wirklichkeitsfremden Vereinfachungen machen Oschmann blind für den eigentlichen Skandal der Vereinigung: In den fünf ostdeutschen Bundesländern hat sich weitgehend unbemerkt von Wissenschaft und Öffentlichkeit eine eigene westdeutsche Herrschaftsschicht herausgebildet, die mit den Westdeutschen in Westdeutschland wenig gemein hat. Sie hat sich herausgebildet als während und nach der Vereinigung per Beitritt immer mehr westdeutsche Juristen und Regierungsbürokraten auf Führungspositionen in Ostdeutschland gesetzt wurden. Das war unvermeidlich, weil mit der Vereinigung per Beitritt die westlichen Gesetze und Gebräuche auch für Ostdeutschland galten. Die Ostdeutschen hatten von diesen keine Ahnung. Da ging es nicht ohne die jungen westdeutschen Juristen. Die bilden eine Elite unter den Westdeutschen. Sie sind besser gebildet, weltoffener, liberaler, weniger kirchlich, weniger konservativ vor allem in Familienfragen, aber auch sonst als die Westdeutschen, die in Westdeutschland geblieben sind. Die meisten von ihnen sitzen noch heute in ihren Positionen. Ihre Nachfolger und Nachfolgerinnen stammen wieder aus dem Westen oder

aus den Westzirkeln in Ostdeutschland. Oschmann hätte das wissen können. Denn schon 2020 habe ich zusammen mit Ayline Heller, Hendrik Berth und Elmar Brähler in dem Sammelband *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland* (Hgg. Heller, Decker, Brähler) die Differenzierung nach Herkunft Ost West und Interviewort Ost West vorgestellt und analysiert.

Doch solche Differenzierungen interessieren Dirk Oschmann nicht. Er sucht einfache Antworten und die Polemik. Doch er weiß es besser: «Hier interessiert nicht meine Geschichte, sondern meine Wahrnehmung der deutsch-deutschen Situation gut 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, bei der es sich terminologisch korrekt, ja nur um einen vom Osten gewollten «Beitritt» handelt» (S. 57) Das ist nicht nur «terminologisch korrekt», sondern historische Tatsache: In der Wahl vom 18. März 1990 hat sich der Osten als Osten selbst konstituiert und mit überwältigender Mehrheit den Weg einer Vereinigung auf Augenhöhe abgelehnt und für eine schnelle Vereinigung per Beitritt gestimmt. Der Osten hat sich in dieser Wahl selbst erfunden und politisch konstituiert. Dazu brauchte er «den Westen» nicht.

Die nähere Analyse zeigt: Die Ostdeutschen, die in den Westen gezogen sind, bilden die Elite der Ostdeutschen. Sie sind unter den Ostdeutschen die klaren Gewinner der Einheit. Die Ostdeutschen, die im Osten geblieben sind, stellen die Verlierer der Einheit. Dabei zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen Ost und West meist sozialstrukturell und nicht kulturell verursacht sind. In der Zeit vor dem Mauerbau sind vor allem die gebildeten Schichten aus der DDR in den Westen gezogen. Das wiederholte sich nach der Öffnung der Mauer und in

den Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR. Das Ergebnis ist, dass in der heutigen Bundesrepublik im Osten die westlichen Gewinner mit den östlichen Verlierern der Einheit zusammenleben. Daraus entsteht eine brisante Konfliktkonstellation, die viele Probleme verständlich macht, z. B. die antiwestlichen Einstellungen vieler Ostdeutscher, die hohen Zustimmungswerte zur Aussage «Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse» und auch die hohe Bereitschaft, AfD zu wählen. ■

.....

Lina-Marie Eilers

Sehnsucht nach dem Männlichen? Feministische Streitpunkte in *Pick Me Girls*

Sophie Passmann: *Pick Me Girls*

Köln: Kiepenheuer & Witsch 2023, 224 S. 22,00 €

«Ich denke oft an die Frau, die ich eigentlich wäre» – Mit diesem Satz eröffnet Sophie Passmann ihr neuestes Werk *Pick Me Girls*, eine Art feministisches Selbstporträt, das sich dem insbesondere auf TikTok präsenten Begriff des *pick me girls* widmet. Entlang ihrer eigenen Erfahrungen und des Verlaufes ihres eigenen Lebens rekonstruiert und reflektiert Passmann ihren persönlichen Werdegang zum sogenannten *pick me girl*. Sie selbst sagt, ihr Buch sei jedoch weder eine Autobiografie noch ein feministisches Kampfwerk. Es sei das Buch, das Passmann mit 14 Jahren gebraucht hätte. Im Verlauf des Buches erscheint diese Aussage jedoch skurril und lädt zugleich zum Streiten ein. In Anlehnung an Sophie Passmann schreibe ich diese Rezension jetzt, weil ich glaube, dass ich Sophie Passmann an einigen Stellen widersprechen und an-

hand ihrer Aussagen feministisch streiten möchte. Das hier ist keine Rezension über ein Buch, das ich mit 14 Jahren gebraucht hätte. Es ist auch keine popfeministische Erwiderung über meine eigenen Erfahrungen und erst recht, um Gottes willen, um damit erneut indirekt auf Passmann anzuspielen, keine Rezension, in der es lediglich darum geht, dass Sophie Passmann als weiße cis-Frau nicht für alle Frauen sprechen kann.

Der Begriff des *pick me girl* ist im Sumpf popfeministischer Tiktok-Videos entstanden. Laut Urban Dictionary beschreibt der Begriff Frauen, die männliche Bestätigung durch ihre Abgrenzung zu anderen Frauen suchen¹. *Pick me girls* wollen anders als andere Frauen sein, unkomplizierter und entspannter. Sie distanzieren sich von weiblichen Klischees, um Männern zu gefallen. Sophie Passmann schreibt, dass das *pick me girl* weniger so sein will wie andere Frauen, was meist bedeutet «einfach mehr [zu sein] wie Männer». Die feministische Auseinandersetzung mit dem Begriff des *pick me girls* ist, wie Passmann auch zu Beginn ihres Buches schreibt, spannend und notwendig, da sich der Begriff fest in popfeministischen Debatten etabliert hat. Und auch da dieser Begriff eigentlich viele grundsätzliche Fragen über Frauen, ihre Situation, weibliche Sozialisation und zur feministischen Praxis aufwirft. Mit diesen Fragen beschäftigt sich Passmann jedoch nicht. Stattdessen versucht sie, ihr Verhalten, das sie selbst als das eines *pick me girls* bezeichnet, zu rechtfertigen. Und gerät in ihrer Rechtfertigung in eigene Widersprüche – aber vor allem in den inneren Widerspruch des *pick me girls*.

.....

¹ Siehe hierzu den Beitrag in Urban Dictionary aus 2020: [urbandictionary.com: https://is.gd/bJUHM4](https://is.gd/bJUHM4).

So zu sein wie alle und doch so zu sein wie keine

Einer der größten Widersprüche in Passmanns Buch ist die Frage danach, wie Frauen denn nun zu sein hätten. Dieser Widerspruch selbst ist zunächst eine große Stärke von *Pick Me Girls*. Er distanziert das Werk von anderen klassischen popfeministischen Texten, die sich immer wieder in der Frage verlieren, wie Frauen denn nun im 21. Jahrhundert auftreten, was sie machen können und sollten und die sich notwendigerweise immer in feministischer Belanglosigkeit verlieren. Jene Belanglosigkeit hebt auch Passmann hervor, in dem sie schreibt, dass sie lieber eine Frau in Kauf nimmt, «die beim Versuch seltsam zu sein, ab und zu versehentlich ein *pick me girl* ist, als eine Frau, die beim Versuch, jede Frau jederzeit zu empowern, in feministischer Belanglosigkeit strandet». Ihr geht es mit dieser Aussage jedoch weniger darum, die feministische Belanglosigkeit an die zum Scheitern verurteilte Individualität von Popfeminismen zu koppeln. Ihre Aussage bezieht sich auf ihre zuvor ausformulierte These, dass Frauen heute «nicht ansatzweise so interessant sind wie junge Männer». Ihrer Meinung nach gäbe es zu viele Frauen, die keine Hobbys haben, keinen Musik- oder keinen Filmgeschmack, schlicht: zu viele Frauen ohne Leidenschaft. Und dieser These muss widersprochen werden.

Zunächst lässt sich die wohl offensichtlichste Frage aufwerfen: Warum haben Frauen keine Zeit für Hobbys, keine Zeit, um einen ausgeprägten Filmgeschmack zu entwickeln? Bereits vor *Pick Me Girls* haben Feminist:innen, insbesondere marxistische Feminist:innen, die Ausbeutung von Frauen durch ihre reproduktiven Tätigkeiten und die steigende Frauenerwerbstätigkeit herausgearbeitet. Wenn ich neben

einem prekären und kaum erfüllenden Teilzeitjob mich auch noch um die Kinder, den Haushalt und Angehörige kümmern muss, dann bleibt wenig Zeit für die jüngst erschienenen Filme im Programmkinos um die Ecke. Der Reflex Passmanns, die fehlende Zeit für Hobbys von Frauen darauf zu reduzieren, dass sie langweilig seien, scheint, vor dem Hintergrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, zynisch.

Doch auch andere Fragen schwingen mit: Wertet Sophie Passmann «weibliche» Hobbys ab oder erkennt sie diese nicht als solche an? Warum wertet sie den Besuch im Stadion als interessanter als das Kaffeetrinken mit Freundinnen? Ist diese Abwertung stereotyp weiblicher Hobbys nicht schlicht ein patriarchaler Reflex? Und ihre Besessenheit darauf, sich von allem stereotyp weiblichen abzugrenzen, nicht eben das klassische Verhalten eines *pick me girls*?

Vielleicht sollte Sophie Passmann vor allem eins sein: Versöhnlicher mit anderen Frauen und verständnisvoller mit ihren Situationen. Denn diese Passage liest sich nun mal so, als würde Sophie Passmann einfach keine Frauen mögen und sich auch noch aus feministischer Perspektive dafür rechtfertigen, wodurch ihre eigene widersprüchliche Betrachtung des Phänomens des *pick me girl* deutlich wird.

Das Buch, dass ich mit 14 gebraucht hätte

Was wäre ein Buch, das Mädchen mit 14 Jahren brauchen? Es wäre ein Buch, das Vieles gleichzeitig kann. Es sollte ein Verständnis für die kollektiven Erfahrungen, Ängste und Unsicherheiten von jungen Mädchen schaffen. Es sollte bewirken, dass sich junge Mädchen weniger alleine mit ihren Problemen fühlen und verstehen, dass die Gesellschaft und nicht sie das Pro-

blem sind. Und dadurch sollte dieses Buch die Schwere und die Verurteilung über sich selbst bei jungen Mädchen reduzieren. Und es sollte junge Mädchen für feministische Kämpfe motivieren, ihnen Kraft geben, gegen geschlechtliche Zwänge und Unterdrückung zu kämpfen.

Sophie Passmanns Buch *Pick Me Girls* erscheint jedoch wie eine harte Abrechnung mit der jüngeren Version ihrer selbst. Auch wenn Passmann immer wieder versucht, ihre persönliche Situation und das eigene Verhalten aus strukturellen, beziehungsweise gesellschaftlichen oder familiären Ursprüngen herzuleiten, blieb mir beim Lesen am Ende vor allem ihre verurteilende Sicht auf ihr jüngeres Ich, dem stetigen Pochen auf ihre fehlerhaften Ansichten und Verhaltensweisen in Erinnerung. Und es stellt sich die Frage: Ist Sophie Passmanns Buch über das Phänomen des *pick me girl* nicht selbst eine typische Handlung eines *pick me girl*? Und gerät Sophie Passmann nicht dadurch in den notwendigen Trugschluss des Begriffs des *pick me girls*? Dieser Trugschluss besteht darin, dass Frauen ihre patriarchalen Leiden auf andere Frauen projizieren, weil sie merken, dass die Bestätigung durch Männer ihnen immerhin einen gewissen, kleinteiligen «Vorteil» in der patriarchalen Gesellschaft verschafft. Feminist:innen müssen sich die Frage stellen: Können und wollen wir Frauen dafür dermaßen verurteilen oder sollten wir nicht eher das Handeln aus ihrer Situation heraus nachvollziehen können und anstatt erneut in den verurteilenden weiblichen Reflex zu geraten, unsere Kraft darauf anwenden, Frauen für einen kollektiven feministischen Kampf zu ermutigen?

Meine These ist: Pick-Me-Girls sehnen sich nicht danach, wie Männer zu sein,

weil sie Frauen nicht leiden können. Ihre Sehnsucht nach dem Männlichen ist die Sehnsucht nach dem Leben eines Mannes. Und damit ist keineswegs irgendein Penisneid gemeint und auch keine Sehnsucht nach männlichen Stereotypen. Die Sehnsucht nach dem Männlichen sehnt sich nach einem Leben ohne Sexismus, einem Leben mit weniger Zwängen, mit weniger Verurteilung, mit weniger Gewalt, mit weniger Isolation. Diese Sehnsucht sollte nicht verurteilt werden, doch anstatt sie in Hass gegenüber anderen Frauen oder sich selbst münden zu lassen, sollte sie in feministischen Kämpfen und Solidarität unter Frauen münden.

Vielleicht hätte Sophie Passmann doch eine feministische Kampfschrift schreiben sollen, dann wäre es auch das Buch, das ich mit 14 Jahren gebraucht hätte. *Pick Me Girls* ist es jedoch nicht. ■

.....

Lukas Marvin Thum
100 Jahre Kritische Theorie
Gedanken zur Jubiläumskonferenz des
Instituts für Sozialforschung

Kritische Theorie heute kann dazu beitragen, Räume zu öffnen oder offenzuhalten für andere Begriffe, andere Bilder, andere Vorstellungswelten.¹

Hundert Jahre ist das *Institut für Sozialforschung* 2023 alt geworden. Gefeierte wurde das Jubiläum vom 13. bis 15. September mit einer großen internationalen Konferenz

.....
¹ Institut für Sozialforschung (Hg.): *100 Jahre IFS Perspektiven*. Frankfurt a. M. 2023, S. 13.

in den Räumen der Universität Frankfurt. Der Anspruch der Konferenz war es, die Kritische Theorie erst zu sezieren, diese dann mit globalen und materialistischen Perspektiven zu bearbeiten und sie am letzten Tag dann bearbeitet wieder zusammenzusetzen. Die so rekonstruierte Kritische Theorie sollte für die Zukunft gewappnet sein. Anders ausgedrückt lautete das Motto der Veranstaltung: *Futuring Critical Theory*.

100 vergebene Jahre oder die Frage nach dem Anderen

Vor dem Hintergrund der letzten Wochen und eigentlich der letzten Jahre gewinnt man jedoch schnell den Eindruck, dass die letzten 100 Jahre kritische Theoriebildung in Frankfurt und darüber hinaus vergebens waren.

Mit Schrecken ist zu beobachten, wie sich weite Teile der gesellschaftlichen Linken von jeder kritischen Selbstreflexion verabschiedet haben und *Seit an Seit* mit Fundamentalisten schreiten. Auch die Debatten um die Fragen von Migration und Asyl, die in der SPD und darüber hinaus geführt werden, scheinen ohne viel (kritische) Denkleistung vonstattenzugehen. Wie eingangs zitiert, geht es der Kritischen Theorie darum, anderes Denken und Handeln zu ermöglichen. Ganz nach dem Verständnis, das Max Horkheimer für die Art der Theoriebildung der Kritischen Theorie postuliert hat, hat sie einen *emanzipierenden* Anspruch. Einen Anspruch, den die SPD ebenfalls für sich formuliert,² jedoch momentan überwiegend vergessen hat. Denn

Emanzipation wirft Fragen auf, auf die Antworten gefunden werden müssen. «Wer» soll emanzipiert werden / sich emanzipieren? «Wovon» soll sich emanzipiert werden? Und «wohin» zeigt die Bewegung, die Emanzipation vollzieht? Emanzipation geht von einem Subjekt aus, welches den Status quo überwindet und in etwas *Anderes* übergeht. Diesem *Anderen* muss jedoch ein Platz im Denken und Handeln zukommen.

Futuring Critical Theory

Das Denken dieses erst einmal unbestimmten *Anderen* stand im Zentrum der Konferenz des IfS. Der rote Faden, der sich durch alle vier Phasen der Konferenz zog, war die Arbeit an Begriffen, ihre Aktualisierung und der Versuch, mit ihnen Räume zu öffnen, um den Status quo besser zu verstehen, oder Möglichkeiten aufzuzeigen, die über ihn hinausweisen.

Dabei ging es ebenfalls darum, die mythischen Figuren der frühen Frankfurter Schule³ auf den Boden des Hier und Jetzt zurückzuholen und sie und ihre Ideen mit Themen wie Rassismus und dem aktuellen Stand kapitalistischer Systeme zu konfrontieren.

Unter dem Motto der Globalisierung und der Materialisierung versuchten die Teilnehmer:innen auf den Panels, die Kritische Theorie zu nutzen, um zum einen globale Krisenphänomene zu erfassen – Klimawandel, die humanitäre Katastrophe im Umgang mit Migration, Veränderung

2 SPD-Parteivorstand: *Hamburger Programm*. 2007, S. 12.

3 Die späteren oder noch lebenden Vertreter:innen dieser Schule wurden kaum genannt. Der Name von Jürgen Habermas fiel nach meinem Kenntnisstand nur ein Mal und die jüngeren Wissenschaftler:innen bezogen sich fast ausschließlich auf die früheren Vertreter wie Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Max Horkheimer und Walter Benjamin. Ein Umstand, aus dem ich keine direkten Schlussfolgerungen ziehen möchte, den ich jedoch erwähnenswert finde.

und Globalisierung kapitalistischer Systeme – und zum anderen durch eine (Re) Materialisierung des Repertoires der Kritischen Theorie diese Krisen besser zu verstehen. Dabei standen sowohl Fragen nach dem Grund der Passivität gegenüber dem Klimawandel als auch nach dem erneuten erstarken autoritären Denkens in liberal kapitalistischen Systemen im Fokus der Wissenschaftler:innen. Auch die Frage nach der Natur und unseren Abfallprodukten in dieser wurde im Kontext eines situierenden Materialismus aufgeworfen. Das Ganze wurde im letzten Teil und in dem *Perspektiven* Papier des IfS in die Zukunft gedacht. Hierbei nennt das IfS zwei grundlegende Theoriestränge, die es zusammen mit und gestützt auf empirische Forschung entwickeln möchte. Der Fokus liegt auf einer *Krisentheorie des Funktionierenden* und einer *Praxistheorie des Möglichen*. «In aller Kürze und vorläufiger Annäherung formuliert: *Dass* es so weiter geht, ist die Krise – *ob* es aber so weiter geht und weiter gehen kann, erweist sich erst in der alltäglichen gesellschaftlichen Praxis.»⁴

Das Andere denken in der Sozialdemokratie

Ohne auf die einzelnen Vorträge und Diskussionen der Konferenz *en détail* einzugehen, ist die wichtigste Lehre aus der Konferenz, dass kritisches Denken einen Unterschied machen kann.

Um ein Beispiel zu geben: Die Analyse rechter und rechtsextremer Organisationsformen in Brasilien wurde von Bruna Della Torre auf der Konferenz so erweitert, dass

nicht mehr nur klassische Formen der Organisation politischer Gruppen – bspw. Parteien – begriffen werden konnten, sondern über eine Umformulierung der Thesen zur Kulturindustrie von Adorno und Horkheimer wurde versucht, die Organisation über Telegram und andere digitale Medien besser zu verstehen. So wird aus einzelnen, in den digitalen Medien radikalisierten Akteuren wieder eine sich organisierende Gruppe. Etwas, das durch klassische Begriffe und Methoden der Analyse von rechten Gruppen nicht fassbar gewesen wäre.

Dass unser Denken und unsere Begriffe, die wir dafür verwenden, immer schon gesellschaftlich vermittelt sind, sollte mittlerweile eine Binsenweisheit für all jene sein, die für sich in Anspruch nehmen, kritisch mit der Welt zu interagieren. Ergebnisse aus feministischer Theoriebildung und Debatten in Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie unterstreichen diese Einsicht immer wieder. Dass man dadurch nicht in die postmoderne Falle tappen muss, jeglichen Anspruch auf Wahrheit als rein strategisch zu betrachten, zeigen auch neuere Ansätze, die jedoch den kritischen Impetus gegenüber bürgerlichem und liberalem Denken und ihrem Objektivitätsbegriff beibehalten.⁵

Was bedeutet dies nun für die Sozialdemokratie, welche Rolle kann die Kritische Theorie in den nächsten 100 Jahren in ihr einnehmen? Und *wieso* sollte sie eine Rolle spielen?

Die Frage nach dem *wieso* möchte ich damit beantworten, indem ich auf die Tradition verweise, in welche sich die SPD in ihrem Grundsatzprogramm selber stellt:

4 Institut für Sozialforschung (Hg.): *100 Jahre IfS Perspektiven*. Frankfurt a.M. 2023, S. 5.

5 Vgl. Linda Martín Alcoff: «An Epistemology for the Next Revolution», in: *TRANSMODERNITY: Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World* 1, no. 2 (2011), <https://doi.org/10.5070/T412011808> (28.11.2023) sowie Frieder Vogelmann: *Die Wirksamkeit des Wissens: Eine Politische Epistemologie*, Erste Auflage. Berlin 2022.

«Nach ihrer Gründung war sie [die SPD, L. T.] beides: Emanzipationsbewegung der Arbeiter und Demokratiebewegung [...]»⁶ In ihren drei Grundwerten will sie dieses Erbe fortsetzen. Wie wir jedoch schon gesehen haben, bringt die Verpflichtung zu *Emanzipation* Fragen mit sich, die eine Antwort verlangen und beschreibt eine Denkbewegung, die vollzogen werden muss.

Die Frage nach dem *Subjekt* der Emanzipation möchte ich an dieser Stelle ausklammern. Ob es ein revolutionäres Subjekt gibt, es nur eines ist, oder eine Pluralität von Gruppen und welche dies genau sein könnten, ist eine Debatte, die an anderer Stelle geführt werden muss.

Als viel wichtiger erscheint mir die Frage nach dem «Wovon?» und dem «Wohin?». Die doppelte Forschungsrichtung des IFS – eine Krisentheorie des Funktionierenden und eine Praxistheorie des Möglichen – aufgreifend, müssen wir also auf der einen Seite fragen, welche Teile des Status quo krisenhaft und damit zu überwinden sind und auf der anderen Seite müssen wir es schaffen, zumindest Räume zu öffnen, um zu begreifen, wie wir soziale Praktiken fördern können, die auf ein *anderes Morgen* hinweisen.

Gerade die erste Aufgabe scheint in der aktuellen Konstellation der sozialdemokratischen Bewegungen nicht zu funktionieren. Um zu erkennen, welche Teile der aktuellen Gesellschaftsformation krisenhaft sind, welche Strukturen, Mechanismen und Institutionen also Subjekte in ihrem Status quo halten und ihnen ihre Autonomie und Selbstbestimmung nehmen, muss sich das kritische Denken aus dem Status quo heraus bewegen, ohne dabei jedoch zu vergessen, dass es seine Wurzel

immer in diesem behält. Es muss kurz gesagt Begriffsarbeit leisten, ohne dabei zu vergessen, dass jegliche – auch kritische – Begriffe gesellschaftlich vermittelt sind. Diese Aufgabe produziert immer eine Spannung. Die Spannung wird umso größer, je tiefer das Denken in den Strukturen des Status quo eingebettet ist. Für die SPD bedeutet dies, dass – will sie sich Räume schaffen, in denen das *Andere* gedacht werden kann – sie eine Spannung zwischen ihrer Verflechtung mit den gesellschaftlichen Strukturen – dem Mitwirken in Regierungsverantwortung, ihrer Integration in Ministerien und den Institutionen der Republik – und dem Denken in Opposition zu ihnen aushalten muss. Momentan scheint ihr dazu oft die Kraft und der Mut zu fehlen.

Doch nur, wenn sich die SPD in diese Spannung, in diesen Konflikt begibt, kann sie sich als emanzipatorische Bewegung realisieren. Die Frage nach dem «Wohin?» kann nur im Rückgriff auf das «Wovon?» beantwortet werden.

Will die SPD wieder eine emanzipatorische politische Kraft werden, die sich für diejenigen einsetzt, die im Status quo Autonomie und Selbstbestimmung verloren haben, dann muss sie die beschriebene Spannung in ihrem Denken und ihrer Praxis nicht bloß aushalten, sondern auch explizit suchen und sie konstruktiv in ein *Anderes* auflösen. Dafür kann die Kritische Theorie thematische und methodische Stichwortgeberin sein. Gerade die beiden, im *Perspektiven* Essay des IFS vorgestellten Forschungslinien scheinen eine gute Quelle für eine innerparteiliche Auseinandersetzung mit der Gegenwart zu sein. Sie würden gerade jene Spannung erzeugen, die gebraucht wird. Den Mut und die intellektuelle Leistung,

6 SPD-Parteivorstand: *Hamburger Programm*. 2007, S. 12.

diese Spannung einzugehen und sie auszuhalten, muss die Sozialdemokratie jedoch selbst aufbringen. Dazu scheinen sie und ihre Akteure momentan zumeist nicht in der Lage. ■

.....

Gert Weisskirchen

Lutz Rathenow: Ein literarischer Archäologe

Vier Jahrzehnte lang lebte die DDR. Zwei Tage nach ihrer letzten Gründungsfeier am 7. Oktober 1989 begann sie zu sterben. Die friedliche Demonstration am 9. Oktober in Leipzig versetzte ihr den Todesstoß. Ein Jahr später war die DDR der BRD beigetreten. Im Jahr 2030 wird das neue Deutschland so lange vereinigt sein, wie die DDR existiert hatte. Fast unübersichtlich geworden sind die analytischen Mühen darum, wie bedeutungsvoll diese Kopfgeburt aus der stalinistisch geprägten kommunistischen Ideologie für die Nachwelt zu bewerten sei. Je länger die historischen Ereignisse zurückliegen, desto plastischer treten Besonderheiten vor die Augen der Betrachter. Im Jahr 33 nach der Vereinigung scheint eine Phase angebrochen zu sein, in der sich eine Akzentverschiebung anzudeuten beginnt. Fulminant hat Dirk Oschmann seine These mit dem Titel seines Buches zugespitzt: «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung.» Wahrgenommen werden ostdeutsche Verhaltensweisen zumeist als Abweichungen von den westdeutsch geprägten Normvorstellungen. Ostdeutsche werden eher als Objekt, denn als Subjekt des eigenen Handelns betrachtet. Wie kommt es, dass der Eindruck entsteht, dass man zum «Deutschen» als Ostdeutscher erst im

Ausland wird? Ein gleichberechtigter Diskurs zwischen Ost und West in Deutschland steht noch aus, diesen Nerv, zumindest, haben jüngste publizistische Veröffentlichungen getroffen. Christina Morina hat mit ihrem Buch «Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren», einen erweiternden Blick auf bislang ausgebliebene Diskussionsstränge geöffnet.

Das «unerhörte Ereignis» einer gelungenen demokratischen und zugleich friedlichen Revolution von Deutschen konnte zwar einen einigenden Moment hervorrufen. Jedoch verebte dieser rasch. Wie ein romantisches Zeichen wird er seither zumeist registriert, magaziniert und archiviert. So kann sein emanzipatorischer Gehalt verloren gehen. Was bleibt, scheint in ein Residuum abzusinken: mehr ein Ornament, weniger ein Aufruf. Je mehr das Ereignis kontextualisiert wird, eingebettet in die ökonomischen, soziologischen und politischen Strukturbedingungen jener Zeit, desto mehr verblasst ihre gesellschaftliche Sprengkraft, ihre emotionale Leuchtkraft, ihre soziale Originalität. Um nicht missverstanden zu werden: die gegebene historische Konstellation, die Hochzeit der von Michail Gorbatschow leidenschaftlich unterstützten Spannungspolitik, die von Willy Brandt in Gang gesetzt worden war und die in die Helsinki Prozesse mündete, war der Rahmen, der half, die zentraleuropäischen Revolutionen erst möglich zu machen.

Als Klaus Staeck mit mir zu Beginn des Jahres 1990 gemeinsam mit A. R. Penck ein gesamtdeutsches Treffen von Kulturproduzent:innen überlegten, regte ich an, nach Bitterfeld einzuladen unter dem Stichwort «so viel Anfang war nie». Hannah Arendt hatte in ihrem Buch *Über*

die Revolution den konstitutionellen Moment gezeichnet, wann Freiheit beginnt: wenn Freie und Gleiche sich wechselseitig als Mitglieder der von ihnen begründeten aktiven Bürgerschaft anerkennen: *Constitutio Libertatis*. Ein neuer, ein anderer «Bitterfelder Weg» sollte eingeschlagen werden. Die Eigenständigkeit der ostdeutschen Revolution könnte das verstaubte westdeutsche Leben – es waren die Jahren Helmut Kohls – zum Nachdenken bringen, die ostdeutsche Kunst West-Deutschland zum Tanzen bringen. A. R. Penck hat diesen romantischen Impuls ironisch gebrochen und ihn zugleich künstlerisch bewahrt in seinem Serigrafie-Zyklus gleichen Namens. Der politische Triumph des Westens schien die kulturellen Aufbrüche verdrängen zu können. Die Eigenwilligkeit des Ostens meldete sich zurück, manchmal auch in der Form, dass der Osten dem Westen die Zunge herausstreckt.

Lutz Rathenow schreibt: für ein selbstbestimmtes und unverstelltes Wahrnehmen, für die Autonomie der Literatur, für das entdeckende Aufdecken der Wirklichkeit. Es kommt nicht häufig vor: Jedoch treffen Reflexionen von Autoren dann den Nerv einer Zeit exemplarisch, wenn in ihrem Schreiben sich das Signum einer Zeit wie in einem Brennglas spiegelt – und, wenn es ihnen gelingt, auf das Signum einen neuen Blick zu werfen. Mit *Trotzig lächeln und das Weltall streicheln. Mein Leben in Geschichten*, hat Lutz Rathenow zu seinem 70. Geburtstag sich und seine Leserschaft beschenkt. Aufgesammelt sind bis auf Seite 249 Streifzüge durch sein literarisches Werk, an dem er nun schon ein halbes Jahrhundert, Zeile für Zeile, baut. Der Grundton seiner Begegnung mit der Wirklichkeit klingt früh an: «Alles in meinem Kopf rebelliert», notiert der Autor, als autokra-

tisch von oben herab unterwerfendes Verhalten verlangt wird. Unwiderstehlich antwortet er: «Ich muss lächeln und begreife meinen Ernst noch nicht» (S. 23) In seiner «Eröffnungsrede zu einem Poetry-Slam» notiert Lutz Rathenow im August 2015, wie er sein Schreiben selbst beobachtet: ein «ständiges improvisieren», «Vergangenheitsbrocken werden gecovered, remixed und zukunftsflott neu gefügt» (S. 235). Er blickt staunend auf die Welt und über sie hinaus ins All, dabei «den Raum krümmen(d) und die Zeit dehnen(d)» (S. 49), und die Gegenwart, das «Ghetto Prenzlauer Berg» (S. 171) oder den «Kapitalismus mit Tübinger Antlitz» (S. 183) «anschwellen» (S. 183) zu lassen. Sein Staunen paart sich mit der anarchischen Lust an der Selbstironie. Sie nimmt der fundamentalen Kritik an der Wirklichkeit des «Realsozialismus» und auch des «Realkapitalismus» die Spitze, ohne die Ungeheuerlichkeit des einen wie die Verheißungen des anderen herunterzuspielen. Das Relativieren der politisch konstruierten Systemgegensätze ist ihm fremd. Das Leiden daran ist ihm unter die Haut gegangen. Von dort ist diese Erfahrung in seine Feder eingeflossen, eingedenk des Schicksals seiner Jenenser Freunde, besonders des von Jürgen Fuchs.

Lutz Rathenow legt Erinnerungstücke frei, die in die Schichten der vergehenden Zeit eingesunken scheinen. Er zieht sie heraus aus der Gefahr, vergessen zu werden. Er schaut sie von unterschiedlichen Blickwinkeln an und entdeckt, wie sie, von Farben umgeben, vielgestaltig plastischer werden. Mit der Kraft der Poesie entstehen Fragmente der Wirklichkeit, eigensinnig, widersprüchlich: trennscharf beschrieben und doch zugleich mit einführender Behutsamkeit. Aus der Fülle gelebter Geschichten filtert der Autor das zu vermutende Ge-

heimnis ihres ihnen innewohnenden Sinnes heraus, weniger als analytisch distanzierter Betrachter, denn als mitfühlender Beteiligter. Er entscheidet sich inmitten des Schreibens, welche Perspektive er als Autor einzunehmen gedenkt, manchmal auf dem Sprung, manchmal auf die lange Sicht – jedoch immer auf der Suche danach, eine Lücke im zumeist grotesken Lauf des Geschehens zu finden, in der er das verborgene Menschliche zu entdecken vermag. In die «ersten Tage des Dezember. Ich kann wieder schreiben» notiert er über die Haft in Hohenschönhausen: «Sisyphos hält sich den Kopf. Jede Nacht fällt er hinab. Der freie Fall der Träume und langsam kraxelt er sich in die Tagesrealität zurück». (S. 87) Auch hier, selbst beim Wachpersonal, können mitfühlende Regungen entdeckt werden. Der Autor hört erbärmliches Husten in der Nähe seiner Zelle und auch, «wie sich der Posten bei ihm (dem Hustenden) erkundigt, ob er etwas für ihn tun könnte. Die Stimme des patrouillierenden Mannes ist ein wenig erschrocken, nicht frei von Anteilnahme» (S. 89) Sein Vernehmer «sagt: Ich soll ihm ein literarisches Denkmal setzen» (S. 96) Er liest gerne: Günter de Bruyn, auch Elke Erb. Mit ausgewählten und von ihm gelesenen Prosatexten testet er Lutz Rathenows Lesekenntnisse – er sieht sich wohl «in der Gesellschaft als Gärtner, der wild wachsende Triebe stützen, beschneiden muss. Damit alles im Staate besser blühen kann.» (S. 96) Slawomir Mrozek ist nicht weit.

Der Autor legt die Gegenstände seiner Beobachtungen auf den Seziertisch und bekennt sich in «JuniJuliNeunzehnhundertneunzig/NochOstberlin», warum er niemals die Absicht hatte, die DDR zu verlassen. Immer hätte es «eine verfaulte Vernunft (gegeben) in dieser Stadt, diesem

Land, die es zugrunde gerichtet hat. Es schien immer unvernünftig zu sein, sich in fundamentale Opposition zu begeben, Widerstand zu leisten. Wie oft hörte ich das Argument, dass doch alles keinen Zweck habe. Aber darauf kommt es an: eine Neugier zu entwickeln, die auch ohne des lohnenden Zweckes funktioniert. Aus moralischer Eigenverantwortung, unerbittlichem Aufhellungszwang, vielleicht aus kindlichem Spieltrieb. Im Zweifel immer die Öffentlichkeit suchen» (S. 158/159). Weil er blieb, sind ihm unvergessliche Momentaufnahmen gelungen. Gemeinsam mit Harald Hausmann hat er ein Kult-Buch gestaltet. Mit langer Hand bereitete er einen Coup der Kunst vor: Drei Jahre vor dem 750. Stadtjubiläum überzeugte der Schriftsteller den Piper Verlag mit seinem Vorhaben, ein eigenständiges Foto-Buch zu veröffentlichen, das das reale Leben der Hauptstadt der DDR darstellen sollte. «Schwarzweiß. Berlin schrecklich schöne Stadt» sollte der Titel sein: eine Hommage vollgefüllt mit Liebe aber auch Trauer. Im gebildeten Niedergang des Ancien Regimes war jedoch auch aufkeimendes Hoffen zu entdecken: Von unten, aus den Schründen tief liegender Gesellschaftsschichten, machte sich, zögernd noch, aber schon mit aufblühender Sehnsucht, eine neue Realität auf den Weg ins Freie: Kulturelle Aufbrüche suchten eigene Wege. Die Macht dünkte sich festgefügt in ihren Mauern, ihr Gegenpol begann sich zu zeigen: subversiv und noch bedrängt von einer Diktatur. Der bombastischen Schau einer monströs-absurden Selbstbespiegelung der DDR antwortete eine sich selbst bewusster werdende Kulturszene mit einem Vorspiel dessen, was wenige Jahre später anzubrechen begann: der Untergang des «Realsozialismus». Kunst und Kultur haben sich selbst

befreien können vom Versuch der staatlichen Bevormundung: Das politische Beben kündigte sich an, als Kunst und Kultur der nicht legitimierte Macht ihr, spielerisch fast, den eigenen Spiegel vorhielt.

*

Lutz Rathenow, vernetzt mit den rebellischen Akteurinnen und Akteuren, hat die tektonischen Erschütterungen in seinem Inneren gespürt, sie mit anderen geteilt, niedergeschrieben und öffentlich zugänglich gemacht. Es wuchs heran, was nicht mehr aufzuhalten war: ein kultureller Aufbruch durch neues Sehen, scharfes Denken, eingebettet in die Zuneigung zu Menschen, die an den Verhältnissen zu leiden hatten. Seine Sprache ist davon geprägt. Er nimmt sich Fragmente der Wirklichkeit vor, zerlegt sie, klopft sie ab und übersetzt sie in eine andere Logik. Daraus entstehen neue Bilder, zunächst nicht vollständig und doch bereits hindeutend zu einem humanen Verständnis von gelebtem Leben: wie Mosaiksteine, die ineinandergefügt, ein anderes Bild für ein künftiges Puzzle ahnen lässt. Der Autor arbeitet mit der Sprache wie ein Archäologe mit seinen Werkzeugen: Er schüttelt den Schmutz ab, damit er den Inhalt und die Bedeutung seines Fundes klarer erkennt. Auf der Suche nach dem inneren Sinn dessen, was er vorfindet, folgt er seiner Stimme. Er wird sich immer sicherer im Fortgang seiner Arbeit, dass er eine Stimme neben anderen Stimmen ist. Zusammen fügen sie sich ein in eine Grundmelodie, die dem Grundton stets eine variantenreichere Tiefe verleiht. Endlich bricht sie sich Bahn und mündet in die demokratische und friedliche Revolution, weil sie einer überwältigend zwingenden Idee folgt, wie sie auch von Vaclav Ha-

vel, von Ana Blandiani, von Adam Michnik, von György Konrad, von Andrej Sacharow sich gegen die kommunistische Diktatur richtete, stellvertretend für unübersehbar viele: der «Versuch, in der Wahrheit zu leben», ist stärker als die verordnete Lüge. Die Poesie nimmt vorweg, was später wirklich wird. Sie überwältigt die staatlich organisierte Verantwortungslosigkeit durch die unwiderstehliche Kraft der Kunst.

Was aber, wenn sich die Wirklichkeit der «Macht der Worte» beugt? Selbstreflexiv kann sich auch dann der Autor immer noch aus der selbst geknüpften Schlinge ziehen: «Einem Einfall nachgebend beantragte er die Öffnung der Landesgrenzen. Schriftlich. / Kurz darauf geschah das. / Hoffnungsvoll und hoffnungstoll beantragte er am Tag danach die Beseitigung des Staates, in dem er lebte. Innerhalb eines Jahres. / Dieser Auflösungsantrag wurde in der gewünschten Frist erfüllt. / Der Staat verschwand in seinem Nachbarn. / Da erschrak der Antragsteller vor der Kraft seiner Worte [...] / [...] / Mein Gott, dachte er, aber jeder weitere Gedanke hätte für Gott gefährlich werden können. / So wanderte er aus in eine Gegend der Welt, in der seine Worte keine Allmacht besaßen.» (S. 151)

Gegen alle Widrigkeiten, die ihm begegnen, setzt Lutz Rathenow: «Die weite weite Welt / leben / Die rettende Insel suchen / um sie zu versenken / So dass für die Flucht / nur eine Möglichkeit bleibt: / auszuharren» – das notiert er 1979, zu Beginn seiner künstlerischen Existenz. Und so setzt er seinen selbstironischen Streifzug literarisch fort und streichelt das Weltall fűrderhin – archäologisch schürfend in versunkenen Schichten, Splitter aus dem Schatz des Erinnerens hebend ins Licht haltend, die Sterne fest im Blick. ■

AUTORINNEN UND AUTOREN

Lina-Marie Eilers (* 1999) studiert Politikwissenschaft und Soziologie in Münster. Von 2021–2023 war sie Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

Helene Franke (*1996) studiert Politikwissenschaft im Master an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie ist Teil des Honours Programm für Forschungsinteressierte Studierende und schreibt im Rahmen dessen ihre Abschlussarbeit zum Thema Netzwerk der Neuen Rechten. Seit 2022 arbeitet sie regelmäßig als Honorarkraft für das Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Siegfried Heimann (* 1939), Dr., Priv. Doz., Historiker und Politikwissenschaftler, langjähriger Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, der Parteien nach 1945 und zur Berliner Nachkriegsgeschichte.

Reinhard Hildebrandt (* 1951), Dr., lange Jahre Dozent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin sowie Referent am Goethe-Institut und beim Senat von Berlin jeweils im Rahmen der Lehrerfortbildung, konzentriert sich bei seinen Publikationen – Bücher wie Artikel – auf die internationale sowie innergesellschaftliche Herrschaftsanalyse.

Simone Lück-Hildebrandt (* 1948) war als Französisch- und Politiklehrerin an verschiedenen Berliner Gymnasien tätig und ist weiterhin in der Lehrerfortbildung engagiert. Veröffentlichung mit Reinhardt Hildebrandt zuletzt: *Herrschaft und Beherrschung. Hegemoniale Formationen – Strukturelle Gewalt in der Gesellschaft* (Tectum Wissenschaftsverlag Baden-Baden 2019) sowie *Die globalen Machtverhältnisse. Einfluß und Folgen einer globalen Pandemie* (Kohlhammer München 2022).

Jan Hillgruber (* 2001) studiert an der Universität Potsdam «Geschichte, Politik und Gesellschaft». Er ist Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und engagiert sich innerhalb des Netzwerkes als einer der Sprecher des Arbeitskreises Europa und Osteuropa. Außerdem bekleidete er bei den Jungen Europäischen Föderalist:innen Berlin-Brandenburg unterschiedliche Ämter und ist Mitglied bei den Jusos und in der SPD.

Petra Hoffmann Zschocher (* 1946), Dr. rer. nat., Biochemikerin, 1990 Mitglied des SPD-(DDR) Vorstands, 1990–2005 Mitglied der SPD-Kontrollkommission beim PV. Zeitzeugin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Autorin zahlreicher Bücher, u. a. *Europas gekreuzte Wege* (2022).

Ulrich Horb (* 1955), seit 1978 als Journalist, Fotograf und Autor in Berlin tätig. Vorstandsmitglied des Kulturforums der Sozialdemokratie der Stadt Berlin.

Burkhard Jellonnek (* 1957), Dr., studierte Germanistik, Geschichtswissenschaft und Pädagogik, promovierte zur Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich. Arbeitete als Schauspiel dramaturg und Pressechef an den Städtischen Bühnen Osnabrück und dem Saarländischen Staatstheater. War Referatsleiter im Kultusministerium des Saarlandes, leitete die Saarländische Landeszentrale für Politische Bildung, leitete das Landesinstitut für Pädagogik und Medien des Saarlandes. Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie Saarland e. V., Vorstandsmitglied des bundesweiten Kulturforums der Sozialdemokratie.

Carsten Kaven, Dr. rer. pol., studierte Sozialwissenschaften in Hamburg und promovierte mit einer Arbeit über das Verhältnis von sozialem Wandel und Macht. Er arbeitet als Qualitätssicherer in der Software-Entwicklung und beschäftigt sich mit der theoretischen Erfassung und Modellierung transformativer Prozesse. Veröffentlichungen u. a. *Prozesse und Konstellationen. Übungen in Historischer Soziologie*. Münster 2018, *Transformation des Kapitalismus oder grüne Marktwirtschaft? Pfade zur Nachhaltigkeit bei Altvater, Jänicke, Nair und Rifkin*. München 2015.

Elisabeth Kaiser (* 1987), MdB, studierte Staatswissenschaften in Erfurt (Bachelor) und Politik- und Verwaltungswissenschaften in Potsdam (Master). Sie ist parlamentarische Staatssekretärin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Jöran Klatt (* 1986) ist Politik- und Kommunikationswissenschaftler. Nach dem Studium der Germanistik und Geschichte war er Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Arbeitet im Deutschen Bundestag als Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Luisa Klatte (* 1991) arbeitet zu der Kategorie Gender sowie Frauenrechten im (Post-)Sozialismus, aktuell analysiert sie im Rahmen ihres Promotionsprojektes Handlungsräume in Bezug auf Schwangerschaftsabbruch in der DDR. Sie studierte Kulturwissenschaft und Interdisziplinäre Polenstudien in Lüneburg, Halle (Saale) und Poznań und setzt sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen von Promotionsstipendiat:innen ein.

Hendrik Küpper (* 1997) studierte Politische Bildung und Philosophie/Ethik an der Freien Universität Berlin. Er war von 2017 bis August 2019 Landeskoordinator der Berliner Juso-Hochschulgruppen, ist Vorstandsmitglied des *Vereins für Demokratie und Hochschule e. V.* und der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.* sowie Redakteur dieser Zeitschrift. Dort ist er insbesondere für die *jungen Perspektiven* mitverantwortlich. Derzeit plant er ein Promotionsprojekt im Bereich der Politischen Bildung zur Bedeutung von politischer Theorie und arbeitet als Vertretungslehrer.

Wolfgang Kowalsky (* 1956), Dr., Dipl.-Soz., zuletzt beim Europäischen Gewerkschaftsbund tätig, zuvor beim Wissenschaftszentrum NRW, Vorstand der IGM, OSI der FU, Grande Ecole HEC bei Paris. Zahlreiche Publikationen, u. a.: «From undefined 'Social Europe' to 'more democracy at work' – new trends, new paradigms?» in:

Autorinnen und Autoren

«*Social Turn*» in the European Union? *New trends and ideas about social convergence in Europe.*

Madita Lachetta (* 2001) studiert Philosophie und Sozialwissenschaften an der HU in Berlin. Seit 2023 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

Detlef Lehnert (* 1955), Prof. Dr. (Politikwissenschaft / FU Berlin), u.a. Vorstandsvorsitzender der Paul-Löbe-Stiftung *Weimarer Demokratie* und Mitglied im Geschichtsforum beim PV der SPD. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur Großstadtpolitik. Zuletzt: (mit Peter Brandt) *Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn (J.H.W. Dietz) 2023.

Johanna Liebe (* 1999) studiert Internationale Beziehungen in Berlin und Potsdam. Von 2021–2023 war sie Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

Konrad Lindner (* 1952), Dr. phil. habil., war an der Karl-Marx-Universität in Leipzig von 1986 bis 1991 als Hochschullehrer des Dialektischen und Historischen Materialismus tätig. Von 1996 bis 2015 arbeitete er als freier Wissenschaftsjournalist für den Hörfunk.

Kira Ludwig (* 1965), gelernte Industriekauffrau und studierte Historikerin. Mitglied im Vorstand der HDS e.V., Redakteurin der *perspektivends*.

Ralf Ludwig (* 1961), Prof. Dr. rer. nat., Professor für allgemeine physikalische und theoretische Chemie an der Universität Rostock. Wegweisende Veröffentlichungen seines Faches. War in den Juso-Hochschul-

gruppen aktiv, 1991–1993 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Mitglied im Vorstand der HDS e.V.

Natalie Maurer (* 1999) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Professur für Öffentliches Recht und Europarecht an der JLU Gießen und koordiniert dort die Refugee Law Clinic Gießen.

Robert Misik (* 1966), österreichischer Journalist und politischer Schriftsteller aus Wien. Autor zahlreicher Bücher, zuletzt: *Putin. Ein Verhängnis* (Picus Wien 2022), *Politik von unten. Gelingt das Comeback der Sozialdemokratie?* (Picus Wien 2023).

Thekla Mühlpfordt (* 2001) studiert Informatik, Mathematik und Physik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Von 2022–2023 war sie Mitglied des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen.

Gero Neugebauer (* 1941), Dr., Politikwissenschaftler des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin, ehemals Arbeitsstelle Politische Soziologie der Bundesrepublik. Forschungsschwerpunkte: Parteienforschung, SPD und ostdeutsche Bundesländer.

Armin Pfahl-Traugher (* 1963), Prof. Dr. phil., Politikwissenschaftler und Soziologe, hauptamtlich Lehrender an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn für *Politische Theorie*. Forschungsschwerpunkte u. a. politische Ideengeschichte, politischer Extremismus, Terrorismus, Neue Rechte und Antisemitismus.

Charlotte Rathjen promoviert zum Thema Literatur und Lebensalter in der kulturellen Moderne an der Universität Leipzig, an sie

auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war. Sie studierte Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaft in Leipzig und Edinburgh.

Carl Julius Reims (* 1999) arbeitet zur Theorie, Geschichte und Kritik des modernen Antisemitismus. Nach seinem Studium der Politikwissenschaft und Philosophie in Leipzig absolvierte er einen Master in History of Political Thought and Intellectual History am University College London und Queen Mary, University of London.

Richard Saage (* 1941), Prof. Dr., (em.) Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Schwerpunkte: Politische Theorie, Geschichte der politischen Ideen, Sozialutopien, Demokratietheorien, Theorien über den Faschismus, Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und Österreich sowie Deutscher Konservatismus. Veröffentlichungen u. a. *Der erste Präsident. Karl Renner, eine politische Biografie* (2016); *Otto Bauer. Ein Grenzgänger zwischen Reform und Revolution* (2021).

Lilija Sablina (* 1994) promoviert an der Central European University in Wien in Politikwissenschaften. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Mobilisierung russischsprachiger Gruppen in Deutschland von rechts und sie hat bereits mehrere wissenschaftliche Beiträge zu diesem Thema verfasst. Zu ihren vorherigen Stationen als Research Fellow gehörten das Zentrum für Osteuropa und Internationale Studien (ZOIS) und das norwegische Center for Research on Extremism (C-REX).

Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Dr. phil., Diplompolitologe, war u. a. langjähriger

Geschäftsführer des Wissenschaftsforums und des Kulturforums der Sozialdemokratie. Redakteur *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Geschäftsführender Vorstand der HDS e.V. und verantw. Redakteur der *perspektivends*.

Dagmar Schlapeit-Beck (* 1958), Dr. phil., studierte von 1977 bis 1984 in Wuppertal Sozialwissenschaften und Kunstgeschichte. Mitglied der Bundesschülerkommission der Jungsozialisten, Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Niederrhein. Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen in NRW und Mitglied im Arbeitskreis Hochschule beim Juso-Bundesvorstand. Mitgründerin des Juso-Hochschulgruppen-Frauenprojekts. Mitglied im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und stellvertretende Bundesvorsitzende der ASF von 1989 bis 1992. Gründerin und Bundeskoordinatorin der kommunalen Frauenbeauftragten. 1985–1988 Frauenbeauftragte der Stadt Leverkusen, 1988 bis 2016 Sozial- und Kulturdezernentin der Stadt Göttingen. Seit 2017 Chefredakteurin des *zwd-Politikmagazins*. Seit 2021 Kreistagsabgeordnete im Landkreis Göttingen, Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten.

Peter Steinbach (* 1948), Prof. Dr. (em.), Historiker und Politikwissenschaftler, lehrte u. a. in Passau, an der FU Berlin, in Karlsruhe und Mannheim. Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Zahlreiche Publikationen besonders zum NS-Widerstand und zur sozialdemokratischen Verfassungspolitik.

Wolfgang Thierse (* 1943), Dr. h. c., Germanist und Kulturwissenschaftler, 1990

Autorinnen und Autoren

Vorsitzender der ostdeutschen SPD, 1990–2005 stellv. SPD-Vorsitzender, 1998–2005 Präsident des Deutschen Bundestages, 2005–2013 dessen Vizepräsident. War u. a. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, des Kulturforums der Sozialdemokratie. Mitherausgeber des *Publik-Forum* und der *Neuen Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Veröffentlichung zuletzt: *Soziale Demokratie als Überlebenspolitik. Wolfgang Thierse und Thomas Meyer im Gespräch über die politischen Zeitläufe*. Hrsg. Klaus-Jürgen Scherer / Wolfgang Schroeder, Schüren: Marburg 2023.

Lukas Marvin Thum (* 1997) studierte im Bachelor Philosophie und Politikwissenschaft in Düsseldorf und studiert momentan im Master Philosophie in Münster. Er war von 2019/2020 im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen.

Wolf Wagner (* 1944), Dr. rer. pol, habil., Professor im Ruhestand der Fachhochschule Erfurt, wo er eine Stelle für Sozialwissenschaften und politische Sys-

teme hatte und Rektor war. Bekannt geworden als «Bluff-Wagner»: *Uni-Angst und Uni-Bluff. Wie studieren und sich nicht verlieren* (erstmals erschienen 1977 bei Rotbuch-Berlin). Zahlreiche Publikationen zu Ost-West, u. a. *Kulturschock Deutschland*. Rotbuch Hamburg 1996, zuletzt *30 Jahre Wiedervereinigung – Ein neuer Blick auf Ost und West*, in: *Prekärer Zusammenhalt – Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*, Psychosozialverlag Gießen 2020.

Hagen Weiler (* 1939), Dr. jur., Dr. rer. pol., Pädagogisches Seminar der Universität Göttingen. Veröffentl. u. a. *Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten, Berlin 2008*.

Gert Weisskirchen (* 1944), war Professor für Sozialpädagogik an der FH Wiesbaden, von 1976 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, war persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus. Mitglied im Vorstand der HDS e. V.